BMF

BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Bundesfinanzgesetz (BFG)

Bundesfinanzgesetz 2014

Anlage I **Bundesvoranschlag**

Anlage II **Bundespersonal das für Dritte leistet - Bruttodarstellung**

Anlage III **Finanzierungen, Währungstauschverträge - Bruttodarstellung**

Bundesfinanzgesetz

2014

Inhalt

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2014 ... 1
Allgemeine Hinweise ... 10
Gliederungselemente des Bundesvoranschlages ... 11
Anlagen:
I. Bundesvoranschlag 2014
Untergliederung
01 Präsidentschaftskanzlei ... 15
02 Bundesgesetzgebung ... 22
03 Verfassungsgerichtshof ... 36
04 Verwaltungsgerichtshof ... 45
05 Volksanwaltschaft ... 52
06 Rechnungshof ... 61
10 Bundeskanzleramt ... 70
11 Inneres ... 91
12 Äußeres ... 120
13 Justiz ... 136
14 Militärische Angelegenheiten und Sport ... 156
15 Finanzverwaltung ... 176
16 Öffentliche Abgaben ... 194
20 Arbeit ... 203
21 Soziales und Konsumentenschutz ... 218
22 Pensionsversicherung ... 240
23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte ... 256
24 Gesundheit ... 276
25 Familien und Jugend ... 297
30 Bildung und Frauen ... 316
31 Wissenschaft und Forschung ... 346
32 Kunst und Kultur ... 367
33 Wirtschaft (Forschung) ... 383
34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung) ... 392
40 Wirtschaft ... 403
41 Verkehr, Innovation und Technologie ... 428
42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft ... 442
43 Umwelt ... 466
44 Finanzausgleich ... 487
45 Bundesvermögen ... 501
46 Finanzmarktstabilität ... 516
51 Kassenverwaltung ... 522
58 Finanzierungen, Währungstauschverträge ... 529

Zusammenfassung des Ergebnisvoranschlages nach Rubriken und Untergliederungen ... 536
Zusammenfassung des Finanzierungsvoranschlages nach Rubriken und Untergliederungen ... 537
I.a Aufgliederung des Ergebnisvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen ... 540
I.b Aufgliederung des Finanzierungsvoranschlages nach nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen, Allgemeine Gebarung ... 542
I.c Aufgliederung des Finanzierungsvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen, Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit ... 544
I.d Summarische Aufgliederung des Ergebnisvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen und Aufgabenbereichen ... 546
I.e Summarische Aufgliederung des Finanzierungsvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen und Aufgabenbereichen ... 552
II. Bundespersonal das für Dritte leistet - Bruttodarstellung 2014 ... 557
III. Finazierungen, Währungstauschverträge - Bruttodarstellung 2014 ... 579
IV. Personalplan ... 581
Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2014 ... (1)-(10)

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2014

Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2014 (Bundesfinanzgesetz 2014 - BFG 2014)

Der Nationalrat hat beschlossen:

Bewilligung

Artikel I. Der als Anlage I angeschlossene Bundesvoranschlag für das Finanzjahr 2014 wird nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes bewilligt. Die Auszahlungen und Einzahlungen des Bundesvoranschlages ergeben folgende Schlusssummen:

	Allgemeine Gebarung	Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit
	(Beträge in Millionen Euro)	
Auszahlungen:	75 765,091	93 988,557
Einzahlungen:	72 195,785	97 557,863
Nettofinanzierungsbedarf:	3 569,306	
Finanzierungsüberschuss:		3 569,306

Der Nettofinanzierungsbedarf der allgemeinen Gebarung vermindert sich um jene Beträge, die voraussichtlich während des Finanzjahres 2014 an Mehreinzahlungen und Minderauszahlungen anfallen und nicht für die Bedeckung von Mittelumschichtungen und Mittelverwendungsüberschreitungen gemäß Artikel IV und V herangezogen werden.

Ermächtigung zu Kreditoperationen

Artikel II. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, nach den Bestimmungen des Bundeshaushaltsgesetzes 2013, BGBl. I Nr. 139/2009 (BHG 2013),

1. bis zur Höhe des sich aus Artikel I ergebenden Nettofinanzierungsbedarfes der allgemeinen Gebarung

2. zuzüglich der Auszahlungen aus dem Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit für die Tilgung von Schulden und von Kapitalrückzahlungen aus Währungstauschverträgen sowie Auszahlungen für die Tilgung kurzfristiger Verpflichtungen und für Kapitalzahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen (Untergliederung 58)

3. abzüglich der Einzahlungen im Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit von Kapitalforderungen aus Währungstauschverträgen sowie Einzahlungen aus der Aufnahme kurzfristiger Verpflichtungen und für Kapitalzahlungen aus dem Abgang von Finanzanlagen (Untergliederung 58)

Kreditoperationen durchzuführen.

Eine solche Kreditoperation darf im Einzelfall den Betrag (Gegenwert) in Höhe von 5 Milliarden Euro nicht übersteigen.

(2) Der Höchstbetrag, bis zu dem die Ermächtigung gemäß Abs. 1 ausgeübt werden kann, erhöht sich um jene Beträge, die sich aus der Inanspruchnahme der Ermächtigungen der Artikel III und VI ergeben.

(3) Zusätzlich zu den Bestimmungen des Abs. 1 und 2 ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, nach den Bestimmungen des BHG 2013 Kreditoperationen im Zusammenhang mit § 81 BHG 2013 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Z 10 und Abs. 4

des Bundesfinanzierungsgesetzes, BGBl. Nr. 763/1992, bis zu einem Betrag von insgesamt 20 vH der veranschlagten Auszahlungen der allgemeinen Gebarung durchzuführen.

Ermächtigung zu besonderen Finanzierungen

Artikel III. (1) Zeichnet sich im Laufe des Finanzjahres 2014 ein Zurückbleiben der tatsächlichen Einzahlungen gegenüber den veranschlagten Einzahlungen und dadurch ein höherer Nettofinanzierungsbedarf der allgemeinen Gebarung (Artikel I) ab, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, diesen höheren Nettofinanzierungsbedarf der allgemeinen Gebarung bis zur Höhe des Differenzbetrages zwischen tatsächlichen und veranschlagten Einzahlungen (Artikel I), höchstens jedoch 10 vH der veranschlagten Einzahlungen der allgemeinen Gebarung, durch Einzahlungen aus Kreditoperationen zu bedecken und auszugleichen.

(2) Ergibt sich im Laufe des Finanzjahres auf Grund der Eigenmittelvorschriften der Europäischen Union die Verpflichtung, einen höheren Beitrag an den Gesamthaushalt der Europäischen Union gegenüber den bei der Voranschlagsstelle 16.01.04 veranschlagten Beiträgen zu leisten, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, den sich dadurch ergebenden Mehrbedarf bis zu 25 vH des veranschlagten Betrages durch Einzahlungen und Mehrerträge aus Kreditoperationen zu bedecken und auszugleichen.

Umschichtungen finanzierungswirksamer Mittelverwendungen, die durch Einsparungen im Finanzierungshaushalt und im Ergebnishaushalt zu bedecken bzw. auszugleichen sind

Artikel IV. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt – soferne in den folgenden Artikeln (insbesondere in Artikel IX) nichts anderes bestimmt wird – im Finanzjahr 2014 die Zustimmung zu Umschichtungen von Mittelverwendungen des Finanzierungshaushaltes und des Ergebnishaushaltes zu geben

1. gemäß § 53 Abs. 1 Z 5 iVm § 54 Abs. 7 BHG 2013 zwischen Detailbudgets unterschiedlicher Globalbudgets derselben Untergliederung, wenn ein Antrag des haushaltsleitenden Organes vorliegt, der Jahresverfügungsrest (§ 64 Abs. 2 Bundeshaushaltsverordnung 2013 (BHV 2013), BGBl. II Nr. 266/2010) des Globalbudgets entweder zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht ausreicht oder bis zum Ende des laufenden Finanzjahres voraussichtlich nicht ausreichen wird, um die erforderliche Mittelverwendung durchzuführen, die Obergrenze der jeweiligen Untergliederung nicht überschritten wird und in den von der Überschreitung betroffenen Haushalten jeweils die Bedeckung (im Finanzierungshaushalt) und der Ausgleich (im Ergebnishaushalt) durch Mitteleinsparungen in einem Globalbudget der selben Untergliederung sichergestellt ist;

2. gemäß § 53 Abs. 1 Z 6 iVm § 54 Abs. 7 BHG 2013 zwischen Globalbudgets von Untergliederungen derselben Rubrik, wenn ein einvernehmlicher Antrag der betroffenen haushaltsleitenden Organe dieser Untergliederungen vorliegt, der Jahresverfügungsrest (§ 64 Abs. 2 BHV 2013) des Globalbudgets entweder zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht ausreicht oder bis zum Ende des laufenden Finanzjahres voraussichtlich nicht ausreichen wird, um die erforderliche Mittelverwendung durchzuführen, die Obergrenze der jeweiligen Rubrik im Bundesfinanzrahmengesetz nicht überschritten wird und in den von der Überschreitung betroffenen Haushalten jeweils die Bedeckung (Finanzierungshaushalt) und der Ausgleich (Ergebnishaushalt) durch Mitteleinsparungen in einer anderen Untergliederung der selben Rubrik sichergestellt ist.

(2) Werden Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit sowie aus der Gewährung von Darlehen und rückzahlbaren Vorschüssen bei Umschichtungen gemäß Abs. 1 zur Bedeckung im Finanzierungshaushalt herangezogen, darf der Bundesminister für Finanzen Überschreitungen der Obergrenzen nur zustimmen, wenn diese

1. Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit oder

2. Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen und rückzahlbaren Vorschüssen oder

3. den finanzierungswirksamen Aufwand (§ 31 Abs. 1 BHG 2013)

betreffen und jeweils die übrigen Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt sind, wobei im Falle von Umschichtungen in den finanzierungswirksamen Aufwand gemäß Z 3 der Ausgleich im Ergebnishaushalt nicht erforderlich ist.

Überschreitung fixer, finanzierungswirksamer Mittelverwendungen, die durch Mehreinzahlungen zu bedecken und durch finanzierungswirksame Mehrerträge auszugleichen sind (Abs. 1) sowie Ausnahmen davon (Abs. 2)

Artikel V. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2014 die Zustimmung zur Überschreitung fixer, finanzierungswirksamer Mittelverwendungen des Finanzierungs- und Ergebnishaushaltes gemäß § 55 Abs. 3 BHG 2013 iVm § 54 Abs. 7 BHG 2013 zu geben

1. bis zur Höhe der tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträge einer Untergliederung, wenn

   a) dadurch die Obergrenze des dieser Untergliederung zuzuordnenden Globalbudgets überschritten wird,

   b) in den von der Überschreitung betroffenen Haushalten die Bedeckung (im Finanzierungshaushalt) durch diese, vor Ende des Finanzjahres 2014 einer Rücklage zugeführten fixen Mehreinzahlungen und/oder der Ausgleich (im Ergebnishaushalt) durch finanzierungswirksame Mehrerträge derselben Untergliederung sichergestellt ist,

   c) ein Antrag des haushaltsleitenden Organes vorliegt und

   d) es sich um keine Mehreinzahlungen und Mehrerträge gemäß Z 2 und 3 handelt;

2. in allen Fällen von Mittelverwendungsüberschreitungen zweckgebundener Gebarungen gemäß § 36 BHG 2013 bis zur Höhe der tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträge, wenn die Bedeckung im Finanzierungshaushalt durch vor Ende des Finanzjahres 2014 einer Rücklage zugeführte fixe Mehreinzahlungen und/oder der Ausgleich im Ergebnishaushalt durch finanzierungswirksame Mehrerträge mit dem jeweils entsprechenden, selben Verwendungszweck sichergestellt ist;

3. bei den folgenden Voranschlagsstellen und Budgetpositionen, wenn die Bedeckung durch vor Ende des Finanzjahres 2014 einer Rücklage zugeführte Mehreinzahlungen (im Finanzierungshaushalt) oder der Ausgleich durch Mehrerträge (im Ergebnishaushalt) bei den jeweiligen Voranschlagsstellen und Budgetpositionen sichergestellt ist, wobei diese Mehreinzahlungen nicht dem Verfahren zur Bildung von Rücklagen gemäß § 55 Abs. 1 BHG 2013 unterliegen, sondern gemäß Artikel IX Abs. 1 jedenfalls einer Rücklage zuzuführen sind:

   a) bei allen Budgetpositionen aller Untergliederungen für Auszahlungen von Pensionsbeiträgen (Dienstgeberbeiträgen) gemäß § 32 Abs. 4 Z 2 BHG 2013 in Verbindung mit Mehreinzahlungen und Mehrerträgen, die bei der jeweils korrespondierenden Budgetposition der Voranschlagsstellen 23.01.01 und 23.04.01 anfallen;

   b) bei allen Budgetpositionen der Voranschlagsstellen 11.02.01.01 bis 11.02.01.09 sowie 11.02.06 und 11.02.08 für Zahlungen an jene Beamten, die bis zu ihrer Versetzung in den Ressortbereich des Bundesministeriums für Inneres zur Dienstleistung gemäß § 17 des Bundesgesetzes über die Einrichtung und Aufgaben der Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft (Poststrukturgesetz - PTSG), BGBl. Nr. 201/1996, zugewiesen werden, bis insgesamt in Höhe der tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträge bei den Budgetpositionen 11.02.01.01.8620.001, 11.02.01.02.8620.001, 11.02.01.03.8620.001, 11.02.01.04.8620.001, 11.02.01.05.8620.001, 11.02.01.06.8620.001, 11.02.01.07.8620.001, 11.02.01.08.8620.001, 11.02.01.09.8620.001, 11.02.06.8620.001 und 11.02.08.8620.001;

   c) bei allen Budgetpositionen der Untergliederung 12 in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinzahlungen bei der Budgetposition 45.02.03.0001.012 aus der Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen (Liegenschaften und Hochbauten);

   d) bei allen Budgetpositionen der Untergliederung 12 für Mittelverwendungen zum Zwecke der Durchführung kultureller Veranstaltungen im In- und Ausland in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträgen bei den Budgetpositionen 12.01.01.8299.020, 12.01.02.8299.020 und 12.01.02.8299.040;

   e) bei allen Budgetpositionen der Untergliederung 13 in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinzahlungen bei den Budgetpositionen 45.02.03.0001.013 und 45.02.03.0002.013 aus der Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen (Liegenschaften und Hochbauten), welches ausschließlich vom Bundesministerium für Justiz, Gerichten oder Justizanstalten genutzt und verwaltet wird, soferne diese Mehreinzahlungen nicht zur Bedeckung von Mehrauszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung dieses unbeweglichen Bundesvermögens benötigt werden;

   f) bei allen Budgetpositionen der Voranschlagsstellen 13.02.01, 13.02.02, 13.02.03, 13.02.04, 13.02.05 sowie 13.02.06 für Zahlungen an jene Beamten, die bis zu ihrer Versetzung in den Ressortbereich des Bundesministeriums für Justiz zur Dienstleistung gemäß § 17 des Bundesgesetzes über die Einrichtung und Aufgaben der Post und Telekom Aus-

tria Aktiengesellschaft (Poststrukturgesetz - PTSG), BGBl. Nr. 201/1996, zugewiesen werden, bis insgesamt in Höhe der tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträge bei den Budgetpositionen 13.02.06.8620.922 und 13.02.06.8620.923;

g) bei allen Budgetpositionen der Untergliederung 14 in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinzahlungen bei den Budgetpositionen 45.02.03.0001.114 und 45.02.03.0001.314 aus der Veräußerung von ausschließlich militärisch genutzten Liegenschaften und Hochbauten, soferne diese nicht zur Bedeckung der damit zusammenhängenden Entgelte und einer allfälligen Immobilienertragsteuer an die Strategische Immobilien-Verwertungs-, Beratungs- und EntwicklungsgesmbH (SIVBEG) benötigt werden; die Mehreinzahlungen dürfen im Finanzjahr 2014 nur insoweit zur Bedeckung herangezogen werden, als bei den beiden genannten Budgetpositionen insgesamt der Betrag der Einzahlungen von 11 Millionen Euro überschritten worden ist;

h) bei allen Budgetpositionen der Voranschlagsstellen 15.02 für Zahlungen an jene Beamten, die bis zu ihrer Versetzung in den Ressortbereich des Bundesministeriums für Finanzen zur Dienstleistung gemäß § 17 PTSG zugewiesen werden, bis insgesamt in Höhe der tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträge bei der Budgetposition 15.01.01.8620.001;

i) bei der Voranschlagsstelle 20.02.01 für Zahlungen an jene Beamten, die bis zu ihrer Versetzung in den Ressortbereich des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz zur Dienstleistung gemäß § 17 PTSG, zugewiesen werden, bis insgesamt in Höhe der tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträge bei der Budgetposition 20.02.01.00.8620.001;

j) bei der Budgetposition 24.02.03.7310.000 für Transferzahlungen an den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträgen bei der Budgetposition 24.02.03.8262.024;

k) bei allen Budgetpositionen der Untergliederung 30 für Zahlungen im Zusammenhang mit dem Europäischen Sozialfonds (ESF) in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträgen bei der Budgetposition 30.01.06.01.8262.020;

l) bei den Voranschlagsstellen 41.01.01 und 41.02.06.01 für Zahlungen an jene Beamten, die bis zu ihrer Versetzung in den Ressortbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie gemäß § 17 PTSG zugewiesen werden, bis insgesamt in Höhe der tatsächlichen Mehreinzahlungen und Mehrerträge bei der Budgetposition 41.01.01.8620.001 und 41.02.06.01.8620.001;

m) bei allen Budgetpositionen der Voranschlagsstellen 42.03.01.01 sowie 42.03.02.01 für Auszahlungen in Höhe von insgesamt 19 Millionen Euro aus Mitteln des Katastrophenfonds in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinzahlungen bei derselben Voranschlagsstelle;

n) bei allen Budgetpositionen der Voranschlagsstellen 42.03.01 und 42.03.02 für Mittelverwendungen zum Zwecke des Schutzes vor Naturgefahren in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinzahlungen bei der Budgetposition 42.01.02;

o) bei allen Budgetpositionen der Voranschlagsstelle 45.02.03 für Zahlungen im Zusammenhang mit der Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte und unbeweglichen Bundesvermögens in Verbindung mit tatsächlichen Mehreinzahlungen bei der Voranschlagsstelle 45.02.03.

(2) Abweichend von Abs. 1 dürfen Mehreinzahlungen aus der Investitionstätigkeit sowie aus der Gewährung von Darlehen und rückzahlbaren Vorschüssen nur zur Bedeckung von

1. Mehrauszahlungen aus der Investitionstätigkeit oder

2. Mehrauszahlungen aus der Gewährung von Darlehen und rückzahlbaren Vorschüssen oder

3. Überschreitungen des finanzierungswirksamen Aufwandes (§ 31 Abs. 1 BHG 2013)

herangezogen werden, soferne jeweils die übrigen Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt sind, wobei im Falle von Überschreitungen des finanzierungswirksamen Aufwandes gemäß Z 3 der Ausgleich im Ergebnishaushalt nicht erforderlich ist.

Überschreitung finanzierungswirksamer Mittelverwendungen mit Bedeckung durch Kreditoperationen ohne Ausgleich im Ergebnishaushalt

Artikel VI. Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2014 die Zustimmung zur Überschreitung zu geben

1. gemäß § 54 Abs. 6 BHG 2013 bei variablen Mittelverwendungsobergrenzen einer Untergliederung, die aufgrund der Anwendung der Parameter gemäß § 12 Abs. 4 BHG 2013 den im Bundesvoranschlag vorgesehenen Betrag übersteigen, wenn zuvor alle Rücklagen des jeweiligen variablen Bereiches, der überschritten werden soll, entnommen wurden und die Bedeckung im Finanzierungshaushalt durch Kreditoperationen sichergestellt ist;

2. gemäß § 56 Abs. 2 BHG 2013 bei finanzierungswirksamen Mittelverwendungsobergrenzen eines Globalbudgets in jener Höhe, in der bis zum Ende des Finanzjahres 2013 Rücklagen gebildet wurden, wenn

   a) dies – nach vorheriger Ausschöpfung aller gesetzlich zulässigen Umschichtungen und Bedeckungen innerhalb der betroffenen Untergliederung – zur Erfüllung von fälligen Zahlungsverpflichtungen (Artikel 51b Abs. 1 B-VG iVm § 50 Abs. 2 BHG 2013) unbedingt erforderlich ist und

   b) unter gleichzeitiger Reduzierung der dem jeweiligen Detail- oder Globalbudget zuzuordnenden Rücklage die Bedeckung im Finanzierungshaushalt durch Kreditoperationen sichergestellt ist;

3. gemäß § 54 Abs. 8 BHG 2013 bei fixen Mittelverwendungsobergrenzen einer Untergliederung jeweils bis zur Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Auszahlungsobergrenze einer Rubrik und der ihr zugehörigen Untergliederungen, wenn in der dieser Untergliederung zugehörigen Rubrik alle Umschichtungsmöglichkeiten ausgeschöpft worden sind, die jeweiligen, von der Überschreitung betroffenen haushaltsführenden Stellen im Zusammenwirken mit dem haushaltsleitenden Organ die bestehenden Rücklagen im höchstmöglichen Ausmaß bei den von ihnen bewirtschafteten Detailbudgets entnommen haben, die Auszahlungsobergrenzen der jeweiligen Rubrik im Bundesfinanzrahmengesetz nicht überschritten werden und die Bedeckung im Finanzierungshaushalt durch Kreditoperationen sichergestellt ist.

Überschreitung nicht finanzierungswirksamer Aufwendungen ohne Ausgleich im Ergebnishaushalt

Artikel VII. Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2014 gemäß § 54 Abs. 9 BHG 2013 die Zustimmung zu Überschreitungen von nicht finanzierungswirksamen Aufwendungen gemäß § 32 Abs. 7 und 8 BHG 2013 ohne Ausgleich im Ergebnishaushalt zu genehmigen.

Gemeinsame Bestimmungen für Umschichtungen und Überschreitungen sowie Ausnahmen davon

Artikel VIII. (1) Den Mittelumschichtungen und Mittelverwendungsüberschreitungen gemäß Artikel IV bis VI darf nur zugestimmt werden, wenn über die im Finanzierungs- und/oder im Ergebnishaushalt veranschlagten Beträge hinausgehende, unvorhergesehene Mittelverwendungen dies erfordern, die jeweils verbindlich geltenden Obergrenzen des Bundesfinanzrahmengesetzes für das jeweilige Finanzjahr nicht überschritten werden und zu diesem Zeitpunkt

1. bei Umschichtungen gemäß Artikel IV Einsparungen von Mittelverwendungen im Finanzierungs- und/oder im Ergebnishaushalt sowie

2. bei Überschreitungen gemäß Artikel V und VI Mehreinzahlungen und Mehrerträge

in der zur Bedeckung und/oder zum Ausgleich der Überschreitung erforderlichen Höhe bereitgestellt werden können, wobei bei den Überschreitungen gemäß Artikel V zur Bedeckung nur Mehreinzahlungen und Mehrerträge der allgemeinen Gebarung herangezogen werden dürfen.

(2) Finanzierungswirksamen Mittelumschichtungen und Mittelverwendungsüberschreitungen fixer, variabler oder zweckgebundener Gebarungen darf der Bundesminister für Finanzen nur zustimmen, wenn die Bedeckung und/oder der Ausgleich

durch Mittel jeweils derselben Gebarung, desselben variablen Bereiches sowie desselben Verwendungszwecks sichergestellt ist.

(3) Umschichtungen innerhalb desselben Detailbudgets bedürfen nicht der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen; ungeachtet dessen sind dabei Artikel IV Abs. 2 sowie Artikel V Abs. 2 sinngemäß anzuwenden.

(4) Vor der Antragstellung und Genehmigung von Anträgen gemäß Artikel VI Z 1 und 2 haben die haushaltsleitenden Organe alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit der Nettofinanzierungsbedarf auf Ebene der Untergliederung unverändert bleibt.

(5) Abweichend von Abs. 1 ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, im Finanzjahr 2014 die Zustimmung zur Überschreitung des finanzierungswirksamen Aufwandes bei der Budgetposition 41.02.02.7461.510 bis zu einem Betrag von 560 Millionen Euro im Zusammenhang mit der Begründung von Verbindlichkeiten gemäß § 42 Bundesbahngesetz ohne Ausgleich im Ergebnishaushalt zu erteilen.

(6) Abweichend von Abs. 2 sind Umschichtungen gemäß § 36 Abs. 5 BHG 2013 jeweils bis 15. Jänner des nachfolgenden Finanzjahres in folgenden Fällen zulässig:

a) zwischen zweckgebundenen Mittelverwendungen (Budgetposition 20.01.03.02.7621.000) und nicht zweckgebundenen Mittelverwendungen (Budgetposition 20.01.03.03.7621.001) innerhalb der Gebarung Arbeitsmarktpolitik;

b) zwischen zweckgebundenen Mittelverwendungen (Budgetposition 41.02.02.7355.500) und nicht zweckgebundenen Mittelverwendungen (Budgetposition 41.02.02.7355.501) innerhalb der insgesamt für die U-Bahn vorgesehenen Mittelverwendungen.

Ausnahmen von generellen Regelungen des Bundeshaushaltsgesetzes 2013 sowie Umschichtungs-, Bedeckungs- und Ausgleichsverbot

Artikel IX. (1) Tatsächliche Mehreinzahlungen gemäß Artikel V Abs. 1 Z 3, die im laufenden Finanzjahr nicht zur Bedeckung herangezogen wurden, sind jedenfalls einer Rücklage zuzuführen; § 55 Abs. 1 BHG 2013 ist nicht anzuwenden.

(2) Folgende Auszahlungseinsparungen und Mehreinzahlungen dürfen weder vor Ende des Finanzjahres 2014 einer Rücklage zugeführt noch bei der Ermittlung der Rücklage gemäß § 55 BHG 2013 berücksichtigt werden:

a) in allen Untergliederungen Auszahlungseinsparungen bei Dienstgeberbeiträgen gemäß dem Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz in der Fassung des Artikel 52 Z 1 und Z 3 des 2. Stabilitätsgesetzes 2012, BGBl. I Nr. 35/2012;

b) in allen Untergliederungen Auszahlungseinsparungen bei Pensionsbeiträgen (Dienstgeberbeiträgen) gemäß § 32 Abs. 4 Z 2 BHG 2013;

c) in der Untergliederung 16 alle nicht zweckgebundenen Mehreinzahlungen;

d) Auszahlungseinsparungen und Mehreinzahlungen bei allen Budgetpositionen der Untergliederung 22;

e) Auszahlungseinsparungen bei allen Budgetpositionen des Detailbudgets 24.02.01;

f) Mehreinzahlungen bei der Budgetposition 25.02.01.8530.145 (Rückzahlungen des Reservefonds);

g) Mehreinzahlungen bei der Budgetposition 43.01.04.8030.000 (Versteigerung von Emissionszertifikaten).

(3) Folgende Mindereinzahlungen bleiben bei der Ermittlung der Rücklage gemäß § 55 Abs. 1 BHG 2013 unberücksichtigt:

a) geringere Pensionsbeiträge (Dienstgeberbeiträge) gemäß § 32 Abs. 4 Z 2 BHG 2013, denen geringere Auszahlungen gemäß Abs. 2 lit. b) gegenüberstehen, bleiben bei der Ermittlung der Rücklagen der Detailbudgets 23.01.01. und 23.04.01 unberücksichtigt;

b) Mindereinzahlungen bei der Budgetposition 25.02.01.8530.145 (Rückzahlungen des Reservefonds);

c) Mindereinzahlungen bei der Budgetposition 43.01.04.8030.000 (Versteigerung von Emissionszertifikaten);

d) Mindereinzahlungen bei allen Budgetpositionen des Detailbudgets 45.02.01 (Dividenden und Gewinnabfuhren) sowie des Detailbudgets 45.02.03 (Veräußerungserlöse unbewegliches Bundesvermögen);

e) Mindereinzahlungen bei allen Budgetpositionen des Detailbudgets 46.01.01 (Rückzahlung von Partizipationskapital sowie Dividenden).

(4) Die Vollziehung für die Detailbudgets 30.02.02 und 30.02.04 hat gemeinsam im Detailbudget 30.02.02 zu erfolgen.

(5) Budgetmittel gemäß Abs. 2 dürfen weder für Umschichtungen gemäß § 53 BHG 2013 und Artikel IV noch zur Bedeckung bzw. zum Ausgleich von Überschreitungen gemäß Artikel V herangezogen werden, sondern sind vom jeweils zuständigen haushaltsleitenden Organ gemäß § 52 BHG 2013 bis zu einem vom Bundesminister für Finanzen zu bestimmenden Termin zu binden.

(6) Abweichend von § 52 Abs. 3 sowie § 55 Abs. 1, 2. Satz BHG 2013 gilt Folgendes:

1. die Verpflichtung des Bundesministers für Finanzen gemäß § 52 Abs. 3 BHG 2013 entfällt;

2. der Bundesminister für Finanzen hat die gemäß § 55 Abs. 1, 2. Satz BHG 2013 bei der Bildung von Rücklagen für das Finanzjahr 2013 vorgenommenen Abzüge bis zum Ende des Finanzjahres 2014 rückgängig zu machen,

soferne die jeweilige, nicht genehmigte Mittelverwendungsüberschreitung für die jeweilige haushaltsführende Stelle im Finanzjahr 2013 nicht vorhersehbar war und somit im Finanzjahr 2013 nicht rechtzeitig genehmigt werden konnte.

Haftungsübernahmen

Artikel X. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2014 namens des Bundes gemäß § 82 BHG 2013

1. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für Schuldverschreibungen von Einlagensicherungseinrichtungen gemäß § 93a Abs. 3 des Bankwesengesetzes, BGBl. Nr. 532/1993, bis zu einem Gesamtbetrag von 7 Millionen Euro an Kapital und 7 Millionen Euro an Zinsen und Kosten zu übernehmen;

2. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für Schuldverschreibungen der Entschädigungseinrichtung gemäß § 76 Abs. 3 des Wertpapieraufsichtsgesetzes 2007 – WAG 2007, BGBl. I Nr. 60/2007, bis zu einem Gesamtbetrag von 7 Millionen Euro an Kapital und 7 Millionen Euro an Zinsen und Kosten zu übernehmen;

3. die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien für die von der ASFINAG durchzuführenden Kreditoperationen in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 2 300 Millionen Euro an Kapital und 2 300 Millionen Euro an Zinsen und Kosten und die Kreditoperation im Einzelfall 1 500 Millionen Euro an Kapital nicht übersteigt;

4. die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien für von der ÖBB-Infrastruktur AG zur Finanzierung der Infrastruktur gemäß § 47 Abs. 2 des Bundesbahngesetzes, BGBl. Nr. 825/1992, durchzuführenden Kreditoperationen in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen 2 800 Millionen Euro an Kapital und 2 800 Millionen Euro an Zinsen und Kosten und die Kreditoperationen im Einzelfall 2 000 Millionen Euro an Kapital nicht übersteigt;

5. die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien für die von der Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH durchzuführenden Kreditoperationen gemäß § 5 Abs. 3 des Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetzes, BGBl. Nr. 201/1996, in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen 5 Millionen Euro an Kapital und 5 Millionen Euro an Zinsen und Kosten nicht übersteigt;

6. die Haftung für Schäden an Objekten, die von Dritten den Bundesmuseen oder der Österreichischen Nationalbibliothek als Leihgabe für Ausstellungen gemäß § 2 des Bundesmuseen-Gesetzes, BGBl. I Nr. 14/2002, zur Verfügung gestellt werden, in jenem Ausmaß zu übernehmen, dass der jeweils ausstehende Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen 1 000 Millionen Euro und im Einzelfall 100 Millionen Euro nicht überschritten wird;

7. die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB oder in Form von Garantien für von der Österreichischen Hotel- und Tourismusbank Gesellschaft m.b.H. gemäß § 2 Abs. 2a des KMU-Förderungsgesetzes, BGBl. Nr. 432/1996, durchzuführenden Kreditoperationen in einem Ausmaß zu übernehmen, dass der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen 50 Millionen Euro an Kapital und 50 Millionen Euro an Zinsen und Kosten nicht übersteigt.

(2) Der Bundesminister für Finanzen darf Haftungen für Kreditoperationen gemäß Abs. 1 nur übernehmen, wenn die prozentuelle Gesamtbelastung bei Kreditoperationen in inländischer oder ausländischer Währung unter Berücksichtigung eventueller Währungstauschverträge unter Zugrundelegung der im § 79 Abs. 2 BHG 2013 umschriebenen finanzmathematischen Formel das im § 79 Abs. 1 Z 2 und 3 BHG 2013 bestimmte jeweilige Höchstausmaß einen Bankarbeitstag vor Festlegung der Konditionen nicht überschreitet.

(3) Auf Haftungen gemäß Abs. 1 Z 1, 2 und 6 ist § 82 Abs. 2 Z 5 BHG 2013 nicht anzuwenden. Auf Haftungen gemäß Abs. 1 Z 3, 4, 5 und 7 ist § 82 Abs. 2 Z 5 BHG 2013 mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Höhe des Entgelts für die Übernahme von Haftungen unter Anwendung der EU-beihilfenrechtlichen Vorschriften zu bemessen ist.

Verfügungen über unbewegliches Bundesvermögen

Artikel XI. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2014 über Bestandteile des unbeweglichen Bundesvermögens im Rahmen der ihm gemäß § 76 BHG 2013 übertragenen Befugnis nach Maßgabe folgender Bestimmungen zu verfügen:

1. gemäß § 76 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG 2013 bis zu einem Entgelt (Preis, Wert) von 4 Millionen Euro für den einzelnen Bestandteil des unbeweglichen Bundesvermögens;

2. gemäß § 76 Abs. 6 BHG 2013 bis zu einem Schätzwert von 0,050 Millionen Euro im Einzelfall;

3. gemäß § 76 Abs. 7 BHG 2013 bis zu einem Schätzwert der Belastung von 0,025 Millionen Euro im Einzelfall.

Verfügungen über unbewegliches Bundesvermögen, bei denen die unter Z 1 bis 3 angeführten Wertgrenzen überschritten werden, bedürfen der Bewilligung durch ein Bundesgesetz im Sinne des Artikel 42 Abs. 5 B-VG, die vom Bundesminister für Finanzen einzuholen ist.

(2) Die im laufenden Finanzjahr gemäß § 76 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG 2013 innerhalb des Ermächtigungsrahmens gemäß Abs. 1 Z 1 bis 3 getroffenen Verfügungen dürfen insgesamt den Wert von 36 Millionen Euro nicht übersteigen.

Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen

Artikel XII. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 2014 über Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens im Rahmen der ihm gemäß §§ 74 und 75 BHG 2013 übertragenen Befugnis nach Maßgabe folgender Bestimmungen zu verfügen.

(2) Übersteigt bei einer Verfügung gemäß §§ 74 und 75 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG 2013

1. die Forderung, auf die verzichtet wird, oder der Wert des einzelnen sonstigen Bestandteiles des beweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wird, 2,5 Millionen Euro oder

2. der Wert aller sonstigen Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens, über die durch das jeweilige Rechtsgeschäft gleichzeitig verfügt wird, insgesamt 11 Millionen,

so bedarf eine solche Verfügung der Bewilligung durch ein Bundesgesetz im Sinne des Artikel 42 Abs. 5 B-VG, die vom Bundesminister für Finanzen einzuholen ist. Hievon kann bei einem Verzicht auf eine Forderung des Bundes Abstand genommen werden, wenn dadurch aus wirtschafts- oder arbeitsmarktpolitischen Interessen die Einleitung oder Durchführung eines Konkurs- oder Sanierungsverfahrens mit und ohne Eigenverwaltung vermieden werden könnte, jedoch die Bewilligung des Nationalrates nicht mehr rechtzeitig eingeholt werden kann.

Personalplan

Artikel XIII. Die Regelungen über die höchstzulässige Personalkapazität und die Personalbewirtschaftung des Bundes für das Jahr 2014 werden im Personalplan 2014 festgelegt (Anlage IV).

Verweisungen

Artikel XIV. So weit in diesem Bundesgesetz auf andere Bundesgesetze verwiesen und nicht Abweichendes bestimmt ist, sind diese in ihrer jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

Übergangsbestimmung, Inkrafttreten und Geltungsdauer

Artikel XV. Dieses Bundesgesetz tritt am 1. Juni 2014 in Kraft und gilt für die Zeit vom 1. Jänner 2014 bis 31. Dezember 2014 mit der Maßgabe, dass die auf Grund des Gesetzlichen Budgetprovisoriums 2014, BGBl. I Nr. 7/2014, in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Mai 2014 vollzogenen Gebarungen unter Berücksichtigung der auf Grund der Bundesministeriengesetz-Novelle 2014, BGBl. I Nr. 11/2014, sich ergebenden geänderten Zuständigkeiten einzelner Bundesministerien jeweils zu Gunsten und zu Lasten der maßgeblichen Mittelaufbringungen und Mittelverwendungen des Bundesvoranschlages für das Jahr 2014 zu überrechnen sind.

Allgemeine Hinweise

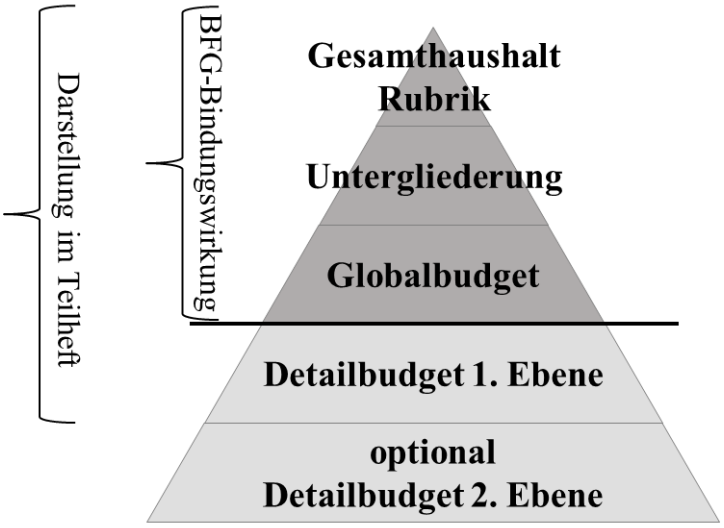
Die entsprechenden Erfolgswerte für 2012 im Finanzierungsvoranschlag sind von der alten in die neue Struktur übergeleitet worden und sind daher nicht direkt vergleichbar.

Hinweis:
Soweit im Folgenden personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise, es sei denn, dass ausdrücklich anderes angegeben ist. Bei der Anwendung auf bestimmte Personen wird die jeweils geschlechtsspezifische Form verwendet.

Gliederungselemente des Bundesvoranschlages

Budgetstruktur

Durch die Haushaltsrechtsreform hat sich die Darstellung des Bundesvoranschlages und somit die gesamte Budgetstruktur grundlegend verändert. Mit Inkrafttreten der 2. Etappe wird der Gesamthaushalt, der das gesamte Budget des Bundes darstellt, in Rubriken, Untergliederungen (UG), Globalbudgets (GB) und Detailbudgets (DB) unterteilt.



X	X	X	X	X	X	X	X
Rubrik & UG		GB		DB 1. Ebene		DB 2. Ebene	
V o r a n s c h l a g s s t e l l e							

Aufgabenbereiche

16	Allgemeine öffentliche Verwaltung
17	Staatsschuldentransaktionen
25	Verteidigung
31	Polizei
33	Gerichte
34	Justizvollzug
36	Öffentliche Ordnung und Sicherheit
42	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Jagd
45	Verkehr
49	Wirtschaftliche Angelegenheiten
56	Umweltschutz
61	Wohnungswesen
76	Gesundheitswesen
82	Kultur
84	Religiöse und andere Gemeinschaftsangelegenheiten
86	Sport
91	Elementar- und Primärbereich
92	Sekundarbereich
94	Tertiärbereich
98	Bildungswesen
99	Grundlagen-, angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung
09	Soziale Sicherung

Hinweis: Die Detailbudgets 2. Ebene sind nicht Bestandteil der gedruckten Budgetunterlagen (Bundesfinanzgesetz und Teilheft). Diese werden auf der Homepage des Bundesministeriums für Finanzen als Anhang zum Teilheft elektronisch bereitgestellt. Zu diesem Zwecke werden alle Detailbudgets 2. Ebene eines Detailbudgets 1. Ebene in einem eigenständigen Dokument zusammengefasst.

Bundesvoranschlag

Der Bundesvoranschlag (BVA) gliedert sich in den Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag:

Im Ergebnisvoranschlag werden Erträge und Aufwendungen periodengerecht abgegrenzt veranschlagt; die Aufwandsobergrenzen sind gesetzlich bindend für Globalbudgets.

Im Finanzierungsvoranschlag werden Einzahlungen und Auszahlungen veranschlagt; die Auszahlungsobergrenzen sind gesetzlich bindend für Gesamthaushalt, Rubriken, Untergliederungen und Globalbudgets.

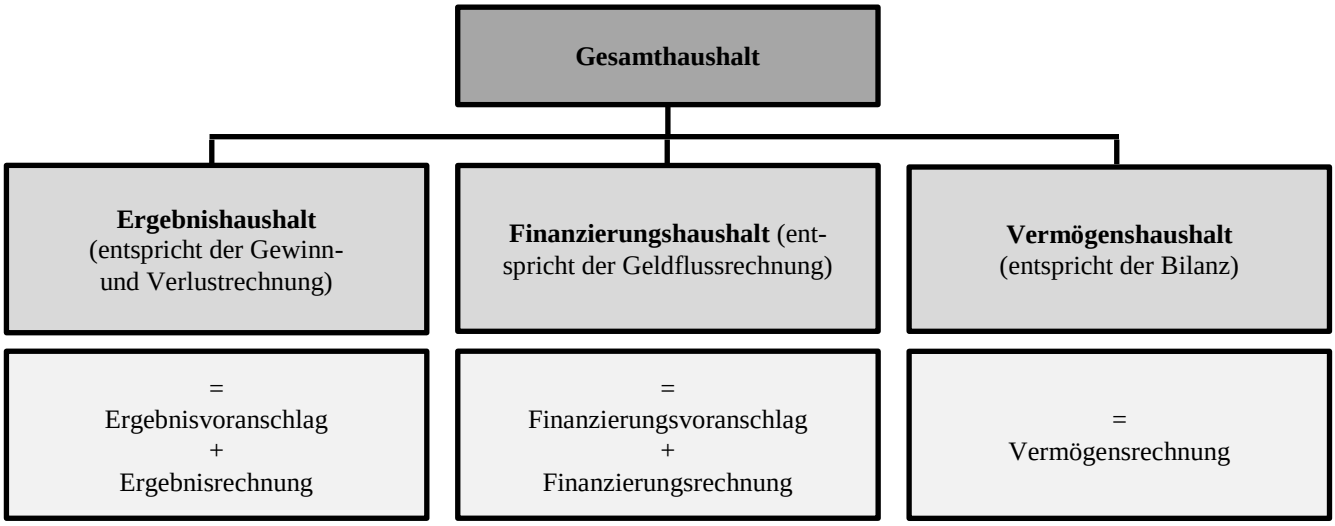
Der Vermögenshaushalt wird nicht budgetiert, er entspricht der Bilanz.

Die einzelnen Voranschläge sind in Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen gemäß §§ 30 und 33 BHG 2013 gegliedert.

Wirkungsorientierung im Budget

Erstmals wird systematisch dargestellt, was mit den Budgetmitteln an Ergebnissen erreicht werden soll. Jedes Ministerium legt Rechenschaft ab.
Weil neben liquiden Mitteln auch der Ressourcenverbrauch und die damit zu erreichenden Ziele dargestellt werden, verbessert sich die Aussagekraft des Budgets. Durch die neue Budgetgliederung mit Global- und Detailbudgets verbessert sich darüber hinaus auch die Übersichtlichkeit des Budgets.

Elemente des neuen Veranschlagungs- und Verrechnungssystems des Bundes



Mittelverwendungsgruppen:
- Personalaufwand
- Transferaufwand
- betrieblicher Sachaufwand
- Finanzaufwand

Mittelverwendungsgruppen:
Auszahlungen
- aus der operativen Verwaltungstätigkeit
- aus Transfers
- aus der Investitionstätigkeit
- aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen
- aus der Tilgung von Finanzschulden
- aus der Tilgung von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten
- infolge eines Kapitalaustausches bei Währungstauschverträgen
- für den Erwerb von Finanzanlagen

Mittelaufbringungsgruppen:
- Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers
- Finanzerträge

Mittelaufbringungsgruppen:
Einzahlungen
- aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers
- aus der Investitionstätigkeit
- aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen
- aus der Aufnahme von Finanzschulden
- aus der Aufnahme von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten
- infolge eines Kapitalaustausches bei Währungstauschverträgen
- aus dem Abgang von Finanzanlagen

Übersicht Globalbudgets

Aufwendungen und Erträge im Ergebnisvoranschlag und
Auszahlungen und Einzahlungen im Finanzierungsvoranschlag

UG	GB	Bezeichnung	Ergebnisvoranschlag			Finanzierungsvoranschlag		
			Aufwendungen	Erträge	Nettoergebnis	Auszahlungen	Einzahlungen	Nettogeldfluss
01		**PräsKzl**						
	0101	PräsKzl	7,802	0,043	7,759	7,600	0,025	7,575
02		**Bundesgesetzgebung**						
	0201	Bundesgesetzgebung	163,522	2,517	161,005	162,995	2,301	160,694
03		**VfGH**						
	0301	VfGH	14,460	0,399	14,061	14,131	0,396	13,735
04		**VwGH**						
	0401	VwGH	18,811	0,084	18,727	18,765	0,094	18,671
05		**Volksanwaltschaft**						
	0501	Volksanwaltschaft	10,039	0,184	9,855	10,046	0,147	9,899
06		**Rechnungshof**						
	0601	Rechnungshof	31,686	0,238	31,448	31,197	0,086	31,111
10		**Bundeskanzleramt**						
	1001	Steuerg/Koord/Serv	315,174	3,894	311,280	311,454	4,060	307,394
	1002	Frauen u. Gleichste.	1,692	0,000	1,692	1,692	0,000	1,692
	1003	EFRE (var)	82,900	0,002	82,898	82,900	0,002	82,898
11		**Inneres**						
	1101	Steuerung	61,918	2,768	59,150	61,502	1,284	60,218
	1102	Sicherheit	2.032,391	111,621	1.920,770	2.017,613	97,002	1.920,611
	1103	Recht/Asyl/Integrat.	276,063	20,621	255,442	241,767	16,634	225,133
	1104	Services/ Kontrolle	207,043	8,584	198,459	208,702	6,961	201,741
12		**Äußeres**						
	1201	Außenpol. Planung	243,570	14,320	229,250	236,485	3,679	232,806
	1202	Außen-intepol. Maßn.	182,292	2,083	180,209	182,292	2,083	180,209
13		**Justiz**						
	1301	Steuerung u.Services	72,937	0,593	72,344	72,524	0,303	72,221
	1302	Rechtsprechung	830,649	956,020	-125,371	785,180	923,992	-138,812
	1303	Strafvollzug	468,686	80,120	388,566	440,815	55,705	385,110
14		**Milit. Ang. u. Sport**						
	1401	Steuerung u. Service	224,493	14,469	210,024	222,728	17,609	205,119
	1402	Streitkräfte	1.823,663	38,836	1.784,827	1.796,572	32,320	1.764,252
	1403	Sport	137,825	0,176	137,649	137,727	0,109	137,618
15		**Finanzverwaltung**						
	1501	Steuerung & Services	402,619	137,998	264,621	386,840	138,115	248,725
	1502	Steuer- & Zollverw.	700,463	12,693	687,770	674,476	12,265	662,211
	1503	Rechtsv.& Rechtsinst	41,447	1,859	39,588	39,768	1,794	37,974
16		**Öffentliche Abgaben**						
	1601	Öffentliche Abgaben	1.050,000	47.881,794	-46.831,794	0,000	47.881,794	-47.881,794
20		**Arbeit**						
	2001	Arbeitsmarkt	7.005,215	6.035,250	969,965	6.996,409	6.034,048	962,361
	2002	Arbeitsinspektion	33,959	2,194	31,765	31,850	0,542	31,308
21		**Soz. Kons.- Schutz**						
	2101	Steuerung u.Services	128,292	4,325	123,967	126,026	3,131	122,895
	2102	Pflege	2.580,302	233,925	2.346,377	2.582,202	233,925	2.348,277
	2103	Versorg. u. Entschäd	153,612	4,255	149,357	153,990	4,309	149,681
	2104	Maßn. f. Behinderte	61,887	0,004	61,883	61,104	0,004	61,100
22		**Pensionsversicherung**						
	2201	BB und PL (var)	9.129,895	0,006	9.129,889	9.129,895	0,006	9.129,889
	2202	Ausgleichs zul.(var)	1.016,894	0,004	1.016,890	1.016,894	0,004	1.016,890
	2203	Sonst.Leist.PV (var)	47,211	36,890	10,321	47,211	36,890	10,321
23		**Pensionen - BeamtInn**						
	2301	HV u. ausgegl. Inst.	4.033,959	1.312,684	2.721,275	4.046,742	1.314,450	2.732,292
	2302	Post	1.260,656	248,399	1.012,257	1.254,200	248,427	1.005,773
	2303	ÖBB	2.121,948	415,106	1.706,842	2.120,435	414,884	1.705,551
	2304	Landeslehrer	1.547,403	306,367	1.241,036	1.552,230	306,759	1.245,471
24		**Gesundheit**						
	2401	Steuerg. u. Services	114,409	9,086	105,323	113,941	8,496	105,445
	2402	Gesundheitsfinanzg.	774,922	0,001	774,921	774,922	0,001	774,921
	2403	Gesundheitsvorsorge	64,448	39,615	24,833	64,450	39,616	24,834

Übersicht Globalbudgets

Aufwendungen und Erträge im Ergebnisvoranschlag und
Auszahlungen und Einzahlungen im Finanzierungsvoranschlag

UG	GB	Bezeichnung	Ergebnisvoranschlag			Finanzierungsvoranschlag		
			Aufwendungen	Erträge	Nettoergebnis	Auszahlungen	Einzahlungen	Nettogeldfluss
25		**Familien und Jugend**						
	2501	FLAF	6.616,462	6.638,558	-22,096	6.708,560	6.708,559	0,001
	2502	Familie / Jugend	96,643	442,899	-346,256	96,827	442,902	-346,075
30		**Bildung und Frauen**						
	3001	Steuerung u.Services	1.098,423	40,623	1.057,800	1.080,538	36,183	1.044,355
	3002	Schule/ Lehrpersonal	6.998,789	105,498	6.893,291	6.917,546	45,461	6.872,085
	3003	Kunst und Kultur	26,337	0,994	25,343	26,412	0,965	25,447
	3004	Kulturein richtungen	45,749	0,000	45,749	45,749	0,000	45,749
	3005	Frauen u. Gleichste.	8,458	0,002	8,456	8,458	0,002	8,456
31		**Wissensch. u.Forsch.**						
	3101	Steuerung u.Services	54,101	0,615	53,486	53,387	0,368	53,019
	3102	Tertiäre Bildung	3.547,887	0,185	3.547,702	3.547,507	0,023	3.547,484
	3103	Forsch. u. Entwickl.	479,410	0,528	478,882	477,227	0,154	477,073
32		**Kunst und Kultur**						
	3201	Kunst	76,409	0,010	76,399	76,977	0,010	76,967
	3202	Kultur	63,356	5,058	58,298	63,431	5,159	58,272
	3203	Kultureinrichtungen	228,178	0,001	228,177	228,178	0,001	228,177
33		**Wirtschaft (Forsch.)**						
	3301	Wirtschaft (Forsch.)	101,600	0,002	101,598	101,600	0,002	101,598
34		**VIT (Forschung)**						
	3401	FTI	427,696	0,005	427,691	424,200	2,008	422,192
40		**Wirtschaft**						
	4001	Steuerung u.Services	82,984	1,251	81,733	78,890	1,457	77,433
	4002	Transfer. Wirtschaft	151,476	245,700	-94,224	151,142	273,627	-122,485
	4003	Eich-u.Vermessungsw.	86,048	7,816	78,232	82,076	7,939	74,137
	4004	Historische Objekte	80,538	10,385	70,153	48,619	10,403	38,216
41		**Verk. Innov.u.Techn.**						
	4101	Steuerung u. Service	152,135	33,448	118,687	135,599	33,017	102,582
	4102	Verk.- Nachricht.w.	4.837,988	348,815	4.489,173	3.038,226	349,079	2.689,147
42		**Land. Fort. u Wasser**						
	4201	Steuerung u.Services	156,111	23,986	132,125	151,866	24,114	127,752
	4202	Landw. u. ldl. Raum	1.838,681	64,984	1.773,697	1.836,313	64,990	1.771,323
	4203	Forst,Wasser,Naturg.	246,041	142,750	103,291	238,093	142,697	95,396
43		**Umwelt**						
	4301	Allg. U-Politik	245,361	213,367	31,994	245,437	213,367	32,070
	4302	Abfall-,SWW u.Chemie	393,582	255,697	137,885	393,582	255,697	137,885
44		**Finanzausgleich**						
	4401	Transfers	529,047	150,873	378,174	529,047	150,873	378,174
	4402	Katastrophenfonds	484,956	484,956	0,000	484,956	484,956	0,000
45		**Bundesvermögen**						
	4501	Haftungen des Bundes	176,299	420,834	-244,535	633,802	613,141	20,661
	4502	Bundesverm.verwalt.	452,841	552,262	-99,421	906,470	601,393	305,077
46		**Finanzmarktstabilit.**						
	4601	Finanzmarktstabilit.	1.631,358	320,823	1.310,535	1.831,590	2.431,126	-599,536
51		**Kassenverwaltung**						
	5101	Kassenverwaltung	1,000	1.451,860	-1.450,860	1,000	1.451,860	-1.450,860
58		**Finanzierungen WTV**						
	5801	Finanzierungen WTV	7.168,195	0,000	7.168,195	6.903,514	0,000	6.903,514

Untergliederung 01 Präsidentschaftskanzlei

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

Der Bundespräsident wird als einziges oberstes Vollzugsorgan vom Volk gewählt. Die Präsidentschaftskanzlei steht dem Bundespräsidenten zur Wahrnehmung seiner Kompetenzen und Aufgaben in organisatorischer und inhaltlicher Hinsicht zur Verfügung.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**0,025**	**0,028**	**0,026**
Auszahlungen fix	7,300	7,600	7,834	7,842
Summe Auszahlungen	**7,300**	**7,600**	**7,834**	**7,842**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-7,575**	**-7,806**	**-7,815**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	0,043	0,043	
Aufwendungen	7,802	7,886	
Nettoergebnis	**-7,759**	**-7,843**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:

Die Kompetenzen des Bundespräsidenten sind verfassungsrechtlich festgelegt. Die Präsidentschaftskanzlei hat die Aufgabe, den Bundespräsidenten bei der Besorgung seiner Amtsgeschäfte zu unterstützen (Art. 67 a B-VG).

Warum dieses Wirkungsziel?

Der Bundespräsident ist eines der obersten Vollzugsorgane. Er ist aber auch Staatsoberhaupt im Sinne der allgemeinen Staatsrechtslehre, dem bestimmte typische, in der Verfassung festgelegte Funktionen übertragen sind (z.B. die völkerrechtliche Vertretung nach außen, die Ernennung von anderen Staatsorganen, Oberbefehl über das Heer, Gnadenrecht etc. – siehe Art. 65 B-VG).

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Aufbereitung und administrative Behandlung der mit den Amtsgeschäften verbundenen Rechtsakte (Ratifikation von Staatsverträgen, Beurkundung des verfassungsmäßigen Zustandekommens von Bundesgesetzen, Entschließungen betreffend die dem Bundespräsidenten zustehenden Ernennungsrechte etc.).
- Abwicklung der mit den Kompetenzen des Bundespräsidenten verbundenen erforderlichen Veranlassungen (z.B. bei der Ernennung bzw. Enthebung der Bundesregierung, bei der Angelobung der Landeshauptmänner etc.)
- Organisation von internationalen Begegnungen in Ausübung der Vertretung nach außen (Besuche ausländischer Staatsgäste, Besuche im Ausland) sowie sonstiger Veranstaltungen.
- Erstellung von Rechtsgutachten und Informationen zur Beratung des Bundespräsidenten bei Fragestellungen im Aufgabenbereich

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 01.1.1						
Berechnungsmethode						
Datenquelle						
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Aus der Summe der dem Bundespräsidenten verfassungsrechtlich zugewiesenen Aufgaben geht hervor, dass dieser Verantwortung für das reibungslose Zusammenwirken der obersten Staatsorgane wahrnimmt. Diesem Ziel dienen regelmäßige Kontakte mit den anderen obersten Staatsorganen.					

Wirkungsziel 2:

Unterstützung bei der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Bedeutung demokratischer Prozesse, der sozialen Ausgewogenheit und der Gleichstellung von Frauen und Männern

Warum dieses Wirkungsziel?

Durch die Amtsführung des Bundespräsidenten soll in der Öffentlichkeit das Verständnis und das Interesse für die genannten Themen sowie für das Staatsganze gefördert werden. Der Bundespräsident soll nicht nur als Organ im juristischen Sinn sondern auch als Gesprächspartner erlebt werden. Dafür sind regelmäßige Kontakte mit ausgewählten Gruppen der Bevölkerung notwendig, insbesondere mit solchen, die sich in einer besonderen Situation befinden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung von

- Begegnungsveranstaltungen des Bundespräsidenten in der Präsidentschaftskanzlei (SchülerInnentag, SeniorInnentag, Tag der offenen Tür etc.),
- öffentlichen Terminen (Reden etc.).

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 01.2.1	Anzahl der genannten Veranstaltungen					
Berechnungs-methode	Erfassung der Anzahl der einschlägigen Veranstaltungen und öffentlichen Termine					
Datenquelle	Präsidentschaftskanzlei					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	23	32	30	32	32	32

Wirkungsziel 3:

Unterstützung bei der Vertretung der Republik nach außen durch internationale Begegnungen und Kontakte auf hoher staatlicher Ebene

Warum dieses Wirkungsziel?

Das Zusammentreffen des Bundespräsidenten mit ausländischen EntscheidungsträgerInnen auf der obersten politischen und wirtschaftlichen, sowie auf wissenschaftlicher und kultureller Ebene unterstützt und fördert österreichische Interessen und RepräsentantInnen aus den genannten Bereichen in ihren internationalen Aktivitäten.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

Vorbereitung und Durchführung von internationalen Begegnungen des Bundespräsidenten, bei denen RepräsentantInnen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur Gelegenheit zu Kontakten mit geeigneten GesprächspartnerInnen geboten wird.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 01.3.1	Anzahl der internationalen Begegnungen des Bundespräsidenten					
Berechnungs-methode	Erfassung der Anzahl der Begegnungen mit Staatoberhäuptern im In- und Ausland					
Datenquelle	Präsidentschaftskanzlei					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	18	34	26	34	34	34

Untergliederung 01 Präsidentschaftskanzlei

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,043	0,043	
Erträge	**0,043**	**0,043**	
Personalaufwand	5,310	5,180	
Transferaufwand	0,001	0,001	
Betrieblicher Sachaufwand	2,491	2,705	
Aufwendungen	**7,802**	**7,886**	
Nettoergebnis	**-7,759**	**-7,843**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,017	0,017	0,016
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,003	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,005	0,008	0,010
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,025**	**0,028**	**0,026**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	7,554	7,723	7,693
Auszahlungen aus Transfers	0,001	0,001	
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,031	0,096	0,139
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,014	0,014	0,010
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**7,600**	**7,834**	**7,842**
Nettogeldfluss	**-7,575**	**-7,806**	**-7,815**

Untergliederung 01 Präsidentschaftskanzlei
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 01 PräsKzl**	GB 01.01 PräsKzl
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,043	0,043
Erträge	**0,043**	**0,043**
Personalaufwand	5,310	5,310
Transferaufwand	0,001	0,001
Betrieblicher Sachaufwand	2,491	2,491
Aufwendungen	**7,802**	**7,802**
Nettoergebnis	**-7,759**	**-7,759**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 01 PräsKzl**	GB 01.01 PräsKzl
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,017	0,017
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,003
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,005	0,005
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,025**	**0,025**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	7,554	7,554
Auszahlungen aus Transfers	0,001	0,001
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,031	0,031
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,014	0,014
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**7,600**	**7,600**
Nettogeldfluss	**-7,575**	**-7,575**

Globalbudget 01.01 Präsidentschaftskanzlei

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,043	0,043	
Erträge	**0,043**	**0,043**	
Personalaufwand	5,310	5,180	
Transferaufwand	0,001	0,001	
Betrieblicher Sachaufwand	2,491	2,705	
Aufwendungen	**7,802**	**7,886**	
Nettoergebnis	**-7,759**	**-7,843**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,017	0,017	0,016
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,003	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,005	0,008	0,010
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,025**	**0,028**	**0,026**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	7,554	7,723	7,693
Auszahlungen aus Transfers	0,001	0,001	
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,031	0,096	0,139
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,014	0,014	0,010
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**7,600**	**7,834**	**7,842**
Nettogeldfluss	**-7,575**	**-7,806**	**-7,815**

Globalbudget 01.01 Präsidentschaftskanzlei

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
1	administrative Behandlung der Rechtsakte sowie die Abwicklung der Veranlassungen , die sich aus den Kompetenzen des Bundespräsidenten ergeben. Organisation von internationalen Begegnungen in Ausübung der Vertretung nach außen (Besuche ausländischer Staatsgäste, Besuche im Ausland) sowie sonstiger Veranstaltungen. Erstellung von Rechtsgutachten und Informationen zur Beratung des Bundespräsidenten bei Fragestellungen im Aufgabenbereich	Aus der Summe der dem Bundespräsidenten verfassungsrechtlich zugewiesenen Aufgaben geht hervor, dass dieser Verantwortung für das reibungslose Zusammenwirken der obersten Staatsorgane wahrnimmt. Diesem Ziel dienen regelmäßige Kontakte mit den anderen obersten Staatsorganen	
2	Begegnungsveranstaltungen des Bundespräsidenten in der Präsidentschaftskanzlei (SchülerInnentag, SeniorInnentag, Tag der offenen Tür etc.) sowie öffentliche Termine	Anzahl solcher Veranstaltungen Zielzustand 2014: 33 Berechnungsmethode: Erfassung der Anzahl der genannten Veranstaltungen und öffentlichen Termine	Istzustand 2013: 33
3	Vorbereitung und Durchführung von internationalen Begegnungen des Bundespräsidenten, bei denen RepräsentantInnen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur Gelegenheit zu Kontakten mit geeigneten GesprächspartnerInnen geboten wird.	Anzahl der internationalen Begegnungen des Bundespräsidenten Zielzustand 2014: 35 Berechnungsmethode: Erfassung der Anzahl der Begegnungen mit Staatsoberhäuptern im In- und Ausland;	Istzustand 2013: 35

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

Globalbudget 01.01 Präsidentschaftskanzlei
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 01.01 PräsKzl**	DB 01.01.01 PräsKzl
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,043	0,043
Erträge	**0,043**	**0,043**
Personalaufwand	5,310	5,310
Transferaufwand	0,001	0,001
Betrieblicher Sachaufwand	2,491	2,491
Aufwendungen	**7,802**	**7,802**
Nettoergebnis	**-7,759**	**-7,759**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 01.01 PräsKzl**	DB 01.01.01 PräsKzl
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,017	0,017
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,003
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,005	0,005
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,025**	**0,025**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	7,554	7,554
Auszahlungen aus Transfers	0,001	0,001
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,031	0,031
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,014	0,014
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**7,600**	**7,600**
Nettogeldfluss	**-7,575**	**-7,575**

Untergliederung 02 Bundesgesetzgebung

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

Das Parlament ist der zentrale Ort jeder Demokratie. Zur Unterstützung der parlamentarischen Aufgaben und zur Besorgung der Verwaltungsangelegenheiten der Organe der Bundesgesetzgebung ist die Parlamentsdirektion berufen. Sie garantiert den reibungslosen Ablauf des parlamentarischen Geschehens und versteht sich als serviceorientiertes Dienstleistungsunternehmen für Mitglieder des Nationalrates, des Bundesrates und des Europäischen Parlaments sowie für Institutionen und alle am parlamentarischen Geschehen Interessierten.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**2,301**	**2,301**	**2,348**
Auszahlungen fix	142,995	162,995	136,329	163,382
Summe Auszahlungen	**142,995**	**162,995**	**136,329**	**163,382**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-160,694**	**-134,028**	**-161,035**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	2,517	2,310	
Aufwendungen	163,522	136,628	
Nettoergebnis	**-161,005**	**-134,318**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:

Sicherung der hohen Servicequalität für MandatarInnen und Klubs zur Schaffung von Gestaltungsräumen für die Politik im parlamentarischen Verfahren

Warum dieses Wirkungsziel?

Kernaufgabe der Parlamentsdirektion (Art. 30/3 B-VG) ist die Gewährleistung bestmöglicher Rahmenbedingungen für die VolksvertreterInnen zur Unterstützung ihres verfassungsmäßigen Auftrages (Gesetzgebung und Kontrolle) im Interesse der BürgerInnen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Betreuung von Plenar- und Ausschusssitzungen des Nationalrates und des Bundesrates
- Aufbereitung parlamentarischer Materialien
- Bereitstellung von Infrastruktur sowie personellen und finanziellen Ressourcen für die VolksvertreterInnen und die Parlamentsklubs
- Rechtsgutachten
- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
- Aufbereitung von EU-Vorlagen
- Organisation von Veranstaltungen und Konferenzen
- Ausbau des Budgetdienstes
- Betreuung internationaler Kontakte

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 02.1.1	Informationsbereitstellung: Portalverfügbarkeit www.parlament.gv.at					
Berechnungs-methode	IT Auswertungen					
Datenquelle	Interne Aufzeichnungen/Parlamentsdirektion					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	nicht verfügbar	>99,5%	99,98%	>99,5%	>99,5%	>99,5%

Kennzahl 02.1.2	Zufriedenheit mit den Serviceleistungen der Parlamentsdirektion: Unterstützung vor, während und nach Ausschuss- und Plenarsitzungen und bei offiziellen internationalen Terminen

Berechnungs-methode	Anteil der positiven Bewertungen					
Datenquelle	Interne Aufzeichnungen/Parlamentsdirektion					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	nicht verfüg-bar	nicht verfüg-bar	nicht verfüg-bar	75% (sehr zufrieden und eher zufrie-den)	75% (sehr zufrieden und eher zufrie-den)	75% (sehr zufrieden und eher zufrie-den)
	Ersterhebung 2013, Umfrage Abgeordnete zum Nationalrat und Mitglieder des Bundesrates, 4-teilige Skala					

Wirkungsziel 2:
Ausbau der Parlamentsdirektion zum Kompetenz- und Kommunikationszentrum für Parlamentarismus und Demokratie für die interessierte Öffentlichkeit

Warum dieses Wirkungsziel?
Wesentliche Voraussetzung einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie sind Transparenz über Entscheidungsprozesse und freier Zugang zu Informationen für interessierte BürgerInnen. Für die Bevölkerung soll das Parlament zentraler Ort für Fragen zu Parlamentarismus und Demokratie sein, nicht zuletzt ein aus der Gewaltentrennung abgeleiteter Anspruch und ein klares Signal der Aufgaben des Parlaments im demokratischen Gefüge und der Abgrenzung zur Regierungstätigkeit.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Ausrichtung der Parlamentsdirektion als zentrale Einrichtung mit öffentlich wahrnehmbarer Kompetenz durch:
- Fortführung des Informations- und Bildungsangebotes im Internet für BürgerInnen
- "Demokratiewerkstatt" und "Jugendparlament" für jugendliche BesucherInnen
- Teilnahme an fachspezifischen Konferenzen und Forschungsprojekten
- Förderung der wissenschaftlichen Publikationstätigkeit der MitarbeiterInnen der Parlamentsdirektion

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 02.2.1	Anzahl der externen Zugriffe auf die Homepage des Parlaments und Anzahl der externen Zugriffe auf die Seite www.demokratiewebstatt.at					
Berechnungs-methode	IT-Auswertungen					
Datenquelle	Interne Aufzeichnungen/Parlamentsdirektion					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	nicht verfüg-bar	rund 162 Mil-lionen externe Zugriffe auf die Parla-ments-homepage und 1,01 Millionen externe Zu-griffe auf die Demokratie-webstatt	220 Millionen externe Zu-griffe auf die Parlaments-homepage und 1,25 Millionen externe Zu-griffe auf die Demokratie-webstatt	über 165 Mil-lionen externe Zugriffe auf die Parla-ments-homepage und 1,1 Millionen externe Zu-griffe auf die Demokratie-webstatt	über 165 Mil-lionen externe Zugriffe auf die Parla-ments-homepage und 1,1 Millionen externe Zu-griffe auf die Demokratie-webstatt	über 165 Mil-lionen externe Zugriffe auf die Parla-ments-homepage und 1,1 Millionen externe Zu-griffe auf die Demokratie-webstatt

Kennzahl 02.2.2	Anzahl der jugendlichen TeilnehmerInnen (nach Geschlecht) an der Demokratiewerkstatt					
Berechnungs-methode	Zählwert					
Datenquelle	Interne Aufzeichnungen/Parlamentsdirektion					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018

	nicht verfügbar	11.041 jugendliche Besucher-Innen	9.871 jugendliche BesucherInnen und 49,24% junge Frauen und 50,76% junge Männer	über 11.000 jugendliche Besucher-Innen trotz Einsparungserfordernissen bei Geschlechterausgewogenheit (ca. 50%:50%)	rund 10.000 jugendliche BesucherInnen bei Geschlechterausgewogenheit (ca. 50%:50%)	rund 10.000 jugendliche BesucherInnen bei Geschlechterausgewogenheit (ca. 50%:50%)
	2011 keine Angaben zu Geschlecht, da Ersterhebung ab 2012					

Kennzahl 02.2.3	Anzahl der Publikationen in anerkannten Fachmedien (in Medien mit hohem Impactfaktor)					
Berechnungsmethode	Gesamtsumme aller Publikationen innerhalb eines Jahres					
Datenquelle	Interne Aufzeichnungen/Parlamentsdirektion					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	nicht verfügbar	1	11	2	mindestens 2	mindestens 2

Kennzahl 02.2.4	Mitwirkung an Forschungsprojekten (darunter auch wissenschaftliche Arbeiten zu Grundlagenfragen) bzw. in wissenschaftlichen Vereinigungen					
Berechnungsmethode	Zählwert					
Datenquelle	Interne Aufzeichnungen/Parlamentsdirektion					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	nicht verfügbar	0	1	2	2	2

Kennzahl 02.2.5	Organisation und aktive Mitwirkung an wissenschaftlichen Foren/Lehrveranstaltungen/Seminaren					
Berechnungsmethode	Zählwert					
Datenquelle	Interne Aufzeichnungen/Parlamentsdirektion					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	nicht verfügbar	2	1	2	2	2
	Konkretisierung der Kennzahl vom letzten Jahr					

Wirkungsziel 3:
Förderung der Public Awareness (= Schaffung einer möglichst breiten Öffentlichkeit) für die Bedeutung der Partizipation in einer Demokratie unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechterdemokratie

Warum dieses Wirkungsziel?
Eine langfristige Verankerung der Notwendigkeit gleichberechtigter Partizipation und Repräsentation beider Geschlechter in demokratischen Gesellschaften wird nur über das Bewusstmachen des Zieles zu erreichen sein. Insbesondere zeigen Untersuchungen, dass die Thematik auch bei Jugendlichen in letzter Zeit eine geringere Rolle zu spielen scheint als noch vor einigen Jahren, als „emanzipatorische“ Themen vermehrt in der öffentlichen Diskussion standen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Schwerpunktsetzung zum Begriff Geschlechterdemokratie bzw. zur Erhöhung des Genderbewusstseins im Rahmen der Aktivitäten der Parlamentsdirektion zur Demokratievermittlung, besonders beim Bildungsangebot für Kinder und Jugendliche in der "Demokratiewerkstatt".

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 02.3.1	Anzahl der Veranstaltungen mit genderspezifischem Bezug

Berechnungs-methode	Zählwert Veranstaltungen der PräsidentInnen (organisiert durch die Parlamentsdirektion), die die Bedeutung gleicher Teilhabe beider Gleschlechter an Staat und Gesellschaft betonen (z.B. Equal Pay Day, Girls Day)					
Datenquelle	Interne Aufzeichnungen/Parlamentsdirektion					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	nicht verfügbar	3	7	mindestens 5	mindestens 10	mindestens 10

Kennzahl 02.3.2	Anzahl der Artikel zu genderspezifischen Themen in der von den Kindern und Jugendlichen erstellten Zeitschrift „Demokratiewerkstatt aktuell“					
Berechnungs-methode	Zählwert nach definierten Kriterien					
Datenquelle	Interne Aufzeichnungen/Parlamentsdirektion					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	nicht verfügbar	nicht verfügbar	6	mindestens 3	mindestens 3	mindestens 3
	Ersterhebung 2012					

Kennzahl 02.3.3	Anzahl der ReferentInnen und ExpertInnen bei Veranstaltungen der PräsidentInnen, organisiert durch die Parlamentsdirektion nach Geschlechtern					
Berechnungs-methode	Prozentzahl					
Datenquelle	Interne Aufzeichnungen/Parlamentsdirektion					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	nicht verfügbar	nicht verfügbar	45 % Frauen, 55 % Männer	50 % Frauen, 50 % Männer	50 % Frauen, 50 % Männer	50 % Frauen, 50 % Männer
	Ersterhebung 2012					

Kennzahl 02.3.4	Anzahl der TeilnehrmerInnen beim Jugendparlament im Vergleich					
Berechnungs-methode	Prozentzahl					
Datenquelle	Interne Aufzeichnungen/Parlamentsdirektion					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	nicht verfügbar	41,9% Männer, 58,1% Frauen	51,97% Männer 48,03% Frauen	50 % Frauen, 50 % Männer	50 % Frauen, 50 % Männer	50 % Frauen, 50 % Männer
	Im Unterschied zu den Workshops der Demokratiewerkstatt werden die Teilnehmenden am Jugendparlament aus einer – jedes Jahr unterschiedlich großen – Anzahl von Bewerbungen im Klassenverband ausgewählt. Kriterien für die Auswahl sind neben Qualität und Kreativität der eingereichten Bewerbungsbeiträge sowie Berücksichtigung aller Schultypen auch eine adäquate Verteilung in Bezug auf urban/ländlich und männlich/weiblich.					

Wirkungsziel 4:

Europäisierung des österreichischen Parlaments durch Schaffung optimaler Voraussetzungen für ein aktives Mitwirken von Nationalrat und Bundesrat in EU-Angelegenheiten und Intensivierung der Zusammenarbeit mit den europäischen Institutionen und den anderen nationalen Parlamenten in der Union

Warum dieses Wirkungsziel?

Der Bedeutung Europas und des Zusammenspiels nationaler und internationaler Institutionen wird Rechnung getragen, über den Austausch mit anderen Parlamenten wird ein Know-how-Transfer auch im Hinblick auf Verwaltungsführung (best practice) erreicht.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Implementierung der EU-Datenbank "neu"
- Förderung von EU-Kompetenzen bei MitarbeiterInnen der Parlamentsdirektion durch Teilnahme an fachspezifischen Konferenzen

- Aktive Wahrnehmung der interparlamentarischen Beziehungen, insbesondere auf EU-Ebene, fundierte Bedeutung von österreichischen parlamentarischen Delegationen, Networking auf Verwaltungsebene

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 02.4.1	Zeitspanne bis zur Verfügbarkeit von EU-Ratsdokumenten					
Berechnungs-methode	Auswertung aus der EU-Datenbank					
Datenquelle	Interne Aufzeichnungen/Parlamentsdirektion					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	nicht verfüg-bar	innerhalb zweier Tage	innerhalb eines Tages	innerhalb eines Tages	innerhalb eines Tages	innerhalb eines Tages

Kennzahl 02.4.2	Organisation von/Teilnahme an EU-Konferenzen					
Berechnungs-methode	Zählwert					
Datenquelle	Interne Aufzeichnungen/Parlamentsdirektion					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	nicht verfüg-bar	nicht verfüg-bar	4	mindestens 4	mindestens 4	mindestens 4
	Ersterhebung 2012					

Kennzahl 02.4.3	Umfrage in den Fraktionen: Erhebung der BenutzerInnenfreundlichkeit der EU-Vorlagen sowie der aufbereiteten Vorlagen der Subsidiaritäts-Vorprüfung					
Berechnungs-methode	Anteil der positiven Bewertungen entsprechend der Beurteilung mit "sehr Zufrieden","Zufrieden" und "nicht Zufrieden"					
Datenquelle	Interne Aufzeichnungen/Parlamentsdirektion					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	nicht verfüg-bar	nicht verfüg-bar	nicht verfüg-bar	nicht verfüg-bar	mindestens 50%ige Zu-friedenheit	mindestens 50%ige Zu-friedenheit
	Ersterhebung 2014					

Wirkungsziel 5:
Entwicklung der Parlamentsdirektion zur Vorbildverwaltung (good practice) auch im internationalen Vergleich durch Erhöhung der Kostentransparenz und Effizienz durch Stärkung von Kosten- und Leistungsbewusstsein auf allen Ebenen der Parlamentsdirektion.

Warum dieses Wirkungsziel?
Die Grundsätze moderner Verwaltungsführung werden in der Parlamentsdirektion im Hinblick auf KundInnenorientierung und IT-Unterstützung seit längerem verfolgt, Potenzial besteht bei betriebswirtschaftlichen Instrumenten, die zur Verfolgung strategischer Ziele notwendige Grundlage bieten. Die dadurch angestrebte Effizienzsteigerung liegt im Interesse der SteuerzahlerInnen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Etablierung eines Instrumentariums zur Qualitätsverbesserung und Standardisierung des Vertragsmanagements
- Effizienzsteigerung durch Performance Management (in Folge des Konzepts "Personalentwicklung PE "neu"")/Einführung wirkungsorientierter Steuerung
- Etablierung von betriebswirtschaftlichen Instrumenten im Bereich Facility Management und KundInnenzufriedenheit

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 02.5.1	Schaffung eines elektronischen Workflows hinsichtlich Anfragen und Anfragebeantwortungen
Berechnungs-methode	Zählwert
Datenquelle	Interne Aufzeichnungen/Parlamentsdirektion

Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	nicht verfügbar	nicht verfügbar	nicht verfügbar	nicht verfügbar	Anbindung von 30% der Ressorts	Anbindung von 100% der Ressorts
	Ersterhebung 2014					

Kennzahl 02.5.2	Reinigungsaudit internes und externes Personal					
Berechnungsmethode	Erzielte Punkte im Audit					
Datenquelle	Externer Auditbericht/Parlamentsdirektion					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	nicht verfügbar	76,26 für internes und 83,95 für externes Personal	91,15 für internes und 87,94 für externes Personal	85 für internes und externes Personal	85 für internes und externes Personal	85 für internes und externes Personal
	Benchmark laut gerichtlichem Sachverständigen für Gebäudereinigung. Bei internen Audits ist bei Erreichung von 80% der Punkte die Reinigungsleistung als "über den Branchendurchschnitt" zu bezeichnen.					

Kennzahl 02.5.3	KundInnenbefragung-Zufriedenheit Facility Management, wie Reinigungsdienstleistungen					
Berechnungsmethode	Befragung aller MitarbeiterInnen der Parlamentsdirektion, der Klubs, der Abgeordneten zums NR und Mitglieder des BR und der parlamentarischen MitarbeiterInnen.					
Datenquelle	Ergebnis aus Online-Umfrage/Parlamentsdirektion					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	nicht verfügbar	nicht verfügbar	81% Sehr gut, 19% Zufrieden-stellend	81% Sehr gut, 19% Zufrieden-stellend	81% Sehr gut, 19% Zufrieden-stellend	81% Sehr gut, 19% Zufrieden-stellend
	Ersterhebung 2012					

Kennzahl 02.5.4	CO2-Emmissionswerte (Emmission g/km) Fuhrpark Benchmark 180 laut Österreichischem Aktionsplan nachhaltige Beschaffung					
Berechnungsmethode	Zählwert					
Datenquelle	Interne Aufzeichnungen/Parlamentsdirektion					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	nicht verfügbar	nicht verfügbar	159	180	180	180
	Ersterhebung 2012					

Untergliederung 02 Bundesgesetzgebung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,497	2,290	
Finanzerträge	0,020	0,020	
Erträge	**2,517**	**2,310**	
Personalaufwand	32,212	29,523	
Transferaufwand	47,142	42,205	
Betrieblicher Sachaufwand	84,165	64,897	
Finanzaufwand	0,003	0,003	
Aufwendungen	**163,522**	**136,628**	
Nettoergebnis	**-161,005**	**-134,318**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,224	2,219	2,287
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,007	0,007	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,070	0,075	0,061
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,301**	**2,301**	**2,348**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	113,513	92,400	99,119
Auszahlungen aus Transfers	47,242	42,205	63,499
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	2,150	1,634	0,737
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,090	0,090	0,027
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**162,995**	**136,329**	**163,382**
Nettogeldfluss	**-160,694**	**-134,028**	**-161,035**

Untergliederung 02 Bundesgesetzgebung
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 02 Bundesgesetzgebung**	GB 02.01 Bundesgesetzgebung
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,497	2,497
Finanzerträge	0,020	0,020
Erträge	**2,517**	**2,517**
Personalaufwand	32,212	32,212
Transferaufwand	47,142	47,142
Betrieblicher Sachaufwand	84,165	84,165
Finanzaufwand	0,003	0,003
Aufwendungen	**163,522**	**163,522**
Nettoergebnis	**-161,005**	**-161,005**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 02 Bundesgesetzgebung**	GB 02.01 Bundesgesetzgebung
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,224	2,224
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,007	0,007
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,070	0,070
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,301**	**2,301**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	113,513	113,513
Auszahlungen aus Transfers	47,242	47,242
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	2,150	2,150
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,090	0,090
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**162,995**	**162,995**
Nettogeldfluss	**-160,694**	**-160,694**

Globalbudget 02.01 Bundesgesetzgebung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,497	2,290	
Finanzerträge	0,020	0,020	
Erträge	**2,517**	**2,310**	
Personalaufwand	32,212	29,523	
Transferaufwand	47,142	42,205	
Betrieblicher Sachaufwand	84,165	64,897	
Finanzaufwand	0,003	0,003	
Aufwendungen	**163,522**	**136,628**	
Nettoergebnis	**-161,005**	**-134,318**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,224	2,219	2,287
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,007	0,007	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,070	0,075	0,061
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,301**	**2,301**	**2,348**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	113,513	92,400	99,119
Auszahlungen aus Transfers	47,242	42,205	63,499
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	2,150	1,634	0,737
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,090	0,090	0,027
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**162,995**	**136,329**	**163,382**
Nettogeldfluss	**-160,694**	**-134,028**	**-161,035**

Globalbudget 02.01 Bundesgesetzgebung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
1,2,4 und 5	Ausbau des in der Parlamentsdi-rektion eingerichteten Budget-dienstes zur Unterstützung des Budgetausschusses bzw. des Nationalrates bei Beratung, Be-schlussfassung und Kontrolle der Haushaltsführung	- Budgetdienst ist im vollen Um-fang eingerichtet und im Vollaus-bau operativ tätig - alle Funktionen (auch Referen-tInnen) sind besetzt	Führungsfunktion, Sekretariat (2 MitarbeiterInnen) und 4 Refe-rentInnenstellen sind besetzt (Stand Ende 2013)
1	Vorbereitung einer Gesamtsanie-rung des Parlamentsgebäudes	Projektablauf erfolgt gemäß Or-ganisations- und Projekthandbuch	- Projekthandbuch ist ausgearbei-tet - Die Ausschreibungen für Gene-ralplanerIn sind im Laufen (Stand Ende 2013)
5	Implementierung einer Vertrags-datenbank für die Parlamentsdi-rektion	Erfassung der in der Parlaments-direktion abgeschlossenen Ver-träge A1 und A2 (Dauer- Schuld-verhältnisse, Beratungs-, Werk-, Einzel-Wartungs-und Instandhal-tungsverträge, BBG-Rahmenvereinbarungen, BBG-Rahmenverträge)	Vertragsdatenbank technisch implementiert (Stand Ende 2013)
2,3 und 4	Veranstaltungskonzept mit Schwerpunkten Demokratie, Parlamentarismus, gleichberech-tigte Partizipation und Europa	Feinabstimmung der genderspezi-fischen Inhalte in den Werkstätten der Demokratiewerkstatt und Schulungen der MitarbeiterInnen	Konzept ist ausgearbeitet und im Einsatz (Stand Ende 2013)

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

- Ausbau der EU-Datenbank abgeschlossen und umgesetzt
- Weiterentwicklung der Kosten- und Leistungsrechnung (nach Start 2012) sowie eines Controllings abgeschlossen und umgesetzt
- Umsetzung des Konzepts "Personalentwicklung (PE) neu" abgeschlossen und umgesetzt
- Instrumente des Wissensmanagements im laufenden Betrieb integriert

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Neukalkulation der für die Sanierung des Parlaments vorgesehenen Budgets unter Festsetzung von Budgetgrenzen, die den Projektbeteiligten wirksame Steuerungsgrößen bieten (Bund 2012/11, SE 16)
ad 1	Umgesetzt – Durch die Grundsatzentscheidung der Präsidialkonferenz hinsichtlich der Sanierung des Parlamentsge-bäudes und zur Vorbereitung einer Ersatzlokation für den Parlamentsbetrieb wurden die Budgetgrenzen entsprechend festgelegt.

2	Vermeidung von Mehraufwendungen in der Projektplanung und –ausführung durch rechtliche und organisatorische Maßnahmen (Bund 2012/11, SE 3)
ad 2	Umgesetzt – Durch Besetzung aller im Organisations- und Projekthandbuch vorgesehenen Funktionen für das Projekt „Sanierung Parlament“ konnten auch im Bereich Kosten klare Aufgaben- und Verantwortungsstrukturen geschaffen werden. Parallel zum internen Projekt- und Kostencontrolling wurde durch die Beauftragung einer externen Begleitenden Kontrolle nicht nur das bestehende (intern und durch die Projektsteuerung) periodische Kostenberichtswesen erweitert, sondern auch eine zusätzliche Kontrollebene im Prozess zur Freigabe von Mehrauszahlungen geschaffen.

3	Überprüfung und schrittweise Umsetzung von kostensenkenden Maßnahmen bei der Erbringung von EDV–Dienstleistungen insbesondere im Hinblick auf Insourcing von Kernaufgaben, flexiblere Gestaltung der EDV–Dienstleistungsverträge, Definition klarer Schnittstellen, laufende Prüfung des Einsatzes moderner Softwaretechnolo-

	gien und Evaluierung der Servicelevels (Bund 2011/10, SE 5)
ad 3	Teilweise umgesetzt und wird laufend überprüft – Die EDV-Abteilung forciert – wie schon bisher – den Einsatz moderner und kostensparender Technologien. Eine allfällige Kostenersparnis durch ein erarbeitetes Insourcing-Konzept steht allerdings im Widerspruch zu den vorhandenen Planstellen und zum grundsätzlichen Aufnahmestopp in der öffentlichen Verwaltung.

4	Vornahme einer umfassenden Planung zur Vermeidung späterer Zusatzaufträge, Mehraufwendungen oder Zeitverzögerungen festgestellt bei Relaunch des Webauftritts des Parlaments (Bund 2011/10, SE 2)
ad 4	Umgesetzt – Wird durch Projektorganisation gewährleistet wie beispielsweise im Projekt „Sanierung Parlament“

5	Langfristiger Ausbau der Internetseiten in Richtung aktive BürgerInnenbeteiligung auf der Basis von Kosten–Nutzen–Überlegungen (Bund 2011/10, SE 8)
ad 5	Umgesetzt und wird sukzessive erweitert – Beispiele: Online-Zustimmung zu Petitionen und Bürgerinitiativen; Facebook-Auftritt im Bereich Kinderinternet der Demokratiewebstatt und des Parlamentsgebäudes.

Globalbudget 02.01 Bundesgesetzgebung
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 02.01 Bundesgesetzgebung**	DB 02.01.01 Nationalrat	DB 02.01.02 Bundesrat	DB 02.01.03 Klubf.u.gem Ausg.f.M	DB 02.01.04 Parlamentsdirektion
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,497	1,266	0,176	0,029	1,026
Finanzerträge	0,020	0,020			
Erträge	**2,517**	**1,286**	**0,176**	**0,029**	**1,026**
Personalaufwand	32,212				32,212
Transferaufwand	47,142	13,540	1,985	22,470	0,011
Betrieblicher Sachaufwand	84,165	38,022	5,300	0,847	39,996
Finanzaufwand	0,003	0,001	0,001	0,001	
Aufwendungen	**163,522**	**51,563**	**7,286**	**23,318**	**72,219**
Nettoergebnis	**-161,005**	**-50,277**	**-7,110**	**-23,289**	**-71,193**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 02.01 Bundesgesetzgebung**	DB 02.01.01 Nationalrat	DB 02.01.02 Bundesrat	DB 02.01.03 Klubf.u.gem Ausg.f.M	DB 02.01.04 Parlamentsdirektion
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,224	1,286	0,176	0,029	0,733
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,007				0,007
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,070				0,070
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,301**	**1,286**	**0,176**	**0,029**	**0,810**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	113,513	38,021	5,301	0,848	69,343
Auszahlungen aus Transfers	47,242	13,540	1,985	22,570	0,011
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	2,150	0,001			2,149
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,090				0,090
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**162,995**	**51,562**	**7,286**	**23,418**	**71,593**
Nettogeldfluss	**-160,694**	**-50,276**	**-7,110**	**-23,389**	**-70,783**

DB 02.01.05 National-fonds
9,136
9,136
-9,136

DB 02.01.05 National-fonds
9,136
9,136
-9,136

Untergliederung 03 Verfassungsgerichtshof

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Der Verfassungsgerichtshof ist zur Sicherung der Verfassungsmäßigkeit staatlichen Handelns in Gesetzgebung und Vollziehung berufen. Im Besonderen obliegt ihm die Garantie der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Gesetzgeber und der Verwaltung. Mit seinen Entscheidungen bietet der Verfassungsgerichtshof dem Gesetzgeber Orientierungssicherheit bei seinen rechtspolitischen Entscheidungen.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**0,396**	**0,396**	**0,448**
Auszahlungen fix	14,031	14,131	12,805	12,626
Summe Auszahlungen	**14,031**	**14,131**	**12,805**	**12,626**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-13,735**	**-12,409**	**-12,178**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	0,399	0,410	
Aufwendungen	14,460	12,780	
Nettoergebnis	**-14,061**	**-12,370**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Gewährleistung der Verfassungsmäßigkeit des staatlichen Handelns.
Warum dieses Wirkungsziel?
Der moderne demokratische Verfassungsstaat beruht auf dem Grundgedanken des Vorrangs der Verfassung. Das bedeutet, dass jegliches Staatshandeln in der Verfassung seine Grundlage finden und mit der Verfassung übereinstimmen muss. Das gilt für die Gesetzgebung ebenso wie für Regierung und Verwaltung sowie für die Gerichtsbarkeit. Damit dieser Vorrang auch praktisch wirksam wird, braucht der demokratische Verfassungsstaat Institutionen, die die Einhaltung der Verfassung tatsächlich gewährleisten. Die wichtigste dieser Einrichtungen ist der Verfassungsgerichtshof. Insofern ist er der "Hüter der Verfassung".
Die Erreichung dieses Ziels erfordert eine in jeder Hinsicht unabhängige und unparteiische Entscheidungsfindung und ein Höchstmaß an Effizienz bei der Besorgung der dem Verfassungsgerichtshof übertragenen Aufgaben, also die Erfüllung höchster Ansprüche an die inhaltliche, formale und sprachliche Qualität der Entscheidungen, möglichst rasche Entscheidungen und einen möglichst einfachen Zugang der Bürgerinnen und Bürger zum Verfassungsgerichtshof und zu den von ihm getroffenen Entscheidungen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation
- Ausbau des Qualitäts- und Wissensmanagements
- Einsatz des „Elektronischen Rechtsverkehr – ERV“ und des elektronischen Gebührenservices

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 03.1.1	Verfahrensdauer					
Berechnungs-methode	Erledigungsdauer aller Verfahren ab dem Tag des Einlangens der Beschwerde bis zum Tag der Abfertigung des Erkenntnisses/der Entscheidung					
Datenquelle	VfGH/Auswertung aus Verfahrensstatistik					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	224	229	210	<245	210	210
	Erläuterungen: Istzustand 2013: 208					

Kennzahl 03.1.2	Relation der eingegangenen zu den erledigten Fällen					
Berechnungs-methode	Anzahl der im Kalenderjahr eingegangenen Fälle durch die Anzahl der erledigten Fälle					
Datenquelle	VfGH/Auswertung aus Tätigkeitsbericht					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015

	0,82	0,78	0,96	<1,0	<1,0	<1,0
	Erläuterungen: Istzustand 2013: 0,93					

Kennzahl 03.1.3	Anteil der Berichtigungen bei Erkenntnissen/Entscheidungen					
Berechnungs-methode	Anzahl der im Kalenderjahr berichtigten Erkenntnisse/Entscheidungen durch die Anzahl der erledigten Erkenntnisse/Entscheidungen					
Datenquelle	VfGH/Auswertung aus Verfahrensstatistik					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	0,52 %	0,5 %	0,48 %	<0,5 %	<0,5 %	<0,5 %
	Erläuterungen: Istzustand 2013: 0,45 %					

Kennzahl 03.1.4	Elektronische Abwicklung des Schriftverkehrs und des Gebühreneinzugs mit Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten					
Berechnungs-methode	Anzahl der Beschwerden, die im Kalenderjahr elektronisch eingebracht werden durch die Gesamtanzahl der eingelangten Beschwerden					
Datenquelle	VfGH/Auswertung aus dem Elektronischen Akt Gericht – ELAK Gericht					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	0 %	0 %	0 %	90 %	95 %	100 %
	Erläuterungen: Istzustand 2013: 91 %; die Inbetriebnahme des Gerichtselak erfolgte mit April 2013.					

Wirkungsziel 2:
Stärkung des Bewusstseins für die besondere rechtsstaatliche Bedeutung, für die Leistungen und die Arbeitsweise des Verfassungsgerichtshofs sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.
Warum dieses Wirkungsziel?
Im modernen demokratischen Rechtsstaat bedarf eine Institution wie der Verfassungsgerichtshof eines Höchstmaßes an Akzeptanz in der Bevölkerung, und zwar sowohl die Institution als solche als auch seine Entscheidungen. Die Bevölkerung soll daher durch alle in Betracht kommenden Maßnahmen, insbesondere durch entsprechende Medienarbeit über die Leistungen, die Funktionsweise und die Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes informiert werden. Als dem ältesten (spezifischen) Verfassungsgericht der Welt kommt dem österreichischen Verfassungsgerichtshof eine besondere Verantwortung für die "Idee" der Verfassungsgerichtsbarkeit zu, die mittlerweile weltweite Verbreitung erfahren hat. Neben systematischen und gezielten bilateralen Kontakten mit anderen Verfassungsgerichten, insbesondere jenen der Nachbarstaaten, und der Zusammenarbeit mit den Verfassungsgerichten anderer deutschsprachiger Staaten, wird ein besonderer Schwerpunkt auf die Pflege der multilateralen Kontakte im Rahmen der Konferenz der europäischen Verfassungsgerichte gelegt.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Erweitertes Informationsangebot für die Bevölkerung
- Ausrichtung der Konferenz der Europäischen Verfassungsgerichte in Wien im Jahr 2014

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 03.2.1	Zugriffe auf die Homepage					
Berechnungs-methode	Anzahl der im Kalenderjahr getätigten Zugriffe					
Datenquelle	Austria Presse Agentur/Auswertung über Zugriffsabfrage auf die Homepage					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	220.000	280.000	320.000	>300.000	>440.000	>480.000
	Erläuterungen: Istzustand 2013: 408.000					

Kennzahl 03.2.2	Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Konferenz					
Berechnungs-methode	Gesamtanzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer					
Datenquelle	VfGH/Konferenzstatistik					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	198	198	198	198	>210	0
	Erläuterungen: Die Konferenz findet von 12. bis 14. Mai 2014 in Wien statt.					

Wirkungsziel 3:
Umfassende Modernisierung des Verfassungsgerichtshofs zu einem Vorzeigemodell für andere Gerichte und vergleichbare Institutionen.
Warum dieses Wirkungsziel?
Der Verfassungsgerichtshof fühlt sich zur Effektivität, zur Effizienz, zur Bürgernähe und zur Serviceorientierung besonders verpflichtet und unternimmt den Versuch, durch Modernisierungsmaßnahmen zu einem Vorzeigemodell für andere Gerichtshöfe und vergleichbare Institutionen zu werden.
Der Verfassungsgerichtshof will jungen juristischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch sehr gute Ausbildungsmaßnahmen Karrieremöglichkeiten eröffnen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Einsatz der Elektronischen Aktenführung
- Verständliche Gestaltung des Layouts zur besseren Lesbarkeit der Entscheidungen
- Weiterentwicklung des bestehenden Ausbildungs- und Karrieremodells

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 03.3.1	Vollelektronische interne Aktenbearbeitung					
Berechnungsmethode	Anzahl der im Kalenderjahr über den elektronischen Akt bearbeiteten Beschwerden durch die Gesamtanzahl an eingelangten Beschwerden					
Datenquelle	VfGH/Prozessauswertung aus dem Elektronischen Akt Gericht – ELAK Gericht					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	0 %	0 %	0 %	>85 %	90 %	95 %
	Erläuterungen: Istzustand 2013: 85 %; die Inbetriebnahme des Gerichtselak erfolgte mit April 2013.					

Kennzahl 03.3.2	Anwendbarkeit der standardisierten Formatvorlage					
Berechnungsmethode	Anzahl der Erkenntnisse/Entscheidungen, die im Kalenderjahr die Kriterien der standardisierten Formatvorlage erfüllen durch die Gesamtanzahl der Erkenntnisse/Entscheidungen					
Datenquelle	VfGH/Prozessauswertung aus dem Elektronischen Akt Gericht – ELAK Gericht					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	0 %	80 %	85 %	>85 %	90 %	95 %
	Erläuterungen: Istzustand 2013: 85 %; die standardisierte Formatvorlage war im Jahr 2010 noch nicht fertiggestellt.					

Kennzahl 03.3.3	Absolvierung des Ausbildungs- und Karriereprogramms durch juristische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter					
Berechnungsmethode	Anzahl der juristischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Kalenderjahr das Ausbildungs- und Karriereprogramm absolviert haben					
Datenquelle	VfGH/Ausbildungsstatistik					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	3	3	4	>5	7	7
	Erläuterungen: Istzustand 2013: 5					

Wirkungsziel 4:
Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen und Männern.
Warum dieses Wirkungsziel?
Selbstbestimmte Arbeitsflexibilität für Frauen und Männer ist wesentlich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Telearbeit ermöglicht eine flexible zeitliche und örtliche Anpassung der beruflichen Erfordernisse an die Bedürfnisse der Familie.
Der Verfassungsgerichtshof möchte mit der Einführung der Telearbeit eine Vorbildwirkung auf vergleichbare Institutionen im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erzeugen und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die passenden Rahmenbedingungen schaffen, um Telearbeit qualitätsvoll ausüben zu können; insbesondere soll die Telearbeit im Verfassungsgerichtshof dazu beitragen, das Erwerbseinkommen (Vollzeitbeschäftigung) zu sichern und die berufliche Qualifikation aufrecht zu erhalten.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Evaluierung der bestehenden Telearbeitsplätze nach ihrer gleichstellungsfördernden Wirkung

- Erstellen eines Kriterienkatalogs für qualitätsvoll gestaltete Telearbeitsplätze, insbesondere im Hinblick auf Arbeitsinhalte, Anwesenheitserfordernisse, Fahrzeiten, Informationstechnologie-Anwendungen (IT-Anwendungen) und Ausbildungsmöglichkeiten
- Erhöhen der Anzahl an Telearbeitsplätzen und Telearbeitsstunden unter Berücksichtigung der Qualitätskriterien

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 03.4.1	Steigerung der Anzahl der Telearbeitsplätze unter Berücksichtigung der Qualitätskriterien					
Berechnungs-methode	Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Kalenderjahr mit Telearbeitsplätzen ausgestattet sind					
Datenquelle	VfGH/Auswertung über MIS PTA100Z; An-/Abwesenheitsstatistik					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	1	3	3	4	6	7
	Erläuterungen: Istzustand 2013: 5					

Kennzahl 03.4.2	Steigerung der Anzahl der Telearbeitsstunden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter					
Berechnungs-methode	Anzahl der Telearbeitsstunden aller Telearbeitsplätze im Kalenderjahr					
Datenquelle	VfGH/Auswertung über MIS PTA100Z; An-/Abwesenheitsstatistik					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	105	700	900	1.000	2.500	2.900
	Erläuterungen: Istzustand 2013: 2.057					

Untergliederung 03 Verfassungsgerichtshof

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,399	0,410	
Erträge	**0,399**	**0,410**	
Personalaufwand	6,661	6,421	
Transferaufwand	2,011	2,017	
Betrieblicher Sachaufwand	5,788	4,342	
Aufwendungen	**14,460**	**12,780**	
Nettoergebnis	**-14,061**	**-12,370**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,372	0,372	0,428
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,004	0,004	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,020	0,020
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,396**	**0,396**	**0,448**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	12,044	10,614	10,534
Auszahlungen aus Transfers	2,011	2,017	2,018
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,056	0,154	0,054
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,020	0,020
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**14,131**	**12,805**	**12,626**
Nettogeldfluss	**-13,735**	**-12,409**	**-12,178**

Untergliederung 03 Verfassungsgerichtshof
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 03 VfGH**	GB 03.01 VfGH
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,399	0,399
Erträge	**0,399**	**0,399**
Personalaufwand	6,661	6,661
Transferaufwand	2,011	2,011
Betrieblicher Sachaufwand	5,788	5,788
Aufwendungen	**14,460**	**14,460**
Nettoergebnis	**-14,061**	**-14,061**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 03 VfGH**	GB 03.01 VfGH
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,372	0,372
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,004	0,004
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,020
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,396**	**0,396**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	12,044	12,044
Auszahlungen aus Transfers	2,011	2,011
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,056	0,056
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,020
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**14,131**	**14,131**
Nettogeldfluss	**-13,735**	**-13,735**

Globalbudget 03.01 Verfassungsgerichtshof

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,399	0,410	
Erträge	**0,399**	**0,410**	
Personalaufwand	6,661	6,421	
Transferaufwand	2,011	2,017	
Betrieblicher Sachaufwand	5,788	4,342	
Aufwendungen	**14,460**	**12,780**	
Nettoergebnis	**-14,061**	**-12,370**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,372	0,372	0,428
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,004	0,004	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,020	0,020
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,396**	**0,396**	**0,448**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	12,044	10,614	10,534
Auszahlungen aus Transfers	2,011	2,017	2,018
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,056	0,154	0,054
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,020	0,020
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**14,131**	**12,805**	**12,626**
Nettogeldfluss	**-13,735**	**-12,409**	**-12,178**

Globalbudget 03.01 Verfassungsgerichtshof

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
1	- Schulungen für mit verfas-sungsrechtlicher Materie betrau-ten Mitarbeiterinnen und Mitar-beitern und Schulungen für Sachbearbeiterinnen und Sach-bearbeiter	- Juristische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind am 31.12.2014 im Ausmaß von 90 % geschult	- Juristische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind am 31.12.2013 im Ausmaß von 60 % geschult
		- Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter sind am 31.12.2014 im Ausmaß von 95 % geschult	- Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter sind am 31.12.2013 im Ausmaß von 90 % geschult
2	- Redesign und Ausbau der Homepage sowie Ausbau des Intranets zur internen Informa-tionsplattform	- Inhalte des Redesign sind am 31.12.2014 im Ausmaß von 80 % im Internet verfügbar	- Inhalte des Redesign sind am 31.12.2013 im Ausmaß von 60 % im Internet verfügbar
		- Inhalte sind am 31.12.2014 im Ausmaß von 90 % im Intra-net verfügbar	- Inhalte sind am 31.12.2013 im Ausmaß von 70 % im Intra-net verfügbar
	- Ausarbeiten des Programms der Konferenz 2014 in inhaltlicher und organisatorischer Hinsicht	- Verträge sind am 28.2.2014 zu 100 % abgeschlossen	- Verträge sind am 31.12.2013 zu 80 % abgeschlossen
3 und 1	- Analyse und Neugestaltung der Abläufe im Aktenwesen	- Neugestaltung der Abläufe ist am 31.12.2014 zu 95 % umge-setzt	- Neugestaltung der Abläufe ist am 31.12.2013 zu 90 % umge-setzt
4 (Gender-ziel)	- Evaluierung der Telearbeits-plätze nach der gleichstellungs-fördernden Wirkung	- Telearbeitsplätze (>4) erfüllen am 31.12.2014 im Ausmaß von >95 % alle Qualitäts-kriterien	- Telearbeitsplätze (>4) erfüllen am 31.12.2013 im Ausmaß von >90 % alle Qualitäts-kriterien

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Schaffung geeigneter Grundlagen zur Messung der Arbeitsbelastung (Bund 2009/11, SE 5)
ad 1	Mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung sowie des Elektronischen Aktes im Gerichtsbereich werden mit dem im System integrierten maßgeschneiderten Berichtswesen sowohl die Belastungen als auch die Ergebnisse eines jeden Referates nach unterschiedlichsten Gesichtspunkten (nach Verfahrensarten, Entscheidungsstadien und Entscheidungstypen) ausgewertet. Das Berichtswesen dient nicht zuletzt der gleichförmigen Verteilung der Arbeitsbe-lastung auf alle Referate. Die Berichte werden quartalsweise bzw. monatlich erstellt und zur Steuerung herangezogen.

Globalbudget 03.01 Verfassungsgerichtshof
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 03.01 VfGH**	DB 03.01.01 VfGH
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,399	0,399
Erträge	**0,399**	**0,399**
Personalaufwand	6,661	6,661
Transferaufwand	2,011	2,011
Betrieblicher Sachaufwand	5,788	5,788
Aufwendungen	**14,460**	**14,460**
Nettoergebnis	**-14,061**	**-14,061**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 03.01 VfGH**	DB 03.01.01 VfGH
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,372	0,372
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,004	0,004
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,020
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,396**	**0,396**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	12,044	12,044
Auszahlungen aus Transfers	2,011	2,011
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,056	0,056
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,020
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**14,131**	**14,131**
Nettogeldfluss	**-13,735**	**-13,735**

Untergliederung 04 Verwaltungsgerichtshof

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

- Nach Art. 133 der Österreichischen Bundesverfassung erkennt der Verwaltungsgerichtshof über Revisionen gegen das Erkenntnis eines Verwaltungsgerichtes wegen Rechtswidrigkeit, über Anträge auf Fristsetzung wegen Verletzung der Entscheidungspflicht durch ein Verwaltungsgericht sowie über Kompetenzkonflikte zwischen Verwaltungsgerichten oder zwischen einem Verwaltungsgericht und dem Verwaltungsgerichtshof.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**0,094**	**0,105**	**0,094**
Auszahlungen fix	18,665	18,765	18,146	16,812
Summe Auszahlungen	**18,665**	**18,765**	**18,146**	**16,812**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-18,671**	**-18,041**	**-16,718**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	0,084	0,119	
Aufwendungen	18,811	17,686	
Nettoergebnis	**-18,727**	**-17,567**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Steigerung der Effizienz des Rechtsschutzes
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Verkürzung der Verfahrensdauer bringt rascher Rechtssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Verwaltung. Der Verwaltung werden rascher Leitlinien für ihr Handeln zur Verfügung gestellt und dadurch Rechtsstreitigkeiten vorgebeugt.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Bedarfsgerechter Personaleinsatz in jenen Bereichen, in denen es durch Überlastung in einer großen Anzahl von Fällen zu langer Verfahrensdauer gekommen ist, insbesondere in den Angelegenheiten der Fremdenpolizei
- Optimierung der Ablauforganisation

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 04.1.1	Reduktion der Zahl der länger als 1 Jahr anhängigen Verfahren					
Berechnungsmethode	Gesamtsumme aller anhängigen Verfahren mit Jahresende					
Datenquelle	Geschäftsausweis des Verwaltungsgerichtshofes					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	4900 Verfahren	4000 Verfahren	3800 Verfahren	3500 Verfahren	3200 Verfahren	3000 Verfahren

Kennzahl 04.1.2	Reduktion der Zahl der anhängigen Verfahren in Angelegenheiten der Fremdenpolizei					
Berechnungsmethode	Gesamtsumme aller anhängigen Verfahren mit Jahresende					
Datenquelle	Geschäftsausweis des Verwaltungsgerichtshofes					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	2000 Verfahren	1500 Verfahren	1200 Verfahren	800 Verfahren	600 Verfahren	500 Verfahren

Wirkungsziel 2:

Erleichterung der Kommunikation der Verfahrensparteien mit dem Verwaltungsgerichtshof

Warum dieses Wirkungsziel?

Für Bürgerinnen und Bürger wird der Zugang zum Recht erleichtert. Derzeit können Eingaben an den Verwaltungsgerichtshof in elektronischer Form nicht rechtswirksam eingebracht werden. Darüber hinaus sollen bestehende Unsicherheiten betreffend die Wirksamkeit unstrukturierter elektronischer Übermittlung beseitigt werden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs am Verwaltungsgerichtshof
- Bereitstellung eines elektronischen Mediums, mit dem Eingaben an den Verwaltungsgerichtshof in rechtskonformer elektronischer Form möglich sind
- Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen für den elektronischen Rechtsverkehr

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 04.2.1	Steigerung des Anteils der elektronisch abgewickelten Eingaben und Zustellungen					
Berechnungs-methode	Anteil der elektronischen Eingaben und Zustellungen gemessen am Gesamtwert mit Jahresende					
Datenquelle	Tätigkeitsnachweis des Verwaltungsgerichtshofes					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	0%	0%	0%	90%	10%	20%
	Anmerkung: Die Umsetzung der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs soll (bedingt durch externe Faktoren) im 2. Halbjahr 2014 erfolgen.					

Wirkungsziel 3:

Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen und Männern

Warum dieses Wirkungsziel?

Selbstbestimmung bei der Gestaltung von Arbeitszeit und –umfeld wirkt leistungssteigernd. Motivation und Bereitschaft zum Erwerb von beruflicher Qualifikation werden dadurch gefördert.

Mit der Umsetzung dieses Wirkungszieles soll ein nachhaltiger Beitrag mit Vorbildwirkung zur Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht werden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Ausbau der technischen Infrastruktur für Richterinnen und Richter; Verbesserung der externen Nutzung des elektronischen Arbeitsplatzes
- Das Projekt Telearbeit wird nun auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Verwaltungsbereich praktisch erprobt. Die Anordnung von Telearbeit erfolgt unter Bedachtnahme von Qualitätskriterien, wie insbesondere
  - das Ausmaß der Telearbeitsstunden,
  - der Festlegung der Anwesenheitspflicht und
  - Reduktion von Fahrtzeiten durch die Telearbeit
  - Gleichstellungsfördernde Wirkung (Arbeitszeit, Einkommen, Wiedereinstieg)

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 04.3.1	Erhöhung der Anzahl von Telearbeitsplätzen unter angestrebter Berücksichtigung der gleichmäßigen Aufteilung zwischen Frauen und Männern, Beachtung von Betreuungspflichten und Qualitätskriterien					
Berechnungs-methode	Anzahl der Telearbeitsplätze mit Jahresende sowie die prozentuelle Aufteilung zwischen Frauen und Männern					
Datenquelle	Statistik Verwaltungsgerichtshof					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	0 Telearbeits-plätze	1 Telearbeits-platz (Frauen 0%, Männer 100%)	1 Telearbeits-platz (Frauen 0%, Männer 100%)	4 Telearbeits-plätze (Frauen 50%, Männer 50%)	3 Telearbeits-plätze (Frauen 33,4%, Männer 66,6%)	3 Telearbeits-plätze (Frauen 33,4%, Männer 66,6%)

Untergliederung 04 Verwaltungsgerichtshof

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,084	0,119	
Erträge	**0,084**	**0,119**	
Personalaufwand	16,781	15,933	
Transferaufwand	0,004	0,004	
Betrieblicher Sachaufwand	2,026	1,749	
Aufwendungen	**18,811**	**17,686**	
Nettoergebnis	**-18,727**	**-17,567**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,079	0,087	0,075
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001	0,001	0,000
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,014	0,017	0,019
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,094**	**0,105**	**0,094**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	18,634	17,752	16,702
Auszahlungen aus Transfers	0,004	0,004	0,003
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,105	0,368	0,100
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,022	0,022	0,006
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**18,765**	**18,146**	**16,812**
Nettogeldfluss	**-18,671**	**-18,041**	**-16,718**

Untergliederung 04 Verwaltungsgerichtshof
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 04 VwGH**	GB 04.01 VwGH
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,084	0,084
Erträge	**0,084**	**0,084**
Personalaufwand	16,781	16,781
Transferaufwand	0,004	0,004
Betrieblicher Sachaufwand	2,026	2,026
Aufwendungen	**18,811**	**18,811**
Nettoergebnis	**-18,727**	**-18,727**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 04 VwGH**	GB 04.01 VwGH
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,079	0,079
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,014	0,014
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,094**	**0,094**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	18,634	18,634
Auszahlungen aus Transfers	0,004	0,004
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,105	0,105
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,022	0,022
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**18,765**	**18,765**
Nettogeldfluss	**-18,671**	**-18,671**

Globalbudget 04.01 Verwaltungsgerichtshof

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,084	0,119	
Erträge	**0,084**	**0,119**	
Personalaufwand	16,781	15,933	
Transferaufwand	0,004	0,004	
Betrieblicher Sachaufwand	2,026	1,749	
Aufwendungen	**18,811**	**17,686**	
Nettoergebnis	**-18,727**	**-17,567**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,079	0,087	0,075
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001	0,001	0,000
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,014	0,017	0,019
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,094**	**0,105**	**0,094**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	18,634	17,752	16,702
Auszahlungen aus Transfers	0,004	0,004	0,003
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,105	0,368	0,100
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,022	0,022	0,006
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**18,765**	**18,146**	**16,812**
Nettogeldfluss	**-18,671**	**-18,041**	**-16,718**

Globalbudget 04.01 Verwaltungsgerichtshof

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
1	Bedarfsgerechter Personaleinsatz in jenen Bereichen, in denen es durch Überlastung in einer großen Anzahl von Fällen zu langer Verfahrensdauer gekommen ist, insbesondere in den Angelegenheiten der Fremdenpolizei sowie durch Optimierung der Ablauforganisation;	Reduktion der länger als ein Jahr anhängigen Verfahren: Zielzustand 2014: 3200 Verfahren; Reduktion der anhängigen Verfahren in Angelegenheiten der Fremdenpolizei: Zielzustand 2014: 600 Verfahren;	Istzustand 2013: 3500 Verfahren; Istzustand 2013: 800 Verfahren;
2	Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs am Verwaltungsgerichtshof durch die Bereitstellung eines Mediums, mit dem Eingaben an den Verwaltungsgerichtshof in rechtskonformer elektronischer Form möglich sind;	Steigerung des Anteils der elektronisch abgewickelten Eingaben und Zustellungen: Zielzustand 2014: 10%	Istzustand 2013: 0%;
3	Das Projekt Telearbeit wird nun auch bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justizverwaltung praktisch erprobt;	Erhöhung der Anzahl von Telearbeitsplätzen unter angestrebter Berücksichtigung der gleichmäßigen Aufteilung zwischen Frauen und Männern sowie der Beachtung von Betreuungspflichten und Qualitätskriterien: Zielzustand 2014: 3 Telearbeitsplätze (Frauen: 33,4%, Männer 66,6%);	Istzustand 2013: 2 Telearbeitsplätze (Frauen: 50%, Männer: 50%);

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Das Wirkungsziel „Erhöhung der Effizienz bei der Gebührenentrichtung“ vom BVA 2013 wird im BVA 2014 nicht mehr aufgenommen, da die Gebührenentrichtung seit Inkrafttreten der Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit mit 1. Jänner 2014 grundsätzlich bei den Verwaltungsgerichten 1. Instanz erfolgt.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

Globalbudget 04.01 Verwaltungsgerichtshof
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 04.01 VwGH**	DB 04.01.01 VwGH
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,084	0,084
Erträge	**0,084**	**0,084**
Personalaufwand	16,781	16,781
Transferaufwand	0,004	0,004
Betrieblicher Sachaufwand	2,026	2,026
Aufwendungen	**18,811**	**18,811**
Nettoergebnis	**-18,727**	**-18,727**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 04.01 VwGH**	DB 04.01.01 VwGH
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,079	0,079
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,014	0,014
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,094**	**0,094**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	18,634	18,634
Auszahlungen aus Transfers	0,004	0,004
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,105	0,105
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,022	0,022
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**18,765**	**18,765**
Nettogeldfluss	**-18,671**	**-18,671**

Untergliederung 05 Volksanwaltschaft

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

- Die Volksanwaltschaft – Ihr Recht auf gute Verwaltung.
- Die Volksanwaltschaft kontrolliert die öffentliche Verwaltung in Österreich, denn alle Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht auf eine transparente und faire Verwaltung.
- Die Volksanwaltschaft ist mit den von ihr eingesetzten Kommissionen nationaler Mechanismus zur Verhütung von Folter.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**0,147**	**0,147**	**0,162**
Auszahlungen fix	9,746	10,046	10,209	7,735
Summe Auszahlungen	**9,746**	**10,046**	**10,209**	**7,735**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-9,899**	**-10,062**	**-7,572**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	0,184	0,130	
Aufwendungen	10,039	10,115	
Nettoergebnis	**-9,855**	**-9,985**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Die Volksanwaltschaft hat grundsätzlich keine Steuerungsmöglichkeit der Beschwerdegründe und der beschwerdeführenden Menschen. Dessen ungeachtet bemüht sich die Volksanwaltschaft insbesondere in Fällen, denen eine übergeordnete Bedeutung zukommt - also über den Einzelfall hinausgehende Wirkung besitzen - eine Annäherung an eine ausgewogene gendergemäße Verteilung zwischen Beschwerdeführerinnen und Beschwerdeführern zu erreichen.

Warum dieses Wirkungsziel?
Dieses Wirkungsziel dient insbesondere der Berücksichtigung des Ziels der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Evaluierung des Ungleichgewichtes zwischen Beschwerdeführerinnen und Beschwerdeführern
- Verstärkung der Aufklärungsarbeit bei potentiellen Beschwerdeführerinnen über die Tätigkeit der Volksanwaltschaft, insbesonders durch die Adaptierung der Homepage und Einführung von Angeboten aus den Bereichen der social media entsprechend dem Projektplan im Jahr 2014

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 05.1.1	Erhöhung des weiblichen Anteils am Beschwerdeaufkommen im Jahr 2014					
Berechnungs-methode	Datenauswertung erfolgt aus dem elektronischen Aktensystem der Volksanwaltschaft (ELAK). Im Jahr 2013 schrieben 17.307 Menschen an die Volksanwaltschaft, davon waren 6.115 Frauen, 9.796 Männer und 1.396 Personengruppen (Vereine, Interessensgemeinschaften..). Es schrieben daher um 3.681 weniger Frauen als Männer an die Volksanwaltschaft. Das Ziel ist diese Messgröße zu verringern.					
Datenquelle	Elektronisches Aktensystem					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Nicht verfüg-bar	Nicht verfüg-bar	Nicht verfüg-bar	Nicht verfüg-bar	Verringerung der Messgröße	Verringerung der Messgröße
	Eine wesentliche Säule der Öffentlichkeitsarbeit der Volksanwaltschaft bildet der Auftritt im Internet. Themenschwerpunkte, die auch im www forciert behandelt werden, sollen verstärkt Frauen ansprechen und in Folge zu einem vermehrten Beschwerdeaufkommen von Frauen führen.					

Wirkungsziel 2:
Intensivierung der unabhängigen Verwaltungskontrolle im internationalen Bereich.

Warum dieses Wirkungsziel?

Die Volksanwaltschaft ist als Sitz des Generalsekretariats des International Ombudsman Institutes (unabhängig und unpolitisch agierende internationale Organisation und einzige globale Interessensvertretung für unabhängige Verwaltungskontrollorgane) gemäß internationaler Verpflichtung gebunden Personal- und Sachmittel einzusetzen. Durch diese Tätigkeit fördert die Volksanwaltschaft den Austausch von Informationen und Erfahrungen zwischen Ombudsman-Einrichtungen weltweit. Nicht nur der informelle Meinungsaustausch zwischen Ombudsman-Einrichtungen soll intensiviert werden, sondern auch verstärkt gemeinsame Best-Practice Modelle und Benchmarks für einen fairen Umgang der Verwaltung mit den Bürgern sowohl in Österreich als auch auf internationaler Ebene entwickelt werden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Bereitstellung von verständlichen und relevanten Informationen als Generalsekretariat des International Ombudsman Institutes an seine Mitglieder und interessierte Institutionen, die diesen Status noch anstreben.
- Ausrichtung von Schulungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Mitgliedseinrichtungen.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 05.2.1	Anzahl der IOI Mitglieder					
Berechnungs-methode	Zählung der IOI Mitglieder zu Jahresende					
Datenquelle	IOI annual report					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	130	140	156	147	165	170
	Der Istzustand im Jahr 2013 betrug 160 IOI Mitglieder.					

Wirkungsziel 3:

Sicherstellung eines wirksamen und unabhängigen Überwachungs- und Präventionsmechanismus zur Verhinderung jeder Form von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch in allen Situationen der Freiheitsentziehung (z.B. Strafhaft, Psychiatrie) im Rahmen des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (OPCAT) vom 18. Dezember 2002 und des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention) im Einklang mit internationalen Standards.

Warum dieses Wirkungsziel?

Das 8. Hauptstück der Bundesverfassung und das Volksanwaltschaftsgesetz sehen für die Durchführung des OPCAT eine Zuständigkeit der Volksanwaltschaft vor.

Die Volksanwaltschaft mit den von ihr eingesetzen Kommissionen ist mit den Aufgaben als nationaler Präventionsmechanismus sowie als Kontrolleinrichtung von Einrichtungen und Programmen für Menschen mit Behinderungen betraut und hat die Verpflichtung, einen wirksamen und unabhängigen Überwachungs- und Präventionsmechanismus zur Verhinderung jeder Form von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch in Einrichtungen und Programmen, umzusetzen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Vorortprüfungen von ca. 4.000 öffentlichen und privaten Einrichtungen (Justizanstalten, Kasernen, psychiatrische Einrichtungen, Alten- und Pflegeheimen, Krisenzentren, Wohngemeinschaften für Jugendliche, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung etc.)
- Darstellung der Ergebnisse in den Berichten an die allgemeinen Vertretungskörper.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 05.3.1	Anzahl der Leistungsprozesse					
Berechnungs-methode	Gesamtsumme der Visitationen, Demonstrationsbegleitungen, Prüfverfahren.					
Datenquelle	Bericht der Volksanwaltschaft an den Nationalrat und an den Bundesrat					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Nicht verfügbar	Nicht verfügbar	Nicht verfügbar	700 Leistungsprozesse	500 Leistungsprozesse	500 Leistungsprozesse
	Basierend auf den bisherigen Erfahrungen (2013 wurden 530 Leistungsprozesse durchgeführt) ist für die Sicherstellung eines wirksamen und unabhängigen Präventionsmechanismus eine qualitativ hochwertige und umfassende Prüfung der jeweiligen Einrichtung nötig, die mehr Zeit in Anspruch nimmt. Der Ansatz ist daher nicht die Anzahl der Leistungsprozesse zu erhöhen, sondern die Qualität der Prüfungen noch weiter zu steigern und entsprechende Standards zu schaffen.					

Wirkungsziel 4:

Beibehaltung der hohen Qualität der Prüftätigkeit der Volksanwaltschaft sowie des formlosen, kostenlosen und einfachen Zugangs zur Volksanwaltschaft.

Warum dieses Wirkungsziel?

Die Menschen fragen den unmittelbaren Kontakt mit den Mitgliedern der Volksanwaltschaft nach und erwarten von diesen rasche und kompetente Auskünfte und Informationen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Möglichkeit persönlicher Vorsprachen ohne Voranmeldung im barrierefrei zugänglichen Infocenter der Volksanwaltschaft
- Möglichkeit zur Einbringung von Beschwerden schriftlich per Post, Fax, E-Mail mittels online Beschwerdeformular oder durch persönliche Abgabe
- Einrichtung eines Besucherzentrums
- Forcierung des direkten Kontaktes, insbesonders mit jungen Bürgerinnen und Bürgern z.B. durch Vorträge/-Führungen für Schülerinnen und Schüler sowie weiteren Besuchergruppen

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 05.4.1	Anzahl der persönlichen und/oder telefonischen Kontakte durch den eigens eingerichteten Auskunftsdienst der Volksanwaltschaft					
Berechnungsmethode	Anzahl der Kontakte, die durch den 5 Tage in der Woche den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehenden Auskunftsdienst betreut werden.					
Datenquelle	Bericht der Volksanwaltschaft an den Nationalrat und an den Bundesrat					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	7.616	7.933	7.567	7.600	7.900	7.950
	Der Istzustand im Jahr 2013 betrug 7.850 persönliche und/oder telefonische Kontakte. Die Aufnahme von persönlichen und/oder telefonischen Vorsprachen erfolgt mit dem Ziel die betroffenen Bürgerinnen und Bürger innerhalb von 47 Tagen über das Ergebnis der Überprüfung durch die Volksanwaltschaft zu informieren.					

Untergliederung 05 Volksanwaltschaft

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,184	0,130	
Erträge	**0,184**	**0,130**	
Personalaufwand	5,759	5,579	
Transferaufwand	0,894	0,868	
Betrieblicher Sachaufwand	3,386	3,668	
Aufwendungen	**10,039**	**10,115**	
Nettoergebnis	**-9,855**	**-9,985**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,126	0,130	0,146
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,019	0,015	0,016
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,147**	**0,147**	**0,162**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	9,053	9,220	6,880
Auszahlungen aus Transfers	0,894	0,868	0,771
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,073	0,095	0,070
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,026	0,026	0,013
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**10,046**	**10,209**	**7,735**
Nettogeldfluss	**-9,899**	**-10,062**	**-7,572**

Untergliederung 05 Volksanwaltschaft
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 05 Volksan-waltschaft**	GB 05.01 Volksan-waltschaft
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,184	0,184
Erträge	**0,184**	**0,184**
Personalaufwand	5,759	5,759
Transferaufwand	0,894	0,894
Betrieblicher Sachaufwand	3,386	3,386
Aufwendungen	**10,039**	**10,039**
Nettoergebnis	**-9,855**	**-9,855**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 05 Volksan-waltschaft**	GB 05.01 Volksan-waltschaft
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,126	0,126
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,019	0,019
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,147**	**0,147**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	9,053	9,053
Auszahlungen aus Transfers	0,894	0,894
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,073	0,073
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,026	0,026
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**10,046**	**10,046**
Nettogeldfluss	**-9,899**	**-9,899**

Globalbudget 05.01 Volksanwaltschaft

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,184	0,130	
Erträge	**0,184**	**0,130**	
Personalaufwand	5,759	5,579	
Transferaufwand	0,894	0,868	
Betrieblicher Sachaufwand	3,386	3,668	
Aufwendungen	**10,039**	**10,115**	
Nettoergebnis	**-9,855**	**-9,985**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,126	0,130	0,146
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,019	0,015	0,016
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,147**	**0,147**	**0,162**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	9,053	9,220	6,880
Auszahlungen aus Transfers	0,894	0,868	0,771
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,073	0,095	0,070
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,026	0,026	0,013
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**10,046**	**10,209**	**7,735**
Nettogeldfluss	**-9,899**	**-10,062**	**-7,572**

Globalbudget 05.01 Volksanwaltschaft

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	Verstärkte, insbesondere auf den Genderaspekt abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit, z.B. Adaptierung der Homepage, Ansprechen eines jüngeren Zielpublikums; Nutzen von social media.	Adaptierung der Homepage entsprechend der Projektplanung im Jahr 2014 Einführung von Angeboten aus dem Bereich der social media in der Volksanwaltschaft entsprechend der Projektplanung im Jahr 2014 Erhöhung des weiblichen Anteils am Beschwerdeaufkommen.	Istzustand 2013: Im Jahr 2013 schrieben 17.307 Menschen an die Volksanwaltschaft, davon waren 6.115 Frauen, 9.796 Männer und 1.396 Personengruppen (Vereine, Interessensgemeinschaften..).
WZ 2	Bereitstellung von verständlichen und relevanten Informationen als Generalsekretariat des International Ombudsman Institutes an seine Mitglieder und interessierte Institutionen, die diesen Status noch anstreben, sowie Ausrichtung von Schulungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Mitgliedseinrichtungen.	Erhöhung der Anzahl der IOI Mitgliederanzahl auf 165 bis Ende 2014.	Istzustand 2013: 160 IOI Mitglieder
WZ 3	Vorortprüfungen von ca. 4.000 öffentlichen und privaten Einrichtungen (Justizanstalten, Kasernen, psychiatrische Einrichtungen, Alten- und Pflegeheimen, Krisenzentren, Wohngemeinschaften für Jugendliche, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung etc.) und Darstellung der Ergebnisse in den Berichten an die allgemeinen Vertretungskörper.	6 Kommissionen, die rund 500 qualitativ hochwertige Leistungsprozesse (Visitationen, Demonstrationsbegleitungen, Prüfverfahren) im Jahr 2014 durchführen.	Istzustand 2013: 530 Leistungsprozesse
WZ 4	Möglichkeit persönlicher Vorsprachen ohne Voranmeldung im barrierefrei zugänglichen Infocenter der Volksanwaltschaft wie auch die Möglichkeit zur Einbringung von Beschwerden schriftlich per Post, Fax, E-Mail mittels online Beschwerdeformular oder durch persönliche Abgabe. Einrichtung eines Besucherzentrums; Forcierung des direkten Kontaktes, insbesonders mit jungen Bürgerinnen und Bürgern z.B. durch Vorträge/Führungen für Schülerinnen und Schüler sowie weiteren Besuchergruppen.	7.900 persönliche oder telefonische Kontakte durch den Auskunftsdienst; 8.020 eingeleitete Prüfverfahren Schaffung eines Besucherzentrums in der Volksanwaltschaft 20 Vorträge/Führungen für Besuchergruppen	Istzustand 2013: - 7.850 persönliche oder telefonische Kontakte durch den Auskunftsdienst; - 8.003 eingeleitete Prüfverfahren. Istzustand 2013: Im Jahr 2013 ist noch keine Vergleichszahl verfügbar.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

- Das Ziel „Erhöhung des Informationsstandes über die geschlechterbezogenen Besonderheiten bei Verwaltungsmissständen“ samt den dazugehörigen Maßnahmen wurde bereits 2013 planmäßig umgesetzt und ist abgeschlossen. Die Maßnahme wurde durch das neue Wirkungsziel „Verringerung des Ungleichgewichtes zwischen Beschwerdeführerinnen und Be-

schwerdeführern mit dem Ziel einer Annäherung an eine ausgewogene gendergemäße Verteilung“ samt den dazugehörigen Maßnahmen abgelöst.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

Globalbudget 05.01 Volksanwaltschaft
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 05.01 Volksan-waltschaft**	DB 05.01.01 Volksan-waltschaft
Erträge aus der operativen Verwaltungstätig-keit und Transfers	0,184	0,184
Erträge	**0,184**	**0,184**
Personalaufwand	5,759	5,759
Transferaufwand	0,894	0,894
Betrieblicher Sachaufwand	3,386	3,386
Aufwendungen	**10,039**	**10,039**
Nettoergebnis	**-9,855**	**-9,855**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 05.01 Volksan-waltschaft**	DB 05.01.01 Volksan-waltschaft
Einzahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit und Transfers	0,126	0,126
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Dar-lehen sowie gewährten Vorschüssen	0,019	0,019
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,147**	**0,147**
Auszahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit	9,053	9,053
Auszahlungen aus Transfers	0,894	0,894
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,073	0,073
Auszahlungen aus der Gewährung von Darle-hen sowie gewährten Vorschüssen	0,026	0,026
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**10,046**	**10,046**
Nettogeldfluss	**-9,899**	**-9,899**

Untergliederung 06 Rechnungshof

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

- Der Rechnungshof überprüft auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene im Rahmen der ihm verfassungsgemäß zukommenden Unabhängigkeit, ob die zur Verfügung gestellten Mittel sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig eingesetzt werden. Seine Kernaufgabe ist das Prüfen und Beraten. Er trägt dazu bei, das Vertrauen in die Demokratie und in ihre Einrichtungen zu untermauern, Transparenz über den Einsatz der öffentlichen Mittel zu schaffen und damit Effizienz und Effektivität im öffentlichen Bereich zu steigern. Er schafft so einen wesentlichen Mehrwert und Nutzen für die Gesellschaft. Als wichtigstes Ziel strebt er den bestmöglichen Einsatz der öffentlichen Mittel im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung an, das heißt, eine Verringerung der Kosten bzw. eine Erhöhung des Nutzens beim Einsatz der öffentlichen Mittel.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**0,086**	**0,086**	**0,102**
Auszahlungen fix	30,197	31,197	30,622	30,337
Summe Auszahlungen	**30,197**	**31,197**	**30,622**	**30,337**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-31,111**	**-30,536**	**-30,236**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	0,238	0,118	
Aufwendungen	31,686	30,902	
Nettoergebnis	**-31,448**	**-30,784**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:

Verstärkung der gesamtstaatlichen Betrachtungsweise insbesondere hinsichtlich des öffentlichen Mitteleinsatzes durch Prüfen und Beraten

Warum dieses Wirkungsziel?

Bund, Länder und Gemeinden haben gemäß einer verfassungsrechtlichen Vorgabe bei ihrer Haushaltsführung die Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes und nachhaltig geordnete Haushalte anzustreben. Probleme, Ineffizienzen und Doppelgleisigkeiten treten insbesondere an den Schnittstellen von Gebietskörperschaften, Sozialversicherungsträgern, ausgegliederten Rechtsträgern oder Ressortzuständigkeiten in Verwaltungsbereichen auf, bei denen Finanzierungs-, Aufgaben- und Ausgabenverantwortung auf mehrere Akteure verteilt sind. Nur der Rechnungshof kann durch seine Prüfungstätigkeit auf allen Gebietskörperschaftsebenen als föderatives Bund-Länder-Organ eine den Bund, die Länder und die Gemeinden umfassende Gesamtsicht anbieten.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Verankerung von gebietskörperschaftenübergreifenden Querschnittsprüfungen als Prüfungsschwerpunkt in der Strategie des Rechnungshofs und der jährlichen Prüfungsplanung
- Durchführung von gebietskörperschaftenübergreifenden Querschnittsprüfungen in den Bereichen Finanzausgleich, Bildung, Soziales, Gesundheit und Altersvorsorge (Pensionen, Pflege)
- Erarbeitung eines Positionspapiers zum Finanzausgleich

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 06.1.1	Anzahl der in Rechnungshof-Ausschüssen behandelten Querschnittsprüfungen					
Berechnungs-methode	Gesamtsumme der in einem Jahr inhaltlich behandelten gebietskörperschaftenübergreifenden Querschnittsprüfungen					
Datenquelle	Rechnungshof (RH), Nationalrat, Landtage					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	nicht verfügbar	27	55	30	30	30
	Diese Kennzahl wurde erst ab 2011 erhoben, daher ist ein Wert für 2010 nicht verfügbar. Der Istzustand 2013 lag aufgrund der geringeren Anzahl an tagenden Rechnungshof-Ausschüssen bei 20.					

Wirkungsziel 2:

Erhöhung der Transparenz für Bürgerinnen und Bürger über die sparsame, wirtschaftliche und zweckmäßige Verwendung öffentlicher Mittel

Warum dieses Wirkungsziel?

Die Kernaufgabe des Rechnungshofs ist das Prüfen und Beraten. Der Rechnungshof überprüft auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene im Rahmen der ihm verfassungsgemäß zukommenden Unabhängigkeit, ob die zur Verfügung gestellten Mittel sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig eingesetzt wurden. Der Rechnungshof versteht sich als Garant für die erforderliche Transparenz, indem er die Bürgerinnen und Bürger sowie die allgemeinen Vertretungskörper über die Effizienz und Effektivität des Mitteleinsatzes informiert.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Darstellung komplexer Sachverhalte in den Berichten des Rechnungshofs in allgemein verständlicher Form
- Bereitstellung zusätzlicher fundierter und transparenter Entscheidungsgrundlagen an Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf parlamentarischer Ebene als Grundlage für eine sachliche öffentliche Diskussion
- Bereitstellung sämtlicher Berichte auf der Homepage des Rechnungshofs
- Sachgerechte Information der Medien
- Neugestaltung der Berichte auf der Homepage des RH im Hinblick auf die Bedienungsfreundlichkeit

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 06.2.1	Einladung des Rechnungshofs zu Ausschüssen der allgemeinen Vertretungskörper					
Berechnungsmethode	Gesamtsumme der in einem Jahr erfolgten Einladungen					
Datenquelle	RH, Nationalrat, Landtage					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	50	67	45	70	65	70
	Der Istzustand 2013 lag aufgrund der geringeren Anzahl an tagenden Rechnungshof-Ausschüssen bei 40. Der RH verfolgt dennoch weiterhin den für das Jahr 2013 festgelegten Zielwert.					

Kennzahl 06.2.2	Pressemeldungen über den Rechnungshof					
Berechnungsmethode	Gesamtsumme der in einem Jahr erfolgten Pressemeldungen					
Datenquelle	RH					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	6.613	5.911	6.213	5.950	6.200	6.300

Kennzahl 06.2.3	Zugriffe auf die Homepage des Rechnungshofs					
Berechnungsmethode	Gesamtsumme der in einem Jahr erfolgten Hits auf die Homepage					
Datenquelle	RH					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	nicht verfügbar	195.508	212.787	196.000	216.000	217.000
	2011 erfolgte der Umstieg auf eine neuere Version der Auswertungssoftware, die eine genauere Auswertung der Zugriffe ermöglicht, daher ist der Istzustand 2010 nicht mit den Werten der nachfolgenden Jahre vergleichbar und wird deshalb nicht ausgewiesen.					

Wirkungsziel 3:

Erhöhung der Wirksamkeit der Prüfungs- und Beratungstätigkeit

Warum dieses Wirkungsziel?

Der Rechnungshof versteht sich als Partner bei der Erarbeitung von Lösungsansätzen. Durch überzeugende Empfehlungen und das Aufzeigen von Verbesserungen trägt der Rechnungshof zur Steigerung der Effizienz und Effektivität im öffentlichen Bereich bei und erbringt so einen Mehrwert für die Gesellschaft. Um die Verantwortlichkeit der überprüften Stelle gegenüber den allgemeinen Vertretungskörpern und damit die Chancen der Umsetzung zu erhöhen, befragt der Rechnungshof im Jahr nach der Berichtsveröffentlichung die überprüften Stellen nach dem Umsetzungsstand (Nachfrageverfahren) und überprüft auch vor Ort die Realisierung der Empfehlungen (Follow-Up-Überprüfung). Damit kann der Rechnungshof seine Wirkung erhöhen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Durchführung eines jährlichen Nachfrageverfahrens durch Befragung der überprüften Stellen zum Umsetzungsstand der konkreten Empfehlungen aus den Berichten des Rechnungshofs
- Durchführung von Follow-Up-Überprüfungen vor Ort, im Rahmen derer der Rechnungshof sich von der tatsächlichen Durchführung der Maßnahmen überzeugt
- Darstellung von Kernaussagen zu relevanten Themenbereichen

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 06.3.1	Anteil der umgesetzten bzw. sich in Umsetzung befindlichen Empfehlungen					
Berechnungs-methode	Anteil der aus dem Vorjahr umgesetzten bzw. sich in Umsetzung befindlichen Empfehlungen					
Datenquelle	Nachfrageverfahren RH					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	79,6 %	79 %	74,6 %	80 %	80 %	80 %
	Das ambitionierte Ziel, 80 % zu erreichen und auch mittelfristig zu halten, wird weiterhin verfolgt.					

Kennzahl 06.3.2	Durchgeführte Follow-Up-Überprüfungen					
Berechnungs-methode	Gesamtsumme der in einem Jahr durchgeführten Follow-Up-Überprüfungen					
Datenquelle	Follow-Up-Überprüfungen RH					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	23	18	13	20	20	20
	Der Istwert 2013 lag bei 19 Follow-Up-Überprüfung. Die Nichterreichung des Zielwerts 2013 ist insbesonders auf den verstärkten personellen und finanziellen Ressourceneinsatz für die Erfüllung der Aufgaben aus dem Medientransparenz (Ressourceneinsatz im Ausmaß von 16 Follow-Up-Überprüfungen) und Parteiengesetz zurückzuführen. Trotz knapper werdender Ressourcen wird jedoch eine konstante Durchführung von jährlich 20 Follow-Up-Überprüfung angestrebt, um die Wirkung der Gebarungsüberprüfungen zu erhöhen.					

Kennzahl 06.3.3	Parlamentarische Anfragen mit Rechnungshof-Bezug					
Berechnungs-methode	Gesamtsumme der parlamentarischen Anfragen in einem Jahr					
Datenquelle	Nationalrat					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	227	194	117	200	200	200
	2013 gab es 238 parlamentarische Anfragen mit Rechnungshof-Bezug. Ein mehrjähriges Halten des hohen Wertes von 200 parlamentarischen Anfragen mit Rechnungshof-Bezug wird angestrebt.					

Wirkungsziel 4:
Erhöhung des Informationsstandes über die Verteilungswirkung öffentlicher Mittel im Bezug auf Frauen und Männer
Warum dieses Wirkungsziel?
Der Rechnungshof misst dem die Gleichstellung fördernden Einsatz öffentlicher Mittel einen besonderen Stellenwert bei und sieht es als eine wesentliche Aufgabe, mit zielgerichteten Gebarungsüberprüfungen die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängige Orientierung in den Staatsaufgaben (Gender Mainstreaming) und bei der Erstellung des Staatshaushaltes (Gender Budgeting) voranzutreiben. Da die derzeitigen Daten nicht durchgängig vorliegen und eine Analyse der Mittelverteilung oftmals unterbleibt, möchte der Rechnungshof durch seine Empfehlungen auf eine Verbesserung der Datenqualität hinwirken.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Festlegung der Themen Gender Mainstreaming und Gender Budgeting als Indikatoren im Rahmen der Prüfungsplanung
- Verstärkte Berücksichtigung des Aspektes der Gleichstellung im Rahmen ausgewählter Gebarungsüberprüfungen zur Steigerung der Anzahl genderrelevanter Empfehlung
- Darstellung von genderdisaggregierten Daten in den Kenndatenkästen in Berichten des Rechnungshofs

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 06.4.1	Genderrelevante Themen in Berichten des Rechnungshofs					
Berechnungs-methode	Gesamtsumme der in einem Jahr in den Berichten des Rechnungshofs veröffentlichten genderrelevanten Themen					
Datenquelle	RH					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	nicht verfügbar	4	4	5	10	15

Wirkungsziel 5:
Erhöhung der Transparenz in der Haushaltsführung und Rechnungslegung des Bundes durch die Neugestaltung des Bundesrechnungsabschlusses zur Bewusstseinsschaffung in der Öffentlichkeit über die finanzielle Lage des Bundes sowie des Gesamtstaates Österreich

Warum dieses Wirkungsziel?
Die Abschlussrechnungen liefern ab 2013 aufgrund der Haushaltsrechtsreform 2013 insbesondere der in der Rechnungslegungsverordnung geregelten Gliederung und der im Anhang verpflichtend anzugebenden weiteren Angaben zu der Vermögens-, Erfolgs- und Finanzierungsrechnung umfangreichere Informationen. Auf deren Grundlage kann der Rechnungshof im Textteil des Bundesrechnungsabschlusses umfangreichere Analysen durchführen und so eine transparente Darstellung der Verwendung öffentlicher Mittel erstellen. Dies soll dazu führen, dass in der Öffentlichkeit ein ausreichendes Problembewusstsein über den Einsatz öffentlicher Mittel sowie die Finanzierung öffentlicher Leistungen und die damit verbundenen langfristigen Verpflichtungen geschaffen werden kann.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Erhöhung der Verständlichkeit des Bundesrechnungsabschlusses
- Permanente Weiterentwicklung des Bundesrechnungsabschlusses im Hinblick auf die Anforderungen zur Wahrnehmung der Budgetkontrolle des Parlaments
- Schwerpunktsetzung der Berichterstattung aufgrund aktueller wirtschaftlicher Entwicklungen
- Darstellung der gesamtstaatlichen Entwicklung unter Berücksichtigung der europäischen Vorgaben

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 06.5.1	Anzahl der Meldungen (z.B. Presse, Radio) zum Bundesrechnungsabschluss					
Berechnungs-methode	Gesamtsumme der in einem Jahr erfolgten Pressemeldungen mit Bezug zum Bundesrechnungsabschluss					
Datenquelle	RH					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	nicht verfügbar	189	121	200	170	200
	Der Istwert 2013 lag bei 169 Meldungen. Deshalb werden die Zielzustände ab dem Jahr 2014 auf eine realistische Basis angepasst.					

Untergliederung 06 Rechnungshof

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,238	0,118	
Erträge	**0,238**	**0,118**	
Personalaufwand	26,680	25,940	
Transferaufwand	0,245	0,235	
Betrieblicher Sachaufwand	4,761	4,727	
Aufwendungen	**31,686**	**30,902**	
Nettoergebnis	**-31,448**	**-30,784**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,051	0,061	0,071
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,005	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,032	0,020	0,030
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,086**	**0,086**	**0,102**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	30,715	30,219	29,961
Auszahlungen aus Transfers	0,245	0,235	0,249
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,192	0,133	0,096
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,045	0,035	0,032
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**31,197**	**30,622**	**30,337**
Nettogeldfluss	**-31,111**	**-30,536**	**-30,236**

Untergliederung 06 Rechnungshof
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 06 Rechnungshof**	GB 06.01 Rechnungshof
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,238	0,238
Erträge	**0,238**	**0,238**
Personalaufwand	26,680	26,680
Transferaufwand	0,245	0,245
Betrieblicher Sachaufwand	4,761	4,761
Aufwendungen	**31,686**	**31,686**
Nettoergebnis	**-31,448**	**-31,448**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 06 Rechnungshof**	GB 06.01 Rechnungshof
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,051	0,051
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,003
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,032	0,032
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,086**	**0,086**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	30,715	30,715
Auszahlungen aus Transfers	0,245	0,245
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,192	0,192
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,045	0,045
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**31,197**	**31,197**
Nettogeldfluss	**-31,111**	**-31,111**

Globalbudget 06.01 Rechnungshof

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,238	0,118	
Erträge	**0,238**	**0,118**	
Personalaufwand	26,680	25,940	
Transferaufwand	0,245	0,235	
Betrieblicher Sachaufwand	4,761	4,727	
Aufwendungen	**31,686**	**30,902**	
Nettoergebnis	**-31,448**	**-30,784**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,051	0,061	0,071
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,005	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,032	0,020	0,030
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,086**	**0,086**	**0,102**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	30,715	30,219	29,961
Auszahlungen aus Transfers	0,245	0,235	0,249
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,192	0,133	0,096
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,045	0,035	0,032
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**31,197**	**30,622**	**30,337**
Nettogeldfluss	**-31,111**	**-30,536**	**-30,236**

Globalbudget 06.01 Rechnungshof

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
1	Verankerung von gebietskörper-schaftenübergreifenden Quer-schnittsprüfungen als Prüfungs-schwerpunkt in der Strategie des Rechnungshofs und der jährlichen Prüfungsplanung	Anteil der Querschnittsprüfungen an der Gesamtprüfleistung in Höhe von 35 %	31.12.2013: 32,9 %
2	Bereitstellung sämtlicher Berichte auf der Homepage des Rech-nungshofs	Veröffentlichung von 95 Prüfun-gen (= 100 %)	31.12.2013: 85
3	Durchführung von Follow-Up-Überprüfungen vor Ort, im Rah-men derer der Rechnungshof sich von der tatsächlichen Durchfüh-rung der Maßnahmen überzeugt	Durchführung von 20 Follow-Up-Überprüfungen	31.12.2013: 19
4	Verstärkte Berücksichtigung des Aspekts der Gleichstellung im Rahmen ausgewählter Geba-rungsüberprüfungen zur Steige-rung der Anzahl genderrelevanter Empfehlungen	10 genderrelevante Themen in Berichten des Rechnungshofes	31.12.2013: 6
5	Schwerpunktsetzung der Bericht-erstattung aufgrund aktueller wirtschaftlicher Entwicklungen	20 Vorträge und Publikationen zu budgetären Rahmenbedingungen und Reformbedarf	31.12.2013: 20

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

Globalbudget 06.01 Rechnungshof
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 06.01 Rechnungshof**	DB 06.01.01 Rechnungshof
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,238	0,238
Erträge	**0,238**	**0,238**
Personalaufwand	26,680	26,680
Transferaufwand	0,245	0,245
Betrieblicher Sachaufwand	4,761	4,761
Aufwendungen	**31,686**	**31,686**
Nettoergebnis	**-31,448**	**-31,448**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 06.01 Rechnungshof**	DB 06.01.01 Rechnungshof
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,051	0,051
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,003
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,032	0,032
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,086**	**0,086**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	30,715	30,715
Auszahlungen aus Transfers	0,245	0,245
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,192	0,192
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,045	0,045
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**31,197**	**31,197**
Nettogeldfluss	**-31,111**	**-31,111**

Untergliederung 10 Bundeskanzleramt

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

Das Bundeskanzleramt koordiniert die allgemeine Regierungspolitik sowie die gesamte Verwaltung des Bundes und vertritt die Republik Österreich gegenüber Ländern, obersten Verfassungsorganen und vor Gerichtshöfen. Es trägt die Verantwortung für die Rahmenbedingungen einer effektiven und effizienten Verwaltung insbesondere in Bezug auf Personal, E-Government und Verwaltungsinfrastruktur. Es besorgt die Fachbereiche öffentlicher Dienst, Verwaltungsmodernisierung und Rechtsstaatlichkeit insbesondere durch die Datenschutzbehörde, das Bundesverwaltungsgericht und die Gleichbehandlungsanwaltschaft. Das Bundeskanzleramt besorgt grundsätzliche Angelegenheiten der Mitgliedschaft Österreichs bei der EU (einschließlich des Europäischen Rates und des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung). Es spielt durch die Steuerung der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung, der Medien, der amtlichen Statistik und des Österreichischen Staatsarchivs eine wichtige Rolle in der Informationsgesellschaft.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**4,062**	**3,836**	**3,866**
Auszahlungen fix	309,146	313,146	247,323	230,566
Auszahlungen variabel	82,900	82,900	88,500	46,856
Summe Auszahlungen	**392,046**	**396,046**	**335,823**	**277,421**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-391,984**	**-331,987**	**-273,555**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	3,896	3,688	
Aufwendungen	399,766	327,343	
Nettoergebnis	**-395,870**	**-323,655**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:

Sicherstellung der ressortübergreifenden Koordination und Strategie in den Bereichen der allgemeinen Regierungspolitik sowie in den grundsätzlichen Angelegenheiten der EU-Mitgliedschaft inklusive der EU-Regionalpolitik und effektive Vertretung der Interessen Österreichs im internationalen und europäischen Rahmen, vor allem im Europäischen Rat und in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die Bundesanstalt Statistik Österreich strebt eine erhöhte Nachfrage ihrer NutzerInnen nach elektronischen Publikationsformen und Services an.

Warum dieses Wirkungsziel?

Die ressortübergreifende Koordination und Strategie dient der effizienten Erfüllung des jeweiligen Regierungsprogramms und sonstiger Vorhaben der Bundesregierung, was die Wohlfahrt der BürgerInnen steigert. Sie stellt eine der Kernaufgaben des Bundeskanzleramtes (BKA) gemäß dem Bundesministeriengesetz dar. Im Sinne der Relevanz als wichtige Qualitätsdimension statistischer Produkte ist die Bundesanstalt Statistik Österreich bestrebt, den sich ändernden Rahmenbedingungen der Informationsgesellschaft und damit auch den Informationsbedürfnissen der NutzerInnen Rechnung zu tragen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Erarbeitung und ressortübergreifende Abstimmung von Strategien und Positionen und effiziente, zeitgerechte, situationsadäquate Vorlage von Unterlagen an die politische Ebene in den Bereichen der EU, Europäische Räte, EU-Kohäsionspolitik, Regionalpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Sozialpolitik und Arbeitsmarkt, Sicherheitspolitik, Forschung, Technologie und Innovation, Umwelt, Klimaschutz und Energie sowie OECD Angelegenheiten;
- effiziente Koordination der (EU-)Regionalpolitik inkl. administrativer Abwicklung des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE);
- Maßnahmen der Bundesanstalt Statistik Österreich: Durch die konsequente Reduktion von gedruckten Publikationen werden jene Ressourcen frei, welche für die Servicierung elektronischer Publikationsformen notwendig sind. Deren Verbreitung und Entwicklung werden durch den technologischen Fortschritt auch in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 10.1.1	Effiziente Koordination der EU-Regionalpolitik – Anzahl abgewickelter EFRE-Zahlungsanträge ohne finanzielle Berichtigungen seitens der Europäischen Kommission
Berechnungsmethode	Anzahl der gültigen Zahlungsanträge für die Programme Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (RWB)/Phasing Out sowie Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) pro Jahr; keine finanziellen Berichtigungen bei diesen Zahlungsanträgen seitens der Europäischen Kommission (EK) gemäß Artikel 99 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006

Datenquelle	Europäische Kommission - Empfangsbestätigung in SFC (Shared Fund Management Common IT-System)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	24 Anträge; keine finanziellen Berichtigungen	38 Anträge; keine finanziellen Berichtigungen	21 Anträge; keine finanziellen Berichtigungen	17 Anträge [Istzustand per 12/2013: 17 Anträge;keine finanz. Berichtigungen]	20 Anträge; keine finanziellen Berichtigungen	20 Anträge; keine finanziellen Berichtigungen
	Der Rückgang 2012/2013 erklärt sich daraus, dass die Überweisungen der EFRE Mittel seitens der EK aus budgetären Gegebenheiten nicht mehr so regelmäßig wie zu Beginn der Strukturfondsperiode 2007-2013 erfolgten.					

Kennzahl 10.1.2	Datenbankzugriffe externer Server auf die Datenbank STATcube http://www.statistik.at/web_de/services/datenbank_superstar/index.html					
Berechnungsmethode	Anzahl der Zugriffe von externen Servern auf die Statische Datenbank STATcube pro Jahr					
Datenquelle	Zugriffsauswertung der Bundesanstalt Statistik Österreich betreffend die Datenbank STATcube					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2017
	Keine Daten verfügbar	201.823	427.295	Kein Zielzustand 2013 geplant [Istzustand per 12/2013 551.723]	600.000	700.000

Kennzahl 10.1.3	Druckkosten für Standardpublikationen der Bundesanstalt Statistik Österreich					
Berechnungsmethode	Aggregation von Druckkosten für Standardpublikation (exklusive Publikationen im Zusammenhang mit Sonderprojekten)					
Datenquelle	Kostenrechnung der Bundesanstalt Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2017
	€ 604.267	€ 448.008	€ 440.205	Kein Zielzustand 2013 geplant [Istzustand per 12/2013 € 423.600]	€ 408.600	€ 393.600

Kennzahl 10.1.4	Bundesanstalt Statistik Österreich – Abdeckung statistischer Produkte durch das 2010 eingeführte Schema der Standarddokumentionen (Detailinfos zu Standarddokumentationen, siehe https://www.statistik.at/web_de/dokumentationen/index.html)					
Berechnungsmethode	Prozentueller Anteil jener statistischen Produkte, welche in das Schema der Standarddokumentation übergeführt wurden - bezogen auf die Gesamtzahl der angebotenen statistischen Produkte					
Datenquelle	Bundesanstalt Statistik Österreich					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	5%	35%	50%	Mindestens 50%	Mindestens 75%	Mindestens 90%

Wirkungsziel 2:
Sicherstellung einer umfassenden Information der BürgerInnen über Staat, Verwaltung und Regierungsarbeit sowie von elektronischen Verwaltungsservices. Gewährleistung der langfristigen Nachvollziehbarkeit und Transparenz des Verwaltungshandelns.

Warum dieses Wirkungsziel?

Die BürgerInnen erwarten von der Politik und Verwaltung eine aktive Informationspolitik, kompetente Auskünfte sowie rasche Erledigungen. Zusätzlich fordern sie einen offenen, dauerhaften Zugang zu den Verwaltungsinformationen, damit transparentes, nachvollziehbares Verwaltungshandeln für Generationen gewährleistet ist. Im Sinne des aktuellen Arbeitsprogrammes der Bundesregierung soll die Kommunikation zwischen BürgerInnen bzw. Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung unter Einsatz standardisierter Lösungen und neuer Technologien effizienter gestaltet und vereinfacht werden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Durchführung von Informationsmaßnahmen und –kampagnen;
- Bereitstellung einer zentralen Ansprechstelle für Fragen und Anliegen der Bevölkerung an Politik und Verwaltung (Betrieb des BürgerInnenservice);
- Übernahme (Verstärkung) von ressortübergreifenden und koordinierenden Servicefunktionen;
- in der elektronischen Kommunikation von Unternehmen mit der öffentlichen Verwaltung, aber auch im Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen soll mittelfristig die Global Location Number (GLN) als zentrale Identifikationsnummer etabliert werden;
- die Möglichkeiten zur Nutzung der Handy-Signatur durch BürgerInnen in der Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung - aber auch mit privaten Unternehmen - sollen ausgeweitet werden;
- Gestaltung der Webauftritte des Österreichischen Staatsarchivs;
- Erschließung und Nutzbarmachung von Verwaltungsinformationen (Archivgut des Bundes).

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 10.2.1	Rasche Beantwortung von BürgerInnenanfragen aller Art durch das BürgerInnenservice					
Berechnungsmethode	Erstbeantwortungszeit von BürgerInnenanfragen innerhalb der Sektion VII; prozentueller Anteil der innerhalb von 3 Werktagen beantworteten Anfragen					
Datenquelle	Bundeskanzleramt, interne Datenbank des BürgerInnenservice					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Gesamtzahl aller Kontakte: 39.400; Beantwortung von 95% innerhalb von 3 Werktagen	Gesamtzahl aller Kontakte: 34.951; Beantwortung von 94% innerhalb von 3 Werktagen	Gesamtzahl aller Kontakte: 27.260; Beantwortung von 96% innerhalb von 3 Werktagen	Angestrebter Prozentsatz => 80% [Istzustand per 12/2013: Gesamtzahl aller Kontakte 34.441; Beantwortung von 95% innerhalb von 3 Werktagen]	Angestrebter Prozentsatz => 96%	Angestrebter Prozentsatz => 96%
	In den Jahren 2008 – 2011 stand das BürgerInnenservice im Mittelpunkt regelmäßiger Informationskampagnen des Bundeskanzleramtes in den auflagenstärksten Medien des Landes – oft im Wochenrhythmus über einen längeren Zeitraum hinweg. 2012 erfolgte dies nicht mehr im selben Ausmaß wie in den Jahren zuvor. Außerdem verlagerten sich im Jahr 2012 Kontakte des BürgerInnenservice auf das Social-Media-Angebot des Bundeskanzleramtes, da auch auf diesen Plattformen auf Fragen der BürgerInnen eingegangen wird und Auskünfte erteilt werden.					

Kennzahl 10.2.2	Gesteigerte Nutzung des Social Media Angebotes des Bundeskanzleramtes					
Berechnungsmethode	Registrierte Kontakte im Social Media; durchschnittliche wöchentliche Reichweite					
Datenquelle	Interne Datenbank des Bundeskanzleramtes, Facebook					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Keine Daten verfügbar	Keine Daten verfügbar	13.300 UserInnen	Mindestens 14.630 UserInnen [Istzustand per 12/2013: 24.300 UserInnen]	Mindestens 26.700 UserInnen	Mindestens 29.400 UserInnen

Kennzahl 10.2.3	Nutzung der Handy-Signatur durch BürgerInnen

Berechnungs-methode	Anzahl der Mobiltelefone mit freigeschalteter Funktion zur Handy-Signatur					
Datenquelle	Statistikauswertung der aktiven Handy-Signaturen					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	12.375 aktive Handy-Signaturen	39.332 aktive Handy-Signaturen	107.602 aktive Handy-Signaturen	184.602 aktive Handy-Signaturen [Istzustand per 12/2013: 251.440]	400.000 aktive Handy-Signaturen	550.000 aktive Handy-Signaturen
	Diese Wirkungsziel-Kennzahl wurde aus der im Bundesvoranschlag 2013 angeführten Maßnahme des Globalbudgets 10.01 „Ausweitung der Handy-Signatur“ entwickelt. Die für 2013 angestrebte Anzahl von 77.000 freigeschaltete Mobiltelefone (= Kennzahl zur Maßnahme, Zielzustand 2013) bezieht sich lediglich auf die Freischaltungen des Jahres 2013. Hingegen geben die Ist- und Zielzustände der vorliegenden Wirkungsziel-Kennzahl die kumulierte Anzahl an aktivierten wieder: Zielzustand 2013 = 107.602 + 77.000. Sämtliche in den oberen Spalten angeführten Zahlen sind um die zwischenzeitlich deaktivierten Signaturfunktionen bereinigt.					

Kennzahl 10.2.4	Rasche Bereitstellung von Archivalien an BürgerInnen durch das Österreichische Staatsarchiv					
Berechnungs-methode	Gesamtdauer zwischen Anforderung und Bereitstellung von Archivalien					
Datenquelle	Bundeskanzleramt, interne Datenbank des Österreichischen Staatsarchivs					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Keine Daten verfügbar	Binnen 48 Stunden	Keine Daten verfügbar	Binnen 24 Stunden	Binnen 24 Stunden	Binnen 24 Stunden

Wirkungsziel 3:
Sicherung der Rechtsstaatlichkeit im Wege von Legistik, Rechtsberatung und –vertretung sowie Dokumentation. Weiterentwicklung der Arbeitsabläufe des Bundesverwaltungsgerichtes im Beschwerdeverfahren. Sicherstellung einheitlicher Rechtsstandards im Rechtsmittelverfahren.

Warum dieses Wirkungsziel?
Die Rechtsstaatlichkeit ist ein Baugesetz der österreichischen Verfassung. Rechtsstaatlichkeit setzt auch Rechtsschutzeinrichtungen voraus, die die Akte der Verwaltung nachprüfen und somit die Bindung der Verwaltung an Gesetz und Verfassung effektiv gewährleisten. Das österreichische Rechtsschutzsystem ist durch die mit 1. Jänner 2014 wirksam gewordene Einführung der „Zweistufigen Verwaltungsgerichtsbarkeit“ weiter verbessert worden. Insbesondere sollen dadurch mittelfristig die Verfahren beschleunigt, die BürgerInnennähe verstärkt und der Verwaltungsgerichtshof entlastet werden.
Eine weitere Anforderung der Rechtsstaatlichkeit besteht im einfachen, aktuellen und kostenlosen Zugang zu den Rechtsquellen für alle BürgerInnen im Wege des Rechtsinformationssystems (RIS) des Bundeskanzleramtes (BKA).
Im Bereich des neu eingerichteten Bundesverwaltungsgerichtes werden, um Doppelgleisigkeiten zu verhindern und um Qualitätsstandards zu gewährleisten, die Arbeitsabläufe evaluiert, standardisiert und etabliert.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Optimierung bei der Aktualisierung des elektronischen Rechtsinformationssystems des Bundes (RIS);
- optimiertes Ablaufmanagement im Bundesverwaltungsgericht (ISO Zertifizierung);
- technische Implementierung des elektronischen Akten- bzw. Rechtsverkehrs mit ausgewählten Administrativbehörden, dem Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof sowie der Start eines Pilotprojekts mit den RechtsanwältInnen;
- serviceorientierte Adaptierung der Website des Bundesverwaltungsgerichts.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 10.3.1	Einarbeitungsdauer konsolidierter Rechtstexte in das RIS					
Berechnungs-methode	Vergleich der durchschnittlichen Einpflegezeit neuer Gesetze und Verordnungen des Bundes in eine konsolidierte Fassung					
Datenquelle	Auswertung der Sektion V des Bundeskanzleramtes					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015

	24 Tage	8 Tage	7 Tage	14 Tage [Istzustand per 12/2013: 9 Tage]	≤12 Tage	≤12 Tage

Kennzahl 10.3.2	Nutzung des elektronischen Akten- bzw. Rechtsverkehrs im Verfahren mit dem Bundesverwaltungsgericht durch die technisch eingebundenen SchnittstellenpartnerInnen (RechtsanwältInnen, Verwaltungsbehörden etc.)					
Berechnungs-methode	Prozentueller Anteil des Aufkommens elektronischer Eingaben und Zustellungen am Gesamtaufkommen im Akten- und Rechtsverkehr mit dem Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, mit RechtsanwältInnen sowie mit ausgewählten Verwaltungsbehörden (Arbeitsmarktservice, Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl)					
Datenquelle	Fachapplikation elektronische Verfahrensadministration plus (eVA+)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	Keine Daten verfügbar	Keine Daten verfügbar	Keine Daten verfügbar	Keine Daten verfügbar	50% der Eingaben und Zustellungen	75% der Eingaben und Zustellungen

Kennzahl 10.3.3	Kontinuierliche Weiterentwicklung einer service- und bürgerInnenorientierten Informationsplattform zum Bundesverwaltungsgericht -insbesondere für die Rechtschutzsuchenden und Fachöffentlichkeit					
Berechnungs-methode	Zugriffe auf die Website des Bundesverwaltungsgerichtes pro Jahr (www.bvwg.gv.at)					
Datenquelle	Auswertung des Bundesrechenzentrums					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	Keine Daten verfügbar	Keine Daten verfügbar	Keine Daten verfügbar	Keine Daten verfügbar	Mindestens 120.000 Zugriffe per 12/2014	Mindestens 120.000 Zugriffe per 12/2016

Wirkungsziel 4:
Weiterentwicklung und Modernisierung des öffentlichen Personal-, Organisations- und Verwaltungsmanagements zur Sicherstellung einer effektiven und effizienten Leistungserbringung im öffentlichen Dienst. Im öffentlichen Dienst wird die tatsächliche Gleichstellung zwischen Frauen und Männern besonders berücksichtigt.

Warum dieses Wirkungsziel?
Der öffentliche Dienst benötigt Rahmenbedingungen für die öffentlich Bediensteten, Strukturen und Managementinstrumente, durch die öffentliche Leistungen qualitativ hochwertig, effektiv und effizient erbracht werden. Die gesellschaftliche Herausforderungen, wie die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern im Dienstrecht, werden berücksichtigt und Stakeholder-gerechte Lösungen (das heißt für BürgerInnen, Abgeordnete, Politik, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen) werden angeboten.

MitarbeiterInnen im öffentlichen Dienst sind eine wesentliche Ressource. Sie haben das Recht auf Entwicklung, Motivation und zielgerichteten Einsatz. Die Förderung der Mobilität spielt einen wesentlichen Faktor. Den Bediensteten der österreichischen Verwaltung muss darüber hinaus eine bessere Vernetzung mit der Verwaltung der Europäischen Union ermöglicht werden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Jährliche Erarbeitung einer Dienstrechtsnovelle, unter besonderer Berücksichtigung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern, um ein zeitgemäßes und flexibles Dienst- und Besoldungsrecht für den Bundesdienst sicherzustellen;
- weitere Umsetzung des Personalplan NEU, um eine effiziente Personalbewirtschaftung des Bundes zu gewährleisten;
- Entwicklung einer Strategie zum Auf- und Ausbau eines verwaltungsinternen Arbeitsmarktes und Weiterentwicklung des Mobilitätsmanagements des Bundeskanzleramtes;
- Bereitstellung bedarfsorientierter Aus- und Weiterbildungsprogramme sowie die Durchführung ressortübergreifender strategischer Personalentwicklungsprojekte für den gesamten Bund;
- Durchführung von Mobilitätsprogrammen sowie Information über Jobs bei der Europäischen Union sowie über mögliche Praktika (EU-Job Information);

- Ausbau des gebietskörperschaftsübergreifenden Mobilitätsmanagements im Bundeskanzleramt;
- Durchführung von ressort- und gebietskörperschaftsübergreifenden Verwaltungsreformprojekten;
- Weiterentwicklung und Qualitätssicherung der wirkungsorientierten Verwaltungssteuerung.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 10.4.1	Beruflicher Nutzen der Seminare an der Verwaltungsakademie des Bundes (VAB)					
Berechnungs-methode	Durchschnittliche Bewertung der Seminare durch TeilnehmerInnen hinsichtlich des beruflichen Nutzens nach dem Schulnotensystem					
Datenquelle	Evaluierung durch die Verwaltungsakademie des Bundes					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	Keine Daten verfügbar	Liegt bei 1,7	Liegt bei 1,7	1,0 bis 1,5 [Istzustand per 12/2013: 1,6]	1,0 bis 1,5	1,0 bis 1,5
	Die Bewertungsbandbreite liegt für die unterschiedlichen Programmfelder der Verwaltungsakademie des Bundes zwischen 1,4 (Sprachen) und 2,0 (Grundausbildungsseminare).					

Kennzahl 10.4.2	Beibehaltung des Anteils österreichischer MitarbeiterInnen in der Europäischen Kommission					
Berechnungs-methode	Anteil österreichischer MitarbeiterInnen in der EU-Kommission/Bevölkerungsanteil Österreichs an der Gesamtbevölkerung der EU					
Datenquelle	Publikation des Bundeskanzleramtes, „Das Personal des Bundes“					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	Keine Daten verfügbar	1,7%	1,7%	Nicht unter 1,7% [Istzustand per 12/2013: 1,8%]	Nicht unter 1,7%	Nicht unter 1,7%
	Es können seitens des Bundeskanzleramtes nur Rahmenbedingungen geschaffen und Maßnahmen initiiert werden; die Aufnahmepolitik obliegt der EU-Kommission.					

Kennzahl 10.4.3	Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen im Bundesdienst (Gleichstellungsziel)					
Berechnungs-methode	Frauenanteil in Führungspositionen (= höchste besoldungsrechtliche Einstufungen) im Bundesdienst					
Datenquelle	Publikation des Bundeskanzleramtes, „Das Personal des Bundes“					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	30,5%	31,7%	32%	Neue Kenn-zahl ab 2013	> 32%	> 32%
	Es können seitens des Bundeskanzleramtes nur Rahmenbedingungen geschaffen und Maßnahmen initiiert werden; die Aufnahmepolitik obliegt den Ressorts. Diese Kennzahl des Wirkungsziels 4 ist zum ersten Mal im Bundesvoranschlag enthalten.					

Untergliederung 10 Bundeskanzleramt

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,892	3,685	
Finanzerträge	0,004	0,003	
Erträge	**3,896**	**3,688**	
Personalaufwand	77,549	59,660	
Transferaufwand	263,585	211,938	
Betrieblicher Sachaufwand	58,632	55,745	
Aufwendungen	**399,766**	**327,343**	
hievon variabel	*82,900*	*88,500*	
Nettoergebnis	**-395,870**	**-323,655**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,896	3,688	3,729
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,002	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,163	0,146	0,137
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**4,062**	**3,836**	**3,866**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	131,170	114,139	113,658
Auszahlungen aus Transfers	263,585	218,874	161,087
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,122	2,635	2,548
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,169	0,175	0,129
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**396,046**	**335,823**	**277,421**
hievon variabel	*82,900*	*88,500*	*46,856*
Nettogeldfluss	**-391,984**	**-331,987**	**-273,555**

Untergliederung 10 Bundeskanzleramt
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 10 Bundes-kanzleramt**	GB 10.01 Steu-erg/Koord/Serv	GB 10.02 Frauen u. Gleichste.	GB 10.03 EFRE (var)
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,892	3,891		0,001
Finanzerträge	0,004	0,003		0,001
Erträge	**3,896**	**3,894**		**0,002**
Personalaufwand	77,549	77,549		
Transferaufwand	263,585	179,793	0,892	82,900
Betrieblicher Sachaufwand	58,632	57,832	0,800	
Aufwendungen	**399,766**	**315,174**	**1,692**	**82,900**
hievon variabel	*82,900*			*82,900*
Nettoergebnis	**-395,870**	**-311,280**	**-1,692**	**-82,898**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 10 Bundes-kanzleramt**	GB 10.01 Steu-erg/Koord/Serv	GB 10.02 Frauen u. Gleichste.	GB 10.03 EFRE (var)
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,896	3,894		0,002
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,003		
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,163	0,163		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**4,062**	**4,060**		**0,002**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	131,170	130,370	0,800	
Auszahlungen aus Transfers	263,585	179,793	0,892	82,900
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,122	1,122		
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,169	0,169		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**396,046**	**311,454**	**1,692**	**82,900**
hievon variabel	*82,900*			*82,900*
Nettogeldfluss	**-391,984**	**-307,394**	**-1,692**	**-82,898**

Globalbudget 10.01 Steuerung, Koordination und Services

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,891	3,684	
Finanzerträge	0,003	0,001	
Erträge	**3,894**	**3,685**	
Personalaufwand	77,549	59,660	
Transferaufwand	179,793	118,096	
Betrieblicher Sachaufwand	57,832	50,937	
Aufwendungen	**315,174**	**228,693**	
Nettoergebnis	**-311,280**	**-225,008**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,894	3,685	3,729
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,002	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,163	0,146	0,137
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**4,060**	**3,833**	**3,866**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	130,370	109,331	109,320
Auszahlungen aus Transfers	179,793	125,032	108,891
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,122	2,635	2,548
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,169	0,175	0,129
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**311,454**	**237,173**	**220,887**
Nettogeldfluss	**-307,394**	**-233,340**	**-217,021**

Globalbudget 10.01 Steuerung, Koordination und Services

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
2	Nutzung des Foto- und Videoservice des Bundespressedienstes durch andere Ressorts	Die Dienstleistungen werden von mindestens zwei zusätzlichen Ressorts in Anspruch genommen. [Zielzustand per 12/2014]	Anzahl der servicierten Ressorts = 1 [Istzustand per 12/2013]
2	Ausstattung aller Unternehmensdaten in öffentlichen Registern mit der Global Location Number (GLN) und Verbreitung in der öffentlichen Verwaltung	Ausstattung des Unternehmensregisters (UR) mit GLN [Zielzustand per 12/2014]	Anwendung der GLN nur im Ergänzungsregister [Istzustand per 12/2013]
		Zeitplan für die Aufnahme der GLN in das zentrale Vereinsregister und in das Firmenbuch liegen vor [Zielzustand per 12/2014]	Vorgespräche und Bereitschaft der Ressorts eingeholt [Istzustand per 12/2013]
2	Erschließung und Nutzbarmachung von Verwaltungsinformationen (Archivgut des Bundes)	Volumen der im Archivinformationssystem (AIS) eingegebenen/bearbeiteten Datensätze: 7,7 Millionen [Zielzustand per 12/2014]	Eingegebene/bearbeitete Datensätze: 7 Millionen [Istzustand per 12/2013]
3	Vorbereitung der Zertifizierung ISO 9001 für das Bundesverwaltungsgericht	Zertifikat liegt vor [Zielzustand per 12/2014]	Zertifikat betreffend die Abläufe im Asylwesen liegt vor und Vorbereitung der Abläufe für die übrigen Bereiche des Bundesverwaltungsgerichts [Istzustand per 12/2013]
4	Förderung der internen Mobilität des Bundes und Aufbau eines bundesinternen Arbeitsmarktes	Anzahl der Such- und Vermittlungsaufträge der Ressorts an das Mobilitätsmanagement des Bundeskanzleramtes > 900 [Zielzustand per 12/2014]	826 Anfragen [Istzustand per 12/2013]

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

- Ausweitung der Handy-Signatur: Die Maßnahme wird in diesem Bundesvoranschlag als Kennzahl des Wirkungsziels 2 dargestellt.
- Gezielter Einsatz des nichtrichterlichen Personals und optimiertes Ablaufmanagement im Bereich des Asylgerichtshofes (AsylGH): Die Maßnahme wurde planmäßig umgesetzt und ist abgeschlossen bzw. aufgrund geänderter Rahmenbedingungen wird die Maßnahme (optimiertes Ablaufmanagement im Bereich des AsylGH) durch die Maßnahme „Vorbereitung der Zertifizierung ISO 9001 für das Bundesverwaltungsgericht“ abgelöst.
- Vorbereitung der Integration des AsylGH in das BVwG: Die Maßnahme wurde planmäßig umgesetzt und ist abgeschlossen.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Einleitung einer neuen Initiative zur Neuordnung und Harmonisierung des Raumordnungsrechtes in Österreich (Bund 2011/8, SE 21)
ad 1	Die Länder stehen einer allgemeinen Bundes-Rahmenkompetenz für Raumordnung nach wie vor ablehnend gegenüber. Im Rahmen einer verstärkten Koordination raumwirksamer Planungen zwischen Bund und Ländern wurde auf Basis des Österr. Raumentwicklungskonzeptes 2011 (ÖREK 2011) zu Fragen der Korridorplanung eine ÖREK-Partnerschaft mit den wesentlichen MaßnahmenträgerInnen des Bundes und der Länder eingesetzt, die im Herbst 2013 ihre Beratungen abgeschlossen haben. Die Vorschläge sind derzeit bei den zuständigen Stellen in Prüfung.

2	Vorantreibung einer Gesamtreform und des Entwurfs eines umfassenden, schlanken Reisegesetzes, das lediglich Aufwendungen in unmittelbarem Zusammenhang mit Dienstreisen ersetzt (Bund 2012/9, SE 1)
ad 2	Ein Entwurf für ein umfassendes, schlankes Reisegesetz liegt vor. Die Umsetzung ist auf den beteiligten Ebenen abzustimmen (Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, politische Ebene).

3	Novellierung der Vertragschablonenverordnung des Bundes unter Berücksichtigung der best practice jener Bundesländer, die bereits Richtwerte für Obergrenzen der ManagerInnengehälter festgelegt haben und Sicherstellung der Transparenz der Bezüge (Bund 2011/7, SE 6, SE 7)
ad 3	Durch Novelle BGBl. I Nr. 35/2012 des Stellenbesetzungsgesetzes ist in § 7 Abs. 1 die Regelung über die Bemessung der Ganzjahresbezüge präziser geregelt worden. Die Normierung einer betraglichen Obergrenze war jedoch nicht möglich. Zur generellen Offenlegung der ManagerInnenbezüge bedarf es einer ausdrücklichen gesetzlichen Regelung, die auch unter dem Aspekt der EU–Datenschutzrichtlinie zu sehen wäre. In diesem Zusammenhang wird aber auf die Punkte 12.3 und 13.2 des von der BReg. beschlossenen Public Corporate Governance Kodex (B-PCGK) verwiesen.

4	Verstärkte Koordination der Register durch das BKA, Feststellung von Dateninkonsistenzen und Definition von Abläufen zu deren Richtigstellung auf Basis neuer gesetzlicher Grundlagen (Bund 2012/5, SE 1)
ad 4	Seit 2013 finden zur Abstimmung der Register-Qualität regelmäßig Workshops statt. Zentrale Punkte dabei: Umsetzung des Registerkerns sowie Vereinheitlichung der Identitätsnummer für nicht natürliche Personen im Wege der Global Location Number (GLN) - vgl. Maßnahme 2 des Globalbudgets 10.01. Weiters wurden zwecks Datenabgleichs mit dem Unternehmensregister die notwendigen Clearing Prozesse aufgesetzt. Durch den periodischen Abgleich der Quellregister mit dem Unternehmensregister wird die Qualität der Daten laufend verbessert.

5	Erlassung einer Verordnung zur Sicherstellung einer einheitlichen Vorgehensweise bei Befüllung der Informationsverpflichtungsdatenbank (Bund 2012/5, SE 42)
ad 5	Im Juni 2013 wurde unter Berücksichtigung der Empfehlungen aus der Arbeitsgruppe, mit der Umsetzung der Phase 2 der IVDB begonnen. Die Pilotphase mit ausgewählten Informationsverpflichtungen der Phase 2 der IVDB sowie des Meldesystems im USP wurde Ende 2013 gestartet. Da Phase 2 des Projektes Informationsverpflichtungsdatenbank noch nicht abgeschlossen ist, wurde bisher keine Verordnung erlassen.

Globalbudget 10.01 Steuerung, Koordination und Services
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 10.01 Steu-erg/Koord/ Serv**	DB 10.01.01 Ressor-tübergr. Vorh.	DB 10.01.02 Zentralstelle	DB 10.01.03 Infotätigkeit	DB 10.01.04 DS/ausgegl. Ber.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätig-keit und Transfers	3,891	1,384	1,481	0,006	0,769
Finanzerträge	0,003		0,003		
Erträge	**3,894**	**1,384**	**1,484**	**0,006**	**0,769**
Personalaufwand	77,549	0,197	42,825		6,799
Transferaufwand	179,793	125,877	1,485		52,431
Betrieblicher Sachaufwand	57,832	10,425	18,668	3,940	8,240
Aufwendungen	**315,174**	**136,499**	**62,978**	**3,940**	**67,470**
Nettoergebnis	**-311,280**	**-135,115**	**-61,494**	**-3,934**	**-66,701**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 10.01 Steu-erg/Koord/ Serv**	DB 10.01.01 Ressor-tübergr. Vorh.	DB 10.01.02 Zentralstelle	DB 10.01.03 Infotätigkeit	DB 10.01.04 DS/ausgegl. Ber.
Einzahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit und Transfers	3,894	1,384	1,484	0,006	0,769
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003		0,003		
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Dar-lehen sowie gewährten Vorschüssen	0,163		0,133		0,015
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**4,060**	**1,384**	**1,620**	**0,006**	**0,784**
Auszahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit	130,370	10,614	58,992	3,940	14,643
Auszahlungen aus Transfers	179,793	125,877	1,485		52,431
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,122		0,721		0,121
Auszahlungen aus der Gewährung von Darle-hen sowie gewährten Vorschüssen	0,169		0,130		0,004
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**311,454**	**136,491**	**61,328**	**3,940**	**67,199**
Nettogeldfluss	**-307,394**	**-135,107**	**-59,708**	**-3,934**	**-66,415**

DB 10.01.05 BVwG
0,251
0,251
27,728
16,559
44,287
-44,036

DB 10.01.05 BVwG
0,251
0,015
0,266
42,181
0,280
0,035
42,496
-42,230

Globalbudget 10.02 Frauenangelegenheiten und Gleichstellung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Finanzerträge		0,001	
Erträge		**0,001**	
Transferaufwand	0,892	5,342	
Betrieblicher Sachaufwand	0,800	4,808	
Aufwendungen	**1,692**	**10,150**	
Nettoergebnis	**-1,692**	**-10,149**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		0,001	0,000
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)		**0,001**	**0,000**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,800	4,808	4,338
Auszahlungen aus Transfers	0,892	5,342	5,340
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1,692**	**10,150**	**9,679**
Nettogeldfluss	**-1,692**	**-10,149**	**-9,678**

Globalbudget 10.02 Frauenangelegenheiten und Gleichstellung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

Globalbudget 10.02 Frauenangelegenheiten und Gleichstellung
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 10.02 Frauen u. Gleichste.**	DB 10.02.01 Frauen u. Gleichste.
Transferaufwand	0,892	0,892
Betrieblicher Sachaufwand	0,800	0,800
Aufwendungen	**1,692**	**1,692**
Nettoergebnis	**-1,692**	**-1,692**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 10.02 Frauen u. Gleichste.**	DB 10.02.01 Frauen u. Gleichste.
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,800	0,800
Auszahlungen aus Transfers	0,892	0,892
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1,692**	**1,692**
Nettogeldfluss	**-1,692**	**-1,692**

Globalbudget 10.03 Europ.Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), variabel

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001	0,001	
Finanzerträge	0,001	0,001	
Erträge	**0,002**	**0,002**	
Transferaufwand	82,900	88,500	
Aufwendungen	**82,900**	**88,500**	
hievon variabel	*82,900*	*88,500*	
Nettoergebnis	**-82,898**	**-88,498**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,002	0,002	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,002**	**0,002**	
Auszahlungen aus Transfers	82,900	88,500	46,856
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**82,900**	**88,500**	**46,856**
hievon variabel	*82,900*	*88,500*	*46,856*
Nettogeldfluss	**-82,898**	**-88,498**	**-46,856**

Globalbudget 10.03 Europ.Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), variabel

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
1	- Effiziente Koordination der (EU)Regionalpolitik; - Informationstransfers u. Öffentlichkeitsarbeit; - Konzeption u. Umsetzung der innerösterreichischen Rahmenbedingungen; - administrative Abwicklung des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE); - Vorbereitung und Abschluss Programme 2007-2013; - (Wieder-)Übernahme der Funktion der Bescheinigungsbehörde für das EFRE-Österreich-Programm 2014-2020	EFRE-Reformagenda 2014-2020 zum Verwaltungs- und Kontrollsystem für das künftige EFRE-Regionalprogramm Österreich, einschließlich der Zusammenfassung von 9 Länderprogrammen zu 1 EFRE-Regionalprogramm Österreich ist plangemäß umgesetzt [Zielzustand per 12/2014]	Einigung auf 1 Programm erzielt, Vorarbeiten laufen [Istzustand per 12/2013]
		Mindestens 20 Zahlungsanträge sind für die Programme Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (RWB)/Phasing Out sowie Europ. Territoriale Zusammenarbeit (ETZ)-Programme abgewickelt; keine finanziellen Berichtigungen der EK gem. Artikel 99 der VO(EG) Nr. 1083/2006 [Zielzustand per 12/2014]	Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (RWB)/Phasing Out- und Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ)-Programme 2007-2013: 17 Zahlungsanträge [Istzustand per 12/2013]
1	Ex-Post Prüftätigkeit im Rahmen der Abwicklung des Europäischen Regionalfonds - Abgabe von jährlichen Prüfmeinungen und Jahresberichten an die Europäische Kommission	Fristkonforme Abgabe der Jahreskontrollberichte und Prüfmeinungen für die Programme der Periode 2007-2013 (für 15 operationelle Programme als Prüfbehörde sowie Zuarbeit für weitere 7 operationelle Programme) [Zielzustand per 12/2014]	Prüfberichte 2013 in Finalisierungsphase, Jahreskontrollberichte 2013 in Ausarbeitung [Istzustand per 12/2013]
		In Abhängigkeit der rechtlichen Rahmenbedingungen Vorbereitungsarbeiten zur Implementierung der Prüfstrukturen für die Programmperiode 2014-2020 begonnen [Zielzustand per 12/2014]	Vorarbeiten noch nicht begonnen [Istzustand per 12/2013]

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Koordination der innerösterreichischen Rahmenbedingungen; Abstimmungsgespräche und Info-Transfer zu den ProgrammpartnerInnen (national und international), administrative Abwicklung des Europäischen Regionalfonds: Die Maßnahme wurde im Rahmen der Planung 2014/15 inhaltlich angepasst bzw. erweitert.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Rechtzeitige und angemessene Maßnahmen zur Vermeidung des aufgrund des niedrigen Auszahlungsstands (Dezember 2012) der EFRE–Programme 2007–2013 bestehenden erheblichen Umsetzungs– und Abrechnungsdruckes und des damit verbundenen erhöhten Fehlerrisikopotenzials (Bund 2013/11, SE 4)
ad 1	Das BKA als EFRE-Bescheinigungsbehörde hat zu Beginn 2014 einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zur zeitlichen Entzerrung von Kostenabrechnungen und Zertifizierungen für die Verwaltungsbehörden bzw. Förderstellen erarbeitet und im Rahmen des zuständigen ÖROK-Ausschusses mit den Verwaltungsbehörden abgestimmt. Diese Maßnahme wird weiterhin durch regelmäßige Information der Verwaltungsbehörden und Förderstellen über den Umsetzungsstand lt. Programm-Monitoring begleitet werden, damit diese Stellen das Fehlerrisiko minimieren können.

2	Verstärkte Koordination der Förderstellen des Bundes und der Länder zur Vermeidung von Doppelförderungen und Durchsetzung haushaltsrechtlicher Prüfstandards im Förderwesen (Bund 2013/11, SE 3)
ad 2	Hinsichtlich der Durchsetzung haushaltsrechtlicher Standards im österreichischen Förderwesen wird auf die Hauptzuständigkeit des BMF und der Förderressorts verwiesen. Im Rahmen der Novellierung der Allgemeinen Rahmenrichtlinie des Bundes (ARR) hat das BKA im Herbst 2013 auf die Dringlichkeit von zeitgemäßen Regelungen zum elektronischen Belegwesen hingewiesen und konkret auf Fragen der Fälschungssicherheit und Entwertung Bezug genommen.

3	Bündelung und Reduzierung der Zahl der EFRE–abwickelnden Förderstellen sowie der Richtlinien im Hinblick auf den Verwaltungsaufwand durch Kooperation (Bund 2013/11, SE 9)
ad 3	Im Rahmen der Programmierung des EFRE-Regionalprogramms Österreich 2014-2020 konnte die Anzahl der EFRE-abwickelnden Förderstellen von derzeit 36 auf 20 (4 Bundesstellen, 16 Landesstellen) reduziert werden. Damit ist auch eine substantielle Reduktion der programmbeteiligten Förderrichtlinien verbunden bzw. eine Konzentration der Projektabwicklung auf leistungsfähige, mit den Spezifika von EU-Förderungen vertraute Verwaltungsstellen.

4	Verstärktes Augenmerk auf die Erfüllung der EU–Vorgaben sowie auch auf die Zweckmäßigkeit (im Sinne von Vereinfachung) und Ordnungsmäßigkeit der korrespondierenden nationalen Förderabwicklung bei der Umsetzung der EFRE–Regionalprogramme (Bund 2013/11, SE 5)
ad 4	Eine generelle Zuständigkeit des BKA für Förderlegistik besteht nicht. Gemäß § 30 Abs. 5 BHG 2013 hat die/der BundesministerIn für Finanzen in einer Verordnung einheitliche Bestimmungen über die Gewährung von Förderungen festzusetzen. Im Begutachtungsverfahren zum Entwurf der „Allgemeinen Rahmenrichtlinien für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln - ARR 2013“ hat das BKA auf das Erfordernis der elektronische Belegvorlage im Förderwesen hingewiesen und mögliche Lösungsansätze dargestellt.

5	Harmonisierung der unterschiedlichen Vorgaben und Standards der Förderstellen des Bundes und der Länder für die Abrechnung und Kontrolle vergleichbarer EFRE–Projekte unter Einbindung der relevanten Förderstellen; Berücksichtigung der Initiativen zur Annäherung der Verfahren der Nachweiserbringung und Abrechnungskontrolle an unternehmensinterne Abläufe und zeitgemäße EDV–Standards (Bund 2013/11, SE 15)
ad 5	Erarbeitung von EFRE-Förderfähigkeitsregeln für die Programmperiode 2014-2020 hinsichtlich der gestiegenen Anforderungen nach Klarheit, Rechtssicherheit, Nachvollziehbarkeit und Zweckmäßigkeit im März 2014 gestartet. Die ÖROK-Geschäftsstelle als Verwaltungsbehörde für das EFRE-Regionalprogr. 2014-2020 erarbeitet derzeit gemeinsam mit den programmbeteiligten Stellen Standards der Förderabwicklung. Ende 2013 wurden mit BRZ und BHAG Möglichkeiten des erleichterten Nachweises von Personalkosten des Bundes in EFRE-Kofinanzierungen erörtert.

Globalbudget 10.03 Europ.Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), variabel
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 10.03 EFRE (var)**	DB 10.03.01 EFRE (var)
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001	0,001
Finanzerträge	0,001	0,001
Erträge	**0,002**	**0,002**
Transferaufwand	82,900	82,900
Aufwendungen	**82,900**	**82,900**
hievon variabel	*82,900*	*82,900*
Nettoergebnis	**-82,898**	**-82,898**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 10.03 EFRE (var)**	DB 10.03.01 EFRE (var)
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,002	0,002
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,002**	**0,002**
Auszahlungen aus Transfers	82,900	82,900
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**82,900**	**82,900**
hievon variabel	*82,900*	*82,900*
Nettogeldfluss	**-82,898**	**-82,898**

Untergliederung 11 Inneres

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

- Wir tragen dazu bei, Österreich zum sichersten Land der Welt zu machen. Wir bieten den Menschen Sicherheit, Hilfe und Dienstleistungen der staatlichen Verwaltung. Unsere Kernleistungen in den Bereichen öffentliche Ordnung und Sicherheit, bedarfsorientierte Zuwanderung und Asyl sind ein maßgeblicher Beitrag zu Freiheit, Wohlstand und sozialem Frieden.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**121,881**	**114,879**	**136,265**
Auszahlungen fix	2.439,084	2.529,584	2.505,026	2.404,132
Summe Auszahlungen	**2.439,084**	**2.529,584**	**2.505,026**	**2.404,132**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-2.407,703**	**-2.390,147**	**-2.267,867**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	143,594	112,191	
Aufwendungen	2.577,415	2.518,401	
Nettoergebnis	**-2.433,821**	**-2.406,210**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Beibehaltung des hohen Niveaus der Inneren Sicherheit in Österreich, insbesondere durch Kriminalitätsbekämpfung, Terrorismusbekämpfung und Verkehrsüberwachung.

Warum dieses Wirkungsziel?
Zur Sicherung des sozialen Friedens ist die Gewährleistung der Inneren Sicherheit in und für Österreich ein zentraler Beitrag. Positive Wirkungen für die Lebensqualität der Menschen in Österreich und für die Sicherung des sozialen Friedens werden mit diesem Ziel konsequent weiterverfolgt.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Bekämpfung der Kriminalität insbesondere durch Optimierung der Tatortarbeit und bedarfsorientierte sichtbare polizeiliche Präsenz (siehe Detailbudget 02.01. Landespolizeidirektionen);
- Intensivierung der Bekämpfung von Cyberkriminalität
- Beibehaltung des hohen Niveaus der internationalen Vernetzung und des grenzüberschreitenden Sicherheitsmanagements (siehe Detailbudgets 01.01. Zentralstelle; 02.02. Auslandseinsätze; 02.06. Bundeskriminalamt; 02.07. Flugpolizei)
- Zum Schutz vor weltanschaulich und politisch motivierter Kriminalität werden detaillierte Gefährderanalysen, gefährderbezogene Lagebilder und Maßnahmenkataloge erstellt (siehe Detailbudget 02.01. Landespolizeidirektionen);
- Die im „Österreichischen Verkehrssicherheitsprogramm 2011 - 2020“ das Bundesministerium für Inneres (BM.I) betreffenden Maßnahmen zur Verkehrserziehung und Verkehrsüberwachung werden konsequent umgesetzt.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 11.1.1	Subjektives Sicherheitsgefühl					
Berechnungsmethode	Fragestellung: „Wie sicher fühlen Sie sich an dem Ort, an dem Sie leben?“; Skala: 1 – 5 (1 = sehr sicher, 5 = gar nicht sicher); Auswertung der Antwortkategorien „sehr sicher“ und „eher sicher“; repräsentative Stichprobe der österreichischen Gesamtbevölkerung (2011 auf Basis n=1.200, ab 2012 auf Basis n=2.400 gewichtete Interviews)					
Datenquelle	Umfrage zur subjektiven Sicherheit des BM.I durchgeführt von GfK Austria					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	nicht verfügbar	Gesamt: 96% Frauen: 95% Männer: 97%	Gesamt: 92% Frauen: 94% Männer: 90%	Gesamt: >80%	Gesamt: >90% Frauen: >90% Männer: >90%	Gesamt: >90% Frauen: >90% Männer: >90%
	Start der Umfrage im Jahr 2011.					

Kennzahl 11.1.2	Better Life Index – Kategorie Sicherheit

Berechnungs-methode	Mordrate und Überfallrate, Vergleich der EU-Mitgliedsstaaten					
Datenquelle	Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) Better Life Index					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	1. Platz	4. Platz	4. Platz	Unter 10 sichersten Ländern der EU	Unter 5 sichersten Ländern der EU	Unter 5 sichersten Ländern der EU

Kennzahl 11.1.3	Gesamtkriminalität pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner					
Berechnungs-methode	Anzahl angezeigter strafbarer Handlungen (inklusive Straßenverkehr) * 100.000 / Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner; Durchschnitt der letzten 10 Jahre					
Datenquelle	Kriminalstatistik des BM.I					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	7.178 (2001-2010)	7.174 (2002-2011)	7.097 (2003-2012)	< 7.900	<7.000	<7.000

Wirkungsziel 2:
Sicherstellung eines geordneten, rechtsstaatlichen Vollzugs und eines qualitativ hochwertigen Managements in den Bereichen Asyl, Fremdenwesen und der legalen Migration.

Warum dieses Wirkungsziel?
Personen, die in ihrer Heimat verfolgt werden oder Tod, Folter oder unmenschliche Behandlung befürchten müssen, sollen so rasch wie möglich Schutz und Aufnahme finden können. Gleichzeitig sind die fremdenrechtlichen Verfahren zielgerichtet zu gestalten und dem Missbrauch des Asylsystems ist wirksam entgegenzutreten.
Durch eine geordnete Zuwanderung, die sich am Bedarf und den konkreten Notwendigkeiten der österreichischen Gesellschaft und Wirtschaft orientiert, soll die gegenseitige Akzeptanz sowohl seitens der österreichischen Bevölkerung, als auch bei jenen, die nach Österreich kommen wollen, erhöht werden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Vollzug Asylwesen weiter optimieren (siehe Detailbudget 03.01. Betreuung/Grundversorgung);
- Asylmissbrauch noch weiter zurückdrängen (siehe Detailbudgets 03.01. Betreuung/Grundversorgung; 03.03. Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl);
- Bedarfsorientierung bei Migration weiter erhöhen (siehe Detailbudget 03.05. Legistik und rechtliche Angelegenheiten)
- Fremdenrechtliche Maßnahmen zielgerichtet gestalten (siehe Detailbudget 03.03. Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl)

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 11.2.1	Bestätigungsquote bei inhaltlichen Asylverfahren					
Berechnungs-methode	Anteil an Bescheidbestätigungen (bei inhaltlichen Verfahren) an der Zahl der Entscheidungen (inhaltliche Verfahren) des Bundesverwaltungsgerichts (BVwG)					
Datenquelle	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	nicht verfügbar	88%	87,3%	≥ 90%	≥ 90%	≥ 90%

Kennzahl 11.2.2	Anteil der kriteriengesteuerten Zuwanderung an der Gesamtzuwanderung nach Österreich					
Berechnungs-methode	Anteil der vergebenen „Rot-Weiß-Rot – Karten“ gemäß § 41 Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG - in der Fassung des Fremdenrechtsänderungsgesetzes 2011; bis 1.7.2011: Niederlassungsbewilligung Schlüsselkraft) und „Blauen Karten EU“ gemäß § 42 NAG an allen erteilten Erstaufenthaltstiteln für Drittstaatszugehörige					
Datenquelle	Integriertes Zentralregister (IZR)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	2,72%	3,17 %	4,20%	> 2,9%	> 4%	> 4%

Wirkungsziel 3:
Verbesserter Schutz vor Gewalt, insbesondere gegen Frauen, Minderjährige und Seniorinnen und Senioren.
Warum dieses Wirkungsziel?
Gewalt in all ihren Ausprägungen nimmt in unserer Gesellschaft zu. Überwiegend Frauen, Minderjährige und Seniorinnen und Senioren sind Opfer von physischer und psychischer Gewalt im sozialen Naheverhältnis. Ziel ist es durch Präventionsmaßnahmen aufzuklären, Gewaltsituationen zu verhindern und Lösungen anzubieten.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Effektive und zielgruppenorientierte Maßnahmen der Gewaltprävention werden mit Fokus „Gewalt gegen Frauen" umgesetzt (siehe Detailbudgets 02.01. Landespolizeidirektionen; 02.06. Bundeskriminalamt);
- Schutz der Risikogruppen (Minderjährige, Seniorinnen und Senioren) vor Gewalt (siehe Detailbudget 02.01. Landespolizeidirektionen)

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 11.3.1	Wirksamkeit Betretungsverbot					
Berechnungsmethode	Anzahl der Kontrollen, bei denen die durch Betretungsverbot gemäß § 38a Sicherheitspolizeigesetz (SPG) Weggewiesenen in der Wohnung angetroffen werden im Verhältnis zur Anzahl der Gesamtkontrollen					
Datenquelle	Auswertungen Elektronische Dienstdokumentation (EDD), Protokollierungs-, Anzeigen- und Datenmodul (PAD), BM.I					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Nicht verfügbar	10,5%	8,75%	≤ 10%	≤ 7%	≤ 7%
	Ausweitung des Betretungsverbotes gemäß § 38a SPG auf Schulen, institutionelle Kinderbetreuungseinrichtungen und Horts ab 01. September 2013.					

Wirkungsziel 4:
Förderung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Leistungen der Sicherheitsexekutive. Sicherheitsdienstleistungen sollen transparent, bedarfsgerecht und zielgruppenorientiert erbracht werden.
Warum dieses Wirkungsziel?
Die hohe Qualität unserer Leistungen sowie eine transparente Leistungserbringung fördern das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zur Sicherheitsexekutive. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger stärkt den Informationstransfer zwischen Bevölkerung und Sicherheitsexekutive und ermöglicht dieser, Maßnahmen noch rascher und zielgerichteter umsetzen zu können.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Miteinbeziehung der Zivilgesellschaft in die Gestaltung der Inneren Sicherheit. Der Informationstransfer zu den Bürgerinnen und Bürgern soll verstärkt werden (siehe Detailbudgets 02.01. Landespolizeidirektionen; 02.08. Zentrale Sicherheitsaufgaben);
- Optimierung und Entwicklung zeitgemäßer Zugangsmöglichkeiten zu den Leistungen des BM.I für Bürgerinnen und Bürger (siehe Detailbudgets 02.05. Staatliches Krisen- und Katastrophenschutzmanagement; 04.01. Gedenkstättenwesen; 04.03. Bau-/Liegenschaften [zentrale Dienste]; 04.04. KIT [zentrale Dienste])

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 11.4.1	Zufriedenheitsindex mit den Leistungen des BM.I					
Berechnungsmethode	Fragestellungen: Wie beurteilen Sie die Kompetenz / das Auftreten / die Serviceorientierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BM.I bei der Leistungserbringung Ausstellen Führerscheine / Aufnahme Diebstahlsanzeige / Durchführung Präventionsveranstaltungen?; Skala: 1 – 4 (1 = sehr gut, 2 = eher gut, 3 = eher schlecht, 4 = sehr schlecht; Auswertung der Antwortkategorien „sehr gut" und „eher gut"; Stichprobe Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger (2011 auf Basis n=1.200, ab 2012 auf Basis n=2.400 gewichtete Interviews)					
Datenquelle	Umfrage zur subjektiven Sicherheit des BM.I durchgeführt von GfK Austria					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015

	Nicht verfügbar	Gesamt: 83% Frauen: 85% Männer: 81%	Gesamt: 87% Frauen: 88% Männer: 86%	Gesamt: >75%	Gesamt: ≥85% Frauen: ≥85% Männer: ≥85%	Gesamt: ≥85% Frauen: ≥85% Männer: ≥85%
	Start der Umfrage im Jahr 2011.					

Kennzahl 11.4.2	Nutzung Webauftritte BM.I					
Berechnungsmethode	Anzahl Besucherinnen und Besucher der Seiten www.bmi.gv.at, www.polizei.gv.at, www.bak.gv.at *100.000 / Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner					
Datenquelle	Aufzeichnungen BM.I					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Nicht verfügbar	82.870	120.387	>85.000	>125.000	>125.000
	Aufgrund eines Zuständigkeitswechsels liegt die Website www.epac.at nicht mehr im Bereich des BM.I. und wird daher im Vergleich zum BVA 2013 nicht mehr angeführt.					

Wirkungsziel 5:
Erhöhung der Nachhaltigkeit der Organisation und der Produktivität des Sicherheitsdienstleisters BM.I durch qualitativ gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Warum dieses Wirkungsziel?
Eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Organisation soll beste Voraussetzungen für effiziente und flexible Arbeitsabläufe und Prozesse bilden. Engagement und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind entscheidend für eine bestmögliche Dienstleistung und die Basis für alle erbrachten internen und externen Leistungen. Personalentwicklung und Anreizsysteme sind bedarfsgerecht und sozialverträglich zu gestalten: Leistung soll sich lohnen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Konsolidierung der zentralen Arbeits- und Aufgabenorganisation (siehe Detailbudget 03.04. Zivildienst);
- Technologie des BM.I effizient und nachhaltig gestalten (siehe Detailbudget 04.04. KIT [zentrale Dienste]);
- Ressourcenbereitstellung bedarfsgerecht gestalten (siehe Detailbudgets 04.03. Bau-/Liegenschaften [zentrale Dienste]; 04.05. Sonstige Serviceleistungen);
- Erhöhung der Praxisorientierung in Aus- und Fortbildung für Bedienstete des BM.I zur weiteren Professionalisierung der Leistungserbringung (siehe Detailbudgets 01.02. Sicherheitsakademie; 03.03 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl; 04.02. BAK);

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 11.5.1	Direktleistungen für Bürgerinnen und Bürger					
Berechnungsmethode	Beschäftigungsausmaß in Vollbeschäftigungsäquivalenten (VBÄ) in externen Leistungen gemäß der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) zur Gesamtbeschäftigung in VBÄ					
Datenquelle	Kosten- und Leistungsrechnung BM.I					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Nicht verfügbar	81,7%	82,1%	≥80%	≥82%	≥82%

Kennzahl 11.5.2	Frauenanteil bei den Vertragsbediensteten mit Sondervertrag (VBS – Polizeischülerinnen und Polizeischüler)					
Berechnungsmethode	Durchschnittlicher Anteil weiblicher VBS an Gesamtanzahl VBS					
Datenquelle	Aufzeichnungen BM.I: monatliche Standesmeldung					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015

	32%	28,4%	25,8%	Nicht verfüg-bar	> 25%	> 25%
	Neue Kennzahl im Vergleich zu BVA 2013, daher kein Zielzustand 2013 vorhanden.					

Kennzahl 11.5.3	Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BM.I					
Berechnungs-methode	Auswertung Fragestellungen: „Ich fühle mich mit meiner Dienststelle sehr verbunden“, Es liegt mir viel an der Zukunft meiner Dienststelle“, „Ich setze mich gerne über das von mir erwartete Maß ein, um eine Aufgabe erfolgreich zu erledigen“, „Auch wenn mir jemand ein gutes Jobangebot machen würde, bliebe ich zum derzeitigen Zeitpunkt im BM.I“; Skala: 0% – 100% Zustimmung; Berechnung des arithmetischen Mittelwerts, Vollerhebung Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BM.I					
Datenquelle	Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BM.I					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Nicht verfüg-bar.	Gesamt: 77 Frauen: 77 Männer: 77	Gesamt: 76 Frauen: 76 Männer: 76	Gesamt: ≥65	Gesamt: ≥75 Frauen: ≥75 Männer: ≥75	Gesamt: ≥75 Frauen: ≥75 Männer: ≥75
	Erstmalige Durchführung der Befragung 2011.					

Kennzahl 11.5.4	Frauenanteil in der Sicherheitsexekutive					
Berechnungs-methode	Durchschnittlicher Anteil weiblicher VBÄ an Gesamtanzahl VBÄ innerhalb der Sicherheitsexekutive					
Datenquelle	Aufzeichnungen BM.I: monatliche Standesmeldung					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	12,3%	12,9%	13,5%	bei 14%	bei 14%	bei 14,5%

Untergliederung 11 Inneres

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	143,594	112,191	
Erträge	**143,594**	**112,191**	
Personalaufwand	1.923,690	1.892,788	
Transferaufwand	155,115	122,173	
Betrieblicher Sachaufwand	498,610	503,440	
Aufwendungen	**2.577,415**	**2.518,401**	
Nettoergebnis	**-2.433,821**	**-2.406,210**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	119,973	112,191	132,215
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,472	1,066	2,269
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,436	1,622	1,781
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**121,881**	**114,879**	**136,265**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2.387,415	2.364,471	2.248,545
Auszahlungen aus Transfers	125,115	122,173	144,351
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	15,677	16,456	9,464
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,377	1,926	1,772
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.529,584**	**2.505,026**	**2.404,132**
Nettogeldfluss	**-2.407,703**	**-2.390,147**	**-2.267,867**

Untergliederung 11 Inneres
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 11 Inneres**	GB 11.01 Steuerung	GB 11.02 Sicherheit	GB 11.03 Recht/Asyl/Integrat.	GB 11.04 Services/ Kontrolle
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	143,594	2,768	111,621	20,621	8,584
Erträge	**143,594**	**2,768**	**111,621**	**20,621**	**8,584**
Personalaufwand	1.923,690	48,089	1.781,508	54,739	39,354
Transferaufwand	155,115	0,591	17,157	137,000	0,367
Betrieblicher Sachaufwand	498,610	13,238	233,726	84,324	167,322
Aufwendungen	**2.577,415**	**61,918**	**2.032,391**	**276,063**	**207,043**
Nettoergebnis	**-2.433,821**	**-59,150**	**-1.920,770**	**-255,442**	**-198,459**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 11 Inneres**	GB 11.01 Steuerung	GB 11.02 Sicherheit	GB 11.03 Recht/Asyl/Integrat.	GB 11.04 Services/ Kontrolle
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	119,973	1,142	95,370	16,584	6,877
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,472	0,005	0,408	0,017	0,042
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,436	0,137	1,224	0,033	0,042
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**121,881**	**1,284**	**97,002**	**16,634**	**6,961**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2.387,415	60,755	1.989,332	134,679	202,649
Auszahlungen aus Transfers	125,115	0,591	17,157	107,000	0,367
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	15,677	0,100	9,910	0,068	5,599
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,377	0,056	1,214	0,020	0,087
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.529,584**	**61,502**	**2.017,613**	**241,767**	**208,702**
Nettogeldfluss	**-2.407,703**	**-60,218**	**-1.920,611**	**-225,133**	**-201,741**

Globalbudget 11.01 Steuerung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,768	1,194	
Erträge	**2,768**	**1,194**	
Personalaufwand	48,089	45,207	
Transferaufwand	0,591	0,720	
Betrieblicher Sachaufwand	13,238	15,851	
Aufwendungen	**61,918**	**61,778**	
Nettoergebnis	**-59,150**	**-60,584**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,142	1,194	3,348
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005	0,005	0,128
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,137	0,085	0,643
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1,284**	**1,284**	**4,120**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	60,755	59,999	202,125
Auszahlungen aus Transfers	0,591	0,720	5,074
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,100	0,310	1,915
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,056	0,085	0,222
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**61,502**	**61,114**	**209,336**
Nettogeldfluss	**-60,218**	**-59,830**	**-205,216**

Globalbudget 11.01 Steuerung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	Beibehaltung des hohen Niveaus der internationalen Vernetzung und des grenzüberschreitenden Sicherheitsmanagements (siehe Detailbudgets 01.01. Zentralstelle; 02.02. Auslandseinsätze; 02.06. Bundeskriminalamt; 02.07. Flugpolizei).	Die Anzahl laufender und novellierter Kooperationen Österreichs mit Staaten der EU, Drittstaaten und internationalen Organisationen liegt bei 310. (Anmerkung: Änderung der Berechnungsmethode)	309 (Stichtag 31.12.2013)
		Der Anteil von Kooperationen in Schwerpunktregionen gemäß internationaler Strategie des BM.I liegt über 80%. (Anmerkung: Änderung der Schwerpunktregionen)	82% (Stichtag 31.12.2013) (Nachbarstaaten, Partnerländer des Forum Salzburg, Westbalkan, Länder im östlichen und südlichen Umfeld der EU, Regionen des Nahen und Mittleren Ostens, strategische Partner sowie internat. Organisationen)
		Zwischen dem 01.06.2013 und dem 31.05.2015 ist ein Verbindungsbeamter in Islamabad stationiert, um für das österreichische Engagement gegen illegale Migration und Schlepperei aus der Region ein Netzwerk in Pakistan aufzubauen.	Die temporäre Entsendung für drei Monate zur Auslotung von Kooperationsmöglichkeiten wurde positiv abgeschlossen. Die Projektplanung ist abgeschlossen und das Projekt befindet sich in der Umsetzungsphase. (2013)
WZ 5	Konsolidierung der zentralen Arbeits- und Aufgabenorganisation (siehe Detailbudget 03.04. Zivildienst).	Anteil Kernleistungen an den Gesamtleistungen: Der Anteil der durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BM.I erbrachten Leistungsstunden für Kernleistungen liegt an der Gesamtanzahl der Leistungsstunden bei zumindest 94%.	93% (2013)
		Der Anteil von Steuerungsleistungen (entspricht der internen Leistung „Leitung“ gemäß KLR) an den operativen Leistungen (entspricht der Summe der externen Leistungen gemäß KLR) liegt nicht über 5,6%.	5,6% (2013)
WZ 5	Erhöhung der Praxisorientierung in Aus- und Fortbildung für Bedienstete des BM.I zur weiteren Professionalisierung der Leistungserbringung (siehe Detailbudgets 01.02. Sicherheitsakademie; 03.03 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl; 04.02. BAK).	Die Kurse der Sicherheitsakademie für Grundausbildungen und berufliche Weiterbildung werden seitens der Vorgesetzten von Absolventinnen und Absolventen hinsichtlich ihrer Praxistauglichkeit nicht schlechter als mit 1,6 (Skala 1-4) bewertet.	1,52 (2013)
		Die Kurse der Sicherheitsakademie für Grundausbildungen und berufliche Weiterbildung werden seitens der Absolventinnen und Absolventen hinsichtlich ihrer Praxisorientierung nicht schlechter als mit 1,7 (Skala 1-4) bewertet.	1,67 (2013)

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

- Weitere Optimierung der internationalen Vernetzung und Intensivierung des grenzüberschreitenden Sicherheitsmanagements: Die Maßnahme wurde sprachlich angepasst und entspricht inhaltlich der Maßnahme Beibehaltung des hohen Niveaus der internationalen Vernetzung und des grenzüberschreitenden Sicherheitsmanagements

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Ausarbeiten eines gesamthaften Personalentwicklungskonzepts für das BMI (Bund 2013/6, SE 10)
ad 1	Ein umfassendes Personalentwicklungskonzept für das BM.I wurde bereits erarbeitet; die darin enthaltenen Kernelemente sind: 1. Verankerung einer Kultur von Führung und Verantwortung. 2. Implementierung einer vorausschauenden Bedarfs- und Entwicklungsplanung. 3. Verknüpfung der Ergebnisse mit den Prozessen der Aus- und Weiterbildung. Damit soll sichergestellt werden, dass der Bedarf des Dienstgebers und die Entwicklungsziele der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Innenressort systematisch aufeinander abgestimmt werden.

2	Evaluierung des Bedarfs an Exekutivbediensteten in der Zentralstelle; Gestaltung der Personalausstattung im Sinne der Planstellenwahrheit und der Transparenz (Bund 2013/6, SE 3)
ad 2	Regelmäßige Evaluierung des Bedarfs: Bei Organisationsänderungen wird in den Personaleinsatzkonzepten genau abgewogen, ob der Arbeitsplatz verwaltungs- oder exekutivdienstliche Inhalte aufweist, und das Einvernehmen mit dem BKA hergestellt. Die Neugestaltung des Personalplanes im Jahr 2013 trägt den personellen Gegebenheiten Rechnung, da sie zu einer neuen Qualität der Planstellenwahrheit und Transparenz führt: Die Einführung von Global- und Detailbudgets zeigt die Zuordnung der Bediensteten in der Zentralstelle und den Landespolizeidirektionen.

3	Dienstzuteilungen nur in unbedingt notwendigem Ausmaß (Bund 2008/3, SE 2)
ad 3	Verfügte Dienstzuteilungen (DZ) sind Teil eines Systems, das Bewältigung der sich ständig ändernden Kriminalitätslagebilder sicherstellt, ohne ausschließlich auf Personalstand der örtlichen Kräfte zurückzugreifen. Damit wird verfügbares Personal zielgerichtet und bedarfsangepasst eingesetzt, jede erforderliche DZ auf dienstliche Notwendigkeit geprüft. Empfehlung bei einem nicht nur vorübergehend bestehenden Personalbedarf mit Versetzung vorzugehen, wird insoweit nachgekommen, als mit dienstbetrieblichen und polizeitaktischen Rahmenerfordernissen vereinbar ist.

4	Zugrundelegung von sachlichen Kriterien zu Sicherheitsvereinbarungen (Bund 2013/6, SE 9)
ad 4	Die mit den Bundesländern abgeschlossenen Sicherheitsvereinbarungen basieren auf spezifischen regionalen polizeilichen Bedürfnissen, insbesondere in organisatorischen und dienstbetrieblichen Belangen, und stehen jeweils im Konnex zur gesamtstrategischen Ausrichtung des BM.I.

5	
ad 5	

Globalbudget 11.01 Steuerung
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 11.01 Steuerung**	DB 11.01.01 Zentralstelle	DB 11.01.02 SIAK
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,768	0,837	1,931
Erträge	**2,768**	**0,837**	**1,931**
Personalaufwand	48,089	25,420	22,669
Transferaufwand	0,591	0,011	0,580
Betrieblicher Sachaufwand	13,238	8,204	5,034
Aufwendungen	**61,918**	**33,635**	**28,283**
Nettoergebnis	**-59,150**	**-32,798**	**-26,352**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 11.01 Steuerung**	DB 11.01.01 Zentralstelle	DB 11.01.02 SIAK
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,142	0,142	1,000
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005		0,005
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,137	0,113	0,024
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1,284**	**0,255**	**1,029**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	60,755	33,330	27,425
Auszahlungen aus Transfers	0,591	0,011	0,580
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,100	0,040	0,060
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,056	0,040	0,016
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**61,502**	**33,421**	**28,081**
Nettogeldfluss	**-60,218**	**-33,166**	**-27,052**

Globalbudget 11.02 Sicherheit

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	111,621	89,439	
Erträge	**111,621**	**89,439**	
Personalaufwand	1.781,508	1.781,645	
Transferaufwand	17,157	20,390	
Betrieblicher Sachaufwand	233,726	230,582	
Aufwendungen	**2.032,391**	**2.032,617**	
Nettoergebnis	**-1.920,770**	**-1.943,178**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	95,370	89,439	107,455
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,408	1,047	2,141
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,224	1,416	0,898
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**97,002**	**91,902**	**110,494**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.989,332	1.985,936	1.895,746
Auszahlungen aus Transfers	17,157	20,390	16,958
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	9,910	9,325	6,976
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,214	1,714	1,532
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.017,613**	**2.017,365**	**1.921,212**
Nettogeldfluss	**-1.920,611**	**-1.925,463**	**-1.810,718**

Globalbudget 11.02 Sicherheit

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	Bekämpfung der Kriminalität insbesondere durch Optimierung der Tatortarbeit und bedarfsorientierte sichtbare polizeiliche Präsenz (siehe Detailbudget 02.01. Landespolizeidirektionen).	Die Anzahl der gesicherten daktyloskopischen Spuren in Relation zu deren Brauchbarkeit bei den Delikten „Diebstahl durch Einbruch oder mit Waffen“, „Raub“ und „Schwerer Raub“ (§§ 129, 142 und 143 Strafgesetzbuch, StGB) beträgt zumindest 24%.	23,6% (Jahr 2012)
		Die Anzahl der ausgewerteten DNA-Spuren in Relation zu deren Brauchbarkeit bei den Delikten „Diebstahl durch Einbruch oder mit Waffen“, „Raub“ und „Schwerer Raub“ (§§ 129, 142 und 143 StGB) beträgt zumindest 46 %.	45,6% (2012)
		Die Summe der für Fußstreifen und verkehrs- und fremdenpolizeiliche Kontrollen verwendeten Arbeitsstunden liegt bei 4,64 Millionen.	Fußstreifen und verkehrs- und fremdenpolizeiliche Kontrollen: 4,53 Millionen (Jahr 2013)
		„Kriminalstatistik Neu“ (Projekt): Kriminalpolizeiliche und strategische Grundlagenarbeit abgeschlossen und Konzept für Neustrukturierung der Datenbank erstellt.	Kriminalstatistik Neu“ (Projekt): Vereinheitlichung Schlagwortkatalog für Erfassungsysteme (Protokollieren, Anzeigen, Daten - PAD, Sicherheitsmonitor - SIMO, Kriminalpolizeilicher Aktenindex - KPA und Kriminalstatistik) abgeschlossen. (Jahr 2013)
		„Moderne Polizei“ (Projekt): Erarbeitung Konzepte u. Beginn Umsetzung von Dienststellenstrukturanpassung, Fach- und Führungskarriere und moderne sowie flexible Bewertungen.	Projektstart 2014
WZ 1	Intensivierung der Bekämpfung von Cyberkriminalität.	Erarbeitung Cybercrimespezialausbildung im Rahmen der Führungs- und Fachkarriere.	Start 2014.
		„Cybercrime-Competence-Center“ (C4) (Projekt): Der Echtbetrieb des C4 mit einer Meldestelle für Internetkriminalität ist eingerichtet.	„Cybercrime-Competence-Center“ (C4) (Projekt): Der Probebetrieb des C4 mit einer Meldestelle für Internetkriminalität wurde eingerichtet. (2013)
WZ 3	Effektive und zielgruppenorientierte Maßnahmen der Gewaltprävention werden mit Fokus „Gewalt gegen Frauen“ umgesetzt (siehe Detailbudgets 02.01. Landespolizeidirektionen; 02.06. Bundeskriminalamt).	Anzahl der erreichten Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei Präventionsveranstaltungen mit dem Themenbereich „Gewalt gegen Frauen“: Die Anzahl erreichter Teilnehmerinnen und Teilnehmer liegt über 2.240.	3.333 (Jahr 2013)
		Anzahl Präventionsveranstaltungen: Die Anzahl der Präventionsveranstaltungen mit Fokus „Gewalt gegen Frauen“ liegt über 133.	187 (Jahr 2013)

WZ 3	Schutz der Risikogruppen (Minderjährige, ältere Menschen) vor Gewalt (siehe Detailbudget 02.01. Landespolizeidirektionen).	Kinderpolizei (www.kinderpolizei.at) – Anzahl (neuer) Kinderpolizistinnen und –polizisten pro Kalenderjahr: Die Anzahl neuer Kinderpolizistinnen und –polizisten liegt bei 28.000.	26.628 (Jahr 2013)
		Anzahl spezifischer Präventionsveranstaltungen: Die Anzahl der Präventionsveranstaltungen mit Fokus „Gewalt gegen Minderjährige und ältere Menschen“ liegt zumindest bei 3.500.	4.314 (Jahr 2013)
		Anzahl Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Präventionsveranstaltungen für "Ältere Menschen": Die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer beträgt über 3.000.	Erhebungen starten ab 2014
WZ 4	Miteinbeziehung der Zivilgesellschaft in die Gestaltung der Inneren Sicherheit. Der Informationstransfer zu den Bürgerinnen und Bürger soll verstärkt werden (siehe Detailbudgets 02.01. Landespolizeidirektionen; 02.08. Zentrale Sicherheitsaufgaben).	„Ausbildung von Sicherheitsbürgerinnen und Sicherheitsbürgern“ (Projekt): Projektauftrag formuliert und genehmigt.	„Ausbildung von Sicherheitsbürgerinnen und Sicherheitsbürgern“ (Projekt): Kein koordinierter gesamtösterreichischer Ansatz zur Einbindung der Zivilgesellschaft (2013).
		„Polizei.Macht. Menschen.Rechte“ (Projekt): Bis 31.12.2014 erfolgt die Umsetzung der aus den Entwicklungsteams definierten Konzepten.	„Polizei.Macht. Menschen.Rechte“ (Projekt): Bis 31.12.2013 wurde ein Kompetenzentwicklungsmodell für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Exekutive zur Sensibilisierung in Hinblick auf die Menschenrechte erarbeitet.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

- Fremdenpolizeiliche Maßnahmen zielgerichtet gestalten: Aufgrund der Bündelung aller fremdenrechtlichen Agenden erster Instanz im Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (Detailbudget 11.03.03) wird die Maßnahme im Globalbudget 11.03 Recht/Asyl/Integration dargestellt.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Festlegung nachvollziehbarer und verbindlicher Kriterien (z.B. angezeigte Straftaten, EinwohnerInnenzahl) für die Personalausstattung insbesondere mit Exekutivbediensteten (Bund 2013/6, SE 1)
ad 1	Anstellung von Überlegungen (Konnex Projekt Moderne Polizei) zur Entwicklung eines objektiven gesamtheitlichen Systems für den Personaleinsatz und Personalsteuerung auf Basis der zu definierenden sicherdienstlichen Grundversorgung in Verbindung mit relativ unbeeinflussbaren Belastungsfaktoren (zB. Krimstat, Elektronische Dienstdokumentation) unter Einbeziehung weiterer maßgeblicher Kriterien (wie Abdeckung überregionaler, regionaler und lokaler Erfordernisse, flächendeckende Verfügbarkeit von Spezialisten, Demografie, Infrastruktur und Topografie).

2	Systematische Erhebung des Anteils der Außendienstpräsenz der Exekutivbediensteten der Wiener Polizei und kontinuierliche Prüfung der Erreichung der Zielvorgaben (Bund 2013/8, SE 1)
ad 2	Die „Elektronische Dienstdokumentation – EDD“ basiert auf einem Erfassungskatalog, dessen externe Leistungen auf die gesetzlich normierten Aufgaben der Sicherheitsexekutive abzielen. Der Außendienst selbst stellt keine Leistung dar, sondern wird durch verschiedenste Leistungen abgebildet, da im Besonderen auch die Leistungen und deren Aufwand von steuerungsrelevantem Interesse sind. Der Umfang des Außendienstes kann über reine Außendienst-Leistungen sowie über Leistungen, die zum Großteil als Außendienst zu bewerten sind, dargestellt werden.

3	Nutzung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für einen sparsamen Einsatz der personellen Ressourcen der Bundespolizei und Versetzung der erforderlichen Zahl an Exekutivbediensteten zu Dienststellen mit dringendem Personalbedarf (Bund 2013/6, SE 8)

ad 3	Die Empfehlung wurde im Konnex zur Stellungnahme zu Empfehlung 1 aufgenommen, außerdem wird ihr Rechnung getragen, indem die Entlastung von Exekutivbediensteten durch den Einsatz von ehemaligen Post- und Telekombediensteten für administrative Aufgaben und deren Heranziehung für die Schulwegsicherung erfolgte, die Umsetzung einer bundesweit einheitlichen Leitstellenstruktur eingeleitet wurde und die Dienststellenstrukturanpassung 2014 eine weitere Effizienzsteigerung herbeiführen wird.

4	Einrichtung einer zentralen Leitstelle (Polizei–Notruf) (Bund 2010/6, SE 1)
ad 4	Die Umsetzung wurde eingeleitet (Projektauftrag). Ein österreichweit einheitliches Einsatzleitsystem wird eingeführt um die Notrufbearbeitung an einer Stelle im Bundesland, in der Landesleitzentrale der Polizei, zu konzentrieren. Für das Projekt wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die mit der Durchführung der Detailplanung und möglichst raschen Umsetzung beauftragt wurde.

5	Einführung weiterer Flexibilisierungselemente der Dienstzeit für die Exekutivbediensteten im Gruppendienstsystem (Bund 2013/8, SE 12)
ad 5	Eine Optimierung der Dienstzeitgestaltung für Exekutivbedienstete wird im Rahmen der möglichen vorhandenen Dienstplanarten forciert.

Globalbudget 11.02 Sicherheit
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 11.02 Sicherheit**	DB 11.02.01 LPDionen	DB 11.02.02 AE	DB 11.02.03 EKO-Cobra	DB 11.02.04 Grenz/Visa/ Rück
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	111,621	92,528	0,266	0,346	1,599
Erträge	**111,621**	**92,528**	**0,266**	**0,346**	**1,599**
Personalaufwand	1.781,508	1.636,017	4,084	47,281	2,482
Transferaufwand	17,157	9,344	0,025	0,265	0,055
Betrieblicher Sachaufwand	233,726	183,325	0,738	7,831	2,453
Aufwendungen	**2.032,391**	**1.828,686**	**4,847**	**55,377**	**4,990**
Nettoergebnis	**-1.920,770**	**-1.736,158**	**-4,581**	**-55,031**	**-3,391**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 11.02 Sicherheit**	DB 11.02.01 LPDionen	DB 11.02.02 AE	DB 11.02.03 EKO-Cobra	DB 11.02.04 Grenz/Visa/ Rück
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	95,370	82,136	0,260	0,300	1,414
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,408	0,368	0,001	0,010	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,224	1,100	0,001	0,023	0,009
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**97,002**	**83,604**	**0,262**	**0,333**	**1,424**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.989,332	1.799,703	4,818	53,951	4,910
Auszahlungen aus Transfers	17,157	9,344	0,025	0,265	0,055
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	9,910	7,905	0,033	0,537	0,003
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,214	1,014	0,002	0,033	0,008
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.017,613**	**1.817,966**	**4,878**	**54,786**	**4,976**
Nettogeldfluss	**-1.920,611**	**-1.734,362**	**-4,616**	**-54,453**	**-3,552**

DB 11.02.05 SKKM	DB 11.02.06 BK	DB 11.02.07 Flupo	DB 11.02.08 Zentr. SAufg.
3,917	3,057	0,107	9,801
3,917	**3,057**	**0,107**	**9,801**
1,965	39,873	6,234	43,572
4,738	1,761	0,020	0,949
1,440	18,221	8,895	10,823
8,143	**59,855**	**15,149**	**55,344**
-4,226	**-56,798**	**-15,042**	**-45,543**

DB 11.02.05 SKKM	DB 11.02.06 BK	DB 11.02.07 Flupo	DB 11.02.08 Zentr. SAufg.
3,637	0,110	0,010	7,503
0,001	0,011	0,002	0,014
0,002	0,050	0,011	0,028
3,640	**0,171**	**0,023**	**7,545**
3,329	57,173	12,342	53,106
4,738	1,761	0,020	0,949
0,009	0,688	0,048	0,687
0,001	0,069	0,005	0,082
8,077	**59,691**	**12,415**	**54,824**
-4,437	**-59,520**	**-12,392**	**-47,279**

Globalbudget 11.03 Recht/Asyl/Integration

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	20,621	16,085	
Erträge	**20,621**	**16,085**	
Personalaufwand	54,739	29,336	
Transferaufwand	137,000	100,554	
Betrieblicher Sachaufwand	84,324	83,922	
Aufwendungen	**276,063**	**213,812**	
Nettoergebnis	**-255,442**	**-197,727**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	16,584	16,085	15,828
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,017	0,007	0,000
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,033	0,040	0,013
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**16,634**	**16,132**	**15,841**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	134,679	112,745	102,740
Auszahlungen aus Transfers	107,000	100,554	121,816
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,068	0,191	0,256
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,037	0,017
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**241,767**	**213,527**	**224,830**
Nettogeldfluss	**-225,133**	**-197,395**	**-208,989**

Globalbudget 11.03 Recht/Asyl/Integration

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 2	Vollzug Asylwesen weiter optimieren (siehe Detailbudget 03.01. Betreuung/Grundversorgung).	Durchschnittliche Dauer in der Grundversorgung (GVS): Die durchschnittliche Anzahl der Versorgungstage aller zum Stichtag 31.12.2014 grundversorgten Personen liegt unter 800 Tagen.	776 Tage (Jahr 2013)
		Anzahl der Ausbildungsveranstaltungen Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA): Das BFA führt zumindest 20 Ausbildungsveranstaltungen durch.	40 (2013)
		Durchschnittliche Dauer kombiniertes Asylverfahren: Die durchschnittliche Dauer des kombinierten Asylverfahrens von Antragsstellung bis Bescheidexpedierung des BFA beträgt höchstens 5 Monate (150 Tage).	Nicht verfügbar: Das BFA hat am 1. Jänner 2014 seine Arbeit aufgenommen und ist u.a. für die Durchführung von erstinstanzlichen asyl- und fremdenrechtlichen Verfahren verantwortlich.
WZ 2	Asylmissbrauch noch weiter zurückdrängen (siehe Detailbudgets 03.01. Betreuung/Grundversorgung; 03.03. Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl).	Leistungsmissbrauchsfälle - Grundversorgung: Der Anteil der im Zuge des Missbrauchscontrollings identifizierten Leistungsmissbrauchsfälle an der durchschnittlichen Anzahl grundversorgter Personen liegt zwischen 3,5% und 4,5%.	4,3% (Jahr 2013)
		Die Dauer von Asylantragstellung bis Bescheidexpedierung bei negativen inhaltlichen Entscheidungen der I. Instanz betreffend Personen aus sicheren Herkunftsstaaten beträgt höchstens 48 Tage.	48 Tage (Jahr 2013)
WZ 2	Bedarfsorientierung bei Migration weiter erhöhen (siehe Detailbudget 03.05. Legistik und rechtliche Angelegenheiten)	Der Anteil jener Personen, welchen im Jahr 2014 eine „Rot-Weiß-Rot – Karte plus“ ausgestellt wurde an der Anzahl der im Jahr 2013 ausgegebenen „Rot-Weiß-Rot – Karten“ beträgt über 60%.	Anteil jener Personen, welchen im Jahr 2013 eine „Rot-Weiß-Rot – Karte plus“ ausgestellt wurde an der Anzahl der im Jahr 2012 ausgegebenen „Rot-Weiß-Rot – Karten“ beträgt 61%.
WZ 2	Fremdenrechtliche Maßnahmen zielgerichtet gestalten (siehe Detailbudget 03.03. Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl).	Anzahl der freiwilligen Rückkehren: Im Jahr 2014 sollen über 3.500 Personen nach eingehender Beratung freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren.	3.512 (2013)

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

- Integration zielgerichtet weiter verbessern: Aufgrund der Verschiebung der Integrationsagenden in die Untergliederung 12 Äußeres wird die Maßnahme nicht mehr dargestellt.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Einigung über die Durchführungsbestimmungen zur Abrechnung von Grundversorgungskosten im Bereich der Flüchtlingsbetreuung (Bund 2007/01, SE 14)

ad 1	Die erfolgten Umprogrammierungen in Bezug auf die Abrechnungslogik (Kostentragung) wurden in der 44. Sitzung des Koordinationsrates (Mai 2013) zur Zufriedenheit aller Vertragspartner abgenommen. Im Rahmen der partnerschaftlichen und konstruktiven Zusammenarbeit der Vertragspartner im Koordinationsrat werden auch weiterhin allfällige Fragen, Vorschläge oder Probleme in Bezug auf die Abrechnungsmodalitäten behandelt und schnellstmöglich einer Lösung zugeführt.

2	Ablöse der lokal geführten Personenstandsbücher durch ein Zentrales Personenstandsregister (Bund 2012/5, SE 29)
ad 2	Mit Personenstandsgesetz 2013 u. darauf beruhenden Zentralen Personenstandsregister wird allen Behörden Möglichkeit eröffnet den Personenkern (Namen, Geburtsdaten, Geschlecht etc.) online jederzeit abzurufen. Mit Ausnahme der Staatsangehörigkeit begründen diese Daten vollen Beweis im Sinne des § 292 Abs. 1 Zivilprozessordnung. Das Beibringen von Urkunden zu Behörden wird, nach vollständiger Erfassung aller Personenstandsdaten der Vergangenheit angehören. Das Zentrale Personenstandregister wird seinen Betrieb mit 1. November 2014 aufnehmen.

3	Schaffung der Möglichkeit im Meldegesetz, sich im behördlichen Verfahren auf bestehende Eintragungen im Zentralen Melderegister berufen zu können (Bund 2012/5, SE 19)
ad 3	Mit Personenstandsgesetz 2013 u. darauf beruhenden Zentralen Personenstandsregister wird allen Behörden Möglichkeit eröffnet den Personenkern (Namen, Geburtsdaten, Geschlecht etc.) online jederzeit abzurufen. Mit Ausnahme der Staatsangehörigkeit begründen diese Daten vollen Beweis im Sinne des § 292 Abs. 1 Zivilprozessordnung. Das Beibringen von Urkunden zu Behörden wird, nach vollständiger Erfassung aller Personenstandsdaten der Vergangenheit angehören. Das Zentrale Personenstandregister wird seinen Betrieb mit 1. November 2014 aufnehmen.

Globalbudget 11.03 Recht/Asyl/Integration
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 11.03 Recht/Asyl/ Integrat.**	DB 11.03.01 Betr./GV	DB 11.03.02 Integration	DB 11.03.03 BFA	DB 11.03.04 ZD
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	20,621	14,207	0,400	2,411	3,068
Erträge	**20,621**	**14,207**	**0,400**	**2,411**	**3,068**
Personalaufwand	54,739	5,056	0,234	39,396	1,766
Transferaufwand	137,000	126,854	2,210	0,653	4,183
Betrieblicher Sachaufwand	84,324	20,075	0,070	11,532	50,227
Aufwendungen	**276,063**	**151,985**	**2,514**	**51,581**	**56,176**
Nettoergebnis	**-255,442**	**-137,778**	**-2,114**	**-49,170**	**-53,108**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 11.03 Recht/Asyl/ Integrat.**	DB 11.03.01 Betr./GV	DB 11.03.02 Integration	DB 11.03.03 BFA	DB 11.03.04 ZD
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	16,584	13,541	0,001	0,009	3,019
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,017	0,008		0,006	0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,033	0,006		0,014	0,004
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**16,634**	**13,555**	**0,001**	**0,029**	**3,025**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	134,679	25,036	0,295	46,825	51,968
Auszahlungen aus Transfers	107,000	96,854	2,210	0,653	4,183
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,068	0,043		0,021	0,002
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,001		0,006	0,001
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**241,767**	**121,934**	**2,505**	**47,505**	**56,154**
Nettogeldfluss	**-225,133**	**-108,379**	**-2,504**	**-47,476**	**-53,129**

DB 11.03.05 Legistik
0,535
0,535
8,287
3,100
2,420
13,807
-13,272

DB 11.03.05 Legistik
0,014
0,001
0,009
0,024
10,555
3,100
0,002
0,012
13,669
-13,645

Globalbudget 11.04 Services/Kontrolle

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	8,584	5,473	
Erträge	**8,584**	**5,473**	
Personalaufwand	39,354	36,600	
Transferaufwand	0,367	0,509	
Betrieblicher Sachaufwand	167,322	173,085	
Aufwendungen	**207,043**	**210,194**	
Nettoergebnis	**-198,459**	**-204,721**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6,877	5,473	5,583
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,042	0,007	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,042	0,081	0,227
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**6,961**	**5,561**	**5,811**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	202,649	205,791	47,934
Auszahlungen aus Transfers	0,367	0,509	0,503
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	5,599	6,630	0,317
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,087	0,090	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**208,702**	**213,020**	**48,754**
Nettogeldfluss	**-201,741**	**-207,459**	**-42,944**

Globalbudget 11.04 Services/Kontrolle

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 4	Optimierung und Entwicklung zeitgemäßer Zugangsmöglichkeiten zu den Leistungen des BM.I für Bürgerinnen und Bürger (siehe Detailbudgets 02.05. Krisen- und Katastrophenschutzmanagement; 04.01. Gedenkstättenwesen; 04.03. Bau-/Liegenschaften [zentrale Dienste]; 04.04. KIT [zentrale Dienste]).	Anzahl Businesskundinnen und -kunden des Zentralen Melderegisters: Die Anzahl der Businesskundinnen und -kunden des zentralen Melderegisters (Kundinnen und Kunden welche gemäß § 16 Meldegesetz Onlineabfragen im Register durchführen dürfen) liegt zumindest bei 4.800.	Anzahl Businesskundinnen und -kunden des Zentralen Melderegisters: 4.659 (Stichtag 31.12.2013)
		„Zentrales Personenstandsregister“ (ZPR) (Projekt): Umsetzung und Produktionseinsatz. Schrittweise Erweiterung der Funktionalitäten (z.B. Gebührensätze schreiben).	„Zentrales Personenstandsregister“ (Projekt): Projekt aufgesetzt und initialisiert. (2012)
WZ 5	Technologie des BM.I effizient und nachhaltig gestalten (siehe Detailbudget 04.04. KIT [zentrale Dienste]).	Verfügbarkeit der zentralen Fahndungssysteme (EKIS (= Elektronisches Kriminalpolizeiliches Informationssystem) und Webapplikationen) mit Zielwert 99,95%.	99,96% (2013) Bis 31.12.2013 ist die Detailplanung der Infrastrukturmaßnahmen für eine nachhaltige Verbesserung abgeschlossen.
		Durchschnittliche Betriebskosten je PC: Die jährlichen Betriebskosten pro im BM.I betriebenen PC liegen weiterhin unter € 1.850; Quelle SAP und KLR, BM.I.	€ 1.763 (2013)
WZ 5	Ressourcenbereitstellung bedarfsgerecht gestalten (siehe Detailbudgets 04.03. Bau-/Liegenschaften [zentrale Dienste]; 04.05. Sonstige Serviceleistungen).	Fuhrparkkennzahl: Die durchschnittlichen Kosten pro gefahrenem Kilometer liegen nicht über € 0,5; Quelle SAP und KLR, BM.I.	€ 0,484 (2013)

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Abschluss bindender Vereinbarungen zur Ermöglichung des raschen Zustandekommens eines österreichweiten digitalen Behördenfunknetzes für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben mit den noch fehlenden Ländern auf Basis gezielter gemeinsamer Planungen, realistischer Kostenschätzungen und Klärung der Kostentragung (Bund 2013/2, SE 22)
ad 1	Wien, Tirol u. Niederösterreich voll ausgebaut. Steiermark bis Ende 2014. Mit Burgenland Vereinbarung 2012, mit Oberösterreich 2013 u. mit Salzburg 2014 geschlossen. Dem Vernehmen nach Entscheidung in Kärnten noch 2014. Vorarlberg wird aufgrund des Investitionsschutzes in analoges Bündelfunksystem das Vorhaben umsetzen, sobald alle Bundesländer teilnehmen. Dieser Status mit 2014 erreicht. Kostenschätzung erstellt u. Ländern vorgelegt. Verwaltungsübereinkommen mit BMJ, BMLVS, BMVIT, BMWF, BMLFUW, ÖBB, ASFINAG. BMF in Bearbeitung.

2	Dienststellenbezogene Erhebung der erwartbaren Gesamtkosten für die erforderlichen baulichen Maßnahmen; Ausrichtung der baulichen Sanierungs– und Erweiterungsmaßnahmen; Neustrukturierung der Polizeiinspektionen (Zentralinspektionen) (Bund 2013/8, SE 3)

ad 2	Bei sämtlichen Baumaßnahmen bzw. Neuanmietungen wird auf Barrierefreiheit nach Bundesbehindertengleichstellungsgesetz, dessen Umsetzung von besonderer Wichtigkeit ist, geachtet u. nach budgetärer Maßgabe prioritär behandelt. Hinsichtlich Neustrukturierung der Polizeiinspektionen darf auf den laufenden Prozess des INNEN.SICHER-Projekts "Moderne Polizei" verwiesen werden, dessen Intention stetige Weiterentwicklung bestehender Organisationsstrukturen unter Berücksichtigung sämtlicher sicherheitsdienstlich relevanter Faktoren u. regionaler Gegebenheiten ist.

3	Sicherstellung der Nutzung der sich aus den Kooperationsvereinbarungen mit dem BMVLS und dem BMJ ergebenden potenziellen Einsparungsmöglichkeiten (kostenfreie Nutzungsmöglichkeit von Liegenschaften zur Unterbringung von Systemtechnik) (Bund 2013/2, SE 23)
ad 3	Die Empfehlung des RH wurde umgesetzt, die Standorte Steinmandl/Radar, Hochfilzen und Zeltweg/Tower wurden im Sinne des Verwaltungübereinkommens zwischen dem BMLVS und dem BM.I entgeltfrei durch das BMLVS zur Verfügung gestellt und realisiert. Dadurch reduzieren sich die laufenden Aufwendungen für die Standortnutzung auf die Betriebszeit von 25 Jahren nach Errichtung des letzten Standortes zur flächendenden Versorung des gesamten Bundesgebiets.

4	Setzen von Maßnahmen zur Ausschöpfung der Möglichkeiten zur Kostensenkung im Hinblick auf die hohe finanzielle Gesamtbelastung des BMI durch das Projekt Digitalfunk BOS (Bund 2013/2, SE 26)
ad 4	Durch die Vereinbarungen mit den Bundesländern Burgenland, Salzburg und Oberösterreich konnte erreicht werden, dass der Projektrealisierungszeitraum bis zum Jahre 2018 möglich ist und die Gesamtkosten im vorgesehenen Finanzierungsrahmen umgesetzt werden können.

5	Sicherstellung der Dokumentation von Vorgängen, die eine massive Zahlungsverpflichtung nach sich ziehen (Bund 2013/2, SE 12)
ad 5	Diese Empfehlung wurde im Zusammenhang mit dem Vergleich anlässlich der Vertragsauflösung im Projekt ADONIS ausgesprochen. Dieses Projekt ist bereits abgeschlossen. Zu dieser Empfehlung liegt somit kein Bezug zu den Bundesvoranschlägen 2014 und 2015 vor. Künftig unterliegen massive Zahlungsverpflichtungen, die sich aus Projektabwicklungen ergeben, einem ausführlichen und regelmäßigen Projektcontrolling. Sonstige Vorgänge in dieser Hinsicht werden anlassbezogen in unterschiedlicher Ausführlichkeit dokumentiert.

Globalbudget 11.04 Services/Kontrolle
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 11.04 Services/ Kontrolle**	DB 11.04.01 Gedenkst.	DB 11.04.02 BAK	DB 11.04.03 Bau/Liegensch.	DB 11.04.04 KIT
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	8,584	0,342	0,030	0,034	7,328
Erträge	**8,584**	**0,342**	**0,030**	**0,034**	**7,328**
Personalaufwand	39,354	1,115	7,377	1,020	16,364
Transferaufwand	0,367	0,050			0,047
Betrieblicher Sachaufwand	167,322	3,126	1,013	82,160	74,149
Aufwendungen	**207,043**	**4,291**	**8,390**	**83,180**	**90,560**
Nettoergebnis	**-198,459**	**-3,949**	**-8,360**	**-83,146**	**-83,232**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 11.04 Services/ Kontrolle**	DB 11.04.01 Gedenkst.	DB 11.04.02 BAK	DB 11.04.03 Bau/Liegensch.	DB 11.04.04 KIT
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6,877	0,231	0,030	0,023	6,483
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,042	0,002			0,039
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,042	0,002	0,011	0,002	0,008
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**6,961**	**0,235**	**0,041**	**0,025**	**6,530**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	202,649	4,095	8,272	83,137	87,420
Auszahlungen aus Transfers	0,367	0,050			0,047
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	5,599	0,128	0,032	0,003	5,157
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,087		0,009		0,048
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**208,702**	**4,273**	**8,313**	**83,140**	**92,672**
Nettogeldfluss	**-201,741**	**-4,038**	**-8,272**	**-83,115**	**-86,142**

DB 11.04.05 Sonst. Serviceleist.
0,850
0,850
13,478
0,270
6,874
20,622
-19,772

DB 11.04.05 Sonst. Serviceleist.
0,110
0,001
0,019
0,130
19,725
0,270
0,279
0,030
20,304
-20,174

Untergliederung 12 Äußeres

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

Wir vertreten die österreichischen Interessen in der EU und in der Welt, fördern Österreich als Amtssitz und Konferenzort und vermitteln ein zeitgemäßes Österreichbild im Ausland. Wir unterstützen ÖsterreicherInnen, die im Ausland in Notsituationen geraten, leisten unseren Beitrag zur Bekämpfung von Armut und zur Festigung von Frieden und Sicherheit und fördern Integration als maßgeblichen Beitrag zu Freiheit, Wohlstand und sozialem Frieden.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**5,762**	**3,664**	**3,712**
Auszahlungen fix	400,444	418,777	402,645	398,330
Summe Auszahlungen	**400,444**	**418,777**	**402,645**	**398,330**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-413,015**	**-398,981**	**-394,618**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	16,403	3,995	
Aufwendungen	425,862	407,315	
Nettoergebnis	**-409,459**	**-403,320**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:

Optimierung der Hilfestellung für in Not geratene ÖsterreicherInnen im Ausland sowie der Betreuung der ständig im Ausland lebenden ÖsterreicherInnen

Warum dieses Wirkungsziel?

Das Motto „Weltweit für Sie da“ entspricht dem Selbstverständnis über zu erbringende Leistungen und den steigenden Erwartungen der BürgerInnen. Der Schutz österreichischer StaatsbürgerInnen sowie ihres Vermögens im Ausland und die Vermittlung von Rechts- und Amtshilfe sind dabei vorrangig. Vor dem Hintergrund, dass ÖsterreicherInnen in der globalisierten Welt immer mobiler werden, steigt die konsularische Arbeit und die Notwendigkeit der konsularischen Präsenz ständig. Die ÖsterreicherInnen unternehmen im Jahr ca. 10 Millionen Auslandsreisen; über 450.000 österreichische StaatsbürgerInnen halten sich für einen längeren Zeitraum im Ausland auf. Krisen- und Katastrophenszenarien betreffen immer mehr ÖsterreicherInnen im Ausland. Aufgrund des geltenden Völkerrechts und der bestehenden EU-Verträge liegt die Wahrnehmung konsularischer Tätigkeiten weiterhin vorrangig in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Verbesserung der für die AuslandsösterreicherInnen sowie die österreichischen Reisenden relevanten Informationen (Inhalt ebenso wie Kommunikationsfluss), u.a. durch Nutzung neuer Medien und Technologien;
- Betreuung von österreichischen StaatsbürgerInnen, die in ausländischen Haftanstalten inhaftiert sind (Erhöhung der Anzahl von Haftbesuchen, Errichtung von Haftdepots, Weiterleiten von Haftpaketen);
- Optimierung des konsularischen Krisen- und Katastrophenmanagements; dies betrifft z.B. die Zusammenarbeit mit EU-Partnern, die Ausweitung des Schulungsangebotes im konsularischen Bereich oder die Optimierung der Krisenvorsorgepläne.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 12.1.1	Anzahl der Zugriffe (page views) betreffend die für AuslandsösterreicherInnen (AÖ) sowie österreichische Reisende relevanten Webinhalte					
Berechnungsmethode	Berechnungsmethode: Anzahl der Zugriffe (page views) betreffend die für AuslandsösterreicherInnen (AÖ) sowie österreichische Reisende relevanten Webinhalte (Reiseinformation, Auslandsösterreicher, Notfälle im Ausland, Pass und Visum, Reisewarnungen) Anmerkungen: Die Kennzahl „Anzahl der Zugriffe“ wurde in diesem Jahr weiterentwickelt und um die Webabschnitte Auslandsösterreicher, Notfälle im Ausland, Pass und Visum, Reisewarnungen, ergänzt.					
Datenquelle	BMEIA					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	1.128.000	1.415.833	1.898.538	1.128.000	1.700.000	1.700.000
	Anmerkung: Der Istzustand 2012 mit knapp 1,9 Mio. Zugriffen liegt statistisch auf Grund mehrerer außergewöhnlicher konsularischer Krisensituationen (Nordafrika, Naher Osten) über der Norm. Die Zielvorgabe wurde daher unter dem Istzustand des Jahres 2012 (1.898.538) angesetzt.					

Kennzahl 12.1.2	Anzahl der von der Bürgerservice-Hotline betreuten Anrufe					
Berechnungs-methode	Anzahl der von der Hotline des Bürgerservice betreuten Anrufe					
Datenquelle	BMEIA					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	12.949	14.805	13.320	13.000	13.000	13.000
	Anmerkung: Der Istzustand 2012 mit rund 13.000 Anrufen liegt statistisch auf Grund mehrerer außergewöhnlicher konsularischer Krisensituationen (Nordafrika, Naher Osten) über der Norm (wie auch schon 2011). Die Zielvorgabe orientiert sich daher weiterhin an der Anzahl der Anrufe aus dem Jahr 2010.					

Wirkungsziel 2:
Sicherstellung der außen- , sicherheits-, europa- und wirtschaftspolitischen Interessen Österreichs in Europa und in der Welt. Weiterer Ausbau des Standortes Österreich als Amtssitz und Konferenzort sowie der Beziehungen zu den Internationalen Organisationen. Umfassende Stärkung der Rechte von Frauen und Kindern.

Warum dieses Wirkungsziel?
Österreich versteht sich als aktives Mitglied der internationalen Gemeinschaft, das im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Weiterentwicklung von Frieden, Sicherheit, sowie der Wahrung von Menschenrechten und Rechtssicherheit in Europa und in der Welt beiträgt. Die aktive Mitwirkung im multilateralen Kontext ist dabei wesentlicher Bestandteil. Österreich bekennt sich zum europäischen Einigungswerk, zur Mitgliedschaft in der EU und zu einer aktiven Rolle Österreichs bei der Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses. Die Mitgliedschaft Österreichs in der EU hat sich als wertvoller und positiver Faktor für die erfolgreiche Entwicklung Österreichs bewährt. Dies soll Fortbestand haben, weshalb es gilt, Österreichs Position in der EU weiter zu stärken und die Möglichkeiten und Chancen, die die EU bietet, optimal zu nützen. Darüber hinaus soll dazu beigetragen werden, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Arbeitsstandortes Österreich abzusichern. Der Einsatz für Menschenrechte, die Stärkung der Rechte von Frauen und Kindern und die gezielte Förderung von Frauen in Friedensprozessen stellt eine langjährige Priorität der österreichischen Außenpolitik dar und ist im aktuellen Regierungsprogramm festgelegt. Der Amtssitz Österreich soll zur weiteren Festigung der internationalen Rolle Österreichs und auch im Interesse der lokalen Wirtschaft gestärkt werden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
-Pflege und Weiterentwicklung der bilateralen und multilateralen Beziehungen Österreichs, inkl. der Vertragsbeziehungen sowie Umsetzung europa-, außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitischer Interessen, wie etwa durch die Durchführung regelmäßiger Treffen auf politischer und BeamtInnenenebene;
-Aktive Teilnahme an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Betreuung außenpolitischer Aspekte der Beteiligung an friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen und im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden;
-Koordinierung und Vertretung der Interessen Österreichs auf allen Ebenen des diesbezüglichen europäischen Entscheidungs- und Rechtssetzungsprozesses, insbesondere in den relevanten Formationen des Rates der EU sowie Fortsetzung und Ausbau der Informationsarbeit und des Dialogs mit den österreichischen BürgerInnen zur EU;
- Förderung von Institutionen und Projekten zur Umsetzung europa-, außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitischer Interessen
-Aktive Vertretung der Gastlandinteressen hinsichtlich Zurverfügungstellung von Konferenzräumlichkeiten, Instandhaltung des Vienna International Center sowie diverser Forderungen und Erwartungen seitens der int. Organisationen an das Gastland;
-Organisation und Unterstützung von Konferenzen zur Weiterentwicklung außenpolitischer Prioritäten mit Schwerpunkt Abrüstung und nukleare Sicherheit, Energie, Schutz der Menschenrechte und dem interreligiösen Dialog.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 12.2.1	Anzahl der unter inhaltlicher Federführung des BMEIA vorbereiteten Staatsbesuche und Arbeitstreffen oberster Staatsorgane					
Berechnungs-methode	Anzahl der jährlich unter inhaltlicher Federführung des BMEIA vorbereiteten Staatsbesuche, Arbeitstreffen etc. des Herrn Bundespräsidenten, des Herrn Bundeskanzlers, des Herrn Vizekanzlers und des Herrn Staatssekretärs, sowie anderer Regierungsmitglieder im Inland wie im Ausland.					
Datenquelle	BMEIA					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	n.v.	305	311	335	327	327
	Anmerkung: Teilweise abhängig von den Staatsbesuchen und Arbeitstreffen des Herrn Bundespräsidenten und anderer Fachressorts.					

Kennzahl 12.2.2	Anzahl der Initiativen zur Umsetzung des Wirkungszieles im Rahmen von europäischen und internationalen Foren, wie z.B. EU-Ministerräte sowie sonstige multilaterale Treffen auf MinisterInnenebene im Zuständigkeitsbereich des BMEIA					
Berechnungsmethode	Berechnungsmethode: Ermittlung der Gesamtzahl aller Initiativen im Rahmen von europäischen und internationalen Foren					
Datenquelle	Statistik des BMEIA					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	n.v.	233	238	235	240	250

Kennzahl 12.2.3	Anzahl der Initiativen zur Stärkung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von Frauen und Kindern, die Österreich eingebracht oder an denen Österreich aktiv mitgearbeitet hat					
Berechnungsmethode	Ermittlung der Gesamtzahl					
Datenquelle	Statistik des BMEIA, Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung der VN-SR-Resolution 1325					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	n.v.	29, davon 5, die insbesondere die Rechte von Frauen und 5 die insbesondere die Rechte von Kindern stärken.	33, davon 8, die insbesondere die Rechte der Frauen und 9 die insbesondere die Rechte von Kindern stärken.	29, davon 5 die insbesondere die Rechte von Frauen und 5 die insbesondere die Rechte von Kindern stärken.	33, davon 5, die insbesondere die Rechte der Frauen und 5 die insbesondere die Rechte von Kindern stärken.	30, davon 4, die insbesondere die Rechte der Frauen und 4 die insbesondere die Rechte von Kindern stärken.

Kennzahl 12.2.4	Anzahl von Maßnahmen zur Förderung österreichischer Wirtschaftsinteressen gegenüber Drittländern (z.B. Vorsprache bei Behörden, Beratung von Firmen) innerhalb und außerhalb der EU					
Berechnungsmethode	Ermittlung der Gesamtzahl					
Datenquelle	Statistik des BMEIA					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	n.v.	1052	1542	1300	1350	1300
	Die Anzahl der Maßnahmen richtet sich nach den zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen					

Kennzahl 12.2.5	Anzahl der Konferenztage der in Österreich ansässigen Internationalen Organisationen					
Berechnungsmethode	Auswertung der Gesamtheit der Konferenztage der in Österreich ansässigen Internationalen Organisationen					
Datenquelle	BMEIA					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	6.027	6.220	6.349	6.220	6.220	6.220
	Die Anzahl der Konferenztage richtet sich nach den zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen					

Wirkungsziel 3:
Erwirken von Integrationsmaßnahmen für ein gesellschaftlich vielfältiges Zusammenleben von rechtmäßig in Österreich aufhältigen MigrantInnen mit der Aufnahmegesellschaft, wobei besonders eine eigenverantwortliche und auch aktive Teilnahme am öffentlichen Leben gefördert und gefordert wird, sowie eine auf Sachlichkeit orientierte Verstärkung des Integrationsverständnisses gegenüber der Öffentlichkeit zu berücksichtigen ist.

Warum dieses Wirkungsziel?
Internationalen Definitionen zufolge umfasst die „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ alle Personen, deren Eltern im Ausland geboren sind, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Im Durchschnitt des Jahres 2012 lebten rund 1,579 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Österreich (18,9% der Gesamtbevölkerung). Darunter gehören rund 1,167 Millionen

der „ersten Generation“ an, da sie selbst im Ausland geboren wurden und nach Österreich zugezogen sind. Die verbleibenden knapp 412.200 Personen sind in Österreich geborene Nachkommen von Eltern mit ausländischem Geburtsort - „zweite Migrantengeneration“ (Quelle: „migration & integration“ 2013)
Die Integration stellt folglich eine der großen Herausforderungen Österreichs für den Erhalt des sozialen Friedens, für eine sozialverträgliche Gestaltung des Gesellschaftswandels und für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung dar. Sie ist als eine im Nationalen Aktionsplan für Integration und im Arbeitsprogramm der Bundesregierung gesellschaftspolitisch verankerte Aufgabe zur Erhöhung der Attraktivität des Landes und damit zur Zukunftsgestaltung Österreichs zu begreifen. Nur wenn Aufnahmegesellschaft wie auch Migranten/innen eine entsprechende Bereitschaft zeigen, kann Integration erfolgreich sein. Dies zu befördern ist Aufgabe des NAP.I, ein Prozess, durch den laufend auf neue Herausforderungen reagiert wird.
Ziel ist, gemeinsam mit allen relevanten staatlichen Institutionen und den relevanten Bereichen der Zivilgesellschaft eine nachhaltige Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts aufrecht zu erhalten (Erhalt des sozialen Friedens, sozialverträgliche Gestaltung des Gesellschaftswandels und Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung).

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- -Förderung der sprachlichen (Deutsch als Fundament), der beruflichen und der gesellschaftlichen Integration (Werte und Engagement für Österreich)

Wie sieht Erfolg aus?

<table>
<tr><td>Kennzahl 12.3.1</td><td colspan="6">Entwicklung des Integrationsklimas</td></tr>
<tr><td>Berechnungs-methode</td><td colspan="6">Auswertung der 9 verschiedenen subjektiven Einschätzungen des Indikators 25 des Integrationsberichts, zu Details siehe untenstehenden Link</td></tr>
<tr><td>Datenquelle</td><td colspan="6">GfK Austria, Indikator 25 in „migration & integration – zahlen.daten.indikatoren“ des Integrationsberichts</td></tr>
<tr><td rowspan="3">Entwicklung</td><td>Istzustand 2010</td><td>Istzustand 2011</td><td>Istzustand 2012</td><td>Zielzustand 2013</td><td>Zielzustand 2014</td><td>Zielzustand 2015</td></tr>
<tr><td>8</td><td>8</td><td>8</td><td>8</td><td>Größer oder gleich 5</td><td>Größer oder gleich 5</td></tr>
<tr><td colspan="6">Erläuterungen: Dieser Indikator wird seit 2010 aus insgesamt neun subjektiven Fragebeantwortungen ermittelt, wobei die Einschätzungen sowohl bei der österreichischen, als auch bei der ausländischen Bevölkerung abgefragt werden, Wird die Mehrzahl der 9 Sichtweisen als positiv (5 oder größer) beurteilt, so gilt der Zielwert als erreicht.
Quelle: „migration & integration“ 2013 - GfK Austria, Feb., März 2013, Link: http://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/bmeia/media/Integration/Integrationsbericht_2013/Statistische_Jahrbuch_2013.pdf</td></tr>
</table>

Wirkungsziel 4:
Nachhaltige Verringerung der Armut, Festigung von Frieden und menschlicher Sicherheit, sowie Erhaltung der Umwelt in den Partnerländern im Rahmen der bilateralen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie den Bedürfnissen von Kindern und Menschen mit Behinderung wird dabei in besonderer Weise Rechnung getragen.

Warum dieses Wirkungsziel?
Österreich engagiert sich in Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft solidarisch in der Bekämpfung der Armut, für Frieden und Demokratie und für den Erhalt der Umwelt und der natürlichen Ressourcen. Österreich leistet mit seiner vorhandenen Expertise und langjährigen Erfahrung einen effektiven Beitrag zum Erreichen der Milleniums-Entwicklungsziele (MDGs) der Vereinten Nationen. Insbesondere wird dabei die gleichberechtigte Teilhabe und Mitsprache von Frauen und Männern am Entwicklungsprozess gefördert. Dies ist für die Armutsbekämpfung in den Partnerländern wesentlich und trägt auch zu geschlechtersensiblen Lösungen bei der Anpassung an und beim Umgang mit dem Klimawandel bei. Dabei können Synergien mit den Zielen und Bemühungen anderer Stakeholder (z.B. Finanzministerium, Parlament; Nichtregierungsorganisationen; Privatwirtschaft) hergestellt werden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
-Durchführung und Förderung von Projekten und Programmen der Armutsminderung in den Schwerpunktländern der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA);
-Ausbau von Gender Expertise bei Führungskräften und MitarbeiterInnen im Programmbereich sowie in den Kooperationsbüros der österr. Entwicklungszusammenarbeit und systematische Verankerung der Dimension Gleichstellung in strategischen Dokumenten und Projekten und Programmen der OEZA;
-Förderung von Projekten für Frauen, Kinder und Menschen mit Behinderungen durch die OEZA;
-Einbeziehung der Partnerländer der OEZA in die Erstellung von Landesstrategien, um ihre Mitverantwortung für die Umsetzung dieser Strategien sicherzustellen.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 12.4.1	Prozentsatz der Vorhaben, die Zugang zu Wasser, Land, sowie Basisdienstleistungen (Gesundheits- und Rechtsdienste, Bildung) ermöglichen, Einkommen schaffen und Armut verringern.					
Berechnungs-methode	Prozentanteil der Vorhaben an den Gesamtvorhaben					
Datenquelle	ADA-Statistik					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	56,97%	51%	69,09%	60%	60%	60%
	Aus statistischen Überlegungen wurde die ursprünglich gewählte Kennzahl für 12.4.1, der sogen. „Armutsmarker“, 2011 durch die Zugehörigkeit der einzelnen Projekte zu einem bestimmten Sektor (z.B. Wasser, Gesundheit etc.) ersetzt. Damit fallen manche Projekte aus der Zurechnung heraus, die zwar armutswirksam sind, aber im engeren Sinn nicht dem Sektor zugerechnet werden können. Beispiel: die Unterstützung eines Landes bei der Erarbeitung einer Wasserstrategie ist zwar armutswirksam und wurde daher früher auch berücksichtigt, sie fällt aber nicht unter das Kriterium „Bereitstellung von sauberem Trinkwasser“ und wird deshalb nicht mitgezählt.					

Kennzahl 12.4.2	Anteil der Programme/Projekte der OEZA zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern					
Berechnungs-methode	Projekte entsprechend OECD Gender Equality Policy Marker 1 oder 2					
Datenquelle	ADA-Statistik - Jahresmeldung an den Entwicklungshilfeausschuss der OECD					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	49,56	41%	76%	Projekte/Programme mit OECD Gender Marker 1 (Gender als wichtiger Aspekt im Projekt integriert) oder Gender Marker 2 (Gender-spezifisches Projekt) 75 %	Projekte/Programme mit OECD Gender Marker 1 (Gender als wichtiger Aspekt im Projekt integriert) oder Gender Marker 2 (Gender-spezifisches Projekt) 75 %	Projekte/Programme mit OECD Gender Marker 1 (Gender als wichtiger Aspekt im Projekt integriert) oder Gender Marker 2 (Gender-spezifisches Projekt) 75 %

Kennzahl 12.4.3	Die für die Finanzierung von neuen und laufenden Projekten im jeweiligen Jahr budgetierten operativen Mittel sind in Übereinstimmung mit den für die OEZA gültigen Qualitätskriterien zum Jahresende umgesetzt.					
Berechnungs-methode	Jahresabschluss und Jahresbericht der ADA					
Datenquelle	ADA-Statistik					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	n.v.	93%	82%	93%	95%	95%
	Erläuterungen: Im Jahr 2012 wurden Mittel der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit nicht im Bilanzjahr ausbezahlt, das zur Verfügung stehende Budget also nicht voll ausgeschöpft. In einigen Fällen sind Verzögerungen von Auszahlungen (z.B. aufgrund des Projektfortschrittes). Darüber hinaus werden eingehende Gelder in der Gewinn- und Verlustrechnung im Jahr des Eingangs erfasst werden, unabhängig davon, ob sie für dieses Jahr oder für Folgejahre bestimmt sind.					

Wirkungsziel 5:
Prägung eines innovativ-kreativen Österreichbildes im Rahmen der Auslandskulturpolitik. Dem europäischen Grundsatz „Einheit in der Vielfalt“ sowie dem interkulturellen und interreligiösen Dialog wird dabei in besonderer Weise Rechnung getragen.
Warum dieses Wirkungsziel?
Es ist vor allem die Kultur, die das Bild Österreichs in der Welt prägt. Der Fokus der Auslandskulturarbeit liegt auf der Vermittlung der zeitgemäßen Aspekte des kulturellen und wissenschaftlichen Schaffens. Damit soll erreicht werden, dass Österreich mit seiner reichen Geschichte international auch als zukunftsweisendes Land wahrgenommen wird. Die mit Tradition

und Innovation verbundenen Wertigkeiten und Leistungen sind in Österreich identitätsstiftend und geeignet für den Export und den internationalen Dialog. Österreich hat ein vitales Interesse an einer gedeihlichen Weiterentwicklung der europäischen Integration, daher auch die Mitwirkung der österreichischen Auslandskultur an partnerschaftlichen EU-Kulturprojekten, die das europäische Bewusstsein stärken sollen. Im Hinblick auf die Vermittlung von Frieden und Sicherheit leistet die österreichische Auslandskultur mit Initiativen zu Themen des interkulturellen und interreligiösen Dialogs Beiträge zur Erweiterung des Wissens über andere Kulturen und zum Abbau von Stereotypen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

-Pflege und Weiterentwicklung effizienter Netzwerke der österreichischen Auslandskulturinstitutionen;
-Durchführung und Unterstützung kultureller und wissenschaftlicher Projekte weltweit und in Österreich mittels der Kulturpolitischen Sektion des BMEIA, der Kulturforen, der Botschaften und Konsulate, der Österreich-Bibliotheken und der Österreich-Institute;
-Darstellung der Schwerpunktthemen: Österreich als innovativ-kreatives Land, Betonung des europäischen Grundsatzes „Einheit in der Vielfalt“ und mit Beiträgen zum interkulturellen und interreligiösen Dialog;
-Ab 2011 Setzung der geographischen Schwerpunkte: Donauraum, Schwarzmeerregion und Westbalkan. Sektorielle Schwerpunkte: Tanz und Architektur.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 12.5.1	Anzahl der Veranstaltungen der österreichischen Auslandskulturinstitutionen (Kulturpolitische Sektion des BMEIA, Kulturforen, Botschaften, Konsulate, Österreich-Bibliotheken, Österreich-Institute), die unterstützt oder organisiert werden.					
Berechnungsmethode	Auswertung der Jahreskulturbilanzen					
Datenquelle	BMEIA					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	n.v.	4.644	4.959	5.000	4.500	4.500
	Erläuterung: Budget 2014 wird gemäß Beschluss der Bundesregierung gekürzt.					

Kennzahl 12.5.2	Anzahl der KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen, die im Ausland präsentiert werden.					
Berechnungsmethode	Auswertung der Jahreskulturbilanzen					
Datenquelle	BMEIA					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	n.v.	6.708 Männer, 2.565 Frauen.	7.685, 4.931 Männer, 2.754 Frauen.	7500 Steigerung des Frauenanteils um 10% oder mehr bis Ende 2013 7.500 (gesamt) 4.471 Männer 3.029 Frauen	6750 Erhöhung des Frauenanteils um 2% 6.750 (gesamt) 3.660 Männer 3.090 Frauen	6.750 Erhöhung des Frauenanteils um 2% 6.750 (gesamt) 3.598 Männer 3.152 Frauen
	Erläuterung: Budget 2014 wird gemäß Beschluss der Bundesregierung gekürzt.					

Kennzahl 12.5.3	Anzahl der Orte, an denen Veranstaltungen durchgeführt werden.					
Berechnungsmethode	Auswertung der Jahreskulturbilanzen					
Datenquelle	BMEIA					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	n.v.	800	811	800	720	720
	Erläuterung: Budget 2014 wird gemäß Beschluss der Bundesregierung gekürzt.					

Kennzahl 12.5.4	Anzahl der Kooperationspartner für kulturelle und wissenschaftliche Projekte im Ausland					
Berechnungsmethode	Auswertung der Jahreskulturbilanzen					
Datenquelle	BMEIA					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015

	n.v.	3420	3455	3420	3.200	3.200
	Erläuterung: Budget 2014 wird gemäß Beschluss der Bundesregierung gekürzt.					

Untergliederung 12 Äußeres

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	16,243	3,835	
Finanzerträge	0,160	0,160	
Erträge	**16,403**	**3,995**	
Personalaufwand	125,810	124,111	
Transferaufwand	189,351	173,340	
Betrieblicher Sachaufwand	110,701	109,864	
Aufwendungen	**425,862**	**407,315**	
Nettoergebnis	**-409,459**	**-403,320**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5,576	3,478	3,507
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,101	0,101	0,139
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,085	0,085	0,066
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**5,762**	**3,664**	**3,712**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	221,623	222,318	213,343
Auszahlungen aus Transfers	189,351	173,340	164,208
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	7,706	6,889	20,745
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,097	0,098	0,034
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**418,777**	**402,645**	**398,330**
Nettogeldfluss	**-413,015**	**-398,981**	**-394,618**

Untergliederung 12 Äußeres
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 12 Äußeres**	GB 12.01 Außenpol. Planung	GB 12.02 Außen-intepol. Maßn.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	16,243	14,160	2,083
Finanzerträge	0,160	0,160	
Erträge	**16,403**	**14,320**	**2,083**
Personalaufwand	125,810	125,810	
Transferaufwand	189,351	7,059	182,292
Betrieblicher Sachaufwand	110,701	110,701	
Aufwendungen	**425,862**	**243,570**	**182,292**
Nettoergebnis	**-409,459**	**-229,250**	**-180,209**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 12 Äußeres**	GB 12.01 Außenpol. Planung	GB 12.02 Außen-intepol. Maßn.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5,576	3,493	2,083
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,101	0,101	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,085	0,085	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**5,762**	**3,679**	**2,083**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	221,623	221,623	
Auszahlungen aus Transfers	189,351	7,059	182,292
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	7,706	7,706	
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,097	0,097	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**418,777**	**236,485**	**182,292**
Nettogeldfluss	**-413,015**	**-232,806**	**-180,209**

Globalbudget 12.01 Außenpolitische Planung, Infrastruktur u. Koordination

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	14,160	3,834	
Finanzerträge	0,160	0,160	
Erträge	**14,320**	**3,994**	
Personalaufwand	125,810	124,111	
Transferaufwand	7,059	7,054	
Betrieblicher Sachaufwand	110,701	109,864	
Aufwendungen	**243,570**	**241,029**	
Nettoergebnis	**-229,250**	**-237,035**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,493	3,477	3,507
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,101	0,101	0,139
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,085	0,085	0,066
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,679**	**3,663**	**3,712**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	221,623	222,318	212,311
Auszahlungen aus Transfers	7,059	7,054	6,445
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	7,706	6,889	20,745
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,097	0,098	0,034
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**236,485**	**236,359**	**239,536**
Nettogeldfluss	**-232,806**	**-232,696**	**-235,824**

Globalbudget 12.01 Außenpolitische Planung, Infrastruktur u. Koordination

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
1	Optimierung des konsularischen Krisen- und Katastrophenmanagements; dies betrifft z.B. die Zusammenarbeit mit EU-Partnern, die Ausweitung des Schulungsangebotes im konsularischen Bereich oder die Optimierung der Krisenvorsorgepläne.	Anzahl der von der Bürgerservice-Hotline betreuten Anrufe Zielzustand 2014: 13.000	Istzustand 2012: 13.320
2	Pflege und Weiterentwicklung der bilateralen und multilateralen Beziehungen Österreichs, inkl. der Vertragsbeziehungen sowie Umsetzung europa-, außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitischer Interessen, wie etwa durch die Durchführung regelmäßiger Treffen auf politischer und BeamtInnenebene	Anzahl der unter inhaltlicher Federführung des BMEIA vorbereiteten Staatsbesuche und Arbeitstreffen oberster Staatsorgane Zielzustand 2014: 327 Anmerkung: Teilweise abhängig von den Staatsbesuchen und Arbeitstreffen des Herrn Bundespräsidenten und anderer Fachressorts	Istzustand 2012: 311
2	Einbringen/Förderung des Zustandekommens von Initiativen (z.B. Resolutionen, Erklärungen, Schlussfolgerungen, Leitlinien, Richtlinien, Verordnungen) zur Stärkung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von Frauen und Kindern auf bilateraler Ebene sowie im Rahmen der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen (Vereinte Nationen, OSZE, Europarat etc.) und der EU	Anzahl der Initiativen zur Stärkung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von Frauen und Kindern, die Österreich eingebracht oder an denen Österreich aktiv mitgearbeitet hat Zielzustand 2014: 33, davon 5, die insbesondere die Rechte von Frauen und 5 die insbesondere die Rechte von Kindern stärken.	Istzustand 2012: 33, davon 8, die insbesondere die Rechte von Frauen und 9 die insbesondere die Rechte von Kindern stärken.
2	Betreibung von Neuansiedlungen von internationalen Institutionen zwecks Entwicklung Wiens zu einem globalen Kompetenzzentrum mit Schwerpunkt in den Bereichen Abrüstung und nukleare Sicherheit, Energie und interreligiöser Dialog. Stärkung des Amtssitzes Wien durch die Unterstützung der Errichtung diplomatischer Vertretungen von Entwicklungsländern	Anzahl der Internationalen Organisationen und Institutionen mit Sitz in Österreich Zielzustand 2014: 14	Istzustand 2012:14
5	Durchführung und Unterstützung kultureller und wissenschaftlicher Projekte weltweit und in Österreich	Anzahl der Veranstaltungen der österreichischen Auslandskulturinstitutionen (Kulturpolitische Sektion des BMEIA, Kulturforen, Botschaften, Konsulate, Österreich-Bibliotheken, Österreich-Institute), die unterstützt oder organisiert werden Zielzustand 2014: 4500 (Budgetkürzung)	Istzustand 2012: 4.959

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

- Das neue Wirkungsziel 3, Maßnahmen und Kennzahlen sind mit der Novellierung des Bundesministeriengesetzes 2014 (BMG-Novelle 2014) zur Untergliederung 12 gekommen. Wegen der Höchstanzahl von 5 Wirkungszielen wurde Wirkungsziel 2 und Wirkungsziel 3 in ein neues gemeinsames Wirkungsziel 2 gefasst.
- Die Organisation und Unterstützung von Konferenzen wurde hier nicht mehr angeführt.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Nutzung gemeinsamer Infrastrukturen bei österreichischen Vertretungen im Ausland, z.B. Österreichische Botschaft in Belgien und die Ständige Vertretung Österreichs bei der EU (Bund 2010/9, SE 4)
ad 1	Für Dienstorte mit mehreren österreichischen Vertretungsbehörden arbeitet das BMEIA an Konzepten zur Erreichung von räumlichen, personellen und organisatorischen Synergien. So ist z.B. derzeit in Prüfung, am Dienstort Brüssel durch die Schaffung eines Gebäudeverbands ÖV Brüssel/ÖB Brüssel zu einer Verkleinerung der Büroflächen zu kommen. In Rom befindet sich das Projekt der räumlichen Integration der Konsularabteilung in das Gebäude des Kulturforums bereits in Umsetzung. Darüber hinaus bemüht sich das BMEIA verstärkt um Kolokationen.

2	Reduzierung des Personalstands und die Zusammenlegung von Fachbereichen bei der ständigen Vertretung Österreichs bei der EU in Brüssel (Bund 2010/9, SE 1, SE 5)
ad 2	Der RH weist die sparsame Vorgangsweise bei Entsendungen von Bediensteten des BMeiA an die ÖV Brüssel aus. Das BMeiA verweist bei zusätzlichen Entsendungen anderer Ressorts regelmäßig auf den Ministerratsbeschluss von 1995 und macht die Ressorts im Anlassfall auf diese Empfehlung aufmerksam.

3	Einsatz von Projektmanagementinstrumenten mit einer einheitlichen Projektleitung, Gesamtprojektplan, Gesamtkostenschätzung, Dokumentation sowie Terminplanung bei Vorhaben einer bestimmten Größenordnung (Bund 2013/3, SE 17)
ad 3	Die Diplomatische Akademie Wien wird zukünftig größere Projekte entsprechend der Empfehlung des RH umsetzen.

4	Formulierung eines Unternehmenskonzepts und konkreter Zielvorgaben auf Basis betriebswirtschaftlicher Kennzahlen bei der Diplomatischen Akademie. Aufnahme von Soll–/Ist–Vergleichen über die Zielerreichung sowie von Kennzahlen zur Effizienz des Geschäftsbetriebs (Bund 2013/3, SE 1)
ad 4	Der RH erachtete das Unternehmenskonzept grundsätzlich für zweckmäßig. Er wies jedoch auf die geringe betriebswirtschaftliche Ausrichtung hin. Die Diplomatische Akademie Wien agiert auch derzeit bereits auf Basis betriebswirtschaftlicher Kennzahlen. In Entsprechung der Empfehlung wurden diese weiter präzisiert und im Unternehmenskonzept angepasst.

5	Einholung von Vergleichsangeboten zur Beurteilung der Preisangemessenheit (Bund 2013/3, SE 16)
ad 5	Da die Diplomatische Akademie keine fachlich ausgebildeten Baumeister, Architekten oder Zivilingenieure beschäftigt, ist die Beauftragung einer Fachfirma bei vielen Umbauten unumgänglich. Die Diplomatische Akademie wird der Empfehlung des Rechnungshofes nachkommen.

Globalbudget 12.01 Außenpolitische Planung, Infrastruktur u. Koordination
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 12.01 Außenpol. Planung**	DB 12.01.01 Zentralstelle	DB 12.01.02 Vertretungsbehörden
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	14,160	1,955	12,205
Finanzerträge	0,160		0,160
Erträge	**14,320**	**1,955**	**12,365**
Personalaufwand	125,810	40,098	85,712
Transferaufwand	7,059	5,252	1,807
Betrieblicher Sachaufwand	110,701	27,962	82,739
Aufwendungen	**243,570**	**73,312**	**170,258**
Nettoergebnis	**-229,250**	**-71,357**	**-157,893**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 12.01 Außenpol. Planung**	DB 12.01.01 Zentralstelle	DB 12.01.02 Vertretungsbehörden
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,493	0,460	3,033
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,101	0,010	0,091
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,085	0,065	0,020
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,679**	**0,535**	**3,144**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	221,623	65,535	156,088
Auszahlungen aus Transfers	7,059	5,252	1,807
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	7,706	0,400	7,306
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,097	0,063	0,034
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**236,485**	**71,250**	**165,235**
Nettogeldfluss	**-232,806**	**-70,715**	**-162,091**

Globalbudget 12.02 Außen- und integrationspolitische Maßnahmen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,083	0,001	
Erträge	**2,083**	**0,001**	
Transferaufwand	182,292	166,286	
Aufwendungen	**182,292**	**166,286**	
Nettoergebnis	**-180,209**	**-166,285**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,083	0,001	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,083**	**0,001**	
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit			1,032
Auszahlungen aus Transfers	182,292	166,286	157,762
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**182,292**	**166,286**	**158,794**
Nettogeldfluss	**-180,209**	**-166,285**	**-158,794**

Globalbudget 12.02 Außen- und integrationspolitische Maßnahmen

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
4	Durchführung und Förderung von Projekten und Programmen der Armutsminderung in den Schwerpunktländern der Österrei-chischen Entwicklungszusam-menarbeit (OEZA).	Prozentsatz der Vorhaben, die Zugang zu Wasser, Land, sowie Basisdienstleistungen (Gesund-heits- und Rechtsdienste, Bil-dung) ermöglichen, Einkommen schaffen und Armut verringern. Zielzustand 2014: 60 %	Istzustand 2012: 69 %
4	Förderung von Projekten für Frauen, Kinder und Menschen mit Behinderungen durch die OEZA	Anteil der Programme/Projekte der OEZA zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Zielzustand 2014: Projek-te/Programme mit OECD Gender Marker 1 (Gender als wichtiger Aspekt im Projekt integriert) oder Gender Marker 2 (Gender-spezifisches Projekt) 75 %.	Istzustand 2012: 76 %.
2	Förderung von Institutionen und Projekten zur Umsetzung europa-, außen-, wirtschafts- und sicher-heitspolitischer Interessen	Zielgerichtete Vergabe der für das Finanzjahr budgetierten operati-ven Fördermittel im Einklang mit der außenpolitischen Schwer-punktsetzung, Zielzustand: 100%	Istzustand 2012: 100%
3	Förderung der sprachlichen (Deutsch als Fundament), der beruflichen und der gesellschaft-lichen Integration (Werte und Engagement für Österreich)	Positive Entwicklung bzw. Trends des Integrationsklimas (GfK Austria, Indikator 25 in „migration & integration – zah-len.daten.indikatoren“ des Integ-rationsberichts)	Istzustand 2012: 8

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

- Das neue Wirkungsziel 3, Maßnahmen und Kennzahlen sind mit der Novellierung des Bundesministeriengesetzes 2014 (BMG-Novelle 2014) zur Untergliederung 12 gekommen. Wegen der Höchstanzahl von 5 Wirkungszielen wurde Wirkungsziel 2 und Wirkungsziel 3 in ein neues gemeinsames Wirkungsziel 2 gefasst.
- Die Einbeziehung der Partnerländer der OEZA in die Erstellung von Landesstrategien wurde hier nicht mehr angeführt. Die Maßnahme konnte entfallen, da da schon beim WZ 4 als Maßnahme fixiert.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Finanzierung administrativer Aufgaben der Austrian Development Agency aus der Basisabgeltung und nicht aus dem operativen Budget (Bund 2009/11, SE 6)
ad 1	Die ADA ist weiterhin laufend um eine klare Abgrenzung zwischen operativen und administrativen Ausgaben bemüht.

2	Regelmäßige Rotation bei für Förderungsvergaben zuständigem Personal der Austrian Development Agency (Bund 2009/11, SE 10)
ad 2	Aufgrund der Knappheit von personellen Ressoucen erscheint eine generelle Rotation weiterhin nicht zweckmäßig, es erfolgt aber verstärkter Einsatz interner, abteilungsübergeifender Vergabegremien für alle Ausschreibungs- und Förderbereiche. Die Rotation bei der Abrechnungsprüfung ist bereits verwirklicht.

Globalbudget 12.02 Außen- und integrationspolitische Maßnahmen
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 12.02 Außen-intepol. Maßn.**	DB 12.02.01 EZA u. AKF	DB 12.02.02 Beitr. an Int. Org.	DB 12.02.03 Integration
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,083	0,001		2,082
Erträge	**2,083**	**0,001**		**2,082**
Transferaufwand	182,292	82,025	80,260	20,007
Aufwendungen	**182,292**	**82,025**	**80,260**	**20,007**
Nettoergebnis	**-180,209**	**-82,024**	**-80,260**	**-17,925**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 12.02 Außen-intepol. Maßn.**	DB 12.02.01 EZA u. AKF	DB 12.02.02 Beitr. an Int. Org.	DB 12.02.03 Integration
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,083	0,001		2,082
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,083**	**0,001**		**2,082**
Auszahlungen aus Transfers	182,292	82,025	80,260	20,007
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**182,292**	**82,025**	**80,260**	**20,007**
Nettogeldfluss	**-180,209**	**-82,024**	**-80,260**	**-17,925**

Untergliederung 13 Justiz

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Wir stehen für die Wahrung von Rechtsfrieden und Rechtssicherheit, gewährleisten eine unabhängige Rechtsprechung, handeln unter Achtung der Grund- und Menschenrechte in sozialer Verantwortung und sichern durch unsere Leistungen den Rechts- und Wirtschaftsstandort Österreich.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**980,000**	**921,577**	**973,124**
Auszahlungen fix	1.259,052	1.298,519	1.289,152	1.272,765
Summe Auszahlungen	**1.259,052**	**1.298,519**	**1.289,152**	**1.272,765**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-318,519**	**-367,575**	**-299,641**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	1.036,733	921,162	
Aufwendungen	1.372,272	1.424,719	
Nettoergebnis	**-335,539**	**-503,557**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Gewährleistung der Rechtssicherheit und des Rechtsfriedens (durch Vorschläge zur Anpassung und Weiterentwicklung des Rechtssystems im Hinblick auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse).
Warum dieses Wirkungsziel?
Zur Sicherung des Rechtsfriedens und der Rechtssicherheit und damit des Wohlstandes und der Zufriedenheit der Rechtsuntergebenen ist es notwendig, den Rechtsbestand regelmäßig zu bereinigen und den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechend zu überarbeiten. Die Justiz kann dazu das in der Praxis erworbene Fachwissen nutzen, um Gesetzesentwürfe vorzubereiten und Fachexpertise anderen öffentlichen Körperschaften und Institutionen zur Verfügung zu stellen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Erarbeitung von Begutachtungsentwürfen und Bereitstellung von Fachexpertise, welche den Anforderungen und Bedürfnissen der Gesellschaft an das Rechtssystem entsprechen, wie die Reform im Bereich
- des Erb- und Pflichtteilsrechts
- der Gesellschaft bürgerlichen Rechts
- der Strafprozessordnung („Strafprozessrechtsänderungsgesetz 2014“)

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 13.1.1	Verurteilungsquote Österreichs beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Zivil- und Strafsachen					
Berechnungs-methode	Zählung der jährlichen rechtskräftigen Verurteilungen beim EGMR geteilt durch jährlichen innerstaatlichen Gesamtanfall im Justizressort.					
Datenquelle	ECHR, Bundesministerium für Justiz, Verfahrensautomation Justiz (VJ)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
		0.00021%	0,00006%	0.00019%	0,00018%	0,00015%
	Erläuterungen (optional): Der Indikator weist zwar Schwankungen auf, sollte jedoch im langjährigen Mittel unter 0,00020% liegen.					

Wirkungsziel 2:
Sicherstellung des Zuganges zu Leistungen der Gerichtsbarkeit durch Ausgleich von einkommensmäßigen, sozialen und sonstigen Benachteiligungen.
Warum dieses Wirkungsziel?
In Wahrung der Grundrechte und zur Umsetzung der internationalen Verpflichtung, allen Rechtssuchenden „access to justice“, also möglichst uneingeschränkten Zugang zu den Leistungen der Justiz, zu gewähren und der Wahrnehmung der Justiz als

Serviceeinrichtung, ist es notwendig, baulich, organisatorisch und inhaltlich die Leistungen der Justiz für alle zugänglich und verständlich zu machen. Auch die durch die zunehmenden internationalen Verflechtungen des täglichen Lebens entstehenden neuen Herausforderungen sollten dabei berücksichtigt werden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Bauliche Maßnahmen, wie kundenfreundliche und barrierefreie Adaptierung der öffentlichen Räume in Gerichtsgebäuden und zentrale erster Anlaufstellen für Informationen („Servicecenter“),
- Abbau von Sprachbarrieren durch verständliche – auch fremdsprachige – Formulare und Gerichtsentscheidungen
- Optimierung des Konzeptes der angestellten DolmetscherInnen („Amtsdolmetsch“) entsprechend der Evaluierung des Pilotbetriebs

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 13.2.1	Anzahl der Gerichtsgebäude mit zentraler erster Anlaufstelle für Informationen („Servicecenter“)					
Berechnungs-methode	Zählung					
Datenquelle	BMJ					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
		11		22 der genannten Einrichtungen	34	43
	Erläuterungen (optional):					

Kennzahl 13.2.2	Übersetzung der wichtigsten Formulare und Informationsblätter im Strafprozess in die gängigsten Fremdsprachen					
Berechnungs-methode	Produkt der übersetzten Formulare und Informationsblätter für den Strafprozess und den angebotenen Fremdsprachen (bzw. Prozentsatz größtmöglicher Zielerreichung					
Datenquelle	BMJ					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	0	0	0	0	73 (50%)	146 (100%)
	Erläuterungen (optional):					

Wirkungsziel 3:

Objektive, faire und unabhängige Führung und Entscheidung von Verfahren durch Gerichte und Staatsanwaltschaften in angemessener Dauer.

Warum dieses Wirkungsziel?

Die angemessene Verfahrensdauer bei der Klärung von Konfliktsituationen im zivilrechtlichen Bereich und die strafrechtliche Abklärung von Sachverhalten ist unter Einhaltung der genannten Verfahrensgrundsätze in der öffentlichen Meinung als auch gesellschaftspolitisch von besonderem Interesse für die Wirtschaft und die BürgerInnen Österreichs. Das Vertrauen in eine funktionierende Justiz führt zu Rechtssicherheit, Rechtsfrieden und Stabilität in der Gesellschaft.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Ausbau der Messung und fortlaufende Optimierung der Verfahrensdauer und -abwicklung durch Analyse der Abläufe an Gerichten, die über- oder unterdurchschnittlich lange Verfahrensdauern in streitigen Zivilverfahren aufweisen
- Ausbau der elektronischen Einbringungsmöglichkeit für BürgerInnen, Sachverständige und DolmetscherInnen sowie der elektronischen Zustellungen von Gerichtsentscheidungen.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 13.3.1	Position Österreichs im europäischen Vergleich der Verfahrensdauer „streitiger Scheidungssachen“					
Berechnungs-methode	Evaluierung durch die Kommission für Effizienz der Justiz des Europarates					
Datenquelle	Veröffentlichung des Europarates					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Position 10 von 47			Position 10 von 47	Position ≤ 10 von 47	Position ≤ 10 von 47
	Erläuterungen (optional): Die Daten des Berichts "European Judicial Systems" für 2012 werden im Herbst 2014 veröffentlicht werden.					

Kennzahl 13.3.2	Anteil der auf elektronischem Weg eingebrachten Exekutionsanträge					
Berechnungs-methode	Zählung der in einem Jahr elektronisch eingebrachten Anträge im Verhältnis zum Gesamtanfall					
Datenquelle	VJ					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	69%			73%	76%	77%
	Erläuterungen (optional):					

Kennzahl 13.3.3	Anzahl der von Gerichtssachverständigen und -dolmetscher/innen im elektronischen Weg eingebrachten Dokumente					
Berechnungs-methode	Zählung der in einem Jahr elektronisch eingebrachten Dokumente					
Datenquelle	VJ					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
		1500 Dokumente		3000 Dokumente	3500 Dokumente	4000 Dokumente
	Erläuterungen (optional):					

Kennzahl 13.3.4	Beschwerdequote bei den Justizombudsstellen					
Berechnungs-methode	jährliche Beschwerden geteilt durch jährlichen Gesamtanfall					
Datenquelle	Betriebliches Informationssystem BIS-Justiz					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Zahl nicht verfügbar	Zahl nicht verfügbar	0,016%	0,017%	0,016%	0,016%
	Erläuterungen (optional): Neue, sachgerechtere Berechnungsmethode: Diese stellt auf „echte“ Beschwerden und nicht auf reine Auskünfte ab.					

Wirkungsziel 4:
Sicherstellung der organisatorischen, personellen und sachlichen Voraussetzungen für eine geordnete Rechtsverfolgung und –durchsetzung durch die Justizverwaltung

Warum dieses Wirkungsziel?
Eine nachhaltige Gestaltung der Organisation, die den unterschiedlichen Anforderungen der Gesellschaft gerecht wird und die MitarbeiterInnen bei den Anforderungen ihrer Tätigkeit bestmöglich unterstützt, ist für die Erfüllung des Auftrages der Justiz unerlässlich.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Ausbau der Familiengerichtshilfe, welche die schnelle und nachhaltige Konfliktlösung in Obsorge- und Besuchsrechtsverfahren unterstützen sollen, zur Stärkung der Familiengerichtsbarkeit
- Zielgerichtete und bedarfsmotivierte Aus- und Fortbildungsveranstaltungen, insbesondere im Bereich der Stärkung der fachlichen und sozialen Kompetenz von MitarbeiterInnen
- Strukturoptimierung in der österreichischen Gerichtsorganisation (Bezirksgericht-Organisationsreform)

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 13.4.1	Verfahrensdauer in den Bereichen Obsorge und Besuchsrecht an Standorten mit Familiengerichtshilfe					
Berechnungs-methode	Zählung der durchschnittlichen Verfahrensdauer bezogen auf ein Kalenderjahr vom Tag der Antragstellung bis zur Erledigung					
Datenquelle	VJ					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Zahl nicht verfügbar	Zahl nicht verfügbar	Zahl nicht verfügbar	Istzustand minus 3.5 % (in Tagen)	Istzustand minus 4 % (in Tagen)	Istzustand minus 4,5 % (in Tagen)
	Erläuterungen (optional): noch keine Zahlen erhebbar, Indikator im Aufbau begriffen;					

Kennzahl 13.4.2	Beschwerdequote bei den Justizombudsstellen

Berechnungs-methode	jährliche Beschwerden geteilt durch jährlichen Gesamtanfall					
Datenquelle	Betriebliches Informationssystem BIS-Justiz					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Zahl nicht verfügbar	Zahl nicht verfügbar	0,016%	0,017%	0,016%	0,016%
	Erläuterungen (optional): Neue, sachgerechtere Berechnungsmethode: Diese stellt auf „echte“ Beschwerden und nicht auf reine Auskünfte ab.					

Kennzahl 13.4.3	Anzahl der Bezirksgerichte mit weniger als vier RichterInnen;-Vollzeitäquivalenten					
Berechnungs-methode	Zählung der Gerichte zum 31. Dezember					
Datenquelle	BMJ					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	95	95	95	77	61	61
	Erläuterungen (optional):					

Wirkungsziel 5:
Effektive Durchsetzung von Entscheidungen durch zivil- und strafgerichtlichen Vollzug letzterer unter besonderer Berücksichtigung der Reintegration und Rückfallsprävention sowie der Lebenssituation weiblicher Insassen im Straf- und Maßnahmenvollzug.

Warum dieses Wirkungsziel?
Für einen hohen Grad an Akzeptanz der geltenden Rechtslage und der Verwirklichung der spezial- und generalpräventiven Wirkung von Entscheidungen der Gerichte ist eine rasche und effektive Umsetzung unabdingbar. Der Straf- und Maßnahmenvollzug hat unter Wahrung der sicheren, grund- und menschenrechtskonformen Anhaltung der InsassInnen zu erfolgen. In vier Landesgerichtssprengeln besteht für Frauen im Gegensatz zu Männern nicht die Möglichkeit, im Untersuchungs- bzw. Strafhaft genommen zu werden. Die Haftverbüßung in der Nähe des Lebensmittelpunktes fördert den Erhalt der sozialen Bindungen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Optimierung der Prozesse und Ausbau der IT-Unterstützungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Exekutionsverfahren in der Verfahrensautomation Justiz (VJ), mobilen GerichtsvollzieherInnen, und der Integrierten Vollzugsverwaltung (IVV) zur Beschleunigung der Durchsetzung gerichtlicher Entscheidungen.
- Ausbau des Arbeitswesens im Strafvollzug durch verstärkte Orientierung der Arbeitsleistungen an den Bedürfnissen möglicher LeistungsabnehmerInnen
- Schaffung von Haftplätzen für Frauen in Landesgerichtlichen Gefangenenhäusern einschließlich von Beschäftigungsmöglichkeiten und Mutter-Kind-Haftplätzen
- Bessere Qualifizierung der InsassInnen während der Haft im Bereich zertifizierter Basisbildungsmaßnahmen und berufliche Aufbauschulungen (Computerkurse/ECDL, Lehren, Sprachkurse inkl. Deutsch als Fremdsprache, Erste-Hilfe etc, branchentypische Kurse wie Schweißkurse, Staplerfahrer)..

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 13.5.1	Effizienter Vollzug von Exekutionsanträgen					
Berechnungs-methode	Zählung der Tage zwischen Einbringung eines Exekutionsantrages und der ersten Vollzugshandlung					
Datenquelle	VJ					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
		79,9 Tage		77,1 Tage	75,5 Tage	74 Tage
	Erläuterungen (optional):					

Kennzahl 13.5.2	Beschäftigungsquote Strafhäftlinge					
Berechnungs-methode	durchschnittliche tägliche Arbeitszeit pro Häftling, Zeitraum					
Datenquelle	Integrierte Vollzugsverwaltung (IVV)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015

	2,72 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling	2,75 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling	2,67 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling	2,676 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling	2,776 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling	2,876 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling
	Erläuterungen (optional):					

Kennzahl 13.5.3	Beschäftigungsquote Untersuchungshäftling					
Berechnungsmethode	durchschnittliche tägliche Arbeitszeit pro Häftling					
Datenquelle	Integrierte Vollzugsverwaltung (IVV)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	1,05 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling	1.04 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling	1,02 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling	1.182 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling	1,04 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling	1,05 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling
	Erläuterungen (optional):					

Kennzahl 13.5.4	Anzahl der Abteilungen für weibliche Insassen in Hafteinrichtungen der mit Strafsachen befassten Landesgerichte					
Berechnungsmethode	Zählung der Abteilungen für Frauenvollzug in den Hafteinrichtungen der mit Strafsachen befassten Landesgerichte					
Datenquelle	Vollzugsdirektion					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
		12 von 16		14 von 16	14 von 16	15 von 16
	Erläuterungen (optional):					

Kennzahl 13.5.5	Steigerung der Anzahl der zertifizierten Ausbildungskurse für Insassen					
Berechnungsmethode	Anzahl der angebotenen Kurse pro Häftling pro Jahr					
Datenquelle	Vollzugsdirektion					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	0,010 angebotene Kurse pro Häftling pro Jahr	0,010 angebotene Kurse pro Häftling pro Jahr	0,011 angebotene Kurse pro Häftling pro Jahr	0,015 angebotene Kurse pro Häftling pro Jahr	0,016 angebotene Kurse pro Häftling pro Jahr	0,017 angebotene Kurse pro Häftling pro Jahr
	Erläuterungen (optional): Für die Jahre 2011 bis 2013 wurde die mittlere Justizanstaltenpopulation zur Berechnung herangezogen (kann dem Sicherheitsbericht 2012 entnommen worden). Für die Jahre 2014 und 2015 ist diese naturgemäß noch nicht bekannt, weshalb der Durchschnitt der mittleren Insassenpopulation der letzten 10 Jahre der Berechnung zugrunde gelegt wurde.					

Untergliederung 13 Justiz

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.036,731	921,158	
Finanzerträge	0,002	0,004	
Erträge	**1.036,733**	**921,162**	
Personalaufwand	720,910	666,857	
Transferaufwand	64,001	64,777	
Betrieblicher Sachaufwand	587,361	693,085	
Aufwendungen	**1.372,272**	**1.424,719**	
Nettoergebnis	**-335,539**	**-503,557**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	979,576	921,162	972,492
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,140	0,019	0,140
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,284	0,396	0,492
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**980,000**	**921,577**	**973,124**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.217,366	1.210,591	1.192,066
Auszahlungen aus Transfers	64,001	64,777	59,534
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	17,147	13,779	21,165
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,005	0,005	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.298,519**	**1.289,152**	**1.272,765**
Nettogeldfluss	**-318,519**	**-367,575**	**-299,641**

Untergliederung 13 Justiz
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 13 Justiz**	GB 13.01 Steuerung u.Services	GB 13.02 Rechtspre-chung	GB 13.03 Strafvollzug
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.036,731	0,593	956,020	80,118
Finanzerträge	0,002			0,002
Erträge	**1.036,733**	**0,593**	**956,020**	**80,120**
Personalaufwand	720,910	17,859	482,104	220,947
Transferaufwand	64,001	37,954	19,040	7,007
Betrieblicher Sachaufwand	587,361	17,124	329,505	240,732
Aufwendungen	**1.372,272**	**72,937**	**830,649**	**468,686**
Nettoergebnis	**-335,539**	**-72,344**	**125,371**	**-388,566**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 13 Justiz**	GB 13.01 Steuerung u.Services	GB 13.02 Rechtspre-chung	GB 13.03 Strafvollzug
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	979,576	0,290	923,778	55,508
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,140	0,003	0,010	0,127
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,284	0,010	0,204	0,070
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**980,000**	**0,303**	**923,992**	**55,705**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.217,366	34,368	760,997	422,001
Auszahlungen aus Transfers	64,001	37,954	19,040	7,007
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	17,147	0,202	5,138	11,807
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,005		0,005	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.298,519**	**72,524**	**785,180**	**440,815**
Nettogeldfluss	**-318,519**	**-72,221**	**138,812**	**-385,110**

Globalbudget 13.01 Steuerung und Services

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,593	0,086	
Erträge	**0,593**	**0,086**	
Personalaufwand	17,859	17,694	
Transferaufwand	37,954	37,968	
Betrieblicher Sachaufwand	17,124	16,994	
Aufwendungen	**72,937**	**72,656**	
Nettoergebnis	**-72,344**	**-72,570**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,290	0,086	0,698
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,002	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,010	0,002	0,019
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,303**	**0,090**	**0,716**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	34,368	34,214	32,475
Auszahlungen aus Transfers	37,954	37,968	37,429
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,202	0,342	0,164
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**72,524**	**72,524**	**70,067**
Nettogeldfluss	**-72,221**	**-72,434**	**-69,351**

Globalbudget 13.01 Steuerung und Services

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	Erarbeitung einer Regierungsvorlage für den Bereich des Erb- und Pflichtteilsrechtes, insbesondere im Bereich der Zahlungsmodalitäten des Pflichtteils, der Zuwendungsanrechnung, der Erbunwürdigkeit und der Testamentsformen, der Lebensversicherung sowie der erbrechtlichen Berücksichtigung von Pflegeleistungen.	Erarbeitung einer Regierungsvorlage bis 31.12.2014 unter Beiziehung von SelbstvertreterInnen und ExpertInnen aus dem Bereich Richterschaft, Rechtsanwaltschaft, UniversitätsprofessorInnen, VertreterInnen von Organisationen und Verbänden	Das Testamentsrecht nimmt auf Vorgänge wie Scheidung oder Änderung der Abstammung nicht ausreichend Bedacht. Verbesserungspotential besteht u.a. bei den Regelungen für die Zahlung des Pflichtteils und zur Anrechnung auf den Pflichtteil
WZ 1	Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs für die Reform des ABGB im Bereich der Gesellschaft bürgerlichen Rechtes (GesbR) samt Implementierung zur Harmonisierung mit dem Recht der eingetragenen Personengesellschaften	Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs samt Implementierung bis 30.6.2014 unter Beiziehung von UniversitätsprofessorenInnen, ExpertenInnen aller Rechtsberufe und RechtspflegerInnen	Es bestehen Rechtsunsicherheiten im Rechts- und Geschäftsverkehr in Zusammenhang mit einer GesbR. Gleichzeitig findet eine Erneuerung des Rechts der Personengesellschaften statt.
WZ 1	Novellierung der Strafprozessordnung („Strafprozessrechtsänderungsgesetz 2014“), insbesondere zur Neuregelung des Beschuldigtenbegriffes und dem weiteren Ausbau der Beschuldigten- und Opferrechte im staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren so wie zur Neuregelung der Sachverständigen-Bestellung samt Qualitätssicherung und einer adäquaten Anpassung des Ersatzes der Verteidigungskosten. Darüber hinaus soll ein modernes Mandatsverfahren für Fälle, die keiner Diversion zugänglich sind, eingeführt werden.	Bis 31.12.2014 Erarbeitung eines Gesetzesentwurfes für den Bereich des Strafprozessrechts unter Beiziehung von ExpertInnen aus dem Bereich Justiz, Richterschaft, Rechtsanwaltschaft, UniversitätsprofessorInnen, VertreterInnen von mit dem Strafprozess befassten Organisationen	Die Erkenntnisse des Unterausschusses des Justizausschusses zur Evaluierung der StPO-Reform 2008, sind umzusetzen.
WZ 2	Bauliche Maßnahmen zur kundenfreundlichen und barrierefreien Adaptierung der öffentlichen Räume in Gerichtsgebäuden und Einrichtung zentraler erster Anlaufstellen für Informationen („Servicecenter“)	Anzahl der Gerichtsgebäude mit zentraler erster Anlaufstelle für Informationen („Servicecenter“): Zielzustand 2014: 34 der genannten Einrichtungen; [Berechungsmethode: Zählung; Quelle: BMJ)]	Istzustand 2012: 22
WZ 2	Abbau von Sprachbarrieren durch verständliche – auch fremdsprachige – Formulare und Gerichtsentscheidungen und Evaluierung des Konzeptes der fix angestellten DolmetscherInnen („Amtsdolmetsch“)	Optimierung des Konzeptes der angestellten DolmetscherInnen („Amtsdolmetsch“);	Istzustand 2013: 2 Gerichtsstandorte mit 11,53 Dol-metsch-Vollzeitkräften
		Übersetzung der wichtigsten Formulare und Informationsblätter im Strafprozess in die gängigsten Fremdsprachen; Zielzustand 2014: (50%) der 9 gängigsten in 16 Sprachen zu übersetzenden Formulare; [Berechungsmethode: Zählung; Quelle: BMJ)]	Istzustand 2013: 0

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Die Erarbeitung eines Gesetzesentwurfes für den Bereich der Obsorge, Besuchs- und Verfahrensrechts in Pflegschaftssachen zur Förderung der gemeinsamen Obsorge, verstärkten Rechtssicherheit: mit KindNamRÄG 2013 bereits umgesetzt.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Ermittlung systematischer Kennzahlen hinsichtlich der Erledigungsdauer von Straf– und Zivilverfahren auf Grundlage der automationsunterstützt erfassten Daten (Bund 2011/5, SE 12)
ad 1	Eine Verfahrensdauerstatistik für Zivil- und Strafsachen liegt bereits seit längerer Zeit vor.

2	Evaluierung der Verfahrensautomation Justiz im Hinblick auf die Ermöglichung unmittelbar weiterführender Analysen; Berücksichtigung einer anwenderInnenfreundlicheren Gestaltung (Bund 2009/12, SE 10)
ad 2	Wesentliche Statistikprodukte werden den Justizanwender/innen durch die Statistikdatenbank im Intranet zur Verfügung gestellt. Diese basieren auf den Daten im Datawarehouse. Der eigentliche Zweck der VJ ist die elektronische Registerführung.

3	Entwicklung eines an die speziellen Erfordernisse der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit ausgerichteten Revisionssystems (Bund 2011/5, SE 9)
ad 3	Im Rahmen des bereits weit fortgeschrittenen Projekts IRStA wurden umfassende Prüfprogramme, Datenpakete und Kennzahlen erarbeitet. Erste Probeläufe werden 2014 durchgeführt.

4	IT–mäßige Vernetzung von BMI und BMJ zur Einrichtung einer ressortübergreifenden Informationsschiene zwischen Staatsanwaltschaften, Gerichten und ermittelnden Dienststellen; Einbindung des Bundeskriminalamts in den elektronischen Rechtsverkehr zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft (Bund 2011/6, SE 2)
ad 4	Als verbindendes Glied zwischen den Staatsanwaltschaften und den Gerichten dient die Verfahrensautomation Justiz (VJ). Eine Verbindung zwischen den IT-Systemen des BMJ (VJ) und des BMI (PAD) wurde ebenfalls bereits hergestellt. Die Einbindung des Bundeskriminalamts liegt nicht im Zuständigkeitsbereich des BMJ.

5	Abgleich der Daten zwischen Firmenbuch, Zentralem Melderegister und Grundbuch (Bund 2012/5, SE 32, SE 36)
ad 5	Die Umsetzung wäre eine Durchbrechung des im FB und (weitestgehend) im GB geltenden Antragsprinzips, ist aus Gründen des Datenschutzes nachteilig und in rechtspolitischer Hinsicht (konstitutive Wirkung vieler Eintragungen im GB) nicht erstrebenswert.

Globalbudget 13.01 Steuerung und Services
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 13.01 Steuerung u.Services**	DB 13.01.01 Strategie, Legistik	DB 13.01.02 Sachw.&Patientenanw.	DB 13.01.03 Opferhilfe
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,593	0,593		
Erträge	**0,593**	**0,593**		
Personalaufwand	17,859	17,859		
Transferaufwand	37,954	0,081	32,284	5,589
Betrieblicher Sachaufwand	17,124	17,124		
Aufwendungen	**72,937**	**35,064**	**32,284**	**5,589**
Nettoergebnis	**-72,344**	**-34,471**	**-32,284**	**-5,589**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 13.01 Steuerung u.Services**	DB 13.01.01 Strategie, Legistik	DB 13.01.02 Sachw.&Patientenanw.	DB 13.01.03 Opferhilfe
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,290	0,290		
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,003		
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,010	0,010		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,303**	**0,303**		
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	34,368	34,368		
Auszahlungen aus Transfers	37,954	0,081	32,284	5,589
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,202	0,202		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**72,524**	**34,651**	**32,284**	**5,589**
Nettogeldfluss	**-72,221**	**-34,348**	**-32,284**	**-5,589**

Globalbudget 13.02 Rechtsprechung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	956,020	875,193	
Erträge	**956,020**	**875,193**	
Personalaufwand	482,104	451,779	
Transferaufwand	19,040	19,021	
Betrieblicher Sachaufwand	329,505	441,651	
Aufwendungen	**830,649**	**912,451**	
Nettoergebnis	**125,371**	**-37,258**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	923,778	875,193	919,664
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,010	0,012	0,038
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,204	0,282	0,328
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**923,992**	**875,487**	**920,029**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	760,997	756,281	745,016
Auszahlungen aus Transfers	19,040	19,021	18,532
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	5,138	3,506	7,286
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,005	0,005	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**785,180**	**778,813**	**770,834**
Nettogeldfluss	**138,812**	**96,674**	**149,195**

Globalbudget 13.02 Rechtsprechung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 3	Optimierung der Verfahrensabläufe durch Analyse der Abläufe an Bezirksgerichten, die über- oder unterdurchschnittlich lange Verfahrensdauern in streitigen Zivilverfahren aufweisen	Senkung der Anzahl der bei Säumigkeit des Entscheidungsträgers am Bezirksgericht eingebrachten Fristsetzungsanträge; Zielzustand 2014: 160 Beschwerden	Istzustand 2013: 165 Beschwerden
		Position Österreichs im Vergleich der Verfahrensdauer „streitiger Scheidungssachen“: Zielzustand 2014: Position ≤10 von 47;	Istzustand 2010: Position 10 von 47
WZ 3	Ausbau der elektronischen Einbringungsmöglichkeiten für BürgerInnen, Sachverständige und DolmetscherInnen sowie der elektronischen Zustellungen von Gerichtsentscheidungen	Anteil der auf elektronischem Weg eingebrachten Exekutionsanträge: Zielzustand 2014: 76%; Zielzustand 2015: 77%;	Istzustand 2010: 69%
		Anzahl der von Gerichtssachverständigen und - dolmetscherInnen im elektronischen Weg eingebrachten Dokumente: Zielzustand 2014: 3500 Dokumente;	Istzustand 2011: 1500 Dokumente
		Anzahl der elektronischen Zustellungen; Zielzustand 2014: 7,1 Mio. jährliche Zustellungen; [Berechnungsmethode: Zählung; Quelle: BMJ]	Istzustand 2011: 6,5 Mio. jährliche Zustellungen;
WZ 5	Optimierung der Prozesse und Ausbau der IT- Unterstützungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Exekutionsverfahren in der Verfahrensautomation Justiz (VJ), mobilen GerichtsvollzieherInnen, und der Integrierten Vollzugsverwaltung (IVV) zur Beschleunigung der Durchsetzung gerichtlicher Entscheidungen	Zeitraum zwischen der Einbringung eines Exekutionsantrages und der ersten Vollzugshandlung: Zielzustand 2014: 75,5 Tage; [Berechnungsmethode: Zählung; Quelle: BMJ]	Istzustand 2011: 79 Tage
WZ 4	Ausbau der Familiengerichtshilfe, welche die schnelle und nachhaltige Konfliktlösung in Obsorge- und Besuchsrechtsverfahren unterstützen soll, zur Stärkung der Familiengerichtsbarkeit	Verkürzung der Verfahrensdauer in den Bereichen Obsorge und Besuchsrecht an Standorten mit Familiengerichtshilfe: Zielzustand 2014: Istzustand minus 4 % in Tagen;	Istzustand 2012: Indikator im Aufbau begriffen
WZ 4	Zielgerichtete und bedarfsmotivierte Aus- und Fortbildungsveranstaltungen, insbesondere im Bereich der Stärkung der fachlichen und sozialen Kompetenz von MitarbeiterInnen	Jährliche Anzahl von Personentagen von RichterInnen, StaatsanwältInnen und RichteramtsanwärterInnen bei Fortbildungsveranstaltungen; Zielwert 2014: 10529 Tage [Zählung; Quelle: BMJ]	Istzustand 2012: 10844 Personentage

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Analyse der Ursachen für den Anstieg der Bearbeitungszeiten; Ermittlung von Kennzahlen zur Erledigungsdauer im strafprozessualen Verfahren (Bund 2010/3, SE 6)

ad 1	Die Verfahrensdauerstatistik für Strafsachen ist bereits seit längerer Zeit umgesetzt und in der Statistik-Datenbank abrufbar.

2	Entsprechende Gestaltung der Verfahrensautomation Justiz zur Ermöglichung der Ermittlung der Verfahrensdauer auch unter Herausrechnung verfahrensneutraler Zeiten wie Ruhen oder Unterbrechung (Bund 2009/12, SE 5)
ad 2	Die Ressourcen im Statistikbereich sind begrenzt, weshalb eine Umsetzung der Empfehlung bisher nicht möglich war.

3	Verstärkung der Zusammenarbeit vor allem in komplexen und ermittlungstechnisch anspruchsvollen Fällen zwischen Ermittlungsbehörden und Staatsanwaltschaften (Bund 2011/5, SE 33)
ad 3	Insbesondere aufgrund der bestehenden Gesprächsplattformen (StA/Kriminalpolizei) und der Runden Tische (BMJ/BMI) hat der Rechnungshof die Empfehlung bereits als umgesetzt angesehen. Diese Zusammenarbeit wird weitergeführt.

4	Detaillierte Erfassung der Gründe für RichterInnenwechsel; möglichst rasche Nachbesetzung offener Richterplanstellen (Bund 2009/12, SE 16)
ad 4	Mit § 33 RStDG existiert eine Regelung, durch die häufige Richter/innenwechsel möglichst hintangehalten werden können. Die rasche Nachbesetzung wird angestrebt, gewisse externe Umstände (z.B. Limitierung bei besoldeten VZK) erschweren dies jedoch.

5	Schaffung einer Verpflichtung zur Darlegung der Einstellungsgründe (Bund 2011/5, SE 2, SE 22)
ad 5	Opfer können binnen 14 Tagen nach der Verständigung eine Begründung verlangen (§ 194 Abs. 2 StPO), gemäß § 70 Abs. 1a StPO können sie erklären, auf weitere Verständigungen und Ladungen zu verzichten. Es bestehen daher maximale Wahlmöglichkeiten. Der Rechnungshof beurteilte diese Empfehlung bereits als umgesetzt.

Globalbudget 13.02 Rechtsprechung
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 13.02 Rechtsprechung**	DB 13.02.01 OGH + GP	DB 13.02.02 OLG Wien	DB 13.02.03 OLG Linz	DB 13.02.04 OLG Graz
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	956,020	0,643	449,375	168,749	153,880
Erträge	**956,020**	**0,643**	**449,375**	**168,749**	**153,880**
Personalaufwand	482,104	14,624	220,407	92,864	90,695
Transferaufwand	19,040			0,001	
Betrieblicher Sachaufwand	329,505	1,852	144,796	52,369	50,064
Aufwendungen	**830,649**	**16,476**	**365,203**	**145,234**	**140,759**
Nettoergebnis	**125,371**	**-15,833**	**84,172**	**23,515**	**13,121**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 13.02 Rechtsprechung**	DB 13.02.01 OGH + GP	DB 13.02.02 OLG Wien	DB 13.02.03 OLG Linz	DB 13.02.04 OLG Graz
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	923,778	0,128	434,373	162,284	147,923
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,010	0,002	0,001	0,001	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,204	0,002	0,088	0,050	0,028
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**923,992**	**0,132**	**434,462**	**162,335**	**147,952**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	760,997	15,788	336,566	137,868	134,243
Auszahlungen aus Transfers	19,040			0,001	
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	5,138	0,038	2,001	0,351	0,301
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,005		0,001	0,001	0,001
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**785,180**	**15,826**	**338,568**	**138,221**	**134,545**
Nettogeldfluss	**138,812**	**-15,694**	**95,894**	**24,114**	**13,407**

DB 13.02.05 OLG Inns-bruck	DB 13.02.06 Zentr. Res-sourcen
135,460	47,913
135,460	**47,913**
62,105	1,409
	19,039
29,722	50,702
91,827	**71,150**
43,633	**-23,237**

DB 13.02.05 OLG Inns-bruck	DB 13.02.06 Zentr. Res-sourcen
131,158	47,912
0,001	0,004
0,036	
131,195	**47,916**
86,868	49,664
	19,039
0,151	2,296
0,001	0,001
87,020	**71,000**
44,175	**-23,084**

Globalbudget 13.03 Strafvollzug

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	80,118	45,879	
Finanzerträge	0,002	0,004	
Erträge	**80,120**	**45,883**	
Personalaufwand	220,947	197,384	
Transferaufwand	7,007	7,788	
Betrieblicher Sachaufwand	240,732	234,440	
Aufwendungen	**468,686**	**439,612**	
Nettoergebnis	**-388,566**	**-393,729**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	55,508	45,883	52,131
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,127	0,005	0,103
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,070	0,112	0,145
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**55,705**	**46,000**	**52,379**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	422,001	420,096	414,575
Auszahlungen aus Transfers	7,007	7,788	3,574
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	11,807	9,931	13,714
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**440,815**	**437,815**	**431,863**
Nettogeldfluss	**-385,110**	**-391,815**	**-379,485**

Globalbudget 13.03 Strafvollzug

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 5	Ausbau des Arbeitswesens im Strafvollzug durch verstärkte Orientierung der Arbeitsleistungen an den Bedürfnissen möglicher LeistungsabnehmerInnen	Beschäftigungsquote der - Strafhäftlinge: Zielzustand 2014: 2,776 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling - Untersuchungshäftlinge: Zielzustand 2014: 1,04 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling	Istzustand 2011 Strafhaft: 2,569 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling Istzustand 2011 Untersuchungshaft:1,135 Arbeitsstunden pro Tag pro Häftling
WZ 5	Schaffung von Haftplätzen für Frauen in Landesgerichtlichen Gefangenenhäusern einschließlich von Beschäftigungsmöglichkeiten und Mutter-Kind-Haftplätzen	Anzahl der Abteilungen für weibliche Insassen in Hafteinrichtungen der mit Strafsachen befassten Landesgerichte; Zielzustand: 2016: 15 von 16;	Istzustand 2011: 12 von 16
WZ 5	Ausbau der justizeigenen Kapazitäten für den Maßnahmenvollzug gemäß § 21 Abs. 1 Strafgesetzbuch (Unterbringung in einer Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher)	Entwicklung eines Konzeptes zum Ausbau der justizeigenen Kapazitäten für den Maßnahmenvollzug gemäß § 21 Abs. 1 Strafgesetzbuch bis 30.6.2014 zur Vermeidung von Mehrkosten einer Fremdunterbringung.	Der steigende Bedarf an Plätzen für den Maßnahmenvollzug kann in justizeigenen Einrichtungen nicht abgedeckt werden.
WZ 5	Bessere Qualifizierung der InsassInnen während der Haft	Steigerung der Anzahl der angebotenen Kurse pro Häftling pro Jahr Zielzustand 2014: 0,016 angebotene Kurse pro Häftling pro Jahr	Istzustand 2013: 0,015 angebotene Kurse pro Häftling pro Jahr

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Verstärkte Maßnahmen zur Stabilisierung der Anzahl der im Maßnahmenvollzug Untergebrachten (Bund 2012/3, SE 14)
ad 1	Es wurden Kennzahlen implementiert und zu einem bundesweiten Monitoring des Maßnahmenvollzuges mit einem jährlichen Bericht ausgebaut sowie eine IRKS-Studie beauftragt und im Oktober 2012 vorgestellt. Auf dieser Basis wurden und werden zahlreiche Maßnahmen (Projekt zur § 45 StGB, Verbesserungen bei der Nachbetreuung, Zielvereinbarungen mit Justizanstalten) gesetzt.

2	Schaffung von ausreichenden Kapazitäten für bedarfsgerechte und gesetzmäßige Unterbringung von geistig abnormen zurechnungsfähigen RechtsbrecherInnen (Bund 2010/11, SE 3)
ad 2	Es wird trotz nach wie vor angespannter Auslastungssituation im Rahmen der faktischen Möglichkeiten weiterhin danach getrachtet, geistig abnorme zurechnungsfähige Rechtsbrecher/innen in gesonderten Anstalten oder Abteilungen unterzubringen.

3	Schaffung einer ausreichenden Versorgungsstruktur und Kostenbeteiligung für die Nachbetreuung durch die Bundesländer (Bund 2010/11, SE 9)
ad 3	Die Bundesländer sind nicht bereit, sich an den Kosten für die Nachbetreuung zu beteiligen.

4	Anpassung der Pauschalvergütung der Länder im Bereich der medizinischen Versorgung im Strafvollzug (Bund 2012/3, SE 12)
ad 4	Das BMJ würde Leistungssteigerungen der Länder begrüßen. Bisherige Initiativen des BMJ sind jedoch immer am Widerstand der Länder gescheitert.

5	Kooperation mit dem Heeresspital (Bund 2012/3, SE 17)

ad 5	Die stationäre Aufnahme von Insass/innen wurde seitens des BMLVS abgelehnt. Die bestehende Kooperation bei ambulanten Untersuchungen und Behandlungen wurde jedoch in ein ständiges Verwaltungsübereinkommen übergeführt und auf weitere Standorte ausgeweitet.

Globalbudget 13.03 Strafvollzug
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 13.03 Strafvoll-zug**	DB 13.03.01 Justizan-stalten	DB 13.03.02 Bewäh-rungshilfe
Erträge aus der operativen Verwaltungstätig-keit und Transfers	80,118	80,117	0,001
Finanzerträge	0,002	0,002	
Erträge	**80,120**	**80,119**	**0,001**
Personalaufwand	220,947	220,927	0,020
Transferaufwand	7,007	1,467	5,540
Betrieblicher Sachaufwand	240,732	208,421	32,311
Aufwendungen	**468,686**	**430,815**	**37,871**
Nettoergebnis	**-388,566**	**-350,696**	**-37,870**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 13.03 Strafvoll-zug**	DB 13.03.01 Justizan-stalten	DB 13.03.02 Bewäh-rungshilfe
Einzahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit und Transfers	55,508	55,507	0,001
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,127	0,127	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Dar-lehen sowie gewährten Vorschüssen	0,070	0,070	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**55,705**	**55,704**	**0,001**
Auszahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit	422,001	389,670	32,331
Auszahlungen aus Transfers	7,007	1,467	5,540
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	11,807	11,807	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**440,815**	**402,944**	**37,871**
Nettogeldfluss	**-385,110**	**-347,240**	**-37,870**

Untergliederung 14 Militärische Angelegenheiten und Sport

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

- Das Österreichische Bundesheer (ÖBH) leistet im Rahmen der militärischen Landesverteidigung einen nachhaltigen Beitrag zum Schutz der staatlichen Souveränität und steht ständig für Hilfs- und Katastrophenhilfeeinsätze für die Bevölkerung sowie für den Schutz der strategischen Infrastruktur Österreichs zur Verfügung. Das ÖBH leistet mit bestens ausgebildeten Soldatinnen und Soldaten und modern ausgestattet einen Beitrag zu internationalen Maßnahmen der Friedenssicherung, der humanitären Hilfe und Katastrophenhilfe, vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union.
- Mit einem modernen Sportmanagement auf Bundesebene wollen wir einen Beitrag zu mehr körperlicher Fitness der Österreicherinnen und Österreicher durch gesundheitsfördernde Bewegungsmaßnahmen leisten, die allg. Rahmenbedingungen für die Ausübung von sportlichen Aktivitäten nachhaltig sicher stellen und den heimischen Spitzensport dahingehend fördern, dass dieser in der Lage ist, Höchstleistungen zu erbringen, die internationale Anerkennung und Achtung finden.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**50,038**	**48,538**	**68,897**
Auszahlungen fix	2.086,027	2.157,027	2.149,352	2.205,319
Summe Auszahlungen	**2.086,027**	**2.157,027**	**2.149,352**	**2.205,319**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-2.106,989**	**-2.100,814**	**-2.136,422**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	53,481	45,008	
Aufwendungen	2.185,981	2.058,098	
Nettoergebnis	**-2.132,500**	**-2.013,090**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Sicherstellung einer angemessenen Reaktionsfähigkeit im Rahmen der militärischen Landesverteidigung auf sich ändernde sicherheitspolitische Verhältnisse unter Gewährleistung der staatlichen Souveränität.

Warum dieses Wirkungsziel?
Dem ÖBH obliegt als Kernaufgabe die Gewährleistung der staatlichen Souveränität. Das bedeutet auch die Sicherstellung einer angemessenen Reaktionsfähigkeit auf sich ändernde sicherheitspolitische Verhältnisse.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- 14.1.1. Optimierung der Verwaltung und Effizienzsteigerung beim Betrieb im ÖBH und einer prioritären Zuordnung von Ressourcen auf jene Organisationselemente, welche mit hoher Wahrscheinlichkeit für Einsätze nachgefragt werden;
- 14.1.3. Steigerung von Kooperationen.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 14.1.1	Stärkung der Einsatzorganisation durch Verbesserung des Verhältnisses zwischen Truppe (z.B. Brigaden) und Grundorganisation (z.B. Militärkommanden, Ämter) zu Gunsten der Truppe.					
Berechnungsmethode	Gegenüberstellung der Arbeitsplatzbesetzungsgrade bei der Truppe bzw. Grundorganisation.					
Datenquelle	Standesübersicht BMLVS.					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2024
	nicht verfügbar	1:1,19	1:1,15	1:1,17	1:1,12	1:1,02

Kennzahl 14.1.2	Besetzungsgrade bei den Waffengattungen (Organisationselemente, wie z.B. Infanterie, Pioniere, Sanitätselemente) mit hoher Einsatzwahrscheinlichkeit.					
Berechnungsmethode	Zuordnung der betroffenen Waffengattungen gemäß Kennzahlensteckbrief. Verhältnis der systemisierten Arbeitsplätze in den Organisationsplänen zu den tatsächlich besetzten Arbeitsplätzen.					
Datenquelle	Personalinformationssystem; Kennzahlensteckbrief.					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2022

	nicht verfügbar	75 %	72 %	78 %	74 %	82 %
	Aufgrund organisatorischer Änderungen mussten die Kennzahlen ab 2014 gegenüber dem BVA 2013 (BVA 2013: Zielzustand 2016: 82 %) angepasst werden.					

Kennzahl 14.1.3	Steigerung der Kooperationsabkommen.					
Berechnungsmethode	Anzahl der Kooperationen.					
Datenquelle	Abkommensdatenbank BMLVS.					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfügbar	nicht verfügbar	194	200	255	275

Wirkungsziel 2:
Gewährleistung der unmittelbaren Hilfestellung für die österreichische Bevölkerung im Katastrophenfall und des der Bedrohungslage angepassten Schutzes der kritischen Infrastruktur des Landes.
Warum dieses Wirkungsziel?
Ein rasches und professionelles Wirksamwerden des ÖBH im Anlassfall im Inland, die Mitwirkung bei der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der kritischen Infrastruktur sowie Schutz und Hilfe für die Bevölkerung sind Voraussetzungen für einen lebenswerten Staat.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- 14.2.1. Bereithalten von rasch verfügbaren Kräften für Katastrophenhilfeeinsätze im Inland sowie zum Schutz der kritischen Infrastruktur und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung;
- 14.2.2. Verwendung von militärischen Gütern auch für Katastrophenhilfeeinsätze.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 14.2.1	Permanent wirksames Alarmierungs- und Aufbietungssystem zur Bereitstellung von Personen für Katastrophenhilfeeinsätze im Inland und zum Schutz kritischer Infrastruktur (davon bei Bedarf ein Teil der Personen mit 24-stündiger Marschbereitschaft).					
Berechnungsmethode	Anzahl der für den Einsatz bereitgestellten Soldatinnen und Soldaten.					
Datenquelle	Einsatzbereitschaftsmeldung.					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfügbar	15.400/1.000	10.800/1.000	mind. 12.500/1.000	mind. 12.500/1.000	mind. 12.500/1.000
	Zahlenangaben „mind. 12.500“ gemäß Sicherheitsstrategie.					

Kennzahl 14.2.2	Halten des Anteils des Vermögenswertes von militärischen Gütern im Verhältnis zum Gesamtvermögen, die auch für Katastrophenhilfeeinsätze verwendbar sind.					
Berechnungsmethode	Anteil der Vermögenswerte, die auch für Katastrophenhilfeeinsätze verwendbar sind am Gesamtvermögen in %.					
Datenquelle	Vermögensrechnung.					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	nicht verfügbar	nicht verfügbar	nicht verfügbar	21	21	21
	Da der SAP-Anlagespiegel ho nicht verfügbar ist, wird folgende Hypothese angenommen: „20% des Vermögens unter A.II.3 sind als Dual-Use-Gerät zu identifizieren.“ Aufgrund der sinkenden Budgets für Investitionen ist das Halten des Vermögenswertes bereits als ambitioniert zu betrachten.					

Wirkungsziel 3:
Gewährleistung eines angemessenen solidarischen Beitrages zur internationalen Friedenssicherung, der humanitären Hilfe und der Katastrophenhilfe.
Warum dieses Wirkungsziel?

Österreich bekennt sich zu einer aktiven, kontinuierlichen europäischen Sicherheits- und Entwicklungshilfepolitik. Dies umfasst die Teilnahme an Maßnahmen der Friedenssicherung, der humanitären Hilfe und der Katastrophenhilfe sowie der Such- und Rettungsdienste im Ausland durch Bereitstellung von militärischen Kräften bei erhöhter Qualität und reduzierter Quantität.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- 14.3.1. Bereithalten von rasch verfügbaren Kräften für Einsätze zur internationalen Friedenssicherung, Krisenmanagement, der humanitären Hilfe und Katastrophenhilfe.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 14.3.1	Ein permanent wirksames Alarmierungs- und Aufbietungssystem zur Bereitstellung von Soldatinnen und Soldaten im Rahmen von Einsätzen im Ausland ist vorhanden.					
Berechnungsmethode	Summe der im Ausland eingesetzten Soldatinnen und Soldaten.					
Datenquelle	Einsatzbereitschaftsmeldung.					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfügbar	1.300	1.400	1.400	mind. 1.100	mind. 1.100
	Zahlenangaben „mind. 1.100“ gemäß Sicherheitsstrategie.					

Kennzahl 14.3.2	Bereitstellung von Soldatinnen und Soldaten für die Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung europäischer Auslandseinsätze im Rahmen der EU-Battlegroup 2016-2.					
Berechnungsmethode	Personeller Befüllungsgrad durch den Organisationsplan. Abschluss der nationalen und internationalen Zertifizierungsübungen gemäß dem nationalen und internationalen Übungsplan 2015/16. Einsatzbereitschaftsmeldung durch die Lead-Nation an die Europäische Union.					
Datenquelle	Ministerratsbeschluss, Weisungen, Organisationsplan, Evaluierungsberichte, nat.&internat. Zertifizierungs-Übungsplan 2015/16.					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	nicht verfügbar	nicht verfügbar	Österreichische Beteiligung bei EU eingemeldet	nicht verfügbar	nicht verfügbar	Österreichisches Kontingent für Einsatz bereit gestellt

Wirkungsziel 4:

Positionierung des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) und des ÖBH als attraktiven Dienstgeber für Frauen und Männer sowie Gewährleistung einer effektiven und einsatzorientierten Ausbildung für alle Soldatinnen, Soldaten und Zivilbediensteten.

Warum dieses Wirkungsziel?

Das BMLVS und das ÖBH müssen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben für alle Menschen gleichermaßen wirksame Lösungsansätze und Maßnahmen gewährleisten – dies gilt insbesondere im Einsatz des ÖBH. Es wird davon ausgegangen, dass gemischte Teams effektiver sind und umfassendere Lösungen entwickeln. Die verstärkte Einbindung von Frauen auf allen Ebenen soll dazu beitragen, eine ganzheitliche, zielgruppenorientierte Aufgabenerfüllung zu gewährleisten.

Eine einsatzorientierte und attraktive Ausbildung beim ÖBH ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg bei Einsätzen im In- und Ausland. Mit einer engagierten Ausbildung wird der Sinn und Zweck des ÖBH besser vermittelt sowie das Vertrauen in die Einsatzbereitschaft nach innen und außen gestärkt. Damit werden auch wesentliche Voraussetzungen für die Personalgewinnung geschaffen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- 14.4.1. Personalentwicklungsmaßnahmen (z.B. Soldatinnen- und Soldaten-Mentoring, Frauen-Mentoring, Cross-Mentoring Programm Bund, Vernetzungstreffen) auf allen Ebenen und für alle Funktionen, welche die besonderen geschlechter- und diversitätsbezogenen Entwicklungspotenziale und Fähigkeiten sowie die Lebensumstände aller Ressortangehörigen berücksichtigen;
- 14.4.2. Zeitgemäße und insbesondere einsatzorientierte Ausbildung hinsichtlich Inhalten, Methoden, Didaktik und Qualitätssicherung;
- 14.4.3. Reform des Wehrdienstes.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 14.4.1	Anteil von Frauen in Führungspositionen.					
Berechnungs-methode	Ministerratsbeschluss 145/29 vom 30. Mai 2012.					
Datenquelle	MIS.					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2021
	nicht verfüg-bar	A1/4-6: 6,6 % A2/5-8:10,1 % A3/5-8: 9,2 %	nicht verfüg-bar	A1/4-6: 7,6 % A2/5-8:11,6 % A3/5-8: 9,8 %	nicht verfüg-bar	A1/4-6: 11 % A2/5-8: 15 % A3/5-8: 12 %
	Die Zielwerte des Ministerratsbeschlusses 145/29 vom 30. Mai 2012 wurden mit Wirkung 01. Juli 2013 bereits überschritten. Da sich Änderungen eher mittel- bis langfristig auswirken, erfolgt die Erfassung des Istzustandes in 2-Jahres-Schritten.					

Kennzahl 14.4.2	Akkreditierung gemäß dem Hochschulqualitätssicherungsgesetz zur Sicherstellung der Nachhaltigkeit der Offiziersausbildung im tertiären Bildungssystem.					
Berechnungs-methode	Anzahl der Akkreditierungen.					
Datenquelle	Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria.					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfüg-bar	2 (befristet)	2 (befristet)	2 (befristet)	2 (befristet)	2
	Erhaltung der Akkreditierungen mit Audit 2016.					

Kennzahl 14.4.3	Grad der Zufriedenheit mit der Umsetzung der Reform des Wehrdienstes.					
Berechnungs-methode	Befragung aller Grundwehrdiener. Auswertung der standardisierten Befragungsbögen nach dem Schulnotensystem.					
Datenquelle	Überprüfungs-/Evaluierungsberichte, Befragungen.					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfüg-bar	nicht verfüg-bar	nicht verfüg-bar	Implementie-rung	3,0	2,0

Wirkungsziel 5:
Aufklärung und Förderung von Maßnahmen zur Steigerung der gesundheitsfördernden Bewegung von Menschen in Österreich sowie Positionierung österreichischer Spitzensportlerinnen und Spitzensportler in der Weltklasse unter Nutzung bestehender und zu entwickelnder Möglichkeiten.

Warum dieses Wirkungsziel?
Die Steigerung der sportlich aktiven Bevölkerung erscheint im Hinblick auf den allgemeinen Gesundheitszustand der Gesamtbevölkerung in Österreich und die damit verbundenen volkswirtschaftlichen Auswirkungen insbesondere im Bereich des Gesundheitswesens und des Arbeitsmarktes, als erstrebenswert. Spitzensportleistungen der Weltklasse sind als unverzichtbarer Bestandteil einer hoch entwickelten Kultur und des Ansehens in der Welt zu sehen und daher in ausreichendem Maße sicher zu stellen. Das Bundes-Sportförderungsgesetz sieht daher die Förderung des Sports aus Bundesmitteln vor, soweit es sich um Vorhaben von internationaler oder gesamtösterreichischer Bedeutung handelt. Dies beinhaltet auch die Schaffung und nachhaltige Festigung von sportrelevanten chancengleichen Strukturen in Österreich und ein professionelles Management zur Umsetzung von Maßnahmen im Breiten- und Spitzensport.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- 14.5.1. Umsetzung im Rahmen von strategischen Entwicklungskonzepten (nationale Aktionspläne Integration, Bewegung, Behinderte, Sportstättenentwicklungsplan etc.).
- 14.5.2. Synchronisation bestehender Förder- und Abrechnungsrichtlinien.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 14.5.1	Steigerung der internationalen Topplatzierungen von österreichischen Sportlerinnen und Sportlern.					
Berechnungs-methode	Gesamtsumme der Topplatzierungen (1. bis 3. Platz bei Weltmeisterschaften; 1. Platz bei Europameisterschaften) von österreichischen Sportlerinnen und Sportlern.					
Datenquelle	Erfolgsbilanz des österreichischen Sports der Bundes-Sportorganisation.					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015

	nicht verfügbar	203	256	208	260	260
	Die schwankenden Jahreswerte ergeben sich aus dem Umstand, dass die Anzahl der jährlich statt findenden Großsportveranstaltungen bei denen österreichische Sportlerinnen und Sportler Topplatzierungen erreichen können, variiert.					

Kennzahl 14.5.2	Sportliche Aktivierung der Bevölkerung (Erhöhung des Aktivanteils).					
Berechnungsmethode	Getrennte Erhebung von Frauen und Männern ab dem 15. Lebensjahr.					
Datenquelle	Auswertung Gesundheitsbefragung durch Statistik Austria.					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	23,3 % Frauen 31,8 % Männer	nicht verfügbar	nicht verfügbar	nicht verfügbar	nicht verfügbar	28,3 % Frauen 36,8 % Männer
	Die Werte beziehen sich auf die sportlich aktiven Personen. Da zu erwarten ist, dass sich das Verhalten der Bevölkerung nur langfristig verändert, werden die nächsten Werte erst 2020 durch die Statistik Austria zu erheben sein.					

Untergliederung 14 Militärische Angelegenheiten und Sport

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	53,481	45,008	
Erträge	**53,481**	**45,008**	
Personalaufwand	1.150,155	1.111,555	
Transferaufwand	140,915	146,850	
Betrieblicher Sachaufwand	894,911	799,693	
Aufwendungen	**2.185,981**	**2.058,098**	
Nettoergebnis	**-2.132,500**	**-2.013,090**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	46,508	45,008	65,561
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,022	0,022	0,015
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	3,508	3,508	3,320
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**50,038**	**48,538**	**68,897**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.742,889	1.743,802	2.055,056
Auszahlungen aus Transfers	140,909	146,850	146,806
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	269,728	256,697	1,399
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	3,501	2,003	2,059
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.157,027**	**2.149,352**	**2.205,319**
Nettogeldfluss	**-2.106,989**	**-2.100,814**	**-2.136,422**

Untergliederung 14 Militärische Angelegenheiten und Sport
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 14 Milit. Ang. u. Sport**	GB 14.01 Steuerung u. Service	GB 14.02 Streitkräfte	GB 14.03 Sport
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	53,481	14,469	38,836	0,176
Erträge	**53,481**	**14,469**	**38,836**	**0,176**
Personalaufwand	1.150,155	160,750	986,728	2,677
Transferaufwand	140,915	8,961	2,454	129,500
Betrieblicher Sachaufwand	894,911	54,782	834,481	5,648
Aufwendungen	**2.185,981**	**224,493**	**1.823,663**	**137,825**
Nettoergebnis	**-2.132,500**	**-210,024**	**-1.784,827**	**-137,649**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 14 Milit. Ang. u. Sport**	GB 14.01 Steuerung u. Service	GB 14.02 Streitkräfte	GB 14.03 Sport
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	46,508	14,108	32,305	0,095
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,022	0,001	0,015	0,006
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	3,508	3,500		0,008
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**50,038**	**17,609**	**32,320**	**0,109**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.742,889	209,529	1.525,209	8,151
Auszahlungen aus Transfers	140,909	8,955	2,454	129,500
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	269,728	0,744	268,909	0,075
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	3,501	3,500		0,001
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.157,027**	**222,728**	**1.796,572**	**137,727**
Nettogeldfluss	**-2.106,989**	**-205,119**	**-1.764,252**	**-137,618**

Globalbudget 14.01 Steuerung und Service

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	14,469	13,832	
Erträge	**14,469**	**13,832**	
Personalaufwand	160,750	120,945	
Transferaufwand	8,961	9,577	
Betrieblicher Sachaufwand	54,782	55,271	
Aufwendungen	**224,493**	**185,793**	
Nettoergebnis	**-210,024**	**-171,961**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	14,108	13,832	14,552
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001	0,001	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	3,500	3,500	3,311
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**17,609**	**17,333**	**17,862**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	209,529	170,046	409,978
Auszahlungen aus Transfers	8,955	9,577	5,342
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,744	0,924	0,545
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	3,500	2,000	2,059
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**222,728**	**182,547**	**417,924**
Nettogeldfluss	**-205,119**	**-165,214**	**-400,062**

Globalbudget 14.01 Steuerung und Service

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
W 1	Optimierung der Verwaltung hinsichtlich der Ablauforganisation, Verkleinerung der Strukturen und Effizienzsteigerung beim Betrieb.	31.12.2014: 1 % Reduzierung der systemisierten Arbeitsplätze (auf 2.420 systemisierte Arbeitsplätze).	31.12.2013: 2.445 systemisierte Arbeitsplätze.
		31.12.2014: Für die nun vorliegenden Projektpläne (betreffend die verstärkten Kooperationen des Heeresgeschichtlichen Museums) werden im Rahmen der Feinplanung die zu erwartenden Kosten und Synergien ermittelt.	31.12.2012: Meilensteine: 1. die Projektpläne liegen vor – sind abgeschlossen 2. die Feinplanung liegt vor. Kennzahlen werden mit der Umsetzung der Projekte verfügbar sein.
W 3	Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Auslandseinsätze.	Von 6 Plakatserien des Bundesheeres haben zumindest 2 das Thema Auslandseinsatz als Schwerpunkt.	2011: Eine von 6 Plakatserien des Bundesheeres haben das Thema Auslandseinsatz als Schwerpunkt.
W 3	Umsetzung des Nationalen Aktionsplanes zur UNSCR 1325 (United Nations Security Council Resolution).	31.12.2014: 13 Gender Adviser und Gender Field Adviser sind ausgebildet.	31.12.2013: 11 Gender Adviser und Gender Field Adviser sind ausgebildet.
W 4	Konzeptuelle Vorbereitung, Anordnung und laufende Evaluierung der Umsetzung ausgewählter Maßnahmen im Zusammenhang mit der Reform des Wehrdienstes.	31.12.2014: Evaluierungsbericht liegt vor.	2013: Planungsvorgaben wurden erstellt.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Redimensionierung der Verwaltungsstrukturen auf Basis einer Aufgabenkritik mit konkreten Personalstandszielen; Erarbeitung weiterer Personaleinsparungsmöglichkeiten in den Militärkommanden auf Basis von Aufgabenevaluierungen und –kritik (Bund 2012/5, SE 19; Bund 2012/5, SE 21)
ad 1	Den Empfehlungen des RH wird im Zuge der laufenden Bearbeitungen zur Reform der Zentralstellenorganisation und der Planung des ÖBH Rechnung getragen. Aufgrund der restriktiven Budgetvorgaben für 2014ff eine Deregulierung und Verwaltungsreform in Angriff genommen. Für eine Umsetzung sind kurzfristig Investitionen erforderlich, um mittelfristig Prozessverbesserungen und somit auch Ressourcenverminderungen erzielen zu können. Einsparungspotentiale im Personalbereich sind aufgrund der gesetzlichen Bedingungen nur langfristig zu erwarten.

2	Realistische Festlegung des Gesamtbedarfs an stationären Kapazitäten; Definition von Kriterien und des Umfangs von notwendigen Fort– und Weiterbildungsmaßnahmen in zivilen Einrichtungen für das Sanitätspersonal (Bund 2009/13, SE 12)
ad 2	Nach Schaffung der konzeptionellen Voraussetzungen mit dem operativen Fachkonzept „Sanitätswesen“ mit 2011 wurde das Projekt „SanOrg Neu“ 2013 abgeschlossen und wird nach Abschluss der gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren der Umsetzung 2014 zugeführt. Den Empfehlungen des RH wurde Rechnung getragen, die Kapazitäten und Abläufe werden dem konzeptionell definierten Bedarf angepasst. Einsparungspotentiale im Personalressourcenbereich sind aufgrund der gesetzlichen Bedingungen nur langfristig zu erwarten.

3	Anpassung der Anzahl von Kasernen und Betriebsgebäuden an die militärischen Erfordernisse (Bund 2012/5, SE 23)
ad 3	Das Ziel der Standortoptimierung wird aus militärischen Gesichtspunkten weiter verfolgt. Eine Umsetzung steht im

	direktem Zusammenhang mit den, für eine Standortoptimierung erforderlichen, zur Verfügung stehenden Investitionsmitteln.

4	Einführung von Zeitmodellen (Zeitlaufbahnen) für Soldatendienstverhältnisse sowie Anregung der bevorzugten Aufnahme von zeitlich befristetet aufgenommenen SoldatInnen im öffentlichen Bereich unter Berücksichtigung von Kosten– und Nutzen–Aspekten (Bund 2012/5, SE 26)
ad 4	Die Empfehlung wird im Zuge der laufenden Bearbeitungen im Rahmen des fähigkeitsbasierten Planungsprozesses berücksichtigt. Auf Basis der sich aus dem Planungsprozess ergebenden Mengengerüste werden Zeitlaufbahnmodelle erstellt. Die rechtlichen und internen Grundlagen für diese Modelle werden stetig zur Optimierung der Umsetzbarkeit bearbeitet. Die Bestrebungen zur bevorzugten Aufnahme im öffentlichen Bereich für zeitlich befristete Soldatinnen und Soldaten werden weiter verfolgt.

5	Sicherstellung der Entgeltreduktion im Ausmaß von 120 Mio. EUR bei In–Service–Support–Verträgen (Teil der Betriebskosten) in voller Höhe (Bund 2013/2, SE 1)
ad 5	Durch den Abschluss der seit 2007 implementierten ISS-Verträge wurden von dieser Gesamtsumme bereits rund 31,3 Mio€ lukriert. Im Vergleich vom Juli 2007 wurde eine Entgeltreduktion in der Höhe von 120 Mio€ auf 30 Jahre bei den In-Service-Support-Verträgen (ISS-Verträge) festgeschrieben. Eine zusätzliche Sicherstellung zum Vergleich ist bei EF GmbH nicht durchsetzbar.

Globalbudget 14.01 Steuerung und Service
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 14.01 Steuerung u. Service**	DB 14.01.01 strat.Ltg/ Plan/Info	DB 14.01.02 Service
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	14,469	0,908	13,561
Erträge	**14,469**	**0,908**	**13,561**
Personalaufwand	160,750	142,754	17,996
Transferaufwand	8,961	1,044	7,917
Betrieblicher Sachaufwand	54,782	29,946	24,836
Aufwendungen	**224,493**	**173,744**	**50,749**
Nettoergebnis	**-210,024**	**-172,836**	**-37,188**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 14.01 Steuerung u. Service**	DB 14.01.01 strat.Ltg/ Plan/Info	DB 14.01.02 Service
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	14,108	0,766	13,342
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001		0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	3,500	3,500	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**17,609**	**4,266**	**13,343**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	209,529	167,423	42,106
Auszahlungen aus Transfers	8,955	1,038	7,917
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,744	0,190	0,554
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	3,500	3,500	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**222,728**	**172,151**	**50,577**
Nettogeldfluss	**-205,119**	**-167,885**	**-37,234**

Globalbudget 14.02 Streitkräfte

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	38,836	31,081	
Erträge	**38,836**	**31,081**	
Personalaufwand	986,728	987,994	
Transferaufwand	2,454	1,488	
Betrieblicher Sachaufwand	834,481	738,846	
Aufwendungen	**1.823,663**	**1.728,328**	
Nettoergebnis	**-1.784,827**	**-1.697,247**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	32,305	31,081	50,957
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,015	0,015	0,015
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**32,320**	**31,096**	**50,972**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.525,209	1.565,656	1.638,399
Auszahlungen aus Transfers	2,454	1,488	5,111
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	268,909	255,647	0,734
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.796,572**	**1.822,791**	**1.644,244**
Nettogeldfluss	**-1.764,252**	**-1.791,695**	**-1.593,273**

Globalbudget 14.02 Streitkräfte

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
W 1	Optimierung der Ablauforganisation, Strukturen und Effizienzsteigerungen beim Betrieb im ÖBH sowie eine prioritäre Zuordnung von Ressourcen auf jene Waffengattungen, die vor dem Hintergrund der geänderten sicherheitspolitischen Verhältnisse die staatliche Souveränität am Besten gewährleisten können.	31.12.2014: 1,8 % Reduzierung der systemisierten Arbeitsplätze (auf 22.780 systemisierte Arbeitsplätze).	31.12.2013: 23.189 systemisierte Arbeitsplätze
		31.12.2014: 74% durchschnittlicher Besetzungsgrad bei den betroffenen Waffengattungen.	31.12.2013: 72 % durchschnittlicher Besetzungsgrad bei den betroffenen Waffengattungen.
		31.12.2014: zumindest 400 systemisierte Arbeitsplätze weniger in der neuen Sanitätsstruktur.	31.12.2013 1.448 systemisierte Arbeitsplätze in der Sanitätsstruktur des ÖBH.
		31.12.2014: Einstellung der Nutzung von 2 Liegenschaften gemäß Verwertungsübersicht.	31.12.2013: betroffene Liegenschaften befinden sich noch in militärischer Nutzung.
W 2 W 3	Ausbildung und Ausrüstung von militärischen Kräften und Bereitstellung für Einsätze im Inland und Ausland.	12.500 Personen für Inlandseinsätze.	2012: 15.400 Personen für Inlandseinsätze.
		Von den 12.500 Personen sind 1.000 mit 24-stündiger Marschbereitschaft.	Von den 15.400 Personen sind 1.000 mit 24-stündiger Marschbereitschaft.
		mind. 1.100 Personen für Auslandseinsätze.	2012: 1.404 Personen im Auslandseinsatz.
W 4	Zeitgemäße und insbesondere einsatzorientierte Ausbildung hinsichtlich Inhalten, Methoden, Didaktik und Qualitätssicherung.	2 akkreditierte Studiengänge gemäß dem Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz.	2013: 2 akkreditierte Studiengänge.
		je 1 Lehrgang mit Fernausbildungsanteilen wird an den 3 Akademien angeboten.	2013: Es werden keine Lehrgänge mit Fernausbildungsanteilen angeboten.
W 4	Umsetzung der Maßnahmen bei den Haushaltsführenden Stellen zur Reform des Wehrdienstes (siehe 14.02.01 Streitkräftebereitstellung; 14.02.02. Streitkräfteunterhalt).	31.12.2014: Evaluierungsbericht liegt vor.	2013: Umsetzungsweisungen wurden erteilt.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Berücksichtigung finanzieller Auswirkungen vor Strukturänderungen des Bundesheers (Bund 2012/3, SE 3)
ad 1	Wie dem Bericht der Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst, Zl. 928.500/0001-III/7/13, betreffend Personalcontrollingbericht; Aufnahme- und Pragmatisierungspolitik 2012 vom 28. März 2013, durch die Bundesregierung am 3. April 2013 beschlossen, zu entnehmen ist, hat das BMLVS zum 31.12.2012 das von der Bundesregierung gesetzte VBÄ-Ziel deutlich unterschritten.

2	Festlegung des Verhältnisses militärischer Führungskräfte und Größe der Streitkräfte sowie rechtzeitige Anpassung der Aufnahmekontingente (Bund 2012/5, SE 27)
ad 2	Das Verhältnis zwischen militärischen Führungskräften und der Größe der Streitkräfte wird laufenden analysiert. Dabei werden auch gestiegene Anforderungen an die Qualität der Arbeitsplätze berücksichtigt. Die Anzahl ziviler Führungskräfte (A1 und A2) wurde bisher jedoch im Zuge der Arbeitsplatzbewertungsverfahren gesteigert. Die Aufnahmekontingente für die Offiziersausbildung an der TherMilAk wurden bereits auf max. 25 Offiziersanwärter angepasst. Die Anzahl der Teilnehmer für den Generalstabslehrgang wurde auf aktuell 11 nationale Teilnehmer reduziert.

3	Erstellung und ressortübergreifende Abstimmung eines gesamtstaatlichen Auslandseinsatzkonzepts (Bund 2011/11, SE 3)
ad 3	Die Federführung liegt beim BKA. Das BKA entwickelt federführend seit 2009 in enger Zusammenarbeit mit BMLVS, BMEIA, BMJ, BMI und weiteren staatlichen Bedarfsträgern, aber auch den Nationalen Interessensvertretungen und NGOs eine „Gesamtstaatliche Strategie Österreichs für das internationale Krisenmanagement (Gesamtstaatliches Auslandseinsatzkonzept – AEK)“.

4	Einführung einer Vollkostenrechnung für Auslandseinsätze (Bund 2011/11, SE 9)
ad 4	Die Vollkostenrechnung für Auslandseinsätze wurde mit 01.01.2013 und der Einführung von SAP/CO im Rahmen der Haushaltsrechtsreform implementiert.

5	Zügige Fertigstellung der Konzepte für das Sanitätswesen und Planung für den Sanitätsdienst außerhalb der Einsätze nach Wirtschaftlichkeitskriterien (Bund 2009/13, SE 1, SE 2)
ad 5	Das operative Fachkonzept „Sanitätswesen“ wurde mit 2011 verfügt. Die Umsetzung erfolgt mit Einnehmen der „SanOrg Neu“ ab 2014, basierend auf den gesetzlichen Aufgabenstellungen des BMLVS.

Globalbudget 14.02 Streitkräfte
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 14.02 Streitkräfte**	DB 14.02.01 Streitkräfte-bereit	DB 14.02.02 SK-Unth/EVb/ Eins
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	38,836	4,269	34,567
Erträge	**38,836**	**4,269**	**34,567**
Personalaufwand	986,728	59,939	926,789
Transferaufwand	2,454	1,268	1,186
Betrieblicher Sachaufwand	834,481	163,166	671,315
Aufwendungen	**1.823,663**	**224,373**	**1.599,290**
Nettoergebnis	**-1.784,827**	**-220,104**	**-1.564,723**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 14.02 Streitkräfte**	DB 14.02.01 Streitkräfte-bereit	DB 14.02.02 SK-Unth/EVb/ Eins
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	32,305	3,660	28,645
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,015		0,015
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**32,320**	**3,660**	**28,660**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1.525,209	187,595	1.337,614
Auszahlungen aus Transfers	2,454	1,268	1,186
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	268,909	245,774	23,135
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.796,572**	**434,637**	**1.361,935**
Nettogeldfluss	**-1.764,252**	**-430,977**	**-1.333,275**

Globalbudget 14.03 Sport

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,176	0,095	
Erträge	**0,176**	**0,095**	
Personalaufwand	2,677	2,616	
Transferaufwand	129,500	135,785	
Betrieblicher Sachaufwand	5,648	5,576	
Aufwendungen	**137,825**	**143,977**	
Nettoergebnis	**-137,649**	**-143,882**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,095	0,095	0,053
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,006	0,006	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,008	0,008	0,010
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,109**	**0,109**	**0,062**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	8,151	8,100	6,679
Auszahlungen aus Transfers	129,500	135,785	136,352
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,075	0,126	0,120
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,001	0,003	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**137,727**	**144,014**	**143,150**
Nettogeldfluss	**-137,618**	**-143,905**	**-143,088**

Globalbudget 14.03 Sport

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
W 5	Schaffung von Instrumenten für ein transparentes Fördermanage-ment.	100 % aller Förderfälle sind transparent (gemäß Transparenz-datenbankgesetz).	31.03.2013: Umsetzung des Transparenz-datenbankgesetzes
W 5	Vertiefung des Abstimmungspro-zesses zwischen dem Bund und den Ländern.	2 neue Projekte abgeschlossen (Fördermechanismen sind zwi-schen Bund und Ländern harmo-nisiert).	2012: 11 Projekte wurden harmonisiert abgewickelt.
W 5	Intensivierung der Partnerschaf-ten zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Stellen (z.B. mit NGO`s, Ministerien, organisierter Sport).	230 bestehende Partnerschaften.	2012: 224 bestehende Partnerschaften.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Konzentration der Förderungsmittel sowie Erstellung eines mehrjährigen Gesamtkonzepts als Grundlage für die För-derungsvergabe (Bund 2012/1, SE 7)
ad 1	Hier wird einerseits auf die im neuen BSFG 2013 normierte Mehrjahresplanung und andererseits auf die im Zuge der TRWR-Förderung (Team-Rot-Weiß-Rot-Förderung) eingeführten Olympia Projektes „Rio 2016“ (4 Jahres-Zyklus mit jährlichen Gesprächen) verwiesen.

2	Evaluierung des Mittelbedarfs im Bereich der Sportförderung, weil durch die Bindung der Besonderen Sportförderung an die steigenden Umsatzerlöse der Östereischischen Lotterien die Mittel für die Sportförderung deutlich anstiegen und gegenüber anderen Förderungsbereichen eine deutliche Besserstellung entstand (Bund 2012/1, SE 1)
ad 2	Die seinerzeitige „Besondere Bundessportförderung“, nunmehr gemäß BSFG 2013 „Bundes-Sportförderungsmittel des Bundes-Sportförderungsfonds“ haben sich hinsichtlich jährlich verfügbarer Fördermittel seit dem Jahr 2011 nicht erhöht. Die Empfehlungen des Rechnungshofes sind darüber hinaus in die Erarbeitung des Gesetzesentwurfes so weit wie möglich eingeflossen.

3	Festlegung konkreter operativer Ziele und Indikatoren sowie gezielte Evaluierungen anhand der definierten Kriterien (Bund 2009/12, SE 1)
ad 3	Ein neues Bundes-Sportförderungsgesetz tritt mit 01.01.2014 in Kraft. Die Empfehlungen des Rechnungshofes sind in die Erarbeitung des Gesetzesentwurfs so weit wie möglich eingeflossen und gelangen ab 01.01.2014 zur Umsetzung.

4	Neuordnung der Förderungskompetenzen zwischen den Gebietskörperschaften und Vermeidung von überschneiden-den Förderungsbereichen (Bund 2009/12, SE 7)
ad 4	Im Rahmen des Transparenzdatenbankgesetzes werden die Bundesländer durch eine § 15a Vereinbarung zur Bekannt-gabe der Leistungen eingebunden. Durch eine neue § 15a Vereinbarung soll auch die Erfassung von Leistungsmittei-lungen ermöglicht werden. Durch die Möglichkeit der Behördenabfrage können Überschneidungen im Bereich der Förderungen erkannt und vermieden werden. Es finden periodische Koordinierungssitzungen zur Abstimmung der Sportförderungen zwischen dem Bund – BMLVS-Sport und den Bundesländern statt.

5	Zusammenführung der Entscheidungsbefugnisse über die Mittelvergabe für sämtliche Förderung des Spitzensports beim BMLVS und Vereinheitlichung der Entscheidungsstrukturen (Bund 2012/1, SE 3)
ad 5	Ein neues Bundes-Sportförderungsgesetz tritt mit 01.01.2014 in Kraft. Die Empfehlungen des Rechnungshofes sind in die Erarbeitung des Gesetzesentwurfs so weit wie möglich eingeflossen.

Globalbudget 14.03 Sport
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 14.03 Sport**	DB 14.03.01 Steuerung u. Service	DB 14.03.02 Allg. Sportförd.	DB 14.03.03 Bes. Sportförd.	DB 14.03.04 Sportgroßprojekte
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,176	0,175			
Erträge	**0,176**	**0,175**			
Personalaufwand	2,677	2,673			
Transferaufwand	129,500		42,523	80,900	0,002
Betrieblicher Sachaufwand	5,648	1,460	4,188		
Aufwendungen	**137,825**	**4,133**	**46,711**	**80,900**	**0,002**
Nettoergebnis	**-137,649**	**-3,958**	**-46,711**	**-80,900**	**-0,002**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 14.03 Sport**	DB 14.03.01 Steuerung u. Service	DB 14.03.02 Allg. Sportförd.	DB 14.03.03 Bes. Sportförd.	DB 14.03.04 Sportgroßprojekte
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,095	0,094			
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,006	0,006			
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,008	0,002	0,006		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,109**	**0,102**	**0,006**		
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	8,151	3,963	4,188		
Auszahlungen aus Transfers	129,500		42,523	80,900	0,002
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,075	0,075			
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,001		0,001		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**137,727**	**4,038**	**46,712**	**80,900**	**0,002**
Nettogeldfluss	**-137,618**	**-3,936**	**-46,706**	**-80,900**	**-0,002**

DB 14.03.05 Bundes-des-sporteinr.GmbH
0,001
0,001
0,004 6,075
6,079
-6,078

DB 14.03.05 Bundes-des-sporteinr.GmbH
0,001
0,001
6,075
6,075
-6,074

Untergliederung 15 Finanzverwaltung

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Wir sind eine leistungsorientierte, effiziente und innovative Organisation und tragen die Mitverantwortung für die Sicherung der finanziellen Interessen der Republik Österreich.
Strategieorientierung aber auch Motivation und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie selbstverständliche Beachtung von Gleichbehandlung betonen unsere offensive Vorbildrolle.
Als lernende Organisation soll die Qualität unserer Arbeit Maßstab unserer Tätigkeit sein.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**152,174**	**156,701**	**190,806**
Auszahlungen fix	1.089,519	1.101,084	1.193,784	1.143,238
Summe Auszahlungen	**1.089,519**	**1.101,084**	**1.193,784**	**1.143,238**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-948,910**	**-1.037,083**	**-952,432**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	152,550	154,764	
Aufwendungen	1.144,529	1.197,220	
Nettoergebnis	**-991,979**	**-1.042,456**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Stabilität durch langfristig nachhaltig konsolidierte öffentliche Finanzen für künftige Herausforderungen, wie z.B. die Stärkung des Wirtschaftsstandorts und die Gewährleistung der sozialen Sicherheit.
Warum dieses Wirkungsziel?
Budgetkonsolidierung ist eine entscheidende Voraussetzung für die Fortsetzung der positiven wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs und für die Bewältigung der Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise.
Der Abbau der Neuverschuldung verringert mittelfristig den Aufwand für Zinszahlungen und erweitert damit den Budgetspielraum für künftige Herausforderungen, wie z.B. die Standortsicherung oder die ausgewogene Sicherung des Sozialsystems.
Ein konsolidiertes Budget stärkt die Kreditwürdigkeit Österreichs auf den internationalen Finanzmärkten und festigt die sehr gute Bonitätsbeurteilung, wovon der Standort Österreich u.a. im Wege niedriger Zinsen profitiert.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Jährliche Erstellung eines stabilitäts- und wachstumsorientierten mittelfristigen Finanzrahmens
- Sicherstellung der Einhaltung der Budgetziele durch Controlling und entsprechende Gegensteuerungsmaßnahmen bei drohenden Defizit-Überschreitungen
- Mitwirkung des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) an (Verwaltungs)Reformvorhaben mit entsprechenden budgetären Auswirkungen wie beispielsweise „Aufgabenreform und Deregulierung“, „Förderreform“ und „Finanzausgleichsreform“

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 15.1.1	Gesamtstaatliches strukturelles Defizit					
Berechnungsmethode	Europäische Kommission und ESVG 1995					
Datenquelle	Bundesministerium für Finanzen					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	-3,2% des BIP	-2,2% des BIP	-1,6% des BIP	IST-Zustand 2013: -1,1% des BIP	-1,0% des BIP	-0,4% des BIP
	Da nunmehr das strukturelle Defizit die zentrale Steuerungsgröße für die Beurteilung der Budgetpolitik in der EU ist, wird diese Kennzahl nun anstelle des Maastricht-Defizits verwendet. Stand der Kennzahlen: 24. April 2014					

Kennzahl 15.1.2	Strukturelles Defizit Bund
Berechnungsmethode	Europäische Kommission, innerösterreichischer Stabilitätspakt und ESVG 1995

Datenquelle	Bundesministerium für Finanzen					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	-2,5% des BIP	-2,2% des BIP	-1,7% des BIP	IST-Zustand 2013: -1,1% des BIP	-1,1% des BIP	-0,5% des BIP
	Da nunmehr das strukturelle Defizit die zentrale Steuerungsgröße für die Beurteilung der Budgetpolitik in der EU ist, wird diese Kennzahl nun anstelle des Maastricht-Defizits verwendet. Stand der Kennzahlen: 24. April 2014					

Kennzahl 15.1.3	Staatsschuldenquote					
Berechnungs-methode	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995)					
Datenquelle	Bundesanstalt Statistik Österreich (bis 2013), ab 2014 Bundesministerium für Finanzen					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	72,5% des BIP	73,1% des BIP	74,4% des BIP	IST-Zustand 2013: 74,5% des BIP	79,2% des BIP	75,6% des BIP
	Die Veränderung des IST-Zustandes 2011 (gegenüber den Angaben des BFG 2013) beruht auf den Ergebnissen der von der Bundesanstalt Statistik Österreich durchgeführten Revisionen. Stand der Kennzahlen: 24. April 2014					

Wirkungsziel 2:
Sicherstellung der Gleichmäßigkeit der Abgabenerhebung und Stärkung der Abgabenmoral. (Gleichstellungsziel)
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Gleichmäßigkeit der Abgabenerhebung, die Abgabenmoral, die Bekämpfung der Schattenwirtschaft und der Schutz der redlichen Wirtschaftstreibenden wird durch eine einheitliche, risikoorientierte Prüfungs- und Kontrolltätigkeit sowie eine gesetzeskonforme und faire Gestaltung der Beziehungen zu Kundinnen und Kunden gewährleistet.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Generalpräventive Prüfungs- und Kontrollmaßnahmen durch Erhöhung der Prüfungsvielfalt
- Ganzheitliche Betrugsbekämpfung durch behördenübergreifende Zusammenarbeit
- Flächendeckende Umsetzung von Glücksspielkontrollen, und sonstigen finanzpolizeilichen Kontrollen
- Generalpräventive Kontrollmaßnahmen im Güterverkehr Import
- Einhaltung der Qualitäts- und Leistungsstandards der Charta der Steuer- und Zollverwaltung
- Weiterentwicklung von Good Governance Initiativen (insbesondere Entwicklung und Ausbau von Netzwerken mit anderen Verwaltungen, Interessenvertretungen, der Bevölkerung und Unternehmen unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen von Steuerzahlerinnen)

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 15.2.1	Zeitgerechte Abgabenentrichtung					
Berechnungs-methode	Berechnung des Verhältnisses der am 15. des auf die Fälligkeit folgenden Monats nicht entrichteten Abgaben zu den im Vormonat fälligen Abgaben. Für die Jahresbetrachtung wird der jährliche Mittelwert herangezogen.					
Datenquelle	Kennzahlenabfrage; BMF/Leistungsorientierte Steuerung (LoS)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfügbar	97%	97%	97%	97%	97%

Kennzahl 15.2.2	Die Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden hinsichtlich der Qualität der Leistungen der Finanzverwaltung					
Berechnungs-methode	Berechnung eines gewichteten Mittelwertes der Zustimmung in Bezug auf jene Fragen, die eine Beurteilung der Qualität der Leistungen der Finanzverwaltung zum Inhalt haben. Referenzwert: Die Zustimmung wird auf einer Skala von 0 % - 100 % gemessen, wobei 0 % die geringste und 100 % die höchste Zustimmung darstellt.					
Datenquelle	Gesamtbericht BMF/Kundenbefragung 2012					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016

	nicht verfüg-bar	nicht verfüg-bar	76%	nicht verfüg-bar	76%	76%
	Wert wird nur alle zwei Jahre mittels einer Kundenbefragung erhoben.					

Wirkungsziel 3:
Sicherstellung der langfristigen und nachhaltigen Aufgabenbewältigung des Ressorts durch motivierte, leistungsfähige und leistungsbereite Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Warum dieses Wirkungsziel?
Personal unter Beachtung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern als wichtigste Ressource zur optimalen Erfüllung der, dem Finanzressort übertragenen Aufgaben:
Der demographische Wandel bringt neue Herausforderungen, insbesondere die Notwendigkeit zu neuen Vereinbarkeitsformen: Die Arbeitsorganisation wird sich in Richtung „alternsgerechten Arbeiten" weiterentwickeln müssen, d. h. insbesondere Maßnahmen zur Arbeits(zeit)flexibilisierung und Verminderung gesundheitlicher Risiken müssen verstärkt werden.
Frauen sind für die Bewältigung des demographischen Wandels eine wichtige Mitarbeiter/innengruppe (Bewerbungszahlen der Frauen höher, jüngere Altersstruktur der Frauen im Finanzressort). Unterschiede in der Gleichbehandlung - wie etwa beim Weiterbildungsverhalten – stellen eine Bedrohung für die nachhaltige Leistungsfähigkeit der Finanzverwaltung dar.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Ausweitung der Nutzung flexibler Arbeits(zeit)modelle:
- Erweiterung des Kreises der Nutzerinnen und Nutzer für mobile Arbeitsgeräte (IT-Ausstattung)
- Sensibilisierung der Führungskräfte auf die Möglichkeiten zu Teleworking (Richtlinie Telearbeit)

Eindämmung der Gesundheitsrisiken durch gezielte Maßnahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM):
- Erstellung und Durchführung von Maßnahmenprogrammen des BGM auf Basis der Evaluierung des Vorjahres

Reduktion der unterschiedlichen Beteiligung von Frauen und Männern bei Fortbildungsmaßnahmen:
- Maßnahmen zur Sensibilisierung der Führungskräfte für die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern
- Vermehrte Bereitstellung gendergerecht organisierter Fortbildungsmaßnahmen
- Motivation von Frauen zur Bewerbung als Führungskraft, Ermöglichung von Führung in Teilzeit
- Motivation/Leistungsfähigkeit: bedarfsorientierte Bildung, Schwerpunkt Führungskräfteentwicklung

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 15.3.1	Flexible Arbeits(zeit)modelle – Teleworkingquote					
Berechnungs-methode	Quotient der Anzahl der aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Eintragung „Teleworking" in elektronische Zeitkarte im Zeitraum von 1 Jahr (exkl. Vorruhestände und Karenzen) durch die durchschnittliche Anzahl aktiver Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.					
Datenquelle	BMF/Personalmanagement Systeme Anwendungen Programme (PM SAP)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfüg-bar	15%	18,85%	17%	18%	18%
	Aufgrund der sinkenden Personalzahlen scheint eine Erhöhung der Teleworkingquote nicht realistisch, da somit grundsätzlich weniger Spielraum aus dem Dienstbetrieb für die Möglichkeit von Teleworking gegeben ist.					

Kennzahl 15.3.2	Betriebliches Gesundheitsmanagement – work ability index (WAI) in ausgewählten Dienststellen					
Berechnungs-methode	Der WAI ist ein international anerkanntes wissenschaftliches Messverfahren der individuellen Arbeitsfähigkeit und umschreibt, inwieweit eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer in der Lage ist, ihre oder seine Arbeit angesichts der Arbeitsanforderungen, Gesundheit und mentalen Ressourcen zu erfüllen.					
Datenquelle	ressortinterne Aufzeichnungen					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfüg-bar	37,7 Punkte	Wert wurde nicht erhoben	38,45 Punkte	38,45 Punkte	38,45 Punkte
	Die Zielplanung für 2015 ff musste im Hinblick auf die Verlängerung des Aufnahmestopps und die dadurch steigenden Durchschnittsalter der Belegschaft zurückgenommen werden. Ein Beibehalten des WAI-Status ohne Verschlechterung wäre bereits als Erfolg anzusehen.					

Kennzahl 15.3.3	Gender-Gap bei Fortbildungsmaßnahmen – Verringerung der Differenz der durchschnittlichen Weiterbildungsstunden (exklusive Grundausbildung) zwischen Männern und Frauen

Berechnungs-methode	Anzahlabfrage					
Datenquelle	BMF/PM-SAP					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfüg-bar	durchschnitt-lich 6 Std. mehr Weiter-bildung bei Männern	durchschnitt-lich 6 Std. mehr Weiter-bildung bei Männern	5 Std.	8 Std.	8 Std.
	Im Personaltransfer werden überwiegend männliche Bedienstete in jene Organisationseinheiten des Ressorts übernommen, für die regelmäßige Schulungen vorgesehen sind.					

Wirkungsziel 4:
Erweiterung der elektronischen Serviceleistungen der Finanzverwaltung für Bürgerinnen, Bürger, Wirtschaft und die Verwaltung durch Ausbau des IT-unterstützten Serviceangebotes (E-Government).

Warum dieses Wirkungsziel?
E-Government macht elektronische Anbringen und elektronische Zustellung von Bescheiden und sonstigen Erledigungen möglich. Einhergehende Effizienzsteigerungen in der Verwaltung beschleunigen zusätzlich die Antragsbearbeitung und -erledigung für Bürgerinnen, Bürger und die Wirtschaft. Die papierlose Antragsabwicklung leistet weiters einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Nachprüfung des Nutzens aus den Kosten- und Nutzenanalysen, die vor Projektbeginn als Entscheidungsgrundlage für die Projektdurchführung erstellt wurden
- Beobachtung, Forcierung und aktive Förderung der Annahme des E-Government-Angebotes der Verwaltung anhand von Nutzungsstatistiken (z.B. durch Entwicklung eines Maßnahmenkatalogs zur Förderung der elektronischen Zustellung)

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 15.4.1	Der laut Kosten-/Nutzenanalyse prognostizierte Nutzen von Projekten wird im ersten vollen Betriebsjahr nachgeprüft					
Berechnungs-methode	Soll-Ist-Vergleich					
Datenquelle	BMF-internes Berechnungsprogramm zur Kosten-/Nutzenanalyse					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfüg-bar	Tool noch nicht im Ein-satz	Tool ist einge-führt	15 – 25% der fertig-gestellten Projekte	20 – 25% der fertig-gestellten Projekte	30 – 40% der fertig-gestellten Projekte

Kennzahl 15.4.2	Papierloses Finanzamt - Scannen von Papieranträgen					
Berechnungs-methode	Zählen der gescannten Seiten durch automatischen Seitenzähler					
Datenquelle	Verarbeitungsstatistik der Scan-Funktion					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfüg-bar	1 Mio A4-Blätter	8 Mio Seiten	4 Mio A4-Blätter	14 Mio Seiten	16 Mio Seiten
	Die Umstellung der Zählweise von Blätter auf Seiten erfolgte, da diese Zählweise als effizienter erachtet wird (so ergibt z.B. ein doppelseitiges Formular nur ein Blatt, aber zwei Seiten)					

Kennzahl 15.4.3	Finanz-Online-Benutzer/innen					
Berechnungs-methode	Zählung der registrierten Benutzerinnen und Benutzer					
Datenquelle	Verarbeitungsstatistik von FinanzOnline					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfüg-bar	2,8 Mio	3,1 Mio	3 Mio	3,2 Mio	3,6 Mio

Kennzahl 15.4.4	Elektronische Steuererklärungen im „Privaten Bereich“ Elektronische Steuererklärungen im „Betrieblichen Bereich“					
Berechnungs-methode	Zählung des Anteils der elektronisch eingegangenen Erklärungen					
Datenquelle	Verarbeitungsstatistik von FinanzOnline					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfüg-bar	50% 83%	52,5% 83%	55% 85%	55% 86%	61% 90%

Kennzahl 15.4.5	Elektronische Zustellungen insbesondere von Steuerbescheiden					
Berechnungs-methode	Zählung des Anteils der elektronischen Zustellung					
Datenquelle	Verarbeitungsstatistik der elektronischen Zustellung					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfüg-bar	4,1 Mio	5 Mio	4,5 Mio	5,2 Mio	6 Mio

Untergliederung 15 Finanzverwaltung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	151,912	154,126	
Finanzerträge	0,638	0,638	
Erträge	**152,550**	**154,764**	
Personalaufwand	699,669	667,483	
Transferaufwand	122,603	148,444	
Betrieblicher Sachaufwand	322,256	381,292	
Finanzaufwand	0,001	0,001	
Aufwendungen	**1.144,529**	**1.197,220**	
Nettoergebnis	**-991,979**	**-1.042,456**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	150,983	154,754	189,054
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,026	0,084	0,294
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,165	1,863	1,458
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**152,174**	**156,701**	**190,806**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	975,622	1.039,154	1.016,584
Auszahlungen aus Transfers	122,403	148,444	118,164
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,640	4,352	7,584
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,419	1,834	0,907
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.101,084**	**1.193,784**	**1.143,238**
Nettogeldfluss	**-948,910**	**-1.037,083**	**-952,432**

Untergliederung 15 Finanzverwaltung
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 15 Finanzverwaltung**	GB 15.01 Steuerung & Services	GB 15.02 Steuer- & Zollverw.	GB 15.03 Rechtsv.& Rechtsinst
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	151,912	137,368	12,693	1,851
Finanzerträge	0,638	0,630		0,008
Erträge	**152,550**	**137,998**	**12,693**	**1,859**
Personalaufwand	699,669	73,128	589,284	37,257
Transferaufwand	122,603	121,002	1,601	
Betrieblicher Sachaufwand	322,256	208,489	109,577	4,190
Finanzaufwand	0,001		0,001	
Aufwendungen	**1.144,529**	**402,619**	**700,463**	**41,447**
Nettoergebnis	**-991,979**	**-264,621**	**-687,770**	**-39,588**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 15 Finanzverwaltung**	GB 15.01 Steuerung & Services	GB 15.02 Steuer- & Zollverw.	GB 15.03 Rechtsv.& Rechtsinst
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	150,983	137,989	11,233	1,761
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,026	0,008	0,015	0,003
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,165	0,118	1,017	0,030
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**152,174**	**138,115**	**12,265**	**1,794**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	975,622	265,313	670,612	39,697
Auszahlungen aus Transfers	122,403	121,002	1,401	
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,640	0,357	1,236	0,047
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,419	0,168	1,227	0,024
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.101,084**	**386,840**	**674,476**	**39,768**
Nettogeldfluss	**-948,910**	**-248,725**	**-662,211**	**-37,974**

Globalbudget 15.01 Steuerung & Services

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	137,368	141,979	
Finanzerträge	0,630	0,630	
Erträge	**137,998**	**142,609**	
Personalaufwand	73,128	67,762	
Transferaufwand	121,002	141,943	
Betrieblicher Sachaufwand	208,489	264,858	
Aufwendungen	**402,619**	**474,563**	
Nettoergebnis	**-264,621**	**-331,954**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	137,989	142,627	151,108
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,008	0,008	0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,118	0,857	0,337
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**138,115**	**143,492**	**151,447**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	265,313	330,940	344,139
Auszahlungen aus Transfers	121,002	141,943	116,365
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,357	1,130	2,245
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,168	0,556	0,053
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**386,840**	**474,569**	**462,803**
Nettogeldfluss	**-248,725**	**-331,077**	**-311,356**

Globalbudget 15.01 Steuerung & Services

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 3	Eindämmung der Gesund-heitsrisiken durch gezielte Maß-nahmen des Betrieblichen Ge-sundheitsmanagements, Unter-stützung durch die Förderung von flexiblen Arbeitszeitmodellen	WAI-Ergebnisse (work ability index) 2014: 38,45 Punkte	2012: keine WAI-Erhebung WAI-Ergebnis 2011: 37,7 von max. 49 Punkten
		Teleworkingquote 2014: 18%	Teleworkingquote 2012: 18,85%
WZ 1	- Erstellung des Bundesfinanz-rahmengesetzes (BFRG) 2015-2018 sowie - des Bundesfinanzgesetzes (BFG) 2014 und des Bundes-finanzgesetzes 2015	Bis Ende April 2014 liegen dem Nationalrat die Regierungsvorla-gen für das - Bundesfinanzrahmengesetz (BFRG) 2015-2018 vor so-wie das - Bundesfinanzgesetz (BFG) 2014 und das - Bundesfinanzgesetz (BFG) 2015 vor	- Das Bundesfinanzrahmenge-setz (BFRG) 2014-2017 ist beschlossen - Das Bundesfinanzgesetz (BFG) 2013 ist beschlossen
WZ 4	Einführung eines standardisierten Tools für ex-ante sowie ex-post Kosten- und Nutzenanalysen	Der prognostizierte Nutzen von Projekten wird entsprechend der Prognose erreicht: Zielzustand 2014: Nutzen von 20-25% der fertiggestellten Pro-jekte wird nachgeprüft	Tool für Kosten- und Nutzenana-lyse ist eingeführt
WZ 4	FinanzOnline ist als IT-Verfahren eingerichtet; die Akzeptanz des Verfahrens wird über die Benut-zer/innen/anzahl, die Anzahl der elektronischen Steuererklärungen und die elektronischen Zustellun-gen mittels Nutzungsstatistiken beobachtet	Benutzer/innen/anzahl: 3,2 Mio. (2014)	Benutzer/innen/anzahl: 3,1 Mio. (2012)
		Elektronische Steuererklärungen: im „Privaten Bereich“: 55% (2014) im „Betrieblichen Bereich“: 86% (2014)	Elektronische Steuererklärungen im „Privaten Bereich“: 52,5% (2012) im „Betrieblichen Bereich“: 83% (2012)
		Elektronische Zustellungen: 5,2 Mio. p.a. (2014)	Elektronische Zustellungen: 5 Mio. p.a. (2012)

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

[Umstellung auf das papierlose Finanzamt – Scannen von Papieranträgen]: Die Maßnahme wurde planmäßig umgesetzt und der Pilotbetrieb planmäßig abgeschlossen.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Heranziehung der durchschnittlichen tatsächlichen Besoldungskosten für Rückforderungsanspruch bei Stellenplan-überschreitung (Bund 2012/4, SE 2)
ad 1	Das BMF verwies auf seine Stellungnahme, wonach die Empfehlung des RH zu einer größeren Kostenwahrheit und zu einem effizienten Ressourceneinsatz führen könnte. Von Seiten der Länder sei in der FAG–Arbeitsgruppe der Stand-punkt vertreten worden, dass für die weitere Evaluierung keine Notwendigkeit bestünde und daher weitere Datenliefe-rungen und Arbeiten im Rahmen der Arbeitsgruppe abgelehnt werden (Bund 2013/13, S. 199).

2	Transparentere Gestaltung der Abrechnungsgrundlagen für Leistungen der Buchhaltungsagentur des Bundes (Bund 2011/1, SE 12)
ad 2	Die Flexibilisierung der Akontovorschreibungen ist erfolgt (Bund 2011/1, S. 65).

3	Periodische Evaluierung der Leistungszeiten zur Festlegung der Preise der Buchhaltungsagentur auf Grundlage von Echtzeiten (Bund 2011/1, SE 13)
ad 3	Die Leistungsabgeltung der Buchhaltungsagentur (BHAG) durch das BMF wird jedoch nicht weiterverfolgt (Bund 2011/1, S. 65). Die BHAG weist auf die gesetzlich zustehende Vollkostendeckung hin, die Abrechnunglogik ist Basis

	für die Ermittlung der Produktivität. Die BHAG sagte die Durchführung von Zeitevaluierungen in regelmäßigen Abständen zu (Bund 2011/1, S. 76).

4	Ergänzung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen um das Prinzip der minimalen Rechte (Bund 2012/10, SE 1)
ad 4	Zur Verankerung der Prinzipien des IKS im Haushaltsrecht des Bundes soll im Zuge geplanter Novellierungsmaßnahmen im Haushaltsrecht in Zukunft auch das bisher noch nicht ausreichend berücksichtigte Prinzip der Mindestinformation bzw. der minimalen Rechte verankert werden (Bund 2013/13, S. 169).

5	Weiterentwicklung der ELAK/SAP-Kopplung. (Bund 2012/10, SE 2)
ad 5	Die Weiterentwicklung ELAK/SAP–Koppelung wurde zugesagt (Bund 2013/13, S. 166).

Globalbudget 15.01 Steuerung & Services
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 15.01 Steuerung & Services**	DB 15.01.01 Zentralstelle	DB 15.01.02 Einhebungsvergütung	DB 15.01.03 Personal Dritter	DB 15.01.04 BFA
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	137,368	82,901	54,450		0,017
Finanzerträge	0,630	0,630			
Erträge	**137,998**	**83,531**	**54,450**		**0,017**
Personalaufwand	73,128	68,376			4,752
Transferaufwand	121,002	92,165	0,750	28,087	
Betrieblicher Sachaufwand	208,489	202,022			6,467
Aufwendungen	**402,619**	**362,563**	**0,750**	**28,087**	**11,219**
Nettoergebnis	**-264,621**	**-279,032**	**53,700**	**-28,087**	**-11,202**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 15.01 Steuerung & Services**	DB 15.01.01 Zentralstelle	DB 15.01.02 Einhebungsvergütung	DB 15.01.03 Personal Dritter	DB 15.01.04 BFA
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	137,989	83,528	54,450		0,011
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,008	0,005			0,003
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,118	0,114			0,004
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**138,115**	**83,647**	**54,450**		**0,018**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	265,313	254,509			10,804
Auszahlungen aus Transfers	121,002	92,165	0,750	28,087	
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,357	0,304			0,053
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,168	0,150			0,018
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**386,840**	**347,128**	**0,750**	**28,087**	**10,875**
Nettogeldfluss	**-248,725**	**-263,481**	**53,700**	**-28,087**	**-10,857**

Globalbudget 15.02 Steuer- & Zollverwaltung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	12,693	10,342	
Erträge	**12,693**	**10,342**	
Personalaufwand	589,284	565,926	
Transferaufwand	1,601	6,501	
Betrieblicher Sachaufwand	109,577	112,379	
Finanzaufwand	0,001	0,001	
Aufwendungen	**700,463**	**684,807**	
Nettoergebnis	**-687,770**	**-674,465**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	11,233	10,314	35,680
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,015	0,071	0,292
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,017	0,975	1,086
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**12,265**	**11,360**	**37,058**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	670,612	670,721	638,632
Auszahlungen aus Transfers	1,401	6,501	1,798
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,236	3,074	5,323
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,227	1,202	0,847
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**674,476**	**681,498**	**646,600**
Nettogeldfluss	**-662,211**	**-670,138**	**-609,542**

Globalbudget 15.02 Steuer- & Zollverwaltung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 3	Eindämmung der Gesund-heitsrisiken durch gezielte Maß-nahmen des Betrieblichen Ge-sundheitsmanagements, Unter-stützung durch die Förderung von flexiblen Arbeitszeitmodellen	WAI-Ergebnisse (work ability index) 2014 38,45 Punkte	2012: keine WAI-Erhebung WAI-Ergebnis 2011: 37,7 von max. 49 Punkten
		Teleworkingquote 2014: 18%	Teleworkingquote 2012: 18,85 %
WZ 2	Aufrechterhaltung der abgaben-rechtlichen Prüfungs- und Kon-trollmaßnahmen Steuer und Zoll im Außendienst	Prüfungs- u. Kontroll-maßnahmen Steuer im Außen-dienst 80.000 Fälle	2013: ca. 86.000 Fälle
		Neben den verpflichtend zu prü-fenden „Rot-Fällen“ ist ein Anteil von mindestens 3% der mittels innerer Beschau zu kontrollie-renden „Grün-Fälle“ zu überprü-fen	2013: ca. 3,7 %
WZ 2	Flächendeckende Umsetzung von Glücksspielkontrollen, Schwarz-arbeitskontrollen und sonstigen finanzpolizeilichen Kontrollen	Anzahl der kontrollierten Betriebe auf Grund finanzpolizeilicher Befugnisse: 30.000 Fälle	2013: ca. 37.000 Fälle
WZ 2	Gestaltung der Beziehungen zu Kundinnen und Kunden und Wei-terentwicklung der Finanzverwal-tung nach den Grundsätzen von Good Public Governance	Wartezeit der Telefonanrufe: - Max. durchschnittliche mo-natliche Wartezeit: 50 Sek.	Jänner - Dezember 2013: Monatlich zw. 25 und 61 Sek.
WZ 2	Weiterentwicklung von Good Governance Initiativen durch Ausbau von Netzwerken unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen von Steuerzahle-rinnen	Pilotierung der konzipierten Maßnahmen (z.B. Kooperations-workshops, Qualifizierungen, Vorträge/Seminare, FAQs usw.) je nach Zielgruppe, gegebenen-falls bereits bundesweite Ausrol-lung in einzelnen Teilbereichen	2013: Konzeptentwicklung für Großbetriebe (Horizontal Monito-ring), Branchen (z.B. Kfz), Arbeit-ende in Grenzregionen (z.B. Vorarlberg) und Bürgerinnen und Bürger mit speziellem Fokus auf Bürgerinnen (z.B. Pensionistin-nen/Pensionisten, Migrantin-nen/Migranten) mit den entspre-chenden Interessensvertretungen bzw. -gemeinschaften

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Festlegung eines Gesamtkonzepts wann, wie und mit welchen Instrumenten die Zielerreichung, die Wirkung und die Treffsicherheit der Steuerbegünstigungen zu untersuchen sind; regelmäßige Beurteilung der Beibehaltung von Begünstigungen sowie jährliche Erhebung der einzelnen Begünstigung im Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht nach einer einheitlichen, konsistenten Systematik und detaillierte Berichterstattung an den Nationalrat (Bund 2013/3, SE 3, SE 5; 2013/6, SE 2)
ad 1	Laut Stellungnahme des BMF könnten bei indirekten Förderungen gewisse Maßnahmen nicht isoliert geschätzt werden. Um den Förderanteil einer steuerlichen Bestimmung schätzen zu können, werde darüber hinaus eine Vergleichssituation benötigt (Bund 2013/3, S. 143). Die Ermittlung von Steuerbegünstigungen sei de facto immer eine Schätzung, selbst in jenen Fällen, in denen eine umfassende Datenlage, z.B. Erklärungs– oder Bescheiddaten, vorhanden sei (Bund 2013/6, S. 38-39).

2	Vereinfachung des Steuerrechts und Wegfall komplexer steuerlicher Begünstigungen auch aus Sicht des Risikomana-

	gements (Bund 2013/3, SE 10)
ad 2	Das BMF verfolgt diese Ziele. Weiters würden Neuregelungen im Abgabenrecht — und damit auch die Begünstigungen im Einkommensteuerrecht — grundsätzlich mit Risikokriterien hinterlegt werden, die für den Bereich der Innenprüfung zu Vorbescheid– und Nachbescheidkontrollen führten (Bund 2013/3, S. 157-158).

3	Evaluierung der Risikofaktoren als weiterführende Maßnahme zur Erhöhung der Treffsicherheit der Risikoauswahl (Bund 2012/6, SE 5)
ad 3	Das BMF sah laut Stellungnahme keinen Handlungsbedarf hinsichtlich der Auswahl der Prüfungsfälle gemäß ihrer Reihung auf der Risikoliste, da den hoch geschulten Prüfern bekannt sein müsste, dass die Auswahl der Fälle aus der Risikoliste nach dem höchsten Risiko erfolgen soll. Laut BMF sei ein weiterer Evaluierungsprozess der Risikofaktoren bereits geplant (Bund 2012/6, S. 82).

4	Besondere Berücksichtigung der Verhinderung von Abgabenrückständen aufgrund von zu Unrecht ausbezahlten Umsatzsteuerguthaben (Bund 2009/13, SE 13)
ad 4	Die Empfehlung des RH wurde durch Änderung bestehender sowie Einführung neuer Risikokriterien — wenn auch zum Teil mit zeitlicher Verzögerung — umgesetzt (Bund 2012/11, S. 94).

5	Verlagerung des Schwergewichts der Überprüfungstätigkeit von Nach- auf die zeitnäheren Vorbescheidkontrollen (Bund 2012/11, SE 1)
ad 5	Laut Stellungnahme des BMF werde dies im Zuge der periodischen Evaluierungen der Vor– und Nachbescheidkontrollen analysiert. Die überwiegenden Nachbescheidkontrollen würden auf Kontrollen im Zusammenhang mit dem Mehrwertsteuer–Informationsaustauschsystem basieren, die aus derzeitiger Sicht nur auf diesem Weg überprüfbar seien (Bund 2012/11, S. 95).

Globalbudget 15.02 Steuer- & Zollverwaltung
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 15.02 Steuer- & Zollverw.**	DB 15.02.01 HHf-Stell.St&Zollverw	DB 15.02.02 Steuer- & Zollkoord.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	12,693	12,225	0,468
Erträge	**12,693**	**12,225**	**0,468**
Personalaufwand	589,284	547,124	42,160
Transferaufwand	1,601	1,600	0,001
Betrieblicher Sachaufwand	109,577	99,079	10,498
Finanzaufwand	0,001	0,001	
Aufwendungen	**700,463**	**647,804**	**52,659**
Nettoergebnis	**-687,770**	**-635,579**	**-52,191**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 15.02 Steuer- & Zollverw.**	DB 15.02.01 HHf-Stell.St&Zollverw	DB 15.02.02 Steuer- & Zollkoord.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	11,233	10,882	0,351
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,015	0,015	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,017	0,924	0,093
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**12,265**	**11,821**	**0,444**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	670,612	620,421	50,191
Auszahlungen aus Transfers	1,401	1,400	0,001
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,236	0,848	0,388
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	1,227	1,118	0,109
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**674,476**	**623,787**	**50,689**
Nettogeldfluss	**-662,211**	**-611,966**	**-50,245**

Globalbudget 15.03 Rechtsvertretung & Rechtsinstanz

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,851	1,805	
Finanzerträge	0,008	0,008	
Erträge	**1,859**	**1,813**	
Personalaufwand	37,257	33,795	
Betrieblicher Sachaufwand	4,190	4,055	
Aufwendungen	**41,447**	**37,850**	
Nettoergebnis	**-39,588**	**-36,037**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,761	1,813	2,267
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,005	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,030	0,031	0,035
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1,794**	**1,849**	**2,301**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	39,697	37,493	33,812
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,047	0,148	0,016
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,024	0,076	0,007
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**39,768**	**37,717**	**33,835**
Nettogeldfluss	**-37,974**	**-35,868**	**-31,533**

Globalbudget 15.03 Rechtsvertretung & Rechtsinstanz

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 2	Gewährleistung der Qualität der Rechtssprechung des Bundesfi-nanzgerichts (BFG) durch zeitnahe Finanzdokumentation (FINDOK)-Erfassung und Kontakt zu den Ver-fahrensparteien, Höchst-gerichten, zur Wissenschaft sowie instanzenübergreifend	Aufrechterhaltung des hohen Rechtsschutzniveaus durch Beibehaltung der Haltbarkeit von Entscheidungen: 98,35%	Aufrechterhaltung des hohen Rechtsschutzniveaus durch Halt-barkeit der Entscheidungen 2012: 98,35%
WZ 1	Rechtliche Vertretung des Bundes und der weiteren vom Finanzpro-kuraturgesetz umfassten Rechts-träger; sowie frühzeitige beraten-de Einbindung im Vorfeld grund-legender strategischer Entschei-dungsfindungen	Aufrechterhaltung und gegebe-nenfalls weitere Verbesserung der anwaltlichen Erfolgsquote von 65%	65% aller von der Finanzprokura-tur geführten Prozesse enden in einer zehnjährigen Betrachtungs-weise mit einem für die Mandant-schaft positiven Ergebnis

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind
[Förderung von flexiblen Arbeitsmodellen durch Erweiterung des Kreises der Nutzerinnen und Nutzer mobiler Arbeitsgeräte]: Da die Dienstzeit der Richterinnen und Richter des Bundesfinanzgerichts nunmehr dem Richter- und Staatsanwaltschafts-dienstgesetz (RStDG) unterliegt, ist eine freie Dienstzeiteinteilung möglich.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

Globalbudget 15.03 Rechtsvertretung & Rechtsinstanz
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 15.03 Rechtsv.& Rechtsinst**	DB 15.03.01 Bundesfinanzgericht	DB 15.03.02 Finanzprokuratur
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,851	0,158	1,693
Finanzerträge	0,008		0,008
Erträge	**1,859**	**0,158**	**1,701**
Personalaufwand	37,257	29,137	8,120
Betrieblicher Sachaufwand	4,190	3,523	0,667
Aufwendungen	**41,447**	**32,660**	**8,787**
Nettoergebnis	**-39,588**	**-32,502**	**-7,086**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 15.03 Rechtsv.& Rechtsinst**	DB 15.03.01 Bundesfinanzgericht	DB 15.03.02 Finanzprokuratur
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,761	0,062	1,699
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,002	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,030	0,025	0,005
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1,794**	**0,089**	**1,705**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	39,697	31,390	8,307
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,047	0,044	0,003
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,024	0,014	0,010
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**39,768**	**31,448**	**8,320**
Nettogeldfluss	**-37,974**	**-31,359**	**-6,615**

Untergliederung 16 Öffentliche Abgaben

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Der Staatshaushalt bedarf einer tragfähigen Finanzierung, die durch ein angemessenes Abgabenaufkommen zu sichern ist. Die Steuergesetze sollen Beschäftigung, Investitionen und Innovationen fördern, den Standort sichern, sowie einfach und leistungsgerecht sein. Die Besteuerung erfolgt effizient, fair und gleichmäßig.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**47.881,794**	**46.426,214**	**43.806,767**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**47.881,794**	**46.426,214**	**43.806,767**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	47.881,794	46.426,214	
Aufwendungen	1.050,000		
Nettoergebnis	**46.831,794**	**46.426,214**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs durch eine einfache, schlanke und leistungsgerechte Gestaltung des Steuersystems im internationalen Kontext unter Wahrung eines angemessenen Abgabenaufkommens.

Warum dieses Wirkungsziel?
Das Abgabenaufkommen zu sichern, ist für eine tragfähige Finanzierung des Staatshaushaltes unerlässlich. Das Steuersystem ist stabil und nachhaltig zu gestalten und muss Beschäftigung von Frauen und Männern und Investitionen stärken. Eine gesunde und wettbewerbsfähige Wirtschaft ist die Garantie für eine niedrige Arbeitslosenquote und steigende Einkommen. Je mehr Menschen in Beschäftigung sind, desto höher ist auch das Aufkommen an lohnabhängigen Abgaben und Umsatz- und Konsumsteuern.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Bestmögliche Gestaltung der Rahmenbedingungen für Unternehmen und deren Beschäftigte aus steuerlicher Sicht. Niedrige Steuersätze und die Vermeidung von Ausnahmen führen zu einer Erhöhung der Akzeptanz bei den Steuerpflichtigen und zu einer dynamischen Aufkommensentwicklung
- Schließung von Steuerlücken führt nicht nur zu mehr Steuergerechtigkeit, sondern auch zu einem Mehr an Abgabenaufkommen
- Überprüfung des österreichischen Steuersystems auf seine internationale Wettbewerbsfähigkeit. Durch entsprechenden Austausch von „Best Practices“ mit anderen Ländern können auch neue steuerpolitische Ideen gewonnen werden
- Der Gesamtbestand an Doppelbesteuerungsabkommen soll erhöht werden

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 16.1.1	Platzierung Österreichs im Weltbank-Ranking					
Berechnungs-methode	„Paying Taxes 2013-The global picture“ – Seite 146; PricewaterhouseCoopers (PwC) in Kooperation mit der Weltbank und der International Finance Corporation (IFC)					
Datenquelle	Paying Taxes 2013-The global picture“ – Seite 146; PricewaterhouseCoopers (PwC) in Kooperation mit der Weltbank und der International Finance Corporation (IFC)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfügbar	104	77	77	77	72

Wirkungsziel 2:
Bessere Verteilung der Erwerbsarbeit wie auch der unbezahlten Arbeit zwischen Frauen und Männern wird durch das Abgabensystem unterstützt. (Gleichstellungsziel)

Warum dieses Wirkungsziel?
Wie durch zahlreiche Studien (beispielsweise Einhaus, Geschlecht und Steuerwirkung, working paper 3, BMF, 2010) belegt, wird in Österreich die unbezahlte Arbeit und auch Teilzeitarbeit großteils von Frauen erledigt. Verstärkt durch ein „klassisches“ Rollenbild und Berufe, welche nach wie vor insbesondere Frauen annehmen, führt dies zu einem „gender pay gap“ im

Vergleich Frau zu Mann. Gender pay gap versteht sich als prozentueller Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttoverdiensten von Frauen gemessen an jenen der Männer. Dabei wird im Rahmen der Wirkungsziele der unbereinigte gender pay gap herangezogen, da dies genau die Problematik, dass oftmals Frauen in schlechter bewerteten Jobs arbeiten, mit einschließt.

Dem gender pay gap soll durch genderorientierte Anreize im Abgabensystem entgegengesteuert werden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Abbau von negativen Erwerbsanreizen im Abgabensystem (bspw. Senkung des Eingangssteuersatzes, um einen Anreiz zur Vollerwerbstätigkeit zu bilden)

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 16.2.1	„gender pay gap“ (Vergleichswerte von ganzjährig Vollbeschäftigten)					
Berechnungs-methode	Bruttojahreseinkommen von unselbstständig erwerbstätigen Frauen und Männern im Zeitvergleich ganzjährig, Vollzeitbeschäftigte ohne Lehrlinge; STATISTIK AUSTRIA, Lohnsteuerdaten-Sozialstatistische Auswertungen [http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/gender-statistik/einkommen/062503.html]					
Datenquelle	Bruttojahreseinkommen von unselbstständig erwerbstätigen Frauen und Männern im Zeitvergleich ganzjährig, Vollzeitbeschäftigte ohne Lehrlinge; STATISTIK AUSTRIA, Lohnsteuerdaten-Sozialstatistische Auswertungen					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	19,1%	18,5%	noch nicht verfügbar	noch nicht verfügbar	17,8%	17,2%
	Neue Berechnungsmethode und Datenquelle: Wegen der besseren Aussagekraft und Vergleichbarkeit wird nur die Vollzeiterwerbstätigkeit berücksichtigt und die statistischen Daten werden nicht mehr aus dem Frauenbericht bezogen, da dieser nur sehr unregelmäßig erscheint, sondern direkt von der Statistik Austria. Diese Daten basieren auf den Lohnsteuerdaten-Sozialstatistische Auswertungen und werden jährlich (allerdings wegen Datenzusammenführung mit den Lohnzetteln bezogen auf das vorvergangene Jahr) veröffentlicht, womit die direkte Vergleichbarkeit sichergestellt ist.					

Kennzahl 16.2.2	Anteil der Frauen an der Teilzeitbeschäftigung					
Berechnungs-methode	Prozentsatz von teilbeschäftigten Frauen an der Gesamtzahl der Teilbeschäftigten					
Datenquelle	Kurzfassung Einkommensbericht des Rechnungshofes 2012, S. 7 [http://www.rechnungshof.gv.at/berichte/ansicht/detail/rechnungshof-veroeffentlicht-einkommensbericht-2012-1.html] (Berichte werden alle zwei Jahre erstellt, daher werden die Zahlen für zwei Jahre verwendet)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	87%	86%	86%	noch nicht verfügbar	85%	84%
	Ein Abbau der negativen Erwerbsanreize für Frauen sollte zu einer Verringerung der dargestellten Prozentsätze führen.					

Wirkungsziel 3:

Unterstützung einer Finanzplanung und einer Finanzierung der Aufgaben der Länder und Gemeinden.

Warum dieses Wirkungsziel?

Für die Länder und Gemeinden ist die fristgerechte und vollumfängliche Auszahlung der Anteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben auf Basis vorgängiger Information von hoher Bedeutung, um die Erfüllung ihrer zahlreichen Aufgaben planmäßig zu finanzieren. In der Finanzverfassung wird dem Bund eine Verteilung der Abgabenerträge zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vorgeschrieben, die in Übereinstimmung mit den Lasten der öffentlichen Verwaltung steht und auf die Leistungsfähigkeit der beteiligten Gebietskörperschaften Bedacht nimmt. Umgesetzt wird dies mit dem Finanzausgleich, dessen Inhalte einvernehmlich zwischen den Gebietskörperschaften paktiert wurden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

Das BMF stellt mit Hilfe der administrativen Einheiten (Bundesrechenzentrum, Österreichische Bundesfinanzierungsagentur) sicher, dass die Ertragsanteile der Länder und der Gemeinden fristgerecht und in vollem Umfang auf Basis vorgängiger Information ausbezahlt werden.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 16.3.1	Ertragsanteile der Länder und Gemeinden nach Rechnungsabschluss des Bundes 2014

Berechnungs-methode	Finanzierungs- und Ergebnisrechnung					
Datenquelle	Rechnungsabschluss des Bundes					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	Umsetzung des Finanz-ausgleichsge-setzes 2008 - FAG 2008 für den Bereich der Ertragsan-teile der Län-der und Ge-meinden	Umsetzung des Finanz-ausgleichsge-setzes 2008 - FAG 2008 für den Bereich der Ertragsan-teile der Län-der und Ge-meinden	Umsetzung des Finanz-ausgleichsge-setzes 2008 - FAG 2008 für den Bereich der Ertragsan-teile der Län-der und Ge-meinden	Umsetzung des Finanz-ausgleichsge-setzes 2008 - FAG 2008 für den Bereich der Ertragsan-teile der Län-der und Ge-meinden	Umsetzung des Finanz-ausgleichsge-setzes 2008 - FAG 2008 für den Bereich der Ertragsan-teile der Län-der und Ge-meinden	Umsetzung des Finanz-ausgleichsge-setzes 2008 - FAG 2008 für den Bereich der Ertragsan-teile der Län-der und Ge-meinden

Untergliederung 16 Öffentliche Abgaben

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	47.881,794	46.426,214	
Erträge	**47.881,794**	**46.426,214**	
Betrieblicher Sachaufwand	1.050,000		
Aufwendungen	**1.050,000**		
Nettoergebnis	**46.831,794**	**46.426,214**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	47.881,794	46.426,214	43.806,767
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**47.881,794**	**46.426,214**	**43.806,767**
Nettogeldfluss	**47.881,794**	**46.426,214**	**43.806,767**

Untergliederung 16 Öffentliche Abgaben
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 16 Öffentliche Abgaben**	GB 16.01 Öffentliche Abgaben
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	47.881,794	47.881,794
Erträge	**47.881,794**	**47.881,794**
Betrieblicher Sachaufwand	1.050,000	1.050,000
Aufwendungen	**1.050,000**	**1.050,000**
Nettoergebnis	**46.831,794**	**46.831,794**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 16 Öffentliche Abgaben**	GB 16.01 Öffentliche Abgaben
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	47.881,794	47.881,794
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**47.881,794**	**47.881,794**

Globalbudget 16.01 Öffentliche Abgaben

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	47.881,794	46.426,214	
Erträge	**47.881,794**	**46.426,214**	
Betrieblicher Sachaufwand	1.050,000		
Aufwendungen	**1.050,000**		
Nettoergebnis	**46.831,794**	**46.426,214**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	47.881,794	46.426,214	43.806,767
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**47.881,794**	**46.426,214**	**43.806,767**
Nettogeldfluss	**47.881,794**	**46.426,214**	**43.806,767**

Globalbudget 16.01 Öffentliche Abgaben

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	Beibehaltung der Anzahl der jährlichen Voll-Doppelbe-steuerungsabkommen (DBA), wobei ein Voll-DBA ein DBA sein kann, das einen bisher ab-kommenslosen Zustand ändert oder ein DBA, das ein altes, bis-her bestehendes DBA zur Gänze ablösen soll	2 Voll-DBA im Jahr 2014	Voll-DBA 2013: DBA Turkmenistan DBA Panama TIEA (Tax Information Exchange Agreement) Jersey
WZ 1	Erarbeitung eines neuen Ein-kommensteuergesetzes (EStG)	Ein diesbezüglicher Entwurf wird von der großen Steuerreform umfasst sein	Das bereits seit 1988 geltende EStG 1988 ist aufgrund der Viel-zahl von Novellen in seiner Ge-samtheit unübersichtlich und bedingt eine strukturelle und zeitgemäße Neuausrichtung
WZ 2	Berücksichtigung im Rahmen der Steuerreformgruppe	Durchforstung des EStG nach gender pay gap relevanten Best-immungen	2013: noch nicht verfügbar
WZ 3	Länder und Gemeinden werden über die zu erwartenden Ertrags-anteile korrekt und zeitnahe zum Vorliegen neuer Abgabenprogno-sen des BMF informiert und die Ertragsanteile den Bestimmungen des FAG 2008 entsprechend überwiesen	Länder und Gemeinden sind über die zu erwartenden Ertragsanteile vorgängig informiert, die Ertrags-anteile werden den Bestimmun-gen des FAG 2008 entsprechend überwiesen. Kennzahl: Überwie-sene Ertragsanteile	Länder und Gemeinden sind über die zu erwartenden Ertragsanteile vorgängig informiert, die Ertrags-anteile werden den Bestimmun-gen des FAG 2008 entsprechend überwiesen. Kennzahl: Überwie-sene Ertragsanteile

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Kritische Durchforstung sowie Evaluierung bestehender Begünstigungen im Körperschaftsteuerrecht und im Ein-kommensteuerrecht unter Hinwirkung auf eine deutliche Verringerung der Begünstigungsbestimmungen, ohne die beabsichtigten Wirkungen aus den Augen zu verlieren (Bund 2013/3, SE 6, Bund 2013/6, SE 13)
ad 1	Ab dem Wirksamwerden des BHG 2013 ist eine umfassende Wirkungsfolgenabschätzung aller rechtssetzenden Vor-haben verpflichtend. Für alle Legistikprojekte ist daher nicht nur eine umfassende ex-ante Wirkungsfolgenabschät-zung, sondern auch eine ex-post Evaluierung spätestens nach fünf Jahren erforderlich (Bund 2013/3, S. 148; Bund 2013/6, S. 53).

2	Umsetzen eines Maßnahmenpakets im Hinblick auf das hohe Abgabenrisiko bei Verlusten ausländischer Gruppenmit-glieder, wie etwa die Festlegung von Mindesterfordernissen für Abgabepflichtige hinsichtlich der zu übermittelnden Unterlagen und verpflichtende Angaben zum steuerlichen Ergebnis für jedes ausländische Gruppenmitglied getrennt nach aus- und inländischem Steuerrecht (Bund 2013/6, SE 33)
ad 2	Zu den vom RH aufgezeigten Problemen i.Z.m. ausländischen Rechnungsabschlüssen und der Verlustverwertung merkte das BMF an, dass die einheitliche Vorgehensweise bei der Umrechnung ausländischer Verluste auf österreichi-sches Abgabenrecht durch eine — noch zu veröffentlichende — „Umrechnungs–Checkliste“ künftig noch verbessert werden solle (Bund 2013/6, S. 72).

3	Regelmäßige und umfassende Evaluierung der Notwendigkeit der Beibehaltung von Begünstigungen zur Zielerrei-chung, der Erreichung der beabsichtigten Wirkung bzw. des mit dem Vollzug verbundenen Verwaltungsaufwands (Bestehen eines angemessenen Verhältnisses zu den Ergebnissen) (Bund 2013/3, SE 4, Bund 2013/6, SE 7)
ad 3	Diese Vorgehensweise ist seit dem Jahr 2013 für neu eingeführte Maßnahmen durch das BHG 2013 verbindlich vor-

	gesehen (Bund 2013/6; S. 42-43; Bund 2013/3; S. 145).

4	Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen der von der GPLA betroffenen Abgaben und Beiträge zwecks Nutzung von Synergieeffekten (Bund 2012/6, SE 2)
ad 4	Das BMF befürwortet eine Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen der von der GPLA betroffenen Abgaben und Beiträge; diese sei aber auf politischer Ebene abzustimmen und bedürfe des parlamentarischen Gesetzgebungsprozesses (Bund 2012/6, S.128).

5	Überdenken der Absatzmöglichkeit von Topf-Sonderausgaben zugunsten einer entsprechenden Regelung im Einkommensteuertarif (Bund 2013/3, SE 23)
ad 5	Überprüfungsaktionen im Zusammenhang mit der Absetzbarkeit von Topf–Sonderausgaben seien künftig nicht geplant. Begrenzt vorhandenes Personal werde in stärker risikobehafteten Kontrollfeldern eingesetzt werden müssen (Bund 2013/3, S. 177).

Globalbudget 16.01 Öffentliche Abgaben
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 16.01 Öffentliche Abgaben**	DB 16.01.01 Brutto-steuern	DB 16.01.02 Fin-Ausgl.Abüberw.I	DB 16.01.03 Sonst. Abüberw. I	DB 16.01.04 EU Abüberw. II
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	47.881,794	79.380,000	-25.366,972	-3.231,234	-2.900,000
Erträge	**47.881,794**	**79.380,000**	**-25.366,972**	**-3.231,234**	**-2.900,000**
Betrieblicher Sachaufwand	1.050,000	1.050,000			
Aufwendungen	**1.050,000**	**1.050,000**			
Nettoergebnis	**46.831,794**	**78.330,000**	**-25.366,972**	**-3.231,234**	**-2.900,000**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 16.01 Öffentliche Abgaben**	DB 16.01.01 Brutto-steuern	DB 16.01.02 Fin-Ausgl.Abüberw.I	DB 16.01.03 Sonst. Abüberw. I	DB 16.01.04 EU Abüberw. II
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	47.881,794	79.380,000	-25.366,972	-3.231,234	-2.900,000
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**47.881,794**	**79.380,000**	**-25.366,972**	**-3.231,234**	**-2.900,000**

Untergliederung 20 Arbeit

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Wir betreiben aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verhütung und Beseitigung von Arbeitslosigkeit sowie Förderung von Beschäftigung und sichern die Existenz der Arbeitslosen. Wir verbessern Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz durch Bewusstseinsbildung und effiziente Durchsetzung des ArbeitnehmerInnenschutzes.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**6.034,590**	**5.351,819**	**5.453,984**
Auszahlungen fix	1.851,508	1.851,508	1.441,704	1.668,284
Auszahlungen variabel	5.176,751	5.176,751	4.964,089	4.442,165
Summe Auszahlungen	**7.028,259**	**7.028,259**	**6.405,793**	**6.110,449**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-993,669**	**-1.053,974**	**-656,465**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	6.037,444	5.352,301	
Aufwendungen	7.039,174	6.490,095	
Nettoergebnis	**-1.001,730**	**-1.137,794**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Verbesserung der Arbeits- und Erwerbsfähigkeit älterer ArbeitnehmerInnen (50+).
Warum dieses Wirkungsziel?
Ältere, erfahrene ArbeitnehmerInnen sind nicht zuletzt vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung für Österreichs Wirtschaft unverzichtbar, sie tragen durch ihr Wissen und Know-how substanziell zu Wirtschaftswachstum und Produktivitätsentwicklung bei; zur langfristigen Finanzierbarkeit der Systeme der sozialen Sicherheit ist das faktische an das gesetzliche Pensionsantrittsalter heranzuführen. Die nationalen Zielvorgaben sollten sich an den auf EU-Ebene angestrebten Ergebnissen orientieren und spezielle nationale Umstände berücksichtigen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Schaffung/Bereitstellung eines flächendeckenden niederschwelligen (d.h. freiwilliger, kostenloser Zugang; jederzeitige Inanspruchnahme der Angebote innerhalb der Öffnungszeiten; Angebote für jede Lebensphase) Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebots zum dauerhaften Erhalt der Arbeits- und Erwerbsfähigkeit erwerbstätiger Personen (Programm „fit2work“).
- Sicherstellung der Verfügbarkeit einer ausreichenden Anzahl an arbeitsmarktpolitischen Angeboten zur Erleichterung der (Re-) Integration in den Arbeitsmarkt (Qualifizierung und Eingliederung).
- Forcierung der Re-Integration von gesundheitlich beeinträchtigten Personen durch Maßnahmen des AMS.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 20.1.1	Beschäftigungsquote Ältere (50-64 Jahre)					
Berechnungs-methode	Verhältnis von erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 50 und 64 Jahren zu der Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse – in Prozent					
Datenquelle	BALI-Web des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	50,2%	51,3%	53,0%	≥ 51,5%	≥ 56,0%	≥ 57,0%
	Erläuterungen: Beschäftigungsquote auf Registerdatenbasis; 50-64 Jahre Männer und Frauen Istzustand 2013: 54,7%					

Kennzahl 20.1.2	Arbeitslosenquote Ältere 50+					
Berechnungs-methode	Verhältnis von beim Arbeitsmarktservice registrierten arbeitslosen Personen zum unselbständigen Arbeitskräftepotenzial (beim Arbeitsmarktservice vorgemerkte arbeitslose Personen und beim Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger erfasste unselbständig Beschäftigte) – in Prozent					
Datenquelle	Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	7,3%	7,1%	7,4%	≤ 7,2%	≤ 8,6%	≤ 8,6%

	Erläuterungen: Register-Arbeitslosenquote; 50+ Frauen und Männer (keine obere Altersgrenze) Das erwartete reale BIP-Wachstum von durchschnittlich 1,8 % p.a. im Zeitraum 2014-2018 (WIFO-Mittelfristprognose Februar 2014) wird zwar eine Ausweitung der unselbständigen Beschäftigung (+0,8% p.a.) ermöglichen, diese wird aber voraussichtlich nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit Älterer trotz der Ausweitung der arbeitsmarktpolitischen Interventionen 2014 zu senken. Istzustand 2013: 8,2%

Wirkungsziel 2:
Frauen und Wiedereinsteigerinnen werden nach Erwerbsunterbrechung verstärkt am Erwerbsleben beteiligt.
Warum dieses Wirkungsziel?
Der EU 2020 Strategie folgend, sind als nationales Ziel Maßnahmen zur Erreichung der Beschäftigungsquote von 77-78% notwendig. Eine besondere Zielgruppe sind Frauen - hier wäre darauf zu achten, dass für die Arbeitnehmerinnen Wahlfreiheit hinsichtlich des Beschäftigungsausmaßes besteht. Beschäftigung ist individuell der wichtigste Beitrag zur Vermeidung von Armut, deshalb ist ein existenzsicherndes Einkommen notwendig. Ein mehr an Beschäftigung schöpft die Ressource Qualifikation besser aus und sichert durch die vermehrten Sozialversicherungs- und Steuerbeiträge die Systeme der sozialen Sicherheit ab. Als Folge der vertikalen (unterschiedliche Hierarchieebenen, z.B. Anteil von Frauen in Führungspositionen) und horizontalen (nach Branchen, z.B. Anteil der Frauen in techn. Berufen) Segregation auf dem Arbeitsmarkt ist es für Frauen ungleich schwerer eine ihrer Ausbildung und Interesse adäquaten Beschäftigung zu finden. Dadurch wächst der Gender Gap (Lohndifferenzen) weiter, Diskriminierung durch die Entlohnungssysteme sowie die ungleiche Verteilung der Versorgungsarbeit führt zu mangelnder Mobilisierung des weiblichen Arbeitskräftepotenzials.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Weiterführung des Programms FIT (Frauen in Handwerk und Technik).
- Qualifizierung für Frauen und Wiedereinsteigerinnen (Bildungsmaßnahmen, Kurskosten, Arbeitsstiftungen)
- Arbeitsmarktbezogene Angebote von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen für Frauen und Wiedereinsteigerinnen (Beratung z.B. hinsichtlich Kinderbetreuung, Begleitung während der Ausbildung, etc.)

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 20.2.1	Beschäftigungsquote Frauen (15 bis 64 Jahre)					
Berechnungs-methode	Verhältnis von beim Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger registrierten unselbständig und selbständig beschäftigten Frauen zwischen 15 und 64 Jahren zu der Wohnbevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren – in Prozent					
Datenquelle	Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	61,2%	61,8%	62,4%	≥ 61,5%	≥ 63,6%	≥ 64,0%
	Erläuterungen: Beschäftigungsquote auf Registerdatenbasis; (Frauen 15-64 Jahre; Registerquote BALI unselbstständige und selbstständige Beschäftigung) Istzustand 2013: 63,0%					

Kennzahl 20.2.2	Arbeitslosenquote Frauen					
Berechnungs-methode	Verhältnis von beim Arbeitsmarktservice registrierten arbeitslosen Personen zum unselbständigen Arbeitskräftepotenzial (beim Arbeitsmarktservice vorgemerkte arbeitslose Personen und beim Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger erfasste unselbständige Beschäftigte) – in Prozent					
Datenquelle	Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	6,3%	6,3%	6,5%	≤ 6,5%	≤ 7,5%	≤ 7,5%
	Erläuterungen: Register-Arbeitslosenquote Frauen ohne Alterseingrenzung Das erwartete reale BIP-Wachstum von durchschnittlich 1,8 % p.a. im Zeitraum 2014-2018 (WIFO-Mittelfristprognose Februar 2014) wird zwar eine Ausweitung der unselbständigen Beschäftigung (+0,8% p.a.) ermöglichen, diese wird aber voraussichtlich nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit von Frauen 2014 zu senken. Istzustand 2013: 7,0%					

Wirkungsziel 3:
Dämpfung negativer Auswirkungen einer abgeschwächten Konjunktur auf die Arbeitslosigkeit und in weiterer Folge langfristige Senkung der Arbeitslosigkeit.
Warum dieses Wirkungsziel?

Arbeitslosigkeit hat sowohl auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene als auch auf der individuellen Ebene negative Folgen und verursacht erhebliche Kosten. Eine niedrige Arbeitslosigkeit generiert Volkseinkommen und ermöglicht den Einzelnen, ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbsarbeit zu bestreiten. Ohne Einsatz der Arbeitsmarktförderung wäre die Arbeitslosigkeit um jeweils 1,6 Prozentpunkte höher. Der EU 2020-Strategie folgend sollen im Bereich Beschäftigung 75% der 20- bis 64-Jährigen in Arbeit gebracht werden (eines von fünf EU-Kernzielen für das Jahr 2020).

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Arbeitsmarktförderung und Beihilfen zur Beschäftigungsförderung; Qualifizierung und Unterstützung von Arbeitslosen und Beschäftigten.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 20.3.1	Arbeitslosenquote Männer					
Berechnungs-methode	Verhältnis von arbeitslosen Personen zum Arbeitskräftepotenzial (arbeitslose Personen plus unselbständig Beschäftigte lt. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger) – in Prozent					
Datenquelle	Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	7,5%	7,1%	7,4%	≤ 7,4%	≤ 8,5%	≤ 8,5%
	Erläuterungen: Register-Arbeitslosenquote Männer ohne Alterseingrenzung Istzustand 2013: 8,2%					

Kennzahl 20.3.2	Arbeitslosenquote Frauen					
Berechnungs-methode	Verhältnis von arbeitslosen Personen zum Arbeitskräftepotenzial (arbeitslose Personen plus unselbständig Beschäftigte lt. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger) – in Prozent					
Datenquelle	Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	6,3%	6,3%	6,5%	≤ 6,5%	≤ 7,5%	≤ 7,5%
	Erläuterungen: Register-Arbeitslosenquote Frauen ohne Alterseingrenzung Istzustand 2013: 7,0%					

Kennzahl 20.3.3	Arbeitslosenquote insgesamt (m+w)					
Berechnungs-methode	Verhältnis von arbeitslosen Personen zum Arbeitskräftepotenzial (arbeitslose Personen plus unselbständig Beschäftigte lt. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger) – in Prozent					
Datenquelle	Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	6,9%	6,7%	7,0%	≤ 7,0%	≤ 7,9%	≤ 7,9%
	Erläuterungen: Register-Arbeitslosenquote ohne Alterseingrenzung Istzustand 2013: 7,6%					

Kennzahl 20.3.4	Arbeitslosenquote 15-24 Jahre (m + w)					
Berechnungs-methode	Verhältnis von arbeitslosen Personen zum Arbeitskräftepotenzial (arbeitslose Personen plus unselbständig Beschäftigte lt. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger) – in Prozent					
Datenquelle	Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	7,6%	7,3%	7,6%	≤ 7,0%	≤ 8,0%	≤ 8,0%
	Erläuterungen: Register-Arbeitslosenquote Jugendliche 15-24 Jahre Istzustand 2013: 8,1%					

Kennzahl 20.3.5	Arbeitslosenquote Ältere 50+					
Berechnungs-methode	Verhältnis von arbeitslosen Personen zum Arbeitskräftepotenzial (arbeitslose Personen plus unselbständig Beschäftigte lt. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger) – in Prozent					
Datenquelle	Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	7,3%	7,1%	7,4%	≤ 7,2%	≤ 8,6%	≤ 8,6%
	Erläuterungen: Register-Arbeitslosenquote; 50+ Frauen und Männer (keine obere Altersgrenze) Istzustand 2013: 8,2%					

Wirkungsziel 4:
Gewährleistung eines garantierten Lehr- oder Ausbildungsplatzes für Jugendliche an der Schnittstelle Schule/Arbeitsmarkt (zur Absicherung ihrer Integration in den Arbeitsmarkt).
Warum dieses Wirkungsziel?
Jugendliche sollen rasch Erfahrungen am Arbeitsmarkt sammeln, ihre erworbenen Kenntnisse anwenden und ausbauen. Die Jugend braucht Chancen und Perspektiven. Daher ist eine stabile, frei gewählte, zukunftssichere Berufswahl von besonderer Bedeutung.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Ausbildungsgarantie: Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Ausbildungsplätzen für Jugendliche und junge Erwachsene, die nicht am regulären Lehrstellenmarkt teilnehmen können.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 20.4.1	Anzahl Lehrstellensuchende					
Berechnungs-methode	Anzahl der bei den regionalen Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice zur Lehrstellenvermittlung registrierten Personen, für die noch keine erfolgreiche Vermittlung zustande gekommen ist (ohne Einstellungszusage).					
Datenquelle	Arbeitsmarktservice					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	5.752	5.504	5.531	≤ 5.700	≤ 5.700	≤ 5.700
	Erläuterungen: Jahresdurchschnittsbestand sofort verfügbare Lehrstellensuchende ohne Einstellzusage beim AMS Istzustand 2013: 5.727					

Kennzahl 20.4.2	Anzahl gemeldete offene Lehrstellen					
Berechnungs-methode	Anzahl der sich aus den Vermittlungsaufträgen der Betriebe ergebenden, sofort verfügbaren freien Lehr- oder Ausbildungsstellen.					
Datenquelle	Arbeitsmarktservice					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	3.431	3.650	3.824	≥ 3.400	≥ 3.400	≥ 3.400
	Erläuterungen: Jahresdurchschnittsbestand sofort verfügbare offene Lehrstellen beim AMS Istzustand 2013: 3.420					

Kennzahl 20.4.3	Arbeitslosenquote Jugendliche (15-24 Jahre)					
Berechnungs-methode	Verhältnis von arbeitslosen Personen zum Arbeitskräftepotenzial (arbeitslose Personen plus unselbständig Beschäftigte lt. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger) – in Prozent					
Datenquelle	Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	7,6%	7,3%	7,6%	≤ 7,0%	≤ 8,0%	≤ 8,0%
	Erläuterungen: Register-Arbeitslosenquote Jugendliche 15-24 Jahre Istzustand 2013: 8,1%					

Wirkungsziel 5:
Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer.
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Arbeitsinspektion hat durch ihre Tätigkeit dazu beizutragen, dass Gesundheit und Sicherheit der ArbeitnehmerInnen sichergestellt und durch geeignete Maßnahmen ein wirksamer ArbeitnehmerInnenschutz gewährleistet wird. D.h. die Arbeitsinspektion wirkt an der Verbesserung von Arbeitsbedingungen zur Prävention von Arbeitsunfällen, Erkrankungen und Berufskrankheiten mit. Für die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen werden Maßnahmen der Prävention mit dem Ziel angewandt, die Zahl von Arbeitsunfällen, arbeitsbedingten Erkrankungen und Berufskrankheiten möglichst gering zu halten. Dabei werden insbesondere der rasante technologische und arbeitsmedizinische Fortschritt sowie die Trends von Arbeitsunfällen, arbeitsbedingten Erkrankungen und Berufskrankheiten berücksichtigt.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Entwicklung, Umsetzung und Evaluierung der Arbeitsschutzstrategie 2013 - 2020 in Kooperation mit Partnerorganisationen (z.B. Allgemeine Unfallversicherungsanstalt, Interessensvertretungen).

- Entwicklung und Umsetzung einer Strategie zur zielorientierten Planung von Schwerpunktaktionen (SPA) für spezifische Branchen mit Prognose der erwartbaren Wirkung.
- Umsetzung, Weiterentwicklung und Evaluierung eines neuen Modells zur Steuerung der Tätigkeit der Arbeitsinspektorate basierend auf objektiven Kennzahlen und standardisierten Qualitätskriterien zur Optimierung der Wirkung der Tätigkeit durch Steigerung der Effizienz der Kontrollen.
- Bereitstellung von fachspezifischen Informationen, insbesondere auch über aktuelle Entwicklungen in rechtlicher, technischer, arbeitsmedizinischer Hinsicht für die Anspruchsgruppen der Arbeitsinspektion auf der Website der Arbeitsinspektion (ArbeitgeberInnen, ArbeitnehmerInnen, Präventivfachkräfte, Sicherheitsvertrauenspersonen, Betriebsräte, Interessensvertretungen etc.)

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 20.5.1	Krankenstandsquote					
Berechnungs-methode	Krankenstandstage gesamt*100/Anzahl der Krankenversicherten (= nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz krankenversicherte ArbeiterInnen und Angestellte und bei der BVA versicherte Vertragsbedienstete des Bundes)*365 – in Prozent					
Datenquelle	Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	3,5%	3,6%	3,5%	< 3,5%	< 3,5%	< 3,5%

Kennzahl 20.5.2	Quote der Arbeitsunfälle					
Berechnungs-methode	Verhältnis der von der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt anerkannten Arbeitsunfälle unselbständig Erwerbstätiger im engeren Sinn (ohne Wegunfälle) bezogen auf 10.000 ArbeitnehmerInnen.					
Datenquelle	Allgemeine Unfallversicherungsanstalt					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	Gesamt: 333,8 Frauen: 176,7 Männer: 464,4	Gesamt: 325 Frauen: 171,7 Männer: 451,3	Gesamt: 313,5 Frauen: 169 Männer: 432,4	Gesamt: ≤ 350	Gesamt: ≤ 300 Frauen: 170 Männer: 430	Gesamt: 290 Frauen: 170 Männer 410
	Erläuterungen: Festsetzung des Zielzustandes getrennt nach Männern und Frauen erfolgt erst ab 2014.					

Untergliederung 20 Arbeit

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.037,443	5.352,300	
Finanzerträge	0,001	0,001	
Erträge	**6.037,444**	**5.352,301**	
Personalaufwand	84,552	83,635	
Transferaufwand	6.566,560	5.910,540	
Betrieblicher Sachaufwand	388,062	495,920	
Aufwendungen	**7.039,174**	**6.490,095**	
hievon variabel	*5.184,502*	*4.966,809*	
Nettoergebnis	**-1.001,730**	**-1.137,794**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.034,458	5.351,667	5.453,818
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001	0,001	0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,131	0,151	0,164
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.034,590**	**5.351,819**	**5.453,984**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	461,395	495,002	475,548
Auszahlungen aus Transfers	6.566,561	5.910,540	5.634,489
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,173	0,100	0,275
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,130	0,151	0,137
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**7.028,259**	**6.405,793**	**6.110,449**
hievon variabel	*5.176,751*	*4.964,089*	*4.442,165*
Nettogeldfluss	**-993,669**	**-1.053,974**	**-656,465**

Untergliederung 20 Arbeit
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 20 Arbeit**	GB 20.01 Arbeits-markt	GB 20.02 Arbeitsin-spektion
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.037,443	6.035,249	2,194
Finanzerträge	0,001	0,001	
Erträge	**6.037,444**	**6.035,250**	**2,194**
Personalaufwand	84,552	55,640	28,912
Transferaufwand	6.566,560	6.566,560	
Betrieblicher Sachaufwand	388,062	383,015	5,047
Aufwendungen	**7.039,174**	**7.005,215**	**33,959**
hievon variabel	*5.184,502*	*5.184,502*	
Nettoergebnis	**-1.001,730**	**-969,965**	**-31,765**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 20 Arbeit**	GB 20.01 Arbeits-markt	GB 20.02 Arbeitsin-spektion
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.034,458	6.033,973	0,485
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001		0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,131	0,075	0,056
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.034,590**	**6.034,048**	**0,542**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	461,395	429,773	31,622
Auszahlungen aus Transfers	6.566,561	6.566,561	
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,173		0,173
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,130	0,075	0,055
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**7.028,259**	**6.996,409**	**31,850**
hievon variabel	*5.176,751*	*5.176,751*	
Nettogeldfluss	**-993,669**	**-962,361**	**-31,308**

Globalbudget 20.01 Arbeitsmarkt

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.035,249	5.351,241	
Finanzerträge	0,001	0,001	
Erträge	**6.035,250**	**5.351,242**	
Personalaufwand	55,640	57,114	
Transferaufwand	6.566,560	5.910,540	
Betrieblicher Sachaufwand	383,015	491,033	
Aufwendungen	**7.005,215**	**6.458,687**	
hievon variabel	*5.184,502*	*4.966,809*	
Nettoergebnis	**-969,965**	**-1.107,445**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.033,973	5.351,242	5.453,168
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,075	0,095	0,115
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.034,048**	**5.351,337**	**5.453,283**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	429,773	464,397	446,109
Auszahlungen aus Transfers	6.566,561	5.910,540	5.634,489
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,075	0,095	0,135
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.996,409**	**6.375,032**	**6.080,734**
hievon variabel	*5.176,751*	*4.964,089*	*4.442,165*
Nettogeldfluss	**-962,361**	**-1.023,695**	**-627,451**

Globalbudget 20.01 Arbeitsmarkt

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	Schaffung/Bereitstellung eines flächendeckenden niederschwelligen (d.h. freiwilliger, kostenloser Zugang; jederzeitige Inanspruchnahme der Angebote innerhalb der Öffnungszeiten; Angebote für jede Lebensphase) Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebots zum dauerhaften Erhalt der Arbeits- und Erwerbsfähigkeit erwerbstätiger Personen (Programm „fit2work“) und Forcierung der Re-Integration von gesundheitlich beeinträchtigten Personen durch Maßnahmen des AMS.	Anzahl der beratenen ArbeitnehmerInnen: 40.000 (Planzahl)	Anzahl der beratenen ArbeitnehmerInnen: 24.128 (Stand: 31.12.2013) Vollausbau des Programms „fit2work“ in ganz Österreich (Anzahl der Bundesländer: 9) wurde erreicht.
		Anzahl der geförderten gesundheitlich beeinträchtigten Personen: 65.000 (Anzahl der geförderten Personen pro Jahr)	Anzahl der vom AMS geförderten gesundheitlich beeinträchtigten Personen 2013: 63.615 (Anzahl der geförderten Personen im Jahr 2013 – Stand 3.2.2014)
WZ 1	Sicherstellung der Verfügbarkeit einer ausreichenden Anzahl an arbeitsmarktpolitischen Angeboten zur Erleichterung der (Re-) Integration in den Arbeitsmarkt (Qualifizierung und Eingliederung).	Anzahl der geförderten Personen in Eingliederungsbeihilfen (EB) und Kombilohn (KOMB) 50+ Jahre: 19.000 (Anzahl der geförderten Personen pro Jahr)	Anzahl der geförderten Personen 2013 in AMS Eingliederungsbeihilfen (EB) 50+ Jahre: 12.007 sowie Beihilfe Kombilohn (KOMB) 50+ Jahre: 6.179 (Anzahl der geför-derten Personen im Jahr 2013 – Stand 3.2.2014)
		Anzahl der geförderten Personen in Sozialökonomischen Betrieben und gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten 50+: 12.500 (Anzahl der geförderten Personen pro Jahr)	Anzahl der geförderten Personen 2013 in Sozialökonomischen Betrieben und gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten 50+: 10.316 (Anzahl der geförderten Personen im Jahr 2013 – Stand 3.2.2014)
WZ 2	Weiterführung des Programms FIT (Frauen in Handwerk und Technik), Qualifizierungen für Frauen und Wiedereinsteigerinnen (Bildungsmaßnahmen, Kurskosten, Arbeitsstiftungen) Arbeitsmarktbezogene Angebote von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen für Frauen und Wiedereinsteigerinnen (Beratung z.B. hinsichtlich Kinderbetreuung, Begleitung während der Ausbildung, etc.)	Anzahl der geförderten Frauen inkl. Wiedereinsteigerinnen (Programm FIT): 7.000 (Anzahl der geförderten Personen pro Jahr)	Anzahl der geförderten Frauen inkl. Wiedereinsteigerinnen (Programm FIT) 2013: 6.835 (Anzahl der geförderten Personen im Jahr 2013 – Stand 3.2.2014)
		Anzahl der geförderten Frauen inkl. Wiedereinsteigerinnen in AMS Qualifizierungsprogrammen (Bildungsmaßnahmen, Arbeitsstiftungen, Kurskosten): 140.000 (Anzahl der geförderten Personen pro Jahr)	Anzahl der geförderten Frauen inkl. Wiedereinsteigerinnen in AMS Qualifizierungsprogrammen (Bildungsmaßnahmen, Arbeitsstiftungen, Kurskosten) 2013: 131.668 (Anzahl der geförderten Personen im Jahr 2013 – Stand 3.2.2014)
		Anzahl der geförderten Frauen inkl. Wiedereinsteigerinnen in AMS Beratungs- und Betreuungseinrichtungen: 52.000 (Anzahl der geförderten Personen pro Jahr)	Anzahl der geförderten Frauen inkl. Wiedereinsteigerinnen in AMS Beratungs- und Betreuungseinrichtungen 2013: 53.502 (Anzahl der geförderten Personen im Jahr 2013 – Stand 3.2.2014)
WZ 3	Arbeitsmarktförderung und Beihilfen zur Beschäftigungsförderung; Qualifizierung und Unterstützung von Arbeitslosen und Beschäftigten.	Anzahl der geförderten Personen: 435.000 (Anzahl der geförderten Personen pro Jahr)	Anzahl der AMS geförderten Personen 2013: 438.871 (Anzahl der geförderten Personen im Jahr 2013 – Stand 3.2.2014)

WZ 4	Ausbildungsgarantie: Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Ausbildungsplätzen für Jugendliche und junge Erwachsene, die nicht am regulären Lehrstellenmarkt teilnehmen können.	Anzahl der geförderten Jugendlichen in Lehrgängen inklusive Vorbereitungsmaßnahmen: 9.000 (Bestand zum 31.12.2014)	Anzahl der geförderten Jugendlichen in Lehrgängen inklusive Vorbereitungsmaßnahmen Ende Dezember 2013: 9.283 (Bestand Ende Dezember 2013 mit Datenstand: 7.2.2014)

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Anstreben einer betriebswirtschaftlich ausgerichteten Finanzierung der mehrjährigen Kursmaßnahmen des AMS (Bund 2011/10, SE 1)
ad 1	Hierzu gibt es bereits im BVA 2013 eine Stellungnahme. Daran anknüpfend ist festzuhalten, dass sich an dieser Problematik nichts geändert hat. Auch mit dem neuen BHG 2013 sind keine substantiellen Verbesserungen betreffend RL-Bildungen geschaffen worden. Die gesetzlich vorgesehene Möglichkeit zur Rücklagenbildung gemäß § 55 Abs.1 BHG kann nicht angewendet werden, da es sich um Auszahlungen nach Maßgabe zweckgebundener Gebarung (§ 36 BHG) handelt. Diese sind gemäß § 55 Abs. 4 Zi 1 BHG 2013 von einer Rücklagenbildung ausgenommen.

2	Hinterfragung der Vielfalt der Regelungen bei der Beschaffung von Kursmaßnahmen sowie Anstreiben eines höheren Grades der Vereinheitlichung (Bund 2011/10, SE 2)
ad 2	Die Richtlinie wurde überarbeitet und soweit möglich einheitlichere Regelungen zum Zwecke eines höheren Grades an Vereinheitlichung geschaffen. Die Richtlinienlandschaft des AMS unterliegt einem ständig rollierenden Qualitätssicherungsprozess. Das AMS handelt im Rahmen der Vorgaben des BVergG. Soweit das BVergG eine einfache Gestaltung der Vergabe zulässt, wird dies genützt. Entsprechend der Bestimmungen des BHG 2013 und der Vorhabens-VO des BMF 2013 wurde eine eigene Vorhabensvereinbarung zwischen BMF und Sozialministerium geschlossen.

3	Zielgruppenorientierte Betreuung der jungen Erwachsenen im Hinblick auf deren hohe Betroffenheit von Arbeitslosigkeit (Bund 2011/10, SE 2)
ad 3	Hierzu gibt es bereits eine Stellungnahme im BVA 2013. Daran anknüpfend ist festzuhalten, dass die meisten regionalen Geschäftsstellen bereits JugendberaterInnen haben (z.B. in Wien: eigene Geschäftsstelle für Jugendliche). Eine vom AMS eingerichtete ständige Arbeitsgruppe befasst sich n.a. mit der Betreuung von Jugendlichen; Ergebnisse daraus werden in einem rollierenden Organisationsentwicklungsprozess verwertet.

4	Kosten-Nutzen-Überlegungen zu einer Umschichtung bzw. Erhöhung eigener Ressourcen, um eingekaufte Leistungen selbst zu erbringen (Bund 2011/3, SE 15)
ad 4	Hierzu gibt es bereits eine Stellungnahme im BVA 2013: „Mangels Personalressourcen (Aufnahmestopp des Bundes) Eigenleistungen nicht möglich." Daran hat sich nichts geändert.

5	Einbeziehung der Kosteneffizienz bei der Erarbeitung des best practice-Modells der Organisation der Betreuung von jungen Erwachsenen (Bund 2011/10, SE 7)
ad 5	Derzeit werden die Aufbau- und Ablauforganisation der Regionalen Geschäftsstellen im Rahmen des Organisationsentwicklungsprojekts überprüft. Die Dienstleistungen für Jugendliche und junge Menschen werden analysiert, bewertet und angepasst. Die Ergebnisse werden vom AMS im Sinne von Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Rechtmäßigkeit nutzbringend verwertet.

Globalbudget 20.01 Arbeitsmarkt
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 20.01 Arbeits-markt**	DB 20.01.01 AMadmin BMASK	DB 20.01.02 Aktive AMP	DB 20.01.03 Leist/Beitr	DB 20.01.04 AMadmin AMS
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.035,249	194,403	0,001	5.839,568	1,277
Finanzerträge	0,001		0,001		
Erträge	**6.035,250**	**194,403**	**0,002**	**5.839,568**	**1,277**
Personalaufwand	55,640				55,640
Transferaufwand	6.566,560	726,939	597,320	5.242,301	
Betrieblicher Sachaufwand	383,015		376,701	6,024	0,290
Aufwendungen	**7.005,215**	**726,939**	**974,021**	**5.248,325**	**55,930**
hievon variabel	*5.184,502*		*77,000*	*5.107,502*	
Nettoergebnis	**-969,965**	**-532,536**	**-974,019**	**591,243**	**-54,653**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 20.01 Arbeits-markt**	DB 20.01.01 AMadmin BMASK	DB 20.01.02 Aktive AMP	DB 20.01.03 Leist/Beitr	DB 20.01.04 AMadmin AMS
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.033,973	194,403	0,002	5.839,568	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,075				0,075
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.034,048**	**194,403**	**0,002**	**5.839,568**	**0,075**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	429,773		374,450	0,001	55,322
Auszahlungen aus Transfers	6.566,561	726,939	597,320	5.242,302	
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,075				0,075
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.996,409**	**726,939**	**971,770**	**5.242,303**	**55,397**
hievon variabel	*5.176,751*		*75,000*	*5.101,751*	
Nettogeldfluss	**-962,361**	**-532,536**	**-971,768**	**597,265**	**-55,322**

Globalbudget 20.02 Arbeitsinspektion

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,194	1,059	
Erträge	**2,194**	**1,059**	
Personalaufwand	28,912	26,521	
Betrieblicher Sachaufwand	5,047	4,887	
Aufwendungen	**33,959**	**31,408**	
Nettoergebnis	**-31,765**	**-30,349**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,485	0,425	0,650
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001	0,001	0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,056	0,056	0,049
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,542**	**0,482**	**0,701**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	31,622	30,605	29,439
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,173	0,100	0,275
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,055	0,056	0,002
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**31,850**	**30,761**	**29,715**
Nettogeldfluss	**-31,308**	**-30,279**	**-29,015**

Globalbudget 20.02 Arbeitsinspektion

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 5	Entwicklung, Umsetzung und Evaluierung der Arbeitsschutzstrategie 2013 - 2020 in Kooperation mit Partnerorganisationen (z.B. Allgemeine Unfallversicherungsanstalt, Interessensvertretungen).	Umsetzung der Arbeitsschutzstrategie 2013 – 2020: Regelbetrieb	Umsetzung der Arbeitsschutzstrategie 2013 – 2020 läuft.
		Jährliche Evaluierung und Anpassung der Arbeitsschutzstrategie 2013-2020: 3. Quartal	Evaluierung für 2013 abgeschlossen. Verbesserungen eingeleitet.
			Entwicklung der Arbeitsschutzstrategie 2013 – 2020: abgeschlossen
WZ 5	Entwicklung und Umsetzung einer Strategie zur zielorientierten Planung von Schwerpunktaktionen (SPA) für spezifische Branchen mit Prognose der erwartbaren Wirkung.	Planung einer statistisch belegten wirkungsorientierten Schwerpunktaktion im Bergbau mit Zeitablauf für Kontrolle und Nachkontrolle: Abschluss der Nachkontrolle	Beratungs- und Kontrollphase als Stichprobenerhebung mit ergänzender Vollerhebung in allen Bergbaubetrieben im Dezember 2013 abgeschlossen. Nachkontrollphase in allen Bergbaubetrieben Ende 2013 vorbereitet.
		Planung einer statistisch belegten wirkungsorientierten Schwerpunktaktion bei Möbeltischlern mit Zeitablauf für Kontrolle und Nachkontrolle ist abgeschlossen	Beratungs- und Kontrollphase in allen Möbeltischlereien im November 2013 abgeschlossen. Nachkontrollphase in allen Möbeltischlereien Ende 2013 vorbereitet.
WZ 5	Umsetzung, Weiterentwicklung und Evaluierung eines neuen Modells zur Steuerung der Tätigkeit der Arbeitsinspektorate basierend auf objektiven Kennzahlen und standardisierten Qualitätskriterien zur Optimierung der Wirkung der Tätigkeit durch Steigerung der Effizienz der Kontrollen.	Durchführung von jährlich 3 Kontrollbesprechungen mit den Amtsleitungen zur Umsetzung des Modells der wirkungsorientierten Steuerung: 2., 3. und 4. Quartal	Benchmarking und Controlling zur wirkungsorientierten Steuerung mit den Amtsleitungen im 2., 3. und 4. Quartal 2013 durchgeführt.
		Jährliche Evaluierung der wirkungsorientierten Steuerung mit Verbesserung fürs Folgejahr: 3. Quartal	Jährliche Evaluierung für 2013 abgeschlossen. Rahmenvereinbarung wirkungsorientierte Steuerung den Evaluierungsergebnissen Ende 2013 angepasst.
		Durchführung von jährlich 3 Einschauen in Arbeitsinspektoraten: 1., 3. und 4. Quartal	2013 drei Einschauen in Arbeitsinspektoraten im 1., 3. und 4. Quartal 2013 durchgeführt.
WZ 5	Bereitstellung von fachspezifischen Informationen, insbesondere auch über aktuelle Entwicklungen in rechtlicher, technischer, arbeitsmedizinischer Hinsicht für die Anspruchsgruppen der Arbeitsinspektion auf der Website der Arbeitsinspektion (ArbeitgeberInnen, ArbeitnehmerInnen, Präventivfachkräfte, Sicherheitsvertrauenspersonen, Betriebsräte, Interessensvertretungen etc.)	Anzahl der Zugriffe auf die Website der Arbeitsinspektion: 1.350.000	Anzahl der Zugriffe auf die Website der Arbeitsinspektion im Jahr 2013 zum Stichtag 31.12.2013: 1.315.193

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Entwicklung einer Österreichischen Arbeitsschutzstrategie 2013 - 2020 beginnend mit der Festlegung eines strategischen Gesamtdokuments sowie einer quantitativen und qualitativen Zieldefinition bzw. der Definition von Wirkungsindikatoren (Bund 2013/8, SE 1)
ad 1	Gesamtdokument zur Arbeitsschutzstrategie 2013-2020 wird erstellt; dies umfasst auch die Festlegung von Kernzielen in einer Resolution gemeinsam mit anderen Institutionen; Quantitative Zieldefinitionen mit Wirkungsindikatoren werden branchenbezogen für Schwerpunktaktionen vorgesehen.

2	Schaffung größerer Arbeitsinspektorate und Reduzierung der Anzahl der Aufsichtsbezirke auf maximal einen pro Bundesland, wobei die Konzentration der ArbeitsinspektionsärztInnen auf sieben Standorte als Good–practice–Modell für eine künftige Neuorganisation der Arbeitsinspektorate dienen könnte (Bund 2013/8, SE 3)
ad 2	Die Organisation der Arbeitsinspektorate wird 2014/2015 überprüft werden. Diese Überprüfung erfolgt nach definierten Kriterien wie Effizienz der Leistungserbringung, möglichst geringer Overhead, Sicherstellung erforderlicher Fachkompetenzen, regionale Betriebsansiedlungsdichten, Vernetzung mit regionalen Strukturen.

3	Aufbau einer Personalplanung für das Zentral-Arbeitsinspektorat und die Arbeitsinspektorate unter Berücksichtigung der notwendigen Straffung der Steuerung und Reorganisation der Arbeitsinspektion (Bund 2013/8, SE 20)
ad 3	Die Personalplanung für das Zentral-Arbeitsinspektorat und die Arbeitsinspektorate wird zusammengeführt und im Rahmen des jährlichen Personalkontraktes umgesetzt.

Globalbudget 20.02 Arbeitsinspektion
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 20.02 Arbeitsin-spektion**	DB 20.02.01 Arbeitsin-spektion
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2,194	2,194
Erträge	**2,194**	**2,194**
Personalaufwand	28,912	28,912
Betrieblicher Sachaufwand	5,047	5,047
Aufwendungen	**33,959**	**33,959**
Nettoergebnis	**-31,765**	**-31,765**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 20.02 Arbeitsin-spektion**	DB 20.02.01 Arbeitsin-spektion
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,485	0,485
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,056	0,056
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,542**	**0,542**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	31,622	31,622
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,173	0,173
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,055	0,055
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**31,850**	**31,850**
Nettogeldfluss	**-31,308**	**-31,308**

Untergliederung 21 Soziales und Konsumentenschutz

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Wir sorgen für die Verfügbarkeit eines vielfältigen und bedarfsgerechten Angebots an Pflege und Betreuung und für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung – insbesondere durch berufliche Integration. Wir unterstützen VerbraucherInnen, indem wir ihre Rechtsposition gegenüber Unternehmen stärken und ihre Rechte durchsetzen. Wir arbeiten für eine gerechte Teilhabe von armutsgefährdeten und von Ausgrenzung bedrohter Menschen.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**241,369**	**210,414**	**94,887**
Auszahlungen fix	2.923,322	2.923,322	2.900,775	2.986,926
Summe Auszahlungen	**2.923,322**	**2.923,322**	**2.900,775**	**2.986,926**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-2.681,953**	**-2.690,361**	**-2.892,039**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	242,509	210,551	
Aufwendungen	2.924,093	2.903,663	
Nettoergebnis	**-2.681,584**	**-2.693,112**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Stärkung der Rechtsposition der VerbraucherInnen und Sicherstellung einer effektiven Durchsetzung.
Warum dieses Wirkungsziel?
Das strukturelle Ungleichgewicht bewirkt, dass KonsumentInnen ohne ausreichend zwingende (d.h. nicht abdingbare) Rechte, ihre Anliegen und Interessen gegenüber UnternehmerInnen kaum durchsetzen können. Für den Fall, dass UnternehmerInnen diese Rechte nicht beachten, ist es notwendig, die Durchsetzung dieser Rechte sicherzustellen. Da der Zugang zum Recht für KonsumentInnen einerseits in Folge der Geringfügigkeit des Geschäfts und andererseits des Prozesskostenrisikos häufig ökonomisch nicht sinnvoll ist, muss die Rechtsdurchsetzung gefördert und unterstützt werden.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Maßnahme 1: Konsumentenfreundliche Umsetzung der EU-Richtlinie über Rechte der VerbraucherInnen in nationales Recht (Nützen der nationalen Spielräume).
- Maßnahme 2: Weiterentwicklung des Produktsicherheitsrechts (v.a. durch Verordnungen zum Produktsicherheitsgesetz).
- Maßnahme 3: Konsumentenfreundliche Umsetzung des Richtlinien-Vorschlags und des Verordnungs-Vorschlags über außergerichtliche Streitbeilegung in nationales Recht.
- Maßnahme 4: Konsumentenfreundliche Gestaltung des Reiserechts im Rahmen der Änderung der Pauschalreise-Richtlinie (Anpassung an neue Buchungsformen [-dynamic packaging], Verbesserung der Insolvenzabsicherung für KundInnen, insbesondere im grenzüberschreitenden Kontext).
- Maßnahme 5: Konsumentenfreundliche Umsetzung der EU-RL Zahlungskonten (Vergleichbarkeit von Kontogebühren, Kontowechsel und Zugang zu Zahlungskonten) und Einbringen der konsumentenpolitischen Interessen bei nationaler Umsetzung.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 21.1.1	Durchsetzung					
Berechnungs-methode	Die im Rahmen europäischer/innerstaatlicher Normgebungsprozesse eingebrachten Vorschläge werden mit dem Ausmaß ihrer Berücksichtigung in beschlossenen Rechtsakten verglichen und prozentuell bewertet (0% für überwiegend nicht umgesetzte Vorschläge, 50% für in relevantem Ausmaß umgesetzte Vorschläge, 100% für überwiegend umgesetzte Vorschläge) (Die Kennzahl bezieht sich auf die auf Globalebene dargestellten Maßnahmen und deren Meilensteine).					
Datenquelle	Statistik Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	50%	50%	62%	62%	70%	75%
	Erläuterungen: Maßnahme 1: 50% , Maßnahmen 2: 100%, Maßnahmen 3+4: zu je 50% erfüllt, Maßnahme 5: 100%; 350%:5=70%					

Kennzahl 21.1.2	Erfolgsquote der VKI-Verfahren

Berechnungs-methode	Verhältnis von abgeschlossenen zu gewonnenen Verfahren – in Prozent					
Datenquelle	Berichte des Vereins für Konsumenteninformation (VKI) über Klagstätigkeit.					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	90%	94,5%	87%	90%	90%	90%

Wirkungsziel 2:
Erhöhung der ökonomischen und gesellschaftlichen Beteiligung von armutsgefährdeten und von Ausgrenzung bedrohten Personen, die nur begrenzt am ökonomischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.
Warum dieses Wirkungsziel?
Die von sozialer Ausgrenzung und Armut am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen (z.B. arbeitslose Personen, Personen mit sehr geringer Erwerbseinbindung, Personen mit sehr niedrigem Bildungsabschluss, stark gesundheitlich beeinträchtigte Personen, AlleinerzieherInnen – 2010 ca. 1,4 Mio. Menschen) sollen durch unterstützende Maßnahmen zur besseren Teilhabe an Beschäftigung und gesellschaftlichen Prozessen unterstützt werden. Dadurch leistet Österreich einen Beitrag zum EU-Ziel in den nächsten 10 Jahren mindestens 20 Mio. Menschen aus Armut und sozialer Ausgrenzung zu befreien. Die Armutsbekämpfung nimmt in der Strategie Europa 2020 einen Schwerpunkt ein.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Festlegung der Schwerpunkte des Beitrags des BMASK zum Nationalen Reformprogramm (NRP) v.a. zur Verringerung der Armutsgefährdung.
- Gezielte Information von ExpertInnen und Öffentlichkeit über Armutsbekämpfung.
- Energieberatungen für armutsgefährdete und von sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen.
- Kostenlose Inanspruchnahme der Besuchsbegleitung für armutsgefährdete und von sozialer Ausgrenzung bedrohte besuchsberechtigte Personen.
- Weiterentwicklung der Mindestsicherungs-Vereinbarung aufbauend auf den Evaluierungsergebnissen bzw. der Erfahrungen des Bundes, der Länder und anderer Stakeholder als Grundlage für Verlängerung der Mindestsicherungsvereinbarung mit den Ländern.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 21.2.1	Armutsgefährdete, Erwerbslose, materiell besonders benachteiligte Menschen ("Deprivierte")					
Berechnungs-methode	Anzahl Armutsgefährdete, Erwerbslose und materiell besonders benachteiligte Menschen („Deprivierte“)					
Datenquelle	EU-SILC (= Community Statistics on Income and Living Conditions)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	1.532.000	1.406.000	1.373.000	Siehe Erläuterungen	Siehe Erläuterungen	Siehe Erläuterungen
	Erläuterungen: Mit EU SILC 2013 erfolgte eine Umstellung der Erhebung von Befragungs- auf Verwaltungsdaten. Dadurch ergibt sich ein Zeitreihenbruch zu den bisherigen Zahlen. Ab dem 1. Quartal 2015 wird Statistik Österreich eine Rückrechnung verfügbar haben, die eine homogene Darstellung der Entwicklung ab Beginn des Vergleichszeitraumes möglich macht. Daher werden sich jene unter „Istzustand 2010 – 2012“ angeführten Zahlen ab diesem Zeitpunkt nachträglich ändern.					

Wirkungsziel 3:
Sicherung der Pflege für pflegebedürftige Menschen und Unterstützung von deren Angehörigen.
Warum dieses Wirkungsziel?
Aufgrund der demografischen Entwicklung steigt die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen. Ihnen und ihren Angehörigen soll die Möglichkeit gegeben werden, ein selbstbestimmtes und bedürfnisorientiertes Leben zu führen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Sicherstellung einer raschen Verfahrensdauer bei Pflegegeldverfahren.
- Finanzielle Unterstützung pflegender Angehöriger zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.
- Für die Pflegebedürftigen gibt es Österreichweit ein bedarfsorientiertes Angebot an Pflegeleistungen.
- Dotierung des Pflegefonds.
- Erstellung einer adäquaten österreichweiten Pflegedienstleistungsdatenbank als Grundlage zur strategischen Entwicklung.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 21.3.1	durchschnittliche Verfahrensdauer zur Gewährung von Pflegegeld

Berechnungs-methode	Anzahl der Tage bei Neuanträgen					
Datenquelle	Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	58,4	58,3	58,5	< 60	< 60	< 60
	Erläuterungen: Istzustand 2013: < 60 (Stand 30.11.2013)					

Kennzahl 21.3.2	Anzahl der pflegenden Angehörigen, die eine Unterstützung gemäß § 21a BPGG erhalten, weil sie an der Erbringung der Pflege einer pflegebedürftigen Person verhindert sind					
Berechnungs-methode	Anzahl der unterstützten Personen					
Datenquelle	Statistik des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	6.675	6.740	8.265	7.200	9.200	9.200
	Erläuterungen: 2012: Steigerung durch Übernahme der Länderfälle im Rahmen der Strukturreform. Reduzierung des Zuwachses der unterstützten Personen durch Erhöhung der Treffsicherheit. Istzustand 2013: 9.064					

Kennzahl 21.3.3	Anzahl der DauerbezieherInnen einer Unterstützung zur 24-Stunden-Betreuung gem. § 21b Bundes-pflegegeldgesetz					
Berechnungs-methode	Anzahl der unterstützten Personen					
Datenquelle	Statistik des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	8.600	11.200	14.100	< 15.000	< 18.000	< 22.000
	Erläuterungen: Geplante Implementierung der Unterstützung zur 24-Stunden-Betreuung in den Pflege-fonds Istzustand 2013: 16.600					

Kennzahl 21.3.4	Anzahl der BezieherInnen von Pflegekarenzgeld					
Berechnungs-methode	Anzahl der PflegekarenzgeldbezieherInnen sowie Ausmaß des jeweils gewährten Pflegekarenzgeldes; Hochrechnung entsprechend der Gesetzesunterlagen (WFA)					
Datenquelle	Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
					2.500 Perso-nen; jeweils Hälte männlich/ weiblich; - durchschnitt-liche Höhe: € 907,70	2.500 Perso-nen; jeweils Hälfte männlich/ weiblich; - durchschnitt-liche Höhe: € 956,82
	Erläuterungen: Erstmaliger Bezug 2014 möglich					

Wirkungsziel 4:
Weitere Verbesserung der Gleichstellung der Menschen mit Behinderung in allen Bereichen des Lebens, insbesondere durch berufliche Eingliederung.

Warum dieses Wirkungsziel?
Die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen von Menschen mit Behinderung ist noch nicht erreicht. Neben unmittelbaren Diskriminierungen sind es vor allem Barrieren, die Menschen mit Behinderungen an der gleichberechtigten Teilhabe hindern. Solche bestehen vor allem auch in der Berufswelt.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Umsetzung des Nationalen Aktionsplans (NAP) für Menschen mit Behinderung.
- Erhöhung des Anteils der Menschen mit Behinderung bei sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.
- Begleitende Evaluierung der Novelle zum Behinderteneinstellungsgesetz (BGBl. I Nr. 111/2010) (Verlängerung der „Probezeit" von bisher 6 Monaten auf nunmehr 4 Jahre und Staffelung der Ausgleichstaxe nach Betriebsgröße).

- Neukonzeption der Förderprogramme, insbesondere zur stärkeren Ausrichtung auf den Übergang „Schule-Beruf" bzw. auf Programme zum späteren Pensionsantritt für Menschen mit Behinderung.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 21.4.1	Anteil der Einigungen im Schlichtungsverfahren (Bund)					
Berechnungs-methode	Verhältnis von Einigungen im Schlichtungsverfahren zu Gesamtzahl der Schlichtungsverfahren – in Prozent					
Datenquelle	Statistik des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	51,27%	45%	50,40%	50%	40%	44%
	Erläuterungen: Istzustand 2013: 38% (vorläufig)					

Wirkungsziel 5:

Verbesserung der Chancen von Frauen mit Behinderung auf Einstellung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Warum dieses Wirkungsziel?

Frauen mit Behinderung sind am Arbeitsmarkt nach wie vor mehrfach benachteiligt. Die Erhöhung des Anteils der in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen stehenden weiblichen begünstigten Behinderten ist daher geboten.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Neugestaltung der Förderungsmaßnahmen in Richtung besonderer Förderung für Frauen mit Behinderung.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 21.5.1	Differenz zwischen dem Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der beschäftigten begünstigten Behinderten und dem Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der begünstigten Behinderten.					
Berechnungs-methode	Differenz zwischen dem Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der beschäftigten begünstigten Behinderten und dem Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der begünstigten Behinderten – in Prozent					
Datenquelle	Statistik des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	1,99% (Frauenanteil an beschäftigten Begünstigten = 38,58% Frauenanteil an Begünstigten = 40,57%)	1,9% (Frauenanteil an beschäftigten Begünstigten = 38,9% Frauenanteil an Begünstigten = 40,8%)	2,12% (Frauenanteil an beschäftigten Begünstigten = 39,08% Frauenanteil an Begünstigten = 41,2%)	0% (Frauenanteil an beschäftigten Begünstigten = 41,2% Frauenanteil an Begünstigten = 41,2%)	1% (Frauenanteil an beschäftigten Begünstigten = 40,2% Frauenanteil an Begünstigten = 41,2%)	0,5% (Frauenanteil an beschäftigten Begünstigten = 40,7% Frauenanteil an Begünstigten = 41,2%)
	Erläuterungen: Istzustand 2013: 1,95% (Frauenanteil an beschäftigten Begünstigten = 39,3%; Frauenanteil an Begünstigten = 41,25%)					

Untergliederung 21 Soziales und Konsumentenschutz

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	242,492	210,534	
Finanzerträge	0,017	0,017	
Erträge	**242,509**	**210,551**	
Personalaufwand	77,482	80,421	
Transferaufwand	2.797,198	2.774,167	
Betrieblicher Sachaufwand	48,629	49,073	
Finanzaufwand	0,784	0,002	
Aufwendungen	**2.924,093**	**2.903,663**	
Nettoergebnis	**-2.681,584**	**-2.693,112**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	241,210	210,244	94,601
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,016	0,016	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,143	0,154	0,286
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**241,369**	**210,414**	**94,887**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	121,789	125,607	116,313
Auszahlungen aus Transfers	2.797,647	2.772,167	2.867,881
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,653	0,300	0,573
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	3,233	2,701	2,159
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.923,322**	**2.900,775**	**2.986,926**
Nettogeldfluss	**-2.681,953**	**-2.690,361**	**-2.892,039**

Untergliederung 21 Soziales und Konsumentenschutz
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 21 Soz. Kons.-Schutz**	GB 21.01 Steuerung u.Services	GB 21.02 Pflege	GB 21.03 Versorg. u. Entschäd	GB 21.04 Maßn. f. Behinderte
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	242,492	4,323	233,925	4,241	0,003
Finanzerträge	0,017	0,002		0,014	0,001
Erträge	**242,509**	**4,325**	**233,925**	**4,255**	**0,004**
Personalaufwand	77,482	77,482			
Transferaufwand	2.797,198	11,348	2.580,216	145,650	59,984
Betrieblicher Sachaufwand	48,629	39,461	0,086	7,962	1,120
Finanzaufwand	0,784	0,001			0,783
Aufwendungen	**2.924,093**	**128,292**	**2.580,302**	**153,612**	**61,887**
Nettoergebnis	**-2.681,584**	**-123,967**	**-2.346,377**	**-149,357**	**-61,883**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 21 Soz. Kons.-Schutz**	GB 21.01 Steuerung u.Services	GB 21.02 Pflege	GB 21.03 Versorg. u. Entschäd	GB 21.04 Maßn. f. Behinderte
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	241,210	3,026	233,925	4,255	0,004
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,016	0,016			
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,143	0,089		0,054	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**241,369**	**3,131**	**233,925**	**4,309**	**0,004**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	121,789	113,937	0,071	6,661	1,120
Auszahlungen aus Transfers	2.797,647	11,347	2.582,131	144,185	59,984
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,653	0,653			
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	3,233	0,089		3,144	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.923,322**	**126,026**	**2.582,202**	**153,990**	**61,104**
Nettogeldfluss	**-2.681,953**	**-122,895**	**-2.348,277**	**-149,681**	**-61,100**

Globalbudget 21.01 Steuerung und Services

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	4,323	3,320	
Finanzerträge	0,002	0,002	
Erträge	**4,325**	**3,322**	
Personalaufwand	77,482	80,421	
Transferaufwand	11,348	11,462	
Betrieblicher Sachaufwand	39,461	41,180	
Finanzaufwand	0,001	0,002	
Aufwendungen	**128,292**	**133,065**	
Nettoergebnis	**-123,967**	**-129,743**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	3,026	3,015	2,877
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,016	0,016	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,089	0,100	0,094
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,131**	**3,131**	**2,971**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	113,937	117,784	109,258
Auszahlungen aus Transfers	11,347	11,462	14,479
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,653	0,300	0,573
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,089	0,100	0,080
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**126,026**	**129,646**	**124,390**
Nettogeldfluss	**-122,895**	**-126,515**	**-121,419**

Globalbudget 21.01 Steuerung und Services

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	Konsumentenfreundliche Umsetzung der EU-Richtlinie über Rechte der VerbraucherInnen in nationales Recht (Nützen der nationalen Spielräume). Konsumentenfreundliche Umsetzung der EU-RL Zahlungskonten (Vergleichbarkeit von Kontogebühren, Kontowechsel und Zugang zu Zahlungskonten) und Einbringen der konsumentenpolitischen Interessen bei nationaler Umsetzung.	Inkrafttreten des Umsetzungsgesetzes (Verbraucherrechte-Richtlinie-Umsetzungsgesetz) im 2. Quartal Mitwirkung an österreichischer Positionierung und federführende Verhandlung der Richtlinie in Brüssel: Abschluss voraussichtlich Ende März.	Vorliegen des Entwurfs für ein Verbraucherrechte-Richtlinie-Umsetzungsgesetz - VRUG seit Anfang Februar 2014 Mitwirkung an österreichischer Positionierung und federführende Verhandlung der Richtlinie in Brüssel: Trilog
WZ 1	Weiterentwicklung des Produktsicherheitsrechts (v.a. durch Verordnungen zum Produktsicherheitsgesetz).	Erreichen einer gemeinsamen europarechtlichen Regelung (Entschließung) bezüglich der Sicherheit von Tattoofarben. Abschließendes Verhandeln des EU VO-Vorschlages über die Sicherheit von Verbraucherprodukten (Änderung der EU RL Produktsicherheit) in Brüssel: Fortsetzung der Verhandlungen und Abschluss voraussichtlich im 2. Quartal	Ablehnung der österr. TätowiermittelV durch die EK im Dez. 2013 Die inhaltlichen Verhandlungen des EU VO-Vorschlages über die Sicherheit von Verbraucherprodukten zusammen mit der MarktüberwachungsV in Brüssel sind abgeschlossen. Einzig zum Thema der Ursprungsland-Kennzeichnung konnte im Rat keine Einigung erzielt werden. Vor der Auflösung des EP findet noch die 1. Lesung im EP statt, nach den Neuwahlen ist im 4. Quartal mit einer Wiederaufnahme der Verhandlungen zu rechnen – bestenfalls unter Zugrundelegung der derzeitigen Entwürfe.
WZ 1	Konsumentenfreundliche Umsetzung des Richtlinien-Vorschlags und des Verordnungs-Vorschlags über außergerichtliche Streitbeilegung in nationales Recht.	Begutachtungsentwurf August; Ministerrat 4. Quartal	Start der Umsetzungsverhandlung zur Richtlinie: Ende Jänner 2014
WZ 1	Konsumentenfreundliche Gestaltung des Reiserechts im Rahmen der Änderung der Pauschalreise-Richtlinie (Anpassung an neue Buchungsformen [dynamic packaging], Verbesserung der Insolvenzabsicherung für KundInnen, insbesondere im grenzüberschreitenden Kontext).	Mitwirkung an österreichischer Positionierung bei den laufenden Verhandlungen in Brüssel – Start: Position in der laufenden innerösterreichischen Koordinierung und in den laufenden Verhandlungen in Brüssel zur Revision der Pauschalreise-RL und der Fluggastrechte-VO einbringen	Mitwirkung an österreichischer Positionierung und Verhandlungen der Richtlinie/VO in Brüssel – laufend ab 1.1.2014

WZ 2	Aufrechterhaltung der hohen Effizienz der sozialpolitischen Transfers	Hoher Umverteilungscharakter und armutspräventive Funktion von Sozialleistungen soll im gleichen Ausmaß beibehalten werden. Armutsgefährdungsquote soll wie bisher durch Sozialleistungen und Pensionen um mindestens zwei Drittel reduziert werden.	Die Sozialpolitik reduziert die Armutsgefährdungsquote um zwei Drittel (Sozialleistungen und Pensionen) bzw. um knapp die Hälfte, wenn nur der Beitrag der Sozialleistungen gewertet wird (jährliche Aktualisierung durch EU-SILC-Erhebung).
	Festlegung des Beitrags des BMASK zum Armutsziel des Nationales Reformprogramm (NRP) und sozialpolitischer Wissenstransfer zu ExpertInnen und Öffentlichkeit über Armutsbekämpfung	BMASK-Beitrag zum Armutsziel des NRP: 1. Quartal, mindestens je 3 Veranstaltungen sowie niederschwellige Informationsangebote zu sozial- und armutspolitischen Themen	BMASK-Beitrag zum NRP fristgerecht erstellt: 1. Quartal 100 TeilnehmerInnen im Rahmen der 3 Sitzungen der österreichischen Armutsplattform zur Begleitung des Armutsziels von Europa 2020.
	Energieberatungen für armutsgefährdete und von sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen und kostenlose Inanspruchnahme der Besuchsbegleitung für armutsgefährdete und von sozialer Ausgrenzung bedrohte besuchsberechte Personen.	800 Energieberatungen : (Projekt läuft 2014 aus) Besuchsbegleitung (Auswertung nach Geschlechtern) Betreuungsquotient: 80% Betreuungsintensität: ≤ 40 h Betreuungsintensität Härtefälle: ≤ 80 h	650 Energieberatungen in Haushalten (Stand Ende 2013) Betreuungsquotient: 78% (Ausgangszustand Ende 2012) Betreuungsintensität: ≤ 40 h (Ausgangszustand Ende 2012) Betreuungsintensität Härtefälle: ≤ 80 h (Ausgangszustand Ende 2012)
	Erstellen der Grundlagen für die Verlängerung der Mindestsicherungsvereinbarung mit den Ländern.	1 Studie, 1 Analysebericht und vorbereitende Gespräche mit ExpertInnen: zur BMS (Aufgrund der Verlängerung der BMS-Vereinbarung bis Ende 2016 starten die Verhandlungen mit den Ländern erst im Jahr 2015. 2014 wird für eine ausführliche Vorbereitung und Analyse des Weiterentwicklungspotenziales der Vereinbarung genutzt.)	1 Analysebericht aus 2012

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Mehrjährige Planung auch um den Maßnahmenträgern und den Betroffenen eine gewisse Kontinuität bieten zu können (Bund 2012/12, SE 16)
ad 1	Für ein strategisches Controlling und eine mehrjährige Planung ist ein abgestimmter Bedarfs- und Entwicklungsplan notwendig. Von Seiten des Ressorts wird dieser Prozess in Abstimmung mit dem Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen optimiert. Auf Landesebene hat das in Folge in den jeweiligen Gremien wie Territoriale Beschäftigungspakte (TEP) und/oder Kooperationsprogramm zu erfolgen.

2	Zuordnung der aufgewendeten Mittel zu den Erfolgen und Anstreben der Entwicklung eines systematischen Vergleichs von Erfolgsfaktoren (Bund 2012/12, SE 13)
ad 2	Das seit 1.1.2014 produktiv gesetzte „Monitoring berufliche Integration“ (MBI) für die Projekt-Maßnahmen des Bundesamtes ermöglicht eine genaue Analyse der Voraussetzungen der KlientInnen sowie der Maßnahmen-Ergebnisse und wird den systematischen Vergleich von Erfolgsfaktoren ermöglichen. Im Zuge der Controlling-Weiterentwicklung wird vermehrt Kostencontrolling eingesetzt werden. Weiters ist in der Steiermark geplant, dass die Landesstelle des Bundesamtes ein stimmberechtigter Partner im TEP(STEBEP) und im Kooperationsprogramm des Landes sein wird.

3	Prüfung nicht nur der Zugehörigkeit zur Zielgruppe, sondern auch der Zweckmäßigkeit der Maßnahme im Vergleich zu Alternativen bei Aufnahme bestimmter Personen in geförderte Maßnahmen unter Beachtung der Wahlfreiheit der Betroffenen (Bund 2012/12, SE 14)
ad 3	Durch die „Monitoring berufliche Integration“ (MBI) und die damit dokumentierte professionelle Sicht auf die Situation der TeilnehmerInnen, die (ebenfalls seit 1.1.2014) eingeführten Kompetenzenprofile und die persönliche Übergabe in eventuelle Folgemaßnahmen, wird die Zweckmäßigkeit der Maßnahme gewährleistet.

4	Vereinfachung der Nutzung der Mittel des Europäischen Sozialfonds und frühzeitiges Setzen von Maßnahmen für die kommende Förderungsperiode im Hinblick auf eine effiziente Projektabwicklung (Bund 2012/12, SE 15)
ad 4	Die Vereinfachung der Nutzung der ESF-Mittel 2014-2020 sowie alle sonstigen administrativ-technischen Voraussetzungen werden in Abstimmung mit der ESF-Verwaltungs- und Prüfbehörde umfassend vorbereitet. Als Beispiel wird auf die Pauschalierungsmöglichkeit, die bereits aktiv in der ESF-Periode 2007-2013 genutzt wurde, hingewiesen. In Kooperation mit dem Bundesamt wurden und werden bereits Referenzrahmen zur Vorbereitung für 2014-2020 erhoben. Vereinfachungen werden – soweit möglich – genutzt und eine effiziente Projektabwicklung angestrebt.

Globalbudget 21.01 Steuerung und Services
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 21.01 Steuerung u.Services**	DB 21.01.01 Zentralstelle	DB 21.01.02 Bundesamt Sozial.Beh	DB 21.01.03 Konsumen-tInnenschutz	DB 21.01.04 EU, Inter-nat.Soz.Sen
Erträge aus der operativen Verwaltungstätig-keit und Transfers	4,323	3,683	0,629	0,001	0,010
Finanzerträge	0,002	0,001	0,001		
Erträge	**4,325**	**3,684**	**0,630**	**0,001**	**0,010**
Personalaufwand	77,482	41,579	35,903		
Transferaufwand	11,348	3,441	0,002	2,200	5,705
Betrieblicher Sachaufwand	39,461	17,853	16,462	1,100	4,046
Finanzaufwand	0,001	0,001			
Aufwendungen	**128,292**	**62,874**	**52,367**	**3,300**	**9,751**
Nettoergebnis	**-123,967**	**-59,190**	**-51,737**	**-3,299**	**-9,741**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 21.01 Steuerung u.Services**	DB 21.01.01 Zentralstelle	DB 21.01.02 Bundesamt Sozial.Beh	DB 21.01.03 Konsumen-tInnenschutz	DB 21.01.04 EU, Inter-nat.Soz.Sen
Einzahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit und Transfers	3,026	2,990	0,024	0,002	0,010
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,016	0,006	0,010		
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Dar-lehen sowie gewährten Vorschüssen	0,089	0,044	0,045		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,131**	**3,040**	**0,079**	**0,002**	**0,010**
Auszahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit	113,937	57,717	51,074	1,100	4,046
Auszahlungen aus Transfers	11,347	3,440	0,002	2,200	5,705
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,653	0,478	0,175		
Auszahlungen aus der Gewährung von Darle-hen sowie gewährten Vorschüssen	0,089	0,044	0,045		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**126,026**	**61,679**	**51,296**	**3,300**	**9,751**
Nettogeldfluss	**-122,895**	**-58,639**	**-51,217**	**-3,298**	**-9,741**

Globalbudget 21.02 Pflege

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	233,925	202,970	
Erträge	**233,925**	**202,970**	
Transferaufwand	2.580,216	2.532,827	
Betrieblicher Sachaufwand	0,086	0,220	
Aufwendungen	**2.580,302**	**2.533,047**	
Nettoergebnis	**-2.346,377**	**-2.330,077**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	233,925	202,970	89,264
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**233,925**	**202,970**	**89,264**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,071	0,220	0,316
Auszahlungen aus Transfers	2.582,131	2.532,827	2.614,405
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.582,202**	**2.533,047**	**2.614,721**
Nettogeldfluss	**-2.348,277**	**-2.330,077**	**-2.525,457**

Globalbudget 21.02 Pflege

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 3	Sicherstellung einer raschen Verfahrensdauer bei Pflegegeldverfahren.	durchschnittliche Verfahrensdauer zur Gewährung von Pflegegeld: < 60	durchschnittliche Verfahrensdauer zur Gewährung von Pflegegeld: < 60 zum 30.11.2013
WZ 3	Gewährung von Pflegekarenzgeld an betreuende Angehörige mit Rechtsanspruch.	Anzahl der BezieherInnen von Pflegekarenzgeld: 2.500	Inkrafttreten der Novelle zum Bundespflegegeldgesetz, mit dem das Pflegekarenzgeld eingeführt wird, am 1.1.2014 (ARÄG 2013, BGBl. I Nr. 138/2013).
WZ 3	Für die Pflegebedürftigen gibt es Österreichweit ein bedarfsorientiertes Angebot an Pflegeleistungen.	Der Versorgungsgrad liegt in allen Bundesländern über dem Richtversorgungsgrad (betreute Personen gemessen an der Zahl der Pflegegeldbezieher). Angestrebt wird 55 v.H..	Richtversorgungsgrad wurde mit der Novelle 2013 zum Pflegefondsgesetz gesetzlich geregelt. Dieser beträgt im Jahr 2012 50 v.H..
WZ 3	Dotierung des Pflegefonds.	Novelle zum Pflegefondsgesetz liegt bis Ende 2014 vor.	Die Novelle zum Pflegefondsgesetz ist rückwirkend mit 30.07.2011 in Kraft getreten.
WZ 3	Erstellung einer adäquaten österreichweiten Pflegedienstleistungsdatenbank als Grundlage zur strategischen Entwicklung.	Einheitliche Erfassung der Datensätze auf Bundesländerebene als Voraussetzung für die Feststellung des Leistungsspektrums und die weitere Planung.	Einfließen der ersten Datenbankauswertungen in die Verhandlungen zum Finanzausgleich zur Feststellung des Leistungsspektrums und der Kosten: bis zum 31.12.2013

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Die Maßnahme „Weitere Reduktion der Entscheidungsträger im Pflegegeldverfahren wurde durch die Novelle zum Bundespflegegeldgesetz (ARÄG 2013, BGBl. I Nr. 138/2013) planmäßig umgesetzt.
Mit Wirksamkeit 1.1.2014 beträgt die Anzahl der Entscheidungsträger: 5.
Die Maßnahme wurde durch die Maßnahme „Gewährung von Pflegekarenzgeld mit Rechtsanspruch an betreuende Angehörige“ abgelöst.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Sicherstellung der langfristigen Finanzierbarkeit des Systems der Pflegevorsorge (Bund 2008/10, SE 1)
ad 1	Gemäß Regierungsprogramm ist vorgesehen den Pflegefond für 2017 und 2018 zu verlängern, womit zusätzliche Mittel in Höhe von 700 Mio. € den Ländern und Gemeinden für die Pflege zur Verfügung gestellt werden sollen, sowie die 24-Stunden-Betreuung samt Mittelübertragung in das Pflegefondsgesetz zu implementieren. Die Reformarbeitsgruppe Pflege hat sich in ihren Empfehlungen zur Finanzierung der Pflegevorsorge für eine nachhaltige Steuer – statt einer Beitragsfinanzierung ausgesprochen.

2	Strategische Entscheidung über den Anteil öffentlich finanzierter Kosten der Pflegevorsorge sowie die Verteilung von Geld– und Sachleistungen (Bund 2010/3, SE 8)
ad 2	Mit dem Pflegefonds werden Zweckzuschüsse an die Länder zur tw. Abdeckung der Ausgaben für die Sicherung sowie den bedarfsgerechten Aus- und Aufbau des Betreuungs- und Pflegedienstleistungsangebotes in der Langzeitpflege gewährt. Die Verteilung der Mittel auf die Länder erfolgt nach dem für das jeweilige Kalenderjahr ermittelten Schlüssel der Wohnbevölkerung gemäß dem FAG 2008, wobei die Gemeinden mit Mitteln entsprechend dem Verhältnis zu ihren tatsächlich getragenen und nachgewiesenen Nettoausgaben zu beteilen sind.

3	Festlegung folgender Punkte in einer Vereinbarung gemäß Art. 15a B–VG zur stationären und mobilen Pflege in Österreich: einheitliche Vorgaben hinsichtlich des Angebots, der Grundlagen für die Entwicklungspläne, der Definition der geforderten Qualität und des Berichtssystems sowie Setzen von Maßnahmen zur Vereinfachung der Zahlungs-

	ströme (Bund 2011/2; SE 1)
ad 3	Im Pflegefondsgesetz ist normiert, dass die Länder in regionaler Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden jährlich einen Sicherungs-, Aus- und Aufbauplan zu erstellen und dem Sozialministerium vorzulegen haben. Von der Bundesanstalt Statistik Österreich wird im Auftrag des Sozialministeriums eine Pflegedienstleistungsdatenbank geführt, in die die Länder verpflichtend die ihr Land betreffenden Daten zur Langzeitpflege einzuspeisen haben. Umfang und Art der von den Ländern zu übermittelnden Daten werden in der Pflegedienstleistungsstatistik-VO definiert.

4	Veranschlagung aller Pflegegeldaufwendungen, also auch für die BeamtInnen, in der UG 21 - Soziales und Konsumentenschutz, um dem Prinzip der wirkungsorientierten Haushaltsführung im Hinblick auf Transparenz und Vollständigkeit Rechnung zu tragen (Bund 2014/5, SE 31)
ad 4	Die Umsetzung liegt federführend beim Bundesministerium für Finanzen.

Globalbudget 21.02 Pflege
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 21.02 Pflege**	DB 21.02.01 Pflegegeld, Pflegefo
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	233,925	233,925
Erträge	**233,925**	**233,925**
Transferaufwand	2.580,216	2.580,216
Betrieblicher Sachaufwand	0,086	0,086
Aufwendungen	**2.580,302**	**2.580,302**
Nettoergebnis	**-2.346,377**	**-2.346,377**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 21.02 Pflege**	DB 21.02.01 Pflegegeld, Pflegefo
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	233,925	233,925
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**233,925**	**233,925**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,071	0,071
Auszahlungen aus Transfers	2.582,131	2.582,131
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.582,202**	**2.582,202**
Nettogeldfluss	**-2.348,277**	**-2.348,277**

Globalbudget 21.03 Versorgungs- und Entschädigungsgesetze

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	4,241	4,241	
Finanzerträge	0,014	0,014	
Erträge	**4,255**	**4,255**	
Transferaufwand	145,650	169,678	
Betrieblicher Sachaufwand	7,962	6,769	
Aufwendungen	**153,612**	**176,447**	
Nettoergebnis	**-149,357**	**-172,192**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	4,255	4,255	2,459
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,054	0,054	0,192
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**4,309**	**4,309**	**2,651**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	6,661	6,699	6,548
Auszahlungen aus Transfers	144,185	167,678	183,664
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	3,144	2,601	2,079
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**153,990**	**176,978**	**192,291**
Nettogeldfluss	**-149,681**	**-172,669**	**-189,640**

Globalbudget 21.03 Versorgungs- und Entschädigungsgesetze

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 3	Die Berechtigten für Entschädi-gungsansprüche in den verschie-denen Bereichen der Sozialent-schädigung erhalten ihre gesetzli-chen Ansprüche.	Anzahl der Beschwerden im Ver-hältnis zu den erstinstanzlichen Entscheidungen: < 1%	Anzahl der Berufungen im Ver-hältnis zu den erstinstanzlichen Entscheidungen: < 0,3% im Jahr 2013
		Anzahl der erfolgreichen Be-schwerden im Verhältnis zu den erstinstanzlichen Entscheidungen: < 1%	Anzahl der erfolgreichen Beru-fungen im Verhältnis zu den erst-instanzlichen Entscheidungen: < 0,02% im Jahr 2013
		berechtigte Säumnisbeschwerden: < 5 Anmerkung: Bei den Meilensteinen/Kennzahlen wurde die Diktion den gesetzlichen Änderungen im Zusammenhang mit der Einrichtung der Verwaltungsgerichte angepasst.	berechtigte Devolutionsanträge: 0 im Jahr 2013 Anmerkung: Bei den Meilensteinen/Kennzahlen wurde die Diktion den gesetzlichen Änderungen im Zusammenhang mit der Einrichtung der Verwaltungsgerichte angepasst.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

Globalbudget 21.03 Versorgungs- und Entschädigungsgesetze
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 21.03 Versorg. u. Entschäd**	DB 21.03.01 Kriegsopferversorg.	DB 21.03.02 Heeresvers.,Impfsch.	DB 21.03.03 Opferfürsorge	DB 21.03.04 VOG
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	4,241	4,221	0,002	0,015	0,003
Finanzerträge	0,014	0,001		0,001	0,012
Erträge	**4,255**	**4,222**	**0,002**	**0,016**	**0,015**
Transferaufwand	145,650	118,674	11,755	14,190	1,031
Betrieblicher Sachaufwand	7,962	2,185	4,565	0,054	1,158
Aufwendungen	**153,612**	**120,859**	**16,320**	**14,244**	**2,189**
Nettoergebnis	**-149,357**	**-116,637**	**-16,318**	**-14,228**	**-2,174**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 21.03 Versorg. u. Entschäd**	DB 21.03.01 Kriegsopferversorg.	DB 21.03.02 Heeresvers.,Impfsch.	DB 21.03.03 Opferfürsorge	DB 21.03.04 VOG
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	4,255	4,222	0,002	0,016	0,015
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,054				0,054
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**4,309**	**4,222**	**0,002**	**0,016**	**0,069**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	6,661	1,830	4,660	0,034	0,137
Auszahlungen aus Transfers	144,185	117,474	11,805	13,875	1,031
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	3,144				3,144
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**153,990**	**119,304**	**16,465**	**13,909**	**4,312**
Nettogeldfluss	**-149,681**	**-115,082**	**-16,463**	**-13,893**	**-4,243**

Globalbudget 21.04 Maßnahmen für Behinderte

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,003	0,003	
Finanzerträge	0,001	0,001	
Erträge	**0,004**	**0,004**	
Transferaufwand	59,984	60,200	
Betrieblicher Sachaufwand	1,120	0,904	
Finanzaufwand	0,783		
Aufwendungen	**61,887**	**61,104**	
Nettoergebnis	**-61,883**	**-61,100**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,004	0,004	0,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,004**	**0,004**	**0,001**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1,120	0,904	0,190
Auszahlungen aus Transfers	59,984	60,200	55,334
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**61,104**	**61,104**	**55,524**
Nettogeldfluss	**-61,100**	**-61,100**	**-55,523**

Globalbudget 21.04 Maßnahmen für Behinderte

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 4	Umsetzung des Nationalen Aktionsplans (NAP) für Menschen mit Behinderung.	Die Maßnahmen die der NAP für das Jahr 2014 vorsieht, sind umgesetzt worden.	Beginn der Umsetzung der im NAP vorgesehenen Maßnahmen: 1.1.2014
WZ 4	Erhöhung des Anteils der Menschen mit Behinderung bei sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.	Quote der besetzten Pflichtstellen: 65%	Quote der besetzten Pflichtstellen: 64,5% im Jahr 2013
		Anteil der arbeitslosen behinderten Personen an den Gesamtarbeitslosen: 3%	Anteil der arbeitslosen behinderten Personen an den Gesamtarbeitslosen: 2,8% im Jahr 2013
		Anteil der weiblichen arbeitslosen behinderten Personen an den weiblichen Gesamtarbeitslosen: 2,6%	Anteil der weiblichen arbeitslosen behinderten Personen an den weiblichen Gesamtarbeitslosen: 2,4% im Jahr 2013
		Anteil der männlichen arbeitslosen behinderten Personen an den männlichen Gesamtarbeitslosen: 3,2%	Anteil der männlichen arbeitslosen behinderten Personen an den männlichen Gesamtarbeitslosen: 3,1% im Jahr 2013
WZ 4	Begleitende Evaluierung der Novelle zum Behinderteneinstellungsgesetz (BGBl. I Nr. 111/2010) (Verlängerung der „Probezeit" von bisher 6 Monaten auf nunmehr 4 Jahre und Staffelung der Ausgleichstaxe nach Betriebsgröße).	Studie zur Beurteilung der Wirksamkeit der Novelle liegt am 31.7.2014 vor.	Zwischenbericht wurde im Dezember 2013 vorgelegt.
		Zuwachs der beschäftigten begünstigten Behinderten: 0,5%	Zuwachs der beschäftigten begünstigten Behinderten: 0% im Jahr 2013
		beschäftigte begünstigte Behinderte – gesamt: 60.700	beschäftigte begünstigte Behinderte – gesamt: 60.400 im Jahr 2013
		beschäftigte begünstigte Behinderte – Frauen gesamt: 24.100	beschäftigte begünstigte Behinderte - Frauen (gesamt): 23.800 im Jahr 2013
		beschäftigte begünstigte Behinderte – Männer gesamt: 36.600	beschäftigte begünstigte Behinderte - Männer (gesamt): 36.600 im Jahr 2013
WZ 4	Neukonzeption der Förderprogramme, insbesondere zur stärkeren Ausrichtung auf den Übergang „Schule-Beruf" bzw. auf Programme zum späteren Pensionsantritt für Menschen mit Behinderung.	Pilotphase AusbildungsFit ist bis 31.12.2014 abgeschlossen (inkl. begleitender Evaluierung).	Umsetzung des Schwerpunkts Jugendliche und Übergangsmanagement im Jahr 2013
		Ausrollung des Jugendcoachings ist bis April abgeschlossen.	Ausrollung des Jugendcoachings auf alle Bundesländer im Jahr 2013. Alle Bundesländer sind operativ.
WZ 5	Neugestaltung der Förderungsmaßnahmen in Richtung besonderer Förderung für Frauen mit Behinderung.	Anteil der Frauen an den Förderungsmaßnahmen für die berufliche Eingliederung von Menschen mit Behinderung: 42% Evaluierung: bis zum 31.12.2014 (Die Kennzahlen wurden an die tatsächliche Zielgruppe der BSB-Angebote angepasst. Die ursprünglichen Kennzahlen entsprechen in erster Linie der AMS-Definition und Erhebungslogik)	Anteil der Frauen an den Förderungsmaßnahmen für die berufliche Eingliederung von Menschen mit Behinderung: 41% im Jahr 2013 (Die Kennzahlen wurden an die tatsächliche Zielgruppe der BSB-Angebote angepasst. Die ursprünglichen Kennzahlen entsprechen in erster Linie der AMS-Definition und Erhebungslogik)

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Aufgabenentflechtung im Bereich der beruflichen Rehabilitation für Menschen mit Behinderung mit dem Ziel einer Überprüfung der historischen Positionierung des Bundessozialamtes und des Landes Steiermark vor dem Hintergrund der tatsächlich erbrachten Leistungen sowie einer Abgrenzung der Zielgruppen, einer einheitlichen Begutachtung, einer klaren Abgrenzung der Leistungsarten und einer Reduktion der Ansprechpersonen für die Betroffenen (Bund 2012/12, SE 1a)
ad 1	Für eine Aufgabenentflechtung und zur Klärung der Zuständigkeiten organisiert das Ressort Abstimmungsgespräche zwischen Bund und Land. Auf Landesebene wird das Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen in die jeweiligen Gremien auf Landesebene wie z.B. in die Territorialen Beschäftigungspakte (TEPs) und beim Kooperationsprogramm verstärkt eingebunden werden.

2	Verbesserung der Effektivität und Effizienz der Koordinierungsmaßnahmen durch gemeinsame Strukturen zum Informationsaustausch, einen geeigneten Rahmen für eine strategische Abstimmung und eine abgestimmte Datenstruktur, die personenbezogen einen Abgleich der erbrachten Leistungen ermöglicht, zu erstellen (Bund 2012/12, SE 3)
ad 2	Die verstärkte Kooperation zwischen dem Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen und den Ländern im Rahmen der Territorialen Beschäftigungspakte und die gleichzeitig auf beiden Seiten geplanten Verbesserungen im Rahmen der IT werden zum effizienteren und effektiveren Informationsaustausch sowie zur verbesserten, strategischen Abstimmung und dem Abgleich der beiderseits erbrachten Leistungen wesentlich beitragen.

3	Umfassende strukturierte Koordination der Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation für Menschen mit Behinderung, um unsachliche Ungleichbehandlungen und negative Anreize zu vermeiden. Dazu wären eine gemeinsame Angebotsplanung, für vergleichbare Leistungsarten abgestimmte Preise und ein gemeinsames Controlling zu erstellen (Bund 2012/12, SE 2)
ad 3	Das Regierungsprogramm sieht vor: Neues Modell für Beschäftigungstherapie (legistische Absicherung der Rückkehr nach erfolglosem Arbeitsversuch im Bereich Sozialversicherung und Familienbeihilfen); zentrale Anlaufstelle für Hilfsmittel ab 2016; Weiterentwicklung der Maßnahmen mit den kompetenzmäßig zuständigen Ländern.

4	Mehrjährige Planung auch um den Maßnahmenträgern und den Betroffenen eine gewisse Kontinuität bieten zu können (Bund 2012/12, SE 16)
ad 4	Für ein strategisches Controlling und eine mehrjährige Planung ist ein abgestimmter Bedarfs- und Entwicklungsplan notwendig. Von Seiten des Ressorts wird dieser Prozess in Abstimmung mit dem Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen optimiert. Auf Landesebene hat das in Folge in den jeweiligen Gremien wie TEP und/oder Kooperationsprogramm zu erfolgen.

Globalbudget 21.04 Maßnahmen für Behinderte
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 21.04 Maßn. f. Behinderte**	DB 21.04.01 M.f.Behind, spez.FP
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,003	0,003
Finanzerträge	0,001	0,001
Erträge	**0,004**	**0,004**
Transferaufwand	59,984	59,984
Betrieblicher Sachaufwand	1,120	1,120
Finanzaufwand	0,783	0,783
Aufwendungen	**61,887**	**61,887**
Nettoergebnis	**-61,883**	**-61,883**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 21.04 Maßn. f. Behinderte**	DB 21.04.01 M.f.Behind, spez.FP
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,004	0,004
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,004**	**0,004**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1,120	1,120
Auszahlungen aus Transfers	59,984	59,984
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**61,104**	**61,104**
Nettogeldfluss	**-61,100**	**-61,100**

Untergliederung 22 Pensionsversicherung

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Wir sorgen für die Sicherheit des staatlichen Pensionssystems und damit für den Erhalt des Lebensstandards im Alter.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**36,900**	**35,903**	**204,650**
Auszahlungen fix				
Auszahlungen variabel	10.194,000	10.194,000	9.966,200	9.795,310
Summe Auszahlungen	**10.194,000**	**10.194,000**	**9.966,200**	**9.795,310**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-10.157,100**	**-9.930,297**	**-9.590,660**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	36,900	35,903	
Aufwendungen	10.194,000	9.966,200	
Nettoergebnis	**-10.157,100**	**-9.930,297**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Nachhaltige Sicherung des staatlichen Pensionssystems für die Sozialversicherten.
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Leistungen (Pensionen, Rehabilitation) des staatlichen Pensionsversicherungssystems werden aus Beiträgen (Input) finanziert. Besteht eine Finanzierungslücke, gibt es die gesetzliche Verpflichtung des Bundes diese zu 100% auszugleichen. Auch unter geänderten demografischen und ökonomischen Rahmenbedingungen soll das Leistungsniveau der staatlichen Pensionsversicherung erhalten und finanzierbar bleiben. Dies bedingt einen stabilen Bundesbeitrag, um ein ausgeglichenes Beitrags- und Leistungsverhältnis in der Pensionsversicherung zu erzielen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters insbesondere durch berufliche Rehabilitation vor Pension sowie durch die „Gesundheitsstraße“ und durch das flächendeckende Betreuungsangebot „fit2work“.
- Entwicklung von gezielten Informationsmaßnahmen, die den Versicherten eine klare Sicht auf die finanziellen Auswirkungen der individuellen Entscheidung ihrer Pensionierung (vor dem Regelpensionsalter) eröffnen.
- Stabilisierung des Verhältnisses von Dienstgeberbeitrag und Bundeszuschuss zum Sonderruhegeld.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 22.1.1	Anteil der Bundesbeiträge am Bruttoinlandsprodukt					
Berechnungsmethode	Verhältnis von Bundesbeiträgen zum Bruttoinlandsprodukt – in Prozent					
Datenquelle	Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger; Statistik Austria; WIFO					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	3,07%	2,96%	3,12%	3,20%	3,19%	3,00%
	Erläuterungen: Der jeweilige Istzustand folgt dem Gutachten der Kommission zur langfristigen Pensionssicherung. Der Wert 2010 wurde dahingehend angepasst. Für 2013 wird auf Basis der vorläufigen Erfolgsrechnungen mit Stand 30.9.2013 ein Wert von 3,10% ermittelt.					

Kennzahl 22.1.2	Beitragsdeckungsquote					
Berechnungsmethode	Verhältnis von Erträgen der Pensionsversicherungsträger (ohne Bundesbeitrag, Partnerleistungen und Ausgleichszulagen) zu den Aufwendungen der Pensionsversicherungsträger (ohne Ausgleichszulagen) – in Prozent					
Datenquelle	Erfolgsrechnung der Pensionsversicherungsträger					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	75,71%	76,18%	75,24%	72,20%	75,04%	76,46%
	Erläuterungen: Der jeweilige Istzustand folgt dem Gutachten der Kommission zur langfristigen Pensionssicherung. Der Wert 2010 wurde dahingehend angepasst. Für 2013 wird auf Basis der vorläufigen Erfolgsrechnungen mit Stand 30.9.2013 ein Wert von 75,82% ermittelt.					

Wirkungsziel 2:
BürgerInnen - insbesondere die erwerbstätige Bevölkerung - sind in der Pension (durch Alters-, Invaliditäts-, Hinterbliebenenpensionen) ausreichend finanziell versorgt und weniger armutsgefährdet.
Warum dieses Wirkungsziel?
Ein angemessener Lebensstandard im Alter ist Voraussetzung für sozialen Frieden, Wohlstand und Solidarität innerhalb der Gesellschaft. Für eine adäquate finanzielle Versorgung im Alter und bei Invalidität sind mehrere Aspekte maßgeblich: einerseits die Pensionshöhe bei Pensionsantritt (bzw. deren Relation zu den letzten Aktiveinkommen vor Pensionsantritt) und andererseits die Werterhaltung dieser Pension während ihrer gesamten Laufzeit. Mit dem Instrument der Ausgleichszulage wird sichergestellt, dass auch PensionistInnen mit geringeren Pensionshöhen ein bestimmtes Mindestmaß an finanzieller Versorgung garantiert wird.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Umsetzung der bestehenden Gesetzeslage (Allgemeines Sozialversicherungsgesetz; Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz, Bauern-Sozialversicherungsgesetz)

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 22.2.1	Armutsgefährdungsquote in PensionistInnenhaushalten der älter als 65-Jährigen					
Berechnungsmethode	Verhältnis von armutsgefährdeten Personen zur Gesamtbevölkerung (älter als 65 Jahre) – in Prozent					
Datenquelle	EU-SILC (= Community on Income and Living Conditions)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	15,2%	16,0%	15,1%	< 16%	< 16%	< 16%

Wirkungsziel 3:
Verringerung des Frauenanteils bei AusgleichszulagenbezieherInnen.
Warum dieses Wirkungsziel?
Geringeres Einkommen, vermehrte Teilzeitbeschäftigung und geringere Versicherungszeiten führen dazu, dass Frauen vermehrt Bezieherinnen der Ausgleichszulage sind. Ein späterer Pensionsantritt bedeutet eine höhere Pension. Durch gezielte Maßnahmen ist eine vorzeitige Inanspruchnahme zu verhindern.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Gezielte berufliche Rehabilitation um die Notwendigkeit der Pension zu verhindern.
- Durchführung einer vertiefenden Gender Analyse: Die nach Geschlecht erhobenen Daten werden dahingehend aufbereitet, dass damit gezielte Maßnahmen zur Verringerung der geschlechtsspezifischen Disparitäten abgeleitet werden können.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 22.3.1	Anteil der Frauen an AusgleichszulagenbezieherInnen					
Berechnungsmethode	Verhältnis von Anzahl der weiblichen Bezieherinnen der Ausgleichszulage zur Gesamtzahl der AusgleichszulagenbezieherInnen – in Prozent					
Datenquelle	Pensionsstatistik des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und der Pensionsversicherungsträger					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	68,1%	67,8%	67,5%	67,4%	67,0%	66,1%
	Erläuterungen: Alle Prozentangaben wurden auf die erste Dezimalstelle gerundet. Istzustand 2013: 67,3%					

Kennzahl 22.3.2	Anteil der Männer an AusgleichszulagenbezieherInnen					
Berechnungsmethode	Verhältnis von Anzahl der männlichen Bezieher der Ausgleichszulage zur Gesamtzahl der AusgleichszulagenbezieherInnen – in Prozent					
Datenquelle	Pensionsstatistik des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und der Pensionsversicherungsträger					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	31,9%	32,2%	32,5%	32,6%	33,0%	33,9%
	Erläuterungen: Alle Prozentangaben wurden auf die erste Dezimalstelle gerundet. Istzustand 2013: 32,7%					

Kennzahl 22.3.3	Ausgleichszulagenbezieherinnen					
Berechnungs-methode	Anzahl					
Datenquelle	Pensionsstatistik des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und der Pensions-versicherungsträger					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	163.304	160.255	156.870	158.788	152.346	142.901
	Erläuterungen: Istzustand 2013: 154.981					

Kennzahl 22.3.4	Ausgleichszulagenbezieher					
Berechnungs-methode	Anzahl					
Datenquelle	Pensionsstatistik des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und der Pensions-versicherungsträger					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	76.496	76.110	75.541	76.802	74.934	73.299
	Erläuterungen: Istzustand 2013: 75.429					

Untergliederung 22 Pensionsversicherung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	36,900	35,903	
Erträge	**36,900**	**35,903**	
Transferaufwand	10.194,000	9.966,200	
Aufwendungen	**10.194,000**	**9.966,200**	
hievon variabel	*10.194,000*	*9.966,200*	
Nettoergebnis	**-10.157,100**	**-9.930,297**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	36,900	35,903	204,650
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**36,900**	**35,903**	**204,650**
Auszahlungen aus Transfers	10.194,000	9.966,200	9.795,310
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**10.194,000**	**9.966,200**	**9.795,310**
hievon variabel	*10.194,000*	*9.966,200*	*9.795,310*
Nettogeldfluss	**-10.157,100**	**-9.930,297**	**-9.590,660**

Untergliederung 22 Pensionsversicherung
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 22 Pensions-versiche-rung**	GB 22.01 BB und PL (var)	GB 22.02 Ausgleichs zul.(var)	GB 22.03 Sonst.Leist. PV (var)
Erträge aus der operativen Verwaltungstätig-keit und Transfers	36,900	0,006	0,004	36,890
Erträge	**36,900**	**0,006**	**0,004**	**36,890**
Transferaufwand	10.194,000	9.129,895	1.016,894	47,211
Aufwendungen	**10.194,000**	**9.129,895**	**1.016,894**	**47,211**
hievon variabel	*10.194,000*	*9.129,895*	*1.016,894*	*47,211*
Nettoergebnis	**-10.157,100**	**-9.129,889**	**-1.016,890**	**-10,321**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 22 Pensions-versiche-rung**	GB 22.01 BB und PL (var)	GB 22.02 Ausgleichs zul.(var)	GB 22.03 Sonst.Leist. PV (var)
Einzahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit und Transfers	36,900	0,006	0,004	36,890
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**36,900**	**0,006**	**0,004**	**36,890**
Auszahlungen aus Transfers	10.194,000	9.129,895	1.016,894	47,211
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**10.194,000**	**9.129,895**	**1.016,894**	**47,211**
hievon variabel	*10.194,000*	*9.129,895*	*1.016,894*	*47,211*
Nettogeldfluss	**-10.157,100**	**-9.129,889**	**-1.016,890**	**-10,321**

Globalbudget 22.01 Bundesbeitrag und Partnerleistung, variabel

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,006	0,006	
Erträge	**0,006**	**0,006**	
Transferaufwand	9.129,895	8.916,351	
Aufwendungen	**9.129,895**	**8.916,351**	
hievon variabel	*9.129,895*	*8.916,351*	
Nettoergebnis	**-9.129,889**	**-8.916,345**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,006	0,006	161,436
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,006**	**0,006**	**161,436**
Auszahlungen aus Transfers	9.129,895	8.916,351	8.746,846
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**9.129,895**	**8.916,351**	**8.746,846**
hievon variabel	*9.129,895*	*8.916,351*	*8.746,846*
Nettogeldfluss	**-9.129,889**	**-8.916,345**	**-8.585,410**

Globalbudget 22.01 Bundesbeitrag und Partnerleistung, variabel

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters insbesondere durch berufliche Rehabilitation vor Pension sowie durch die „Gesundheitsstraße“ und durch das flächendeckende Betreuungsangebot „fit2work“.	faktisches Pensionsantrittsalter Männer: 60,0	faktisches Pensionsantrittsalter Männer: 59,6 (2013)
		faktisches Pensionsantrittsalter Frauen: 58,0	faktisches Pensionsantrittsalter Frauen: 57,5 (2013)
WZ 1	Entwicklung von gezielten Informationsmaßnahmen, die den Versicherten eine klare Sicht auf die finanziellen Auswirkungen der individuellen Entscheidung ihrer Pensionierung (vor dem Regelpensionsalter) eröffnen.	Berechnungen der Kontoerstgutschrift erfolgt ab dem 1. Quartal 2014	flächendeckende Information durch die Pensionsversicherungsträger auf Antrag der Versicherten: 31.12. 2013
		Versendungen der Mitteilungen an die Versicherten erfolgt ab dem 3. Quartal 2014	

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Klare Festlegung des Handlungsbedarfs für die nachhaltige Sicherung des Pensionssystems im Hinblick auf die langfristige Entwicklung der Pensionsausgaben und den voraussichtlichen Mehrbedarf an Bundesmitteln (Bund 2011/5, SE 20)
ad 1	Der Budgetpfad bis 2018 gibt den Rahmen für die Bundesmittel vor.

2	Intensivierung der Bemühungen zur Anhebung des Pensionsalters sowie verstärkte Maßnahmen der Prävention und Rehabilitation vor dem Hintergrund des niedrigeren Antrittsalters für krankheitsbedingte Pensionen (Bund 2011/8, SE 5)
ad 2	Einführung der IP neu für unter 50-ig Jährige; Verstärkung der Rehabilitation statt Pension; Förderung der Wiedereingliederung in die Beschäftigung; Durchführung eines Monitorings.

3	Anhebung des tatsächlichen Antrittsalters auf das Regelpensionsalter als wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Sicherung der Finanzierbarkeit der gesetzlichen Pensionsversicherung (Bund 2011/8, SE 6)
ad 3	Rehabilitation statt Pension (Rehabilitationsgeld); Verstärkung der Umschulungsmaßnahmen (Umschulungsgeld); Bonus-Malus-System für ältere Arbeitnehmer; Bonus für späteren Antritt von 4,2% auf 5,1%; Kontomitteilung als Anreiz für Verbleib im Erwerbsleben; Durchführung eines Monitorings.

4	Zur Harmonisierung der Pensionsleistungen wären die Berechnungsvorschriften der Dienstgeber(pensions)leistung wie folgt zu ändern: 1. der 0 %– bis 7 %– bzw. 13 %–Verlustdeckel sollte entfallen, 2. die 80 %–Grenze wäre für alle Bediensteten anzuwenden und 3. der Steigerungsbetrag der fiktiven ASVG–Pension wäre auch beim Akademiker im Gesamtausmaß von bis zu 35 Jahren zu berechnen (Bund 2012/10, SE 6)
ad 4	Ab 1.1.2014 wurde in den Dienstordnungen eine 80% Pensionseinkommensgrenze für „Diensteintritte vor 1984“ festgelegt (dreijährige Übergangsfrist; lineare Verteilung über 36 Monate; maximale Kürzung der DO-Pension: 20%) sowie eine Anhebung der relevanten Beträge beim Deckelungsschutz.

5	Erhöhung der Pensionssicherungsbeiträge für PensionistInnen der Sozialversicherungsträger in Abhängigkeit von der monatlichen ASVG–Höchstbeitragsgrundlage (Bund 2012/10/3, SE 2)
ad 5	Mit 1. Jänner 2013 wurde der Sicherungsbeitrag von Pensionen nach den Dienstordnungen durch die 78. Novelle zum ASVG; BGBl. I Nr. 3/2013, auf Grund einer Empfehlung des Rechnungshof bedeutend angehoben, und zwar sozial gestaffelt je nach der Höhe der jeweiligen Pensionsleistung und orientiert an der Entwicklung der ASVG-

	Höchstbeitragsgrundlage. Dabei wurde berücksichtigt, dass die Pensionsbezieher/innen der Sozialversicherungsträger für ASVG-Pensionsleistungen keinen Pensionssicherungsbeitrag zu leisten haben.

Globalbudget 22.01 Bundesbeitrag und Partnerleistung, variabel
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 22.01 BB und PL (var)**	DB 22.01.01 BB PVA (var)	DB 22.01.02 BB VAEB (var)	DB 22.01.03 BB SVA (var)	DB 22.01.04 BB SVB (var)
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,006	0,001	0,001	0,001	0,001
Erträge	**0,006**	**0,001**	**0,001**	**0,001**	**0,001**
Transferaufwand	9.129,895	5.579,803	347,222	1.273,084	1.421,186
Aufwendungen	**9.129,895**	**5.579,803**	**347,222**	**1.273,084**	**1.421,186**
hievon variabel	*9.129,895*	*5.579,803*	*347,222*	*1.273,084*	*1.421,186*
Nettoergebnis	**-9.129,889**	**-5.579,802**	**-347,221**	**-1.273,083**	**-1.421,185**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 22.01 BB und PL (var)**	DB 22.01.01 BB PVA (var)	DB 22.01.02 BB VAEB (var)	DB 22.01.03 BB SVA (var)	DB 22.01.04 BB SVB (var)
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,006	0,001	0,001	0,001	0,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,006**	**0,001**	**0,001**	**0,001**	**0,001**
Auszahlungen aus Transfers	9.129,895	5.579,803	347,222	1.273,084	1.421,186
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**9.129,895**	**5.579,803**	**347,222**	**1.273,084**	**1.421,186**
hievon variabel	*9.129,895*	*5.579,803*	*347,222*	*1.273,084*	*1.421,186*
Nettogeldfluss	**-9.129,889**	**-5.579,802**	**-347,221**	**-1.273,083**	**-1.421,185**

DB 22.01.05 PL SVA (var)	DB 22.01.06 PL SVB (var)
0,001	0,001
0,001	**0,001**
352,800	155,800
352,800	**155,800**
352,800	*155,800*
-352,799	**-155,799**

DB 22.01.05 PL SVA (var)	DB 22.01.06 PL SVB (var)
0,001	0,001
0,001	**0,001**
352,800	155,800
352,800	**155,800**
352,800	*155,800*
-352,799	**-155,799**

Globalbudget 22.02 Ausgleichszulagen, variabel

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,004	0,004	
Erträge	**0,004**	**0,004**	
Transferaufwand	1.016,894	1.001,478	
Aufwendungen	**1.016,894**	**1.001,478**	
hievon variabel	*1.016,894*	*1.001,478*	
Nettoergebnis	**-1.016,890**	**-1.001,474**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,004	0,004	23,492
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,004**	**0,004**	**23,492**
Auszahlungen aus Transfers	1.016,894	1.001,478	1.002,056
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.016,894**	**1.001,478**	**1.002,056**
hievon variabel	*1.016,894*	*1.001,478*	*1.002,056*
Nettogeldfluss	**-1.016,890**	**-1.001,474**	**-978,564**

Globalbudget 22.02 Ausgleichszulagen, variabel

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 3	Gezielte berufliche Rehabilitation um die Notwendigkeit der Pensi-on zu verhindern.	Analyse und Bewertung eines vom Hauptverband der österrei-chischen Sozialversicherungsträ-ger bis zum 3. Quartal 2014 zu erstellenden Monitoringberichtes über Rehab- und Umschulungs-geld: 4. Quartal 2014	Evaluierung der Wirksamkeit der Maßnahmen durch jährlichen Rehabilitationsbericht des Haupt-verbands der österr. Sozialversi-cherungsträger an das BMASK (§ 79c ASVG): 4. Quartal 2013
WZ 3	Durchführung einer vertiefenden Gender Analyse: Die nach Ge-schlecht erhobenen Daten werden dahingehend aufbereitet, dass damit gezielte Maßnahmen zur Verringerung der geschlechtsspe-zifischen Disparitäten abgeleitet werden können.	Durchgehend nach Geschlecht unterschiedene Auswertungen im Monitoringbericht zum Pensions-antrittsalter: Oktober 2014	Aufbereitung und Analyse der Daten der Pensionsversicherungs-träger auf Basis ihrer Erfolgs-rechnungen: August 2013

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

„Umsetzung der bestehenden Gesetzeslage (Allgemeines Sozialversicherungsgesetz; Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz, Bauern-Sozialversicherungsgesetz)": Die Maßnahme wurde planmäßig umgesetzt.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

Globalbudget 22.02 Ausgleichszulagen, variabel
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 22.02 Ausgleichs zul.(var)**	DB 22.02.01 AZ PVA (var)	DB 22.02.02 AZ VAEB (var)	DB 22.02.03 AZ SVA (var)	DB 22.02.04 AZ SVB (var)
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,004	0,001	0,001	0,001	0,001
Erträge	**0,004**	**0,001**	**0,001**	**0,001**	**0,001**
Transferaufwand	1.016,894	699,659	7,343	66,308	243,584
Aufwendungen	**1.016,894**	**699,659**	**7,343**	**66,308**	**243,584**
hievon variabel	*1.016,894*	*699,659*	*7,343*	*66,308*	*243,584*
Nettoergebnis	**-1.016,890**	**-699,658**	**-7,342**	**-66,307**	**-243,583**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 22.02 Ausgleichs zul.(var)**	DB 22.02.01 AZ PVA (var)	DB 22.02.02 AZ VAEB (var)	DB 22.02.03 AZ SVA (var)	DB 22.02.04 AZ SVB (var)
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,004	0,001	0,001	0,001	0,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,004**	**0,001**	**0,001**	**0,001**	**0,001**
Auszahlungen aus Transfers	1.016,894	699,659	7,343	66,308	243,584
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.016,894**	**699,659**	**7,343**	**66,308**	**243,584**
hievon variabel	*1.016,894*	*699,659*	*7,343*	*66,308*	*243,584*
Nettogeldfluss	**-1.016,890**	**-699,658**	**-7,342**	**-66,307**	**-243,583**

Globalbudget 22.03 Sonstige Leistungen zur PV, variabel

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	36,890	35,893	
Erträge	**36,890**	**35,893**	
Transferaufwand	47,211	48,371	
Aufwendungen	**47,211**	**48,371**	
hievon variabel	*47,211*	*48,371*	
Nettoergebnis	**-10,321**	**-12,478**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	36,890	35,893	19,722
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**36,890**	**35,893**	**19,722**
Auszahlungen aus Transfers	47,211	48,371	46,408
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**47,211**	**48,371**	**46,408**
hievon variabel	*47,211*	*48,371*	*46,408*
Nettogeldfluss	**-10,321**	**-12,478**	**-26,686**

Globalbudget 22.03 Sonstige Leistungen zur PV, variabel

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	Stabilisierung des Verhältnisses von Dienstgeberbeitrag und Bun-deszuschuss zum Sonderruhegeld.	Beibehaltung des Deckungsgra-des der Ersatzleistung des Bundes durch Beiträge der Dienstgeber: 75%	Deckungsgrad der Ersatzleistung des Bundes durch Beiträge der Dienstgeber: 75%

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

Globalbudget 22.03 Sonstige Leistungen zur PV, variabel
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 22.03 Sonst.Leist. PV (var)**	DB 22.03.01 Nacht-schwer-arb.(var)
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	36,890	36,890
Erträge	**36,890**	**36,890**
Transferaufwand	47,211	47,211
Aufwendungen	**47,211**	**47,211**
hievon variabel	*47,211*	*47,211*
Nettoergebnis	**-10,321**	**-10,321**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 22.03 Sonst.Leist. PV (var)**	DB 22.03.01 Nacht-schwer-arb.(var)
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	36,890	36,890
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**36,890**	**36,890**
Auszahlungen aus Transfers	47,211	47,211
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**47,211**	**47,211**
hievon variabel	*47,211*	*47,211*
Nettogeldfluss	**-10,321**	**-10,321**

Untergliederung 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Wir sichern eine eigenständige und angemessene Altersversorgung der Beamtinnen und Beamten, die sich an den Entwicklungen der gesetzlichen Pensionsversicherung orientiert, wobei Angelegenheiten des Pensionsrechts der öffentlich Bediensteten in den Wirkungsbereich des BKA fallen.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**2.284,520**	**2.350,178**	**1.642,136**
Auszahlungen fix	8.921,607	8.973,607	8.693,866	8.917,860
Summe Auszahlungen	**8.921,607**	**8.973,607**	**8.693,866**	**8.917,860**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-6.689,087**	**-6.343,688**	**-7.275,724**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	2.282,556	2.350,159	
Aufwendungen	8.963,966	8.673,556	
Nettoergebnis	**-6.681,410**	**-6.323,397**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Nachhaltige Finanzierbarkeit des Beamtenpensionssystems.

Warum dieses Wirkungsziel?
Die Pensionen für Beamtinnen und Beamte sind angesichts ihres budgetären Umfangs für die langfristigen Perspektiven der öffentlichen Finanzen von erheblicher Bedeutung. Wie in der Eröffnungsbilanz des Bundes ausgewiesen, wird in den nächsten 30 Jahren bei diesen Pensionen der Aufwand die Erträge um insgesamt 342 Mrd. € übersteigen. Dieser Saldo beträgt derzeit rund 1,9% des BIP und wird bis Ende der 2020er Jahre auf voraussichtlich 2,4% des BIP ansteigen. Obwohl das BMF keine materiell rechtliche Zuständigkeit für das Beamtenpensionsrecht hat, können durch zielgerichtete Empfehlungen auf Basis der absehbaren Entwicklung, die sich aus dem Budgetvollzug ergibt, Impulse zur Anpassung der gesetzlichen Grundlagen ausgehen. Damit wird ein Beitrag zur nachhaltigen Finanzierbarkeit des Beamtenpensionssystems geleistet.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Beobachtung der Entwicklung der Mittelverwendungen für Beamtenpensionen und Pflegegelder im Vergleich zum BFG
- Bei signifikanter Abweichung Übermittlung von Maßnahmenvorschlägen mit besonderer Berücksichtigung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern an das jeweils zuständige Ressort (BKA, BMASK).

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 23.1.1	Einhaltung des Bundesfinanzrahmens in der UG 23.					
Berechnungs-methode	Vergleich zwischen den jeweiligen Werten laut BFG/BFRG und dem entsprechenden Wert laut Bundesrechnungsabschluss.					
Datenquelle	Bundesrechnungsabschluss					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	BFRG/BFG wurde eingehalten	BFRG/BFG wurde eingehalten	BFRG/BFG wurde eingehalten	BFRG/BFG wird eingehalten	BFRG/BFG wird eingehalten	BFRG/BFG wird eingehalten
	Die Entscheidung über die tatsächliche Umsetzung von materiell-rechtlichen Gegensteuerungsmaßnahmen erfordert die Zustimmung der jeweils entscheidungsbefugten Institutionen.					

Wirkungsziel 2:

Angemessene Altersversorgung und finanzielle Absicherung bei Pflegbedürftigkeit der Beamtinnen und Beamten im Ruhestand.

Warum dieses Wirkungsziel?

Aufgrund der Kompetenzverteilung gemäß Bundesministeriengesetz 1986 liegt die materiell-rechtliche Gestaltung der Beamtenpensionen, der Pensionen für Landeslehrer, der ÖBB-Pensionen und des Pflegegelds nicht im Zuständigkeitsbereich des BMF. In den Verantwortungsbereich des BMF fällt die Besoldung und damit die Aufgabe, die aufgrund der einschlägigen Gesetzeslage den Anspruchsberechtigten gebührenden Mittel bereit zu stellen. Für die Empfängerinnen und Empfänger der Ruhe- und Versorgungsgenüsse sowie der Pflegegelder ist die fristgerechte und vollumfängliche Auszahlung von hoher Bedeutung, um die Bedürfnisse des täglichen Lebens abdecken zu können.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Durch die rechtzeitige und vollständige Bereitstellung der Mittel können die Leistungen von den zuständigen Institutionen an die Empfängerinnen und Empfänger innerhalb der vorgesehenen Fristen in voller Höhe ausgezahlt werden.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 23.2.1	Die Mittel für die Auszahlung werden rechtzeitig bereitgestellt					
Berechnungsmethode	Vergleich der Termine der tatsächlichen Auszahlung mit dem Zahlungsplan.					
Datenquelle	Haushaltsinformationssystem/PMSAP; BMF-interne Aufzeichnungen					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Die Fristen wurden zu 100% eingehalten	Die Fristen wurden zu 100% eingehalten	Die Fristen wurden zu 100% eingehalten	Die Fristen werden zu 100% eingehalten	Die Fristen werden zu 100% eingehalten	Die Fristen werden zu 100% eingehalten
	Die Zahlungsfristen sind zwischen Buchhaltungsagentur, den für die Auszahlung an die Empfänger zuständigen Institutionen und dem BMF abgestimmt. Anhand dieses Kalenders erfolgt die Mittelbereitstellung.					

Kennzahl 23.2.2	Die Mittel für die Auszahlung werden in voller Höhe bereitgestellt					
Berechnungsmethode	Vergleich der angewiesenen Mittel mit den Monatsanforderungen					
Datenquelle	Haushaltsinformationssystem/PMSAP; BMF-interne Aufzeichnungen					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Die erforderlichen Mittel wurden zu 100% bereitgestellt.	Die erforderlichen Mittel wurden zu 100% bereitgestellt.	Die erforderlichen Mittel wurden zu 100% bereitgestellt.	Die erforderlichen Mittel werden zu 100% bereitgestellt.	Die erforderlichen Mittel werden zu 100% bereitgestellt.	Die erforderlichen Mittel werden zu 100% bereitgestellt.
	Die Höhe der Zahlung wird monatlich mit der Buchhaltungsagentur, den für die Auszahlung an die Empfänger zuständigen Institutionen und dem BMF abgestimmt. Anhand dieser Informationen erfolgt die Mittelbereitstellung.					

Untergliederung 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2.282,556	2.350,159	
Erträge	**2.282,556**	**2.350,159**	
Transferaufwand	8.963,099	8.673,176	
Betrieblicher Sachaufwand	0,867	0,380	
Aufwendungen	**8.963,966**	**8.673,556**	
Nettoergebnis	**-6.681,410**	**-6.323,397**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2.284,487	2.350,159	1.642,100
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,033	0,019	0,036
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.284,520**	**2.350,178**	**1.642,136**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,464	0,380	0,374
Auszahlungen aus Transfers	8.973,103	8.693,461	8.917,455
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,040	0,025	0,031
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**8.973,607**	**8.693,866**	**8.917,860**
Nettogeldfluss	**-6.689,087**	**-6.343,688**	**-7.275,724**

Untergliederung 23 Pensionen - Beamtinnen und Beamte
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 23 Pensionen - BeamtInn**	GB 23.01 HV u. ausgegl. Inst.	GB 23.02 Post	GB 23.03 ÖBB	GB 23.04 Landeslehrer
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2.282,556	1.312,684	248,399	415,106	306,367
Erträge	**2.282,556**	**1.312,684**	**248,399**	**415,106**	**306,367**
Transferaufwand	8.963,099	4.033,280	1.260,510	2.121,947	1.547,362
Betrieblicher Sachaufwand	0,867	0,679	0,146	0,001	0,041
Aufwendungen	**8.963,966**	**4.033,959**	**1.260,656**	**2.121,948**	**1.547,403**
Nettoergebnis	**-6.681,410**	**-2.721,275**	**-1.012,257**	**-1.706,842**	**-1.241,036**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 23 Pensionen - BeamtInn**	GB 23.01 HV u. ausgegl. Inst.	GB 23.02 Post	GB 23.03 ÖBB	GB 23.04 Landeslehrer
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	2.284,487	1.314,437	248,407	414,884	306,759
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,033	0,013	0,020		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.284,520**	**1.314,450**	**248,427**	**414,884**	**306,759**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,464	0,391	0,071	0,001	0,001
Auszahlungen aus Transfers	8.973,103	4.046,326	1.254,114	2.120,434	1.552,229
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,040	0,025	0,015		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**8.973,607**	**4.046,742**	**1.254,200**	**2.120,435**	**1.552,230**
Nettogeldfluss	**-6.689,087**	**-2.732,292**	**-1.005,773**	**-1.705,551**	**-1.245,471**

Globalbudget 23.01 Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.312,684	1.343,668	
Erträge	**1.312,684**	**1.343,668**	
Transferaufwand	4.033,280	3.887,884	
Betrieblicher Sachaufwand	0,679	0,275	
Aufwendungen	**4.033,959**	**3.888,159**	
Nettoergebnis	**-2.721,275**	**-2.544,491**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.314,437	1.343,668	875,790
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,013	0,009	0,016
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.314,450**	**1.343,677**	**875,806**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,391	0,275	0,297
Auszahlungen aus Transfers	4.046,326	3.896,548	3.983,203
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,025	0,010	0,017
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**4.046,742**	**3.896,833**	**3.983,516**
Nettogeldfluss	**-2.732,292**	**-2.553,156**	**-3.107,710**

Globalbudget 23.01 Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	- Die Auszahlungen für Pensionen und Pflegegelder der Beamten der Hoheitsverwaltung und ausgegliederter Institutionen werden laufend beobachtet. - Bei signifikanten Abweichungen im Budgetvollzug erfolgt eine Ursachenanalyse. - Ist zur Einhaltung des Bundesfinanzrahmens und des jeweils geltenden Bundesfinanzgesetzes eine legistische Anpassung der materiell-rechtlichen Grundlagen notwendig, werden Vorschläge an die für die legistische Umsetzung zuständige Stelle übermittelt.	Eine vom Budgetpfad nachhaltig abweichende Entwicklung wird frühzeitig erkannt.	Ist im Rahmen des Budgetcontrollings möglich.
		Die Ursachen sind zweifelsfrei identifiziert und analysiert. Dies erfolgt mittels spezifischer Indikatoren (z.B. Pensionsstand, Pensionszugang, Pensionshöhe, Pflegegeldstufen, Aktivstände und Altersstrukturen…)	Ist im Rahmen des Budgetcontrollings und der vorhandenen Datenbasis möglich.
		Eine Liste von Maßnahmen inklusive einer aktuellen finanziellen Bewertung zur Einhaltung des Bundesfinanzrahmens liegt vor.	Der Budgetvollzug lag im Rahmen der zur Verfügung stehenden Bundesmittel.
		Bei Notwendigkeit sind Vorschläge an das legistisch zuständige Ressort übermittelt worden.	Der Budgetvollzug lag im Rahmen der zur Verfügung stehenden Bundesmittel.
WZ 2	- Das BMF sichert durch die korrekte Erstellung des Monatsvoranschlags, dass rechtzeitig ausreichende Mittel für die Auszahlung an die Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger zur Verfügung stehen.	Das Pensionsservice der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter kann die Auszahlungen fristgerecht in die Wege leiten. 100% der finanziellen Leistungen werden fristgerecht angewiesen.	100% der Leistungen wurden fristgerecht angewiesen.
		Das Pensionsservice der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter kann die Auszahlungen in der gebührenden Höhe in die Wege leiten. 100% der finanziellen Leistungen werden in der gebührenden Höhe angewiesen.	100% der Leistungen wurden in der gebührenden Höhe angewiesen.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

- Das ehemalige Wirkungsziel 2 „Das BMF stärkt das Vertrauen der Beamtinnen und Beamten in die gesetzmäßige Anwendung der pensionsrechtlichen Bestimmungen im Wege des Instanzenzuges …“ ist wegen der Einrichtung einer Bundesverwaltungsgerichtsbarkeit mit Wirkung 1.1.2014 entfallen. Daher entfallen auch die auf dieses Wirkungsziel bezogenen Maßnahmen.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Intensivierung der Bemühungen zur Anhebung des tatsächlichen Pensionsantrittsalters (Bund 2014/5, SE 1)
ad 1	Auf Grund der geltenden Kompetenzverteilung gibt es – soweit das BMF nicht selbst als Dienstbehörde tätig wird – keine Möglichkeit der Einflussnahme von Seiten des BMF. Gesetzliche Änderungen können nur durch das BKA umgesetzt werden. Zudem sind im Rahmen der geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen die Dienstbehörden in ihrem Pensionierungsverhalten nicht eingeschränkt und können daher ihren Personalaufwand durch Pensionierung älterer Beamter senken, während gleichzeitig die UG 23 belastet wird.

2	Zusammenführung der legistischen, budgetären und organisatorischen Veranwortung für die UG 23 – Pensionen (Bund 2014/5, SE 9)
ad 2	Das BMF begrüßt diesen Vorschlag ausdrücklich, da nur durch eine Konzentration der Kompetenzen im Pensionsbereich eine dem geltenden Haushaltsrecht entsprechende Wahrnehmung der budgetären Verantwortung möglich ist. Die Umsetzung liegt allerdings nicht in der alleinigen Zuständigkeit des BMF.

3	Sicherstellen einer einheitlichen Begutachtung für alle BeamtInnen, die in den Anwendungsbereich des Pensionsgesetzes 1965 fallen, im Hinblick auf ihre Dienstunfähigkeit durch GutachterärztInnen der BVA (Bund 2014/5, SE 2)
ad 3	Diese Empfehlung fällt nicht in die Zuständigkeit des BMF, sondern des BKA.

Globalbudget 23.01 Hoheitsverwaltung und ausgegliederte Institutionen
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 23.01 HV u. ausgegl. Inst.**	DB 23.01.01 HV Pensionen	DB 23.01.02 HV Pflegegeld	DB 23.01.03 Ausgegl. Pensionen	DB 23.01.04 Ausgegl. Pflegegeld
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.312,684	1.150,864		161,820	
Erträge	**1.312,684**	**1.150,864**		**161,820**	
Transferaufwand	4.033,280	3.792,612	100,253	137,660	2,755
Betrieblicher Sachaufwand	0,679	0,571	0,100	0,008	
Aufwendungen	**4.033,959**	**3.793,183**	**100,353**	**137,668**	**2,755**
Nettoergebnis	**-2.721,275**	**-2.642,319**	**-100,353**	**24,152**	**-2,755**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 23.01 HV u. ausgegl. Inst.**	DB 23.01.01 HV Pensionen	DB 23.01.02 HV Pflegegeld	DB 23.01.03 Ausgegl. Pensionen	DB 23.01.04 Ausgegl. Pflegegeld
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.314,437	1.138,483		175,954	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,013	0,012		0,001	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.314,450**	**1.138,495**		**175,955**	
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,391	0,391			
Auszahlungen aus Transfers	4.046,326	3.803,658	100,528	139,387	2,753
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,025	0,025			
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**4.046,742**	**3.804,074**	**100,528**	**139,387**	**2,753**
Nettogeldfluss	**-2.732,292**	**-2.665,579**	**-100,528**	**36,568**	**-2,753**

Globalbudget 23.02 Post

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	248,399	237,631	
Erträge	**248,399**	**237,631**	
Transferaufwand	1.260,510	1.253,923	
Betrieblicher Sachaufwand	0,146	0,105	
Aufwendungen	**1.260,656**	**1.254,028**	
Nettoergebnis	**-1.012,257**	**-1.016,397**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	248,407	237,631	250,182
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,010	0,020
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**248,427**	**237,641**	**250,202**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,071	0,105	0,077
Auszahlungen aus Transfers	1.254,114	1.255,761	1.304,815
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,015	0,015	0,014
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.254,200**	**1.255,881**	**1.304,907**
Nettogeldfluss	**-1.005,773**	**-1.018,240**	**-1.054,705**

Globalbudget 23.02 Post

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	- Die Auszahlungen für Pensionen und Pflegegelder der Beamten der Post werden laufend beobachtet. - Bei signifikanten Abweichungen im Budgetvollzug erfolgt eine Ursachenanalyse. - Ist zur Einhaltung des Bundesfinanzrahmens und des jeweils geltenden Bundesfinanzgesetzes eine legistische Anpassung der materiell-rechtlichen Grundlagen notwendig, werden Vorschläge an die für die legistische Umsetzung zuständige Stelle übermittelt.	Eine vom Budgetpfad nachhaltig abweichende Entwicklung wird frühzeitig erkannt.	Ist im Rahmen des Budgetcontrollings möglich.
		Die Ursachen sind zweifelsfrei identifiziert und analysiert. Dies erfolgt mittels spezifischer Indikatoren (z.B. Pensionsstand, Pensionszugang, Pensionshöhe, Pflegegeldstufen, Aktivstände und Altersstrukturen…)	Ist im Rahmen des Budgetcontrollings und der vorhandenen Datenbasis möglich.
		Eine Liste von Maßnahmen inklusive einer aktuellen finanziellen Bewertung zur Einhaltung des Bundesfinanzrahmens liegt vor.	Der Budgetvollzug lag im Rahmen der zur Verfügung stehenden Bundesmittel.
		Bei Notwendigkeit sind Vorschläge an das legistisch zuständige Ressort übermittelt worden.	Der Budgetvollzug lag im Rahmen der zur Verfügung stehenden Bundesmittel.
WZ 2	- Monatliche Überweisung der Ruhe- und Versorgungsgenüsse an die Österreichische Post AG - Korrekte Erstellung des Monatsvoranschlags für das Pflegegeld	Die Ruhe- und Versorgungsgenüsse werden zu den abgestimmten Terminen angewiesen, sodass die Österreichische Post AG die Auszahlungen an die Leistungsempfänger fristgerecht in die Wege leiten kann. 100% der finanziellen Leistungen werden fristgerecht angewiesen.	100% der Leistungen wurden fristgerecht angewiesen
		Die Ruhe- und Versorgungsgenüsse werden in voller Höhe angewiesen, sodass die Österreichische Post AG die Auszahlungen an die Leistungsempfänger im gebührenden Umfang in die Wege leiten kann. 100% der finanziellen Leistungen werden in voller Höhe angewiesen.	100% der Leistungen wurden in der gebührenden Höhe angewiesen.
		Das Pensionsservice der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter kann die Auszahlung der Pflegegelder zeitgerecht in die Wege leiten. 100% der Pflegegelder werden fristgerecht angewiesen.	100% der Pflegegelder wurden fristgerecht angewiesen.

		Das Pensionsservice der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter kann die Auszahlung der Pflegegelder in der gebührenden Höhe in die Wege leiten. 100% der Pflegegelder werden in der gebührenden Höhe angewiesen.	100% der Pflegegelder werden in der gebührenden Höhe angewiesen.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Einfordern von jenen Daten von Unternehmen nach dem Poststrukturgesetz, die erforderlich sind, um die Richtigkeit der Abfuhr der Beiträge zur Deckung des Pensionsaufwands und die sachliche und rechnerische Richtigkeit der Abrechnungen mit der Österreichischen Post AG bestätigen zu können (Bund 2014/5, SE 12)
ad 1	Die Empfehlung wird schrittweise umgesetzt.

2	Übertragung der Pensionsbemessung und Pensionsauszahlung der nach dem Poststrukturgesetz zugewiesenen BeamtInnen an die BVA–Pensionsservice (Bund 2014/5, SE 8)
ad 2	Diese Empfehlung fällt nicht in die Zuständigkeit des BMF, sondern des BKA

Globalbudget 23.02 Post
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 23.02 Post**	DB 23.02.01 Post Pensionen	DB 23.02.02 Post Pflegegeld
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	248,399	242,934	5,465
Erträge	**248,399**	**242,934**	**5,465**
Transferaufwand	1.260,510	1.225,584	34,926
Betrieblicher Sachaufwand	0,146	0,071	0,075
Aufwendungen	**1.260,656**	**1.225,655**	**35,001**
Nettoergebnis	**-1.012,257**	**-982,721**	**-29,536**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 23.02 Post**	DB 23.02.01 Post Pensionen	DB 23.02.02 Post Pflegegeld
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	248,407	242,942	5,465
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,020	0,020	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**248,427**	**242,962**	**5,465**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,071	0,071	
Auszahlungen aus Transfers	1.254,114	1.219,002	35,112
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,015	0,015	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.254,200**	**1.219,088**	**35,112**
Nettogeldfluss	**-1.005,773**	**-976,126**	**-29,647**

Globalbudget 23.03 ÖBB

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	415,106	426,860	
Erträge	**415,106**	**426,860**	
Transferaufwand	2.121,947	2.124,918	
Betrieblicher Sachaufwand	0,001		
Aufwendungen	**2.121,948**	**2.124,918**	
Nettoergebnis	**-1.706,842**	**-1.698,058**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	414,884	426,860	449,289
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**414,884**	**426,860**	**449,289**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,001		
Auszahlungen aus Transfers	2.120,434	2.129,713	2.238,322
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.120,435**	**2.129,713**	**2.238,322**
Nettogeldfluss	**-1.705,551**	**-1.702,853**	**-1.789,033**

Globalbudget 23.03 ÖBB

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	- Die Auszahlungen für Pensionen und Pflegegelder der Beamten ÖBB werden laufend beobachtet. - Bei signifikanten Abweichungen im Budgetvollzug erfolgt eine Ursachenanalyse. - Ist zur Einhaltung des Bundesfinanzrahmens und des jeweils geltenden Bundesfinanzgesetzes eine legistische Anpassung der materiell-rechtlichen Grundlagen notwendig, werden Vorschläge an die für die legistische Umsetzung zuständige Stelle übermittelt.	Eine vom Budgetpfad nachhaltig abweichende Entwicklung wird frühzeitig erkannt.	Ist im Rahmen des Budgetcontrollings möglich.
		Die Ursachen sind zweifelsfrei identifiziert und analysiert. Dies erfolgt mittels spezifischer Indikatoren (z.B. Pensionsstand, Pensionszugang, Pensionshöhe, Pflegegeldstufen, Aktivstände und Altersstrukturen…	Ist im Rahmen des Budgetcontrollings und der vorhandenen Datenbasis möglich.
		Eine Liste von Maßnahmen inklusive einer aktuellen finanziellen Bewertung zur Einhaltung des Bundesfinanzrahmens liegt vor.	Der Budgetvollzug lag im Rahmen der zur Verfügung stehenden Bundesmittel.
		Bei Notwendigkeit sind Vorschläge an das legistisch zuständige Ressort übermittelt worden.	Der Budgetvollzug lag im Rahmen der zur Verfügung stehenden Bundesmittel.
WZ 2	- Monatliche Überweisung der Ruhe- und Versorgungsgenüsse an das Unternehmen - Monatliche Überweisung der Pflegegelder an die Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau	Die Ruhe- und Versorgungsgenüsse werden zu den abgestimmten Terminen angewiesen, sodass die ÖBB die Auszahlungen an die Leistungsempfänger fristgerecht in die Wege leiten kann. 100% der finanziellen Leistungen werden fristgerecht angewiesen.	100% der Leistungen wurden fristgerecht angewiesen.
		Die Ruhe- und Versorgungsgenüsse werden in voller Höhe angewiesen, sodass die ÖBB die Auszahlungen an die Leistungsempfänger in der gebührenden Höhe in die Wege leiten kann. 100% der finanziellen Leistungen werden in voller Höhe angewiesen.	100% der Leistungen wurden in der gebührenden Höhe angewiesen.
		Die Pflegegelder werden fristgerecht an die Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau angewiesen. 100% der finanziellen Leistungen werden fristgerecht angewiesen.	100% der Leistungen wurden fristgerecht angewiesen.
		Die Pflegegelder werden in voller Höhe an die Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau angewiesen. 100% der finanziellen Leistungen werden in voller Höhe angewiesen.	100% der Leistungen wurden in der gebührenden Höhe angewiesen.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Erlassen der Verordnung betreffend die Übermittlung von Daten, die zur Erstellung des Bundesvoranschlages und Bundesrechnungsabschlusses sowie für die Kontrolle des Beitrages zur Deckung des Pensionsaufwandes erforderlich sind (Bund 2014/5, SE 6)
ad 1	Auf Grund der ausdrücklichen Anordnung in § 52 (2a) Bundesbahngesetz ist die Verordnung durch den Bundeskanzler (im Einvernehmen mit dem BMF und dem BMVIT) zu erlassen.

Globalbudget 23.03 ÖBB
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 23.03 ÖBB**	DB 23.03.01 ÖBB Pensionen	DB 23.03.02 ÖBB Pflegegeld
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	415,106	373,106	42,000
Erträge	**415,106**	**373,106**	**42,000**
Transferaufwand	2.121,947	2.073,905	48,042
Betrieblicher Sachaufwand	0,001	0,001	
Aufwendungen	**2.121,948**	**2.073,906**	**48,042**
Nettoergebnis	**-1.706,842**	**-1.700,800**	**-6,042**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 23.03 ÖBB**	DB 23.03.01 ÖBB Pensionen	DB 23.03.02 ÖBB Pflegegeld
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	414,884	372,884	42,000
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**414,884**	**372,884**	**42,000**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,001	0,001	
Auszahlungen aus Transfers	2.120,434	2.072,347	48,087
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.120,435**	**2.072,348**	**48,087**
Nettogeldfluss	**-1.705,551**	**-1.699,464**	**-6,087**

Globalbudget 23.04 Landeslehrer

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	306,367	342,000	
Erträge	**306,367**	**342,000**	
Transferaufwand	1.547,362	1.406,451	
Betrieblicher Sachaufwand	0,041		
Aufwendungen	**1.547,403**	**1.406,451**	
Nettoergebnis	**-1.241,036**	**-1.064,451**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	306,759	342,000	66,839
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**306,759**	**342,000**	**66,839**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,001		
Auszahlungen aus Transfers	1.552,229	1.411,439	1.391,115
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.552,230**	**1.411,439**	**1.391,115**
Nettogeldfluss	**-1.245,471**	**-1.069,439**	**-1.324,276**

Globalbudget 23.04 Landeslehrer

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	- Die Auszahlungen für Pensionen und Pflegegelder der Landeslehrer werden laufend beobachtet. - Bei signifikanten Abweichungen im Budgetvollzug erfolgt eine Ursachenanalyse. - Ist zur Einhaltung des Bundesfinanzrahmens und des jeweils geltenden Bundesfinanzgesetzes eine legistische Anpassung der materiell-rechtlichen Grundlagen notwendig, werden Vorschläge an die für die legistische Umsetzung zuständige Stelle übermittelt.	Eine vom Budgetpfad nachhaltig abweichende Entwicklung wird frühzeitig erkannt.	Ist im Rahmen des Budgetcontrollings möglich.
		Die Ursachen sind zweifelsfrei identifiziert und analysiert. Dies erfolgt mittels spezifischer Indikatoren (z.B. Pensionsstand, Pensionszugang, Pensionshöhe, Pflegegeldstufen, Aktivstände und Altersstrukturen…)	Ist im Rahmen des Budgetcontrollings und der vorhandenen Datenbasis möglich.
		Eine Liste von Maßnahmen inklusive einer aktuellen finanziellen Bewertung zur Einhaltung des Bundesfinanzrahmens liegt vor.	Der Budgetvollzug lag im Rahmen der zur Verfügung stehenden Bundesmittel.
		Bei Notwendigkeit sind Vorschläge an das legistisch zuständige Ressort übermittelt worden.	Der Budgetvollzug lag im Rahmen der zur Verfügung stehenden Bundesmittel.
WZ 2	- Das BMF ersetzt den Ländern monatlich jenen Teil des Pensionsaufwandes für die Landeslehrer, der nicht durch entsprechende von den Ländern vereinnahmte Pensions- und Überweisungsbeträge gedeckt ist. - Das BMF sichert durch die korrekte Erstellung des Monatsvoranschlags, dass dem BVA Pensionsservice rechtzeitig ausreichende Mittel für die Auszahlung der Pflegegelder an die Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger zur Verfügung stehen.	Der Ersatz für die Ruhe- und Versorgungsgenüsse an die Länder wird zu den vereinbarten Terminen angewiesen.100% der finanziellen Leistungen werden fristgerecht angewiesen.	100% der Leistungen wurden fristgerecht angewiesen.
		Der Ersatz für die Ruhe- und Versorgungsgenüsse an die Länder wird in voller Höhe angewiesen.100% der finanziellen Leistungen werden in voller Höhe angewiesen.	100% der Leistungen wurden in der gebührenden Höhe angewiesen.
		Das Pensionsservice der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter kann die Auszahlung der Pflegegelder zeitgerecht in die Wege leiten. 100% der Pflegegelder werden fristgerecht angewiesen.	100% der Pflegegelder wurden fristgerecht angewiesen.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Verbesserung der Datenqualität für die Berechnung der langfristigen Entwicklung der Pensionsausgaben der LandesbeamtInnen unter Mitwirkung der Länder (Bund 2011/5, SE 19)
ad 1	Im Rahmen der langfristigen Pensionsprojektionen auf EU-Ebene (Ageing-Report 2012 der Europäischen Kommission und EU-Wirtschaftspolitischen Ausschusses) wurden auch Projektionen zu den Beamtenpensionen des Gesamtstaa-

	tes übermittelt. Diese umfassen alle Beamtenpensionen, inkl. der Landesbeamt/innen und jene der ausgegliederten Einheiten. Seitens STAT.AT und des BMF werden derzeit im Rahmen der EU-Projektionen 2015 Anstrengungen unternommen, die Datengrundlage weiter zu verbessern.

2	Übertragung der Pensionszahlungen und der Pensionsbemessung für pragmatisierte LandeslehrerInnen an die BVA–Pensionsservice (Bund 2014/5, SE 17)
ad 2	Das BMF merkt diese Anregung für die nächsten Finanzausgleichsverhandlungen vor.

3	Zwischenzeitige Regelung einer Verordnungskompetenz für das BKA und das BMF zur Sicherstellung der Pensionsdatenübermittlung für LandeslehrerInnen an das BMF (Bund 2014/5, SE 30)
ad 3	Das BMF merkt diese Anregung für die nächsten Finanzausgleichsverhandlungen vor.

4	Regelung einer Abgeltung für die Belastung des Bundes, die sich aus den Pensionszahlungen für die überplanmäßigen LehrerInnen ergibt, im nächsten Finanzausgleich (Bund 2014/5, SE 15)
ad 4	Das BMF merkt diese Anregung für die nächsten Finanzausgleichsverhandlungen vor.

5	Einhebung von Dienstgeberbeiträgen für alle LandeslehrerInnen durch die Vorbereitung einer Novellierung des Gehaltsgesetzes 1956 bzw. bei Neuverhandlungen des Finanzausgleichs mit den Ländern (Bund 2014/5, SE 8)
ad 5	Die legistische Zuständigkeit für Änderungen des Gehaltsgesetzes liegt beim BKA. Das BMF merkt diese Anregung für die nächsten Finanzausgleichsverhandlungen vor.

Globalbudget 23.04 Landeslehrer
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 23.04 Landeslehrer**	DB 23.04.01 LL Pensionen	DB 23.04.02 LL Pflegegeld
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	306,367	306,367	
Erträge	**306,367**	**306,367**	
Transferaufwand	1.547,362	1.524,167	23,195
Betrieblicher Sachaufwand	0,041	0,001	0,040
Aufwendungen	**1.547,403**	**1.524,168**	**23,235**
Nettoergebnis	**-1.241,036**	**-1.217,801**	**-23,235**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 23.04 Landeslehrer**	DB 23.04.01 LL Pensionen	DB 23.04.02 LL Pflegegeld
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	306,759	306,759	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**306,759**	**306,759**	
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,001	0,001	
Auszahlungen aus Transfers	1.552,229	1.528,887	23,342
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.552,230**	**1.528,888**	**23,342**
Nettogeldfluss	**-1.245,471**	**-1.222,129**	**-23,342**

Untergliederung 24 Gesundheit

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

Unser Ziel ist es, der gesamten Bevölkerung ein Leben in Gesundheit zu ermöglichen. Dabei verstehen wir Gesundheit als Zustand körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein als Fehlen von Krankheit und Gebrechen. Dies streben wir unter Wahrung des Solidaritätsprinzips, unter Berücksichtigung des Alters und Geschlechts, ohne Unterscheidung nach Bildung, Status sowie unabhängig vom Wohnort und ethnischer Zugehörigkeit in Zusammenarbeit mit allen PartnerInnen des Gesundheitswesens an. Um dieses Ziel zu erreichen, sorgen wir für eine auf hohem Niveau qualitätsgesicherte, flächendeckende, leicht zugängliche und finanzierbare Gesundheitsförderung, -vorsorge und -versorgung für die gesamte Bevölkerung. Wirkungsvolle Gesundheitsförderung und -vorsorge beruht auch auf der Vermeidung von Gesundheitsrisiken und dem Schutz der VerbraucherInneninteressen sowie der Gewährleistung der Tiergesundheit und des Tierschutzes.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**48,113**	**44,782**	**84,927**
Auszahlungen fix	323,644	323,644	318,830	358,332
Auszahlungen variabel	629,669	629,669	607,000	577,550
Summe Auszahlungen	**953,313**	**953,313**	**925,830**	**935,881**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-905,200**	**-881,048**	**-850,954**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	48,702	44,706	
Aufwendungen	953,779	925,549	
Nettoergebnis	**-905,077**	**-880,843**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:

Im Rahmen der Gesundheitsstrukturpolitik Sicherstellung einer auf höchstem Niveau qualitätsgesicherten, flächendeckenden, leicht zugänglichen und solidarisch finanzierten integrierten Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung, ohne Unterscheidung nach Bildung, Status und Geschlecht.

Warum dieses Wirkungsziel?

Im Interesse der BürgerInnen bzw. PatientInnen sind die Qualität, die Wirksamkeit und die Wirtschaftlichkeit in der Gesundheitsversorgung für die Zukunft nachhaltig sicherzustellen. Aufgrund verschiedener Kompetenzen und Finanziers im Gesundheitssystem sind Parallelstrukturen, Über- und Unterversorgungen, Barrieren an den Schnittstellen, intransparente Finanzierungsströme und damit Effizienzverluste entstanden. Um dem entgegenzusteuern und eine bedarfsgerechte, flächendeckende Gesundheitsversorgung für alle BürgerInnen auch weiterhin gewährleisten zu können, bedarf es auf der Basis transparenter und vergleichbarer Informationen verstärkt wechselseitiger Abstimmungen, Anpassungen und koordinierter Zusammenarbeit innerhalb des Systems (integrierte Gesundheitsversorgung).

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Weitere Sicherstellung einer ausgeglichenen Gebarung der Krankenversicherungsträger insbesondere durch verbindliche Vereinbarungen von Finanzzielen;
- Herstellung einer höheren Transparenz in der Gesundheitssystemperformance durch rechtliche, organisatorische und technische Voraussetzungen (Umsetzung der Vereinbarungen gemäß Art. 15a B-VG);
- Weiterentwicklung und Umsetzung von Konzepten und Modellen für wirksamkeits- und wirtschaftlichkeitsorientierte Systemanpassungen, insbes. Planung aufeinander abgestimmter Leistungsangebote;
- Weiterentwicklung von Qualitätssicherungssystemen, Systemen für die Dokumentation valider Daten und von leistungsgerechten, sektorenübergreifenden Finanzierungsmodellen;
- Verbesserung des Wissens- und Informationsmanagements im Gesundheitssystem durch Einführung technischer Hilfsmittel (zB. Elektronische Gesundheits-Akte - ELGA).

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 24.1.1	Krankenhaushäufigkeit in landesgesundheitsfondsfinanzierten Krankenanstalten
Berechnungs-methode	Stationäre Aufenthalte (ohne Nulltages-Aufenthalte, ohne ausländische GastpatientenInnen) in landesgesundheitsfondsfinanzierten Krankenanstalten bezogen auf 1000 EinwohnerInnen (der Wohnbevökerung).
Datenquelle	BMG (DIAG): Diagnosen- und Leistungsdokumentation; Statistik Austria: Statistik des Bevölkerungstandes zum Jahresanfang

Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	240,1	237,1	231,8	229,2	226,7	224,2
	Der Indikator und die Zielwerte entsprechen der Vereinbarung im Bundes-Zielsteuerungsvertrag (Beschluss Mitte 2013). Die Änderung gegenüber dem im Vorjahr gemeldeten Indikator umfasst erstens die Einschränkung auf landesgesundheitsfondsfinanzierte Krankenanstalten (davor alle KA), zweitens die Bezugnahme auf 1000 EinwohnerInnen (davor 100 EW) und drittens die Anpassung der Zielwerte laut Bundes-Zielsteuerungsvertrag (mindestens -1,1% p.a.).					

Kennzahl 24.1.2	Anteil ausgewählter tagesklinisch erbrachter Leistungen in landesgesundheitsfondsfinanzierten Krankenanstalten					
Berechnungs-methode	Anteil aller stationären Leistungen der ausgewählten Leistungen aus dem Tagesklinik-Katalog in landesgesundheitsfondsfinanzierten Krankenanstalten ("Medizinische Einzelleistungen für die Abrechnung nach dem Tagesklinikmodell") gemäß gültigem LKF (Leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung)-Modell mit 0 Belagstagen an allen stationären Leistungen der ausgewählten Leistungen in Prozent.					
Datenquelle	BMG (DIAG): Diagnosen- und Leistungsdokumentation;					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	29,3	38,4	46,6	48,5	50,3	52,2
	Der Indikator und die Zielwerte entsprechen der Vereinbarung im Bundes-Zielsteuerungsvertrag (Beschluss Mitte 2013). Die Änderung gegenüber dem im Vorjahr gemeldeten Indikator umfasst erstens die Auswahl der berücksichtigten Leistungen (16 Leistungen, vormals 68) und zweitens unterschiedliche Zielwerte je Leistungensbündel (zwischen 15% und 70% im Jahr 2016).					

Wirkungsziel 2:
Im Rahmen des Gleichstellungsziels Gewährleistung des gleichen Zugangs von Frauen und Männern zur Gesundheitsversorgung mit speziellem Fokus auf genderspezifische Vorsorge- und Präventionsprogramme. Prioritär ist die Verbesserung der Gesundheit beider Geschlechter unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Unterschiede in der Gesundheitsversorgung und des Gesundheitsverhaltens.

Warum dieses Wirkungsziel?
Die Gesundheitsdaten und Zielsetzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des Frauengesundheitsberichtes zeigen, dass zur Verbesserung der Gesundheit von Frauen und Männern zweifach anzusetzen ist: Zum einen dort, wo ein Geschlecht aufgrund traditioneller Zuschreibungen gegenüber dem anderen Geschlecht in der Gesundheitsvorsorge bzw. Gesundheitsversorgung benachteiligt ist, wie zB. Frauen bei den Herz-Kreislauferkrankungen, die lange als „typische“ Männerkrankheit galten.
Zum zweiten dort, wo aufgrund biologischer Faktoren das Erkrankungsrisiko von Männern oder Frauen besonders hoch ist, oder ausschließlich ein Geschlecht betrifft, und es vor allem um die Verbesserung der Gesundheit des betroffenen Geschlechts geht, zB. Prostatakrebs oder Brustkrebs bei Frauen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Erhöhung der Transparenz im Hinblick auf die geschlechtsspezifische Verteilung der Krankheiten durch Auswertung der Daten betreffend Herzinfarkt und Krebs;
- Wesentlicher Schwerpunkt: Implementierung des Nationalen Brustkrebs-Früherkennungsprogramms (Früherkennung durch Mammographie);
- Gendergerechte Gesundheitsberichterstattung.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 24.2.1	Teilnahmerate von Frauen und Männern an der Gesundenuntersuchung					
Berechnungs-methode	Anteil der Personen an der anspruchsberechtigten Bevölkerung (aufgeschlüsselt nach Frauen und Männern), die eine Gesundenuntersuchung innerhalb eines Jahres in Anspruch nehmen.					
Datenquelle	Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015

	854.413 (458.134 Frauen; 396.279 Männer)	884.589 (476.040 Frauen; 408.549 Männer)	925.688 (501.194 Frauen; 424.494 Männer)	971.972 (515.079 Frauen; 456.893 Männer)	1,020.570 (529.658 Frauen; 490.912 Männer)	> 1,020.570 (> 529.658 Frauen; > 490.912 Männer)
	5 %ige Erhöhung der Teilnahmerate pro Jahr im Verhältnis 7:3 zugunsten der Männer (da diese an der Gesundenuntersuchung bisher weniger teilnehmen) durch ein Maßnahmenbündel hinsichtlich Aufklärung, Information und Gesundheitskompetenzsteigerung der Bevölkerung bis zum Jahr 2014; ab dem Jahr 2015 wird eine weitere Erhöhung der jährlichen Teilnahmerate angestrebt.					

Kennzahl 24.2.2	Teilnahmerate der Frauen zwischen 45 und 70 Jahren am bundesweiten Brustkrebs-Screening					
Berechnungsmethode	Anteil der 45- bis 70 jährigen Frauen, die innerhalb eines Jahres an einem Programm zur Brustkrebs-Früherkennung teilgenommen haben.					
Datenquelle	Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	40 %*	Nicht verfügbar	Nicht verfügbar	Nicht verfügbar	45 %	48%
	Das bundesweite Brustkrebsfrüherkennungsprogramm startet zu Beginn des Jahres 2014. Erst ab diesem Zeitpunkt wird nach Kriterien eines bevölkerungsbezogenen, organisierten, qualitätsgesicherten Screeningprogrammes untersucht. *Der für das Jahr 2010 angegebene Prozentsatz von 40 % beruht auf Daten des „opportunistischen Screenings“ (auf Empfehlung der Ärztin/des Arztes und aus Eigeninitiative der Frauen).					

Wirkungsziel 3:
Sicherstellung der Förderung, Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit der gesamten Bevölkerung unter besonderer Berücksichtigung von Infektionskrankheiten, chronischen und psychischen Erkrankungen sowie unter Bedachtnahme spezieller Zielgruppen (zB. Kinder).

Warum dieses Wirkungsziel?
Die Gesundheit der Bevölkerung stellt ein verfassungsrechtlich verankertes, hohes Gut dar und ist die Basis für einen funktionierenden Sozialstaat und für persönliche Zufriedenheit.
Speziell Infektionskrankheiten, Antibiotikaresistenzen, chronische und psychische Erkrankungen sind mit einem erheblichen Verlust an Lebensqualität, an in Gesundheit verbrachten Lebensjahren sowie an Lebenszeit und beeinträchtigter Erwerbsfähigkeit verbunden.
Bei Kindern kann durch ein flächendeckendes Basisimpfprogramm die Morbidität und Mortalität durch Infektionskrankheiten effizient gesenkt werden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Umsetzung der Rahmen-Gesundheitsziele; Stärkung der akkordierten Vorgehensweise in der Gesundheitsförderung sowohl innerhalb des Gesundheitssektors als auch mit anderen relevanten Politik- und Gesellschaftsbereichen im Sinne von Health in all Policies; Gewährleistung der Versorgung der Bevölkerung mit sicheren, wirksamen, effizient eingesetzten und leistbaren Arzneimitteln und Gesundheitstechnologien durch Mitgestaltung von rechtlichen Grundlagen auf EU- und nationaler Ebene für Arzneimittel (einschließlich Blut- und Gewebeprodukte), Medizinprodukte und Strahlenschutz in der Medizin; Sicherstellung und Ausbau des öffentlichen Kinderimpfkonzepts, kostenloser Zugang für alle Kinder und Jugendliche zu Basisimpfungen; Verbesserung des Ernährungsverhaltens der Bevölkerung durch Umsetzung des nationalen Aktionsplanes Ernährung (NAP.e); Vorantreiben der Umsetzung der Empfehlungen und Maßnahmen der Kinder- und Jugendgesundheitsstrategie; Umsetzung des NAP zur Antibiotikaresistenz entsprechend Bundeszielsteuerungsvertrag 2013.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 24.3.1	Erhöhung des Verbrauchs von Obst und Gemüse					
Berechnungsmethode	Jährlicher Pro-Kopf Verbrauch von Obst und Gemüse					
Datenquelle	Versorgungsbilanzen für den pflanzlichen Sektor, Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	Obst: 77,1 kg* Gemüse: 110 kg	O: 74,8 kg* G: 109 kg	O: 76,5 kg G: 111,2 kg	O: 77,9 kg G: 111,1 kg	O: 78 kg G: 111 kg	O: 78,6 kg G: 112,2 kg

	* Nachträgliche Revidierung des Pro-Kopf Verbrauchs von Obst durch die Statistik Austria Zielzustand 2013: Steigerung des Obstverbrauches um 1 % bzw. 0,8 kg bzw. des Gemüseverbrauches um 1 % bzw. 1,1 kg gegenüber 2010. Zielzustand 2014: Stabilisierung des entsprechenden Verbrauches auf dem Niveau 2013. Zielzustand 2020: Steigerung des Obstverbrauches um 2 % bzw. 1,5 kg bzw. des Gemüseverbrauches um 2 % bzw. 2,2 kg gegenüber 2010.

Kennzahl 24.3.2	Senkung des Zuckerverbrauchs					
Berechnungs-methode	Jährlicher Pro-Kopf Verbrauch von Zucker.					
Datenquelle	Versorgungsbilanzen für den pflanzlichen Sektor, Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	37 kg	37,1 kg	37,3 kg	36,6 kg	36,6 kg	36,26 kg
	2013: Senkung des Zuckerverbrauches um 1 % bzw. 0,37 kg gegenüber 2010. 2014: Stabilisierung des entsprechenden Verbrauches auf dem Niveau 2013. 2020 Senkung des Zuckerverbrauches um 2 % bzw. 0,74 kg.					

Kennzahl 24.3.3	Erhöhung der Impfbeteiligung für Masern, Mumps und Röteln (MMR)					
Berechnungs-methode	Anzahl der im jeweiligen Bundesland dokumentierten Impfungen bei Kindern getrennt nach erster und zweiter Teilimpfung im Verhältnis zu den Geburtsjahrgängen.					
Datenquelle	Impfberichte der Bundesländer					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	85 % * 95 % **	85 % * 95 % **	85 % * 95 % **	95 %***	95 %***	95 %***
	* Prozentsatz Gesamtösterreich bei zwei Teilimpfungen ** Prozentsatz Gesamtösterreich bei einer Teilimpfung *** Prozentsatz pro Bundesland bei zwei Teilimpfungen Ein ausreichender Schutz ist mit zwei Teilimpfungen gegeben.					

Kennzahl 24.3.4	MRSA-Rate					
Berechnungs-methode	Die MRSA-Rate (MRSA=Methicillin-resistenter Staphylococcus aureus) wird folgendermaßen berechnet: Anzahl der resistenten S.aureus Stämme/Anzahl aller S. aureus Stämme (Basismaterial: Blutproben). Je niedriger die MRSA-Rate ist, desto größer ist die Auswahl der zur Behandlung einsetzbaren Antibiotika.					
Datenquelle	AURES 2010-2012 (Österreichischer Resistenzenbericht)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	7,5 %	7,2 %	8,5 %	8,5 %	7,5 %	7 %
	2013: Die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zur Antibiotikaresistenz kann erst mit 2014 erfolgen und daher kann noch keine Reduktion der Resistenzrate für 2013 erwartet werden. Die Kennzahl „MRSA-Rate“ ist neu. Auf Grund der im DB 24.03.01 neu enthaltenen Maßnahme „OKIDS“ (Österreichisches Studiennetzwerk für Arzneimittel und Therapien für Kinder) entfällt die bisherige Kennzahl „Spezielle Qualitätskontrolle der Zulassung von Arzneispezialitäten für Kinder“.					

Wirkungsziel 4:
Vorsorgender Schutz der VerbraucherInnengesundheit insbesondere durch sichere Lebensmittel, Gebrauchsgegenstände und kosmetische Mittel sowie durch ausreichende klare Informationen zur Lebensmittelqualität und Ernährung.

Warum dieses Wirkungsziel?
Hohe Qualitätsstandards bezüglich Lebensmittel stellen einen entscheidenden Beitrag zur Gesundheitsvorsorge und zum VerbraucherInnenschutz dar, wodurch auch das Vertrauen in die Kontrollsysteme gestärkt wird. Dies sichert in weiterer Folge die Marktanteile heimischer Produkte national und international und ist damit auch ein wichtiger Beitrag für die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Lebensmittelwirtschaft.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Mitgestaltung rechtlicher Regelungen auf europäischer Ebene (zB. Novelle der europäischen Hygienevorschriften im Lebensmittelbereich sowie des allgemeinen europäischen Lebensmittelrechts), Verankerung im nationalen Recht (insb. Umsetzung der Verbraucherinformationsverordnung sowie die Implementierung der europäischen Spielzeugrichtlinie im Vollzug);

- - Information der KonsumentInnen, UnternehmerInnen, Fachkreise, nationalen/internationalen Gremien und Öffentlichkeit dienen dem Ziel, die Transparenz zu verbessern und Eigenverantwortung zu stärken;
- - Effizientes, mit ausreichenden Ressourcen ausgestattetes Kontrollsystem, welches aufbauend auf einer geeigneten Kontrollstrategie die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben durch die UnternehmerInnen durchsetzt. Siehe „Lebensmittelsicherheitsbericht“;
- - Abklärung der lebensmittelbedingten Ausbrüche.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 24.4.1	Reaktionsfähigkeit des Überwachungssystems zur Abklärung von lebensmittelbedingten Krankheitsausbrüchen					
Berechnungsmethode	Verhältnis Anzahl Erkrankter zu Anzahl lebensmittelbedingter Ausbrüche (lebensmittelbedingter Ausbruch bedeutet, dass mindestens zwei Erkrankungsfälle auf eine Ursache zurückgeführt werden können).					
Datenquelle	„Zoonosenbericht“: http://www.ages.at/ages/gesundheit/mensch/zoonosenberichte/.					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	4,3	3,4	4,6	3,6-5,0	3,6-5,0	3,6-5,0
	Auf Grund der verbesserten epidemiologischen Abklärung ist es möglich, Zusammenhänge besser zu erkennen. Dies führt zu einer Reduktion der Ausbrüche, kann jedoch einen Anstieg der Erkrankten pro Ausbruch bedingen. Ausbrüche und zugeordnete Erkrankte pro Kalenderjahr (Jahr/Ausbruch/ Erkrankte) 2012/122/561; 2011/232/789; 2010/193/838; 2009/351/1.330; 2008/368/1.376; 2007/438/1.715; 2006/607/2.530.					

Wirkungsziel 5:
Sicherstellung der Tiergesundheit und des Tierschutzes, um den VerbraucherInnenerwartungen gerecht zu werden und den Tier- und Warenverkehr zu gewährleisten.

Warum dieses Wirkungsziel?
Die Sicherstellung eines guten Tiergesundheitsstatus und die Einhaltung der Tierschutzvorschriften entsprechen den ethischen Grundsätzen einer aufgeklärten Zivilgesellschaft. Dadurch werden in weiterer Folge die Marktanteile heimischer Produkte national und international gesichert und ein wichtiger Beitrag für die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Lebensmittelwirtschaft geleistet.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Mitgestaltung der rechtlichen Grundlagen für eine neue Tiergesundheitspolitik und Tierschutzstrategie auf europäischer Ebene sowie Implementierung im nationalen Recht;
- Aufrechterhaltung eines effizienten, mit ausreichenden Ressourcen ausgestatteten Kontroll- und Überwachungssystems, welches anhand von risikobasierten Tiergesundheitsüberwachungsprogrammen die Freiheit von Tierkrankheiten nachweist und allfällige Neueinträge umgehend aufzeigt;
- Förderung des Wissenstransfers im Bereich Tierschutz und Tiergesundheit in allen Gruppen der Gesellschaft.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 24.5.1	Tiergesundheitsstatus Österreichs					
Berechnungsmethode	Beibehaltung der amtlich anerkannten Freiheit und von amtlichen Zusatzgarantien für mindestens sechs der unten angeführten sieben Tierkrankheiten. Diese sind: Infektiöse Bovine Rhinotracheitis (IBR), Bang, Leukose, Tuberkulose, Aujeszky, Brucella melitensis und Scrapie.					
Datenquelle	Veterinärjahresbericht					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	7 von 7	7 von 7	7 von 7	6 von 7	5 von 6	5 von 6
	Auf Grund einer Änderung der europäischen Rechtsnorm werden für Scrapie ab 2014 keine Zusatzgarantien vergeben, daher erfolgt die Anpassung des Zielzustandes ab dem Jahr 2014.					

Kennzahl 24.5.2	Anteil von Schulen, die am Aktionsprogramm „Tierschutz macht Schule“ teilnehmen.					
Berechnungsmethode	Berechnungsmethode: Anteil bezogen auf 100 Schulen.					
Datenquelle	Jahresbericht „Tierschutz macht Schule“; Grundgesamtheit: 6178 Schulen.					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Nicht verfügbar	12	19	20	21	22

Kennzahl 24.5.3	Besuche (visits) der Webseite des Vereins „Tierschutz macht Schule“					
Berechnungs-methode	Anzahl der Besuche (visits).					
Datenquelle	Statistik des Vereins-Servers „hosteurope“.					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	30.684	48.378	70.362	91.000	95.000	100.000
	Auf Grund der vermehrten Zugriffe auf die neue Vereinswebseite als Tierschutzwissensportal werden die Zugriffe auf die Webseite als neuer Indikator aufgenommen.					

Untergliederung 24 Gesundheit

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	48,701	44,705	
Finanzerträge	0,001	0,001	
Erträge	**48,702**	**44,706**	
Personalaufwand	26,446	27,359	
Transferaufwand	880,619	841,290	
Betrieblicher Sachaufwand	46,713	56,899	
Finanzaufwand	0,001	0,001	
Aufwendungen	**953,779**	**925,549**	
hievon variabel	*629,669*	*607,000*	
Nettoergebnis	**-905,077**	**-880,843**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	48,033	44,702	84,874
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005	0,005	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,075	0,075	0,053
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**48,113**	**44,782**	**84,927**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	72,302	84,140	82,490
Auszahlungen aus Transfers	880,618	841,290	853,113
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,315	0,322	0,250
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,078	0,078	0,028
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**953,313**	**925,830**	**935,881**
hievon variabel	*629,669*	*607,000*	*577,550*
Nettogeldfluss	**-905,200**	**-881,048**	**-850,954**

Untergliederung 24 Gesundheit
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 24 Gesundheit**	GB 24.01 Steuerg. u. Services	GB 24.02 Gesund-heitsfi-nanzg.	GB 24.03 Gesund-heitsvorsor-ge
Erträge aus der operativen Verwaltungstätig-keit und Transfers	48,701	9,085	0,001	39,615
Finanzerträge	0,001	0,001		
Erträge	**48,702**	**9,086**	**0,001**	**39,615**
Personalaufwand	26,446	26,446		
Transferaufwand	880,619	58,771	774,922	46,926
Betrieblicher Sachaufwand	46,713	29,191		17,522
Finanzaufwand	0,001	0,001		
Aufwendungen	**953,779**	**114,409**	**774,922**	**64,448**
hievon variabel	*629,669*		*629,669*	
Nettoergebnis	**-905,077**	**-105,323**	**-774,921**	**-24,833**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 24 Gesundheit**	GB 24.01 Steuerg. u. Services	GB 24.02 Gesund-heitsfi-nanzg.	GB 24.03 Gesund-heitsvorsor-ge
Einzahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit und Transfers	48,033	8,419	0,001	39,613
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005	0,002		0,003
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Dar-lehen sowie gewährten Vorschüssen	0,075	0,075		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**48,113**	**8,496**	**0,001**	**39,616**
Auszahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit	72,302	54,791		17,511
Auszahlungen aus Transfers	880,618	58,770	774,922	46,926
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,315	0,302		0,013
Auszahlungen aus der Gewährung von Darle-hen sowie gewährten Vorschüssen	0,078	0,078		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**953,313**	**113,941**	**774,922**	**64,450**
hievon variabel	*629,669*		*629,669*	
Nettogeldfluss	**-905,200**	**-105,445**	**-774,921**	**-24,834**

Globalbudget 24.01 Steuerung und Services

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	9,085	8,420	
Finanzerträge	0,001	0,001	
Erträge	**9,086**	**8,421**	
Personalaufwand	26,446	27,359	
Transferaufwand	58,771	58,964	
Betrieblicher Sachaufwand	29,191	32,763	
Finanzaufwand	0,001	0,001	
Aufwendungen	**114,409**	**119,087**	
Nettoergebnis	**-105,323**	**-110,666**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	8,419	8,419	8,272
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,075	0,075	0,053
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**8,496**	**8,496**	**8,325**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	54,791	60,014	57,309
Auszahlungen aus Transfers	58,770	58,964	53,112
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,302	0,302	0,245
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,078	0,078	0,028
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**113,941**	**119,358**	**110,695**
Nettogeldfluss	**-105,445**	**-110,862**	**-102,369**

Globalbudget 24.01 Steuerung und Services

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 2,3	Genderdifferenzierte Datenerhebung und Aufbereitung, damit eine verstärkte Ausrichtung auf die unterschiedlichen Belange von Männern und Frauen im SeniorInnenalter im Rahmen von Forschung, Diagnostik und Therapie erfolgen kann.	Aufbauend auf diesen Bericht werden Vorarbeiten zur Demenzstrategie geleistet.	Bericht "Gesundheit und Krankheit der älteren Generation in Österreich" liegt vor.
		Vorliegen des Demenzberichtes.	Beauftragung zur Erstellung eines Demenzberichtes.
WZ 3,4,5	Umsetzung und Weiterentwicklung einer kennzahlenbasierten Steuerung der Leistungen AGES, um zur effizienten und effektiven Minimierung von bekannten und zu erwartenden Risiken beizutragen.	Im III. Quartal 2014 ist die strategische Ausrichtung und das Arbeitsprogramm für 2015 abgestimmt.	Auf Basis eines strategischen Soll/Ist-Vergleiches der Jahresergebnisse 2013 erfolgt die Abstimmung der Strategie und des Arbeitsprogrammes 2015.
WZ 3	Medizinmarktaufsicht: Durch ein auf Leistungsindikatoren basierendes, wirkungsorientiertes Steuerungskonzept werden wirksame Leistungen/Prozesse entlang des Lebenszyklus von Arzneimitteln, Medizin-, Blut- und Gewebeprodukten sichergestellt, um die Sicherheit, Qualität und Wirksamkeit dieser medizinischen Produkte in Österreich zu gewährleisten.	Mehr als 99% der Einzelfallmeldungen/Pharmakovigilanz (kontinuierliche Sammlung und Evaluierung von Meldungen von Arzneimittelzwischenfällen und Korrekturmaßnahmen einschl. Rückrufe) werden innerhalb v.15 Tagen an die EMA übermittelt.	Mehr als 99% der Einzelfallmeldungen/Pharmakovigilanz wurden 2012 innerhalb von 15 Tagen an die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) übermittelt.
		Alle ordnungsgemäßen Meldungen klinischer Prüfungen von Hochrisikomedizinprodukten werden innerhalb von 60 Tagen begutachtet.	Alle ordnungsgemäßen Meldungen klinischer Prüfungen von Hochrisikomedizinprodukten wurden 2011 innerhalb von 60 Tagen begutachtet.
WZ 1	eHealth-Maßnahme Entwicklung eines elektronischen Systems für das Wissens- und Informationsmanagement im Gesundheitswesen, um PatientInnen und Gesundheitsdienstleistern orts- und zeitunabhängig Zugang zu Gesundheitsdaten zu ermöglichen (ELGA).	Das Berechtigungssystem ist umgesetzt und getestet. Das ELGA-Portal ist vollständig umgesetzt. In mindestens zwei ELGA-Bereichen läuft der Pilotbetrieb gemäß der erlassenen Verordnung.	Die gesetzliche Grundlage (ELGA-Gesetz) ist geschaffen. Die Implementierung des Berechtigungssystems wurde beauftragt und das ELGA-Portal in einer ersten Ausbaustufe ausgerollt.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Die Maßnahme „Operative Kennzahlen für Gesundheitsökonomie, Planung, Qualitätserfassung“ wurde planmäßig umgesetzt und durch die Maßnahme „Vereinbarungen gem. Art. 15a B-VG“ im Globalbudget 24.02 abgelöst bzw. geht in dieser auf, weil ein partnerschaftliches (Bund, Länder, Sozialversicherung) Zielsteuerungssystem in der Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG Zielsteuerung-Gesundheit verankert worden ist.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Ausreichende Definition von Einsparungszielen und klare Festlegung der Methode zur Quantifizierung der erzielten Effekte bei der Erarbeitung von Maßnahmen zur Kostendämpfung im Rahmen der Gesundheitsreform (Bund 2010/5, SE 5) Nach Stellungnahme des BMG ergänzt: Der RH hatte die wenig ambitionierten Ziele des Gesundheitsreformgesetzes 2013 kritisiert und den "wesentlichen Beitrag zur Erfüllung des Österreichischen Stabilitätspaktes" nicht nachvollziehen können.

ad 1	In der Vereinbarung gemäß Art. 15a-B-VG Zielsteuerung-Gesundheit, im Gesundheitsreformgesetz 2013 und in den Zielsteuerungsverträgen auf Bundes- und Landesebene sind u.a. die Ausgabendämpfung und die Methoden zur Quantifizierung der erzielten Effekte in umfassender Weise vereinbart und definiert worden. Der RH wird ersucht, im Rahmen seiner Empfehlungen die aktuellen legistischen Entwicklungen zu berücksichtigen.

2	Methodische und inhaltliche Vereinheitlichung der Regionalen Strukturpläne Gesundheit im Rahmen des Österreichischen Strukturplans Gesundheit; Vereinbarung einheitlicher Planungshorizonte zur Erleichterung des bundesländerübergreifenden Vergleichs (Bund 2010/5, SE 10; Bund 2012/12 SE 1)
ad 2	In der Vereinbarung gemäß Art. 15a-B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens und im Gesundheitsreformgesetz 2013 ist sowohl das Monitoring des Österreichischen Strukturplans Gesundheit (ÖSG) als auch das Monitoring der Regionalen Strukturpläne Gesundheit festgelegt. Das BMG wird sich im Rahmen der Verhandlungen mit Ländern und Sozialversicherungen dafür einsetzen, einheitliche Planungshorizonte so weit wie möglich zu realisieren.

3	Einheitliche Regelung der Mittelverteilung zwischen Kern– und Steuerungsbereich und der Gewichtungsfaktoren im Steuerungsbereich (Bund 2010/5, SE 2)
ad 3	In den Verhandlungen mit den Ländern hat sich der Bund im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür eingesetzt, einheitliche Regelungen der Mittelverteilung (Kern- und Steuerungsbereich) soweit wie möglich zu vereinbaren. Die entsprechenden Regelungen finden sich in der Vereinbarung gemäß Art. 15a-B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens und im Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetz des Bundes.

4	Entwicklung eines systematischen, kennzahlenbasierten Vergleichs der Krankenanstalten (Bund 2010/5, SE 13)
ad 4	Bund, Ländern und Sozialversicherung steht diesbezüglich das im BMG eingerichtete Dokumentations- und Informationssystem für Analysen im Gesundheitswesen (DIAG) zur Verfügung. Im Rahmen der Zielsteuerung Gesundheit ist ein verbindliches Monitoring vorgesehen, in dessen Rahmen ebenfalls gesundheitssystemrelevante Kennzahlen beobachtet und analysiert werden.

5	Änderung der Vorgaben für die Kostenrechnung in Fondskrankenanstalten zur Ermöglichung vergleichender Kostenanalysen (Bund 2010/13, SE 2)
ad 5	Diesbezüglich wird auf die Novelle der Kostenrechnungs-Verordnung, zuletzt BGBl. II Nr. 18/2007, verwiesen. Darüber hinausgehende Vereinheitlichungen der bundesweiten Kostenrechnung für Fondskrankenanstalten finden keine Zustimmung der Länder, da die Kostenrechnungssysteme auch den innerbetrieblichen Erfordernissen der Krankenanstalten zu entsprechen haben und daher eine gewisse Flexibilität in der Umsetzung zugestanden werden muss; andernfalls müssten aufwändige parallele Kostenrechnungssysteme realisiert werden.

Globalbudget 24.01 Steuerung und Services
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 24.01 Steuerg. u. Services**	DB 24.01.01 Zentralstelle	DB 24.01.02 Beteiligungen
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	9,085	1,835	7,250
Finanzerträge	0,001		0,001
Erträge	**9,086**	**1,835**	**7,251**
Personalaufwand	26,446	26,446	
Transferaufwand	58,771	4,670	54,101
Betrieblicher Sachaufwand	29,191	16,962	12,229
Finanzaufwand	0,001		0,001
Aufwendungen	**114,409**	**48,078**	**66,331**
Nettoergebnis	**-105,323**	**-46,243**	**-59,080**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 24.01 Steuerg. u. Services**	DB 24.01.01 Zentralstelle	DB 24.01.02 Beteiligungen
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	8,419	1,169	7,250
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,075	0,075	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**8,496**	**1,246**	**7,250**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	54,791	42,562	12,229
Auszahlungen aus Transfers	58,770	4,669	54,101
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,302	0,300	0,002
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,078	0,078	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**113,941**	**47,609**	**66,332**
Nettogeldfluss	**-105,445**	**-46,363**	**-59,082**

Globalbudget 24.02 Gesundheitssystemfinanzierung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001	0,001	
Erträge	**0,001**	**0,001**	
Transferaufwand	774,922	738,553	
Aufwendungen	**774,922**	**738,553**	
hievon variabel	*629,669*	*607,000*	
Nettoergebnis	**-774,921**	**-738,552**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001	0,001	40,000
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,001**	**0,001**	**40,000**
Auszahlungen aus Transfers	774,922	738,553	755,309
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**774,922**	**738,553**	**755,309**
hievon variabel	*629,669*	*607,000*	*577,550*
Nettogeldfluss	**-774,921**	**-738,552**	**-715,309**

Globalbudget 24.02 Gesundheitssystemfinanzierung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	Solidarische Finanzierung des Gesundheitswesens; Sicherstellung der finanziellen Nachhaltigkeit des Gesundheitswesens durch Konsolidierung der finanziellen Leistungsfähigkeit, u.a. durch verbindliche Vereinbarungen von Finanzzielen (Kostendämpfungsmaßnahmen) und deren Umsetzung sowie unter Berücksichtigung der gesetzlich beschlossenen Bundesmittel.	Zum Jahresende 2014 liegt keine Verschuldung der Gebietskrankenkassen vor.	Zum Jahresende 2012 lag keine Verschuldung der Gebietskrankenkassen vor.
		Die Krankenversicherungsträger weisen im Geschäftsjahr 2014 keinen Gebarungsabgang auf.	Die Krankenversicherungsträger wiesen im Geschäftsjahr 2012 keinen Gebarungsabgang auf.
WZ 2,3	Genderdifferenzierte Auswertung von Ergebnisqualitätsdaten als Grundlage dafür, dass für Frauen und Männer eine vergleichbare Ergebnisqualität erreicht wird und Entwicklung eines Ergebnisqualitätsmonitorings auf der Grundlage von Routinedaten, die in den Krankenanstalten erhoben werden: Austrian Inpatient Quality Indicators (A-IQI).	Die technische Implementierung ist abgeschlossen. Die ersten genderdifferenzierten Daten liegen vor und werden den wissenschaftlichen Gesellschaften für die Entwicklung von Qualitätsstandards zur Verfügung gestellt.	Analyse der statistischen Auffälligkeiten und der Ergebnisse von Einschauen durch ÄrztInnen der gleichen Fachrichtung und der gleichen Ebene (Peer-Reviews).
WZ 1	Bund-Länder-Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens und Bund-Länder-Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG Zielsteuerung-Gesundheit ab dem Jahr 2013.	Die im Bundes-Jahresarbeitsprogramm 2014 festgelegten Maßnahmen zur Umsetzung des Bundes-Zielsteuerungsvertrags sind umgesetzt.	Das Bundes-Jahresarbeitsprogramm 2014 zur Umsetzung des im Jahr 2013 für die Jahre 2013 bis 2016 vereinbarten Bundes-Zielsteuerungsvertrags ist festgelegt.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Einführung eines einheitlichen Modells zur ambulanten Leistungsabgeltung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine sektionsübergreifende Steuerung des Gesundheitswesens (Bund 2010/13, SE 6)
ad 1	Mit Inkrafttreten der Novelle zum Dokumentationsgesetz und der Verordnung des Bundesministers für Gesundheit zur Dokumentation im ambulanten Bereich mit 1. Jänner 2014 wurden eine gemeinsame bundeseinheitliche Dokumentation und ein Berichtswesen für den ambulanten Bereich realisiert. Themen der Weiterentwicklung der Finanzierungssysteme im Gesundheitswesen sind Gegenstand der Arbeiten der partnerschaftlichen Zielsteuerung Gesundheit.

2	Festlegung eines zeitlich angemessenen Planungshorizonts im Großgeräteplan (Bund 2010/13, SE 9)
ad 2	Der Bundes-Zielsteuerungsvertrag sieht eine Weiterentwicklung und Neustrukturierung des ÖSG mit Ende 2015 vor. Dabei werden auch die Weiterentwicklung des Großgeräteplans (GGP) und die Festlegung eines konkreten Zeithorizonts für dessen Umsetzung mit den Ländern und der Sozialversicherung beraten werden.

3	Vereinbarung ähnlich wirksamer Degressionsmodelle wie bei den Gebietskrankenkassen für technische Fächer (Bund

	2013/8, SE 6)
ad 3	Die Bemerkungen des RH stehen in keinem zwingenden ursächlichen Zusammenhang mit der UG 24. Die Unfallversicherung (UV) bekommt keinen Bundeszuschuss. Wie die KV-Träger ihre Finanzziele erreichen, liegt in deren Aufgabenbereich als Selbstverwaltung.

4	Anstrebung weiterer Tarifsenkungen im Laborbereich (Bund 2013/8, SE 1)
ad 4	Siehe unter ad 3

5	Neuordnung des Beitragssystems und Durchführung von Szenariorechnungen für ein risikoorientiertes Unfallversicherungssystem bzw. Schaffung von Anreizen für unfallvermeidende Maßnahmen unter Berücksichtigung der Entlastung der Lohnnebenkosten und der Kostenreduktion für die AUVA (Bund 2013/8, SE 49)
ad 5	Siehe unter ad 3

Globalbudget 24.02 Gesundheitssystemfinanzierung
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 24.02 Gesund-heitsfi-nanzg.**	DB 24.02.01 KAKuG (var)	DB 24.02.02 Mehrauf-wand FLAF	DB 24.02.03 Leistungen an SV
Erträge aus der operativen Verwaltungstätig-keit und Transfers	0,001			0,001
Erträge	**0,001**			**0,001**
Transferaufwand	774,922	629,669	66,700	78,553
Aufwendungen	**774,922**	**629,669**	**66,700**	**78,553**
hievon variabel	*629,669*	*629,669*		
Nettoergebnis	**-774,921**	**-629,669**	**-66,700**	**-78,552**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 24.02 Gesund-heitsfi-nanzg.**	DB 24.02.01 KAKuG (var)	DB 24.02.02 Mehrauf-wand FLAF	DB 24.02.03 Leistungen an SV
Einzahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit und Transfers	0,001			0,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,001**			**0,001**
Auszahlungen aus Transfers	774,922	629,669	66,700	78,553
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**774,922**	**629,669**	**66,700**	**78,553**
hievon variabel	*629,669*	*629,669*		
Nettogeldfluss	**-774,921**	**-629,669**	**-66,700**	**-78,552**

Globalbudget 24.03 Gesundheitsvorsorge u. Verbrauchergesundheit

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	39,615	36,284	
Erträge	**39,615**	**36,284**	
Transferaufwand	46,926	43,773	
Betrieblicher Sachaufwand	17,522	24,136	
Aufwendungen	**64,448**	**67,909**	
Nettoergebnis	**-24,833**	**-31,625**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	39,613	36,282	36,602
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,003	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**39,616**	**36,285**	**36,602**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	17,511	24,126	25,181
Auszahlungen aus Transfers	46,926	43,773	44,692
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,013	0,020	0,005
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**64,450**	**67,919**	**69,878**
Nettogeldfluss	**-24,834**	**-31,634**	**-33,276**

Globalbudget 24.03 Gesundheitsvorsorge u. Verbrauchergesundheit

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 3	Nationaler Aktionsplan Ernäh-rung (NAP.e): Bundesweite Bün-delung ernährungspolitischer Maßnahmen und Strategien mit dem Ziel, das Ernährungsverhal-ten der Bevölkerung zu verbes-sern. Der NAP.e ist ein rollieren-der Handlungskatalog, der jähr-lich aktualisiert wird. 2013 erfolg-te dies zum zweiten Mal. Die Maßnahmen sind darauf ausgerichtet, die Inzidenz von Übergewicht, Adipositas und ernährungsassoziierten chroni-schen Erkrankungen bis 2020 zu reduzieren.	Entwicklung von akkordierten Ernährungsempfehlungen für Kinder, Jugendliche (10 - 14 Jahre) Stillende und Handlungs-empfehlungen für MultiplikatorInnen in Settings für SeniorInnen unter Berücksichtigung sozioökonomischer Faktoren.	Die wissenschaftliche Aufbereitung für praktikable und settings-orientierte Ernährungsempfehlungen für ältere Menschen in verschiedenen Lebenssituationen wurde abgeschlossen. Ernährungsempfehlungen für Schwangere sind publiziert.
		Ausarbeitung einer akkordierten Leitlinie für die Gemeinschafts-verpflegung in Kindergärten in Anlehnung an vorhandene Kriterien (zB. "Leitlinie Schulbuffet“).	Die Leitlinie Schulbuffet ist breit bekannt und wird gut angenommen. Die Umsetzung der Leitlinie ist österreichweit im Laufen (20 % der Buffets erfüllen die Leitlinie).
		Weiterführung der Initiative "Unser Schulbuffet" (Ziel: Verbesserung des Warenangebots in Schulbuffets basierend auf den Vorgaben der "Leitlinie Schulbuffet").	„Unser Schulbuffet" läuft seit Sept 2011; bundesweit sind Ende 2013 270 Standorte dabei, davon 217 ausgezeichnet (d.h. Angebot entspricht der Leitlinie); Reichweite: 200.000 SchülerInnen.
		Überführung des Projekts "Richtig essen von Anfang an" in ein ständiges Kooperationsprogramm (BMG, AGES, HV); Beikostbroschüre wurde aktualisiert; Ernährungsempfehlungen für 1-3 Jährige sind vor allem den MultiplikatorInnen bekannt.	2013 erfolgte der flächendeckende Roll-Out der Ernährungsberatung in der Schwangerschaft und die Qualitätssicherung der österreichischen Beikostempfehlungen. Ernährungsempfehlungen für 1-3 Jährige wurden erstellt.
WZ 3	Umsetzung der Empfehlungen und Maßnahmen der Kinder- und Jugendgesundheitsstrategie (KiJuGeS).	Das Komitee zur Begleitung der Umsetzung der KiJuGeS ist als kompetenter Partner in Fragen der Kinder- und Jugendgesundheit breit anerkannt. Der Umsetzungsstand der KiJuGeS 2014 wird erhoben und liegt vor.	Das Komitee zur Begleitung der Umsetzung der KiJuGeS ist etabliert und operativ. Die Aktualisierung der KiJuGeS 2013 liegt vor.
WZ 3	Fachliche Koordination und Begleitung des österr. Rahmen-Gesundheitsziele- (R-GZ) Prozesses.	Intersektorale Arbeitsgruppen sind gemäß Priorisierung und festgelegtem Zeitplan zur Erarbeitung eines konkreten Strategie- und Maßnahmenkonzeptes eingerichtet.	Arbeitsgruppen zu den R-GZ 3 (Die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung stärken) und 6 (Gesundes Aufwachsen für alle Kinder und Jugendlichen) wurden 2013 eingerichtet und Ergebnisse liegen vor.
		Intersektorale Arbeitsgruppen sind gemäß Priorisierung und festgelegtem Zeitplan zur Erarbeitung eines konkreten Strategie- und Maßnahmenkonzeptes eingerichtet.	Arbeitsgruppen zu den R-GZ 1 (Gesundheitsförderliche Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle Bevölkerungsgruppen) und 2 (Gesundheitliche Chancengerechtigkeit für alle Altersgruppen) wurden 2013 eingerichtet und Ergebnisse sind in Erarbeitung.

		Wirkungsziele sowie Maßnahmen zu deren Umsetzung ebenso wie Indikatoren auf Wirkungsziel- und Maßnahmenebene werden in intersektoralen Arbeitsgruppen erarbeitet.	Ergebnisse zu R-GZ 3 und 6 liegen vor. Ergebnisse zu 1 und 2 sind in Erarbeitung.
		Ein konkretes Monitoring-Konzept für die Umsetzung der R-GZ wird bis Ende 2014 erstellt.	Ein Baseline-Bericht liegt vor.
WZ 2,3	Berücksichtigung der genderspezifischen Aspekte im Rahmen des nationalen Krebsprogrammes, damit die gesundheitsbezogenen Unterschiede zwischen Frauen und Männern evaluiert und eine geschlechterspezifische Prävention umgesetzt werden kann. Durch zielgruppenspezifische Kampagnen für Frauen im Alter zwischen 45 und 70 Jahren soll die angestrebte Erhöhung der Teilnahmerate der Frauen an einem Programm zur Brustkrebsfrüherkennung erreicht werden.	Steigerung der Inanspruchnahme der Gesundenuntersuchung um 5 % im Verhältnis 7:3 zugunsten der Männer (diese nehmen diese bisher weniger in Anspruch als Frauen) bis zum Jahr 2014; ab dem Jahr 2015 wird eine weitere Erhöhung der jährlichen Teilnahmerate angestrebt.	2012 haben 925.688 Personen an der Gesundenuntersuchung, das entspricht 13,4 % der anspruchsberechtigten Bevölkerung teilgenommen, darunter 501.194 Frauen und 424.494 Männer.
		45 % der eingeladenen Frauen im Alter zwischen 45 und 70 Jahren nehmen im Rahmen eines Jahres an einem Programm zur Brustkrebs-Früherkennung teil.	Implementierung des Brustkrebs-Früherkennungsprogramms.
WZ 5	Aktionsprogramm „Tierschutz macht Schule“ Zur Verstärkung des Verständnisses des Tierschutzgedankens bei jungen Menschen wird das Aktionsprogramm „Tierschutz macht Schule“ weiter ausgebaut.	Von 100 Schulen nehmen 21 an dem Projekt „Tierschutz macht Schule“ teil.	Im Jahr 2012 nahmen 19 von 100 Schulen am Projekt „Tierschutz macht Schule“ teil.
		95.000 Besuche (Visits) der Webseite des Vereins „Tierschutz macht Schule“ liegen vor.	91.000 Besuche (Visits) der Webseite des Vereins „Tierschutz macht Schule“ liegen vor.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Nationaler Aktionsplan Bewegung (NAP.b)

Das BMG hat sich bei der Entwicklung eines nationalen Aktionsplans Bewegung engagiert und aktiv eingebracht. Der NAP.b wurde 2013 veröffentlicht, vom Fonds Gesundes Österreich wurden Bewegungsempfehlungen für Erwachsene und Kinder veröffentlicht. Die Maßnahme wurde vom BMG planmäßig umgesetzt. Die weitere Koordinierung der Umsetzung des NAP.b erfolgt durch das Bundesministerium für Verteidigung und Sport.

Die Maßnahme „Nationaler Aktionsplan Bewegung (NAP.b)“ wird durch die Maßnahme „Fachliche Koordination und Begleitung des Österreichischen Rahmen-Gesundheitsziele (R-GZ)-Prozesses“ abgelöst.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Erstellung und regelmäßige Evaluierung eines mit anderen Förderungsgebern abgestimmten Gesundheitsförderungskonzepts (Bund 2008/10, SE 1)
ad 1	Derzeit ist im Rahmen der Bundeszielsteuerung Gesundheit eine nationale Gesundheitsförderungs-Strategie in Abstimmung mit Ländern, Sozialversicherung und Bund in Erarbeitung. Ebenso bieten die Rahmengesundheitsziele eine inhaltliche Ausrichtung für die nächsten 20 Jahre. Ein Monitoring-Konzept für Rahmengesundheitsziele und Gesundheitsförderungs-Strategie wird 2014 erarbeitet.

2	Aufhebung der strikten Trennung zwischen Schulgesundheitspflege und Gesundheitsvorsorge zur Steigerung der Effizienz des schulärztlichen Dienstes; durchlässigere Gestaltung dieses Bereichs und erforderlichenfalls Betreibung der Änderung der Kompetenzbestimmungen des B–VG (Bund 2013/1, SE 1)
ad 2	Es gibt seitens des BMG - auch im Rahmen des Regierungsprogrammes - bereits seit Jahren Bemühungen, die diesbezüglichen Kompetenzbestimmungen des B-VG zu ändern.

3	Evaluierung des Aufgabenprofils zur Erhöhung der Effizienz des schulpsychologischen Dienstes und Anpassung an

	aktuelle Bedürfnisse, wobei die Durchführung der Beratung bei Bildungsentscheidungen künftig verstärkt von SchülerInnen– und BildungsberaterInnen durchgeführt werden könnte (Bund 2013/1, SE 11)
ad 3	Dieser Punkt fällt ausschließlich in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Bildung und Frauen

4	Sicherung der Qualität der Schlaganfallversorgung durch Abstimmung der Sollwerte für Benchmarks und Reduktion auf aussagekräftigste Indikatoren (Bund 2012/10, SE 10)
ad 4	Das Stroke Unit-Register der Gesundheit Österreich GmbH hat österreichweit gültige Sollwerte definiert, die in der Lage sind, die Qualität der Versorgung in Stroke Units unter Bedachtnahme auf die Voraussetzungen in allen Bundesländern zu prüfen. Ausgewählte Indikatoren werden als Benchmarks verwendet.

5	Regelmäßige Überarbeitung der Risikokategorien der Revisionspläne im Hinblick auf die sich u.a. durch neue Produktionsmethoden ändernden Risikofaktoren (Bund 2013/6, SE 1)
ad 5	In Bezug auf die Empfehlungen des Rechnungshofes im Bericht „System der Lebensmittelsicherheit im Bund sowie in den Ländern Salzburg und Vorarlberg“ wurden die Risikokategorien der Revisionspläne angepasst und laufend evaluiert. Die Kontrolle von Hochrisikobetrieben wird in Form von spezifischen Schwerpunktaktionen ab 2014 intensiviert. Die Länder wurden in die Planung intensiv eingebunden. Arbeiten zur Umsetzung der weiteren Empfehlungen werden durchgeführt.

Globalbudget 24.03 Gesundheitsvorsorge u. Verbrauchergesundheit
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 24.03 Gesund-heitsvor-sorge**	DB 24.03.01 Gesund-heitsförde-rung	DB 24.03.02 Verbrau-cherge-sundh.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätig-keit und Transfers	39,615	39,031	0,584
Erträge	**39,615**	**39,031**	**0,584**
Transferaufwand	46,926	45,996	0,930
Betrieblicher Sachaufwand	17,522	12,856	4,666
Aufwendungen	**64,448**	**58,852**	**5,596**
Nettoergebnis	**-24,833**	**-19,821**	**-5,012**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 24.03 Gesund-heitsvor-sorge**	DB 24.03.01 Gesund-heitsförde-rung	DB 24.03.02 Verbrau-cherge-sundh.
Einzahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit und Transfers	39,613	39,030	0,583
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003		0,003
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**39,616**	**39,030**	**0,586**
Auszahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit	17,511	12,854	4,657
Auszahlungen aus Transfers	46,926	45,996	0,930
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,013		0,013
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**64,450**	**58,850**	**5,600**
Nettogeldfluss	**-24,834**	**-19,820**	**-5,014**

Untergliederung 25 Familien und Jugend

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

Familien sind das feste Fundament unserer Gesellschaft und werden in all' ihren vielfältigen Formen von uns respektiert und unterstützt. Familien erbringen mit ihren Erziehungs- und Betreuungsaufgaben für Kinder und pflegebedürftige Familienmitglieder für den Zusammenhalt der Gesellschaft und der Generationen wichtige und wertvolle Leistungen. Daher hat gerade auch in einer sich rasch wandelnden Gesellschaft die Familienpolitik einen zentralen Stellenwert. Schwerpunkte sind:

- Verstärkter Lastenausgleich im Interesse der Familie, Verringerung der Armutsgefährdung der Familien,
- Verbesserung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien mit nicht selbsterhaltungsfähigen Kindern und betreuungspflichtigen Angehörigen,
- Finanzielle und ideelle Unterstützung bzw. Anerkennung der Familien in ihrer Aufgabenstellung,
- Einbindung junger Menschen in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**7.151,461**	**6.638,448**	**6.472,751**
Auszahlungen fix	6.801,487	6.805,387	6.566,380	6.371,408
Summe Auszahlungen	**6.801,487**	**6.805,387**	**6.566,380**	**6.371,408**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**346,074**	**72,068**	**101,342**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	7.081,457	6.571,887	
Aufwendungen	6.713,105	6.468,382	
Nettoergebnis	**368,352**	**103,505**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:

Leistungsausgleich zwischen kinderlosen Personen und Eltern mit Unterhaltspflichten

Warum dieses Wirkungsziel?

Der finanzielle Leistungsausgleich zwischen kinderlosen Personen und Eltern schafft die Grundlagen für ein stabiles Familienleben und macht Familie auch finanziell "leistbar".

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

Bereitstellung von finanziellen Transferleistungen zum Ausgleich der Unterhaltslasten für noch nicht selbsterhaltungsfähige Kinder durch den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), dazu zählen u.a. die Familienbeihilfe, die Fahrtenbeihilfen, das Kinderbetreuungsgeld (mit dem u.a. das System des Lastenausgleichs zum Leistungsausgleich weiterentwickelt wurde) sowie die Aufrechterhaltung der Einzahlungsseite des FLAF, wobei die Finanzierung der Leistungen aus dem FLAF nachhaltig sichergestellt werden soll.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 25.1.1	FLAF - Die Finanzierungsfähigkeit vom FLAF erhalten					
Berechnungs-methode	BMFJ/Bundesrechnungsabschluss					
Datenquelle	https://www.bmf.gv.at					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	-€ 3.695,745 Millionen	-€ 3.823,796 Millionen	-€ 3.654,251 Millionen	Verringerung des Schuldenstandes	Verringerung des Schuldenstandes	Verringerung des Schuldenstandes

Kennzahl 25.1.2	FLAF -Jährlicher Abgang/Überschuss					
Berechnungs-methode	BMFJ/Bundesrechnungsabschluss					
Datenquelle	https://www.bmf.gv.at					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015

	-€ 689,925 Millionen	-€ 128,051 Millionen	+ € 169,545 Millionen	Erzielung von Überschüssen	Erzielung von Überschüssen	Erzielung von Überschüssen

Kennzahl 25.1.3	Erhöhung der Familienbeihilfe					
Berechnungs-methode						
Datenquelle						
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	nicht verfüg-bar	nicht verfüg-bar	nicht verfüg-bar	nicht verfüg-bar	Erhöhung der Familienbei-hilfe (ein-schließlich Alterszuschlä-ge) ab 1.7.2014 um 4 %; Erhöhung des Zuschlages zur Familienbei-hilfe für er-heblich behin-derte Kinder ab 1.7.2014 um 8,4 %; Beibehaltung des Schul-startgeldes und des Mehrkind-zuschlages.	Erhöhung der Familienbei-hilfe (ein-schließlich Alterszuschlä-ge) ab 1.1.2016 um 1,9 %; ab 1.1.2018 um 1,9 %; Erhöhung des Zuschlages zur Familienbei-hilfe für er-heblich behin-derte Kinder ab 1.1.2016 um 1,9 %; ab 1.1.2018 um 1,9 %; Beibehaltung des Schul-startgeldes und des Mehrkind-zuschlages.

Kennzahl 25.1.4	Gesamtfertilitätsrate bleibt gleich hoch bzw. steigt					
Berechnungs-methode	Gesamtfertilitätsrate					
Datenquelle	Demographische Indikatoren, Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	1,44	1,44	1,44	1,44 oder mehr	1,44 oder mehr	1,44 oder mehr

Wirkungsziel 2:
Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Gleichstellungsziel)
Warum dieses Wirkungsziel?
Damit Eltern besser am Arbeitsmarkt teilnehmen können und nach der Familiengründung rasch in den Beruf zurückkehren können, müssen die Rahmenbedingungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und der Anteil der Väter, die sich aktiv an der Familienarbeit beteiligen, erhöht werden.
Wirkungsziel 2 ist zugleich das Gleichstellungsziel, weil durch die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch die Gleichstellung vom Männern und Frauen am Arbeitsmarkt unterstützt wird.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Durch Umsetzung der 15a-Vereinbarung betreffend die Kinderbetreuung sollen die bundesweit hochqualitativen und bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangebote weiter ausgebaut werden.
- Durch Gewährung von Kinderbetreuungsgeld und verstärkte Bewerbung des Bezugs von Vätern und Information über die verschiedenen Bezugsvarianten soll die Väterbeteiligung erhöht werden.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 25.2.1	Gesamtfertilitätsrate bleibt gleich hoch bzw. steigt					
Berechnungs-methode	Gesamtfertilitätsrate					
Datenquelle	Demographische Indikatoren, Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	1,44	1,44	1,44	1,44 oder mehr	1,44 oder mehr	1,44 oder mehr

Kennzahl 25.2.2	Väterbeteiligung am Kinderbetreuungsgeldbezug steigt					
Berechnungs-methode	Väterbeteiligung bei entsprechender Variante					
Datenquelle	Kinderbetreuungsgeldstatistik/BMFJ					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	nicht verfüg-bar	Variante 30+6 12,71%; Variante 20+4 18,68%; Variante 15+3 27,02%; Variante 12+2 31,57%; Variante ein-kommensab-hängiges Kin-derbetreu-ungsgeld 26,93%, Summe aller Varianten 17,23%	Variante 30+6 11,78%; Variante 20+4 18,95%; Variante 15+3 27,87%; Variante 12+2 30,43%; Variante ein-kommensab-hängiges Kin-derbetreu-ungsgeld 26,22%, Summe aller Varianten 17,19%	Variante 30+6 (Geburten ab 2007) 13%; Variante 20+4 (Geburten ab 2008) 20%; Variante 15+3 (Geburten ab 2008) 28%; Variante 12+2 (Geburten ab 2009) 36%; Variante ein-kommensab-hängiges Kin-derbetreu-ungsgeld (Ge-burten ab 2009) 28%, Summe aller Varianten: 18 %;	Variante 30+6 (Geburten ab 2007) 13%; Variante 20+4 (Geburten ab 2008) 20%; Variante 15+3 (Geburten ab 2008) 28%; Variante 12+2 (Geburten ab 2009) 36%; Variante ein-kommensab-hängiges Kin-derbetreu-ungsgeld (Ge-burten ab 2009) 28%, Summe aller Varianten: 18 %;	Variante 30+6 (Geburten ab 2007) 13%; Variante 20+4 (Geburten ab 2008) 20%; Variante 15+3 (Geburten ab 2008) 28%; Variante 12+2 (Geburten ab 2009) 36%; Variante ein-kommensab-hängiges Kin-derbetreu-ungsgeld (Ge-burten ab 2009) 28%, Summe aller Varianten: 18 %;

Kennzahl 25.2.3	Wiedereinstiegsrate steigt					
Berechnungs-methode	Erwerbsquote von 15- bis 64-jährigen Frauen mit Kindern unter 15 Jahren					
Datenquelle	Familien- und Haushaltsstatistik/Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	nicht verfüg-bar	65,8%	66,7%	66,3%	67%	67%

Kennzahl 25.2.4	Kinderbetreuungsquoten für Kinder bis zum Schuleintritt steigen					
Berechnungs-methode	Anteil der 0-3-jährigen bzw. 3-6-jährigen Kinder in Kinderbetreuungsangeboten im Vergleich zur gleichaltrigen Wohnbevölkerung					
Datenquelle	Kinderheimtagesstatistik, Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015

	0-3 Jahre: 19%; 3-6 Jahre: 93,4%	0-3 Jahre: 21,8%; 3-6 Jahre: 92,6%	0-3 Jahre: 22,9%; 3-6 Jahre: 92,3%	0-3 Jahre: 25%; 3-6 Jahre: 96%	0-3 Jahre: 25%; 3-6 Jahre: 95%	0-3 Jahre: 28%; 3-6 Jahre: 95%

Wirkungsziel 3:

Verringerung von familiären Notlagen und Unterstützung von Familien bei der Krisenbewältigung, Vermeidung innerfamiliärer Konflikte bei Trennung und Scheidung

Warum dieses Wirkungsziel?

Die einkommensabhängige Unterstützung in der Familienhospizkarenz ermöglicht auch finanziell schwächeren Personen die Inanspruchnahme (2011: € 805,73 per Monat (max. € 2.967,09); Quelle: BMFJ), im Familienhärteausgleich werden Familien in einer finanziellen Notsituation unterstützt, wenn das soziale Netz für die Bewältigung des Problems nicht ausreicht (2011 durchschnittlich € 2.085,86; Quelle: BMFJ). Die Kompetenz von Familien in ihrer Zuständigkeit für den Erhalt von Humanvermögen wird durch professionelle Beratung gestärkt. Können Familien ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen, sind - ohne Gegensteuerung durch Unterstützungsmaßnahmen der Gesellschaft - im Bereich Gesundheit, Arbeitslosigkeit, Erwerbstätigkeit u.a. Kosten von rd. € 2 Mio. pro Kind im Lebensverlauf zu erwarten. (Quelle: Prüfbericht über den Vollzug der Jugendwohlfahrt in Vorarlberg des Landes-Rechnungshofes Vorarlberg vom Juni 2009). Von einer Trennung oder Scheidung betroffene Eltern und Kinder sollen bei der Lösung von Konflikten im Zusammenhang mit Scheidung, Trennung, Obsorge- und Besuchsrechtsfragen unterstützt werden, um negative Trennungsfolgen zu vermeiden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Finanzielle Unterstützungen in Härtefällen (z.B. Todesfall, Behinderung in der Familie, Naturkatastrophe)
- Vermeidung von finanziellen Notsituationen infolge Inanspruchnahme der Familienhospizkarenz durch finanzielle Zuwendungen, wenn dadurch das gesamte Erwerbseinkommen wegfällt
- Förderung der Beratung von Familien in Krisensituationen (z.B. Schwangerschaftskonfliktberatung, Schwangerenberatung, Kinderwunschberatung, Scheidungsberatung, Beratung bei Erziehungsproblemen, Beratung von Familien mit behinderten Angehörigen, Beratung von Familien mit Migrationshintergrund)
- Förderung von Angeboten der Eltern-/Kinderbegleitung bei Trennung und Scheidung (insbesondere pädagogische und therapeutische Gruppen)
- Förderung von Angeboten der Familienmediation bei Trennung und Scheidung

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 25.3.1	Rasche Erledigung der Unterstützungsansuchen im Rahmen der Familienhospizkarenz					
Berechnungsmethode	Erledigungsdauer der Unterstützungsansuchen					
Datenquelle	Statistik des BMFJ					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Erledigungsdauer bei Zuwendungen 9,83 Tage	Erledigungsdauer bei Zuwendungen 11,7 Tage	Erledigungsdauer bei Zuwendungen 11,3 Tage	Senkung der Erledigungsdauer bei Zuwendungen auf unter 10 Kalendertage	Senkung der Erledigungsdauer bei Zuwendungen auf unter 10 Kalendertage	Senkung der Erledigungsdauer bei Zuwendungen auf unter 10 Kalendertage

Kennzahl 25.3.2	Halten der Inanspruchnahme der Familienberatungsstellen					
Berechnungsmethode	Anzahl Klient/innen und der Beratungen in den geförderten Familienberatungsstellen					
Datenquelle	BMFJ jährliche Beratungsstatistik der Familienberatungsstellen					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	230.100 Klient/innen und 481.700 Beratungen	226.252 Klient/innen und 478.800 Beratungen	230.000 Klient/innen und 479.000 Beratungen	226.500 Klient/innen und 479.000 Beratungen	230.000 Klient/innen und 479.000 Beratungen	230.000 Klient/innen und 479.000 Beratungen

Wirkungsziel 4:

Stärkung beider Elternteile in der gewaltfreien Erziehung, Vermeidung von physischer, psychischer und sexueller Gewalt an Kindern, Jugendlichen und Frauen.

Warum dieses Wirkungsziel?

Gewalt ist ein schwerwiegender Eingriff in die Integrität von Kindern, Jugendlichen, Frauen und Männern und muss möglichst weitgehend verhindert werden. Ist dies nicht möglich sollen Gewalthandlungen aufgedeckt und den Opfern geholfen werden. Das Thema Gewalt wird enttabuisiert, was zu einer Steigerung der Aufdeckungsquote und zur Abschreckung der Täter/innen führt. Eltern, die Elternbildung in Anspruch nehmen, meistern die Herausforderungen der Kindererziehung und erkennen, dass Gewalt kein Erziehungsmittel ist.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Reform des Jugendwohlfahrtsrechts (insbesondere Einführung von Gefährdungsabklärung, Hilfeplanung und Vier-Augen-Prinzip, Klarstellung der Mitteilungspflichten, weitere Professionalisierung der Fachkräfte)
- Förderung von Angeboten der Elternbildung (Seminare, Vorträge, Eltern-Kind-Gruppe zu Erziehungsthemen)
- Förderung von Mitgliedern der Plattform gegen Gewalt in der Familie, Projekten zur Gewaltprävention, Täterarbeit
- Förderung von Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung im Internet und als Print (z.B. www.eltern-bildung.at, www.gewaltinfo.at, Elternbriefe, Apps "Elterntipps")

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 25.4.1	Inanspruchnahme von Elternbildungsangeboten (z.B.: Seminare, Vorträge)					
Berechnungs-methode	Fallzahlen der Inanspruchnahme					
Datenquelle	Statistik des BMFJ					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	66.300 Teil-nehmer/innen	98.994 Teil-nehmer/innen	99.600 Teil-nehmer/innen	125.000 Teil-nehmer/innen in Elternbil-dungsangebo-ten	100.000 Teil-nehmer/innen in Elternbil-dungsangebo-ten	100.000 Teil-nehmer/innen in Elternbil-dungsangebo-ten

Kennzahl 25.4.2	Steigerung der Besucher/innenzahlen auf www.eltern-bildung.at					
Berechnungs-methode	Besucher/innenzahlen der Homepage					
Datenquelle	BMFJ					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	360.000 Zu-griffe	334.000 Zu-griffe	372.000 Zu-griffe	334.000 Zu-griffe	500.000 Zu-griffe	600.000 Zu-griffe

Kennzahl 25.4.3	Steigerung der Besucher/innenzahlen auf www.gewaltinfo.at					
Berechnungs-methode	Besucher/innenzahlen der Homepage					
Datenquelle	BMFJ					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	nicht verfüg-bar	erst seit 21.11.2011 online	32.500 Besu-che	30.000 Besu-che	35.000 Besu-che	37.000 Besu-che

Kennzahl 25.4.4	Stabile Inanspruchnahme von Familienberatung bei Gewalt					
Berechnungs-methode	Anzahl Klient/innen und der Beratungen zu den Beratungsinhalten "Kindesmissbrauch, sexuelle Gewalt gegen Kinder, Gewalt gegen Frauen, sexuelle Gewalt gegen Frauen, Gewalt gegen andere Familienan-gehörige"					
Datenquelle	BMFJ jährliche Beratungsstatistik der Familienberatungsstellen					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015

	15.208 Klient/innen und 39.065 Beratungen	14.987 Klient/innen und 42.000 Beratungen	17.670 Klient/innen und 46.000 Beratungen	15.200 Klient/innen und 39.000 Beratungen	17.670 Klient/innen und 46.000 Beratungen	17.670 Klient/innen und 46.000 Beratungen

Wirkungsziel 5:
Schutz von Kindern und Jugendlichen und Förderung ihrer Entwicklung als eigenständige Persönlichkeiten, um ein selbständiges und eigenverantwortliches Leben zu führen und ihre produktiven und kreativen Potentiale für gemeinschaftliches und gesellschaftliches Engagement zu nutzen.

Warum dieses Wirkungsziel?
Gesellschaftliche Veränderungen samt deren Chancen und Gefahren erfordern, dass junge Menschen befähigt werden ihr Potential voll auszuschöpfen. Dazu gehören neben der Bildung und einem gesundheitsfördernden Lebensstil auch die Entwicklung von soft skills, wie Kommunikations- oder Teamfähigkeit, und der Erwerb von Kompetenzen, die für neue Berufe - insbesondere im Technologiebereich - erforderlich sind, wie zum Beispiel Medienkompetenz. Als Querschnittsmaterie erfordert Jugendpolitik eine kontinuierliche Abstimmung mit anderen Politikbereichen, wie beispielsweise dem Bildungs- oder Sozialbereich.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Umsetzung der "Jugendstrategie" und deren strategischer Ziele zur Schaffung einer koordinierten Jugendpolitik in Abstimmung mit anderen Politikfeldern - unter Sicherstellung und Gewährleistung von Chancengleichheit und gesellschaftlichem Engagement Jugendlicher
- Förderung der außerschulischen Jugenderziehung und Jugendarbeit gemäß Bundes-Jugendförderungsgesetz und Durchführung umfassender Informations- und Schulungsangebote für Kinder, Jugendliche und Multiplikator/innen
- Kontinuierliche Erhebung von Daten durch Jugendforschung wie u.a. dem Jugendbericht
- Ausbau der bundesweiten Vernetzungs-und Koordinationsstrukturen der Jugendarbeit und Jugendinformation mit der Bundes-Jugendvertretung und den Bundesnetzwerken für offene Jugendarbeit und Jugendinformation

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 25.5.1	Aktive Nachfrage von Informationsangeboten					
Berechnungsmethode	Fallzahlen der Inanspruchnahme der Angebote an Informations- und Weiterbildungsleistungen der Jugendeinrichtungen					
Datenquelle	jährliche Abfrage der Fallzahlen mittels Statistiktool des Bundesnetzwerkes Österreichische Jugendinfos/BMFJ					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	95.417 weibliche (59,69%) und 64.450 männliche (40,31%) Personen	88.081 weibliche (59,09%) und 60.984 männliche (40,91%) Personen	87.634 weibliche (59,34%) und 64.037 männliche (40,66%) Personen	Erhaltung der Fallzahlen der Inanspruchnahme	Erhaltung der Fallzahlen der Inanspruchnahme	Erhaltung der Fallzahlen der Inanspruchnahme

Kennzahl 25.5.2	Anzahl der Mitglieder in Bundes-Jugendorganisationen					
Berechnungsmethode	Anzahl der weiblichen und männlichen Mitglieder in den Bundes-Jugendorganisationen					
Datenquelle	Jugendorganisationen/BMFJ					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	703.249 weibliche (48,79%) und 738.177 männliche (51,21%) Mitglieder	705.406 weibliche (46,67%) und 805.998 männliche (53,33%) Mitglieder	707.232 weibliche (46,33%) und 819.204 männliche (53,67%) Mitglieder	Erhaltung der Mitgliederzahlen	Erhaltung der Mitgliederzahlen	Erhaltung der Mitgliederzahlen

Kennzahl 25.5.3	Partizipation Jugendlicher an der Entwicklung und Durchführung von ho. Ressort geförderten (B-JFG) Projekten

Berechnungs-methode	Anzahl der weiblichen und männlichen Projektteilnehmenden der geförderten Jugendorganisationen					
Datenquelle	Jugendorganisationen/BMFJ					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	689.127 weibliche (51,71%) und 643.520 männliche (48,29%) Personen	412.892 weibliche (52,71%) und 370.444 männliche (47,29%) Personen	350.105 weibliche (52,15%) und 321.213 männliche (47,85%) Personen	Erhaltung der Anzahl der beteiligten Jugendlichen	Erhaltung der Anzahl der beteiligten Jugendlichen	Erhaltung der Anzahl der beteiligten Jugendlichen

Kennzahl 25.5.4	Ausgewogenheit des Geschlechterverhältnisses von Jugendarbeitsfachpersonen (zB. Pfadfinderführer/in, Jugendleiter/in, etc.)					
Berechnungs-methode	Anzahl der weiblichen und männlichen Jugendarbeitsfachpersonen					
Datenquelle	Jugendorganisationen/BMFJ					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	41.713 weibliche (55,63%) und 33.265 männliche (44,37%) Personen	124.684 weibliche (46,71%) und 142.251 männliche (53,29%) Personen	102.999 weibliche (47,31%) und 114.706 männliche (52,69%) Personen	Erhaltung des Geschlechterverhältnisses der Jugendarbeitsfachpersonen	Erhaltung des Geschlechterverhältnisses der Jugendarbeitsfachpersonen	Erhaltung des Geschlechterverhältnisses der Jugendarbeitsfachpersonen
	Die Umrechnung der Jugendarbeitsfachpersonen auf die Anzahl der Vollzeitäquivalentmitarbeiter/innen ist ab dem Jahre 2011 weggefallen, da dies immer wieder zu Missverständnissen führte.					

Untergliederung 25 Familien und Jugend

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	7.081,453	6.571,884	
Finanzerträge	0,004	0,003	
Erträge	**7.081,457**	**6.571,887**	
Personalaufwand	7,437		
Transferaufwand	6.093,896	5.884,906	
Betrieblicher Sachaufwand	611,772	583,476	
Aufwendungen	**6.713,105**	**6.468,382**	
Nettoergebnis	**368,352**	**103,505**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	7.081,457	6.571,887	6.403,195
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001		
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	70,003	66,561	69,556
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**7.151,461**	**6.638,448**	**6.472,751**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	592,908	570,214	537,649
Auszahlungen aus Transfers	6.080,895	5.867,165	5.712,206
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,332		
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	131,252	129,001	121,553
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.805,387**	**6.566,380**	**6.371,408**
Nettogeldfluss	**346,074**	**72,068**	**101,342**

Untergliederung 25 Familien und Jugend
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 25 Familien und Jugend**	GB 25.01 FLAF	GB 25.02 Familie / Jugend
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	7.081,453	6.638,555	442,898
Finanzerträge	0,004	0,003	0,001
Erträge	**7.081,457**	**6.638,558**	**442,899**
Personalaufwand	7,437		7,437
Transferaufwand	6.093,896	6.010,785	83,111
Betrieblicher Sachaufwand	611,772	605,677	6,095
Aufwendungen	**6.713,105**	**6.616,462**	**96,643**
Nettoergebnis	**368,352**	**22,096**	**346,256**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 25 Familien und Jugend**	GB 25.01 FLAF	GB 25.02 Familie / Jugend
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	7.081,457	6.638,558	442,899
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001		0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	70,003	70,001	0,002
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**7.151,461**	**6.708,559**	**442,902**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	592,908	579,575	13,333
Auszahlungen aus Transfers	6.080,895	5.997,784	83,111
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,332		0,332
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	131,252	131,201	0,051
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.805,387**	**6.708,560**	**96,827**
Nettogeldfluss	**346,074**	**-0,001**	**346,075**

Globalbudget 25.01 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.638,555	6.414,125	
Finanzerträge	0,003	0,003	
Erträge	**6.638,558**	**6.414,128**	
Transferaufwand	6.010,785	5.802,157	
Betrieblicher Sachaufwand	605,677	580,535	
Aufwendungen	**6.616,462**	**6.382,692**	
Nettoergebnis	**22,096**	**31,436**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.638,558	6.414,128	6.233,649
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	70,001	66,561	69,556
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.708,559**	**6.480,689**	**6.303,205**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	579,575	567,273	534,974
Auszahlungen aus Transfers	5.997,784	5.784,416	5.633,219
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	131,201	129,001	121,553
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.708,560**	**6.480,690**	**6.289,746**
Nettogeldfluss	**-0,001**	**-0,001**	**13,459**

Globalbudget 25.01 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
1	Bereitstellung von finanziellen Transferleistungen zum Ausgleich der Unterhaltslasten für noch nicht selbsterhaltungsfähige Kinder durch den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), dazu zählen u.a. die Familienbeihilfe, die Fahrtenbeihilfen, das Kinderbetreuungsgeld (mit dem das System des Lastenausgleichs zum Leistungsausgleich weiterentwickelt wurde) sowie die Aufrechterhaltung der Einnahmenseite des FLAF, wobei die Finanzierung der Leistungen aus dem FLAF nachhaltig sichergestellt werden soll.	- Die Finanzierungsfähigkeit des FLAF erhalten - Sicherstellung der Mittel für Transferleistungen durch Senkung des Schuldenstandes des FLAF - FLAF - Jährlicher Abgang/Überschuss; Zielzustand 2014: Erzielung von Überschüssen - Gesamtfertilitätsrate; Zielzustand 2014: 1,44 oder mehr.	- FLAF - Schuldenstand; Istzustand 2012: - € 3.654,251 Millionen - FLAF - Jährlicher Abgang/Überschuss; Istzustand 2012: - + € 169,545 Millionen - Gesamtfertilitätsrate; Istzustand 2012: 1,44
2	Steigerung der Väterbeteiligung beim Kinderbetreuungsgeld	Zielzustand 2014: - Variante 30+6 (Geburten ab 2007) 13%; - Variante 20+4 (Geburten ab 2008) 20%; - Variante 15+3 (Geburten ab 2008) 28%; - Variante 12+2 (Geburten ab 2009) 36%; - Variante einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld (Geburten ab 2009) 28%; - Summe aller Varianten: 18 %	Istzustand 2013: - Variante 30+6 11,78%; - Variante 20+4 18,95%; - Variante 15+3 27,87%; - Variante 12+2 30,43%; - Variante einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld 26,22%, - Summe aller Varianten 17,19%; [Quelle: BMFJ, Sonderauswertung der Kinderbetreuungsgeldstatistik]
3	Rasche Erledigung der Unterstützungsansuchen im Rahmen der Familienhospizkarenz	Zielzustand 2014: Senkung der Erledigungsdauer bei Zuwendungen auf unter 10 Kalendertage [Berechnungsmethode: Erledigungsdauer der Unterstützungsansuchen, Quelle: Statistik des BMFJ]	Istzustand 2012: 11,3 Tage, [Berechnungsmethode: Erledigungsdauer der Unterstützungsansuchen, Quelle: Statistik des BMFJ]
3	Förderung der Beratung von Familien in Krisensituationen	Zielzustand 2014: 230.000 Klient/innen und 479.000 Beratungen [Berechnungsmethode: Anzahl Klient/innen und der Beratungen in den geförderten Familienberatungsstellen; Quelle: BMFJ jährliche Beratungsstatistik der Familienberatungsstellen]	Istzustand 2012: 230.000 Klient/innen und 479.000 Beratungen [Berechnungsmethode: Anzahl Klient/innen und der Beratungen in den geförderten Familienberatungsstellen; Quelle: BMFJ jährliche Beratungsstatistik der Familienberatungsstellen]
4	Förderung von Elternbildungsangeboten Öffentlichkeitsarbeit und	- Erhaltung der Inanspruchnahme von Elternbildungsangeboten (100.000 Teilnehmer/innen)	- Inanspruchnahme von Elternbildungsangeboten 2012: 99.600 Teilnehmer/innen
4	Bewusstseinsbildung zur Elternbildung im Internet und als Print	- Steigerung der Besucher/innenzahlen auf www.eltern-bildung.at (500.000)	- Besucher/innenzahlen auf www.eltern-bildung.at 2012: 372.000 Zugriffe

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Berücksichtigung einer Finanzierungsregelung zur Deckung des erhöhten Mittelbedarfs bei der Einführung neuer familienbezogener Leistungen mit dem Ziel der Sicherung der finanziellen Nachhaltigkeit des FLAF (Bund 2014/3, SE 6)
ad 1	Jede gesetzliche Änderung erfordert auch eine wirkungsorientierte Folgenabschätzung, die eine detaillierte Darstellung der finanziellen Auswirkungen beinhaltet. Trotz der geplanten Erhöhung der Familienbeihilfe wird der FLAF nach derzeitigen Prognosen in etwa 5 Jahren schuldenfrei sein

Globalbudget 25.01 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 25.01 FLAF**	DB 25.01.01 Familien-beihilfe	DB 25.01.02 Kinderbe-treuungs-geld	DB 25.01.03 Bildungs-leistungen	DB 25.01.04 Transfer SV
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.638,555	0,200		14,302	
Finanzerträge	0,003		0,001		
Erträge	**6.638,558**	**0,200**	**0,001**	**14,302**	
Transferaufwand	6.010,785	3.104,000	1.092,552	6,901	1.274,520
Betrieblicher Sachaufwand	605,677	4,300	19,650	556,828	
Aufwendungen	**6.616,462**	**3.108,300**	**1.112,202**	**563,729**	**1.274,520**
Nettoergebnis	**22,096**	**-3.108,100**	**-1.112,201**	**-549,427**	**-1.274,520**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 25.01 FLAF**	DB 25.01.01 Familien-beihilfe	DB 25.01.02 Kinderbe-treuungs-geld	DB 25.01.03 Bildungs-leistungen	DB 25.01.04 Transfer SV
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	6.638,558	0,200	0,001	14,302	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	70,001				
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.708,559**	**0,200**	**0,001**	**14,302**	
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	579,575	2,400	19,450	556,827	
Auszahlungen aus Transfers	5.997,784	3.104,000	1.092,552	6,901	1.274,520
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	131,201				
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.708,560**	**3.106,400**	**1.112,002**	**563,728**	**1.274,520**
Nettogeldfluss	**-0,001**	**-3.106,200**	**-1.112,001**	**-549,426**	**-1.274,520**

DB 25.01.05 Sonstige Maßnahmen	DB 25.01.06 Unterhalts-vorschüsse	DB 25.01.07 Einnahmen FLAF
		6.624,053
0,002		
0,002		**6.624,053**
519,812	13,000	
0,899	5,000	19,000
520,711	**18,000**	**19,000**
-520,709	**-18,000**	**6.605,053**

DB 25.01.05 Sonstige Maßnahmen	DB 25.01.06 Unterhalts-vorschüsse	DB 25.01.07 Einnahmen FLAF
0,002		6.624,053
0,001	70,000	
0,003	**70,000**	**6.624,053**
0,898		
519,811		
0,001	131,200	
520,710	**131,200**	
-520,707	**-61,200**	**6.624,053**

Globalbudget 25.02 Familienpolitische Maßnahmen und Jugend

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	442,898	157,759	
Finanzerträge	0,001		
Erträge	**442,899**	**157,759**	
Personalaufwand	7,437		
Transferaufwand	83,111	82,749	
Betrieblicher Sachaufwand	6,095	2,941	
Aufwendungen	**96,643**	**85,690**	
Nettoergebnis	**346,256**	**72,069**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	442,899	157,759	169,546
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001		
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,002		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**442,902**	**157,759**	**169,546**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	13,333	2,941	2,676
Auszahlungen aus Transfers	83,111	82,749	78,986
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,332		
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,051		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**96,827**	**85,690**	**81,662**
Nettogeldfluss	**346,075**	**72,069**	**87,884**

Globalbudget 25.02 Familienpolitische Maßnahmen und Jugend

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
2	Ausweitung des Kinderbe-treuungsangebots für Kinder bis zum Schuleintritt durch Kosten-beteiligung des Bundes	Zielzustand der Kinder-betreuungsquoten: - 0-3 Jahre: 25% - 3-6 Jahre: 95%	Istzustand 2012: - 0-3 Jahre: 22,9% - 3-6 Jahre: 92,3 % [Quelle: Kin-dertagesheimstatistik der Statistik Austria]
4	Förderung von - Mitgliedern der Plattform gegen Gewalt in der Familie - Projekten zur Gewalt-prävention - Täterarbeit sowie Bewusstseinsbildung gegen Ge-walt im Internet und als Print - telefonischer Erstberatung für gewaltbetroffene Kinder und Jugendliche	- Steigerung der Besucherzahlen auf www.gewaltinfo.at (35.000)	www.gewaltinfo.at Istzustand 2012: 32.500 Zugriffe
5	Förderung der außerschulischen Jugenderziehung und Jugendar-beit gemäß Bundes-Jugendförderungsgesetz	- Erhaltung der Anzahl der Mit-glieder in Bundes-Jugendorganisationen - Erhaltung des Geschlechter-verhältnisses der Jugendar-beitsfachpersonen der Bundes-Jugendorganisationen	Istzustand 2012 (Stichtag 31.12.2012): -707.232 weibliche (46,33%) und 819.204 männliche (53,67%) Mitglieder; - 102.999 weibliche (47,31%) und 114.706 männliche (52,69%) Jugendarbeitsfachpersonen
5	Umsetzung und Weiteren-twicklung der "Jugendstrategie", zur Schaffung einer koordinierten Jugendpolitik in Abstimmung mit anderen Politikfeldern - unter Sicherstellung und Gewährleis-tung von Chancengleichheit und gesellschaftlichem Engagements Jugendlicher	- Erstellung eines Maßnahmen-plans zur stufenweisen Errei-chung der neun Strategischen Ziele - Einbindung von zumindest 500 weiblichen und 500 männlichen Jugendlichen in die Entwicklung und Umsetzung der Jugendstrate-gie	Istzustand 2013: Erarbeitung und Definition von drei Strategischen Rahmenzielen mit jeweils drei messbaren Strategischen Zielen
1	Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit dem Schwerpunkt der Berücksichti-gung des Arbeitsplatzes Koordination, Planung und Um-setzung des beschlossenen IT-Optimierungsprozesses im neuen Ressort BMFJ	Ausbau der Telearbeitsplätze Meilenstein: 12% der Bedienste-ten verfügen über einen Telear-beitsplatz Meilenstein: Roll-Out aller IT-Arbeitsplätze mit Windows 7	Istzustand 2013: Telearbeitsplätze unter 10% IT-Optimierungsprozess wurde beschlossen

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Überprüfung der familienbezogenen Leistungen gebietskörperschaftenübergreifend auf Parallelitäten und Überschnei-dungen und auf Möglichkeiten zur Konzentration und Straffung (Bund 2014/3, SE 5)
ad 1	Der Bund nimmt mit seinen Leistungen aus dem FLAF grundsätzlich seine Zuständigkeit in Bezug auf den Fami-lienlastenausgleich wahr, es besteht aber keine rechtliche Möglichkeit des Bundes, jene Leistungen zu straffen, die die Länder parallel oder zusätzlich anbieten. Die "Zersplitterung" der Kompetenzen bei den sogenannten Familienleistun-gen hat sachliche Gründe. So ist beispielsweise die Studienförderung dem Wissenschaftsressort oder der Unterhalts-vorschuss dem Justizministerium zuzuordnen.

2	Institutionalisierung der Abstimmung zwischen dem Bund und den Ländern über familienbezogene Leistungen (Bund 2014/3, SE 7)
ad 2	Die Landesfamilienreferentenkonferenz ist aus Sicht des BMFJ ein zweckmäßiges Gremium, familienpolitische Maßnahmen zwischen Bund und Ländern abzustimmen. Es ist in Aussicht genommen, einen permanenten Tagesordnungspunkt "Austausch über aktuelle familienpolitische Vorhaben zwischen Bund und Ländern" vorzusehen. Darüber hinaus ermöglicht die familienpolitische Datenbank Auswertungen betreffend alle enthaltenen Bundes- und Landesleistungen.

3	Vereinheitlichung der Berechnungsmethoden für die Anspruchsvoraussetzungen familienbezogener Leistungen (Bund 2014/3, SE 9)
ad 3	Unter Federführung des BMF wurden in einer Arbeitsgruppe entsprechende Grundlagen erarbeitet.

4	Sicherstellung klarer, verbindlicher Vorgaben für die Verwendungsnachweise der Gratispflichtkindergartenvereinbarung; Anerkennung nur vereinbarungskonformer Verwendungsnachweise (Bund 2013/11, SE 3)
ad 4	Aus Sicht des BMFJ wurden auch bisher nur vereinbarungskonforme Verwendungsnachweise anerkannt. Durch die Änderung der 15a-Vereinbarung über die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen BGBl. I Nr. 196/2013 wurden bereits konkrete Vorgaben für die Verwendung der Bundesmittel vereinbart.

5	Durchführung einer qualitativen Evaluierung der Ausbauvereinbarung 2011 und der Gratispflichtkindergartenvereinbarung sowie Konkretisierung der Evaluierungsvorgaben (Bund 2013/11, SE 9)
ad 5	Da die Ziele der 15a-Vereinbarung über den Ausbau des Kinderbetreuungsangebots rein quantitativ sind, ist eine qualitative Evaluierung nicht sinnvoll. Anhand der jährlichen Auswertungen der Kindertagesheimstatistik wird die Steigerung der Betreuungsquoten laufend beobachtet. Nach Auslaufen der Initiative ist eine Sonderauswertung geplant, die in gleicher Weise wie der Bericht "Entwicklung des Kindertagesheimbesuchs von 0-2-jährigen und 3-bis 5-jährigen Kindern (2008 - 2010)" die Entwicklung auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene vergleichend darstellen soll.

Globalbudget 25.02 Familienpolitische Maßnahmen und Jugend
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 25.02 Familie / Jugend**	DB 25.02.01 Familienpolitik	DB 25.02.02 Jugend	DB 25.02.03 Steuerung u Services
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	442,898	442,888	0,004	0,006
Finanzerträge	0,001			0,001
Erträge	**442,899**	**442,888**	**0,004**	**0,007**
Personalaufwand	7,437			7,437
Transferaufwand	83,111	75,547	7,564	
Betrieblicher Sachaufwand	6,095	1,110	1,946	3,039
Aufwendungen	**96,643**	**76,657**	**9,510**	**10,476**
Nettoergebnis	**346,256**	**366,231**	**-9,506**	**-10,469**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 25.02 Familie / Jugend**	DB 25.02.01 Familienpolitik	DB 25.02.02 Jugend	DB 25.02.03 Steuerung u Services
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	442,899	442,888	0,004	0,007
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001			0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,002			0,002
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**442,902**	**442,888**	**0,004**	**0,010**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	13,333	1,110	1,946	10,277
Auszahlungen aus Transfers	83,111	75,547	7,564	
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,332			0,332
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,051			0,051
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**96,827**	**76,657**	**9,510**	**10,660**
Nettogeldfluss	**346,075**	**366,231**	**-9,506**	**-10,650**

Untergliederung 30 Bildung und Frauen

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

Das Bundesministerium für Bildung und Frauen gestaltet die Rahmenbedingungen für umfassende Bildung mit dem Bildungsniveau und der Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit als wesentliche strategische Handlungsfelder. Weiters trägt das Bundesministerium für Bildung und Frauen die Verantwortung für die Koordination der frauen- und gleichstellungspolitischen Strategien der Bundesregierung.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**82,611**	**80,081**	**93,022**
Auszahlungen fix	8.078,703	8.078,703	8.502,864	8.343,842
Summe Auszahlungen	**8.078,703**	**8.078,703**	**8.502,864**	**8.343,842**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-7.996,092**	**-8.422,783**	**-8.250,820**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	147,117	77,946	
Aufwendungen	8.177,756	8.493,911	
Nettoergebnis	**-8.030,639**	**-8.415,965**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:

Erhöhung des Bildungsniveaus der Schülerinnen und Schüler

Warum dieses Wirkungsziel?

Eine gut ausgebildete und qualifizierte Bevölkerung ist für das soziale und wirtschaftliche Wohl eines Landes von grundlegender Bedeutung. Bildung ist ein entscheidender Faktor, damit der Einzelne bzw. die Einzelne über das Wissen, die Kenntnisse, die Fähigkeiten und die Kompetenzen zur effektiven Teilnahme am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben verfügt. Die Steigerung des Bildungsniveaus der Schülerinnen und Schüler muss daher ein prioritäres Ziel des österreichischen Bildungssystems sein.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Implementierung und flächendeckende Umsetzung der standardisierten kompetenzorientierten Reife- bzw. Reife- und Diplomprüfung, der standardisierten Berufsreifeprüfung (BRP) sowie der Bildungsstandards
- Zurverfügungstellung von Angeboten im Bereich der Erwachsenenbildung
- Ausbau der Berufsorientierung und Bildungsberatung auf der Sekundarstufe I unter besonderer Berücksichtigung geschlechtssensibler Berufsorientierung
- Einführung einer neuen Ausbildung für Pädagoginnen und Pädagogen („Pädagog/innenbildung Neu“) unter Berücksichtigung der Stärkung der Gender- und Diversitykompetenz von Lehrenden und Führungskräften
- Teilnahme an internationalen Programmen und Finanzierungsfazilitäten zur internationalen Ausrichtung des Bildungswesens
- Qualitätsvolle Umsetzung der Neuen Mittelschule im Sinne einer neuen Lehr- und Lernkultur
- Bereits bestehende Möglichkeiten im Rahmen der Schulautonomie forcieren und zusätzliche ermöglichen
- Quantitativer und qualitativer Ausbau ganztägiger Schulformen von der 1. bis zur 9. Schulstufe
- Aufbau eines pädagogischen Übergangsmanagements vom Kindergarten zur Volksschule um Übergänge kindgerecht zu gestalten sowie zur Stärkung der Grundkompetenzen und Kulturtechniken
- Ausbau der Integrationsklassen und Weiterentwicklung der inklusiven Bildung

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 30.1.1	Abschlussquote in der Sekundarstufe II					
Berechnungs-methode	Alle Personen, die erstmals einen Abschluss einer Schulform der Sekundarstufe II erreicht haben ÷ Altersgleiche Wohnbevölkerung, berechnet als durchschnittliche Größe eines Altersjahrgangs der 18-20-jährigen Wohnbevölkerung					
Datenquelle	STATISTIK AUSTRIA, Bildungsdokumentation, Bildungsstandregister					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015

	2009/10: 88,5%	Nicht verfügbar	Nicht verfügbar	2012/13: 87,1%	2013/14: 88,9%	2014/15: 89,0%
	Alle Werte beziehen sich auf Schuljahre					

Kennzahl 30.1.2	Anteil der Jugendlichen, welche sich im Schuljahr nach Erfüllung der Schulpflicht in einer weiteren Ausbildung befinden					
Berechnungsmethode	Jugendliche, die im Vorjahr zum Vergleichsjahr ihre Schulpflicht erfüllt haben und im Vergleichsjahr einen Schulbesuch aufweisen ÷ Alle Jugendlichen, die im Vorjahr des Vergleichjahres die Schulpflicht erfüllt haben					
Datenquelle	STATISTIK AUSTRIA, Bildungsdokumentation					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	2009/10: 92,8%	2010/11: 93,2%	Nicht verfügbar	2012/13: 93,0%	2013/14: 93,5%	2014/15: 93,7%
	Alle Werte beziehen sich auf Schuljahre					

Kennzahl 30.1.3	Quote der Aufstiegsberechtigten					
Berechnungsmethode	Summe aller SchülerInnen ab der 5. Schulstufe, die beim Abschluss des Vergleichs-Schuljahres eine Aufstiegsberechtigung bzw. einen erfolgreichen Abschluss einer Schulform aufwiesen ÷ Summe aller SchülerInnen ab der 5. Schulstufe im Vergleichsjahr					
Datenquelle	BMBF, STATISTIK AUSTRIA Bildungsdokumentation					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	2009/10: 93,9%	2010/11: 94,2%	2011/12: 94,3%	2012/13: 94,2%	2013/14: 94,4%	2014/15: 94,5%
	Alle Werte beziehen sich auf Schuljahre					

Wirkungsziel 2:
Verbesserung der Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit im Bildungswesen
Warum dieses Wirkungsziel?
Das Humankapital der österreichischen Bevölkerung ist nur dann voll entfaltbar, wenn Bildungschancen fair verteilt sind. Das betrifft sowohl Einzelpersonen als auch unterschiedliche Gruppen in der Bevölkerung. Dabei kommt der Förderung der individuellen Begabungen, Leistungen und Anstrengungen in allen Bildungsgängen, der Möglichkeit zum Nachholen von Bildungsabschlüssen, der Diversifizierung der Ausbildungswege der Geschlechter und dem Aufbau von Gender- und Diversitätskompetenz in der Lehrer/innenbildung und bei Führungskräften eine besondere Bedeutung zu.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Zurverfügungstellung von Angeboten im Bereich der Erwachsenenbildung
- Ausbau der Berufsorientierung und Bildungsberatung auf der Sekundarstufe I unter besonderer Berücksichtigung geschlechtssensibler Berufsorientierung
- Einführung einer neuen Ausbildung für Pädagoginnen und Pädagogen („Pädagog/innenbildung Neu“) unter Berücksichtigung der Stärkung der Gender- und Diversitykompetenz von Lehrenden und Führungskräften
- Teilnahme an internationalen Programmen und Finanzierungsfazilitäten zur internationalen Ausrichtung des Bildungswesens
- Qualitätsvolle Umsetzung der Neuen Mittelschule im Sinne einer neuen Lehr- und Lernkultur
- Bereits bestehende Möglichkeiten im Rahmen der Schulautonomie forcieren und zusätzliche ermöglichen
- Quantitativer und qualitativer Ausbau ganztägiger Schulformen von der 1. bis zur 9. Schulstufe
- Aufbau eines pädagogischen Übergangsmanagements vom Kindergarten zur Volksschule um Übergänge kindgerecht zu gestalten sowie zur Stärkung der Grundkompetenzen und Kulturtechniken
- Ausbau der Integrationsklassen und Weiterentwicklung der inklusiven Bildung

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 30.2.1	Anteil der StudienanfängerInnen an Hochschulen (Univ., FH, PH) mit Berufsreifeprüfung					
Berechnungsmethode	StudienanfängerInnen an Hochschulen (Univ., FH, PH) mit Berufsreifeprüfung ÷ Altersgleiche Wohnbevölkerung, berechnet als durchschnittliche Größe eines Altersjahrgangs der 18-22-jährigen Wohnbevölkerung am Beginn des 4. Quartals					
Datenquelle	STATISTIK AUSTRIA, BMWF, Datenmeldung der Universitäten, Fachhochschulrat, Pädagogische Hochschulen					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015

	2009/10: 2,02%	2010/11: 2,07%	2011/12: 2,21%	2012/13: 2,27%	2013/14: 2,40%	2014/15: 2,45%
	Alle Werte beziehen sich auf Schuljahre					

Kennzahl 30.2.2	Zahl der Personen, die einen Pflichtschulabschluss nachgeholt haben (AbsolventInnen)					
Berechnungs-methode	absolute Zahl der AbsolventInnen					
Datenquelle	Monitoringdatenbank, die entsprechend den Bestimmungen in Art. 12 und 13 der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Förderung von Lehrgängen für Erwachsene im Bereich Basisbildung sowie von Lehrgängen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses mit 1. Jänner 2012 eingerichtet ist					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Nicht verfügbar	Nicht verfügbar	Nicht verfügbar	990	990	990
	Die Berechnungsmethode wurde gegenüber dem BVA 2013 von TeilnehmerInnenzahlen auf AbsolventInnenzahlen abgeändert.					

Kennzahl 30.2.3	Anteil der SchülerInnen in geschlechtsuntypischen Schulformen (10. Schulstufe)					
Berechnungs-methode	Jene SchülerInnen, die in der 10. Schulstufe in einer „geschlechtsuntypischen“ Schulform unterrichtet werden ÷ Alle SchülerInnen der 10. Schulstufe					
Datenquelle	BMBF, STATISTIK AUSTRIA, Bildungsdokumentation					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	2009/10: 10,0%	2010/11: 10,0%	2011/12: 10,8%	2012/13: 10,6%	2013/14: 11,2%	2014/15: 11,3%
	Alle Werte beziehen sich auf Schuljahre					

Wirkungsziel 3:
Forcierung und Koordination umfassender Gleichstellungsmaßnahmen sowie Weiterentwicklung der Antidiskriminierung und Eindämmung von Gewalt

Warum dieses Wirkungsziel?
Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist noch immer nicht erreicht. Geschlechtsspezifische Rollenmuster werden immer noch beibehalten. Der Verdienst von Frauen liegt um 23,7% unter jenem der Männer. Frauen sind in den unteren Einkommensgruppen überrepräsentiert. Vier von zehn Frauen arbeiten Teilzeit. Jede 5. Frau in Österreich ist laut einer Studie von Gewalt in der Familie betroffen. Die Zahl der Frauen, die Unterstützung in den Gewaltschutzzentren /Interventionsstellen suchen, steigt jährlich.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Sicherstellung eines niederschwelligen Zugangs zu Frauen- und Mädchenberatungseinrichtungen
- Sicherstellung der Beratung und Betreuung von gewaltbetroffenen Frauen;
- Eindämmung von Gewalt gegen Frauen durch Koordinierung von Maßnahmen und Programmen
- rechtliche Beratung und Unterstützung der von Diskriminierung betroffenen Menschen im Bereich der Gleichbehandlung ohne Unterschied nach Religion oder Weltanschauung, Alter und der sexuellen Orientierung

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 30.3.1	Anteil der rat- und hilfesuchenden Frauen in %, die sich an Interventionsstellen gegen Gewalt in der Familie gewandt haben und abgewiesen wurden					
Berechnungs-methode	Zahl der bei den Interventionsstellen abgewiesenen hilfesuchenden Frauen ÷ Gesamtzahl der bei den Interventionsstellen hilfesuchenden Frauen					
Datenquelle	BMBF, Sektion für Frauenangelegenheiten und Gleichstellung					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Nicht verfügbar	0	0	0	0	0
	-					

Kennzahl 30.3.2	Frauenanteil in Aufsichtsgremien von Unternehmen, an denen der Bund mit 50% und mehr beteiligt ist

Berechnungs-methode	Anzahl der Frauen in Aufsichtsgremien von Unternehmen, an denen der Bund mit 50% und mehr beteiligt ist ÷ Gesamtzahl der Aufsichtsratsmitglieder					
Datenquelle	Jährlicher gemeinsamer Fortschrittsbericht des Wirtschaftsressorts und der Sektion Frauenangelegenheiten und Gleichstellung 2007/08: Bericht des Rechnungshofs über die durchschnittlichen Einkommen und zusätzlichen Leistungen für Pensionen der öffentlichen Wirtschaft des Bundes 2007 und 2008					
Entwicklung	Istzustand 2008	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	2007/08: 16,1	26	33	25	27	29
	Istzustand 2011: 28 von 55 Unternehmen erfüllten die Vorgabe von 25% aber noch nicht. Istzustand 2012: 20 von 55 Unternehmen erfüllten die Vorgabe von 25% aber noch nicht.					

Kennzahl 30.3.3	Anteil der politischen Bezirke in %, die über zumindest eine geförderte Frauenberatungseinrichtung verfügen					
Berechnungs-methode	Zahl der politischen Bezirke, die über zumindest eine geförderte Frauenberatungseinrichtung verfügen ÷ Gesamtzahl der politischen Bezirke					
Datenquelle	BMBF, Sektion für Frauenangelegenheiten und Gleichstellung					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Nicht verfügbar	Nicht verfügbar	Nicht verfügbar	Nicht verfügbar	75	75
	-					

Untergliederung 30 Bildung und Frauen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	147,116	77,946	
Finanzerträge	0,001		
Erträge	**147,117**	**77,946**	
Personalaufwand	3.189,787	3.502,283	
Transferaufwand	3.940,530	3.909,537	
Betrieblicher Sachaufwand	1.047,430	1.082,082	
Finanzaufwand	0,009	0,009	
Aufwendungen	**8.177,756**	**8.493,911**	
Nettoergebnis	**-8.030,639**	**-8.415,965**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	80,479	77,946	90,616
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,051	0,053	0,059
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,081	2,082	2,347
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**82,611**	**80,081**	**93,022**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	4.099,442	4.552,992	4.063,756
Auszahlungen aus Transfers	3.940,525	3.910,817	4.245,462
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	36,489	36,791	32,930
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,247	2,264	1,694
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**8.078,703**	**8.502,864**	**8.343,842**
Nettogeldfluss	**-7.996,092**	**-8.422,783**	**-8.250,820**

Untergliederung 30 Bildung und Frauen
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 30 Bildung und Frauen**	GB 30.01 Steuerung u.Services	GB 30.02 Schule/ Lehrperso-nal	GB 30.03 Kunst und Kultur	GB 30.04 Kulturein richtungen
Erträge aus der operativen Verwaltungstätig-keit und Transfers	147,116	40,623	105,498	0,994	
Finanzerträge	0,001				
Erträge	**147,117**	**40,623**	**105,498**	**0,994**	
Personalaufwand	3.189,787	249,918	2.937,911	1,958	
Transferaufwand	3.940,530	135,629	3.735,203	19,580	45,705
Betrieblicher Sachaufwand	1.047,430	712,876	325,666	4,799	0,044
Finanzaufwand	0,009		0,009		
Aufwendungen	**8.177,756**	**1.098,423**	**6.998,789**	**26,337**	**45,749**
Nettoergebnis	**-8.030,639**	**-1.057,800**	**-6.893,291**	**-25,343**	**-45,749**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 30 Bildung und Frauen**	GB 30.01 Steuerung u.Services	GB 30.02 Schule/ Lehrperso-nal	GB 30.03 Kunst und Kultur	GB 30.04 Kulturein richtungen
Einzahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit und Transfers	80,479	34,086	45,430	0,961	
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,051	0,018	0,031	0,002	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Dar-lehen sowie gewährten Vorschüssen	2,081	2,079		0,002	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**82,611**	**36,183**	**45,461**	**0,965**	
Auszahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit	4.099,442	939,267	3.149,442	6,644	0,044
Auszahlungen aus Transfers	3.940,525	135,629	3.735,198	19,580	45,705
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	36,489	3,403	32,906	0,180	
Auszahlungen aus der Gewährung von Darle-hen sowie gewährten Vorschüssen	2,247	2,239		0,008	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**8.078,703**	**1.080,538**	**6.917,546**	**26,412**	**45,749**
Nettogeldfluss	**-7.996,092**	**-1.044,355**	**-6.872,085**	**-25,447**	**-45,749**

GB 30.05 Frauen u. Gleichste.
0,001 0,001
0,002
4,413 4,045
8,458
-8,456

GB 30.05 Frauen u. Gleichste.
0,002
0,002
4,045 4,413
8,458
-8,456

Globalbudget 30.01 Steuerung und Services

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	40,623	26,386	
Erträge	**40,623**	**26,386**	
Personalaufwand	249,918	239,777	
Transferaufwand	135,629	187,249	
Betrieblicher Sachaufwand	712,876	721,778	
Aufwendungen	**1.098,423**	**1.148,804**	
Nettoergebnis	**-1.057,800**	**-1.122,418**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	34,086	26,386	31,746
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,018	0,018	0,000
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,079	2,080	2,347
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**36,183**	**28,484**	**34,093**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	939,267	1.024,707	959,118
Auszahlungen aus Transfers	135,629	187,249	177,255
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	3,403	4,496	3,017
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,239	2,239	1,687
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.080,538**	**1.218,691**	**1.141,077**
Nettogeldfluss	**-1.044,355**	**-1.190,207**	**-1.106,985**

Globalbudget 30.01 Steuerung und Services

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
1	Implementierung und flächendeckende Umsetzung der standardisierten kompetenzorientierten Reife- bzw. Reife- und Diplomprüfung, der standardisierten Berufsreifeprüfung (BRP)	Anzahl der Berufsbildenden höheren Schulen und Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik-Standorte im Schulversuch zur sRDP (teilstandardisierte, kompetenzorientierte Reife- und Diplomprüfung) sowie Umsetzung der Transparenzinstrumente wie ECVET (Kreditpunkte für die Berufsbildung) und NQR (berufsbezogener Qualifikationsrahmen): >70 (Schuljahr 2013/14)	Anzahl der Berufsbildenden höheren Schulen und Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik-Standorte im Schulversuch zur sRDP (teilstandardisierte, kompetenzorientierte Reife- und Diplomprüfung) sowie Umsetzung der Transparenzinstrumente wie ECVET (Kreditpunkte für die Berufsbildung) und NQR (berufsbezogener Qualifikationsrahmen): 72 (Schuljahr 2012/13)
		AbsolventInnen des Programms Lehre mit Matura (gesamte Programmperiode): 1.140	AbsolventInnen des Programms Lehre mit Matura (gesamte Programmperiode): 1.267 (Stand 15.11.2013)
		An Allgemein bildenden höheren Schulen beginnt 2013/14 durch die Wahl und Durchführung der VWA (Vorwissenschaftliche Arbeit) der erste „Echtlauf“ der neuen Reifeprüfung, die 2014/15 erstmals flächendeckend an den AHS umgesetzt wird (ausgenommen sind 5-jährige Oberstufenformen, die Gymnasien für Berufstätige sowie Reifeprüfungen vor Externistenkommissionen)	Allgemein bildende Schulen: Durchführung von Schulversuchen zur Klausur in lebenden Fremdsprachen, Unterrichtssprache Deutsch, klassischen Sprachen Latein und Griechisch, Mathematik; nicht standardisierten Klausuren gem. Prüfungsordnung 2012 sowie zur Vorwissenschaftlichen Arbeit; Durchführung der Reifeprüfung lt. Optionenmodell zur Erprobung als Gesamtpaket
1,2	Zurverfügungstellung von Angeboten im Bereich der Erwachsenenbildung	Anzahl Personen, die einen Pflichtschulabschluss nachgeholt haben: 990	Anzahl Personen, die einen Pflichtschulabschluss nachgeholt haben: 990 (Schätzung 2013)
		Anzahl Teilnehmende "Basisbildung": 5.7000	Anzahl Teilnehmende "Basisbildung": 5.565 (2013)
		Verlängerung der 15a-Vereinbarung 2015-2017 ist erfolgt	Initiative Erwachsenenbildung (IEB) - 15a-Vereinbarung 2012-2014 planmäßig umgesetzt
		Berufsreifeprüfung für Erwachsene: Anteil StudienanfängerInnen an Hochschulen (Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen) mit Berufsreifeprüfung: 2,40% (Schuljahr 2013/14)	Berufsreifeprüfung für Erwachsene: Anteil StudienanfängerInnen an Hochschulen (Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen) mit Berufsreifeprüfung: 2,27% (Schuljahr 2012/13)
		Fertigstellungsgrad Lehrpläne zur Neuorganisation der berufsbegleitenden Bildungsangebote – Berufsbildende Schulen für Berufstätige (Wert zwischen 0 und 1 = Anzahl für die Begutachtung aufbereiteter Lehrpläne in % aller Lehrpläne): 0,8 (Schuljahr 2013/14)	Fertigstellungsgrad Lehrpläne zur Neuorganisation der berufsbegleitenden Bildungsangebote – Berufsbildende Schulen für Berufstätige (Wert zwischen 0 und 1 = Anzahl für die Begutachtung aufbereiteter Lehrpläne in % aller Lehrpläne): 0,3 (Schuljahr 2012/13)

1,2	Ausbau der Berufsorientierung und Bildungsberatung auf der Sekundarstufe I unter besonderer Berücksichtigung geschlechtssensibler Berufsorientierung	Bilanzziehung abgeschlossen; Positionierung der Berufsorientierung und Bildungsberatung im Zuge der Umsetzung der PädagogInnenbildung NEU	Bilanz des Aktionszeitraumes 2010-2013: positiv
		Bedarfserhebung für einen bundesweiten BOKO-Lehrgang	Lehrgänge für Berfufsorientierungs-KoordinatorInnen (BOKO), Stand Ende 2012: 5 Bundesländer haben mindestens einen Lehrgang abgehalten, weitere in Vorbereitung
		Austausch mit den für Berufsorientierung zuständigen Personen an Pädagogischen Hochschulen und Landesschulräten hinsichtlich Qualität der Umsetzung von Berufsorientierung an den Schulen hat stattgefunden	Etablierung einer Arbeitsgruppe aus Personen, die an den Pädagogischen Hochschulen und an den Landesschulräten für Berufsorientierung zuständig sind
		Nachschärfung der Gesamtstrategie/Ausarbeitung eines Maßnahmenplans zur Erhöhung des Anteils von SchülerInnen in geschlechtsuntypischen Schulformen auf der 10. Schulstufe – Schwerpunkt Berufsorientierung	In den lfd. Lehrgängen für BO-LehrerInnen und BO-KoordinatorInnen ist ein Gender-Diversitäts-Modul integriert; Gegenstandsportal zur Berufsorientierung bietet genderspezifische Materialien und Informationen; Neuregelung der Werkerziehung der NMS
1, 2	Einführung einer neuen Ausbildung für Pädagoginnen und Pädagogen („Pädagog/innenbildung Neu“) unter Berücksichtigung der Stärkung der Gender- und Diversitykompetenz von Lehrenden und Führungskräften	Umstellung der Lehramtsausbildung für die Hauptschule auf die Lehramtsausbildung für die NMS	Bundesrahmengesetz für neue Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen: Kundmachung mit Juli 2013; Einrichtung Qualitätssicherungsrat mit 1. August 2013; Vorbereitungsarbeiten zur neuen Studienstruktur (Hochschul-Curriculaverordnung, Hochschul-Zulassungsverordnung) abgeschlossen
		In den Ziel- und Leistungsplänen aller Pädagogischen Hochschulen sind Ziele und Maßnahmen zur Stärkung der Gender- und Diversitätskompetenz ausgewiesen	Vorgaben für Ziel- und Leistungspläne 2014/15 für alle Pädagogische Hochschulen formuliert; Gender- und Diversitätskompetenz in der „PädagogInnenbildung neu" und Konzept für ein Bundeskoordinationszentrum "Gender_Diversitäts-kompetenz“
1,2	Teilnahme an internationalen Programmen und Finanzierungsfazilitäten zur internationalen Ausrichtung des Bildungswesens	Beauftragung der Nationalagentur mit der Umsetzung der neuen Programmgeneration Erasmus+	Start des neuen EU-Programmes für Bildung, Jugend und Sport
		Sicherstellung der nationalen Kofinanzierung zur Umsetzung des Erasmus+ Arbeitsprogrammes 2014	Kofinanzierung des Programmes „Lebenslanges Lernen“

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

- Zurverfügungstellung von Vorbereitungslehrgängen zur Ablegung der Berufsreifeprüfung insbesondere für Jugendliche aus dem Dualen System (Förderprogramm: Berufsmatura: Lehre mit Reifeprüfung): die Maßnahme wird durch die Maßnahme 2 abgelöst
- Flächendeckende Testung der Erreichung der verordneten Bildungsstandards in den 4. und 8. Schulstufen (Volksschule, Hauptschule/Neue Mittelschule, Allgemein bildende höhere Schule) und Nutzung der Ergebnisse als Anstoß für die Qualitätsentwicklung der Schulen bzw. des Schulsystems: die Maßnahme wird durch die Maßnahme 1 abgelöst

- Zurverfügungstellung von Vorbereitungslehrgängen zur Ablegung der Berufsreifeprüfung insbesondere für Jugendliche aus dem Dualen System (Förderprogramm: Berufsmatura: Lehre mit Reifeprüfung): die Maßnahme wird durch Maßnahme 2 abgelöst
- Implementierung und flächendeckende Umsetzung der standardisierten kompetenzorientierten Reifeprüfung: die Maßnahme wird durch die Maßnahme 1 abgelöst
- Ausbau von Qualifizierungsmaßnahmen im Hinblick auf Gender- und Diversitykompetenz in der LehrerInnenbildung und bei Führungskräften: die Maßnahme wird durch die Maßnahme 4 abgelöst

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Sicherstellung der Qualitätsverbesserungen von Unterricht und Schule durch Bildungsstandards (Bund 2012/11, SE 13)
ad 1	Die Umsetzung der flächendeckenden Überprüfung der Bildungsstandards im österreichischen Schulwesen ist derzeit im Gange.

2	Entwicklung aussagekräftiger Benchmarks und Kenndaten für die Bildungsausgaben der verschiedenen Schulsysteme (Bund 2011/9, SE 2)
ad 2	Die Empfehlung des RH stammt aus einer Prüfung des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens. Mangels Zuständigkeit und daher mangels Datengrundlagen kann das BMBF keine Kennzahlen für diesen Schulbereich ermitteln.

3	Abschluss von jährlichen detaillierten Ziel– und Leistungsvereinbarungen mit den zuständigen VerantwortungsträgerInnen in der Verwaltung (Bund 2011/1, SE 7)
ad 3	Der Abschluss von Vereinbarungen in Form von Ressourcen-, Ziel- und Leistungsplänen ist Teil der 2. Etappe der Haushaltsrechtsreform und wird ab 1.1.2013 im BMBF konsequent umgesetzt.

4	Analyse der Frage nach Erledigung der an das BIFIE übertragenen Aufgaben durch das BMUKK selbst im Rahmen der im BIFIE–Gesetz geforderten Evaluierung (Bund 2012/11, SE 1)
ad 4	Im Rahmen der kommenden BIFIE-Gesetzes-Novelle ist zu prüfen, ob hoheitliche Aufgaben effektiver und kostengünstiger durch das Ressort übernommen werden können.

5	Einsatz der Lehrplanstellen für Sprachförderkurse ausschließlich für die Durchführung von Sprachförderkursen; Bedeckung integrativer und unterrichtsparalleler Fördermaßnahmen („Deutsch als Zweitsprache“) aus den Stellenplänen der Länder (Bund 2013/6, SE 24)
ad 5	Der Mitteleinsatz für Sprachförderkurse an allgemein bildenden Pflichtschulen unterliegt in ressourcentechnischer Hinsicht, den erlassenen Vorgaben des BMBF im Rahmen der Stellenplanrichtlinie für allgemein bildende Pflichtschulen folgend, der laufenden Überprüfung und Evaluierung.

Globalbudget 30.01 Steuerung und Services
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 30.01 Steuerung u.Services**	DB 30.01.01 Zentralstelle	DB 30.01.02 Regionale Verwaltung	DB 30.01.03 Infrastruktur	DB 30.01.04 Qualitäts-entwicklung
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	40,623	1,292	22,632	0,010	0,139
Erträge	**40,623**	**1,292**	**22,632**	**0,010**	**0,139**
Personalaufwand	249,918	42,408	82,286		0,606
Transferaufwand	135,629	0,007	0,003	0,031	23,298
Betrieblicher Sachaufwand	712,876	25,616	27,690	531,962	29,457
Aufwendungen	**1.098,423**	**68,031**	**109,979**	**531,993**	**53,361**
Nettoergebnis	**-1.057,800**	**-66,739**	**-87,347**	**-531,983**	**-53,222**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 30.01 Steuerung u.Services**	DB 30.01.01 Zentralstelle	DB 30.01.02 Regionale Verwaltung	DB 30.01.03 Infrastruktur	DB 30.01.04 Qualitäts-entwicklung
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	34,086	0,077	20,996	0,010	0,139
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,018	0,003	0,004		0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,079	0,279	1,800		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**36,183**	**0,359**	**22,800**	**0,010**	**0,141**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	939,267	65,946	107,008	521,153	30,063
Auszahlungen aus Transfers	135,629	0,007	0,003	0,031	23,298
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	3,403	0,649	1,560		0,005
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,239	0,600	1,639		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.080,538**	**67,202**	**110,210**	**521,184**	**53,366**
Nettogeldfluss	**-1.044,355**	**-66,843**	**-87,410**	**-521,174**	**-53,225**

DB 30.01.05 Leh-rer/Innenbildung	DB 30.01.06 LLL	DB 30.01.07 Förderungen
4,326	12,223	0,001
4,326	**12,223**	**0,001**
123,284	1,334	
2,935	46,016	63,339
95,715	2,435	0,001
221,934	**49,785**	**63,340**
-217,608	**-37,562**	**-63,339**

DB 30.01.05 Leh-rer/Innenbildung	DB 30.01.06 LLL	DB 30.01.07 Förderungen
0,658	12,206	
0,007	0,002	
0,665	**12,208**	
211,485	3,611	0,001
2,935	46,016	63,339
1,143	0,046	
215,563	**49,673**	**63,340**
-214,898	**-37,465**	**-63,340**

Globalbudget 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	105,498	41,388	
Erträge	**105,498**	**41,388**	
Personalaufwand	2.937,911	3.249,805	
Transferaufwand	3.735,203	3.325,882	
Betrieblicher Sachaufwand	325,666	327,364	
Finanzaufwand	0,009	0,009	
Aufwendungen	**6.998,789**	**6.903,060**	
Nettoergebnis	**-6.893,291**	**-6.861,672**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	45,430	41,388	51,510
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,031	0,030	0,046
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**45,461**	**41,418**	**51,556**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	3.149,442	3.483,192	3.063,073
Auszahlungen aus Transfers	3.735,198	3.327,162	3.678,252
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	32,906	31,260	28,984
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.917,546**	**6.841,614**	**6.770,310**
Nettogeldfluss	**-6.872,085**	**-6.800,196**	**-6.718,754**

Globalbudget 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
1,2	Qualitätsvolle Umsetzung der Neuen Mittelschule (NMS) im Sinne einer neuen Lehr- und Lernkultur	Schuljahr 2013/14: neue Klassen an Standorten der NMS in der Generation 6: 561 (Klassen an allen NMS insgesamt 5.805)	Schuljahr 2012/13: neue Klassen an Standorten der NMS in der Generation 5: 613 (Klassen an allen NMS insgesamt 4.242)
		Anzahl der LerndesignerInnen an allen neuen NMS Standorten + 254 (Anzahl der LerndesignerInnen gesamt 945)	Anzahl der LerndesignerInnen an allen neuen Standorten der NMS: + 260 (Anzahl der LerndesignerInnen gesamt: 691)
1,2	Bereits bestehende Möglichkeiten im Rahmen der Schulautonomie forcieren und zusätzliche ermöglichen	Durchführung einer Informationsoffensive an Schulen bezüglich schon jetzt bestehender Gestaltungsspielräume im Schulalltag	Neue Maßnahme, die im Regierungsprogramm vorgesehen ist
		Maßnahmenbündel zur Erweiterung der Schulautonomie ist ausgearbeitet und wird umgesetzt	Nutzung der Schulautonomie nach den derzeitigen rechtlichen Rahmenbedingungen
		Implementierung des IT-Tools (Getyourteacher) zum Lehrerpersonalmanagement an allen LSR/SSR und den Schulen mit Bundeslehrerpersonal	keine elektronische Mitwirkung der SchulleiterInnen bei der PädagogInnen-Auswahl
1,2	Quantitativer und qualitativer Ausbau ganztägiger Schulformen von der 1. bis zur 9. Schulstufe	Anzahl der Betreuungsplätze an Allgemein bildenden höheren Schulen und Allgemein bildenden Pflichtschulen: 129.036	Anzahl der Betreuungsplätze an Allgemein bildenden höheren Schulen und Allgemein bildenden Pflichtschulen: 119.036
1,2	Aufbau eines pädagogischen Übergangsmanagements vom Kindergarten zur Volksschule um Übergänge kindgerecht zu gestalten sowie zur Stärkung der Grundkompetenzen und Kulturtechniken	20 Netzwerkprojekte sind eingerichtet	Neue Maßnahme, die im Regierungsprogramm vorgesehen ist
1,2	Ausbau der Integrationsklassen und Weiterentwicklung der inklusiven Bildung	Vorbereitung des Ausbaus von Integrationsklassen an Allgemein bildenden höheren Schulen und Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen	Ein Schulversuch zu Integrationsklassen
		Vorbereitung der Einrichtung inklusiver Modellregionen	Entwicklung eines Konzepts für inklusive Modellregionen
		Anzahl der Haushaltungsschulen (Wirtschaftsfachschulen), an denen im Schuljahr 2013/14 SchülerInnen mit Sonderpädagogischen Förderbedarf unterrichtet werden: >5	Anzahl der Haushaltungsschulen (Wirtschaftsfachschulen), an denen im Schuljahr 2012/13 SchülerInnen mit Sonderpädagogischen Förderbedarf unterrichtet werden: 5

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

- Ausbau der schulischen Tagesbetreuung an Pflichtschulen und der Unterstufe der allgemein bildenden höheren Schulen: die Maßnahme wurde sprachlich angepasst und entspricht inhaltlich der Maßnahme 3
- Flächendeckende Einführung der neuen Mittelschule an allen Hauptschulen: die Maßnahme wurde sprachlich angepasst und entspricht inhaltlich der Maßnahme 1
- Neugestaltung der Schullaufbahn ab der 10. Schulstufe durch ein Modularisierungsmodell: diese Maßnahme wird nicht mehr unter den 5 wichtigsten Maßnahmen geführt aber weiterhin planmäßig verfolgt.

- Abschluss der Schulpflicht von SchülerInnen mit Sonderpädagogischen Förderbedarf auf der 9. Schulstufe an Polytechnischen Schulen und einjährigen Haushaltungsschulen in integrativ geführten Klassen: diese Maßnahme wird nicht mehr unter den 5 wichtigsten Maßnahmen geführt aber weiterhin planmäßig verfolgt.
- Ausbau der Berufsorientierung und Bildungsberatung auf der Sekundarstufe I unter besonderer Berücksichtigung geschlechtssensibler Berufsorientierung: diese Maßnahme wird durch die Maßnahme 3 im GB 3001 abgelöst

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Hinwirkung auf eine Konzentration der Aufgaben–, Ausgaben– und Finanzierungsverantwortung in Hinblick auf eine Strukturbereinigung im Schulwesen (Bund 2013/12, SE 1; Bund 2012/4, SE 1, Bund 2013/6, SE 4)
ad 1	Die grundlegende Struktur der Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung im Schulwesen ist verfassungsrechtlich eindeutig vorgegeben. Entscheidungen über eine Änderung dieser Strukturen obliegen daher ausschließlich dem Bundesverfassungsgesetzgeber.

2	Eingehende Analyse des Mitteleinsatzes für die Neue Mittelschule in der Sekundarstufe I unter Berücksichtigung langfristiger Wirkungen und volkswirtschaftlicher Folgekosten (Bund 2013/12, SE 23)
ad 2	Das BMBF wird aufbauend auf den vorhandenen und weiter zu verbessernden Datengrundlagen die Ressourceneinsätze an beiden Schultypen beobachten.

3	Auslotung der Möglichkeiten für den Ersatz von LehrerInnen durch Verwaltungsbedienstete für administrative Tätigkeiten an den Schulen (Bund 2013/5, SE 16)
ad 3	Jegliche Ausweitung im Bereich des Verwaltungspersonals ist vor dem Hintergrund der Vorgaben aus dem jeweils beschlossenen Personalplan zu beurteilen. Wertvolle Erkenntnisse im Bereich der IT-Betreuung konnten durch ein auch vom RH positiv beurteiltes Pilotprojekt gewonnen werden, das als Kern eine Fokussierung der LehrerInnen auf die pädagogischen Belange und eine Ausweitung des Verwaltungspersonals durch IT-AssistentInnen hat.

4	Laufende Verfolgung der tatsächlichen Entwicklung der Planstellen und rechtzeitige Ergreifung von Gegensteuerungsmaßnahmen bei drohenden Personalüberschreitungen; jedenfalls Einhaltung der Vorgaben der Grundzüge des Personalplans (Bund 2013/5, SE 8)
ad 4	Das BMBF beobachtet laufend die tatsächlich eingesetzte Personalkapazität sowohl im Bereich der Lehre als auch der allgemeinen Verwaltung. Weiters werden regelmäßig mehrjährige Prognosen für beide genannten Bereiche angestellt, womit ein effizientes Gegensteuern rechtzeitig ermöglicht wird.

5	Fortsetzung der Bemühungen bei der Abstimmung und Steuerung der Aktivitäten zur Förderung von SchülerInnen mit Migrationshintergrund; Verstärkung auf den unterschiedlichen Ebenen des Bildungssystems (Bund 2013/6, SE 5)
ad 5	Ein erster konkreter Schritt wird mit der Einrichtung gemeinsamer Qualitätskriterien für standortbezogene Sprachfördermodelle (Sprachfördercluster, Netzwerkschulen) beim Übergang vom Kindergarten zur Volksschule gesetzt

Globalbudget 30.02 Schule einschließlich Lehrpersonal
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 30.02 Schule/ Lehrperso-nal**	DB 30.02.01 Pflicht schulenSek I	DB 30.02.02 AHS Sek I	DB 30.02.03 Pflichtsch. Sek II	DB 30.02.04 AHS Sek II
Erträge aus der operativen Verwaltungstätig-keit und Transfers	105,498	0,808	16,836	0,001	16,673
Erträge	**105,498**	**0,808**	**16,836**	**0,001**	**16,673**
Personalaufwand	2.937,911	14,969	476,794	1,530	713,527
Transferaufwand	3.735,203	3.566,438	0,004	157,951	0,004
Betrieblicher Sachaufwand	325,666	14,180	61,482	0,150	66,457
Finanzaufwand	0,009	0,001	0,001		0,001
Aufwendungen	**6.998,789**	**3.595,588**	**538,281**	**159,631**	**779,989**
Nettoergebnis	**-6.893,291**	**-3.594,780**	**-521,445**	**-159,630**	**-763,316**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 30.02 Schule/ Lehrperso-nal**	DB 30.02.01 Pflicht schulenSek I	DB 30.02.02 AHS Sek I	DB 30.02.03 Pflichtsch. Sek II	DB 30.02.04 AHS Sek II
Einzahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit und Transfers	45,430	0,413	3,530	0,001	5,460
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,031	0,003			0,012
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**45,461**	**0,416**	**3,530**	**0,001**	**5,472**
Auszahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit	3.149,442	26,716	515,616	0,148	762,914
Auszahlungen aus Transfers	3.735,198	3.566,433	0,004	157,951	0,004
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	32,906	0,200	5,568		2,939
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.917,546**	**3.593,349**	**521,188**	**158,099**	**765,857**
Nettogeldfluss	**-6.872,085**	**-3.592,933**	**-517,658**	**-158,098**	**-760,385**

DB 30.02.05 BMHS	DB 30.02.06 BA-KIP/BASOP	DB 30.02.07 Zweckgeb. Gebarung	DB 30.02.08 Auslands-schulen	DB 30.02.09 Heime & Sonstige	DB 30.02.10 Private Träger
25,250	2,290	23,677	0,450	11,263	8,250
25,250	**2,290**	**23,677**	**0,450**	**11,263**	**8,250**
1.178,638	57,981	0,004	24,462	16,279	453,727
0,002	0,002		0,064	0,010	10,728
116,582	7,939	19,829	4,295	11,756	22,996
0,003	0,001			0,002	
1.295,225	**65,923**	**19,833**	**28,821**	**28,047**	**487,451**
-1.269,975	**-63,633**	**3,844**	**-28,371**	**-16,784**	**-479,201**

DB 30.02.05 BMHS	DB 30.02.06 BA-KIP/BASOP	DB 30.02.07 Zweckgeb. Gebarung	DB 30.02.08 Auslands-schulen	DB 30.02.09 Heime & Sonstige	DB 30.02.10 Private Träger
0,853	0,599	23,557	0,100	10,867	0,050
0,007	0,002	0,001		0,006	
0,860	**0,601**	**23,558**	**0,100**	**10,873**	**0,050**
1.240,939	62,946	19,607	28,156	27,229	465,171
0,002	0,002		0,064	0,010	10,728
19,310	0,551	3,951		0,387	
1.260,251	**63,499**	**23,558**	**28,220**	**27,626**	**475,899**
-1.259,391	**-62,898**		**-28,120**	**-16,753**	**-475,849**

Globalbudget 30.03 Kunst und Kultur

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,994	10,171	
Erträge	**0,994**	**10,171**	
Personalaufwand	1,958	12,701	
Transferaufwand	19,580	117,719	
Betrieblicher Sachaufwand	4,799	32,632	
Aufwendungen	**26,337**	**163,052**	
Nettoergebnis	**-25,343**	**-152,881**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,961	10,171	7,360
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,005	0,014
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,002	0,002	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,965**	**10,178**	**7,374**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	6,644	44,785	41,532
Auszahlungen aus Transfers	19,580	117,719	110,914
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,180	1,035	0,928
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,008	0,025	0,007
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**26,412**	**163,564**	**153,381**
Nettogeldfluss	**-25,447**	**-153,386**	**-146,007**

Globalbudget 30.03 Kunst und Kultur

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

Globalbudget 30.03 Kunst und Kultur
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 30.03 Kunst und Kultur**	DB 30.03.01 Steuerung Kultur	DB 30.03.02 Förderungen Kunst	DB 30.03.03 Denkmal-schutz	DB 30.03.04 Kultur: Sonstige
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,994		0,002	0,919	0,073
Erträge	**0,994**		**0,002**	**0,919**	**0,073**
Personalaufwand	1,958			1,753	0,205
Transferaufwand	19,580		15,792	3,237	0,551
Betrieblicher Sachaufwand	4,799	0,153	0,396	0,793	3,457
Aufwendungen	**26,337**	**0,153**	**16,188**	**5,783**	**4,213**
Nettoergebnis	**-25,343**	**-0,153**	**-16,186**	**-4,864**	**-4,140**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 30.03 Kunst und Kultur**	DB 30.03.01 Steuerung Kultur	DB 30.03.02 Förderungen Kunst	DB 30.03.03 Denkmal-schutz	DB 30.03.04 Kultur: Sonstige
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,961		0,002	0,900	0,059
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002				0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,002			0,002	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,965**		**0,002**	**0,902**	**0,061**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	6,644	0,153	0,396	2,452	3,643
Auszahlungen aus Transfers	19,580		15,792	3,237	0,551
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,180		0,113	0,060	0,007
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,008			0,008	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**26,412**	**0,153**	**16,301**	**5,757**	**4,201**
Nettogeldfluss	**-25,447**	**-0,153**	**-16,299**	**-4,855**	**-4,140**

Globalbudget 30.04 Ausgegliederte Kultureinrichtungen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		0,001	
Erträge		**0,001**	
Transferaufwand	45,705	278,687	
Betrieblicher Sachaufwand	0,044	0,308	
Aufwendungen	**45,749**	**278,995**	
Nettoergebnis	**-45,749**	**-278,994**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		0,001	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)		**0,001**	
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,044	0,308	0,033
Auszahlungen aus Transfers	45,705	278,687	279,041
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**45,749**	**278,995**	**279,074**
Nettogeldfluss	**-45,749**	**-278,994**	**-279,074**

Globalbudget 30.04 Ausgegliederte Kultureinrichtungen

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

Globalbudget 30.04 Ausgegliederte Kultureinrichtungen
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 30.04 Kulturein richtungen**	DB 30.04.01 Museen & ÖNB	DB 30.04.02 Theater
Transferaufwand	45,705	21,560	24,145
Betrieblicher Sachaufwand	0,044	0,044	
Aufwendungen	**45,749**	**21,604**	**24,145**
Nettoergebnis	**-45,749**	**-21,604**	**-24,145**

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	**GB 30.04 Kulturein richtungen**	DB 30.04.01 Museen & ÖNB	DB 30.04.02 Theater
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,044	0,044	
Auszahlungen aus Transfers	45,705	21,560	24,145
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**45,749**	**21,604**	**24,145**
Nettogeldfluss	**-45,749**	**-21,604**	**-24,145**

Globalbudget 30.05 Frauenangelegenheiten und Gleichstellung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001		
Finanzerträge	0,001		
Erträge	**0,002**		
Transferaufwand	4,413		
Betrieblicher Sachaufwand	4,045		
Aufwendungen	**8,458**		
Nettoergebnis	**-8,456**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,002		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,002**		
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	4,045		
Auszahlungen aus Transfers	4,413		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**8,458**		
Nettogeldfluss	**-8,456**		

Globalbudget 30.05 Frauenangelegenheiten und Gleichstellung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
3	Erstellung von standardisierten Tätigkeitsberichten durch die Frauen- und Mädchenberatungs-einrichtungen (FMBE)	Über das Förderjahr 2013 liegen standardisierte Tätigkeitsberichte von allen geförderten FMBE vor	Über das Förderjahr 2012 liegen 2013 standardisierte Tätigkeitsbe-richte von den am Probebetrieb teilnehmenden FMBE vor
3	Koordinierung von Maßnahmen und Programmen zur Eindäm-mung von Gewalt gegen Frauen	Entwurf eines NAP „Schutz der Frauen vor Gewalt“ liegt auf Verwaltungsebene vor	Eine Interministerielle Arbeits-gruppe zur Erarbeitung eines NAP „Schutz der Frauen vor Gewalt“ ist eingerichtet
3	Umsetzung des neuen Finanzie-rungsmodells für die Interventi-onsstelle für Betroffene von Frau-enhandel (IBF)	Neues Finanzierungsmodell für IBF wird angewendet	Neues Finanzierungsmodell ist ausgearbeitet und mit BMI ak-kordiert
3	Erstellung des Gleichbehand-lungsberichts für die Privatwirt-schaft 2012/13 sowie des Gleich-behandlungsberichts des Bundes 2014	Gleichbehandlungsberichte wer-den im 4. Quartal in den National-rat eingebracht	Gleichbehandlungsbericht für die Privatwirtschaft 2010/11 sowie Gleichbehandlungsbericht des Bundes 2012 wurden im 4. Quar-tal 2012 in den Nationalrat einge-bracht
2, 3	Aufbau und Evaluierung einer Online-Informationsplattform zur Erhöhung des Anteils von Mäd-chen und Frauen in technischen Berufen	Die Informationsplattform ist bis spätestens 31.12.2014 online.	Diese Maßnahme ist im aktuellen Regierungsprogramm vorgesehen

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

- Sicherstellung der Beratung und Betreuung von gewaltbetroffenen Frauen in den Interventionsstellen: Die Maßnahme wurde planmäßig umgesetzt.
- Erstellung des Berichts zur Umsetzung des NAP Gleichstellung im Rahmen des Berichts 2011/12 betreffend den Abbau von Benachteiligungen von Frauen (Bundesgesetzblatt 837/1992): Die Maßnahme wurde planmäßig umgesetzt.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Vereinheitlichung der Förderungsgrundlagen und Abstimmung mit anderen Förderungsstellen im Bereich der Frauen-förderung (Bund 2008/4, SE 4)
ad 1	Österreichweit dokumentieren geförderte Frauenberatungseinrichtungen ihre Tätigkeit seit 2013 verpflichtend auf Basis publizierter, einheitlicher Grundlagen. Ein Bundesland hat sich bereits angeschlossen.

2	Vornahme einer genaueren Definiton bzw. Abgrenzung der Förderungsschwerpunkte (Bund 2012/6, SE 3)
ad 2	Sämtliche geförderte Einrichtungen und Projekte sind eindeutig beschlagwortet.

3	Konkrete Zielvereinbarungen mit den FörderungsnehmerInnen im Bereich der Frauenförderung (Bund 2008/4, SE 7)
ad 3	Alle Rahmenförderverträge enthalten konkrete Zielvereinbarungen.

4	Implementierung einer Datenbanklösung zur Verringerung manipulativer Tätigkeiten und Ermöglichung ressourcen-schonender Auswertungen unter Berücksichtigung der Kompatibilität mit bundesweiten Systemen im Bereich der Frauenförderung (Bund 2008/4, SE 10)
ad 4	Am Einstieg in die Förderdatenbank des BMBF mit Schnittstellen zur Haushaltsverrechnung in SAP und zur Transpa-renzdatenbank wird gearbeitet.

5	Festlegung von Obergrenzen für die Förderung von Personalkosten in Abstimmung mit den anderen Förderungsstellen (Bund 2012/6, SE 4)
ad 5	2014 werden Obergrenzen für die Förderung von Personalkosten maximal bis zu jener Höhe für vergleichbare Bundesbedienstete eingeführt. Gespräche mit dem BMFJ als wesentlichem Ko-Fördergeber laufen.

Globalbudget 30.05 Frauenangelegenheiten und Gleichstellung
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 30.05 Frauen u. Gleichste.**	DB 30.05.01 Frauen u. Gleichste.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001	0,001
Finanzerträge	0,001	0,001
Erträge	**0,002**	**0,002**
Transferaufwand	4,413	4,413
Betrieblicher Sachaufwand	4,045	4,045
Aufwendungen	**8,458**	**8,458**
Nettoergebnis	**-8,456**	**-8,456**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 30.05 Frauen u. Gleichste.**	DB 30.05.01 Frauen u. Gleichste.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,002	0,002
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,002**	**0,002**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	4,045	4,045
Auszahlungen aus Transfers	4,413	4,413
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**8,458**	**8,458**
Nettogeldfluss	**-8,456**	**-8,456**

Untergliederung 31 Wissenschaft und Forschung

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

- **Wir** tragen Verantwortung für Wissenschaft, Forschung und Hochschulbildung als unverzichtbare Basis des Gemeinwohls, der Leistungs- und Zukunftsfähigkeit in Österreich und gestalten maßgeblich die Rahmenbedingungen für wissenschaftliche und künstlerische Kreativität und Ideenreichtum, erfolgreiche Forschung und gesellschaftliche Innovation.
- **Wir** leisten wichtige Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung des nationalen wie europäischen Hochschul- und Forschungsraums und positionieren Österreich international im Kreis der aufstrebenden Forschungsnationen. Nachwuchsförderung und die Förderung von wissenschaftlichen Karrieren haben für uns höchste Priorität.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**0,545**	**0,640**	**1,471**
Auszahlungen fix	3.931,108	4.078,121	4.022,015	3.777,581
Summe Auszahlungen	**3.931,108**	**4.078,121**	**4.022,015**	**3.777,581**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-4.077,576**	**-4.021,375**	**-3.776,111**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	1,328	0,326	
Aufwendungen	4.081,398	4.022,456	
Nettoergebnis	**-4.080,070**	**-4.022,130**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:

Erhöhung der Anzahl der Bildungsabschlüsse an Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten, unter Berücksichtigung der Kapazitäten in den Studien, wobei die soziale Herkunft der Studierenden die soziale Struktur der Bevölkerung widerspiegeln soll.

Warum dieses Wirkungsziel?

In einer Wissensgesellschaft, in der die Faktoren Bildung und Wissen zu immer wichtigeren Produktions- und Standortfaktoren werden, können das volkswirtschaftliche Niveau und der soziale Wohlstand nur durch eine beständige Ausweitung dieser Größen gehalten werden. Dazu sind Regelungen zum Hochschulzugang und eine gezielte Studienwahl vorzusehen. So können gute Studienbedingungen und letztlich auch gute Berufschancen erreicht werden. Schließlich muss auch wie schon in der EU-Strategie Europa 2020 gefordert sichergestellt sein, dass quer durch alle sozialen Bereiche Chancen, Begabungen und Ideen zur Bildung aktiviert werden, um gesamtgesellschaftlich sowohl von Bildung und Wissen als auch dem technologischen und sozialen Fortschritt gemeinsam zu profitieren. Wie in der FTI-Strategie der Bundesregierung festgehalten sollen die Humanpotentiale im Bereich Mathematik, Informationstechnologie , Naturwissenschaft und Technik (MINT) durch gezielte Förderung im (vor-) schulischen Unterricht und an universitären Einrichtungen gestärkt und junge Talente gefördert werden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Stärkung der Studienberatung durch den Ausbau der Projekte „Studienchecker“ und „ÖH-MaturantInnenberatung“ (ÖH: Österreichische HochschülerInnenschaft), sowie „Studieren Probieren“, wobei die Internetplattform www.studienwahl.at das Beratungsangebot komplettiert, Forcierung der MINT-Aktivitäten (MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik)
- Weiterer Ausbau des Programmes Sparkling Science zur voruniversitären Förderung von Kindern bzw. Jugendlichen (auch im Hinblick auf wissenschaftliche und akademische Berufskarrieren)

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 31.1.1	Abschlüsse an Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten					
Berechnungsmethode	Absolute Zahl					
Datenquelle	uni:data					
Entwicklung	Istzustand 2009/2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2014/2015
	38.865 (20.734 Frauen, 18.131 Männer)	44.059 (23.621 Frauen, 20.438 Männer)	46.297 (25.240 Frauen, 21.057 Männer)	51.000 (28.700 Frauen, 22.300 Männer)	53.000 (29.800 Frauen, 23.200 Männer)	55.000 (30.900 Frauen, 24.100 Männer)

	Ursprünglich wurde für 2012/13 der Zielwert 46.000 ausgewiesen. Aufgrund des Vorliegens rezenter Daten wurde der Zielwert für 2012/13 auf 51.000 adaptiert.

Kennzahl 31.1.2	AkademikerInnenquote					
Berechnungs-methode	Anteil der 30-34jährigen mit einem tertiären oder gleichwertigen Bildungsabschluss an der Gesamtbevölkerung					
Datenquelle	Statistik Austria (Mikrozensus)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	37,0% (40,4% bei Frauen, 33,6% bei Männern)	38,2% (42,1% bei Frauen, 34,4% bei Männern)	39,6 % (41,7 % Frauen, 37,6 % Männer)	40,0% (42,0 %Frauen, 38,0% Männer)	40,0% (42,0 %Frauen, 38,0% Männer)	40,0% (42,0 %Frauen, 38,0% Männer)
	Ursprünglich wurde für 2013 der Zielwert 38,3% ausgewiesen. Aufgrund des Vorliegens rezenter Daten wurde der Zielwert für 2013 auf 40,0% adaptiert					

Kennzahl 31.1.3	Anteil der StudienbeihilfebezieherInnen an Universitäten, die zumindest zwei Semester Studienbeihilfe bezogen haben im Verhältnis zu den AbsolventInnen desselben Wintersemesters					
Berechnungs-methode	StudienbeihilfebezieherInnen an Universitäten, die zumindest zwei Semester Studienbeihilfe bezogen haben : AbsolventInnen desselben Wintersemesters					
Datenquelle	Hochschulstatistik					
Entwicklung	Istzustand 2009/2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	32,1%	31,9%	30,3 %	Mind. 30 %	Mind. 30 %	Mind. 30 %

Kennzahl 31.1.4	AnfängerInnenzahl für die 20 frequentiertesten Studienrichtungen					
Berechnungs-methode						
Datenquelle	uni:data					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	38.733 (23.638 Studentinnen, 15.095 Studenten)	39.709 (23.699 Studentinnen, 16.010 Studenten)	41.119 (24.987 Studentinnen, 16.132 Studenten)	39.700 (24.400 Studentinnen, 15.300 Studenten)	39.700 (24.400 Studentinnen, 15.300 Studenten)	39.700 (24.400 Studentinnen, 15.300 Studenten)
	Ursprünglich wurde 2013 für Frauen der Zielwert 23.700 bzw. für Männer 16.000 ausgewiesen. Aufgrund des Vorliegens rezenter Daten wurde der Frauen-Zielwert auf 24.400 der Männer-Zielwert auf 15.300 adaptiert					

Kennzahl 31.1.5	Bildungsabschluss der Eltern von StudienanfängerInnen					
Berechnungs-methode	Erstimmatrikulierte inländische ordentliche Studierende an öffentlichen Universitäten, von denen kein Elternteil einen Universitätsabschluss hat					
Datenquelle	Statistik Austria, USTAT 1, Berechnung BMWFW					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Nicht verfügbar	77,0% (77,9 % Frauen, 76,0 % Männer)	75,8 % (76,2 % Frauen, 75,2 % Männer)	77,2%; (77,9 % Frauen, 76,0 % Männer)	77,2% (77,9 % Frauen, 76,0 % Männer)	77,2% (77,9 % Frauen, 76,0 % Männer)

Wirkungsziel 2:
Schaffung eines in Lehre und Forschung abgestimmten Hochschul- und Forschungsraumes durch Umsetzung des österreichischen Hochschulplanes
Warum dieses Wirkungsziel?
Der Wissenschafts- und Forschungsbetrieb muss durch gezielte Koordinierung und vorausschauende Steuerung zu einem gesamtheitlichen System hin abgestimmt werden, um international wettbewerbsfähig zu sein. Der Abbau von Doppelgleisigkeiten, die koordinierte Steuerung des Wissenschaftssystems, die Generierung von Synergieeffekten durch gemeinsame Nutzung

von Forschungsinfrastrukturen und die Konzentration der Forschung, insbesondere auf die globalen Herausforderungen unter besonderer Berücksichtigung der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung, sollen dazu beitragen, dass Österreich nicht nur ein attraktiver Forschungs- und Wirtschaftsstandort bleibt, sondern auch dafür sorgen, dass die nachhaltig organisierte Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Österreich weiterhin sowohl ein zielgerichtetes, schnelles und erfolgreiches Studieren, ein modernes, innovatives Arbeiten und ein Leben in Wohlstand ermöglichen. Dies entspricht einem umfassenden Ansatz der Innovationspolitik wie er in den Prinzipien der FTI-Strategie der Bundesregierung festgehalten wurde.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Weiterentwicklung und Umsetzung eines umfassenden Hochschulplanes
- Initiierung von universitären Kooperationen mit Universitäten und außeruniversitären Institutionen auf nationaler und EU-Ebene
- Begleitung und Umsetzung von Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten
- Leistungsvereinbarungen mit dem Institute of Science and Technology Austria (IST Austria) und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW)

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 31.2.1	Anzahl der universitären Kooperationen mit Universitäten und außeruniversitären Institutionen national					
Berechnungs-methode	Absolute Zahl					
Datenquelle	Uni:data (Wissensbilanz 1.C.1)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	2.343	2.438	2.781	2.900	2.900	2.900
	Ursprünglich wurde für 2013 der Zielwert 2.500 ausgewiesen. Aufgrund des Vorliegens rezenter Daten wurde der Zielwert für 2013 auf 2.900 adaptiert					

Kennzahl 31.2.2	Höhe der studienrelevanten Mobilität der AbsolventInnen (USTAT 2)					
Berechnungs-methode	Anzahl der AbsolventInnen, die einen studienrelevanten Auslandsaufenthalt absolviert haben an allen AbsolventInnen des selben Jahres					
Datenquelle	Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2009/2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2014/2015
	27,2 % (30,1 % Frauen, 24 % Männer)	25,6 % (28,1 % Frauen, 22,8 % Männer)	Noch nicht verfügbar	27,4 % (30 % Frauen, 25 % Männer)	27,4 % (30 % Frauen, 25 % Männer)	27,4 % (30 % Frauen, 25 % Männer)

Kennzahl 31.2.3	Zahl der genehmigten EU-Forschungsrahmenprogramm-Projekte für Universitäten und außeruniversitäre Institutionen in der Säule „Grand Challenges“ (bis 2013: 7. Rahmenprogramm, seit 2014 Horizon 2020)					
Berechnungs-methode	Absolute Zahl					
Datenquelle	PROVISO, vgl. http://www.bmwf.gv.at/fileadmin/user_upload/proviso/PROVISO_UB7rp2875eha141211_WEB.pdf					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	Nicht verfügbar	778	848	800	100	700
	Das. 7. EU-Forschungsrahmenprogramm lief von 2007 bis 2013. Die Kennzahlen bis 2013 beziehen sich somit auf dieses Programm. Im Nachfolgeprogramm Horizon 2020 (Laufzeit von 2014 bis 2020) beginnt die Kennzahl (Zielwert für 2014: 100) wieder bei 0. Daher ist keine Fortschreibung der Werte möglich, woraus der Sprung von 800 auf 100 resultiert					

Kennzahl 31.2.4	Betreuungsrelation (Lehrende – Studierende)					
Berechnungs-methode	VZÄ (ProfessorInnen + DozentInnen + Assoziierte ProfessorInnen) : Prüfungsaktive Studierende					
Datenquelle	UniStEV/BidokVUni					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	12,2	12,5	13,0	13,1	13,1	13,1

	Ursprünglich wurde für 2013 der Zielwert 12,5 ausgewiesen. Aufgrund des Vorliegens rezenter Daten wurde der Zielwert für 2013 auf 13,1 adaptiert

Kennzahl 31.2.5	Incoming / Outgoing Mobilität beim wissenschaftlich-künstlerischen Universitätspersonal					
Berechnungs-methode	Absolute Zahl					
Datenquelle	uni:data (Wissensbilanz 1.B.1 und 1.B.2)]					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Incoming: 2.982 (1.019 Frauen, 1.963 Männer), Outgoing: 3.687 (1.266 Frauen, 2.421 Männer)	Incoming: 3.570 (1.185 Frauen, 2.385 Männer), Outgoing: 3.749 (1.300 Frauen, 2.449 Männer)	Incoming: 3.659 (1.211 Frauen, 2.448 Männer), Outgoing: 3.635 (1.271 Frauen, 2.364 Männer)	Incoming: 3.500 (1.200 Frauen, 2.300 Männer), Outgoing: 3.800 (1.350 Frauen, 2.450 Männer);	Incoming: 3.750 (1.240 Frauen; 2.510 Männer) Outgoing: 3.800 (1.350 Frauen, 2.450 Männer	Incoming: 3.750 (1.240 Frauen; 2.510 Männer) Outgoing: 3.800 (1.350 Frauen, 2.450 Männer

Wirkungsziel 3:
Schaffung einer möglichst breiten Öffentlichkeit mit Bewusstsein für die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung sowie die Entwicklung und Erschließung der Künste

Warum dieses Wirkungsziel?
Die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit Österreichs, die künstlerische Vielfalt und der soziale Wohlstand können nur mit der Aktivierung des gesamten intellektuellen Potentials der Gesellschaft abgesichert werden, denn Wissen ist die wichtigste Ressource einer Gesellschaft. Daher müssen eine Kultur der Wertschätzung von Wissenschaft, Forschung, Technologie, Kunst und Innovation gefördert und das öffentliche Interesse daran gesteigert werden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Stärkung des öffentlichen Interesses an Wissenschaft und Forschung bzw. der Entwicklung und Erschließung der Künste mit dem Ziel, ein gesteigertes Bewusstsein über die Bedeutung dieser zu erreichen.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 31.3.1	Evaluierung der Erhebungsergebnisse der Studie zum Stellenwert von Wissenschaft und Forschung in der Gesellschaft 2013					
Berechnungs-methode	Meilenstein					
Datenquelle	BMWFW					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a	n.a.

Wirkungsziel 4:
Ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis in Führungspositionen und Gremien sowie beim wissenschaftlichen/künstlerischen Nachwuchs

Warum dieses Wirkungsziel?
Im Bereich von Wissenschaft und Forschung sind ausgeglichene Geschlechterverhältnisse wichtig, so auch bei der Besetzung von Führungspositionen, Entscheidungs- und Beratungsgremien. Nicht zuletzt internationale Beispiele aus der Privatwirtschaft zeigen, dass Organisationen mit ausbalancierten Führungsgremien besonders erfolgreich sind. Datenanalysen (Gender Monitoring), strategische Dokumente (Regierungsprogramm, Nationaler Aktionsplan Gleichstellung, EU-Übereinkommen) und gesetzliche Vorgaben (B-GlBG, UG 2002 – z.B. 40% Frauenquote in universitären Gremien, Qualitätssicherungsrahmengestz) legen nahe, dass im Bereich Wissenschaft und Forschung speziell ab dem Doktorat ein spezifischer Förderungsbedarf gegeben ist, der bei den Führungspositionen und Gremien deutlich ausgeprägt ist (2011 in VZÄ: 20,6% Professorinnen, 21,3% Dozentinnen, 39% wissenschaftliche/künstlerische Mitarbeiterinnen).

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Umsetzung der geschlechtergerechten Aufteilung bei der Beschickung von Gremien im kompetenzrechtlichen Bereich des Ressorts: Universitätsräte, Organe der Agentur für Qualitätssicherung (AQ Austria)

- Anstreben eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses in Führungspositionen und Gremien sowie beim wissenschaftlichen/künstlerischen Nachwuchs und Schließen der Einkommensschere als Gleichstellungsziel in der Leistungsvereinbarung 2013-2015
- Trainingsmaßnahmen für Gremienmitglieder und Vorsitzende von Gremien an Universitäten zur Unterstützung erwünschter Entwicklungen

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 31.4.1	Professorinnenanteil					
Berechnungsmethode	Berechnung: Frauenanteil in Köpfen bei den unbefristeten Professuren gemäß §98 UG 2002 an allen Professuren gem. §98 UG 2002					
Datenquelle	uni:data					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	18,7 %	19,6 %	20,6 %	22 %	23 %	25 %
	Ursprünglich wurde für 2013 der Zielwert 20% ausgewiesen. Aufgrund des Vorliegens rezenter Daten wurde der Zielwert für 2013 auf 22% adaptiert					

Kennzahl 31.4.2	Anzahl der Universitätsräte, die <40% Frauenanteil haben					
Berechnungsmethode	Absolute Zahl					
Datenquelle	uni:data					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	1 von 22	1 von 22	1 von 22	0 von 22	0 von 22	0 von 22

Kennzahl 31.4.3	Frauenanteil in den Organen der Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria (AQ Austria: Kuratorium, Board, Generalversammlung)					
Berechnungsmethode	Berechnung: Anzahl der Frauen im entsprechenden Gremium : Gesamtzahl der Mitglieder im entsprechenden Gremium					
Datenquelle	www.akkreditierungsrat.at					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Nicht verfügbar	Nicht verfügbar	Kuratorium: 80%, Board 50%, Generalversammlung 48%;	Kuratorium: mind. 45%, Board mind. 45%, Generalversammlung mind. 45%	Kuratorium: mind. 45%, Board mind. 45%, Generalversammlung mind. 45%	Kuratorium: mind. 45%, Board mind. 45%, Generalversammlung mind. 45%

Kennzahl 31.4.4	Anzahl der Laufbahnstellen für Forscherinnen					
Berechnungsmethode	Verwendungen 82 (Assoziierte/r Professor/in (Kollektivvertrag)) und 83 [Assistenzprofessor/in (Kollektivvertrag)] gemäß Z 2.6 der Anlage 1 BidokVUni: Kopfzahl ‚Frauen' und ‚Insgesamt' bzw. daraus resultierend Frauenanteil in Prozent					
Datenquelle	uni:data					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	108 von 369 (29,27 %)	187 von 633 (29,54%)	269 von 790 (34,05%)	315 von 944 (33,37%)	350 von 1.000 (35%)	350 von 1.000 (35%)

Wirkungsziel 5:
Sicherstellung eines hohen Grads an Spitzenforschung sowie einer aktiven Teilnahme am europäischen Forschungsraum durch Einwerbung von Forschungsmitteln aus dem Forschungsrahmenprogramm

Warum dieses Wirkungsziel?
Spitzenforschung ist ein langfristiger Garant für Wohlstand, Wirtschaftswachstum und sozialen Frieden. Die erfolgreiche Teilnahme an europäischen Forschungsprogrammen ist nicht nur im internationalen Wissenswettbewerb unerlässlich sondern ermöglicht auch hohe finanzielle Rückflüsse. Damit wird die Basis der Wissensgesellschaft gefestigt und die Internationale Positionierung durch gestaltende Mitwirkung optimiert.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Forcierung von weiteren exzellenzbezogenen Forschungsaktivitäten durch Einbau in die Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten
- Weiterentwicklung des Beratungssystems für Horizon 2020 durch die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und eines Anreizsystems im Wege der Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten (vgl. http://www.bmwf.gv.at/startseite/forschung/europaeisch/rahmenprogramme/horizon_2020/)
- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft über die nationale Kontaktstelle für Geistiges Eigentum

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 31.5.1	Anzahl der erfolgreich eingeworbenen „Grants" des Europäischen Forschungsrates (ERC), durch den exzellente grundlagenorientierte Pionierforschung gefördert wird (bis 2013 7. Rahmenprogramm, ab 2014 Horizon 2020)					
Berechnungs-methode	Absolute Zahl					
Datenquelle	http://www.bmwf.gv.at/startseite/forschung/europaeisch/proviso/publikationen/					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	49 (10 Frauen, 39 Männer), d.h. 20,4% Frauenanteil	68 (10 Frauen, 58 Männer), d.h. 14,7% Frauenanteil	84 (12 Frauen, 72 Männer), d.h. 14,3% Frauenanteil	70	110	200

Kennzahl 31.5.2	Anzahl der Mitgliedschaften in europäischen und internationalen Forschungsorganisationen und -infrastrukturen des BMWFW, Verwaltungsbereich Wissenschaft und Forschung					
Berechnungs-methode	Absolute Zahl					
Datenquelle	BMWFW					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	Nicht verfüg-bar	26	31	27	37	44

Kennzahl 31.5.3	EU-Rückfluss-Indikator (bis 2013), ab 2014: Anteil der ausgezahlten österreichischen Rückflüsse am EU-Budget im Bereich Forschung im Jahr 2020					
Berechnungs-methode	vertraglich gebundene Förderungen für österreichische FörderwerberInnen / Gesamte vertraglich gebundene Förderung					
Datenquelle	PROVISO, vgl. http://www.bmwf.gv.at/fileadmin/user_upload/proviso/PROVISO_UB7rp3470eha101213.pdf					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	Nicht verfüg-bar	2,67 %	2,65 %	2,5 %	2,5 %	2,5 %
	Während im 7. Rahmenprogramm der „EU-Rückflussindikator" durch die Rückflussquote (österreichischer Anteil an den rückholbaren Fördermitteln) berechnet wurde, wird der „EU-Rückflussindikator" in HORIZON 2020 durch den Anteil der ausgezahlten österreichischen Rückflüsse am EU-Budget im Bereich Forschung ausgedrückt.					

Untergliederung 31 Wissenschaft und Forschung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,326	0,311	
Finanzerträge	0,002	0,015	
Erträge	**1,328**	**0,326**	
Personalaufwand	52,541	51,145	
Transferaufwand	3.947,102	3.899,941	
Betrieblicher Sachaufwand	81,755	71,369	
Finanzaufwand		0,001	
Aufwendungen	**4.081,398**	**4.022,456**	
Nettoergebnis	**-4.080,070**	**-4.022,130**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,257	0,326	1,101
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,010	0,010	0,005
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,278	0,304	0,364
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,545**	**0,640**	**1,471**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	127,687	117,580	119,439
Auszahlungen aus Transfers	3.947,102	3.899,941	3.652,418
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	2,937	4,099	5,532
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,395	0,395	0,192
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**4.078,121**	**4.022,015**	**3.777,581**
Nettogeldfluss	**-4.077,576**	**-4.021,375**	**-3.776,111**

Untergliederung 31 Wissenschaft und Forschung
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 31 Wissensch. u.Forsch.**	GB 31.01 Steuerung u.Services	GB 31.02 Tertiäre Bildung	GB 31.03 Forsch. u. Entwickl.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,326	0,615	0,183	0,528
Finanzerträge	0,002		0,002	
Erträge	**1,328**	**0,615**	**0,185**	**0,528**
Personalaufwand	52,541	24,570	7,435	20,536
Transferaufwand	3.947,102	3,790	3.527,878	415,434
Betrieblicher Sachaufwand	81,755	25,741	12,574	43,440
Aufwendungen	**4.081,398**	**54,101**	**3.547,887**	**479,410**
Nettoergebnis	**-4.080,070**	**-53,486**	**-3.547,702**	**-478,882**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 31 Wissensch. u.Forsch.**	GB 31.01 Steuerung u.Services	GB 31.02 Tertiäre Bildung	GB 31.03 Forsch. u. Entwickl.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,257	0,104	0,005	0,148
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,010	0,003	0,001	0,006
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,278	0,261	0,017	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,545**	**0,368**	**0,023**	**0,154**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	127,687	48,806	19,586	59,295
Auszahlungen aus Transfers	3.947,102	3,790	3.527,878	415,434
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	2,937	0,396	0,043	2,498
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,395	0,395		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**4.078,121**	**53,387**	**3.547,507**	**477,227**
Nettogeldfluss	**-4.077,576**	**-53,019**	**-3.547,484**	**-477,073**

Globalbudget 31.01 Steuerung und Services

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,615	0,164	
Erträge	**0,615**	**0,164**	
Personalaufwand	24,570	23,668	
Transferaufwand	3,790	5,193	
Betrieblicher Sachaufwand	25,741	32,728	
Aufwendungen	**54,101**	**61,589**	
Nettoergebnis	**-53,486**	**-61,425**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,104	0,164	0,403
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,003	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,261	0,300	0,273
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,368**	**0,467**	**0,676**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	48,806	55,599	51,706
Auszahlungen aus Transfers	3,790	5,193	1,805
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,396	0,930	0,427
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,395	0,395	0,192
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**53,387**	**62,117**	**54,130**
Nettogeldfluss	**-53,019**	**-61,650**	**-53,454**

Globalbudget 31.01 Steuerung und Services

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 3	Stärkung des öffentlichen Interesses an Wissenschaft und Forschung bzw. der Entwicklung und Erschließung der Künste mit dem Ziel, ein gesteigertes Bewusstsein über die Bedeutung dieser zu erreichen.	Zahl der TeilnehmerInnen an wissenschaftlichen Veranstaltungen in der Aula der Wissenschaften: 9.500 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWFW]	Zahl der TeilnehmerInnen an wissenschaftlichenVeranstaltungen in der Aula der Wissenschaften : 9.400 (Stand Ende 2013) [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWFW]
		Anzahl der Beteiligungen an der Abstimmung zum Wissenschaftsbuch des Jahres: 23.000 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWFW]	Anzahl der Beteiligungen an der Abstimmung zum Wissenschaftsbuch des Jahres: 22.000 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWFW]
		Anzahl der eindeutigen Besuche von www.forschungsatlas.at: ca. 61.000 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWFW]	Anzahl der eindeutigen Besuche von www.forschungsatlas.at: 60.000 (Stand Ende 2013) [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWFW]
		Anzahl der Bewerbungen für Wissenschaftspreise, an denen das BMWFW, Verwaltungsbereich Wissenschaft & Forschung, beteiligt ist: 220 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWFW]	Anzahl der Bewerbungen für Wissenschaftspreise, an denen das BMWFW, Verwaltungsbereich Wissenschaft & Forschung, beteiligt ist: 186 (Stand Ende 2013) [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWFW]
WZ 4	Umsetzung der geschlechtergerechten Aufteilung bei der Beschickung von Gremien im kompetenzrechtlichen Bereich des Ressorts: Universitätsräte, Organe der AQ Austria	Anzahl der Universitätsräte, die <40% Frauenanteil haben: 0 von 22 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: uni:data]	Anzahl der Universitätsräte, die <40% Frauenanteil haben: 0 von 22 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: uni:data]
		Frauenanteil im Board der AQ Austria: mind. 45% [Berechnung: Anzahl der Frauen : Gesamtzahl der Mitglieder; Quelle: www.akkreditierungsrat.at]	Frauenanteil im Board der AQ Austria: 50% (Stand Anfang 2014) [Berechnung: Anzahl der Frauen : Gesamtzahl der Mitglieder; Quelle: www.akkreditierungsrat.at]
		Frauenanteil im Kuratorium der AQ Austria: mind. 45% [Berechnung: Anzahl der Frauen : Gesamtzahl der Mitglieder; Quelle: www.akkreditierungsrat.at]	Frauenanteil im Kuratorium der AQ Austria: 60% (Stand Anfang 2014) [Berechnung: Anzahl der Frauen : Gesamtzahl der Mitglieder; Quelle: www.akkreditierungsrat.at]
		Frauenanteil in der Generalversammlung der AQ Austria: mind. 45% [Berechnung: Anzahl der Frauen : Gesamtzahl der Mitglieder; Quelle: www.akkreditierungsrat.at]	Frauenanteil in der Generalversammlung der AQ Austria: 48% (Stand Anfang 2014) [Berechnung: Anzahl der Frauen : Gesamtzahl der Mitglieder; Quelle: www.akkreditierungsrat.at]

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Die Maßnahme „Stärkung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft über die gemeinsam mit dem BMWFJ und BMVIT eingerichtete nationale Kontaktstelle für Geistiges Eigentum (www.ncp-ip.at) durch die Abhaltung von Workshops und die Zurverfügungstellung von Vertragsmustern und Unterstützung der Hochschulen sowie von öffentlichen Forschungseinrichtungen beim professionellen Umgang mit geistigen Eigentumsrechten (insbesondere im Wege der AG IPAG – Intellectual Property Agreement Guide)“ wird nicht mehr im Globalbudget 31.01. Zentralstelle und Serviceeinrichtungen abgebildet, sondern im Detailbudget 31.03.01. Hintergrund ist dabei nicht, dass der Maßnahme eine geringere Priorität zukäme, sondern

eine technische Verschiebung in ein anderes Globalbudget, in dem sich allerdings schon 5 andere Maßnahmen befinden, weswegen eine Darstellung auf dieser Ebene nicht möglich ist.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Erarbeitung des Hochschulplans ohne weitere Verzögerung (Bund 2012/11, SE 1)
ad 1	Die Eckpunkte des ersten Hochschulplans des Ministeriums wurden der Öffentlichkeit im Rahmen der Pressekonferenz "Mittel und Wege zur Hochschulentwicklung" 2011 vorgestellt (http://www.hochschulplan.at/?page_id=68). Entsprechend des Selbstverständnisses dieses Dokuments als rollierendes Instrument ist seine Weiterentwicklung auch Gegenstand des aktuelles Regierungsprogramms. In dieselbe Richtung gehen die Bemühungen zur Errichtung eines „Gesamtösterreichischen Universitätsentwicklungsplans" (vgl. § 14g UG idF BGBL I 2013/52).

2	Explizite Aufnahme des Themas Betreuungsrelationen in zukünftige Leistungsvereinbarungen (Bund 2012/11, SE 13)
ad 2	In der Leistungsvereinbarungsperiode 2013-2015 wurde mit einer entsprechenden Steuerung der Betreuungsrelation bzw. Verbesserung derselben in den in § 14h UG genannten Studienfeldern begonnen, indem sowohl die Zahl der Plätze für StudienanfängerInnen festgelegt als auch die Zahl der ProfessorInnen (bzw. Äquivalente) im Rahmen eines „Qualitätspaket Lehre" explizit erhöht wurde. Eine Ausweitung dieses Regelungsmechanismus auf weitere Studienfelder bzw. Studienrichtungen ist angedacht und auch im aktuellen Regierungsprogramm thematisiert.

3	Berücksichtigung der Ausgestaltung bzw. Vereinheitlichung der Kosten– und Leistungsrechnungen an den Universitäten im Zuge der Verhandlungen zur Leistungsvereinbarung 2013–2015; Erstellung von Vorgaben durch das BMWF für eine österreichweit einheitliche Kosten– und Leistungsrechnung an den Universitäten (Bund 2012/11, SE 2)
ad 3	Die Leistungsvereinbarungen für die Periode 2013-2015 enthalten folgende Klausel: „In Übereinstimmung mit einer Anregung des Rechnungshofes erklärt die Universität ihre Bereitschaft, während der LV-Periode 2013-15 an einem Projekt mitzuwirken, das zum Ziel hat, einheitliche Standards für die Kosten- und Leistungsrechnungen an den Universitäten zu entwickeln." Entsprechende Arbeiten zu diesem Projekt sind im Gange, eine gesetzliche Grundlage wurde mit dem neuen § 16 (2a) UG iFd BGBL I 2013/52 geschaffen.

4	Festlegung numerischer Ziele hinsichtlich des wissenschaftlichen Personals anhand angenommener Studierendenzahlen für die nächsten Leistungsvereinbarungen insbesondere für den Fall der Umsetzung der vom BMWF in Aussicht genommenen kapazitätsorientierten Finanzierung (u.a. an der Universität Wien und der Wirtschaftsuniversität Wien) (Bund 2012/9, SE 8)
ad 4	In der Leistungsvereinbarungsperiode 2013-2015 wurde mit einer entsprechenden Steuerung der Betreuungsrelation bzw. Verbesserung derselben in den in § 14h UG genannten Studienfeldern begonnen, indem sowohl die Zahl der Plätze für StudienanfängerInnen festgelegt als auch die Zahl der ProfessorInnen (bzw. Äquivalente) im Rahmen eines „Qualitätspaket Lehre" explizit erhöht wurde. Eine Ausweitung dieses Regelungsmechanismus auf weitere Studienfelder bzw. Studienrichtungen ist angedacht und auch im aktuellen Regierungsprogramm thematisiert.

5	Detaillierung der Ausprägungen der Verwendungen für das allgemeine Personal von Universitäten in Richtung universitätsspezifischer Tätigkeit in der Bildungsdokumentationsverordnung Universitäten (Bund 2012/11, SE 11)
ad 5	Die Entwicklung gemeinsamer, auch die Besonderheiten einzelner Universitätssparten bzw. einzelner Universitäten berücksichtigenden Sichtweisen zwischen Ministerium und Universitäten zu diesem Thema ist Gegenstand der von Abstimmungen in der laufenden Leistungsvereinbarungsperiode. Anzumerken ist, dass sich hinter der Kategorie „allgemeines Personal" ein sehr heterogenes Bild konkreter Personalverwendungen verbirgt.

Globalbudget 31.01 Steuerung und Services
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 31.01 Steuerung u.Services**	DB 31.01.01 Zen. u. Serviceeinr.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,615	0,615
Erträge	**0,615**	**0,615**
Personalaufwand	24,570	24,570
Transferaufwand	3,790	3,790
Betrieblicher Sachaufwand	25,741	25,741
Aufwendungen	**54,101**	**54,101**
Nettoergebnis	**-53,486**	**-53,486**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 31.01 Steuerung u.Services**	DB 31.01.01 Zen. u. Serviceeinr.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,104	0,104
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,003
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,261	0,261
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,368**	**0,368**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	48,806	48,806
Auszahlungen aus Transfers	3,790	3,790
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,396	0,396
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,395	0,395
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**53,387**	**53,387**
Nettogeldfluss	**-53,019**	**-53,019**

Globalbudget 31.02 Tertiäre Bildung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,183	0,005	
Finanzerträge	0,002	0,015	
Erträge	**0,185**	**0,020**	
Personalaufwand	7,435	7,446	
Transferaufwand	3.527,878	3.592,977	
Betrieblicher Sachaufwand	12,574	12,591	
Aufwendungen	**3.547,887**	**3.613,014**	
Nettoergebnis	**-3.547,702**	**-3.612,994**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,005	0,020	0,495
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001	0,001	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,017	0,004	0,091
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,023**	**0,025**	**0,586**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	19,586	19,788	16,786
Auszahlungen aus Transfers	3.527,878	3.592,977	3.318,379
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,043	0,225	0,172
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**3.547,507**	**3.612,990**	**3.335,337**
Nettogeldfluss	**-3.547,484**	**-3.612,965**	**-3.334,751**

Globalbudget 31.02 Tertiäre Bildung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	Stärkung der Studienberatung durch den Ausbau der Projekte „Studienchecker“ und „ÖH-MaturantInnenberatung“(ÖH: Österreichische HochschülerInnenschaft) sowie „Studieren probieren“	Anzahl der am Projekt „Studienchecker“ teilnehmenden SchülerInnen: 30.000 [Berechnung: Absolute Zahl, keine Aufteilung nach Geschlechtern verfügbar; Quelle: BMWFW, BMBF]	Anzahl der am Projekt „Studienchecker“ teilnehmenden SchülerInnen: 23.500 (Stand Schuljahr 2012/2013) [Berechnung: Absolute Zahl, keine Aufteilung nach Geschlechtern verfügbar; Quelle: BMWFW, BMBF]
		Anzahl der durch die ÖH betreuten Personen im Rahmen der „ÖH-MaturantenInnenberatung“: 20.000 bzw. „Studieren probieren“: 2.000 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: Bericht der Österreichischen HochschülerInnenschaft]	Anzahl der durch die ÖH betreuten Personen im Rahmen der „ÖH-MaturantenInnenberatung“: 18.567 bzw. „Studieren probieren“) 1.350 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: Bericht der Österreichischen HochschülerInnenschaft]
WZ 1	Vertiefung der Studienberatung durch Aktualisierung und weiteren Ausbau der Internetplattform www.studienwahl.at	Anzahl der eindeutigen Besuche (unique user) auf www.studienwahl.at im Jahr: 150.000 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWFW]	Anzahl der eindeutigen Besuche (unique user) auf www.studienwahl.at im Jahr: 123.507 (Stand Ende 2013) [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWFW]
WZ 2	Weiterentwicklung und Umsetzung eines umfassenden Hochschulplanes; Begleitung der Umsetzung von Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten; Abschluss von Leistungsvereinbarungen mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und dem Institute of Science and Technology Austria (IST Austria)	2014 bearbeitet die Hochschulkonferenz schwerpunktmäßig die Themen Doktoratstudien, Qualität der Lehre und Durchlässigkeit im tertiären Sektor	2013 ist eine Hochschulkonferenz eingerichtet
		2014 wird der Bauleitplan überarbeitet und systematisch weiter entwickelt	2013 liegt ein Bauleitplan (Teil des Hochschulplanes) vor
		2014 werden die Leistungsvereinbarung mit dem IST Austria und der ÖAW für die Periode 2015-2017 abgeschlossen	2013 liegt noch kein Leistungsvereinbarungsabschluss mit der ÖAW und dem IST Austria vor
		2014 werden weitere legistische Schritte zur Einführung einer kapazitätsorientierten Universitätsfinanzierung gesetzt	2013 befindet sich ein Modell für die kapazitätsorientierte Studienplatzfinanzierung in Umsetzung, als erster Schritt werden erste Elemente der kapazitätsorientierten studierendenbezogenen neuen Universitätsfinanzierung (Fächergruppen, Kapazitätsorientierung auf Basis der Aktiven Studierenden) im Rahmen der Leistungsvereinbarungen 2013-2015 implementiert
		Abbau von Doppelgleisigkeiten: Abstimmungsprozesse werden in den Leistungsvereinbarungsbegleitgesprächen initiiert	Abbau von Doppelgleisigkeiten: Gesamtzahl der angebotenen Studien an öffentlichen Universitäten: insgesamt 1.062 (Stand Ende 2012) [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: uni:data (Wissensbilanz 2.A.2)]

WZ 4	Begleitung der Umsetzung der in den Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten vereinbarten strategischen Gleichstellungsziele (Erhöhung der Frauenanteile, Schließung der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern auf Null) und Begleitung der Umsetzung der Leistungsvereinbarung mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) bei gleichzeitiger Erarbeitung eines auf die ÖAW zugeschnittenen Frauenförderplanes	2014 wird der Frauenförderplan vorgelegt und im Rahmen eines Begleitgesprächs mit der ÖAW diskutiert	2013 hat die Erarbeitung eines Frauenförderplanes mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) begonnen
		2014 werden strategische Gleichstellungsziele der Leistungsvereinbarungen umgesetzt	2013 sind Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten abgeschlossen
		Gender Pay Gap: 91% [Berechnung: Durchschnittlicher Lohn einer Professorin nach §98 UG 2002 : Durchschnittlicher Lohn eines Professors nach §98 UG 2002; Quelle: uni:data (Wissensbilanz 1.A.5)]	Gender Pay Gap: 90% (Stand 2012) [Berechnung: Durchschnittlicher Lohn einer Professorin nach §98 UG 2002 : Durchschnittlicher Lohn eines Professors nach §98 UG 2002; Quelle: uni:data (Wissensbilanz 1.A.5)]
WZ 4	Umsetzung der 40%-Frauenquote durch die Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten und Trainingsmaßnahmen für Gremienmitglieder	Anzahl der Universitätsräte, die <40% Frauenanteil haben: 0 von 22 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: uni:data]	Anzahl der Universitätsräte, die <40% Frauenanteil haben: 0 von 22 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: uni:data]
		2014 werden 40 Trainings für die Gremienarbeit abgehalten	2013 wurden 60 Trainings für die Gremienarbeit abgehalten

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Beachtung folgender Grundsätze für eine Verbesserung der Zusammenarbeit Bund – Länder im Gesundheitsweisen bei den Verhandlungen: Verhandlung der rechtlichen Strukturen gemeinsam mit der Finanzierung, frühzeitige Berücksichtigung der für die tatsächliche Umsetzung maßgeblichen Faktoren; Einbindung aller beteiligten Rechtsträger und maßgeblicher Hierarchieebenen (Bund 2013/7, SE 3)
ad 1	Im aktuellen Regierungsprogramm wird zu diesem Themenbereich u.a. folgendes festgehalten: „Der klinische Mehraufwand wird nach den Kriterien von Einfachheit, Einheitlichkeit und Transparenz bis Anfang 2015 neu geregelt.“

2	Hinwirken auf Einbeziehung sämtlicher Betroffener bei zukünftiger Weiterentwicklung des Kollektivvertrags durch den Dachverband der Universitäten sowie Sicherstellung einer nachhaltigen Finanzierung (Bund 2014/3, SE 1)
ad 2	Das Thema „Personalstruktur, Personalkosten, Karrieremodelle“ wird ein Schwerpunkt in den Leistungsvereinbarungsverhandlungen 2015 sein.

3	Berücksichtigung der Anzahl der Studierenden als wesentliche Planungsgröße beim Abschluss künftiger Leistungsvereinbarungen (Bund 2009/2, SE 12)
ad 3	In der Leistungsvereinbarungsperiode 2013-2015 wurde mit einer entsprechenden Steuerung der Betreuungsrelation bzw. Verbesserung derselben in den in § 14h UG genannten Studienfeldern begonnen, indem sowohl die Zahl der Plätze für StudienanfängerInnen festgelegt als auch die Zahl der ProfessorInnen (bzw. Äquivalente) im Rahmen eines „Qualitätspaket Lehre“ explizit erhöht wurde. Eine Ausweitung dieses Regelungsmechanismus auf weitere Studienfelder bzw. Studienrichtungen ist angedacht und auch im aktuellen Regierungsprogramm thematisiert.

4	Analyse der Gründe für die sinkende Lehrleistung je Vollbeschäftigungsäquivalent und Ergreifen von Maßnahmen zur Erhöhung derselben (Bund 2014/3, SE 15)
ad 4	Das Thema „Personalstruktur, Personalkosten, Karrieremodelle“ wird ein Schwerpunkt in den Leistungsvereinbarungsverhandlungen 2015 sein

5	
ad 5	

Globalbudget 31.02 Tertiäre Bildung
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 31.02 Tertiäre Bildung**	DB 31.02.01 Universitäten	DB 31.02.02 Fachhochschulen	DB 31.02.03 Serv.u.Förd. f.Stud.	DB 31.02.04 Studienbeihilfenbeh.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,183	0,001		0,031	0,151
Finanzerträge	0,002			0,002	
Erträge	**0,185**	**0,001**		**0,033**	**0,151**
Personalaufwand	7,435			2,412	5,023
Transferaufwand	3.527,878	3.066,569	255,420	205,888	0,001
Betrieblicher Sachaufwand	12,574	0,300		9,236	3,038
Aufwendungen	**3.547,887**	**3.066,869**	**255,420**	**217,536**	**8,062**
Nettoergebnis	**-3.547,702**	**-3.066,868**	**-255,420**	**-217,503**	**-7,911**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 31.02 Tertiäre Bildung**	DB 31.02.01 Universitäten	DB 31.02.02 Fachhochschulen	DB 31.02.03 Serv.u.Förd. f.Stud.	DB 31.02.04 Studienbeihilfenbeh.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,005	0,001		0,003	0,001
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,001				0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,017			0,017	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,023**	**0,001**		**0,020**	**0,002**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	19,586	0,300		11,521	7,765
Auszahlungen aus Transfers	3.527,878	3.066,569	255,420	205,888	0,001
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,043			0,026	0,017
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**3.547,507**	**3.066,869**	**255,420**	**217,435**	**7,783**
Nettogeldfluss	**-3.547,484**	**-3.066,868**	**-255,420**	**-217,415**	**-7,781**

Globalbudget 31.03 Forschung und Entwicklung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,528	0,142	
Erträge	**0,528**	**0,142**	
Personalaufwand	20,536	20,031	
Transferaufwand	415,434	301,771	
Betrieblicher Sachaufwand	43,440	26,050	
Finanzaufwand		0,001	
Aufwendungen	**479,410**	**347,853**	
Nettoergebnis	**-478,882**	**-347,711**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,148	0,142	0,204
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,006	0,006	0,005
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,154**	**0,148**	**0,209**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	59,295	42,193	50,947
Auszahlungen aus Transfers	415,434	301,771	332,235
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	2,498	2,944	4,933
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**477,227**	**346,908**	**388,115**
Nettogeldfluss	**-477,073**	**-346,760**	**-387,906**

Globalbudget 31.03 Forschung und Entwicklung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1, 3, 5	Verstärkung des öffentlichen Bewusstseins für Bedeutung der heimischen Forschung (Lange Nacht der Forschung in Kooperation mit anderen Ressorts) und Ausbau der voruniversitären Förderung von Kindern durch Sparkling Science und Kinderuniversitäten (auch im Hinblick auf spätere wissenschaftliche und akademische Berufskarrieren)	Anzahl der Jugendlichen, die an Sparkling Science teilgenommen haben: 79.800 (39.200 Mädchen/40.600 Burschen) [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: www.sparklingscience.at/_downloads/facts_figures.pdf)]	Anzahl der Jugendlichen, die an Sparkling Science teilgenommen haben: 57.219 (28.037 Mädchen/29.182 Burschen) (Stand Ende 2013) [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: www.sparklingscience.at/_downloads/facts_figures.pdf)]
		Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die an Kinderuniversitäten teilgenommen haben: 32.600 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: www.youngscience.at/kinder_und_junioruniversitaeten/)]	Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die an Kinderuniversitäten teilgenommen haben: 32.500 (Stand Ende 2013) [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: www.youngscience.at/kinder_und_junioruniversitaeten/)]
		Anzahl der TeilnehmerInnen an der Langen Nacht der Forschung 2014 (die Veranstaltung findet nur alle zwei Jahre statt): 105.000 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWFW]	Anzahl der TeilnehmerInnen an der Langen Nacht der Forschung 2012 (die Veranstaltung findet nur alle zwei Jahre statt): 100.000 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWFW]
WZ 5	Initiierung von universitären Kooperationen mit Universitäten, außeruniversitären Institutionen und der Wirtschaft auf nationaler und EU-Ebene	Anzahl der genehmigten EU-Rahmenprogramm-Projekte für Universitäten und außeruniversitäre Institutionen in der Säule „Grand Challenges“(Horizon 2020): 100 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: PROVISO, vgl. http://www.bmwf.gv.at/fileadmin/user_upload/proviso/PROVISO_UB7rp2875eha141211_WEB.pdf]	Anzahl der genehmigten EU-Rahmenprogramm-Projekte für Universitäten und außeruniversitäre Institutionen in der Säule „Grand Challenges“ (Horizon 2020): 0 (Stand 1.1.2014) [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: PROVISO, vgl. http://www.bmwf.gv.at/fileadmin/user_upload/proviso/PROVISO_UB7rp2875eha141211_WEB.pdf]
		Anzahl der universitären Kooperationen mit Universitäten und außeruniversiären Institutionen national: 2.900 [Berechung: Absolute Zahl; Quelle: uni:data (Wissensbilanz 1.C.1)]	Anzahl der universitären Kooperationen mit Universitäten und außeruniversiären Institutionen national: 2.781 (Stand Ende 2012) [Berechung: Absolute Zahl; Quelle: uni:data (Wissensbilanz 1.C.1)]
WZ 2, 4	Begleitung der Umsetzung der in den Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten vereinbarten strategischen Gleichstellungsziele (Erhöhung der Frauenanteile, Schließung der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern	2014 wird der Frauenförderplan vorgelegt und im Rahmen eines Begleitgesprächs mit der ÖAW diskutiert	2013 hat die Erarbeitung eines Frauenförderplanes mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) begonnen
		2014 werden strategische Gleichstellungsziele der Leistungsvereinbarungen umgesetzt	2013 sind Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten abgeschlossen

	auf Null) und Begleitung der Umsetzung der Leistungsvereinbarungen mit dem Institute of Science and Technology Austria (ISTA) und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) bei gleichzeitiger Erarbeitung eines auf die ÖAW zugeschnittenen Frauenförderplanes	Gender Pay Gap: 91 % [Berechnung: Durchschnittlicher Lohn einer Professorin nach §98 UG 2002 : Durchschnittlicher Lohn eines Professors nach §98 UG 2002; Quelle: uni:data (Wissensbilanz 1.A.5)]	Gender Pay Gap: 90 % (2012) [Berechnung: Durchschnittlicher Lohn einer Professorin nach §98 UG 2002 : Durchschnittlicher Lohn eines Professors nach §98 UG 2002; Quelle: uni:data (Wissensbilanz 1.A.5)]
WZ 5	Forcierung von weiteren exzellenzbezogenen Forschungsaktivitäten durch Einbau in die Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten	Anzahl der erfolgreich eingeworbenen „Grants“ des Europäischen Forschungsrates (ERC), wodurch exzellente grundlagen-orientierte Pionierforschung gefördert wird: 110 [Berechnung: Absolute Zahl]	Anzahl der erfolgreich eingeworbenen „Grants“ des Europäischen Forschungsrates (ERC), wodurch exzellente grundlagen-orientierte Pionierforschung gefördert wird: 84 (Stand Ende 2012) [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: http://www.bmwf.gv.at/startseite/forschung/europaeisch/proviso/publikationen/]
		Anzahl der Mitgliedschaften in europäischen und internationalen Forschungsorganisationen und –infrastrukturen des BMWFW Verwaltungsbereich Wissenschaft und Forschung: 37 [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWFW]	Anzahl der Mitgliedschaften in europäischen und internationalen Forschungsorganisationen und –infrastrukturen des BMWFW Verwaltungsbereich Wissenschaft und Forschung: 31 (Stand Ende 2012) [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: BMWFW]
WZ 5	Weiterentwicklung des Beratungssystems für Horizon 2020 durch die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und eines Anreizsystems für die Universitäten im Wege der Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten	Anzahl der erfolgreich eingeworbenen „Grants“ des Europäischen Forschungsrates (ERC), wodurch exzellente grundlagenorientierte Pionierforschung gefördert wird: 110 [Berechnung: Absolute Zahl]	Anzahl der erfolgreich eingeworbenen „Grants“ des Europäischen Forschungsrates (ERC), wodurch exzellente grundlagenorientierte Pionierforschung gefördert wird: 84 (Stand Ende 2012) [Berechnung: Absolute Zahl; Quelle: http://www.bmwf.gv.at/startseite/forschung/europaeisch/proviso/publikationen/]

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Einbeziehung der Bundesländer in die Erstellung von zukünftigen Forschungsstrategien (Bund 2012/12, SE 1)
ad 1	Dem Inhalt dieser Empfehlung wurde bereits bei der Erstellung der aktuellen Strategie der Bundesregierung für Forschung, Technologie und Innovation Rechnung getragen (Einbindung als Stakeholder in die Arbeitsgruppen). Die aktuelle FTI-Strategie hat eine Laufzeit bis 2020. Das BMWFW nimmt die Empfehlung des Rechnungshofes zur Kenntnis und unterstützt die gegenseitige Einbindung von Bund und Ländern in die Erstellung zukünftiger Forschungsstrategien.

2	Verstärkte Zusammenarbeit von Bund und Bundesländern und Priorisierung der Ergebnisorientierung im Hinblick auf die Erreichung gesamtstaatlicher Forschungs– und Entwicklungsziele (Bund 2012/12, SE 2)
ad 2	Das BMWFW verfügt mit dem Bundesländerdialog und bilateralen Kontakten bereits über ein engmaschiges Netz an Bund-Länder-Abstimmungsmechanismen und arbeitet in seinem Wirkungsbereich laufend an der Optimierung der strategischen Abstimmung und gemeinsamen Prioritätensetzung mit den Ländern. Darüber hinaus werden Ländervertreter bei der Implementierung der FTI Strategie des Bundes einbezogen. Beispielsweise hat die Arbeitsgruppe 7b (FTI-Internationalisierung – Europa) der FTI Task Force Treffen mit Vertretern der Bundesländer abgehalten.

3	Straffung des „Programmdschungels“ zur Erhöhung der Effizienz und Transparenz bei Technologietransferprogrammen (Bund 2010/10, SE 1)
ad 3	Im Rahmen der Umsetzung der FTI – Strategie des Bundes wurde bereits eine Arbeitsgruppe („Wissenstransfer und Gründungen“) mit dem Ziel gebildet, Handlungsfelder abzustimmen, Umsetzungsschritte zu konkretisieren und Ergebnisverantwortlichkeiten zu definieren. Die bisherigen Ergebnisse der Arbeitsgruppe tragen dazu bei, optimierte strategische Verfahren und Standards im Wissens- und Technologietransfer sowie im Gründungsbereich zu erarbeiten und festzulegen Darüber hinaus ist eine gemeinsame nationale Kontaktstelle (BMWFW, BMVIT) eingerichtet.

4	Berücksichtigung der Forschungsstrategie des Bundes und jener der Bundesländer bei der Identifikation der Forschungsschwerpunkte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Bund 2013/1; SE 5)
ad 4	Das BMWFW wird die Empfehlung unter Berücksichtigung der Freiheit der Wissenschaft und der institutionellen Autonomie im Rahmen der nächsten Leistungsvereinbarungsperiode an die Österreichische Akademie der Wissenschaften herantragen. Im Rahmen dieser Verhandlung für die Leistungsperiode 2015 bis 2017 werden gem. mit der ÖAW die Fokussierungen und Schwerpunktsetzungen weiter vertieft und konkretisiert; dies erfolgt im Rahmen des Zielsystems der Forschungsstrategie des Bundes.

5	Zusammenlegung der staatlichen Wetterdienste (Bund 2011/6, SE 1)
ad 5	Derzeit schon kooperieren die Wetterdienste im Hinblick auf Kosteneinsparungen und Verbesserungen der Dienstleistungen; so nutzen die Wetterdienste dzt. zu 95% dieselbe Infrastruktur. Eine Studie von Price Waterhouse Coopers zeigte ein sehr geringes Synergiepotential und gleichzeitig relativ hohe Kosten bei der Herauslösung des Flugwetterdienstes der Austro Control und einer Zusammenlegung mit der ZAMG. Die Zusammenarbeit wurde durch ein entsprechendes Übereinkommen weiter intensiviert.

Globalbudget 31.03 Forschung und Entwicklung
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 31.03 Forsch. u. Entwickl.**	DB 31.03.01 Proj. u. Programme	DB 31.03.02 Basisfin. v. Inst.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,528		0,528
Erträge	**0,528**		**0,528**
Personalaufwand	20,536		20,536
Transferaufwand	415,434	41,729	373,705
Betrieblicher Sachaufwand	43,440	20,330	23,110
Aufwendungen	**479,410**	**62,059**	**417,351**
Nettoergebnis	**-478,882**	**-62,059**	**-416,823**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 31.03 Forsch. u. Entwickl.**	DB 31.03.01 Proj. u. Programme	DB 31.03.02 Basisfin. v. Inst.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,148		0,148
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,006		0,006
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,154**		**0,154**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	59,295	20,330	38,965
Auszahlungen aus Transfers	415,434	41,729	373,705
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	2,498		2,498
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**477,227**	**62,059**	**415,168**
Nettogeldfluss	**-477,073**	**-62,059**	**-415,014**

Untergliederung 32 Kunst und Kultur

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

Das Bundeskanzleramt gestaltet die Rahmenbedingungen für das Schaffen und Vermitteln von Kunst und Kultur. Kunst und Kultur sind in all ihren traditionellen und innovativen sowie materiellen und immateriellen Formen unserer sich ständig verändernden Lebenswelt präsent. Ein offener Kunst- und Kulturbegriff fördert das Verstehen und Erleben der Welt und den Respekt vor anderen. Er ermöglicht die Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen und unterstreicht die persönliche Verantwortung des Einzelnen, unabhängig von sozialer, ethnischer oder religiöser Herkunft. Kunst und Kultur tragen wesentlich zum gesellschaftlichen Diskurs und zur Ausbildung einer kritischen Öffentlichkeit bei. Je mehr Verständnis dafür geschaffen werden kann, desto mehr Gewicht erhalten Inhalte und deren Ausgestaltung gegenüber der Frage der Finanzierung künstlerischer und kultureller Vorhaben.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**5,170**		
Auszahlungen fix	368,586	368,586		
Summe Auszahlungen	**368,586**	**368,586**		
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-363,416**		

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	5,069		
Aufwendungen	367,943		
Nettoergebnis	**-362,874**		

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:

Nachhaltige Verankerung von zeitgenössischer Kunst in der Gesellschaft sowie Gewährleistung stabiler Rahmenbedingungen für Kunstschaffende (Gleichstellungsziel)

Warum dieses Wirkungsziel?

Die Partizipation an der Kunst und die Auseinandersetzung mit der Kunst sind wesentliche Faktoren für die hohe Lebensqualität einer Gesellschaft. Kunst ist Teil des österreichischen Selbstverständnisses und darüber hinaus ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Neben der intensiven Vermittlung kultureller Werte und der Möglichkeit der Teilhabe möglichst breiter Bevölkerungsschichten an Kunst sind daher vor allem die Rahmenbedingungen für die künstlerische und kulturelle Arbeit laufend abzusichern und zu verbessern.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Sichtbarmachung der Sammlung der Artothek des Bundes im 21er Haus der Österreichischen Galerie Belvedere;
- Zurverfügungstellung von Startstipendien für den künstlerischen Nachwuchs;
- Umsetzung von Mehrjahresförderungen;
- Durchführung eines Mentoringprogramms für Künstlerinnen;
- Verankerung des Genderschwerpunktes in der Musikförderung.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 32.1.1	Anteil von Frauen an der Einzelpersonenförderung des Bundes im Kunstbereich in %					
Berechnungs-methode	Indikatorwert = Summe der an Frauen vergebenen Einzelpersonenförderungen in Euro ÷ Summe der gesamten Einzelpersonenförderungen in Euro * 100					
Datenquelle	Kunstberichte des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur bzw. des Bundeskanzleramts, Kapitel „Kunstförderung und Gender Budgeting“					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	47,0%	46,0%	47,0%	47,0%	47,0%	47,0%
	Geschlechtsspezifische Verteilung der Gesamtbeträge der Einzelpersonenförderungen (Stipendien, Projekte, Ankäufe und Preise) der Kunstsektion (zeitgenössische Kunst) in Prozent.					

Kennzahl 32.1.2	Anzahl der Institutionen, die Förderungen und Transfers im Bereich der zeitgenössischen Kunst erhalten

Berechnungs-methode	Indikatorwert = Summe der Institutionen, an die Förderungen und Transfers im Bereich der zeitgenössischen Kunst ausbezahlt werden (Förderungen im engeren Sinne gemäß Definition im jährlichen Kunstbericht)					
Datenquelle	Kunstsektion des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur bzw. des Bundeskanzleramts					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Keine Daten verfügbar	Keine Daten verfügbar	> 1.150	> 1.150	> 1.150	> 1.150
	Anzahl der Institutionen, die Förderungen und Transfers im Bereich der zeitgenössischen Kunst in den Sparten Bildende Kunst, Architektur, Fotografie, Video- und Medienkunst, Design, Mode, Musik und Darstellende Kunst, Film, Literatur sowie Kulturinitiativen erhalten. Die konkrete Anzahl schwankt von Jahr zu Jahr und ist abhängig von Antragstellung sowie Beurteilung der künstlerischen Qualität.					

Kennzahl 32.1.3	Einzelmobilitäten der Kunstschaffenden in das Ausland					
Berechnungs-methode	Indikatorwert = Summe der KünstlerInnen, die von der Kunstsektion vor allem im Rahmen von Stipendienprogrammen in das Ausland entsandt werden					
Datenquelle	Kunstsektion des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur bzw. des Bundeskanzleramts					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Keine Daten verfügbar	Keine Daten verfügbar	208	217	217	217
	Anzahl der KünstlerInnen, die von der Kunstsektion in den Sparten Bildende Kunst, Architektur, Fotografie, Video- und Medienkunst, Design, Mode, Musik und Darstellende Kunst, Film, Literatur und Kulturinitiativen vor allem im Rahmen von Stipendienprogrammen in das Ausland entsandt werden.					

Wirkungsziel 2:
Nachhaltige Absicherung von kulturellem Erbe und besserer Zugang zu Kunst- und Kulturgütern für die Öffentlichkeit.

Warum dieses Wirkungsziel?
Die aktive und passive Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur ist ein wesentlicher Faktor für die hohe Lebensqualität einer Gesellschaft. Kunst und Kultur sind Teil des österreichischen Selbstverständnisses und liefern traditionell wesentliche Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Neben der intensiven Vermittlung kultureller materieller und immaterieller Werte und der Verbesserung der Möglichkeiten zur Teilhabe möglichst breiter Bevölkerungsschichten an Kunst und Kultur sind daher vor allem die Rahmenbedingungen der Kunst- und Kulturarbeit laufend abzusichern und zu verbessern. Das materielle und immaterielle Kulturerbe birgt zudem ein breit gefächertes Potenzial für eine nachhaltige soziale Entwicklung und stellt damit eine wesentliche Grundlage für die künftige Ausrichtung der Gesellschaft dar. Die Etablierung einer umfassenden Berücksichtigung des Kulturerbes und die Nutzung von dessen Zusatzwert in anderen Politikfeldern („Kulturland Österreich-Strategie“) sollen langfristig in ein möglichst alle Bevölkerungsschichten einschließendes neues Bewusstsein und Verantwortungsdenken in Bezug auf die Umsetzung nachhaltiger, zukunftsorientierter Gestaltungsmechanismen führen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Fortführung des Gratiseintritts für Kinder und Jugendliche in Bundesmuseen;
- Durchführung des 1. Teilschritts der Umsetzung des Projekts „Weltmuseum Wien“;
- österreichweite Sicherung von einheitlichen Standards im Denkmalschutz;
- Teilnahme an internationalen Programmen und Finanzierungsfazilitäten zur internationalen Ausrichtung von Kunst und Kultur.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 32.2.1	Fortführung des Gratiseintritts für Kinder und Jugendliche an Bundesmuseen					
Berechnungs-methode	Indikatorwert = („interessierte BesucherInnen in Bundesmuseen“ : „Bezugsgruppe“) * 100. Interessierte BesucherInnen in Bundesmuseen: Für die Berechnung werden alle registrierten Eintritte von unter 19-jährigen in Bundesmuseen eines Jahres herangezogen. Bezugsgruppe: Altersgleiche Wohnbevölkerung - unter 19 Jahre.					
Datenquelle	Quartalsmeldungen der Bundesmuseen an das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (Abteilung IV/2) bzw. an das Bundeskanzleramt (Abteilung. VI/2); Wohnbevölkerungsdaten der Bundesanstalt Statistik Österreich.					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	53,0%	49,8%	55,5%	51,2%	55,5%	57%

	Annahme zu den Kennzahlen 2014 und 2016: gleichbleibende Zahl der Gratiseintritte unter Heranziehen des demographischen Trends in der Altersgruppe. Bei den Gratiseintritten ist keine genderspezifische Messung vorgesehen.

Untergliederung 32 Kunst und Kultur

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5,069		
Erträge	**5,069**		
Personalaufwand	14,896		
Transferaufwand	327,181		
Betrieblicher Sachaufwand	25,866		
Aufwendungen	**367,943**		
Nettoergebnis	**-362,874**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5,165		
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**5,170**		
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	40,499		
Auszahlungen aus Transfers	327,189		
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,868		
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,030		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**368,586**		
Nettogeldfluss	**-363,416**		

Untergliederung 32 Kunst und Kultur
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 32 Kunst und Kultur**	GB 32.01 Kunst	GB 32.02 Kultur	GB 32.03 Kultureinrichtungen
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5,069	0,010	5,058	0,001
Erträge	**5,069**	**0,010**	**5,058**	**0,001**
Personalaufwand	14,896		14,896	
Transferaufwand	327,181	74,191	25,076	227,914
Betrieblicher Sachaufwand	25,866	2,218	23,384	0,264
Aufwendungen	**367,943**	**76,409**	**63,356**	**228,178**
Nettoergebnis	**-362,874**	**-76,399**	**-58,298**	**-228,177**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 32 Kunst und Kultur**	GB 32.01 Kunst	GB 32.02 Kultur	GB 32.03 Kultureinrichtungen
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5,165	0,010	5,154	0,001
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005		0,005	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**5,170**	**0,010**	**5,159**	**0,001**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	40,499	2,218	38,017	0,264
Auszahlungen aus Transfers	327,189	74,191	25,084	227,914
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,868	0,568	0,300	
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,030		0,030	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**368,586**	**76,977**	**63,431**	**228,178**
Nettogeldfluss	**-363,416**	**-76,967**	**-58,272**	**-228,177**

Globalbudget 32.01 Kunst

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,010		
Erträge	**0,010**		
Transferaufwand	74,191		
Betrieblicher Sachaufwand	2,218		
Aufwendungen	**76,409**		
Nettoergebnis	**-76,399**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,010		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,010**		
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2,218		
Auszahlungen aus Transfers	74,191		
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,568		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**76,977**		
Nettogeldfluss	**-76,967**		

Globalbudget 32.01 Kunst

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
Wirkungsziel 1	Sichtbarmachung der Sammlung der Artothek des Bundes im 21er Haus der Österreichischen Galerie Belvedere	Anzahl der Ausstellungen der Österreichischen Galerie Belvedere, in denen Werke aus der Sammlung der Artothek des Bundes beteiligt sind: 2 im 21er Haus [Zielzustand per 12/2014]	Zahlreiche Werke der Artothek des Bundes in den Ausstellungen der Österreichischen Galerie Belvedere mit dem Titel „Sammlung 3“ und „Fotos. Österreichische Fotografien von den 1930ern bis heute“ wurden präsentiert [Istzustand per 12/2013]
Wirkungsziel 1	Zurverfügungstellung von Startstipendien für den künstlerischen Nachwuchs	Anzahl der neu vergebenen Startstipendien für den künstlerischen Nachwuchs: bis zu 95 (davon bis zu 5 für angehende KulturmanagerInnen) [Zielzustand per 12/2014]	Anzahl der neu vergebenen Startstipendien für den künstlerischen Nachwuchs: 95 (54 Frauen und 41 Männer; davon 5 für angehende KulturmanagerInnen) [Istzustand per 12/2013]
Wirkungsziel 1	Umsetzung von Mehrjahresförderungen	Betragsmäßiger Anteil der Mehrjahresförderungen am Kunstbudget: bis zu 30% [Zielzustand per 12/2014]	Betragsmäßiger Anteil der Mehrjahresförderungen am Kunstbudget: 29% [Istzustand per 12/2013]
Wirkungsziel 1	Durchführung eines Mentoringprogramms für Künstlerinnen	Fortsetzung des Mentoringprogramms für Künstlerinnen mit 14 Tandems [Zielzustand per 12/2014]	Fortsetzung des Mentoringprogramms für Künstlerinnen mit 14 Tandems [Istzustand per 12/2013]
Wirkungsziel 1	Verankerung des Genderschwerpunkts in der Musikförderung	Durchführung einer Veranstaltung zum Informationsaustausch zwischen Komponistinnen und EnsembleleiterInnen/ VeranstalterInnen: voraussichtlich Oktober 2014 [Zielzustand per 10/2014]	Durchführung einer Veranstaltung zum Informationsaustausch zwischen Komponistinnen und EnsembleleiterInnen/ VeranstalterInnen: Oktober 2013 [Istzustand per 10/2013]

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Abstimmung der kulturpolitischen Ziele, die mit der Gewährung einer Förderung erreicht werden sollen, zwischen Bund und Ländern (Bund 2008/10, SE 1)
ad 1	Kulturpolitische Ziele sind zwischen Bund und Ländern insofern abgestimmt, als sie im Kunstförderungsgesetz des Bundes und in den Landesgesetzen im Rahmen der Länderautonomie festgelegt sind.

2	Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Salzburger Festspiele, die geeignet ist, ein Kulturunternehmen mit einem Gebarungsumfang von rd. 50 Mio. EUR zu führen (Bund 2012/1, SE 1)
ad 2	Die kulturellen und wirtschaftlichen Erfolge der Salzburger Festspiele belegen, dass einer Gesetzesänderung keine Priorität zukommt.

3	Zahlung von Zuwendungen an den Salzburger Festspielfonds nur nach Bedarf (Bund 2012/1, SE 5)
ad 3	Die Zahlung von Zuwendungen an den Salzburger Festspielfonds erfolgt nach Kuratoriumsbeschluss und nach Maßgabe der budgetären Verfügbarkeit.

4	Erstellung von Sonderrichtlinien für die Filmförderung; insbesondere Festlegung der Art und die Höhe der förderbaren Kosten (Bund 2011/2, SE 33)

ad 4	Die Empfehlung wird in den Sonderrichtlinien für die Filmförderung hinsichtlich einzelner Förderkategorien umgesetzt.

Globalbudget 32.01 Kunst
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 32.01 Kunst**	DB 32.01.01 Kunstförderung
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,010	0,010
Erträge	**0,010**	**0,010**
Transferaufwand	74,191	74,191
Betrieblicher Sachaufwand	2,218	2,218
Aufwendungen	**76,409**	**76,409**
Nettoergebnis	**-76,399**	**-76,399**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 32.01 Kunst**	DB 32.01.01 Kunstförderung
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,010	0,010
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,010**	**0,010**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2,218	2,218
Auszahlungen aus Transfers	74,191	74,191
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,568	0,568
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**76,977**	**76,977**
Nettogeldfluss	**-76,967**	**-76,967**

Globalbudget 32.02 Kultur

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5,058		
Erträge	**5,058**		
Personalaufwand	14,896		
Transferaufwand	25,076		
Betrieblicher Sachaufwand	23,384		
Aufwendungen	**63,356**		
Nettoergebnis	**-58,298**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5,154		
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**5,159**		
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	38,017		
Auszahlungen aus Transfers	25,084		
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,300		
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,030		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**63,431**		
Nettogeldfluss	**-58,272**		

Globalbudget 32.02 Kultur

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
Wirkungs-ziel 2	Österreichweite Sicherung von einheitlichen Standards im Denkmalschutz	Verringerung Differenz zwischen insgesamt schutzwürdigen und nicht unter Schutz gestellten Denkmalen ggü. 2013 um 1,6% = 523 Unterschutzstellungen. Ziel: 37.854 unter Schutz stehende Objekte. Differenz: 32.146 Objekte. [Zielzustand per 12/2014]	Schutzwürdig: 70.000 Objekte. 2013: 523 Unterschutzstellungen insgesamt. Stand 31.12. 2013: 37.331 unter Schutz stehende Objekte. Differenz: 32.669 Objekte. [Istzustand per 12/2013]
Wirkungs-ziel 2	Teilnahme an internationalen Programmen und Finanzierungs-fazilitäten zur internationalen Ausrichtung von Kunst und Kultur	- Durchführung von mind. 5 Beratungsworkshops; - Bereitstellung der nationalen Kofinanzierung in Abhängigkeit vom Bedarf und den budgetären Möglichkeiten [Zielzustand per 12/2014]	Abschluss der Programmverhandlungen zum neuen EU-Programm „Kreatives Europa“ 2014-2020 [Istzustand per 12/2013]
		Fertigstellung des Rohberichts zu Kultur und EU-Strukturfonds 2014-2020 im 4. Quartal 2014 [Zielzustand per 12/2014]	Beauftragung des Handbuchs zu Kultur und EU-Strukturfonds 2014-2020 bis Ende des Jahres [Istzustand per 12/2013]

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

Globalbudget 32.02 Kultur
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 32.02 Kultur**	DB 32.02.01 Z.Dienste,Steuerg.KK	DB 32.02.02 Kulturförderung	DB 32.02.03 Denkmalschutz	DB 32.02.04 Bes. Kultur Einr.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5,058			4,508	0,550
Erträge	**5,058**			**4,508**	**0,550**
Personalaufwand	14,896	5,722		8,566	0,608
Transferaufwand	25,076	0,001	5,035	16,662	3,378
Betrieblicher Sachaufwand	23,384	2,501		3,567	17,316
Aufwendungen	**63,356**	**8,224**	**5,035**	**28,795**	**21,302**
Nettoergebnis	**-58,298**	**-8,224**	**-5,035**	**-24,287**	**-20,752**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 32.02 Kultur**	DB 32.02.01 Z.Dienste,Steuerg.KK	DB 32.02.02 Kulturförderung	DB 32.02.03 Denkmalschutz	DB 32.02.04 Bes. Kultur Einr.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	5,154			4,509	0,645
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,005			0,003	0,002
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**5,159**			**4,512**	**0,647**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	38,017	8,298		11,834	17,885
Auszahlungen aus Transfers	25,084	0,001	5,035	16,670	3,378
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,300			0,262	0,038
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,030	0,010		0,020	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**63,431**	**8,309**	**5,035**	**28,786**	**21,301**
Nettogeldfluss	**-58,272**	**-8,309**	**-5,035**	**-24,274**	**-20,654**

Globalbudget 32.03 Kultureinrichtungen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001		
Erträge	**0,001**		
Transferaufwand	227,914		
Betrieblicher Sachaufwand	0,264		
Aufwendungen	**228,178**		
Nettoergebnis	**-228,177**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,001**		
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,264		
Auszahlungen aus Transfers	227,914		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**228,178**		
Nettogeldfluss	**-228,177**		

Globalbudget 32.03 Kultureinrichtungen

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
Wirkungs-ziel 2	Fortführung des freien Eintritts für Kinder und Jugendliche an Bundesmuseen	Halten des Anteils von 55,5% [Zielzustand per 12/2014]	Anteil der Kinder und Jugendlichen in Bundesmuseen bezogen auf die Gesamtzahl an Kindern und Jugendlichen: 55,5% [Istzustand per 06/2013]
Wirkungs-ziel 2	Erster Teilschritt der Umsetzung des Projekts „Weltmuseum Wien“	Abschluss der Planungsarbeiten und erste operative Umsetzung der Planungsergebnisse [Zielzustand Planungsabschluss per 06/2014; geplanter Projektab-schluss 2016]	Auftragsvergabe an Architek-ten/in und GeneralplanerIn [Istzustand per 12/2013]

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Eröffnung der Kunstkammer im Kunsthistorischen Museum: Projekt abgeschlossen; Kunstkammer nach Generalsanierung neu eröffnet

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Prüfung der öffentlichen Interessen an Ausgliederungen in periodischen Abständen sowie Beurteilung der Erfüllung dieser Interessen; Überprüfung der Zweckmäßigkeit der gewählten Rechtsform für die Aufgabenerfüllung (Bund 2013/7, SE 1)
ad 1	Die Beurteilung der Erfüllung der öffentlichen Interessen an den Ausgliederungen erfolgt laufend im Rahmen der Public-Corporate-Governance-Regelungen. Aufgrund der positiven Entwicklung der Bundesmuseen bzw. der Österreichischen Nationalbibliothek seit der Ausgliederung aus der direkten Bundesverwaltung wird eine Änderung der Rechtsform als nicht zweckmäßig erachtet.

2	Operative Formulierung der Maßnahmen und Erfolgsindikatoren in Rahmenzielvereinbarungen sowie Angabe – für alle Ziele – konkreter Zeitangaben für die Verwirklichung der vorgesehenen Maßnahmen und die Umsetzung von Teilschritten (Bund 2013/2, SE 5)
ad 2	Vorgaben im Sinne von Weisungen zur operativen Steuerung lagen beim Abschluss der Rahmenzielvereinbarungen nicht in der Absicht des Gesetzgebers. Angestrebt wurde die Präzisierung des kulturpolitischen Auftrags aufgrund des jeweils geltenden Regierungsprogramms. Die Rahmenzielvereinbarungen sind mit einem Zielkatalog hinterlegt, dessen Umsetzung anhand der jährlichen Vorhabensberichte durch die zuständige Kultursektion regelmäßig überwacht wird. Zudem überwacht das Kuratorium in seinen vierteljährlichen Sitzungen die Einhaltung der Zielvorgaben.

3	Einrichtung gemeinsamer Plattformen für gleichartige Tätigkeiten (z.B. Rechnungswesen, IT, Interne Revision) bei Museen (Bund 2010/1, SE 27)
ad 3	Die Kultursektion des Bundeskanzleramts setzt auf die eigenständige Nutzung von Synergien durch die Bundesmuseen und im Zusammenhang damit auf das langfristige Anstreben von Pool-Lösungen, soweit diese - ausgehend vom Erfahrungsstand der ausgegliederten Institutionen - wirtschaftliche und organisatorische Verbesserungen darstellen.

4	Einrichtung einer einheitlichen Bilddatenbank für alle Bundesmuseen; verpflichtende Erfassung von Sammlungsgut (Bund 2010/2, SE 5)
ad 4	Bei der laufenden Umsetzung von Bilddatenbanken an Bundesmuseen wird auf die Verwendung einer einheitlichen Software geachtet. Hinsichtlich der verpflichtenden Erfassung von Sammlungsgut wurden die Bundesmuseen aufgefordert, ihre Inventarisierungspläne im Sinne einer möglichst raschen Datenerfassung zu überarbeiten, wobei auf die personellen und finanziellen Möglichkeiten der Anstalten im Verhältnis zu ihren übrigen gesetzlichen Verpflichtungen Bedacht zu nehmen ist.

5	Zeitnahe Verfolgung der mit dem MAK in der Rahmenzielvereinbarung festgelegten Ziele und erforderlichenfalls Einmahnung der Verwirklichung (Bund 2013/2, SE 6)
ad 5	Die Rahmenzielvereinbarungen sind mit einem Zielkatalog hinterlegt, dessen Umsetzung anhand der jährlichen Vor-

	habensberichte durch die zuständige Kultursektion regelmäßig überwacht wird. Zudem ist das Kuratorium angehalten, die Einhaltung der Zielvorgaben im Zuge der vierteljährlichen Kuratoriumssitzungen zu überwachen.

Globalbudget 32.03 Kultureinrichtungen
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 32.03 Kultureinrichtungen**	DB 32.03.01 Bundesmuseen	DB 32.03.02 Bundestheater
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001		0,001
Erträge	**0,001**		**0,001**
Transferaufwand	227,914	102,688	125,226
Betrieblicher Sachaufwand	0,264	0,264	
Aufwendungen	**228,178**	**102,952**	**125,226**
Nettoergebnis	**-228,177**	**-102,952**	**-125,225**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 32.03 Kultureinrichtungen**	DB 32.03.01 Bundesmuseen	DB 32.03.02 Bundestheater
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001		0,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,001**		**0,001**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,264	0,264	
Auszahlungen aus Transfers	227,914	102,688	125,226
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**228,178**	**102,952**	**125,226**
Nettogeldfluss	**-228,177**	**-102,952**	**-125,225**

Untergliederung 33 Wirtschaft (Forschung)

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Das BMWFW ist Impulsgeber und maßgeblicher Unterstützer für die unternehmensbezogene angewandte Forschung, Technologie und Innovation und konzentriert seine Aktivitäten auf jene Felder, in denen die Voraussetzungen für eine langfristige internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft und eine Sicherung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze sowie des Wirtschaftsstandortes Österreich geschaffen werden. Das BMWFW unterstützt mit seinen Programmen und Maßnahmen die Ziele der Strategie der Bundesregierung für Forschung, Technologie und Innovation (FTI), wonach Österreich in den nächsten Jahren zu den innovativsten Ländern der EU aufsteigen und sich langfristig in der Gruppe der „Innovation Leader" etablieren soll, das heißt in der Gruppe jener Länder, die an der Wissensgrenze forschen und an der technologischen Grenze produzieren.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**0,002**	**0,002**	
Auszahlungen fix	101,600	101,600	97,900	109,962
Summe Auszahlungen	**101,600**	**101,600**	**97,900**	**109,962**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-101,598**	**-97,898**	**-109,962**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	0,002	0,002	
Aufwendungen	101,600	97,900	
Nettoergebnis	**-101,598**	**-97,898**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Stärkung der Innovationskraft der österreichischen Unternehmen durch weitere Intensivierung der Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft, durch Verbreiterung der Innovationsbasis und durch Ausbau des Technologietransfers.

Warum dieses Wirkungsziel?
Als Hochlohnland kann Österreich seine Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität nur in dem Maß sichern und ausbauen, in dem die Transformation in eine wissensbasierte Wirtschaft gelingt. Dies setzt voraus, dass sich der Transfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft stetig intensiviert: Neu geschaffenes Wissen muss rascher zu seiner Verwertung finden. Dazu gilt es, Umfang und Niveau der in Österreich entwickelten und umgesetzten Innovationen substanziell zu steigern. Zunehmend mehr österreichische Unternehmen sollen sich durch Innovationen technologische oder marktorientierte Wettbewerbsvorteile erarbeiten, um im globalen Wettbewerb in Marktführerpositionen aufsteigen zu können. Voraussetzung dafür sind gesteigerte und ambitioniertere Forschungs und Entwicklungsaktivitäten in den Unternehmen, getragen von hochqualifizierten Mitarbeiter/innen auf Basis der neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Verbreiterung der Innovationsbasis, insbesondere Innovationsscheck für Einsteiger in Forschung & Entwicklung (F&E), Förderung innovationsorientierter Unternehmenskooperationen und Aufbau anwendungsorientierter FTI-Einrichtungen (Förderprogramm COIN), Förderung der Kooperativen Forschungsinstitute (Austrian Cooperative Research - ACR) und Technologiezentren (Verband der Technologiezentren Österreichs - VTÖ)
- Stärkung der Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, insbesondere Kompetenzzentren (COMET), Christian Doppler Gesellschaft (CDG) sowie Research Studios Austria (RSA) und Laura Bassi Centres (LBC)
- Unterstützung von internationalen Forschungs- und Technologiekooperationen, insbesondere EUREKA, EUROSTARS (Details siehe: www.ffg.at/foerderangebot)

Die Programme Innovationsscheck, COIN und COMET werden in Kooperation mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie durchgeführt.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 33.1.1	Steigerung der Anzahl systematisch F&E betreibender Unternehmen					
Berechnungs-methode	Anzahl der F&E durchführenden Erhebungseinheiten im Unternehmenssektor Erhebung im 2-Jahres-Rhythmus Berechnung eines Entwicklungspfades entsprechend FTI-Strategie.					
Datenquelle	F&E-Vollerhebung der Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2009	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020

	2.946	3.384	3.384	mind. 2.970	mind 3.305	mind. 3.722
	Die F&E-Statistik bietet das zuverlässigste Zahlenmaterial für den FTI-Bereich in Österreich und schafft durch die konstante Erhebungsmethode robuste Zahlenwerte und Zeitreihen. Diese wird jedoch nur biennal durchgeführt, wodurch zum Zeitpunkt der erstmaligen Befüllung der Zahlenwerte nur die Werte aus 2009 zur Verfügung standen. Für die „geraden" Jahre wird zukünftig der Wert aus dem Vorjahr fortgeschrieben. IST- und Zielzustände wurden an die aktuelle Datenlage angepasst (aktualisierter Ausgangswert und Zielwert 2020 in Abstimmung mit BMVIT).					

Kennzahl 33.1.2	Steigerung des Anteils der KMU mit interner Innovation					
Berechnungs-methode	SMEs innovating in-house as % of SMEs					
Datenquelle	Innovation Union Scoreboard der EK (Indikator 2.2.1)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	34,4%	34,4%	36,4%	34,8%	36,8%	38,2%
	Ziel 2020: Anteil der innovierenden KMU liegt 20% über dem EU-Durchschnitt					

Kennzahl 33.1.3	Aufstieg von der Gruppe der Verfolger ("Innovation Follower") in die Führungsgruppe ("Innovation Leader") im Innovation Union Scoreboard bis 2020, d.h. der Summary Innovation Index (SII) liegt 20% über dem EU-Schnitt					
Berechnungs-methode	Summary Innovation Index					
Datenquelle	Innovation Union Scoreboard der EK					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	0,591	0,595	0,602	0,619	0,627	0,707
	Für die Entwicklung des EU-Durchschnitts wird eine Steigerung wie im Zeitraum 2007-2011 angenommen, das sind ca. 1% p.a.					

Wirkungsziel 2:
Steigerung der Neugründung von wissens- und forschungsintensiven Unternehmen.
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Gründungsdynamik bei technologiebasierten und innovativen Unternehmen hat noch hohes Entwicklungspotenzial. Laut einer vom Rat für Forschung und Technologieentwicklung beauftragten Studie ("Gründungsdynamik von Know-howintensiven und technologieorientierten Unternehmen (KITU) in Österreich" unter www.rat-fte.at) entfallen von den rund 30.000 jährlichen Neugründungen nur zwischen 5 und 10% auf know-how-intensive und technologieorientierte Start-Ups. Der Anteil an jungen, schnell wachsenden Unternehmen ist im internationalen Vergleich deutlich unterdurchschnittlich. Eine Steigerung der Gründungen und deren Überlebensrate beschleunigen den Strukturwandel in Richtung Wissensgesellschaft. Die Wachstumsdynamik kleiner, offener Volkswirtschaften - wie auch Österreichs - weist eine besonders starke Abhängigkeit von internationalen Entwicklungen auf. Sowohl kurzfristig auftretende externe Impulse als auch längerfristige Trends erfordern hohe Anpassungsleistungen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Optimierung und Vervollständigung der bereits bestehenden Maßnahmen zur Förderung von Unternehmensgründungen und des Unternehmergeistes, insbesondere der Technologieprogramme der Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS) (Gründung von jungen innovativen technologieorientierten Unternehmen)
- Förderung entsprechender Aktivitäten des Verbands der Technologiezentren Österreichs (VTÖ)
- Relaunch Seedfinancing: Das Seedfinancing-Programm wird nunmehr als ein horizontales Programm allein vom BMWFW durchgeführt und der Schwerpunkt LISA (Life Science Austria) integriert
- Gründer-Technologiescheck (GTS): Weiterführung und Evaluierung des Programms (Scheck in der Höhe von 1000 EUR für spezifische technologieorientierte Dienstleistungen, wie Patentinformationen)
- Ausbau der Venture-Fonds-Initiativen: Die bestehenden Initiativen (VC Initiative, Cleantechfonds), die insbesondere die Investitionen in Frühphasevorhaben forcieren sollen, werden um eine weitere VC-Initiative ergänzt

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 33.2.1	Steigerung wissens- und forschungsintensiver Neugründungen
Berechnungs-methode	Schätzung BMWFW
Datenquelle	Schätzung BMWFW

Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	nicht verfügbar	1.500	1.500	1.590	1.640	1.960
	Laut FTI-Strategie soll die Anzahl der wissens- und forschungsintensiven Neugründungen bis 2020 um jährlich durchschnittlich 3% gesteigert werden. Wissensintensive Gründungen sind in den Gründungsstatistiken derzeit nicht gesondert ausgewiesen, die Schaffung einer entsprechenden statistischen Grundlage ist in Vorbereitung.					

Wirkungsziel 3:
Bessere Nutzung des in Österreich vorhandenen Potenzials an Fachkräften, insbesondere durch Erhöhung des Anteils von Frauen in Forschung, Technologie und Innovation. (Genderziel)

Warum dieses Wirkungsziel?
Österreich weist bei der Verfügbarkeit hoch qualifizierter Arbeitskräfte einen zunehmend kritischen Engpass auf (vgl. FEMtech; unter www.femtech.at). Vor allem mangelndes Interesse an technischen und naturwissenschaftlichen Fächern, ein geringer Anteil von Frauen in der Forschung und eine verhältnismäßig schwache Offenheit der Gesellschaft gegenüber Wissenschaft und Technologie stellen Hemmnisse auf dem Weg zum Innovation Leader, also in die Gruppe jener Länder, die an der Wissensgrenze forschen und an der technologischen Grenze produzieren, dar.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Gezielte Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung für Forschung und Innovation (z.B. Lange Nacht der Forschung) sowie für Frauen im Bereich FTI
- Nutzung der Erkenntnisse aus den Programmen w-fFORTE und Laura Bassi Centres bei der Weiterentwicklung von Förderprogrammen (Workshops mit Programmverantwortlichen, Implementierung von gendergerechten Auswahlprozessen)
- Lernen von best-practice- Modellen in Bezug auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf (z.B. Workshops für Programmverantwortliche aus Ressorts und Förderagenturen)

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 33.3.1	Steigerung des Anteils von Frauen in leitenden Positionen bei den von der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) im Auftrag des BMWFW abgewickelten Programmen					
Berechnungsmethode	Anteil an Frauen bei Ansprechpersonen Technik und Projektleitung					
Datenquelle	FFG Jahresbericht					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	10,7%	11,1%	11,8%	12,0%	12,4%	15,0%
	Im Auftrag des BMWFW abgewickelte Programme: COIN, COMET, Dienstleistungsinitiative, Eurostars, Forschungskompetenzen für die Wirtschaft (FoKo), High Tech Start Up, Innovationsscheck					

Kennzahl 33.3.2	Steigende Beschäftigung in wissensintensiven Bereichen					
Berechnungsmethode	Beschäftigung in wissensintensiven Bereichen in % der Gesamtbeschäftigung					
Datenquelle	Innovation Union Scoreboard der EK (Indikator 3.2.1)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	14,0%	14,4%	14,0%	14,8%	15,0%	16,3%
	Ziel 2020: Indikator liegt 20% über dem EU-Durchschnitt aus dem Jahr 2012 (13,6%), Zielpfad mit konstanter Steigerungsrate					

Untergliederung 33 Wirtschaft (Forschung)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001	0,001	
Finanzerträge	0,001	0,001	
Erträge	**0,002**	**0,002**	
Transferaufwand	99,808	96,108	
Betrieblicher Sachaufwand	1,792	1,792	
Aufwendungen	**101,600**	**97,900**	
Nettoergebnis	**-101,598**	**-97,898**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,002	0,002	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,002**	**0,002**	
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1,792	1,792	1,622
Auszahlungen aus Transfers	99,808	96,108	108,340
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**101,600**	**97,900**	**109,962**
Nettogeldfluss	**-101,598**	**-97,898**	**-109,962**

Untergliederung 33 Wirtschaft (Forschung)
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 33 Wirtschaft (Forsch.)**	GB 33.01 Wirtschaft (Forsch.)
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001	0,001
Finanzerträge	0,001	0,001
Erträge	**0,002**	**0,002**
Transferaufwand	99,808	99,808
Betrieblicher Sachaufwand	1,792	1,792
Aufwendungen	**101,600**	**101,600**
Nettoergebnis	**-101,598**	**-101,598**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 33 Wirtschaft (Forsch.)**	GB 33.01 Wirtschaft (Forsch.)
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,002	0,002
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,002**	**0,002**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1,792	1,792
Auszahlungen aus Transfers	99,808	99,808
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**101,600**	**101,600**
Nettogeldfluss	**-101,598**	**-101,598**

Globalbudget 33.01 Wirtschaft (Forschung)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001	0,001	
Finanzerträge	0,001	0,001	
Erträge	**0,002**	**0,002**	
Transferaufwand	99,808	96,108	
Betrieblicher Sachaufwand	1,792	1,792	
Aufwendungen	**101,600**	**97,900**	
Nettoergebnis	**-101,598**	**-97,898**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,002	0,002	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,002**	**0,002**	
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1,792	1,792	1,622
Auszahlungen aus Transfers	99,808	96,108	108,340
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**101,600**	**97,900**	**109,962**
Nettogeldfluss	**-101,598**	**-97,898**	**-109,962**

Globalbudget 33.01 Wirtschaft (Forschung)

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	Förderprogramme und Maßnahmen zur - Verbreiterung der Innovationsbasis; - Stärkung der Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft; - Unterstützung von internationalen Forschungs- und Technologiekooperationen. (Details siehe www.ffg.at/foerderangebot)	Die Anzahl systematisch F&E&I betreibender Unternehmen beträgt mind. 3.305.	2011: 3.384
		Anteile der innovativen KMU, die mit anderen Partnern zusammenarbeiten (lt. IUS): mehr als 20%.	2011: 14.7% 2012: 20,5%
WZ 2	- Optimierung und Vervollständigung der bereits bestehenden Maßnahmen zur Förderung von Unternehmensgründungen und des Unternehmergeistes. - Relaunch Seedfinancing. - Überprüfung Gründer-Technologiescheck (GTS) - Ausbau der Venture-Fonds-Initiativen.	Die Anzahl der wissens- und forschungsintensiven Neugründungen steigt bis 2020 um jährlich durchschnittlich 3%. Zielzustand 2014: 1.640.	2011: 1500 (Schätzung) Ein Indikator für die Anzahl von Neugründen steht derzeit noch nicht zur Verfügung.
		Steigerung der Überlebensrate von Neugründungen: Ein Indikator für die Überlebensrate wird entwickelt.	Ein Indikator für die Überlebensrate von Neugründungen steht derzeit noch nicht zur Verfügung.
WZ 3	- Gezielte Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung für Forschung und Innovation sowie für Frauen im Bereich FTI. - Nutzung der Erkenntnisse aus den Programmen w-fFORTE und Laura Bassi Centres bei der Weiterentwicklung von Förderprogrammen. - Lernen von best-practice-Modellen in Bezug auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf.	Der Anteil von Frauen in leitenden Positionen steigt bei den von der FFG im Auftrag des BMWFW abgewickelten Programmen auf 12,4%.	2011: 11,1%. 2012: 11,8%
		Der Anteil der Beschäftigten in wissensintensiven Bereichen steigt auf 15,0%.	2011: 14,4%. 2012: 14,0%

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Einbeziehung der Bundesländer in die Erstellung von zukünftigen Forschungsstrategien (Bund 2012/12, SE 1)
ad 1	Die 2011 veröffentlichte und bis 2020 gültige FTI Strategie der Bundesregierung bildete den Abschluss eines mehrjährigen Diskussions- und Analyseprozesses, der u.a. auf dem Forschungsdialog fußte. Dieser war ein breit angelegter, landesweiter Diskurs- und Konsultationsprozess mit österreichischen FTI-Akteur/innen und beinhaltete eine extensive Partizipation der Bundesländer. Zudem bestand er aus 17 Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet, bei denen intensiv mit den regionalen Standorten und Vertreter/innen aus den Bundesländern zusammengearbeitet wurde.

2	Verstärkte Zusammenarbeit von Bund und Bundesländern und Priorisierung der Ergebnisorientierung im Hinblick auf die Erreichung gesamtstaatlicher Forschungs– und Entwicklungsziele (Bund 2012/12, SE 2)
ad 2	In der Zusammenarbeit zwischen Bund und Bundesländern kann auf bestehende und bewährte Abstimmungsmechanismen zurückgegriffen werden; diese wurden in der Stellungnahme des BMWFJ zum Bericht Bund 2012/12 ausführ-

	lich erläutert.

3	Einrichtung einer den Bund und die Länder einbeziehenden Forschungsförderungsdatenbank zur effizienten Koordination der Forschungsangelegenheiten (Bund 2012/12, SE 3)
ad 3	Mit der Transparenzdatenbank wurde eine entsprechende Förderungsdatenbank geschaffen.

4	Bündelung der Forschungskompetenzen von BMVIT, BMWF und BMWFJ (Bund 2010/10, SE 3)
ad 4	Die Forschungskompetenzen des BMWF und BMWFJ wurden im BMWFW gebündelt. Im Übrigen obliegt die Kompetenzverteilung dem Gesetzgeber und liegt somit nicht im Ermessen des BMWFW.

Globalbudget 33.01 Wirtschaft (Forschung)
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 33.01 Wirtschaft (Forsch.)**	DB 33.01.01 Koop. Wiss.-Wirts.	DB 33.01.02 Innov. Tech. Transf.	DB 33.01.03 Grün. innov. Untern.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,001		0,001	
Finanzerträge	0,001		0,001	
Erträge	**0,002**		**0,002**	
Transferaufwand	99,808	44,998	37,810	17,000
Betrieblicher Sachaufwand	1,792	0,002	1,790	
Aufwendungen	**101,600**	**45,000**	**39,600**	**17,000**
Nettoergebnis	**-101,598**	**-45,000**	**-39,598**	**-17,000**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 33.01 Wirtschaft (Forsch.)**	DB 33.01.01 Koop. Wiss.-Wirts.	DB 33.01.02 Innov. Tech. Transf.	DB 33.01.03 Grün. innov. Untern.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,002		0,002	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,002**		**0,002**	
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1,792	0,002	1,790	
Auszahlungen aus Transfers	99,808	44,998	37,810	17,000
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**101,600**	**45,000**	**39,600**	**17,000**
Nettogeldfluss	**-101,598**	**-45,000**	**-39,598**	**-17,000**

Untergliederung 34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Wir arbeiten für einen Forschungs-, Technologie- und Innovationsstandort Österreich auf hohem Niveau, der mit der Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen die Wettbewerbsfähigkeit des relevanten Teils des österreichischen Unternehmenssektors und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze sichert und den großen Herausforderungen der Zukunft begegnen kann.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**2,008**	**0,008**	**3,559**
Auszahlungen fix	424,200	424,200	406,100	339,590
Summe Auszahlungen	**424,200**	**424,200**	**406,100**	**339,590**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-422,192**	**-406,092**	**-336,031**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	0,005	0,005	
Aufwendungen	427,696	410,735	
Nettoergebnis	**-427,691**	**-410,730**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Steigerung der Forschungs-, Technologie- und Innovations-Intensität (FTI-Intensität) des österreichischen Unternehmenssektors

Warum dieses Wirkungsziel?
Nur mit innovativen Produkten und Dienstleistungen ist eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des österreichischen Unternehmenssektors sowie der Wertschöpfung und damit die verbundene Sicherung und Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze erreichbar. Die Steigerung der Intensität an Forschung, Technologie und Entwicklung intendiert, den Anteil innovativer Produkte und Dienstleistungen in Unternehmen zu erhöhen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Förderung der unternehmensorientierten und außeruniversitären Forschung und Technologieentwicklung durch
- Stärkung der Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft,
  - insbesondere durch spezifisch dafür ausgelegte Programme wie das Brückenschlagprogramm der Forschungsförderungsgesellschaft (BRIDGE) sowie
  - in Kooperation mit dem Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFW), u.a das Kompetenzzentrenprogramm (COMET) und das Programm Cooperation & Innovation (COIN).
- Förderung innovationsorientierter Forschungs-, Technologie- und Innovations-Kooperationen (FTI-Kooperationen)
- Steigerung der Qualität und Quantität angewandter Forschung entlang der Themen des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT)

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 34.1.1	Steigerung der Anzahl der Unternehmen im Sektor Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E)					
Berechnungsmethode	Befragung, F&E durchführende Erhebungseinheiten Erhebung im 2-Jahres-Rhythmus Berechnung eines Entwicklungspfades entsprechend FTI-Strategie, Annahme einer 2%-igen Steigerung p.a.					
Datenquelle	F&E-Statistik, Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2009	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	2.946	3.384	3.384	> 3.241	> 3.305	> 3.722
	Die F&E-Statistik bietet das zuverlässigste Zahlenmaterial für den FTI-Bereich in Österreich und schafft durch die konstante Erhebungsmethode robuste Zahlenwerte und Zeitreihen. Diese wird jedoch nur biennal durchgeführt, wodurch zum Zeitpunkt der erstmaligen Befüllung der Zahlenwerte nur die Werte aus 2009 zur Verfügung standen. Für die „geraden“ Jahre wird zukünftig der Wert aus dem Vorjahr fortgeschrieben.					

Kennzahl 34.1.2	Steigerung der Beschäftigten in Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E) im Unternehmenssektor					
Berechnungsmethode	Befragung, Beschäftigte in F&E im Unternehmenssektor, Erhebung im 2-Jahres-Rhythmus; Berechnung eines Entwicklungspfades basierend auf Entwicklung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) der Jahre 2006-2010, Annahme einer 3%-igen Steigerung p.a.					
Datenquelle	F&E-Statistik, Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2009	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	38.302,9 VZÄ	42.097,5 VZÄ	43.825,7 VZÄ	> 43.398 VZÄ	> 44.699 VZÄ	> 53.373 VZÄ
	Die F&E-Statistik bietet das zuverlässigste Zahlenmaterial für den FTI-Bereich in Österreich und schafft durch die konstante Erhebungsmethode robuste Zahlenwerte. Diese wird jedoch nur biennal durchgeführt, wodurch zum Zeitpunkt der erstmaligen Befüllung der Zahlenwerte nur die Werte aus 2009 zur Verfügung standen. Zukünftig soll in Abstimmung mit der zuständigen Abteilung der Statistik Austria eine qualifizierte Schätzung der „geraden“ Jahre (ohne F&E-Statistik) stattfinden, diese Schätzung entspricht der Übermittlung an Eurostat.					

Wirkungsziel 2:
Entwicklung von Technologien für eine moderne, effiziente, leistungsfähige und sichere Infrastruktur zur Bewältigung der großen Zukunftsherausforderungen Klimawandel und Ressourcenknappheit
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Mobilität von Menschen, Gütern und Informationen mit Berücksichtigung ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit zu garantieren, muss als zentrale Zukunftsherausforderung für einen leistungsfähigen Staat angesehen werden. Innovationen sind dabei die Grundlage und die Triebfeder jedes Wirtschaftssystems.
Es bedarf somit moderner Infrastruktur, um einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort zu sichern, Innovationen zu ermöglichen und ökologische, soziale und wirtschaftliche Problemstellungen zukünftig zu bewältigen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Förderung der unternehmensorientierten und außeruniversitären Forschung und Technologieentwicklung in den Themenbereichen Mobilität, Energie, Produktion und IKT, insbesondere durch
- Stärkung der Struktur und Quantität der außeruniversitären Forschung
- Stärkung des Instruments „Innovationsfördernde öffentliche Beschaffung (IÖB)“
- Schutz des und Generierung eines geeigneten Umfelds für Innovationen

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 34.2.1	Steigerung der Vollzeitäquivalente im kooperativen Bereich (Dieser Teilbereich des Unternehmenssektors (der firmeneigene Bereich wird im Rahmen einer eigenen Erhebung erfasst) umfasst Einrichtungen, die hauptsächlich regelmäßig Forschung und Entwicklung für Unternehmen betreiben, unabhängig davon, ob die Einrichtung in der Absicht zur Erzielung eines Ertrages oder sonstigen wirtschaftlichen Vorteils tätig ist)					
Berechnungsmethode	Befragung, Beschäftigte in F&E im Unternehmenssektor Berechnung eines Entwicklungspfades basierend auf Entwicklung der VZÄ im kooperativen Bereich der Jahre 2002-2011, angepasst an Entwicklungsjahre des AIT, Annahme einer 5%-igen Steigerung p.a. Erhebung im 2-Jahres-Rhythmus					
Datenquelle	F&E-Statistik, Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2009	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	3.625 VZÄ	4.254 VZÄ	4.254 VZÄ	4.690 VZÄ	4.925 VZÄ	6.599 VZÄ
	Die F&E-Statistik bietet das zuverlässigste Zahlenmaterial für den FTI-Bereich in Österreich und schafft durch die konstante Erhebungsmethode robuste Zahlenwerte und Zeitreihen. Diese wird jedoch nur biennal durchgeführt, wodurch zum Zeitpunkt der erstmaligen Befüllung der Zahlenwerte nur die Werte aus 2009 zur Verfügung standen. Für die „geraden“ Jahre wird zukünftig der Wert aus dem Vorjahr fortgeschrieben.					

Kennzahl 34.2.2	Steigerung der Patenterteilungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene
Berechnungsmethode	Berechnung eines Entwicklungspfades basierend auf Entwicklung der vorangegangen Jahre und einer angenommenen Steigerung von 3%, Summe der Ebenen Österreich (ÖPA, erteilte Patente), Europa (EPO, granted patents by Country of residence of the patentee) und Welt (WIPO – Statistical Country Profiles: Austria; Patent Grants „Abroad“ (An abroad filing refers to an application filed by this country's resident at a foreign office,))

Datenquelle	Österreichisches Patentamt Geschäftsbericht, EPO Annual Report und WIPO World Intellectual Property Indicators					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	5.470 erteilte Patente	5.076 erteilte Patente	5.674 erteilte Patente	5.385 erteilte Patente	5.547 erteilte Patente	6.623 erteilte Patente
	Anpassung des zusammengesetzten Indikators im Jahr 2013 (Änderung der Werte des WIPO ab 2011) garantiert eine stabilere Erhebung, der Entwicklungspfad wurde angepasst, verbleibt aber bei den gleichen Steigerungsraten.					

Wirkungsziel 3:
Steigerung der Zahl der Beschäftigten im Bereich Technologie und Innovation mit besonderem Augenmerk auf Erhöhung des Anteils der Frauen.

Warum dieses Wirkungsziel?
Arbeitskräfte im Bereich Technologie und Innovation sind eine Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Österreich sowie der Unternehmen in Österreich. Neben einer allgemeinen Steigerung der Zahl dieser qualitativ hochwertigen Arbeitsplätze wird vor allem eine deutliche Erhöhung des derzeit unterdurchschnittlichen Anteils von Frauen auf diesen Arbeitsplätzen angestrebt.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Zur Erhöhung des Frauenteils im Bereich FTI bedarf es zweierlei Ansätze. Eine rein quantitative Herangehensweise geht davon aus, dass neben dem wirtschaftlichen Nutzen durch eine gesteigerte Zahl an Arbeitskräften im Bereich FTI auch die absolute Zahl an Frauen in diesem Bereich steigt. Dafür sollen primär die weiblichen Beschäftigten beim wissenschaftlichen und höherqualifizierten-nicht-wissenschaftlichen Personal als auch die Quote weiblicher Beschäftigter im Bereich von Entscheidungenpositionen (Jury) in Bezug auf geförderte Forschungsvorhaben erhöht werden. Weiters sollen die Bewertungskriterien von Förderungen zur bevorzugten Förderung von Vorhaben im FTI Bereich nach genderspezifischen Kriterien weiterentwickelt werden.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 34.3.1	Erhöhung des Anteils an Frauen beim wissenschaftlichen und höherqualifizierten-nicht-wissenschaftlichen Personal im Unternehmenssektor inklusive kooperativen Bereich in Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E)					
Berechnungsmethode	Befragung, Anteil der Frauen an den Beschäftigten in F&E nach Durchführungssektoren und Beschäftigtenkategorien Erhebung im 2-Jahres-Rhythmus					
Datenquelle	F&E-Statistik, Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	15,1%	14,9 %	14,9 %	18 %	19 %	> 25 %
	Die F&E-Statistik bietet das zuverlässigste Zahlenmaterial für den FTI-Bereich in Österreich und schafft durch die konstante Erhebungsmethode robuste Zahlenwerte und Zeitreihen. Diese wird jedoch nur biennal durchgeführt, wodurch zum Zeitpunkt der erstmaligen Befüllung der Zahlenwerte nur die Werte aus 2009 zur Verfügung standen. Für die „geraden" Jahre wird zukünftig der Wert aus dem Vorjahr fortgeschrieben.					

Kennzahl 34.3.2	Überproportionale Steigerung der weiblichen Beschäftigten in Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E) im Unternehmenssektor					
Berechnungsmethode	Befragung, Anteil der Frauen an den Beschäftigten in F&E nach Durchführungssektoren und Beschäftigtenkategorien Erhebung im 2-Jahres-Rhythmus Berechnung eines Entwicklungspfades basierend auf Entwicklung aller VZÄ der Jahre 2006-2010, Annahme einer 4%-igen Steigerung p.a., dies entspricht einer erhöhten Steigerung gegenüber allen VZÄ um 1% p.a.					
Datenquelle	F&E-Statistik, Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	6.333 VZÄ	6.865 VZÄ	6.865 VZÄ	7.408 VZÄ	7.705 VZÄ	9.749 VZÄ

	Die F&E-Statistik bietet das zuverlässigste Zahlenmaterial für den FTI-Bereich in Österreich und schafft durch die konstante Erhebungsmethode robuste Zahlenwerte und Zeitreihen. Diese wird jedoch nur biennal durchgeführt, wodurch zum Zeitpunkt der erstmaligen Befüllung der Zahlenwerte nur die Werte aus 2009 zur Verfügung standen. Für die „geraden“ Jahre wird zukünftig der Wert aus dem Vorjahr fortgeschrieben.

Untergliederung 34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,003	0,003	
Finanzerträge	0,002	0,002	
Erträge	**0,005**	**0,005**	
Transferaufwand	416,867	392,364	
Betrieblicher Sachaufwand	10,829	18,371	
Aufwendungen	**427,696**	**410,735**	
Nettoergebnis	**-427,691**	**-410,730**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,005	0,005	1,148
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,001	0,001	2,411
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,008**	**0,008**	**3,559**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	10,829	15,371	8,397
Auszahlungen aus Transfers	413,367	390,725	331,193
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,004	0,004	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**424,200**	**406,100**	**339,590**
Nettogeldfluss	**-422,192**	**-406,092**	**-336,031**

Untergliederung 34 Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 34 VIT (Forschung)**	GB 34.01 FTI
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,003	0,003
Finanzerträge	0,002	0,002
Erträge	**0,005**	**0,005**
Transferaufwand	416,867	416,867
Betrieblicher Sachaufwand	10,829	10,829
Aufwendungen	**427,696**	**427,696**
Nettoergebnis	**-427,691**	**-427,691**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 34 VIT (Forschung)**	GB 34.01 FTI
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,005	0,005
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,001	2,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,008**	**2,008**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	10,829	10,829
Auszahlungen aus Transfers	413,367	413,367
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,004	0,004
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**424,200**	**424,200**
Nettogeldfluss	**-422,192**	**-422,192**

Globalbudget 34.01 Forschung, Technologie und Innovation

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,003	0,003	
Finanzerträge	0,002	0,002	
Erträge	**0,005**	**0,005**	
Transferaufwand	416,867	392,364	
Betrieblicher Sachaufwand	10,829	18,371	
Aufwendungen	**427,696**	**410,735**	
Nettoergebnis	**-427,691**	**-410,730**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,005	0,005	1,148
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,001	0,001	2,411
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,008**	**0,008**	**3,559**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	10,829	15,371	8,397
Auszahlungen aus Transfers	413,367	390,725	331,193
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,004	0,004	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**424,200**	**406,100**	**339,590**
Nettogeldfluss	**-422,192**	**-406,092**	**-336,031**

Globalbudget 34.01 Forschung, Technologie und Innovation

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	Förderung der unternehmensorientierten und außeruniversitären Forschung und Technologieentwicklung durch - Förderung innovationsorientierter Forschungs-, Technologie- und Innovations-Kooperationen (FTI-Kooperationen) - Steigerung der Qualität und Quantität angewandter Forschung entlang der Themen des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) Konkretisierung der Maßnahme: Siehe Detailbudget 34.01.03 FTI-Förderung	Anzahl der Unternehmen im Sektor Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E): > 3.305	2011: Anzahl der Unternehmen im Sektor Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E) 2011: 3.384 2013: Steigerung der Anzahl der Unternehmen im Sektor Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E) 2013: > 3.241; [Quelle: F&E-Statistik, Statistik Austria]
		Beschäftigte in Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E): 44.699 VZÄ	2011: Beschäftigte in Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E) 2011: 42.097,5 VZÄ 2013: Steigerung der Beschäftigten in Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E) im Unternehmenssektor 2013: 43.398 Vollzeitäquivalente (VZÄ); [Quelle: F&E-Statistik, Statistik Austria]
WZ 1	Förderung der unternehmensorientierten und außeruniversitären Forschung und Technologieentwicklung durch Stärkung der Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, insbesondere durch spezifisch dafür ausgelegte Programme wie das Brückenschlagprogramm der Forschungsförderungsgesellschaft (BRIDGE) sowie in Kooperation mit dem Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFW), u.a das Kompetenzzentrenprogramm (COMET) und das Programm Cooperation & Innovation (COIN)	Aufrechterhaltung der Anzahl der wissenschaftlichen Publikationen in Kompetenzzentren: 1.150 (Durchschnitt pro Jahr)	Anzahl der wissenschaftlichen Publikationen in Kompetenzzentren 2012: 1.300 Publikationen (Durchschnitt pro Jahr) [Quelle: Programmmonitoring FFG]
		Aufrechterhaltung der Patentanmeldungen aus Kompetenzzentren: 40 (Durchschnitt pro Jahr)	2012: Patentanmeldungen aus Kompetenzzentren: 40 Patentanmeldungen (Durchschnitt pro Jahr) [Quelle: Programmmonitoring FFG]
WZ 2	Förderung der unternehmensorientierten und außeruniversitären Forschung und Technologieentwicklung in den Themenbereichen Mobilität, Energie, Produktion und IKT	Steigerung der Vollzeitäquivalente im kooperativen Bereich auf rund 4.925 VZÄ im Jahr 2014 Förderung insbesondere durch Stärkung der Struktur und Quantität der außeruniversitären Forschung (Konkretisierung der Maßnahme: Siehe Detailbudget 34.01.02 FTI-Infrastruktur)	2011: VZÄ im kooperativen Bereich 2011: 4.254 VZÄ 2013: Steigerung der Vollzeitäquivalente im kooperativen Bereich auf rund 4.690 VZÄ im Jahr 2013. [Quelle: F&E-Statistik, Statistik Austria]

		Operative Tätigkeit und Ausbau der IÖB-Servicestelle inkl. begleitendem Monitoring durch Ressorts mit Hilfe von Leistungsindikatoren: Durchführung von min. 2 Innovationsplattformen zu IÖB Förderung insbesondere durch Stärkung des Instruments „Innovationsfördernde öffentliche Beschaffung (IÖB)“	2012: Keine Verankerung von „Innovation“ im BVergG; Keine IÖB-Servicestelle im Bund vorhanden. 2013: Strategische Überlegungen zu IÖB mit Ministerratsvortragsbeschluss des IÖB-Leitkonzeptes erfolgreich abgeschlossen; BVergG um "Innovation" ergänzt; Vorbereitung einer IÖB-Servicestelle in der BBG
		Steigerung der Patenterteilungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene 2014: 5.547 Förderung insbesondere durch Schutz des und Generierung eines geeigneten Umfelds für Innovationen	2013: Steigerung der Patenterteilungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene 2013: 5.385; [Quelle: Österreichisches Patentamt Geschäftsbericht, EPO Annual Report und WIPO World Intellectual Property Indicators - http://www.wipo.int/ipstats/en/statistics/country_profile/countries/at.html#note] Nach Rücksprache mit dem ÖPA spiegelt die Kennzahl „Patenterteilungen“ die Entwicklung des geistigen Eigentums wider
WZ 3	Zur Erhöhung des Frauenteils im Bereich FTI bedarf es zweierlei Ansätze. Eine rein quantitative Herangehensweise geht davon aus, dass neben dem wirtschaftlichen Nutzen durch eine gesteigerte Zahl an Arbeitskräften im Bereich FTI auch die absolute Zahl an Frauen in diesem Bereich steigt. Dafür sollen primär die weiblichen Beschäftigten beim wissenschaftlichen und höherqualifizierten-nicht-wissenschaftlichen Personal als auch die Quote weiblicher Beschäftigter im Bereich von Entscheidungenpositionen (Jury) in Bezug auf geförderte Forschungsvorhaben erhöht werden. Weiters sollen die Bewertungskriterien von Förderungen zur bevorzugten Förderung von Vorhaben im FTI Bereich nach genderspezifischen Kriterien weiterentwickelt werden.	Überproportionale Steigerung der weiblichen Beschäftigten in Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E) im Unternehmenssektor 2014: 7.705 VZÄ	2011: Weibliche Beschäftigte in F&E im Unternehmenssektor 2011: 6.865 VZÄ 2013: Überproportionale Steigerung der weiblichen Beschäftigten in Forschung und experimenteller Entwicklung (F&E) im Unternehmenssektor 2013: 7.400 VZÄ [Quelle: F&E-Statistik, Statistik Austria]
		Erhöhung des Anteils an Frauen beim wissenschaftlichen und höherqualifizierten-nichtwissenschaftlichen Personal im Unternehmenssektor inklusive kooperativen Bereich in Forschung und experimenteller Entwicklung 2014: 19 %	2011: Anteil an Frauen: 17,5 % 2013: Erhöhung des Anteils an Frauen beim wissenschaftlichen und höherqualifizierten-nichtwissenschaftlichen Personal im Unternehmenssektor inklusive kooperativen Bereich in Forschung und experimenteller Entwicklung 2013: 18 % [Quelle: Statistik Austria]

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Systematisierte und konsequente Weiterverfolgung der Senkung von Personal– und Sachaufwendungen bzw. –kosten, wobei eine Priorisierung und regelmäßige Kontrolle der Kostensenkungsziele eine Kompensation der erzielten Einsparungen bei einzelnen Kostenkategorien durch Mehrkosten verhindern sollte (Bund 2013/1, SE 36)
ad 1	siehe RH-Bericht 2013/1, S. 395 ff und Behandlung der Berichte im Nationalrat (Rechnungshofausschuss und Plenum)

2	Setzung weiterer Maßnahmen zur Reduktion der Gemeinkosten auf Grundlage neuerlicher Gemeinkostenanalysen (Bund 2012/6, SE 2)
ad 2	siehe RH-Bericht 2012/6, S. 199 ff und Behandlung der Berichte im Nationalrat (Rechnungshofausschuss und Plenum)

3	Berücksichtigung der Forschungsstrategie des Bundes und jener der Bundesländer bei der Identifikation der Forschungsschwerpunkte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Bund 2013/1; SE 5)
ad 3	siehe RH-Bericht 2013/1, S. 335 ff und Behandlung der Berichte im Nationalrat (Rechnungshofausschuss und Plenum)

Globalbudget 34.01 Forschung, Technologie und Innovation
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 34.01 FTI**	DB 34.01.01 Int. Kooperation	DB 34.01.02 FTI-Infrastruktur	DB 34.01.03 FTI-Förderung
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,003			0,003
Finanzerträge	0,002		0,001	0,001
Erträge	**0,005**		**0,001**	**0,004**
Transferaufwand	416,867	58,544	67,491	290,832
Betrieblicher Sachaufwand	10,829	0,001	0,001	10,827
Aufwendungen	**427,696**	**58,545**	**67,492**	**301,659**
Nettoergebnis	**-427,691**	**-58,545**	**-67,491**	**-301,655**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 34.01 FTI**	DB 34.01.01 Int. Kooperation	DB 34.01.02 FTI-Infrastruktur	DB 34.01.03 FTI-Förderung
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,005		0,001	0,004
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002		0,002	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	2,001			2,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,008**		**0,003**	**2,005**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	10,829	0,001	0,001	10,827
Auszahlungen aus Transfers	413,367	58,544	67,491	287,332
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,004		0,004	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**424,200**	**58,545**	**67,496**	**298,159**
Nettogeldfluss	**-422,192**	**-58,545**	**-67,493**	**-296,154**

Untergliederung 40 Wirtschaft

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

In den Jahren besonderer wirtschaftlicher Herausforderungen ist es wichtig, in der Zukunft Wachstumsimpulse zu setzen. Die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Österreich angesichts der globalen Konkurrenz ist eine wesentliche Herausforderung der nächsten Jahre.

Das Ziel des BMWFW ist es, den Wirtschaftsstandort Österreich weiter zu verbessern, Wachstum zu forcieren und einen stabilen Aufschwung sicherzustellen.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**293,426**	**148,662**	**272,600**
Auszahlungen fix	360,727	360,727	421,370	460,003
Summe Auszahlungen	**360,727**	**360,727**	**421,370**	**460,003**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-67,301**	**-272,708**	**-187,403**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	265,152	148,234	
Aufwendungen	401,046	457,713	
Nettoergebnis	**-135,894**	**-309,479**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Unternehmen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Tourismusunternehmen und Förderung des Unternehmergeistes.

Warum dieses Wirkungsziel?

Die Wachstumsdynamik kleiner, offener Volkswirtschaften - wie auch Österreichs - weist eine besonders starke Abhängigkeit von internationalen Entwicklungen auf. Sowohl kurzfristig auftretende externe Impulse als auch längerfristige Trends erfordern hohe Anpassungsleistungen. Unterstützung durch Verbesserung der Wachstumsbedingungen des Unternehmenssektors sowie Förderung von Unternehmensgründungen anzubieten, erhöht kurz- und langfristig Beschäftigungschancen, Wertschöpfung und Einkommen. Dabei muss insbesondere beachtet werden, dass rund 99,6% der österreichischen Unternehmen KMU sind. Um die weitere Internationalisierung und die Wettbewerbsfähigkeit des österreichischen Tourismus zu sichern und auszubauen, bedarf es verstärkter Bemühungen in den Bereichen Marketing und Qualität des Angebots.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Investitions- und Innovationsförderung, Zugang und Erleichterung von Finanzierung für Klein- und Mittelbetriebe (KMU)
- Forcierung von Unternehmensgründungen
- Verbesserung des Risikokapitalmarktes, um die Eigenkapitalsituation der österreichischen Unternehmen zu verbessern
- Aktivitäten der Österreich Werbung (www.austria.info)
- Förderung der kleinstrukturierten heimischen Tourismusbetriebe über die Österreichische Hotel- und Tourismusbank Gmbh
- Unterstützung österreichischer Umwelt- und Energietechnologien und deren Einsatz zur Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz durch strategische Planung und Ausrichtung nachhaltiger innovationsfördernder Rahmenbedingungen

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 40.1.1	Unternehmensdemographie: Stabilisieren und Steigern des in den letzten Jahren schwankenden Unternehmensgründungsniveaus					
Berechnungsmethode	Anzahl der jährlichen Unternehmensneugründungen					
Datenquelle	WKÖ Gründungsstatistik					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	29.640	27.555	26.925	28.656 (Istzustand)	ca. 30.000	ca. 30.500
	Aufgrund von schwankenden jährlichen Revisionen und dem Fehlen aktueller Zahlen wurde auf die Gründungsstatistik der WKÖ umgestellt.					

Kennzahl 40.1.2	Unternehmensdemographie: Aufhalten des sinkenden Trends der Überlebensrate von Unternehmen (bezogen auf drei Jahre nach Neugründung)					
Berechnungs-methode	Überlebensrate von neu gegründeten Unternehmen, bezogen auf drei Jahre nach der Neugründung					
Datenquelle	WKÖ Gründungsstatistik					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	79,4%	-	79,2%	-	79,6%	79,8%
	Aufgrund von schwankenden jährlichen Revisionen und dem Fehlen aktueller Zahlen wurde auf die Gründungsstatistik der WKÖ umgestellt.					

Kennzahl 40.1.3	Tourismus: Reduktion der Abhängigkeit von den drei größten Herkunftsmärkten (Deutschland, Österreich, Niederlande).					
Berechnungs-methode	Anteil an Gesamtnächtigungen von Gästen, die nicht aus Deutschland, Österreich und den Niederlanden kommen.					
Datenquelle	Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	26,1%	27,3%	27,5%	27,8%	28,1%	28,3%
	Im Regierungsprogramm sind als Ziel für den Tourismus 140 Mio. Nächtigungen im Jahr 2018 festgeschrieben (im Jahr 2013 wurden 132,6 Mio. Nächtigungen gezählt). Um dieses Ziel zu erreichen, muss Österreich verstärkt auf schneller wachsende Märkte und Internationalisierung setzen. Deutschland, Österreich und Niederlande werden auch in Zukunft die wichtigsten Herkunftsmärkte bleiben, es gilt aber, die Abhängigkeit von diesen drei Ländern zu verringern und den Anteil anderer Herkunftsmärkte zu stärken.					

Wirkungsziel 2:
Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes, Verbesserung des unternehmensfreundlichen Umfeldes insbesondere Forcierung des Wettbewerbs, Erhalt und kulturtouristische Präsentation des historischen Erbes.
Warum dieses Wirkungsziel?
Der internationale Standortwettbewerb wird ständig intensiviert. Daher muss der Wirtschaftsstandort laufend verbessert und international beworben werden. Außerdem muss er an neue Herausforderungen angepasst werden, zu denen insbesondere der Umbau hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft zählt. Das bedingt auch die effiziente Nutzung aller Ressourcen und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, zur Sicherung von Beschäftigung und sozialer Stabilität. Durch frühzeitige Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen können die Unternehmen langfristig Vorteile im internationalen Wettbewerb erhalten. Wettbewerb verhindert Monopolrenten, fördert Angebotsvielfalt, Innovationen und Investitionen. Die Wachstumsdynamik kleiner, offener Volkswirtschaften - wie auch Österreichs - weist eine besonders starke Abhängigkeit von internationalen Entwicklungen, wie auch anderen externen Faktoren (z.B. demographische Entwicklungen) auf. Sowohl kurzfristig auftretende externe Impulse als auch längerfristige Trends erfordern hohe Anpassungsleistungen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Aufrechterhaltung und Sicherung des Wettbewerbs durch Wettbewerbskontrolle und aktive Marktbeobachtung
- Standortmarketing, umfassendes Service für internationale Investoren (Austrian Business Agency - ABA)
- Nachhaltige, strukturelle Verbesserungen bei den Rahmenbedingungen und Fortentwicklung von sicherheits- und umwelttechnischen Regelungen
- Modernisierung der Berufsausbildung/Attraktivierung der Lehre
- Mitwirkung an der Stärkung des Prinzips "Think Small First" (als Grundprinzip des "Small Business Act")
- Verbesserung und Weiterentwicklung der Geodaten- und Messtechnikinfrastruktur
- Festlegung und Umsetzung der Klimaziele im Einklang mit einem nachhaltigen Wachstum und dem Erhalt der industriellen Basis

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 40.2.1	Halten der Betriebsansiedlungen über den Median der letzten 10 Jahre (181)					
Berechnungs-methode	Anzahl der durch Vermittlung der ABA erzielten Betriebsansiedlungen					
Datenquelle	Jährlicher Geschäftsbericht der Austrian Business Agency					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	193	183	201	mehr als 183	mehr als 200-240	mehr als 210-250

Kennzahl 40.2.2	Halten der Anzahl der Beschäftigten bei neuen Betriebsansiedlungen über den Median der letzten 10 Jahre (1.645)					
Berechnungs-methode	Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze in durch Vermittlung der ABA angesiedelten Unternehmen					
Datenquelle	Jährlicher Geschäftsbericht der Austrian Business Agency					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	1.383	1.822	2.385	mehr als 1.822	mehr als 1.770-1870	mehr als 1.840-1940

Kennzahl 40.2.3	Halten der Zahl der Lehrlinge unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung					
Berechnungs-methode	Prozentueller Anteil der Lehrlinge am Altersjahrgang der 15-Jährigen jeweils zum 31.12.					
Datenquelle	Lehrlingsstatistik der WKÖ					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	gesamt: 38,7% (47,9% männlich; 29% weiblich)	gesamt: 38,2% (47,6% männlich; 28,2% weiblich)	gesamt: 36,7% (45,6% männlich; 27,3% weiblich)	gesamt: 37,9 oder mehr.	gesamt: 35,1% oder mehr	gesamt: 35,1% oder mehr
	Die dargestellte Lehrlingsquote beschreibt den Anteil der Lehrlinge im ersten Lehrjahr, die in Unternehmen ausgebildet werden (dh ohne Lehrlinge in überbetrieblicher Ausbildung), im Verhältnis zur Gesamtzahl der 15-Jährigen (als relevante Kohorte). Diese Berechnungsmethode wird auch von den Sozialpartnern verwendet sowie in Studien im Rahmen der Berufsbildungsforschung herangezogen. Quellen sind die Lehrlingsstatistik der WKÖ sowie die Jahresdurchschnittsberechnungen der Statistik Austria. Aufgrund von statistischen Bereinigungen und sich dadurch ergebenden Änderungen der Datenbasis kann es im Nachhinein zu Korrekturen bei der Quote kommen.					

Wirkungsziel 3:
Stärkung der österreichischen Außenwirtschaft.
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Österreichische Außenwirtschaft trägt wesentlich zu Wachstum und Beschäftigung bei und sichert damit Wohlstand. Im langjährigen Schnitt wird rund ein Drittel des Wirtschaftswachstums durch Nettoexporte von Waren und Dienstleistungen generiert. Knapp ein Drittel aller Arbeitsplätze, mehr als eine Million, hängt direkt oder indirekt von Exporten ab; eine zusätzliche Million Euro an Exporten schafft acht Arbeitsplätze. Exportieren stärkt die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen: Eine FIW-Studie (Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft) zeigt, dass Exportfirmen nicht nur, gemessen an Umsatz und Beschäftigung, größer sind als nicht-exportierende Firmen, sondern auch im Schnitt mehr investieren, produktiver sind und höhere Löhne zahlen. Die Außenwirtschaft ist so Motor für eine zukunftsorientierte und innovative österreichische Wirtschaft (http://www.fiw.ac.at/).
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Verbesserung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch Instrumente der Internationalisierungsoffensive, insbesondere das von der Außenwirtschaftsorganisation (AWO) der WKO umgesetzte Maßnahmenpaket go-international (www.gointernational.at).
- Stärkung eines einheitlichen Außenauftritts Österreichs (z.B.: durch Einrichtung einer Nation Brand Agentur zur Bildung und Etablierung einer „Marke Österreich“; Teilnahme an der EXPO 2015).

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 40.3.1	Erhöhung der Exportquote					
Berechnungs-methode	Anteil der nominellen Gesamtexporte (Waren- und Dienstleistungen) am BIP in Prozent					
Datenquelle	Statistik Austria (VGR-Daten)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	54,4% Exportquote	57,3% Exportquote	57,2% Exportquote	57,1% Exportquote	58,4% Exportquote	60,4% Exportquote

	Istzustand 2011 wurde an die endgültigen Zahlen angepasst. Zielzustände entsprechen dem Mittelwert der aktuellen (Dezember 2013) Prognosen von WIFO, IHS und OeNB. Zielzustände 2014 und 2015 berücksichtigen nicht die neue Methodik der BIP-Berechnung ab 1.8.2014. Prognosedaten derzeit nur bis 2015 verfügbar.

Kennzahl 40.3.2	Steigerung der Anzahl exportierender österreichischer Unternehmen					
Berechnungs-methode	Schätzung der exportierenden Unternehmen zum Jahresende					
Datenquelle	WKÖ					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	40.000 exportierende Unternehmen	42.000 exportierende Unternehmen	44.000 exportierende Unternehmen	43.000 exportierende Unternehmen	48.000 exportierende Unternehmen	49.750 exportierende Unternehmen

Wirkungsziel 4:
Stärkung der Versorgungssicherheit und Entwicklung der Ressourceneffizienz bei Energie und mineralischen Rohstoffen.
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Gewährleistung der Sicherheit bei der Versorgung mit Ressourcen ist eine Grundvoraussetzung für standortpolitische Entscheidungen, für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die Erhaltung der sozialen Tragfähigkeit. Ebenso von Bedeutung für die Wohlstandssicherung ist die Entwicklung eines nachhaltigen Energiesystems. Die Verfolgung dieses Ziels erfolgt insbesondere in Umsetzung der - im Einklang mit den EU-Zielvorgaben erarbeiteten - Energiestrategie Österreich.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Vorlage eines überarbeiteten Entwurfs eines Energieeffizienzgesetzes
- Vorlage eines Gesetzesentwurfs zur Durchführung der Infrastruktur-VO
- Umwelt-, wirtschafts- und sozialverträgliches Ökostromsystem mit dem Ziel einer Marktintegration
- Ausbau des Fernwärme- und Fernkälteleitungssystems
- Information und Bewusstseinsbildung (z.B. Rohstoffallianz)
- Stärkung der Förderung im Haushalts- und betrieblichen Bereich
- Fortführung der Thermischen Sanierung

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 40.4.1	Verringerung der Nettoimporttangente					
Berechnungs-methode	Quotient aus Importsaldo und Bruttoinlandsverbrauch. Importe, Exporte und der Bruttoinlandsverbrauch werden im Rahmen der jährlichen Energiebilanz von der Statistik Austria auf Basis deren Standardmethoden berechnet und veröffentlicht.					
Datenquelle	Statistik Austria, Energiebilanz 2012					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Nettoimport-tangente 62,3%	Nettoimport-tangente 70,1%	Nettoimport-tangente 63,7%	Nettoimport-tangente 59%	Nettoimport-tangente 59%	Nettoimport-tangente 59%
	Dem unter "Zielzustand" angegebene Wert unterliegt die Annahme gleichbleibender Rahmenbedingungen, wie z.B. Wasserführung, heimische Energieaufbringung, Witterung, Wirtschaftsentwicklung oder Ausmaß der Binnenmarktintegration. Die Zahlen für das Jahr 2013 sind noch nicht verfügbar.					

Kennzahl 40.4.2	Erhöhung des Anteiles erneuerbarer Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch mit dem Zielwert 34% im Jahr 2020					
Berechnungs-methode	Bruttoendenergieverbrauch errechnet sich aus dem energetischen Endverbrauch, dem Verbrauch von Strom und Fernwärme des Sektors Energie und den Transportverlusten von Strom und Fern-wärme; der Erneuerbaren-Anteil wird im Rahmen der jährlichen Energiebilanz von der Statistik Austria auf Basis deren Standardmethoden berechnet und veröffentlicht.					
Datenquelle	Statistik Austria, Energiebilanz 2012					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	30,1% Anteil	30,9% Anteil	32,2% Anteil	31,5% Anteil	32,65% Anteil	34% Anteil

	Der Wert für 2013 wurde zu einem Zeitpunkt festgelegt als der Wert 2012 noch nicht bekannt war. Der Zielzustand 2013 liegt daher unter dem Wert für 2012. Aufgrund der volatilen Erzeugung von Wind, PV und Wasserkraft können die realen Wert in den jeweiligen Jahren stark von den Prognosen abweichen, daher wird für die Zielerreichung eine lineare Fortschreibung bis 2020 angenommen. Der Zielwert 2020 ist 34% gemäß Erneuerbaren-RL.

Kennzahl 40.4.3	Stabilisierung des Endenergieverbrauches auf dem Niveau des Jahres 2005 (= 1.100 PJ)					
Berechnungsmethode	Energetischer Endverbrauch ist die Energiemenge, die Verbraucher/Verbraucherinnen für die Umsetzung in Nutzenergie (u.a. Raumheizung, Beleuchtung, mechanische Arbeit) benötigen. Der Endenergieverbrauch wird im Rahmen der jährlichen Energiebilanz von der Statistik Austria auf Basis deren Standardmethoden berechnet und veröffentlicht.					
Datenquelle	Statistik Austria, Energiebilanz 2012					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	1137,8 PJ	1103,4 PJ	1096,2 PJ	1110 PJ	1100 PJ	1100 PJ
	Die Stabilisierung des Endenergieverbrauchs bis 2020 ist angesichts wachsender Bevölkerung, eines wachsenden Wirtschaftswachstums und zusätzlicher energieverbrauchender Dienstleistungen der Endenergieverbraucher ein ambitioniertes Ziel.					

Wirkungsziel 5:
Förderung von Frauen in Unternehmen, insbesondere Erhöhung des Frauenanteils in staatsnahen Betrieben (Management-, Vorstands-, bzw. Aufsichtsratspositionen) und Stärkung von deren Führungskompetenz. (Gleichstellungsziel)
Warum dieses Wirkungsziel?
Der privatwirtschaftliche Sektor soll auf die positiven ökonomischen Effekte, die durch eine stärkere Einbindung von Frauen in führende Positionen erzielt werden, aufmerksam gemacht werden. Mit der Einführung einer Frauenquote in Aufsichtsräten staatsnaher Betriebe kommt dem Staat eine Vorbildwirkung zu. Neben den erhöhten Karrierechancen für Frauen wirkt sich eine Frauenquote in Aufsichtsräten positiv auf die Stärkung des Wettbewerbes und des Standortes Österreich aus. Von dem Wegfall der sogenannten "gläsernen Decke" profitieren nicht nur Frauen, sondern auch Unternehmen, da Frauen andere Zugänge zu Themen und Entscheidungen mit sich bringen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Quotenregelung in staatsnahen Betrieben an denen der Bund mit 50 % und mehr beteiligt ist
- Lancierung des Führungskräfteprogramms "Zukunft.Frauen" durch Qualitätssicherung des Programms und Bewerbung
- Etablierung der öffentlich zugänglichen Aufsichtsrätinnen-Datenbank als Rechercheinstrument für Personalentscheidungen durch Bewerbung (https://www.zukunft-frauen.at/app/Eingabe.aspx)

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 40.5.1	Frauenanteil an der Bundesquote der Aufsichtsratsgremien von Unternehmen an denen der Bund mit 50% und mehr beteiligt ist und die im Bereich (Eigentümervertretung) der BMWFW liegen					
Berechnungsmethode	Anteil der Frauen an der Bundesquote der Aufsichtsratsgremien von Unternehmen an denen der Bund mit 50 % und mehr beteiligt ist					
Datenquelle	BMWFW					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	-	25% Aufsichtsrätinnen in 3 von 8 Unternehmen	25% Aufsichtsrätinnen in 7 von 8 Unternehmen	25% Aufsichtsrätinnen in 6 von 8 Unternehmen	25% Aufsichtsrätinnen in 8 von 10 Unternehmen	35% Aufsichtsrätinnen in 6 von 10 Unternehmen
	Vor dem Ministerratsbeschluss 139/11 sind keine vergleichbaren Daten verfügbar. Istzustand 2013: 25% in 6 von 7 Unternehmen; keine Verschlechterung von 2012 auf 2013, da 2013 ein Unternehmen wegfällt (seit 1.1.2013 ist die Marchfeldschlösser und Revitalisierungs-GmbH eine 100%-Tochter der Schloss Schönbrunn Kultur- und BetriebsgesmbH). Der Erfolg ist daher in Summe gleichgeblieben. Durch das BMG 2014 fallen in den Zuständigkeitsbereich des BMWFW 10 Unternehmen.					

Kennzahl 40.5.2	Teilnehmerinnen am Führungskräfteprogramm "Zukunft.Frauen"					
Berechnungsmethode	Teilnehmerinnen am Führungskräfteprogramm; Anzahl der ausgestellten Diplome					
Datenquelle	Ministerratsbeschluss 139/11					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015

	-	2 Durchgänge durchgeführt mit in Summe 43 Absolventinnen	87 Absolventinnen insgesamt kumuliert	60 Absolventinnen	150 Absolventinnen (kumuliert)	170 Absolventinnen (kumuliert)
	Der erste Durchgang startete im Herbst 2010 (Laufzeit bis März 2011).					

Kennzahl 40.5.3	Registrierungen in der Aufsichtsrätinnendatenbank					
Berechnungsmethode	Anzahl der Registrierungen in der Aufsichtsrätinnendatenbank					
Datenquelle	Aufsichtsrätinnendatenbank					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	-	199	256	mehr als 199	380	410
	Start der Datenbank: März 2011; daher stehen keine früheren Daten zur Verfügung.					

Untergliederung 40 Wirtschaft

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	200,103	148,185	
Finanzerträge	65,049	0,049	
Erträge	**265,152**	**148,234**	
Personalaufwand	136,743	141,905	
Transferaufwand	120,203	162,946	
Betrieblicher Sachaufwand	144,098	152,860	
Finanzaufwand	0,002	0,002	
Aufwendungen	**401,046**	**457,713**	
Nettoergebnis	**-135,894**	**-309,479**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	292,508	147,719	271,208
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,033	0,034	0,004
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,885	0,909	1,388
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**293,426**	**148,662**	**272,600**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	215,649	237,466	233,174
Auszahlungen aus Transfers	120,202	162,946	163,880
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	24,373	20,447	62,798
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,503	0,511	0,150
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**360,727**	**421,370**	**460,003**
Nettogeldfluss	**-67,301**	**-272,708**	**-187,403**

Untergliederung 40 Wirtschaft
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 40 Wirtschaft**	GB 40.01 Steuerung u.Services	GB 40.02 Transfer. Wirtschaft	GB 40.03 Eich- u.Vermessungsw.	GB 40.04 Historische Objekte
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	200,103	1,248	180,656	7,816	10,383
Finanzerträge	65,049	0,003	65,044		0,002
Erträge	**265,152**	**1,251**	**245,700**	**7,816**	**10,385**
Personalaufwand	136,743	62,204		66,908	7,631
Transferaufwand	120,203	0,029	120,131	0,042	0,001
Betrieblicher Sachaufwand	144,098	20,751	31,345	19,098	72,904
Finanzaufwand	0,002				0,002
Aufwendungen	**401,046**	**82,984**	**151,476**	**86,048**	**80,538**
Nettoergebnis	**-135,894**	**-81,733**	**94,224**	**-78,232**	**-70,153**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 40 Wirtschaft**	GB 40.01 Steuerung u.Services	GB 40.02 Transfer. Wirtschaft	GB 40.03 Eich- u.Vermessungsw.	GB 40.04 Historische Objekte
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	292,508	1,229	273,091	7,809	10,379
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,033	0,008	0,002	0,014	0,009
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,885	0,220	0,534	0,116	0,015
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**293,426**	**1,457**	**273,627**	**7,939**	**10,403**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	215,649	78,141	31,010	81,135	25,363
Auszahlungen aus Transfers	120,202	0,029	120,131	0,041	0,001
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	24,373	0,418		0,724	23,231
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,503	0,302	0,001	0,176	0,024
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**360,727**	**78,890**	**151,142**	**82,076**	**48,619**
Nettogeldfluss	**-67,301**	**-77,433**	**122,485**	**-74,137**	**-38,216**

Globalbudget 40.01 Steuerung und Services

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,248	1,453	
Finanzerträge	0,003	0,003	
Erträge	**1,251**	**1,456**	
Personalaufwand	62,204	67,447	
Transferaufwand	0,029	0,023	
Betrieblicher Sachaufwand	20,751	18,829	
Aufwendungen	**82,984**	**86,299**	
Nettoergebnis	**-81,733**	**-84,843**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,229	1,454	4,147
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,008	0,009	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,220	0,244	0,186
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1,457**	**1,707**	**4,333**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	78,141	84,718	80,700
Auszahlungen aus Transfers	0,029	0,023	0,973
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,418	0,499	1,033
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,302	0,310	0,214
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**78,890**	**85,550**	**82,919**
Nettogeldfluss	**-77,433**	**-83,843**	**-78,587**

Globalbudget 40.01 Steuerung und Services

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1, 2, 3, 4 und 5	Durchführung von Personalentwicklungsmaßnahmen inklusive zielgerichteter interner und externer Aus- u. Weiterbildungsmaßnahmen, um eine strategische Qualifizierung der Bediensteten zu ermöglichen.	Es wird eine hohe Qualifizierung der Bediensteten angestrebt. Ein umfassendes Angebot an fachspezifischen Bildungsmaßnahmen soll dabei unterstützen.	Mittels des 5-stufigen Bildungsbedarfserhebungsmodells werden die Qualifikationsmaßnahmen zielgerichtet angepasst.
		Ausbildungstage je Mitarbeiter/in: Zielzustand 2014: Nach laufenden Steigerungen der Kennzahl Anzahl der Ausbildungstage der Mitarbeiter/innen auch bei zunehmend budgetären Einschränkungen halten.	Ausbildungstage je Mitarbeiter/in: Istzustand 2013: 1,60 Ausbildungstage je Mitarbeiter/in.
		Anteil von Frauen an Ausbildungsmaßnahmen: Zielzustand 2014: Eine konstante Frauenquote von 50% bei Ausbildungsmaßnahmen, wobei gleichzeitig ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen anzustreben ist.	Anteil von Frauen an Ausbildungsmaßnahmen: Istzustand 2013: Der Anteil der Frauen an der Grundausbildung beträgt 64% und an den Fortbildungsveranstaltungen 58 %.
WZ 1, 2, 3, 4 und 5	Ausbau der betrieblichen Gesundheitsförderung, um die Leistungsfähigkeit und Motivation der Bediensteten zu erhalten bzw. zu unterstützen.	Aufgrund der Evaluierung der Arbeitsplätze, den Ergebnissen von Befragungen, den Vorschlägen der Präventivkäfte, der Personalvertretung oder konkreten Einzelanfragen werden die einzelnen Maßnahmen ausgewählt, geplant und umgesetzt.	Das BMWFJ wurde bereits mit dem Gütesiegel des "Österreichischen Netzwerks Betriebliche Gesundheitsförderung" (BGF) ausgezeichnet. Diesen Standard gilt es bis zur Rezertifizierung zu erhalten.
		Eine möglichst hohe Quote von Teilnahmen (tatsächlich in Anspruch genommene Angebote) an Maßnahmen (gesetzliche, präventive und informative Maßnahmen) der betrieblichen Gesundheitsförderung wird angestrebt. Zielzustand 2014: Anzahl der Teilnahmen mindestens auf dem Niveau der Kopfquote der Beschäftigten (Gesamtanzahl der Bediensteten im Ressort) halten auch bei zunehmenden budgetären Einschränkungen.	Teilnahmequote: Istzustand 2013: Teilnahmequote entspricht dzt. dem 1,4-fachen der Kopfquote der Bediensteten.
		Teilnahmequote von mind. 50% der Frauen soll gesichert bleiben, wobei gleichzeitig ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen angestrebt wird.	Teilnahmequote von Frauen: Istzustand 2013: Anteil teilnehmender Frauen 69%.
WZ 1, 2, 3, 4 und 5	Unterstützung von Fachanwendungen durch Bereitsstellung einer aufgabenadäquaten und zeitgemäßen IT-Infrastruktur im Backoffice- und Frontoffice-Bereich.	Fertigstellung der Erneuerung der Serverinfrastruktur im 1. Quartal 2014.	Istzustand 2013: Die Serverinfrastruktur hat ihren geplanten Einsatzhorizont von sechs Jahren erreicht.
		Durchgreifende Erneuerung der Netzwerkinfrastruktur.	Istzustand 2014: Die Netzwerkinfrastruktur hat ihren geplanten Einsatzhorizont von sechs Jahren überschritten.

WZ 1, 2, 3, 4 und 5	Bereitstellung einer hochqualitativen Benutzer/innen- und Systembetreuung in der IT, um die Fachabteilungen bei einer effizienten Aufgabenerbringung bestmöglich zu unterstützen.	Verringerung der Fehleranfälligkeit bei Systemänderungen und Verkürzung der Entstörzeiten bei IT-Problemen; Zielzustand 2014: Lösungsrate (innerhalb von 4 Stunden) am Helpdesk von 75%.	Istzustand 2011: Sofortlösungsrate am Helpdesk liegt im Schnitt bei 66%.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

-

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Entwicklung eines eGovernment–konformen Zentralen Gewerberegisters unter enger Einbindung der Gewerbebehörden (Bund 2012/5, SE 38)
ad 1	Im Herbst 2012 wurde eine Kooperationsvereinbarung über Errichtung und Betrieb des GISA (Gewerbe-Informationssystem Austria) zwischen Bund, Ländern und Statutarstädten abgeschlossen. Im Sommer 2013 wurde der Prototyp fertiggestellt. Im Sommer 2014 soll die Applikation für den Testbetrieb freigegeben sein. Die Aufnahme des Echtbetriebs ist für Anfang des Jahres 2015 geplant, und ein konsolidierter Vollbetrieb soll bis Mitte des Jahres 2015 erreicht werden.

2	Untersuchung der Gründe für die Nichterreichung der Zielvorgaben für die thermische Sanierung und Setzung von Maßnahmen bzw. Schaffung von Anreizsystemen zur Sicherstellung einer größeren Akzeptanz der thermischen Sanierung von Bundeshochbauten (Bund 2013/5, SE 2)
ad 2	Insbesondere durch Anreizsysteme und die Verwendung des Gewinns der BIG aus 2009 ist es gelungen, den Zielerreichungsgrad wesentlich zu erhöhen. 2013 wurde durch Zweckwidmung eines Teils des Gewinns aus 2012 für thermische Sanierungen und Optimierungen zur Verbesserung der Energieeffizienz ein weiterer Anreiz geschaffen.

3	Berücksichtigung der Regeln des Österreichischen Corporate Governance Kodex bei Interessenskonflikten der Aufsichtsratmitglieder und Erwähnung sämtlicher Organfunktionen der Aufsichtsratmitglieder im jeweiligen Corporate Governance Bericht (Bund 2012/6, SE 4)
ad 3	Die Pflichten der AR Mitglieder bei Interessenskonflikten sind in der geltenden GO für den AR umfassend und in völliger Konformität zum ÖCGK geregelt. Die vom ÖCGK vorgesehene Erwähnung von Aufsichtsratsfunktionen in in- und ausländischen börsennotierten Gesellschaften erfolgt vollständig und in völliger Konformität zum ÖCGK. Darüber hinausgehende Angaben sind vom ÖCGK ebenso wenig vorgesehen wie vom Bundes Public Corporate Governance Kodex.

4	Übertragung der gesamten Finanzierung der BIG auf die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur bei Neuregelung der europäischen Berechnungsmethoden für die Staatsschulden (Bund 2012/6, SE 6)
ad 4	Bei Neuregelung der europäischen Berechnungsmethoden für die Staatsschulden werden die Vor- bzw. Nachteile einer Übertragung der Finanzierung der BIG auf die Bundesfinanzierungsagentur neu bewertet.

Globalbudget 40.01 Steuerung und Services
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 40.01 Steuerung u.Services**	DB 40.01.01 Zentralstelle	DB 40.01.02 BMobV	DB 40.01.03 BWB	DB 40.01.04 Beschuss-wesen
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,248	0,616	0,195	0,322	0,115
Finanzerträge	0,003	0,002	0,001		
Erträge	**1,251**	**0,618**	**0,196**	**0,322**	**0,115**
Personalaufwand	62,204	57,997	1,653	2,076	0,478
Transferaufwand	0,029	0,025	0,002	0,001	0,001
Betrieblicher Sachaufwand	20,751	18,447	1,046	0,764	0,494
Aufwendungen	**82,984**	**76,469**	**2,701**	**2,841**	**0,973**
Nettoergebnis	**-81,733**	**-75,851**	**-2,505**	**-2,519**	**-0,858**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 40.01 Steuerung u.Services**	DB 40.01.01 Zentralstelle	DB 40.01.02 BMobV	DB 40.01.03 BWB	DB 40.01.04 Beschuss-wesen
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1,229	0,610	0,189	0,316	0,114
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,008	0,005	0,001	0,001	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,220	0,198	0,010	0,011	0,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1,457**	**0,813**	**0,200**	**0,328**	**0,116**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	78,141	72,009	2,499	2,732	0,901
Auszahlungen aus Transfers	0,029	0,025	0,002	0,001	0,001
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,418	0,193	0,170	0,030	0,025
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,302	0,266	0,015	0,018	0,003
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**78,890**	**72,493**	**2,686**	**2,781**	**0,930**
Nettogeldfluss	**-77,433**	**-71,680**	**-2,486**	**-2,453**	**-0,814**

Globalbudget 40.02 Transferleistungen an die Wirtschaft

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	180,656	128,564	
Finanzerträge	65,044	0,044	
Erträge	**245,700**	**128,608**	
Transferaufwand	120,131	162,782	
Betrieblicher Sachaufwand	31,345	39,169	
Aufwendungen	**151,476**	**201,951**	
Nettoergebnis	**94,224**	**-73,343**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	273,091	128,094	243,435
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,534	0,534	0,989
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**273,627**	**128,630**	**244,425**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	31,010	38,834	39,826
Auszahlungen aus Transfers	120,131	162,782	162,865
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit		0,002	
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,001	0,001	-0,250
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**151,142**	**201,619**	**202,441**
Nettogeldfluss	**122,485**	**-72,989**	**41,984**

Globalbudget 40.02 Transferleistungen an die Wirtschaft

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	Fortführung und Anpassung der bestehenden Förde-rungsprogramme zum Aufbau von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung mit Fokus auf KMU (kleinere und mittlere Unternehmen); Förderoffensive des Bundes für die Thermische Sanierung: forciert Energiesparen, Klimaschutz, Wachstum und Arbeitsplätze.	Genehmigung des aws Mehrjah-resprogramms; Teilnahme an an den Strukturfonds 2014+ für KMU gemäß KMU-Förderungsgesetz.	aws Mehrjahresprogramm noch nicht genehmigt; Strukturfonds-periode 2014-2020: Richtlinien ab Juli 2014 in Kraft, mit denen EU-Mittel lukriert werden können.
		Ausgelöste Investitionsvolumina bei KMU im Jahr 2014: ca. 498 Mio. Euro.	Ausgelöste Investitionsvolumina bei KMU im Jahr 2013: ca. 415,6 Mio. Euro.
		Jährliche Bruttoinvestitionen der geförderten Gründer mind.doppelt so hoch wie Unternehmen mit 0-9 Mitarbeiter/innen.	Jährliche Bruttoinvestitionen von Unternehmen mit 0-9 Mitarbei-ter/innen 2010: 26.000 Euro.
		Weiterführung und Anpassung der Kriterien an aktuelle Entwick-lungen und Schwerpunkte der Förderoffensive Thermische Sanierung.	Bisherige Förderoffensiven für die Thermische Sanierung 2009, 2011, 2012 und 2013.
	Umsetzung der Tourismusstrate-gie als Leitfaden zur Internationa-lisierung sowie Sicherung und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit des österreichischen Tourismus durch Ausbau des Touris-musmarketing durch Aktivitäten der Österreich Werbung und gezielte Förderung der kleinstruk-turierten heimischen Tourismus-betriebe über die Österreichische Hotel- und Tourismusbank Ge-sellschaft m.b.H.	Steigerung der Nächtigungen aus den wichtigsten Wachstumsmärk-ten (BRIC und CEE-Raum) um 2,5% auf rd. 11,7 Mio.	Aus den wichtigsten Wachs-tumsmärkten (BRIC und CEE-Raum) wurden im Jahr 2013 rd. 11,4 Mio. Nächtigungen ver-zeichnet.
WZ 2	Erstellung und Weiterentwick-lung von Berufsbildern und Ent-wicklung von Instrumentarien zur Unterstützung für die Unternehmen bei der Lehrlingsausbildung sowie Förderung der Aufhebung der geschlechtsspezifischen Seg-regation des Lehrstellenmarktes.	Zahl der Lehrlinge am Alterjahr-gang der 15-Jährigen unter Be-rücksichtigung der demographi-schen Entwicklung zum Stichtag 31.12.2014: 35,1% oder mehr.	Zahl der Lehrlinge am Alterjahr-gang der 15-Jährigen unter Be-rücksichtigung der demographi-schen Entwicklung zum Stichtag 31.12.2013: 35,1%.
		Anteil der drei häufigsten Lehrbe-rufe an der Gesamtzahl der weib-lichen Lehrlinge: weniger als 47,7%.	Anteil der drei häufigsten Lehrbe-rufe an der Gesamtzahl der weib-lichen Lehrlinge: 47,7%.
WZ 3	Stärkung der österreichischen Außenwirtschaft und der interna-tionalen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs durch Weiterführung der Internationalisierungsoffensi-ve (IO) und durch Bemühungen um verstärkte positive Wahrneh-mung Österreichs im Ausland durch die Errichtung einer Nation	IO: - Steigerung der Anzahl expor-tierender österreichischer Un-ternehmen; Zielzustand 2014: 48.000; - Unterstützung von 300 öster-reichischen Investoren bei der Erschließung von Aus-landsmärkten.	IO: - Die IO IV läuft bis zum 31.3.2015; eine Evaluie-rungsstudie ist in Vorberei-tung; - Anzahl der exportierenden österreichischen Unternehmen; Zielzustand Ende 2013: 46.000.

	Brand Agentur und die Teilnahme an der EXPO 2015.	EXPO 2015: - Abschluss der Detailplanung Pavillon; - Abschluss der Detailplanung Ausstellung; - Abschluss der Ausarbeitung Rahmenprogramm (wirtschaftlich und kulturell); - Abschluss der Roadshow in den Bundesländern.	EXPO 2015: - Abschluss der Ausschreibung des Österreich-Pavillon; - Vorbereitung der Detailplanung Pavillon; - Vorbereitung der Detailplanung Ausstellung; - Vorbereitung der Ausarbeitung Rahmenprogramm (wirtschaftlich und kulturell); - Vorbereitung der Roadshow in den Bundesländern.
		Nation Brand Agentur: - Inkrafttreten des Gesetzes zur Einrichtung einer Nation Brand Agentur.	Nation Brand Agentur: - Im Regierungsprogramm vorgesehen: „Errichtung einer Nation Brand Agentur im BMWFJ.
WZ 4	Vorlage eines überarbeiteten Entwurfs eines Energieeffizienzpakets unter Berücksichtigung von EU-Aspekten.	Verringerung der Nettoimporttangente; Zielzustand 2014: 59%	Nettoimporttangente; Istzustand 2012: 63,7%
		Stabilisierung des Energieverbrauchs auf dem Niveau des Jahres 2005 (bis 2020 1100 PJ); Zielzustand 2014: 1100 PJ	Energieverbrauch; Istzustand 2012: 1096,2 PJ
		Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energieträger am Bruttoendverbrauch mit dem Zielwert 34% in 2020; Zielzustand 2014: 32,65%	Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch; Istzustand 2012: 32,2%
WZ 5	Hebung des Frauenanteils an der Bundesquote der Aufsichtsratsgremien von Unternehmen, an denen der Bund mit 50 % und mehr beteiligt ist und die im Bereich (Eigentümervertretung) des BMWFW liegen.	Zielzustand 2014: Hebung auf 25% Aufsichtsrätinnen in 8 von 10 Unternehmen (an denen der Bund mit 50 % und mehr beteiligt ist und die im Bereich [Eigentümervertretung] des BMWFW liegen).	Istzustand 2013: 25% Aufsichtsrätinnen in 6 von 7 Unternehmen (an denen der Bund mit 50 % und mehr beteiligt ist und die im Bereich [Eigentümervertretung] des BMWFJ gelegen sind).

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Durchführung von Bedarfserhebungen vor dem Start von Förderungsprogrammen (Bund 2013/7, SE 18)
ad 1	Als Grundlage für die Durchführung von Bedarfserhebungen dienen Studien wie von Forschungsinstituten oder der Nationalbank, welche auf Marktversagen hinweisen, Potenziale für Zukunftsmärkten aufzeigen, auf mögliche Finanzierungslücken verweisen etc.; ein weiteres wichtiges Instrument ist die Abschätzungen und Analysen der Treuhandbanken und der Förderstellen.

2	Gebietskörperschaftenübergreifende Transparenz des Einsatzes von Fördermittel als Voraussetzung für ein effektives und laufendes Förderungscontrolling; aktiver Beitrag zu einer österreichweiten Förderungsdatenbank (Bund 2013/SE 1)
ad 2	Es wird auf die laufenden Arbeiten des BMF zur Transparenzdatenbank/Transparenzportal laut Transparenzdatenbankgesetz 2012 verwiesen. Die Leistungsangebote und Meldungen des BMWFW werden regelmäßig eingetragen.

3	Erarbeitung einer eindeutigen Strategie und konkreter, quantitativ messbarer Wirkungsziele und –indikatoren bei zukünftigen Wirtschaftsförderungsprogrammen; Festlegung eines Genderziels unter Einbeziehung von GenderexpertInnen (Bund 2013/7, SE 2)
ad 3	Im Rahmen der durchgehenden Einführung der wirkungsorientierten Steuerung erfolgt auf unterschiedlichen Aggregationsebenen die Festlegung von messbaren Wirkungszielen und –indikatoren. Insbesondere die verpflichtende Durch-

	führung von Wirkungsorientierten Folgenabschätzungen (WFA) gerade bei Förderungsprogrammen und somit die detaillierte und programmgenaue Ziel- und Indikatorendefinition sowie die vorgeschriebene Evaluierung derselben tragen zur Umsetzung der wirkungsorientierten Steuerung bei.

4	Vergabe von Förderungen nur an Unternehmen, die u.a. über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zur Projektdurchführung verfügen (Bund 2013/7, SE 9)
ad 4	Hinsichtlich der konkreten Anforderungen an Förderwerber wird auf die Allgemeinen Rahmenrichtlinien für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln (ARR 2004) des BMF sowie die Förderrichtlinien zu einzelnen Förderungsprogrammen verwiesen.

Globalbudget 40.02 Transferleistungen an die Wirtschaft
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 40.02 Transfer. Wirtschaft**	DB 40.02.01 Wirtschafts-förd.	DB 40.02.02 UAMF
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	180,656	180,656	
Finanzerträge	65,044	65,043	0,001
Erträge	**245,700**	**245,699**	**0,001**
Transferaufwand	120,131	120,130	0,001
Betrieblicher Sachaufwand	31,345	31,344	0,001
Aufwendungen	**151,476**	**151,474**	**0,002**
Nettoergebnis	**94,224**	**94,225**	**-0,001**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 40.02 Transfer. Wirtschaft**	DB 40.02.01 Wirtschafts-förd.	DB 40.02.02 UAMF
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	273,091	273,090	0,001
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,534	0,533	0,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**273,627**	**273,625**	**0,002**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	31,010	31,009	0,001
Auszahlungen aus Transfers	120,131	120,130	0,001
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,001		0,001
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**151,142**	**151,139**	**0,003**
Nettogeldfluss	**122,485**	**122,486**	**-0,001**

Globalbudget 40.03 Eich- und Vermessungswesen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	7,816	7,807	
Erträge	**7,816**	**7,807**	
Personalaufwand	66,908	66,803	
Transferaufwand	0,042	0,041	
Betrieblicher Sachaufwand	19,098	18,200	
Aufwendungen	**86,048**	**85,044**	
Nettoergebnis	**-78,232**	**-77,237**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	7,809	7,809	8,070
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,014	0,014	0,004
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,116	0,116	0,198
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**7,939**	**7,939**	**8,272**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	81,135	82,464	81,170
Auszahlungen aus Transfers	0,041	0,041	0,042
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,724	1,194	2,369
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,176	0,176	0,179
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**82,076**	**83,875**	**83,760**
Nettogeldfluss	**-74,137**	**-75,936**	**-75,488**

Globalbudget 40.03 Eich- und Vermessungswesen

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 2	Bereitstellung aktueller und flächendeckender Geobasisdaten für das gesamte Bundesgebiet und die Abgabe in elektronischen Abgabesystemen gemäß den Anforderungen des E-Government und der EU.	Erfassung von 100% des Staats-gebietes.	Erfassung von 100% des Staats-gebietes.
		3-jähriger Aktualisierungszyklus der digitalen Grundlagendaten für die staatliche Landkarte.	5-jähriger Aktualisierungszyklus der digitalen Grundlagendaten für die staatliche Landkarte.
		Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben im Rahmen des Geodaten-infrastrukturgesetzes zu den vorgegeben Fristen.	Gesetzliche Rahmenbedingungen mit neuen Fristen für die Umsetzung des Geodateninfrastruktur-gesetzes liegen vor.
		Erhöhung der registrierten Kund/innen im Onlineportal des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen um 3% zum Stand 31.12.2013.	Registrierte Kund/innen im Onlineportal des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen zum Stichtag 31.12.2013: 9883.
WZ 2	Bereithaltung und Weiterentwicklung der österreichischen Messtechnikinfrastruktur und Sicherstellung der internationalen Anerkennung und Gleichwertigkeit.	Einhaltung des Durcheichungs-grades von größer als 90%.	90% Durcheichungsgrad.
		Halten von 100% Anerkennung für alle Kalibrier- und Messmöglichkeiten.	100% Anerkennung für alle Kalibrier- und Messmöglichkeiten.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Untersuchung der Standorte der Vermessungsämter unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, hinsichtlich der Kundenfrequenz und der regionalen Bedeutung und zügige Einleitung von Konsolidierungsmaßnahmen (Bund 2013/5, SE 4)
ad 1	Eine entsprechende Analyse wurde durchgeführt und erste Maßnahmen wurden eingeleitet. Das BEV hat zwischen 2006 und 2013 an 17 Standorten der Vermessungsämter Flächenkonsolidierungen vorgenommen. Durch diese schrittweise Verringerung der Mietflächen konnte mit 2013 eine Jährliche Reduktion der Mietkosten in Höhe von 400 000 Euro gegenüber 2006 erzielt werden. Zur Gänze aufgelassen wurden bis Ende 2013 die Standorte Grieskirchen, Schärding und Landeck.

2	Festlegung der künftigen Standorte der Vermessungsämter und Berücksichtigung der damit verbundenen personal– und investitionspolitischen Konsequenzen (Bund 2013/5, SE 3)
ad 2	Eine endgültige Festlegung der Standorte setzt in Verbindung mit der Empfehlung 1 des Rechnungshofes gewisse Rationalisierungsschritte hinsichtlich eines flexiblen Einsatzes der Mitarbeiter/innen in den Schlüsselprozessen der Vermessungsämter voraus. Diese wurden bereits teilweise umgesetzt. Begonnen wurde auch mit der Digitalisierung der Archive als Maßnahme auf Detailbudgetebene.

3	Regelmäßige Überprüfung des Personalentwicklungskonzepts, Quantifizierung von Zielen sowie Evaluierung der Zielerreichung (Bund 2013/5, SE 13)
ad 3	Personalentwicklungsmaßnahmen wurden evaluiert und werden begleitend zu den Veränderungen der Arbeitsprozesse veranlasst. Entsprechende Maßnahmen und Schulungen wurden für die Digitalisierung der Archive der Vermessungsämter und bei der Umstellung der Arbeitsabläufe durch die neue Grundstücksdatenbank durchgeführt. Zusätzlich wurden notwendige Personalentwicklungsmaßnahmen zur Bewältigung der geänderten Abläufe in der Beschaffung und Qualitätsprüfung der digitalen Fernerkundungsdaten gesetzt.

4	Einrichtung eines internen adäquaten Kontrollsystems (Bund 2013/5, SE 8)
ad 4	Die Empfehlung des Rechnungshofes zur Verbesserung des internen Kontrollsystem bei der Verrechnung von Leistungen zwischen der Hoheitsverwaltung des BEV und dem Physikalisch-technischen Prüfdienst wurde umgesetzt. In

	einer schriftlichen Vereinbarung zwischen dem Leiter des BEV und Leiter des Prüfdienstes wurden die Verrechnungsmodalitäten eindeutig definiert und vereinbart. Die lückenlose Einhaltung des Vier-Augen Prinzips ist in dieser Vereinbarung festgeschrieben.

Globalbudget 40.03 Eich- und Vermessungswesen
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 40.03 Eich- u.Vermessungsw.**	DB 40.03.01 Eich- u.Vermessungsw.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	7,816	7,816
Erträge	**7,816**	**7,816**
Personalaufwand	66,908	66,908
Transferaufwand	0,042	0,042
Betrieblicher Sachaufwand	19,098	19,098
Aufwendungen	**86,048**	**86,048**
Nettoergebnis	**-78,232**	**-78,232**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 40.03 Eich- u.Vermessungsw.**	DB 40.03.01 Eich- u.Vermessungsw.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	7,809	7,809
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,014	0,014
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,116	0,116
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**7,939**	**7,939**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	81,135	81,135
Auszahlungen aus Transfers	0,041	0,041
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,724	0,724
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,176	0,176
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**82,076**	**82,076**
Nettogeldfluss	**-74,137**	**-74,137**

Globalbudget 40.04 Historische Objekte

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	10,383	10,361	
Finanzerträge	0,002	0,002	
Erträge	**10,385**	**10,363**	
Personalaufwand	7,631	7,655	
Transferaufwand	0,001	0,100	
Betrieblicher Sachaufwand	72,904	76,662	
Finanzaufwand	0,002	0,002	
Aufwendungen	**80,538**	**84,419**	
Nettoergebnis	**-70,153**	**-74,056**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	10,379	10,362	15,555
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,009	0,009	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,015	0,015	0,016
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**10,403**	**10,386**	**15,571**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	25,363	31,450	31,479
Auszahlungen aus Transfers	0,001	0,100	0,000
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	23,231	18,752	59,397
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,024	0,024	0,007
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**48,619**	**50,326**	**90,882**
Nettogeldfluss	**-38,216**	**-39,940**	**-75,311**

Globalbudget 40.04 Historische Objekte

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 2 + WZ 4	Die energetische Optimierung der Objekte im Verwaltungsbereich der BHÖ wird im Rahmen von Sanierungen weitergeführt, insbesondere durch: - Planung von Sanierungsmaßnahmen, - vorbereitende Budgetierung durch eigene Sachkonten.	Elektronische Erfassung und Kategorisierung der Gebäude entsprechend der EU-Energieeffizienzrichtlinie: 90%.	Die elektronische Erfassung und Kategorisierung der Gebäude entsprechend der EU-Energieeffizienzrichtlinie liegt bei 85%. Als Ausgangswert gilt der Wert, der Ende 2013 festgestellt wurde.
WZ 2	Erhaltung der historischen Bausubstanz durch Instandsetzung und werterhaltende Sanierung in die Gebäudesubstanz.	Durch entsprechende interne Aufteilung soll der Abschreibungsverlust mit 60% ausgeglichen werden.	Das Verhältnis der Summe Bauprogramm/Rahmenbauprogramm (entspricht Invest/Instandsetzung) zur AfA (Abschreibung für Abnutzung) entsprechend FiAA (Inventarisierungtool in SAP für Liegenschaften) beträgt aktuell 59,92%. Als Ausgangswert gilt der Wert, der Ende 2013 festgestellt wurde.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Verbindliche Projektorganisation bei komplexen Sanierungsprojekten mit einem hohen Investitionsvolumen von Planungsbeginn an mit Festlegung von Zuständigkeiten und Verantworlichkeiten (Bund 2011/12, SE 1)
ad 1	Bereits im Jahr 2005 wurden Muster für ein Projekthandbuch und Projektaufträge, welche Projektorganisation und -struktur sowie Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten festlegen, erarbeitet und mit Erlass in Kraft gesetzt. Diese Hilfsmittel werden seitdem bei allen umfangreichen und/oder komplexen Projekten eingesetzt.

2	Beschränkung von Änderungen während der Ausschreibungs– und vor allem Bauphase auf das absolut notwendige Maß (Bund 2011/12, SE 2)
ad 2	Sämtliche Änderungen gegenüber einer bereits freigegebenen Planung werden mittels formalisierten Änderungsevidenzen von den jeweiligen Sachbearbeiter/innen der Ressorts und der BHÖ freigegeben sowie auf Sektionsleitungsebene per Protokoll bestätigt. In diesen Änderungsevidenzen werden u.a. die monetären und terminlichen Auswirkungen der Änderungen dargestellt.

3	Durchführung einer möglichst breiten InteressentInnensuche bei Liegenschaftsverkäufen und Einhaltung der von der Europäischen Kommission hierfür beschriebenen Vorgangsweise (Bund 2011/12, SE 7)
ad 3	Die Bekanntmachung einer Interessent/innensuche auf der Homepage des BMWFW sowie in einer Zeitung ist durchaus geeignet, einen breit gestreuten Interessent/innenkreis anzusprechen. Auch die EK hat inzwischen den Schwerpunkt der Veröffentlichungen auf das Internet gelegt. Die Effektivität solcher Veröffentlichungen wird außerdem durch das Vorhandensein von Angeboten auch aus Übersee unterstrichen. Somit ist davon auszugehen, dass die relevanten Zielgruppen der Interessent/innen durch die gesetzten Veröffentlichungsmaßnahmen erreicht werden.

4	Ausweisen von Reserven für Valorisierungen im Sinne der Kostenwahrheit von Planungsbeginn an (Bund 2011/12, SE 15)
ad 4	Bei Projektstart erfolgt eine Ermittlung des Ausgabenrahmens mit einer Schwankungsbreite von rd. 30 %, die sich mit

	zunehmender Planungsgenauigkeit reduziert. Diese Schwankungsbreite deckt bereits eine zusätzliche Position für Unvorhergesehenes ab. Mit zunehmendem Detaillierungsgrad reduziert sich die Schwankungsbreite und ist zum Teil in eine Reserve für Unvorhergesehenes aufzulösen. Vorausvalorisierungen in früheren Projektphasen und über längere Zeiträume hinweg sind nicht sinnvoll.

5	Zusammenlegung und Reduzierung von Standorten in Wien unter den Aspekten der besseren Dienstaufsicht und Ressourcensteuerung (Bund 2011/11, SE 5)
ad 5	Die einzelnen Bauabteilungen der BHÖ sind in jenen Objekten untergebracht, wo unmittelbar die Leistungen (Baubetreuung) erbracht werden; nur damit ist eine bestmögliche und zeitnahe Leistungserbringung und Kundenbetreuung möglich. Die allgemeinen Dienste der BHÖ (Personal, Budget, Kostenrechnung, Verwaltung usw.) sind konzentriert am Stammsitz in der Wiener Hofburg untergebracht; damit erfolgt auch die Ressourcensteuerung zentral.

Globalbudget 40.04 Historische Objekte
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 40.04 Historische Objekte**	DB 40.04.01 BHÖ	DB 40.04.02 Bau/Liegenschaftsm.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	10,383	0,586	9,797
Finanzerträge	0,002		0,002
Erträge	**10,385**	**0,586**	**9,799**
Personalaufwand	7,631	7,617	0,014
Transferaufwand	0,001		0,001
Betrieblicher Sachaufwand	72,904	1,674	71,230
Finanzaufwand	0,002	0,001	0,001
Aufwendungen	**80,538**	**9,292**	**71,246**
Nettoergebnis	**-70,153**	**-8,706**	**-61,447**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 40.04 Historische Objekte**	DB 40.04.01 BHÖ	DB 40.04.02 Bau/Liegenschaftsm.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	10,379	0,580	9,799
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,009	0,005	0,004
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,015	0,015	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**10,403**	**0,600**	**9,803**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	25,363	8,566	16,797
Auszahlungen aus Transfers	0,001		0,001
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	23,231	0,071	23,160
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,024	0,024	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**48,619**	**8,661**	**39,958**
Nettogeldfluss	**-38,216**	**-8,061**	**-30,155**

Untergliederung 41 Verkehr, Innovation und Technologie

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Wir arbeiten für ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Verkehrs- und Telekommunikationssysteme, die für den Wirtschaftsstandort Österreich attraktiv sind und die Mobilität der Bevölkerung gewährleisten.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**382,096**	**492,096**	**324,565**
Auszahlungen fix	3.170,432	3.173,825	2.914,065	2.814,470
Summe Auszahlungen	**3.170,432**	**3.173,825**	**2.914,065**	**2.814,470**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-2.791,729**	**-2.421,969**	**-2.489,906**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	382,263	491,856	
Aufwendungen	4.990,123	4.066,096	
Nettoergebnis	**-4.607,860**	**-3.574,240**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Verbesserung der Verkehrssicherheit
Warum dieses Wirkungsziel?
Verkehrsunfälle verursachen menschliches Leid und hohe volkswirtschaftliche Kosten. Die Senkung der Unfallzahlen ist daher aus sozialen, ökologischen und volkswirtschaftlichen Gründen geboten.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
Umsetzung der Maßnahmen aus dem Verkehrssicherheitsprogramm 2011 bis 2020 mit dem Schwerpunkt auf Bewusstseinsbildende Maßnahmen
Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 41.1.1	Anteil der bewusstseinsbildenden Sicherheitsempfehlungen, die durch Maßnahmen umgesetzt werden					
Berechnungsmethode	100 / Anzahl der früheren (Zeitraum: 5 Jahre) im Rahmen von unabhängigen Sicherheitsuntersuchungen von Unfällen und Störungen ausgesprochenen Sicherheitsempfehlungen * Anzahl der im Anschluss an früher ausgesprochene Sicherheitsempfehlungen getroffenen Maßnahmen					
Datenquelle	Bundesanstalt für Verkehr (BAV); Tätigkeitsbericht					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	nicht verfügbar	0 %	0 %	10 %	10 %	10 %
	Nachverfolgung zu Sicherheitsempfehlungen noch zu gering in der Praxis verankert; daher keine repräsentativen Daten vorhanden.					

Kennzahl 41.1.2	Anzahl der durchgeführten Einsätze der technischen Unterwegskontrollen mit mobilen Prüfzügen zur Bewusstseinsbildung					
Berechnungsmethode	Rückblickende Zählung der Einsätze					
Datenquelle	Bundesanstalt für Verkehr (BAV); Tätigkeitsbericht					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	645 Einsätze	650 Einsätze	663 Einsätze	650 Einsätze	650 Einsätze	650 Einsätze

Wirkungsziel 2:
Sicherung der Mobilität von Menschen, Gütern und Informationen unter Berücksichtigung ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit
Warum dieses Wirkungsziel?

Die Vorhaltung und Ausbau der Infrastruktur ist Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich. Die nachhaltige Steuerung des Verkehrsaufkommens sowie die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Kommunikationsdiensten ist zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich notwendig. Die Veränderung des Modalsplits zu Gunsten umweltgerechter Verkehrsträger ist aus ökologischer und gesellschaftspolitischer Sicht geboten.Die Gewährleistung der Mobilität unter besonderer Berücksichtigung der Einführung neuer, umweltfreundlicher Mobilitätsformen und dem verkehrspolitischen Schwerpunkt der Förderung des öffentlichen Verkehrs ist eine Kernaufgabe des Ressorts.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

Erarbeitung verkehrspolitischer Rahmenbedingungen insbesondere zur Förderung umweltfreundlicher Verkehrsträger und einer nachhaltigen Mobilität; Verträge mit den Infrastrukturbetreibern bzw. Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) zur Bereitstellung der Infrastruktur bzw. Erbringung von Verkehrsdiensten, insbesondere Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung der Infrastruktur.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 41.2.1	Anteil schadstoffarmer Lastkraftwagen (LKW) an der Gesamtfahrleistung					
Berechnungs-methode	Interne Hochrechnung: diese basiert auf vergangenheitsbezogenen Betrachtungen der tatsächlichen Entwicklung der Fahrleistungen auf Monatsbasis (seit Anfang 2010). Es wird eine saisonal bereinigte, also polynomische, Trendkurve herangezogen, wobei für deren Ausrichtung die Fahrleistung der jüngeren Vergangenheit stärker gewichtet wird. Zusätzlich fließen aber auch folgende Faktoren in die Abschätzung mit ein: Anzahl der Neuanmeldungen in den jeweiligen Emissionsklassen, Abschätzung einer preissensitiven Reaktion des Marktes, Gespräche über die Einschätzung mit anderen Europäischen Mautbetreibern (Benchmarking) sowie Abwägungen auf Basis der Kenntnis des Branchenumfeldes durch die ASFINAG					
Datenquelle	ASFINAG					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	< 10 %	15,7 %	25,4 %	> 30 %	> 40 %	> 50 % (Anmerkung: Schätzungen weiter in die Zukunft wären höchst spekulativ und mit großen Unsicherheiten behaftet.)
	Entwicklung bezieht sich auf Fahrleistungsanteil von Enhanced Environmentally friendly Vehicle (EEV)- und EURO-VI-Fahrzeugen > 3,5 t höchstzulässiges Gesamtgewicht (hzG) an der Gesamtfahrleistung					

Kennzahl 41.2.2	Personenkilometer im Schienenpersonenverkehr im Bereich der ÖBB-Personenverkehr (PV) AG					
Berechnungs-methode	Hochrechnung auf Basis von festen Zähltagen unter Berücksichtigung von Sonderterminen wie Feiertage, Ferien etc. bzw. sonstigen Ereignissen wie Wetterkatastrophen, Großereignissen etc. sowie mit Daten der laufenden manuellen und automatisierten Fahrgastzählung					
Datenquelle	ÖBB-PV AG					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	ca. 10,2 Mrd. Personen-km	ca. 10,3 Mrd. Personen-km	ca. 10,3 Mrd. Personen-km	ca. 10,5 Mrd. Personen-km	ca. 10,5 Mrd. Personen-km	ca. 10,8 Mrd Personen-km

Wirkungsziel 3:

Sicherstellung der Gendergerechtigkeit in der Mobilität sowie eines gleichen Zugangs von Frauen und Männern zu allen Verkehrsdienstleistungen.

Warum dieses Wirkungsziel?

Frauen und Männer haben unterschiedliche Bedürfnisse und Anliegen unter anderem auch in den Bereichen Mobilitätsverhalten, Verkehrssicherheit oder Zugangsvoraussetzungen zu Verkehrsinfrastrukturen. Um diesen Disparitäten, insbesondere im Rahmen der wirkungsorientierten Verwaltung, durch entsprechende Maßnahmen zukünftig verstärkt Rechnung zu tragen, bedarf es aber der Schaffung einer fundierten Wissensbasis und eingehender Analysen der jeweiligen Untergliederungen und Detailbudgets. So kann der jeweils erforderliche Handlungsbedarf identifiziert und spezifiziert werden, damit auch schließlich

im Verkehrsbereich eine tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht wird, weil wissenschaftliche Studien belegen, dass Frauen und Männer u.a. auch ein unterschiedliches Mobilitätsverhalten aufweisen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

Durchführung von spezifischen Genderanalysen, insbesondere in den Bereichen Verkehrssicherheit und Mobilität. Hierbei soll insbesondere u.a. Aspekten wie gegebenen Disparitäten, Nutzung der Infrastruktur, des Mobilitätsbedarfs und den Zugangsvoraussetzungen etc. besondere Berücksichtigung beigemessen werden, sowie aussagekräftige und effektive Kennzahlen und auch bereits erste Umsetzungsmaßnahmen hinsichtlich des identifizierten Handlungsbedarfes entwickelt werden.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 41.3.1	Anzahl durchgeführter Genderanalysen					
Berechnungs-methode	Kennzahl ist im Aufbau;					
Datenquelle	Interne Erhebung					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	Rücksprache mit BKA, ob notwendig --> ab 5. August möglich	4	5	≥ 6	7	12
	Zielsetzung ist die Erstellung einer adäquaten Studie, die darauf abzielt, aus den bisherigen Analysen Schlussfolgerungen und konkrete Maßnahmenvorschläge ableiten zu können					

Untergliederung 41 Verkehr, Innovation und Technologie

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	237,226	446,794	
Finanzerträge	145,037	45,062	
Erträge	**382,263**	**491,856**	
Personalaufwand	65,853	67,002	
Transferaufwand	4.131,804	3.158,672	
Betrieblicher Sachaufwand	792,465	840,421	
Finanzaufwand	0,001	0,001	
Aufwendungen	**4.990,123**	**4.066,096**	
Nettoergebnis	**-4.607,860**	**-3.574,240**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	381,745	491,745	324,185
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,023	0,024	0,015
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,328	0,327	0,365
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**382,096**	**492,096**	**324,565**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	815,047	891,700	869,333
Auszahlungen aus Transfers	2.354,847	2.017,610	1.918,223
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	3,629	4,453	26,837
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,302	0,302	0,078
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**3.173,825**	**2.914,065**	**2.814,470**
Nettogeldfluss	**-2.791,729**	**-2.421,969**	**-2.489,906**

Untergliederung 41 Verkehr, Innovation und Technologie
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 41 Verk. Innov.u.Techn.**	GB 41.01 Steuerung u. Service	GB 41.02 Verk.-Nachricht.w.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	237,226	33,448	203,778
Finanzerträge	145,037		145,037
Erträge	**382,263**	**33,448**	**348,815**
Personalaufwand	65,853	61,814	4,039
Transferaufwand	4.131,804	50,488	4.081,316
Betrieblicher Sachaufwand	792,465	39,833	752,632
Finanzaufwand	0,001		0,001
Aufwendungen	**4.990,123**	**152,135**	**4.837,988**
Nettoergebnis	**-4.607,860**	**-118,687**	**-4.489,173**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 41 Verk. Innov.u.Techn.**	GB 41.01 Steuerung u. Service	GB 41.02 Verk.-Nachricht.w.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	381,745	32,938	348,807
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,023	0,006	0,017
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,328	0,073	0,255
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**382,096**	**33,017**	**349,079**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	815,047	84,011	731,036
Auszahlungen aus Transfers	2.354,847	50,481	2.304,366
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	3,629	0,913	2,716
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,302	0,194	0,108
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**3.173,825**	**135,599**	**3.038,226**
Nettogeldfluss	**-2.791,729**	**-102,582**	**-2.689,147**

Globalbudget 41.01 Steuerung und Services

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	33,448	33,053	
Erträge	**33,448**	**33,053**	
Personalaufwand	61,814	62,719	
Transferaufwand	50,488	65,465	
Betrieblicher Sachaufwand	39,833	29,426	
Aufwendungen	**152,135**	**157,610**	
Nettoergebnis	**-118,687**	**-124,557**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	32,938	32,939	37,108
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,006	0,006	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,073	0,072	0,115
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**33,017**	**33,017**	**37,223**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	84,011	84,716	75,936
Auszahlungen aus Transfers	50,481	65,464	52,873
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,913	0,950	0,885
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,194	0,194	0,078
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**135,599**	**151,324**	**129,771**
Nettogeldfluss	**-102,582**	**-118,307**	**-92,548**

Globalbudget 41.01 Steuerung und Services

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 2	Erarbeitung verkehrspolitischer Rahmenbedingungen insbesondere zur Förderung umweltfreundlicher Verkehrsträger und einer nachhaltigen Mobilität	2014: Anteil schadstoffarmer LKW an der Gesamtfahrleistung: > 40 % [Quelle: ASFINAG]	2011: Anteil schadstoffarmer LKW an der Gesamtfahrleistung 2011: 15,7 % 2013: Anteil schadstoffarmer LKW an der Gesamtfahrleistung: >30 % [Quelle: ASFINAG]
WZ 3	Durchführung von spezifischen Genderanalysen, insbesondere in den Bereichen Verkehrssicherheit und Mobilität. Hierbei soll insbesondere u.a. Aspekten wie gegebenen Disparitäten, Nutzung der Infrastruktur, des Mobilitätsbedarfs und den Zugangsvoraussetzungen etc. besondere Berücksichtigung beigemessen werden, sowie aussagekräftige und effektive Kennzahlen und auch bereits erste Umsetzungsmaßnahmen hinsichtlich des identifizierten Handlungsbedarfes entwickelt werden	Fortsetzung und Abschluss von mindestens 1 weiteren spezifischen Genderanalyse bis 31.12.2014, insbesondere in den Bereichen Verkehrssicherheit und Mobilität. Ziel der laufenden Analyse ist es, die Mobilitätsbedürfnisse sowie die reale Ausprägung der Mobilität von Personen, welche Betreuungspflichten für andere Personen wahrnehmen, detailliert zu beleuchten und Empfehlungen für Planung und Politik abzuleiten. Mit Ende 2013 wurde der Großteil der Interviews abgeschlossen. Es wurden knapp über 100 Personen befragt, davon ca. 75% Frauen. Mit Mitte Jänner 2014 wurde die Interviewphase abgeschlossen. Dzt. läuft die Phase der Aufarbeitung und Analyse der Interviewdaten. Das Projekt soll Ende des Jahres 2014 abgeschlossen sein.	2011: Anzahl durchgeführter Genderanalysen 2011: 4 2013: Anzahl durchgeführter Genderanalysen: ≥ 6 Themenbereiche, die zur Identifizierung eines allfälligen Handlungsbedarfs beitragen und 2012 bzw. 2013 untersucht wurden: Neben Aspekten wie der Untersuchung des Anteils von Frauen und Männern sowie der Arbeitsplatz- und Einkommenssituation im jeweiligen Verkehrssektor soll insbesondere auch auf die Frage der Nutzung der Infrastruktur durch Frauen und Männer sowie die Darstellung des Mobilitätsbedarfes und der Zugangsvoraussetzungen abgestellt werden.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Festlegung überprüfbarer Wirkungsziele für die Verkehrsverlagerung im Sinne der wirkungsorientierten Haushaltsführung (Bund 2012/5, SE 2)
ad 1	siehe RH-Bericht 2012/5, S. 264 ff und Behandlung der Berichte im Nationalrat (Rechnungshofausschuss und Plenum)

2	Prüfung sowohl einer Zusammenführung des hoheitlichen und des teilrechtsfähigen Bereichs des Patentamts als auch einer anschließenden Ausgliederung in eine rechtlich selbständige Organisationsform (Bund 2012/7, SE 3)
ad 2	siehe RH-Bericht 2012/7, S. 526 ff und Behandlung der Berichte im Nationalrat (Rechnungshofausschuss und Plenum)

3	Überdenken der progessiven Gebührenstruktur bzw. Prüfung der kostendeckenden Gebührenstruktur sowie einer spezifischen Förderstruktur. Definition förderungswürdiger Gruppen und Unterstützung dieser Gruppen im Rahmen der

	österreichischen Innovationsförderprogramme (Bund 2012/7, SE 6)
ad 3	siehe RH-Bericht 2012/7, S. 480 ff und Behandlung der Berichte im Nationalrat (Rechnungshofausschuss und Plenum)

Globalbudget 41.01 Steuerung und Services
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 41.01 Steuerung u. Service**	DB 41.01.01 Zentralstelle	DB 41.01.02 KLIEN	DB 41.01.03 ÖPA
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	33,448	0,873		32,575
Erträge	**33,448**	**0,873**		**32,575**
Personalaufwand	61,814	48,477		13,337
Transferaufwand	50,488	0,188	50,000	0,300
Betrieblicher Sachaufwand	39,833	33,516		6,317
Aufwendungen	**152,135**	**82,181**	**50,000**	**19,954**
Nettoergebnis	**-118,687**	**-81,308**	**-50,000**	**12,621**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 41.01 Steuerung u. Service**	DB 41.01.01 Zentralstelle	DB 41.01.02 KLIEN	DB 41.01.03 ÖPA
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	32,938	0,432		32,506
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,006	0,004		0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,073	0,052		0,021
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**33,017**	**0,488**		**32,529**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	84,011	64,900		19,111
Auszahlungen aus Transfers	50,481	0,188	50,000	0,293
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,913	0,512		0,401
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,194	0,144		0,050
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**135,599**	**65,744**	**50,000**	**19,855**
Nettogeldfluss	**-102,582**	**-65,256**	**-50,000**	**12,674**

Globalbudget 41.02 Verkehrs- und Nachrichtenwesen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	203,778	413,741	
Finanzerträge	145,037	45,062	
Erträge	**348,815**	**458,803**	
Personalaufwand	4,039	4,283	
Transferaufwand	4.081,316	3.093,207	
Betrieblicher Sachaufwand	752,632	810,995	
Finanzaufwand	0,001	0,001	
Aufwendungen	**4.837,988**	**3.908,486**	
Nettoergebnis	**-4.489,173**	**-3.449,683**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	348,807	458,806	287,077
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,017	0,018	0,015
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,255	0,255	0,250
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**349,079**	**459,079**	**287,341**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	731,036	806,984	793,398
Auszahlungen aus Transfers	2.304,366	1.952,146	1.865,349
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	2,716	3,503	25,952
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,108	0,108	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**3.038,226**	**2.762,741**	**2.684,699**
Nettogeldfluss	**-2.689,147**	**-2.303,662**	**-2.397,357**

Globalbudget 41.02 Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	Umsetzung der Maßnahmen aus dem Verkehrssicherheitsprogramm 2011 bis 2020 mit dem Schwerpunkt auf bewusstseinsbildende Maßnahmen	Anteil der bewusstseinsbildenden Sicherheitsempfehlungen, die durch Maßnahmen umgesetzt werden: 10 %	Anteil der bewusstseinsbildenden Sicherheitsempfehlungen, die durch Maßnahmen umgesetzt werden Zielzustand 2013: 10 % Erhebung noch nicht abgeschlossen [Quelle: Bundesanstalt für Verkehr (BAV); Tätigkeitsbericht]
WZ 1	Umsetzung der Maßnahmen aus dem Verkehrssicherheitsprogramm 2011 bis 2020 mit dem Schwerpunkt auf bewusstseinsbildende Maßnahmen	Anzahl der durchgeführten Einsätze der technischen Unterwegskontrollen mit mobilen Prüfzügen zur Bewusstseinsbildung: 650 Einsätze	Anzahl der durchgeführten Einsätze der technischen Unterwegskontrollen mit mobilen Prüfzügen zur Bewusstseinsbildung Zielzustand 2013: 650 Einsätze Erhebung noch nicht abgeschlossen [Quelle: Bundesanstalt für Verkehr (BAV); Tätigkeitsbericht]
WZ 1	Umsetzung der Maßnahmen aus dem Verkehrssicherheitsprogramm 2011 bis 2020 mit dem Schwerpunkt auf bewusstseinsbildende Maßnahmen	Evaluierung der Kampagne 2012/2013 und Ableitung von Maßnahmen für künftige Kampagnen	2013: Durchführung einer bewusstseinsbildenden Kampagne zum Thema „Pass auf mich auf“ und Evaluierung dieser Maßnahme
WZ 1	Umsetzung der Maßnahmen aus dem Verkehrssicherheitsprogramm 2011 bis 2020 mit dem Schwerpunkt auf bewusstseinsbildende Maßnahmen	4. Ausschreibung des Verkehrssicherheitsfonds (Thema in Abhängigkeit vom Österreichischen Verkehrssicherheitsprogramm und der Entwicklung der Unfallstatistik); Evaluierung der Wirksamkeit der umgesetzten Projekte	2013: Förderung von Projekten zum Thema „aufmerksam. konzentriert. unterwegs“ (2. Ausschreibung Verkehrssicherheitsfonds) und zum Thema „Vorsicht – Kinder – Rücksicht“ (3. Ausschreibung des Verkehrssicherheitsfonds) und Evaluierung der geförderten Projekte sowie umgesetzter Maßnahmen

WZ 2	Verträge mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) zur Erbringung von Verkehrsdiensten bzw. mit Infrastrukturbetreibern zur Bereitstellung der Infrastruktur bzw. Erbringung von Verkehrsdiensten, insbesondere Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung der Infrastruktur	Mit der ÖBB-PV AG wurde mit Wirksamkeit 1.4.2010 und Laufzeit bis 31.12.2019, mit den Privatbahnen mit Wirksamkeit 1.1.2011 und Laufzeit bis 31.12.2020 Verkehrsdienstevertäge abgeschlossen mit denen ein Grundangebot im Schienenpersonenverkehr (SPV) von rd. 77,1 Mio. Fpl.-km pro Jahr sichergestellt wird. Mit der ÖBB-Infrastruktur AG werden 2014 Zuschussverträge gem. § 42 Bundesbahngesetz abgeschlossen, die die Bereitstellung der Infrastruktur und die Finanzierung der Infrastruktur sicherstellen	2010: Personenkilometer im Schienenpersonenverkehr im Bereich der ÖBB-PV AG 2010: ca. 10,2 Mrd. Personen-km 2013: Personenkilometer im Schienenpersonenverkehr im Bereich der ÖBB-Personenverkehr (PV) AG: ca. 10,5 Mrd. Personen-km [Quelle: ÖBB-PV AG]

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Verstärkte Hinwirkung auf eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters der ÖBB–BeamtInnen (Bund 2013/11, SE 10; Bund 2014/5, SE 1)
ad 1	siehe RH-Bericht 2013/11, S. 486 ff und Behandlung der Berichte im Nationalrat (Rechnungshofausschuss und Plenum) siehe RH-Bericht 2014/5, S. 33 ff und Behandlung der Berichte im Nationalrat (Rechnungshofausschuss und Plenum)

2	Stärkere Wahrnehmung der Interessen des Eigentümers Bund und Darlegung der Entwicklungen und Abweichungen sowie der Problemfelder, Risiken und Handlungsfelder im Rahmen eines systematischen Beteiligungscontrollings (Bund 2013/11, SE 2)
ad 2	siehe RH-Bericht 2013/11, S. 373 ff und Behandlung der Berichte im Nationalrat (Rechnungshofausschuss und Plenum)

3	Festlegung von Leitlinien für die Ausweitung des Leistungsbereichs der ÖBB–Unternehmensgruppe ins Ausland vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Probleme (Verluste, hoher Abschreibungsbedarf) einiger Auslandsgesellschaften der Rail Cargo Austria AG (Speditionsgeschäft) (Bund 2013/11, SE 1)
ad 3	siehe RH-Bericht 2013/11, S. 328 ff und Behandlung der Berichte im Nationalrat (Rechnungshofausschuss und Plenum)

4	Konkretisierung und Operationalisierung der verkehrspolitischen Zielsetzungen des Bundes bezüglich der Personenverkehrsfinanzierung (Bund 2010/9, SE 1)
ad 4	siehe RH-Bericht 2010/9, S. 85 ff und Behandlung der Berichte im Nationalrat (Rechnungshofausschuss und Plenum)

5	Vorläufige Sicherstellung von Flächen durch ein geeignetes Rechtsinstrument mit dem Antrag auf Planungsgebietsverordnung zur Vermeidung kostenintensiver baulicher Veränderungen im beantragten Bundesstraßenplanungsgebiet während des laufenden §14–Verfahrens (Bund 2011/8, SE 15)
ad 5	siehe RH-Bericht 2011/8, S. 435 ff und Behandlung der Berichte im Nationalrat (Rechnungshofausschuss und Plenum)

Globalbudget 41.02 Verkehrs- und Nachrichtenwesen
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 41.02 Verk.-Nach-richt.w.**	DB 41.02.01 Gesamt-verk./Beteil.	DB 41.02.02 Schiene	DB 41.02.03 Telekom-munikation	DB 41.02.04 Straße
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	203,778	0,001	20,001		60,432
Finanzerträge	145,037	145,000			0,037
Erträge	**348,815**	**145,001**	**20,001**		**60,469**
Personalaufwand	4,039				1,942
Transferaufwand	4.081,316	104,091	3.831,060	2,855	6,445
Betrieblicher Sachaufwand	752,632	1,656	674,779	46,791	9,604
Finanzaufwand	0,001				0,001
Aufwendungen	**4.837,988**	**105,747**	**4.505,839**	**49,646**	**17,992**
Nettoergebnis	**-4.489,173**	**39,254**	**-4.485,838**	**-49,646**	**42,477**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 41.02 Verk.-Nach-richt.w.**	DB 41.02.01 Gesamt-verk./Beteil.	DB 41.02.02 Schiene	DB 41.02.03 Telekom-munikation	DB 41.02.04 Straße
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	348,807	145,001	20,001		60,470
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,017				0,006
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,255				0,004
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**349,079**	**145,001**	**20,001**		**60,480**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	731,036	1,656	671,779	36,486	10,928
Auszahlungen aus Transfers	2.304,366	104,091	2.054,110	2,855	6,445
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	2,716	0,008			0,304
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,108				0,023
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**3.038,226**	**105,755**	**2.725,889**	**39,341**	**17,700**
Nettogeldfluss	**-2.689,147**	**39,246**	**-2.705,888**	**-39,341**	**42,780**

DB 41.02.05 Luft	DB 41.02.06 Wasser	DB 41.02.07 FMB/FÜ
0,001	98,137	25,206
0,001	**98,137**	**25,206**
	2,096	0,001
13,138	123,196	0,531
2,166	10,524	7,112
15,304	**135,816**	**7,644**
-15,303	**-37,679**	**17,562**

DB 41.02.05 Luft	DB 41.02.06 Wasser	DB 41.02.07 FMB/FÜ
0,001	98,127	25,207
		0,011
	0,251	
0,001	**98,378**	**25,218**
0,003	5,442	4,742
13,138	123,196	0,531
	0,832	1,572
	0,085	
13,141	**129,555**	**6,845**
-13,140	**-31,177**	**18,373**

Untergliederung 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

- Wir stehen für die umweltgerechte Entwicklung, den Schutz der Lebensräume in Stadt und Land, den effektiven Schutz vor Naturgefahren sowie die Ökologisierung der Flusslandschaften Österreichs.
- Die nachhaltige Produktion sicherer und hochwertiger Lebensmittel und nachwachsender Rohstoffe und Energieträger sowie die Erhaltung einer nachhaltigen Land-, Forst- und Wasserwirtschaft sind unsere Kernanliegen, für die wir uns auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene einsetzen.
- Im partnerschaftlichen Dialog erarbeiten wir innovative Konzepte für vitale ländliche Regionen zur Steigerung von Beschäftigung und Wertschöpfung. Der Schutz der Natur und die nachhaltige Nutzung des ländlichen Raums werden durch aufeinander abgestimmte Maßnahmen und Programme der Landwirtschafts- und Umweltförderung sichergestellt. Eine ausgewogene Berücksichtigung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Interessen ist uns wichtig.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**231,801**	**181,801**	**199,435**
Auszahlungen fix	939,015	939,015	773,898	838,226
Auszahlungen variabel	1.287,257	1.287,257	1.319,600	1.255,271
Summe Auszahlungen	**2.226,272**	**2.226,272**	**2.093,498**	**2.093,497**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-1.994,471**	**-1.911,697**	**-1.894,062**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	231,720	181,554	
Aufwendungen	2.240,833	2.099,370	
Nettoergebnis	**-2.009,113**	**-1.917,816**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Stärkung des Schutzes der Bevölkerung und der Lebensräume vor den Naturgefahren Hochwasser, Lawinen, Muren, Steinschlag und Hangrutschungen

Warum dieses Wirkungsziel?
Der Schutz vor Naturgefahren hat große volkswirtschaftliche Bedeutung, da Naturkatastrophen jährlich Schäden in Höhe von vielen Millionen Euro verursachen und zahlreiche Menschenleben fordern. Maßnahmen zum Schutz vor Naturgefahren erhöhen die Sicherheit der Bevölkerung, reduzieren die wirtschaftlichen Schäden und führen zu einem gesteigerten Sicherheitsgefühl der Betroffenen. Investitionen in Schutzmaßnahmen und die Verbesserung der Schutzwälder sichern die Daseinsgrundfunktionen und bieten präventiven und nachhaltigen Schutz für den österreichischen Wirtschaftsstandort.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Umsetzung der EU-Hochwasserrichtlinie, Erhaltung,Verbesserung und Erneuerung der Wirkung von Schutzmaßnahmen gegen Naturgefahren und der Schutzwälder sowie Einzugsgebietsbewirtschaftung;
- Stärkung der Risikokommunikation über Naturgefahren durch flächendeckende Gefahrenzonenplanungen und deren öffentliche Informationsbereitstellung im Internet sowie institutionalisierte Kooperationen der Akteure im Naturgefahren und Katastrophenmanagement auf nationaler Ebene (Naturgefahrenplattform) unter Berücksichtigung der Genderziele;

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 42.1.1	Deckungsgrad der aktuellen Gefahrenzonenpläne und Abflussuntersuchungen					
Berechnungs-methode	Mittlerer Deckungsgrad der Gefahrenzonenpläne und Abflussuntersuchungen bezogen auf das gesetzlich festgelegte Planungsgebiet (Forstgesetz und Wasserrechtsgesetz)					
Datenquelle	Umweltbundesamt Hochwasser-Fachdatenbank, Wildbach- und Lawinenverbauung (WLV)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2019
	89 %	90%	92 % (Zielwert)	95 %	96 %	100%
	Ab 2020 ist geplant, eine neue Kennzahl einzuführen, die die regelmäßig notwendige Aktualisierung der vorliegenden Planungsgrundlagen abbildet.					

Kennzahl 42.1.2	Schutzfunktion in Wäldern mit Objektschutzwirkung

Berechnungs-methode	Jährliche Abschätzung der Schutzfunktionalität unterlegt mit Erfahrungswerten aus praktischen Projektdurchführungen, wo standörtlich 30 Parameter erhoben werden (www.isdw.at – nähere Informationen); Ampelfarben: rot (geringe Schutzwirkung – kritisch), gelb (verminderte Schutzwirkung – kritisch-labil), grün (ausreichend hohe Schutzwirkung)					
Datenquelle	BMLFUW, IV/4					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	rot = 25 % gelb = 34 % grün = 41 %	rot = 25 % gelb = 34 % grün = 41 %	rot = 25 % gelb = 34 % grün = 41 %	rot = 24 % gelb = 34 % grün = 42 %	rot = 24 % gelb = 34 % grün = 42 %	rot = 24 % gelb = 34 % grün = 42 %

Kennzahl 42.1.3	Summe des geschaffenen Rückhalteraums für Wasser					
Berechnungs-methode	Summe des gesamten bestehenden und jährlich zusätzlich geschaffenen Rückhalteraums für Hochwasser					
Datenquelle	Umweltbundesamt Hochwasser-Fachdatenbank, Wildbach- und Lawinenverbauung (WLV)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfügbar	107,43 Mio. m3	110,5 Mio. m3	108,50 Mio. m3	119 Mio. m3	120 Mio. m3
	Das Jahr 2013 war mit einem vorläufigen Istwert von 118,4 Mio. m3 für diese Wirkungskennzahl nicht repräsentativ, es wurden außerordentlich viele und große Projekte zur Schaffung von Wasserrückhalteraum gefördert. Für die Planung wird weiterhin das langjährige jährliche Mittel von 500.000 m³ neu geschaffenem Retentionsvolumen angesetzt.					

Kennzahl 42.1.4	Summe des geschaffenen Rückhalteraums für Feststoffe (Geschiebe, Holz, Schnee, Fels und Rutschungsmasse)					
Berechnungs-methode	Summe der gesamten bestehenden und jährlich zusätzlich geschaffenen entleerbaren Sedimentationsräume					
Datenquelle	Wildbach- und Lawinenverbauung (WLV) sowie PSC-Controllingzahlen					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	15,0 Mio. m3	15,5 Mio. m3	15,8 Mio m3	16,0 Mio. m3	16,5 Mio. m3	18,0 Mio. m3
	Durch die stark zunehmenden Kosten der Räumung und Deponie von Geschiebe und Holz und der damit verbundenen rechtlichen Probleme (einschließlich unzureichender gesetzlicher Rahmenbedingungen) sind neue Konzepte für die Bewirtschaftung des Feststoffhaushalts in alpinen Wildbach- und Flusseinzugsgebieten erforderlich. Insgesamt soll der Anteil an Geschiebe, welches durch Selbstentleerung der Stauräume sowie Retention in das Fließgewässersystem, sukzessive erhöht werden.					

Wirkungsziel 2:
Nachhaltige Entwicklung eines vitalen ländlichen Raumes mit gleichen Entwicklungschancen für Frauen und Männer
Warum dieses Wirkungsziel?
Der ländliche Raum ist für viele Menschen in Österreich Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsumwelt. Die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums, insbesondere durch die Förderungsmaßnahmen sowohl im Bereich der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, wie auch der harmonischen Entwicklung der Regionen in ausgewogener Berücksichtigung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Anliegen, stellt dieses Lebensumfeld langfristig sicher. Sie gewährleistet gleiche Entwicklungschancen für Frauen und Männer. Dafür sind die Voraussetzungen sowohl fachlich-politischer als auch finanzieller Natur sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene sicherzustellen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Umsetzung des österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013 (Ausfinanzierungszeitraum im Rahmen von n+2) sowie Vorbereitung und Beginn der Umsetzung des neuen Programms 2014-2020;
- Umsetzung und Evaluierung des Bildungs- und Beratungskonzepts im ländlichen Raum Unternehmen Landwirtschaft 2020;
- Berücksichtigung des Themas Gender Mainstreaming/Chancengleichheit von Frauen und Männern aller Bevölkerungsgruppen in allen Lebensphasen in der Konzeption und beim Beginn der Umsetzung des Programms LE2020;
- Rechtliche Betreuung der Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2020;

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 42.2.1	Anteil der Bio- und Naturschutzflächen an der landwirtschaftlichen Fläche

Berechnungs-methode	Bio- und Naturschutzflächen (d.h. wertvolle Flächen und 20jährige Stilllegungsflächen, die nicht Bio sind) / landwirtschaftlich genutzte Flächen in Prozent					
Datenquelle	Agrarstrukturerhebung, Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	20,6 %	21,7 %	21,9 %	19,0 %	22,0 %	26,0 %

Kennzahl 42.2.2	Anteil der Bergbauernbetriebe an den landwirtschaftlichen Betrieben mit flächen- und/oder tierbezogenen Förderanträgen					
Berechnungs-methode	Anzahl der als Bergbauernbetriebe klassifizierten Betriebe / Anzahl von Betrieben mit Anträgen im Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem in Prozent (unter Berücksichtigung der Betriebe der Berghöfekataster-Gruppen 1 bis 4)					
Datenquelle	Agrarstrukturerhebung, Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	43 %	43 %	44 %	45 %	45 %	46 %

Kennzahl 42.2.3	Entwicklung des Erwerbseinkommens landwirtschaftlicher Unternehmen					
Berechnungs-methode	Veränderung der Einkommen aus der Land- und Forstwirtschaft und andere außerlandwirtschaftliche Erwerbseinkommen jeweils bezogen auf den Wert 2010, der aus dem Mittel der Jahre 2009 bis 2011 gebildet wurde; Auswertung Buchhaltung Testnetz für den Grünen Bericht freiwillig buchführender Betriebe					
Datenquelle	LBG Wirtschaftstreuhand					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	37.391 Euro (= 100 %)	118 % (44.121 Euro)	112 % (41.878 Euro)	112 % (41.878 Euro)	115 % (43.000 Euro)	125 % (46.739 Euro)

Kennzahl 42.2.4	Regionales Bruttoinlandsprodukt zu laufenden Marktpreisen in ländlichen Regionen					
Berechnungs-methode	Regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; Veränderung des regionalen Bruttoinlandsproduktes aus überwiegend ländlichen und intermediären Regionen (Abgrenzung ländlicher Raum mit Hilfe des Eurostat „Urbanitätsindex“) jeweils bezogen auf den Wert 2010, der aus dem Durchschnitt der Jahre 2009 – 2011 gebildet wurde. Prognose für die Werte ab 2013 mit Hilfe der WIFO Mittelfristprognose bis 2018.					
Datenquelle	Eurostat					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	171 Mrd. Euro (= 100 %)	106 % (180 Mrd. Euro)	108 % (185 Mrd. Euro)	111 % (190 Mrd. Euro)	115 % (197 Mrd. Euro)	133 % (228 Mrd. Euro)
	Datenquellen: Regionale Gesamtrechnung von Statistik Austria; Abgrenzung der Ländlichen Regionen nach Urbanitätsindex und die WIFO Mittelfristprognosen 2014-2018					

Kennzahl 42.2.5	Chancengleichheit von Frauen und Männern auf regionaler Ebene					
Berechnungs-methode	Zusammenfassung von 11 Einzelindikatoren (wie z.B. Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, Erwerbsquote, Bruttoeinkommen der Vollzeitbeschäftigten, etc.) zur Beurteilung der Verringerung der Chancenungleichheit, wobei ein niedriger Wert auf gleiche Chancen hindeutet					
Datenquelle	WIFO					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	12,7 %	12,6 % (Schätzung auf Basis Istzustand 2010)	12,6 % (Schätzung auf Basis Istzustand 2010)	15 %	12,5 %	12,0 %

Wirkungsziel 3:

Sicherung der flächendeckenden landwirtschaftlichen Produktion, der in- und ausländischen Absatzmärkte, der nachhaltigen Ernährung und der Versorgung mit heimischen Qualitätsprodukten

Warum dieses Wirkungsziel?

Durch eine flächendeckende, bäuerliche Landwirtschaft kann die Ernährung der österreichischen Bevölkerung mit regionalen Produkten gesichert und die Kulturlandschaft bewahrt werden. Dabei wird für die KonsumentInnen auf eine qualitativ hochwertige, umwelt- und klimaschonende Produktion von landwirtschaftlichen Rohstoffen und Lebensmitteln geachtet und für die österreichischen Erzeuger werden Absatzmöglichkeiten sowohl im In- wie auch im Ausland unterstützt.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Umsetzung der EU-GAP-Reform-Beschlüsse im Bereich der Direktzahlungen in Österreich (http://www.lebensministerium.at /land/eu-international/gapreform2020.html);
- Steuerung der Kampagnen Exportinitiative und Genuss Region Österreich (http://www.exportinitiative.at, http://www.genuss-region.at);
- Rechtliche Betreuung der Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2020;

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 42.3.1	Produktionswert der Landwirtschaft					
Berechnungs-methode	Summe der Werte aller in der Landwirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen					
Datenquelle	Landwirtschaftliche Gesamtrechnung, Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	6,295 Mrd. Euro	7,149 Mrd. Euro	7,245 Mrd. Euro	6,4 Mrd. Euro	7,3 Mrd. Euro	7,5 Mrd. Euro

Kennzahl 42.3.2	Entwicklung der Agrarausfuhren					
Berechnungs-methode	Agraraußenhandel nach kombinierter Nomenklatur (KN; dient der Bezeichnung von Waren, die in eine systematische Warenliste, den Zolltarif, eingereiht werden und für die Außenhandelsstatistiken Verwendung finden) in Mrd. Euro					
Datenquelle	Grüner Bericht, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft/ALFIS					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	7,78 Mrd. Euro	8,76 Mrd. Euro	9,13 Mrd. Euro	9,5 Mrd. Euro	9,6 Mrd. Euro	10 Mrd. Euro

Kennzahl 42.3.3	Selbstversorgungsgrad bei Fleisch, Getreide und Milch					
Berechnungs-methode	Mittelwert der Selbstversorgungsgrade bei Fleisch (2011/12: 112 %), Getreide (2011/12: 100 %) und Konsummilch (2011: 162 %)					
Datenquelle	Grüner Bericht, Selbstversorgungsgrad bei tierischen und pflanzlichen Produkten, Statistik Austria / BMLFUW					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	120 %	122 %	124 %	≥ 100 %	≥ 100 %	≥ 100 %
	Schwankungen im Jahresvergleich sind üblich. Alle Werte ≥100 % gewährleisten die (theoretische) Selbstversorgung Österreichs mit den wichtigsten Grundnahrungsmitteln.					

Kennzahl 42.3.4	Anzahl der AMA-Gütesiegelbetriebe					
Berechnungs-methode	Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, die an einem Gütesiegelprogramm teilnehmen (Mehrfachzählungen möglich)					
Datenquelle	Grüner Bericht, BMLFUW / AMA-Marketing					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfügbar	48.599 Betriebe	48.777 Betriebe	49.000 Betriebe	49.000 Betriebe	49.000 Betriebe
	Aufgrund der Abhängigkeit von Fördermitteln und Veränderungen bei den Gütesiegelprogrammen ist die Stabilisierung der Anzahl der AMA-Gütesiegelbetriebe auf hohem Niveau schon als Erfolg zu werten.					

Wirkungsziel 4:
Nachhaltige Sicherung der Wasserressourcen als Lebensgrundlage und Lebensraum für Mensch und Natur
Warum dieses Wirkungsziel?
Gewässer und Grundwasser unterliegen einem großen Nutzungsdruck durch die intensive Siedlungs- und Wirtschaftstätigkeit. Für die Erhaltung der Gewässer als natürliche Lebensräume, als Grundlage einer lebenswerten Umwelt und als langfristig nutzbare Ressource für kommende Generationen sind verstärkt Maßnahmen zu setzen, die auf Basis von vorausschauenden Planungen die Ausgewogenheit zwischen effizienter Nutzung und Schutz der Ressource sicherstellen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Erstellung, Steuerung und Umsetzung der Maßnahmenprogramme gemäß nationalem Gewässerbewirtschaftungsplan (NGP) (http://wisa.lebensministerium.at) sowie Anreizfinanzierung der Maßnahmen zur Erreichung der Erhaltungs- und Sanierungsziele;

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 42.4.1	Konzentrationsänderung ausgewählter chemischer Schadstoffe in Oberflächengewässern					
Berechnungs-methode	Mittlere Konzentration der Schadstoffe Ammonium, Kupfer, Nickel und Zink bezogen auf den Wert 2004 in Prozent					
Datenquelle	H2O-Fachdatenbank http://wisa.lebensministerium.at/h2o / BMLFUW					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	92 %	92 % (Schätzung auf Basis Istzustand 2010)	92 % (Schätzung auf Basis Istzustand 2010)	90 %	90 %	88 %
	Erhebung erfolgt 3-jährlich, daher nächster überprüfbarer Planungswert 2013 und danach wieder 2016 - Zielzustände dazwischen nicht überprüfbar, sondern Schätzwerte.					

Kennzahl 42.4.2	Anteil der Gewässerabschnitte im guten ökologischen Zustand oder mit gutem ökologischen Potential					
Berechnungs-methode	Anteil der Wasserkörper im Berichtsgewässernetz > 10 km2 Einzugsgebiet in sehr gutem und gutem ökologischen Zustand oder gutem ökologischen Potenzial					
Datenquelle	Nationaler Gewässerbewirtschaftungsplan NGP / BMLFUW					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2021
	36 % (Schätzung auf Basis Istzustand 2009)	36 % (Schätzung auf Basis Istzustand 2009)	Indirekter Wert 36 %	36 %	36 %	48 %
	Die Aktualisierung der Kennzahl erfolgt grundsätzlich nur 6-jährlich im nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan. In der Zwischenphase können grundsätzlich nur Schätzwerte, die nicht mit Istzuständen überprüfbar sind, angegeben werden. Nach 3 Jahren kann eine indirekte Überprüfung des Schätzwertes (= „indirekter Wert“), der aus anderer Datenbasis als der Istzustand ermittelt wird, abgeleitet werden (Auswertung des Gewässerzustandes am Überblicksmessnetz - Quelle: Jahresbericht Wassergüte).					

Kennzahl 42.4.3	Einhaltung der Qualitätsziele für Nitrat und Pestizide im Grundwasser					
Berechnungs-methode	Anteil der Messstellen, an denen die Qualitätsziele für Nitrat und Pestizidwirkstoffe erreicht werden					
Datenquelle	H2O-Fachdatenbank http://wisa.lebensministerium.at/h2o / BMLFUW					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2021
	84,3 %	81,51 %	86,16 %	84 %	86 %	90 %
	Aufgrund der Trägheit des Systems, die vor allem durch Grundwasserneubildungsraten in der Größenordnung von Jahrzehnten geprägt ist, ist bei dieser Kennzahl nur mit langsamen und mittelfristigen Veränderungen zu rechnen.					

Kennzahl 42.4.4	Summe der hydromorphologisch sanierten Gewässerabschnitte					
Berechnungs-methode	Summe der Wasserkörper im Berichtsgewässernetz, an denen seit 2009 aus Mitteln des Umweltförderungsgesetzes finanzierte hydromorphologische Sanierungsmaßnahmen gesetzt wurden					
Datenquelle	Umweltförderungsgesetz Förderungsdatenbank / BMLFUW; Kommunalkredit Public Consulting					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	47	97	144	130	290	330

	Derzeit ist die weitere Finanzierung der Förderung Gewässerökologie aus Mitteln gemäß Umweltförderungsgesetz für den Zeitraum ab 2016 nicht gesichert, daher muss aus heutiger Planungssicht für 2016 der Wert von 2015 fortgeschrieben werden.

Wirkungsziel 5:
Nachhaltige Stärkung der Nutz-, Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungswirkungen des Lebensraumes Wald
Warum dieses Wirkungsziel?
Heimischer Wald, der rund die Hälfte der Staatsfläche bedeckt, bildet mit seinen Wirkungen auf den Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen eine wesentliche Grundlage für die ökologische, ökonomische und soziale Entwicklung Österreichs. Durch das zeitgemäße Forstwesen werden seine nachhaltige Bewirtschaftung und sein Schutz als Grundlage zur Sicherung seiner multifunktionalen Wirkungen erreicht.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Erstellung einer österreichischen Waldstrategie 2020 durch 4 Fachmodule Wald.Wirtschaft. Internationales, Wald.Klima.Ökologie, Wald.Wasser.Naturgefahren, Wald.Gesellschaft.Wissen;
- Umsetzung eines rechtlich bindenden Abkommens über die Wälder in Europa (Waldforum der Vereinten Nationen, EU Forststrategie);

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 42.5.1	Mobilisierte Holzmenge unter nachhaltigen Rahmenbedingungen (im Sinne § 1 Forstgesetz)					
Berechnungs-methode	Addition der Summen aus Betriebsbefragungen (ab 200 ha Vollerhebung) ergänzt durch Stichproben (Kleinwald)					
Datenquelle	Holzeinschlagsmeldung, BMLFUW Abt. IV/1					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	17,8 Mio. Festmeter	18,7 Mio. Festmeter	18,0 Mio. Festmeter	19,2 Mio. Festmeter	18,5 Mio. Festmeter	20 – 21 Mio. Festmeter
	Die Zielvorgaben orientieren sich an Mittelwerten der letzten 5 bzw. 10 Jahre, in denen es durch die großen Schadereignisse zu hohen Holznutzungen kam. Langfristig ist jedoch wieder ein Anstieg auf das nachhaltig nutzbare Maß möglich.					

Kennzahl 42.5.2	Von holz- und rindenbrütenden Käfern betroffene (auf Schadbäume reduzierte) Gesamtfläche					
Berechnungs-methode	Addition der Summen aus Sachverständigenexpertisen					
Datenquelle	Dokumentation der Waldschädigungsfaktoren, Bundesforschungs- und Ausbildungszentrum für Wald, Naturgefahren und Landschaft					
Entwicklung	Istzustand 2013	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	10 Tausend Hektar	10 Tausend Hektar	10 Tausend Hektar	< 15 Tausend Hektar	9 Tausend Hektar	9 Tausend Hektar

Kennzahl 42.5.3	Bereitgestellte Waldbiomasse für energetische Nutzung					
Berechnungs-methode	Addition der Summen aus Betriebsbefragungen (ab 200 haVollerhebung) ergänzt durch Stichproben (Kleinwald)					
Datenquelle	Holzeinschlagsmeldung, BMLFUW Abt. IV/1					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	4,5 Mio. Erntefestmeter ohne Rinde	5,07 Mio. Erntefestmeter ohne Rinde	5,2 Mio. Erntefestmeter ohne Rinde	5,5 Mio. Erntefestmeter ohne Rinde	5,6 Mio. Erntefestmeter ohne Rinde	6,0 – 6,5 Mio. Erntefestmeter ohne Rinde

Kennzahl 42.5.4	Speicherung von Kohlenstoffäquivalenten in Holzprodukten aus heimischer Produktion (Schnittholz, Platten, Papier und Karton)					
Berechnungs-methode	Addition der Produktionsdaten für Schnittholz, Platten, Papier und Karton und Umrechnung in gespeicherte Kohlenstoffäquivalente					
Datenquelle	Joint Forest Sector Questionaire (JFSQ), BMLFUW					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020

	5,4 Mio. Tonnen Kohlenstoff	5,36 Mio. Tonnen Kohlenstoff	5,21 Mio. Tonnen Kohlenstoff	6,16 Mio. Tonnen Kohlenstoff	6,25 Mio. Tonnen Kohlenstoff	6,47 Mio. Tonnen Kohlenstoff

Untergliederung 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	208,057	157,490	
Finanzerträge	23,663	24,064	
Erträge	**231,720**	**181,554**	
Personalaufwand	166,449	158,138	
Transferaufwand	1.916,056	1.798,435	
Betrieblicher Sachaufwand	157,885	142,243	
Finanzaufwand	0,443	0,554	
Aufwendungen	**2.240,833**	**2.099,370**	
hievon variabel	*1.287,257*	*1.319,600*	
Nettoergebnis	**-2.009,113**	**-1.917,816**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	231,598	181,485	199,082
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,075	0,085	0,067
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,128	0,231	0,286
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**231,801**	**181,801**	**199,435**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	302,207	286,565	278,201
Auszahlungen aus Transfers	1.916,056	1.798,435	1.807,515
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	7,804	8,248	7,612
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,205	0,250	0,169
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.226,272**	**2.093,498**	**2.093,497**
hievon variabel	*1.287,257*	*1.319,600*	*1.255,271*
Nettogeldfluss	**-1.994,471**	**-1.911,697**	**-1.894,062**

Untergliederung 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 42 Land. Fort. u Wasser**	GB 42.01 Steuerung u.Services	GB 42.02 Landw. u. ldl. Raum	GB 42.03 Forst,Wasser,Naturg.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	208,057	0,374	64,943	142,740
Finanzerträge	23,663	23,612	0,041	0,010
Erträge	**231,720**	**23,986**	**64,984**	**142,750**
Personalaufwand	166,449	67,387	71,514	27,548
Transferaufwand	1.916,056	66,433	1.704,471	145,152
Betrieblicher Sachaufwand	157,885	22,290	62,255	73,340
Finanzaufwand	0,443	0,001	0,441	0,001
Aufwendungen	**2.240,833**	**156,111**	**1.838,681**	**246,041**
hievon variabel	*1.287,257*		*1.287,257*	
Nettoergebnis	**-2.009,113**	**-132,125**	**-1.773,697**	**-103,291**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 42 Land. Fort. u Wasser**	GB 42.01 Steuerung u.Services	GB 42.02 Landw. u. ldl. Raum	GB 42.03 Forst,Wasser,Naturg.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	231,598	23,986	64,921	142,691
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,075	0,003	0,066	0,006
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,128	0,125	0,003	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**231,801**	**24,114**	**64,990**	**142,697**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	302,207	84,206	125,673	92,328
Auszahlungen aus Transfers	1.916,056	66,433	1.704,471	145,152
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	7,804	1,024	6,167	0,613
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,205	0,203	0,002	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.226,272**	**151,866**	**1.836,313**	**238,093**
hievon variabel	*1.287,257*		*1.287,257*	
Nettogeldfluss	**-1.994,471**	**-127,752**	**-1.771,323**	**-95,396**

Globalbudget 42.01 Steuerung und Services

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,374	0,474	
Finanzerträge	23,612	24,021	
Erträge	**23,986**	**24,495**	
Personalaufwand	67,387	64,714	
Transferaufwand	66,433	62,168	
Betrieblicher Sachaufwand	22,290	30,414	
Finanzaufwand	0,001	0,002	
Aufwendungen	**156,111**	**157,298**	
Nettoergebnis	**-132,125**	**-132,803**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	23,986	24,495	0,860
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,008	0,000
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,125	0,230	0,286
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**24,114**	**24,733**	**1,146**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	84,206	93,603	81,851
Auszahlungen aus Transfers	66,433	62,168	65,558
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,024	0,529	0,855
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,203	0,250	0,169
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**151,866**	**156,550**	**148,433**
Nettogeldfluss	**-127,752**	**-131,817**	**-147,288**

Globalbudget 42.01 Steuerung und Services

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
2, 3	Rechtliche Betreuung der Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2020	Nationale Umsetzung der GAP 2020-Basis-Rechtsakte durch Novelle zum Marktordnungsge-setz 2007 bis Ende Mai 2014 (Teil des Budgetbegleitgesetzes)	EU-Basis-Rechtsakte wurden per 20.12.2013 verlautbart
		Nationale Umsetzung der GAP 2020-Basis-Rechtsakte durch Neuerlassung von Verordnungen betreffend Direktzahlungen, Ho-rizontale Vorschriften sowie be-stimmten Marktordnungsmaß-nahmen im 2.-4. Quartal 2014	EU-Basis-Rechtsakte wurden per 20.12.2013 verlautbart
		Schulmilchhöchstpreise-Verordnung ist bis 31.08.2014 zu erlassen	Festlegung der Höchstpreise so-wie zusätzliche nationale Beihilfe für das Schuljahr 2014/2015 (01.08.2014 bis 31.07.2015)

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

- **Maßnahme „Rechtliche Betreuung bzw. Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2013“**: Die Maßnahme wurde planmäßig umgesetzt / ist abgeschlossen. Die Schulmilch-Höchstpreis-Verordnung 2013 wurde mit BGBl. II Nr. 248/2013 kundgemacht. Die Kundmachung der Mutterkuh- und Milchkuhzusatzprämien-Verordnung 2013 steht unmittelbar bevor. Ab 2014 sind allfällige Umsetzungsmaßnahmen unter der Maßnahme „Rechtliche Betreuung der Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2020“ erfasst.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Umgehende Zusammenlegung der beiden Bundesanstalten für Agrarwirtschaft und für Bergbauernfragen (Bund 2013/4, SE 1)
ad 1	Das BMLFUW strebt die Zusammenlegung der beiden Bundesanstalten auf politischer Ebene an.

2	Nutzung des vorliegenden Konzepts zur IT–Optimierung des BMLFUW sowie Fortsetzung der bereits begonnenen operativen Umsetzung (Bund 2013/4, SE 3)
ad 2	Die technischen Rahmenbedingungen haben sich aufgrund der Weiterentwicklung im IT-Bereich geändert, weshalb das Konzept 2010 im Hinblick auf die Vereinheitlichung der Software und Applikationsentwicklung sowie dem Thema des zukünftigen Sourcing zu überarbeiten ist.

3	Einrichtung eines zentralen IT–Leistungs– und Ausgabencontrollings für das gesamte Ressort in der IT–Abteilung (Bund 2013/4, SE 13)
ad 3	Im Rahmen der Reorganisation wird ein zentrales IT-Leistungs- und Ausgabencontrolling für das gesamte Ressort eingerichtet.

4	Angemessene, systematische Evaluierungen der kostenmäßig relevanten Bereiche der Öffentlichkeitsarbeit; Einbeziehung der Ergebnisse in die zukünftige Planung von Maßnahmen und Kampagnen (Bund 2013/4, SE 37)
ad 4	Die Schwerpunktkampagnen werden einer Evaluierung unterzogen – abgefragte Parameter sind u.a. die Wahrnehmung der Maßnahmen sowie die Effekte der bewusstseinsbildenden Aktivitäten. Auch die Zugriffe auf die Homepage werden statistisch ausgewertet. Die Ergebnisse fließen in die Folgeplanung ein.

5	Einholung von Vergleichsangeboten in regelmäßigen Abständen auch unterhalb der Direktvergabegrenze bei Aufträgen mit einem größeren Auftragsvolumen bzw. bei laufenden kleineren Beauftragungen; Dokumentation der Ergebnisse und Sicherstellung einer wirtschaftlichen Leistungserbringung (Bund 2013/4, SE 23)

ad 5	Vergleichsangebote betreffend Erbringung von Leistungen werden im Regelfall eingeholt; die Ergebnisse dieses Prozesses werden aktenmäßig festgehalten.

Globalbudget 42.01 Steuerung und Services
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 42.01 Steuerung u.Services**	DB 42.01.01 Zentralstelle	DB 42.01.02 Beteiligungen
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,374	0,373	0,001
Finanzerträge	23,612	0,230	23,382
Erträge	**23,986**	**0,603**	**23,383**
Personalaufwand	67,387	67,387	
Transferaufwand	66,433	1,129	65,304
Betrieblicher Sachaufwand	22,290	22,290	
Finanzaufwand	0,001	0,001	
Aufwendungen	**156,111**	**90,807**	**65,304**
Nettoergebnis	**-132,125**	**-90,204**	**-41,921**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 42.01 Steuerung u.Services**	DB 42.01.01 Zentralstelle	DB 42.01.02 Beteiligungen
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	23,986	0,603	23,383
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,003	0,002	0,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,125	0,125	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**24,114**	**0,730**	**23,384**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	84,206	84,206	
Auszahlungen aus Transfers	66,433	1,129	65,304
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1,024	1,014	0,010
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,203	0,203	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**151,866**	**86,552**	**65,314**
Nettogeldfluss	**-127,752**	**-85,822**	**-41,930**

Globalbudget 42.02 Landwirtschaft und ländlicher Raum

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	64,943	14,408	
Finanzerträge	0,041	0,033	
Erträge	**64,984**	**14,441**	
Personalaufwand	71,514	68,238	
Transferaufwand	1.704,471	1.628,952	
Betrieblicher Sachaufwand	62,255	60,179	
Finanzaufwand	0,441	0,551	
Aufwendungen	**1.838,681**	**1.757,920**	
hievon variabel	*1.287,257*	*1.319,600*	
Nettoergebnis	**-1.773,697**	**-1.743,479**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	64,921	14,413	18,109
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,066	0,071	0,064
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,003	0,001	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**64,990**	**14,485**	**18,173**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	125,673	121,433	120,015
Auszahlungen aus Transfers	1.704,471	1.628,952	1.616,636
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	6,167	7,173	6,169
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,002		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.836,313**	**1.757,558**	**1.742,820**
hievon variabel	*1.287,257*	*1.319,600*	*1.255,271*
Nettogeldfluss	**-1.771,323**	**-1.743,073**	**-1.724,647**

Globalbudget 42.02 Landwirtschaft und ländlicher Raum

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
2	Umsetzung des österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013 (Ausfinanzierungszeitraum im Rahmen von n+2) sowie Vorbereitung und Beginn der Umsetzung des neuen Programms 2014-2020	Die für die vollständige Umsetzung des Programms LE 07 – 13 erforderlichen Anpassungen des Finanzplans sind bis 31.12.2014 eingebracht und bewilligt.	Die Umsetzung des Programms LE 07 – 13 ist im Gange, die regelmäßige Berichterstattung (Monitoring und Evaluierung) zeigt eine im europäischen Vergleich weit überdurchschnittliche Durchführung.
		Vorbereitung des Abschlusses im Auslaufzeitraum 31.12.2015	Das Programms LE 07 – 13 wird umgesetzt, die regelmäßige Berichterstattung (Monitoring und Evaluierung) zeigt eine im europäischen Vergleich weit überdurchschnittliche Durchführung.
		Der Erstellungsprozess für das Programm LE2020 sowie die nationale Partnerschaftsvereinbarung ist bis 22.04.2014 abgeschlossen und der Europäischen Kommission vorgelegt. Das Projekt LE2020 wurde bis Ende 2014 formell abgeschlossen.	Die Prozesse zur Erstellung des Programms LE2020 sowie der Partnerschaftsvereinbarung laufen. Die Projektstruktur LE2020 bleibt bist zum Projektabschluss (Programmgenehmigung) bestehen.
		Das Programm LE2020 ist bis April 2014 bei der Europäischen Kommission zur Genehmigung eingebracht. Die Durchführungsrechtsakte werden im ersten Halbjahr 2014 angenommen und veröffentlicht. Die Strukturen für die Umsetzung des Programms sind bis Ende 2014 eingerichtet.	Die Basisrechtsakte wurden im Dezember 2013 angenommen und veröffentlicht. Die Entwürfe der Durchführungsrechtsakte liegen vor.
2	Umsetzung und Evaluierung des Bildungs- und Beratungskonzepts im ländlichen Raum Unternehmen Landwirtschaft 2020	Das Bildungs- und Beratungskonzept wird bis 30.07.2014 evaluiert.	Das Bildungs- und Beratungskonzept Unternehmen Landwirtschaft 2020 ist derzeit in Umsetzung.
		Die Lehrpläne für die höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen werden bis Ende 2014 überarbeitet.	Die Lehrpläne sind derzeit gemeinsam mit BMUKK und den höheren land- und forstwirtschaftlichen Schulen in Ausarbeitung.
		Die Steuerung und Qualitätssicherung des Konzepts wird durch die Dokumentation der Planzahlen für die Beratung (Themen, Stunden, Beratungskontakte) in den Landwirtschaftskammern (LK) inkl. Schlussfolgerungen für die nächste Saison bis 31.07.2014 umgesetzt.	Förderungsverträge mit der LK Österreich und den 9 Landes-LK liegen 2013 vor, diese umfassen einen Steuerungsprozess für die Beratung, der die Schritte Planung, Leistungserbringung/ Leistungsaufzeichnung und Berichtswesen umfasst.

2	Berücksichtigung des Themas Gender Mainstreaming /Chancengleichheit von Frauen und Männern aller Bevölkerungsgruppen in allen Lebensphasen in der Konzeption und beim Beginn der Umsetzung des Programms LE2020	Bis Ende 2014 hat ein Workshop für AkteurInnen des Programms LE2020 mit inhaltlichem Fokus auf die Chancengleichheitsarbeit der Regionen für die LE-Periode 2014+ stattgefunden.	Der Erarbeitungsprozess des Programms LE2020 hat 2013 begonnen. Das Thema Chancengleichheit fließt mit dem Ziel in den Prozess ein, Rahmenbedingungen für gleiche Entwicklungschancen für Frauen und Männer aller Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten.
		Die ex-ante Evaluierung des vorliegenden Programms LE2020 bestätigt 2014, dass im Erstellungsprozess des Programms soweit möglich auf eine durchgängige Berücksichtigung der Chancengleichheit geachtet wurde.	Im Rahmen der ex-ante Evaluierung des Programms LE2020 im Jahr 2014 liegt ein Schwerpunkt auf der Integration des Themas Gender Mainstreaming / Chancengleichheit im ländlichen Raum, der sich als Querschnittsbereich durch das Programm LE2020 zieht.
3	Umsetzung der EU-GAP-Reform-Beschlüsse im Bereich der Direktzahlungen in Österreich (http://www.lebensministerium.at/land/eu-international/gapreform2020.html)	Vorbereitungen der Einführung des einheitliches Regionalmodells (Flächenzahlung) bis Ende 2014 abgeschlossen	Eckpunkte des Regionalmodells für Österreich im Regierungsprogramm festgelegt und GAP-Steuerungsgruppe eingesetzt
		Vorbereitungen für die Einführung einer attraktiven Klein- und Junglandwirte-Regelung bis Ende 2014 abgeschlossen	GAP-Reform wurde Ende Juni 2013 auf EU-Ebene beschlossen
3	Steuerung der Kampagnen Exportinitiative und Genuss Region Österreich (http://www.exportinitiative.at, http://www.genuss-region.at)	Fortsetzung der Kampagne „Genuss Region Österreich“ mit Schwerpunkt GRÖ-Veranstaltung in Berlin bis Ende 2015	GRÖ-Kampagne wurde 2013 erfolgreich umgesetzt
		Exportinitiative-Stationen bzw. Aktivitäten bis Ende 2014 durchgeführt	Exportinitiative-Stationen bzw. Aktivitäten 2013 erfolgreich durchgeführt

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

- **Maßnahme „Koordinierung, Einbringung und Verteidigung der österreichischen Position bei den Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2020 auf nationaler und EU-Ebene (http://www.lebensministerium.at/land/eu-international/gap/gap-2020.html)“:** Die GAP-Reform wurde auf EU-Ebene Ende Juni 2013 beschlossen. Die genannte Maßnahme wurde zur Fortführung und Umsetzung der Beschlüsse in Österreich konkretisiert und lautet „Umsetzung der EU-GAP-Reform-Beschlüsse im Bereich der Direktzahlungen in Österreich (http://www.lebensministerium.at/land/eu-international/gapreform2020.html).

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Freiwillige nationale Kofinanzierungsmittel nur auf Basis einer geeigneten Rechtsgrundlage, so dass bilaterale Verhandlungsergebnisse mit der Europäischen Kommission kein Präjudiz für die Budgethoheit darstellen (Bund 2012/7, SE 5)
ad 1	Die Interpretation des Landwirtschaftsgesetzes 1992 (LWG) dahingehend, dass für nationale Kofinanzierungsmittel, die über das Mindesterfordernis hinausgehen, keine Rechtsgrundlage gegeben ist, wird zurückgewiesen. Das LWG nimmt weder in §1 Abs 7 noch an anderer Stelle Bezug auf in den EU-Rechtsgrundlagen festgelegte maximale EU-Beteiligungssätze. Vielmehr wird normiert, dass die von der EU zur Verfügung gestellten Mittel jedenfalls auszunutzen sind.

2	Einbeziehung des land– und forstwirtschaftlichen Schulwesens in eine umfassende Reform des österreichischen Schulwesens (Bund 2011/9, SE 1)
ad 2	Die Agrarbildung bietet Lösungsmöglichkeiten, die in der Wirtschaft dringend benötigt werden (Verbindung widersprüchlicher Interessen wie Produktion und Schutz natürlicher Ressourcen). Sie wird zu einem zukunftsweisenden Edukationssystem. Reformmaßnahmen, wie beispielsweise die Erstellung von Bildungsstandards (BIST), Zentralma-

	tura und Oberstufe neu, werden umgesetzt.

3	Weiterentwicklung der ÖPUL–Prämien in Richtung einer besseren Anpassung der Prämien an die tatsächlichen, regional unterschiedlichen Kosten und Erträge der Betriebe, einer Verringerung von Mitnahmeeffekten und einer Steigerung der Kosteneffektivität (Bund 2013/5, SE 8)
ad 3	Im Rahmen der Konzeption zum ÖPUL 2015-20 werden alle Prämien auf Basis aktuellster Daten und Prognosen neu berechnet. Bereits in der Maßnahmenkonzeption wird auf eine Vermeidung von Mitnahmeeffekten geachtet. Die Kalkulation wird dabei unter Berücksichtigung der Empfehlungen des ÖRH gestaltet und durch die Universität für Bodenkultur extern auf Richtigkeit und Angemessenheit der Kalkulation geprüft.

4	Höhere Aufmerksamkeit der verantwortlichen Stellen auf Bundes– und Landesebene in Hinblick auf Unvereinbarkeiten und Interessenkonflikte bei LEADER–Förderungen (Bund 2012/7, SE 25)
ad 4	Bereits im Frühjahr 2010 wurden seitens der Verwaltungsbehörde Vorgangsweisen zur Vermeidung von Interessenkonflikten und Unvereinbarkeiten von LAG-Vorständen und LAG-Managern festgelegt. Diese Initiative wurde vom RH bereits im Bericht Bund 2012/7 anerkannt (TZ 133).

5	Aufnahme umsetzungsorientierter Maßnahmen in die künftige Strategie– und Programmerstellung im Hinblick auf die Gleichstellung von Frauen und Männern im ländlichen Raum (Bund 2012/7, SE 28)
ad 5	Die strategische Ausrichtung des genehmigten Programms LE2020 umfasst den Chancengleichheitsansatz und ist Basis für die Umsetzung spezifischer Projekte, insbes. auch im Bereich der sozialen Dienstleistungen. Bei der Auswahl der lokalen Aktionsgruppen wird darauf geachtet, dass in den lokalen Entwicklungsstrategien Chancengleichheitskriterien, wie z.B. der Einhaltung eines Frauenanteils von einem Drittel in Projektauswahlgremien berücksichtigten werden.

Globalbudget 42.02 Landwirtschaft und ländlicher Raum
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 42.02 Landw. u. ldl. Raum**	DB 42.02.01 Ländl. Entwicklung	DB 42.02.02 Marktord., Fischerei	DB 42.02.03 Forsch./ Sonst.Maßn.	DB 42.02.04 Dienstst./ Landw.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	64,943		50,465	0,020	12,034
Finanzerträge	0,041		0,039	0,002	
Erträge	**64,984**		**50,504**	**0,022**	**12,034**
Personalaufwand	71,514				60,585
Transferaufwand	1.704,471	850,500	793,736	60,196	0,035
Betrieblicher Sachaufwand	62,255		1,821	17,553	35,981
Finanzaufwand	0,441				0,100
Aufwendungen	**1.838,681**	**850,500**	**795,557**	**77,749**	**96,701**
hievon variabel	*1.287,257*	*562,500*	*724,757*		
Nettoergebnis	**-1.773,697**	**-850,500**	**-745,053**	**-77,727**	**-84,667**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 42.02 Landw. u. ldl. Raum**	DB 42.02.01 Ländl. Entwicklung	DB 42.02.02 Marktord., Fischerei	DB 42.02.03 Forsch./ Sonst.Maßn.	DB 42.02.04 Dienstst./ Landw.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	64,921		50,504	0,022	12,004
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,066				0,060
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,003			0,001	0,002
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**64,990**		**50,504**	**0,023**	**12,066**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	125,673		1,801	17,553	89,652
Auszahlungen aus Transfers	1.704,471	850,500	793,736	60,196	0,035
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	6,167				4,677
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,002				0,002
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.836,313**	**850,500**	**795,537**	**77,749**	**94,366**
hievon variabel	*1.287,257*	*562,500*	*724,757*		
Nettogeldfluss	**-1.771,323**	**-850,500**	**-745,033**	**-77,726**	**-82,300**

DB 42.02.05 Dienststellen/Wein
2,424
2,424
10,929
0,004
6,900
0,341
18,174
-15,750

DB 42.02.05 Dienststellen/Wein
2,391
0,006
2,397
16,667
0,004
1,490
18,161
-15,764

Globalbudget 42.03 Forst-, Wasserressourcen und Naturgefahrenmanagement

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	142,740	142,608	
Finanzerträge	0,010	0,010	
Erträge	**142,750**	**142,618**	
Personalaufwand	27,548	25,186	
Transferaufwand	145,152	107,315	
Betrieblicher Sachaufwand	73,340	51,650	
Finanzaufwand	0,001	0,001	
Aufwendungen	**246,041**	**184,152**	
Nettoergebnis	**-103,291**	**-41,534**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	142,691	142,577	180,113
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,006	0,006	0,004
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**142,697**	**142,583**	**180,116**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	92,328	71,529	76,334
Auszahlungen aus Transfers	145,152	107,315	125,321
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,613	0,546	0,588
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**238,093**	**179,390**	**202,243**
Nettogeldfluss	**-95,396**	**-36,807**	**-22,127**

Globalbudget 42.03 Forst-, Wasserressourcen und Naturgefahrenmanagement

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
1	Umsetzung der EU-Hochwasserrichtlinie, Erhaltung, Verbesserung und Erneuerung der Wirkung von Schutzmaßnahmen gegen Naturgefahren und der Schutzwälder sowie Einzugsgebietsbewirtschaftung	Erlassung der Gefahrenzonenpla-nungs- VO bis 30.6.2014	Gefahren- und Risikokarten lie-gen per 31.12.2013 vor
		Übermittlung der Gefahren- und Risikokarten per 22.3.2014 an die Europäische Kommission	Gefahren- und Risikokarten lie-gen per 31.12.2013 vor
		Start der Öffentlichkeits-beteiligung für die Hochwasserri-sikomanagementpläne ab 22.12.2014	Gefahren- und Risikokarten lie-gen per 31.12.2013 vor
		Anteil der Schutzwälder mit aus-reichend hoher Schutzwirkung: 42 %	Anteil der Schutzwälder mit aus-reichend hoher Schutzwirkung 2013: 42 %
1	Stärkung der Risikokommunikation über Naturgefahren durch flächendeckende Gefahrenzonenplanungen und deren öffentliche Informationsbereitstellung im Internet sowie institutionalisierte Kooperation der Akteure im Naturgefahren- und Katastrophenmanagement auf nationaler Ebene (Naturgefahrenplattform) unter Berücksichtigung der Genderziele	Deckungsgrad der aktuellen Ge-fahrenzonenpläne/ Abflussunter-suchungen: Bis Ende 2014 liegt der Deckungsgrad bei 96 %	Deckungsgrad Gefahrenzonen-planungen 2013: 95 %
		Detaillierter Umsetzungsplan für Aktionsprogramm „Naturgefah-rensicheres Österreich“ bis 30.6.2014 erstellt und genehmigt sowie Start der Umsetzung	Aktionsprogramms „Naturgefah-rensicheres Österreich“ 2013 im Ministerrat beschlossen
4	Erstellung, Steuerung und Umset-zung der Maßnahmenprogramme gemäß Nationalem Gewässerbe-wirtschaftungsplan (NGP) (http://wisa.lebensministerium.at) sowie Anreizfinanzierung der Maßnahmen zur Erreichung der Erhaltungs- und Sanierungsziele	Die Öffentlichkeitsbeteiligung zur Istbestandsanalyse läuft bis 30.9.2014	Der Entwurf der Istbestandsana-lyse liegt per Ende 2013 vor
		Bis 22.12.2014 wird der Entwurf des Nationalen Gewässerbewirt-schaftungsplans an die Öffent-lichkeit übermittelt	Der Entwurf der Istbestandsana-lyse liegt per Ende 2013 vor
5	Erstellung einer Österreichischen Waldstrategie 2020 durch 4 Fachmodule Wald.Wirtschaft.Internationales, Wald.Klima.Ökologie, Wald.Wasser.Naturgefahren, Wald.Gesellschaft.Wissen	Erstellung LE 2020 Sonderricht-linie „Wald & Wasser“ 31.12.2014	Gesamtprogramm LE 2020 liegt bis 30.6.2014 vor.
		Erarbeitung eines Konzepts für die Erstellung einer Österreichi-schen Waldstrategie 2020 und Präsentation in den Waldforen des Österreichischen Walddialogs (ÖWAD) bis 30.6.2014	Erstes Ideenkonzept zur Österrei-chischen Waldstrategie 2020 liegt bis 31.3.2014 vor und wird der Koordinationsgruppe des ÖWAD präsentiert
5	Umsetzung eines rechtlich bin-denden Abkommens über die Wälder in Europa (Waldforum der Vereinten Nationen, EU Forststrategie)	Bis Ende 2014 ist der Text für ein rechtlich bindendes Abkommen (Konvention) ausverhandelt.	Entscheidung zur Weiterführung des Verhandlungsmandates bis 30.6.2014 liegt vor. In Folge Start des Konsultations-prozesses der Vertragsstaaten. Erstellung einer Road Map über die Vorbereitungen einer außer-ordentlichen FOREST EUROPE Ministerkonferenz bis 31.12.2014.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

- **Maßnahme „Steuerung und Umsetzung der Maßnahmenprogramme gemäß nationalem Gewässerbewirtschaftungsplan (NGP) (http://wisa.lebensministerium.at) sowie Anreizfinanzierung der Maßnahmen zur Erreichung der Erhaltungs- und Sanierungsziele“:** Die Maßnahme wurde für 2014 sprachlich konkretisiert und entspricht inhaltlich der Maßnahme aus 2013.
- **Maßnahme „Entwicklung und Umsetzung des Programms Ländliche Entwicklung 2014-2020 im Rahmen des Österreichischen Walddialoges (ÖWAD) durch fünf Arbeitsgruppen zu den Themen: Wald.Ökologie, Wald.Wirtschaft, Wald.Wasser.Naturgefahren, Wald.Gesellschaft.Bildung (Wissen), Wasser. Wasserrahmenrichtlinie“:** Die Verordnung Ländliche Entwicklung läuft von 2014-2020. Im Rahmen der genannten Maßnahme wurden alle Arbeiten zur Erstellung des Programms abgebildet. Die Umsetzung des Programmes läuft bis 2020. Zusätzlich wird der Walddialog-Prozess mit seinen Arbeitsgruppen genutzt, um eine Waldstrategie 2020 zur erarbeiten. Daher wurde die Maßnahme ergänzt und lautet „Erstellung einer Österreichischen Waldstrategie 2020 durch 4 Fachmodule Wald.Wirtschaft.Internationales, Wald.Klima.Ökologie, Wald.Wasser.Naturgefahren, Wald.Gesellschaft.Wissen“.
- **Maßnahme „Verhandlung eines rechtlich bindenden Abkommens über die Wälder in Europa und follow-up zum Internationalen Jahr des Waldes mit Schwerpunkten erneuerbare Energie und Schutz vor Naturgefahren“:** Die Maßnahme wurde planmäßig umgesetzt und ist abgeschlossen. Zum Thema Schutz vor Naturgefahren wurde das Projekt „Naturgefahrensicheres Österreich“ definiert, das sich in Folge in der Maßnahme „Stärkung der Risikokommunikation über Naturgefahren durch flächendeckende Gefahrenzonenplanungen“ wiederfindet. Im Bereich „Erneuerbare Energie“ wurde ein Projekt „Informationsoffensive – Gute Wärme wächst nach“ gestartet. Der erste Teil der Maßnahme wird in der Maßnahme „Umsetzung eines rechtlich bindenden Abkommens über die Wälder in Europa (Waldforum der Vereinten Nationen, EU Forststrategie)“ fortgeführt.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Sicherstellung einer einheitlichen und strategisch ausgerichteten Vorgangsweise aller Gebietskörperschaften durch eine entsprechende Koordinierung bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (Bund 2012/2, SE 1)
ad 1	Siehe Stellungnahme des BMLFUW im RH-Bericht Bund 2012/2 TZ 5.3 Absatz 1

2	Erarbeitung möglichst genauer Kostenschätzungen für alle Planungsperioden auf der Grundlage der ständig verbesserten Kenntnisse über notwendige Sanierungsmaßnahmen bei den Fließgewässern (Bund 2012/2, SE 3)
ad 2	Siehe Stellungnahme des BMLFUW im RH-Bericht Bund 2012/2 TZ 22.3 Absatz 1

3	Aufhebung der Sonderstellung einiger Gewässer und damit zusammenhängend Vereinheitlichung der nach dem Wasserbautenförderungsgesetz vorgesehenen unterschiedlichen Finanzierungsschlüssel (Bund 2011/3, SE 5)
ad 3	Siehe Stellungnahme BMLFUW im RH-Bericht Bund 2011/3 TZ 5.3

Globalbudget 42.03 Forst-, Wasserressourcen und Naturgefahrenmanagement
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 42.03 Forst,Wasser,Naturg.**	DB 42.03.01 Forst	DB 42.03.02 Wasser
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	142,740	71,781	70,959
Finanzerträge	0,010		0,010
Erträge	**142,750**	**71,781**	**70,969**
Personalaufwand	27,548	23,811	3,737
Transferaufwand	145,152	81,816	63,336
Betrieblicher Sachaufwand	73,340	21,221	52,119
Finanzaufwand	0,001		0,001
Aufwendungen	**246,041**	**126,848**	**119,193**
Nettoergebnis	**-103,291**	**-55,067**	**-48,224**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 42.03 Forst,Wasser,Naturg.**	DB 42.03.01 Forst	DB 42.03.02 Wasser
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	142,691	71,764	70,927
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,006	0,003	0,003
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**142,697**	**71,767**	**70,930**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	92,328	41,529	50,799
Auszahlungen aus Transfers	145,152	81,816	63,336
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,613	0,500	0,113
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**238,093**	**123,845**	**114,248**
Nettogeldfluss	**-95,396**	**-52,078**	**-43,318**

Untergliederung 43 Umwelt

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

- Unser Engagement gilt der Erhaltung und Verbesserung der Umweltqualität, der Erhaltung der Vielfalt des Lebens und der Kulturlandschaften, der nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen, der Abfallvermeidung und -verwertung sowie den Maßnahmen gegen den Klimawandel.
- Durch das Forcieren moderner Technologien, umweltschonender Mobilität und den gezielten Einsatz der Umweltförderung verbessern wir unsere Lebensgrundlagen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass auch künftige Generationen auf ausreichende Wasserressourcen in hervorragender Qualität zugreifen können und Versorgungssicherheit in allen Regionen gewährleistet ist.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**469,064**	**499,398**	**355,639**
Auszahlungen fix	520,979	639,019	658,251	727,100
Summe Auszahlungen	**520,979**	**639,019**	**658,251**	**727,100**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-169,955**	**-158,853**	**-371,462**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	469,064	499,398	
Aufwendungen	638,943	660,071	
Nettoergebnis	**-169,879**	**-160,673**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Stärkung der Umwelttechnologien, green jobs (Arbeitsplätze im Sektor Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz) und der ökologischen (öffentlichen) Beschaffung zur Steigerung der Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum

Warum dieses Wirkungsziel?
Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum und die Ökologisierung der öffentlichen Beschaffung verbessern den Umwelt- und Klimaschutz und damit die Lebensqualität aller. Innovative Umwelttechnologien sind dafür eine Voraussetzung und durch gesteigerte Nachfrage nach umweltgerechten Technologien, Produkten und Dienstleistungen werden gleichzeitig neue zukunftsträchtige Arbeitsplätze und Leitmärkte geschaffen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Umsetzung des Masterplans green jobs / Umwelttechnologie durch Förderungsprogramme, die Entwicklung neuer grüner Berufsbilder und Setzung von Standards und Evaluierung und Weiterentwicklung des nationalen Aktionsplans für nachhaltige öffentliche Beschaffung;

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 43.1.1	Umsatz österreichischer Umwelt- und Energietechnologieunternehmen					
Berechnungsmethode	Hochschätzung des im Kalenderjahr erzielten Gesamtumsatzes der österreichischen Wirtschaft im Bereich Umwelttechnologie-Sachgüter					
Datenquelle	WIFO					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfügbar	6,8 Mrd. Euro	7,0 Mrd. Euro	7,5 Mrd. Euro	7,6 Mrd. Euro	7,8 Mrd. Euro

Kennzahl 43.1.2	Anzahl der Umweltbeschäftigten					
Berechnungsmethode	Gesamtzahl der gemäß der statistischen Erhebung zu Environmental Goods and Services beschäftigten Personen in Österreich					
Datenquelle	Umweltstatistik, Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	170 Tausend Vollzeitäquivalente (VZÄ)	172 Tausend VZÄ	174 Tausend VZÄ	175 Tausend VZÄ	176 Tausend VZÄ	185 Tausend VZÄ

Kennzahl 43.1.3	Export von Umwelttechnologien					
Berechnungs-methode	Hochschätzung des im Kalenderjahr erzielten Exportvolumens der österreichischen Wirtschaft im Bereich Umwelttechnologie-Sachgüter					
Datenquelle	WIFO					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfügbar	4,2 Mrd. Euro	4,4 Mrd. Euro	4,7 Mrd. Euro	4,8 Mrd. Euro	5,0 Mrd. Euro

Kennzahl 43.1.4	Anteil der Vergabeverfahren öffentlicher Auftraggeber, in denen Umweltaspekte berücksichtigt wurden					
Berechnungs-methode	Verhältnis der Zahl der dem BMLFUW gemeldeten Vergabeverfahren des Bundes mit Berücksichtigung von Umweltaspekten (derjenige Bestandteil der Tätigkeiten, Produkte oder Dienstleistungen einer Organisation, der Auswirkungen auf die Umwelt hat oder haben kann – Verordnung (EG) Nr. 761/2001) zur Zahl der gesamten gemeldeten Vergabeverfahren					
Datenquelle	BMLFUW					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2024
	nicht verfügbar	63 %	63 %	67 %	67 %	75 %

Kennzahl 43.1.5	Beschäftigungseffekt von Fördermaßnahmen im Bereich Umwelt (Umweltförderung im Inland, Wasserwirtschaft)					
Berechnungs-methode	Input-Output-Modell WIFO					
Datenquelle	Kommunalkredit Public Consulting					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfügbar	20.600 Vollzeitäquivalente (VZÄ)	25.850 VZÄ	25.703 VZÄ	21.315 VZÄ	18.000 VZÄ
	2013: Zusagerahmen für Siedlungswasserwirtschaft angehoben (bei niedrigerem Beschäftigungsmultiplikator) sowie Anhebung des Zusagerahmens für die Sanierungsoffensive um 32 %. Ab 2014 Rückgang wegen niedrigerem UFI-Zusagerahmen und Sanierungsoffensive-Zusagerahmen.					

Wirkungsziel 2:
Reduktion der Treibhausgasemissionen und Steigerung des Einsatzes von erneuerbaren Energien mit dem Ziel, langfristig ein hocheffizientes, auf erneuerbaren Energieträgern basierendes Energiesystem zu realisieren („Energiewende“)
Warum dieses Wirkungsziel?
Der Klimawandel bedroht die Menschheit und Umwelt, daher muss auch in Österreich ein Beitrag zum Welt-Klimaschutz, zur Erreichung der EU-Ziele zur Reduktion der Treibhausgase um 20%, der Erhöhung der Energieeffizienz um 20% und der Steigerung des Einsatzes erneuerbarer Energien um 20% zur Verminderung des Klimawandels geleistet werden. Darüber hinaus wurde die Diskussion über Ziele für 2030 bereits gestartet und wird hoffentlich noch 2014 zu ambitionierten Zielen 2030 führen. Die Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und die Ressourcenschonung sollen einen Beitrag zur Erreichung des Ziels der „Energiewende“ liefern und die Lebens- und Wirtschaftschancen durch zukunftsträchtige Umwelttechnologie und green jobs (Arbeitsplätze im Sektor Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz) stärken.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Umsetzung des Maßnahmenprogramms 2013/2014 nach Klimaschutzgesetz und der Energiestrategie durch Instrumente des Ressorts, insbesondere mittels legistischer Maßnahmen, Förderungen, Impulsprogrammen und Anreizsystemen wie Umweltförderung im Inland, Klima- und Energiefonds, klima:aktiv und klima:aktiv:mobil-Förderprogramm;

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 43.2.1	Reduktion der Treibhausgase (THG) gemäß THG-Emissionsinventur für den Nicht-Emissionshandelsbereich

Berechnungs-methode	THG-Emissionen ohne LULUCF (Land Use, Land Use Change and Forestry – Landnutzung, Landnutzungsänderung und Waldwirtschaft) abzüglich Emissionen der Emissionshandels-Sektoren (die ab 2013 geltende Aufteilung EH / Nicht-EH) wird auch für die Auswertung der Jahre vor 2013 herangezogen)					
Datenquelle	THG-Emissionsinventur der Umweltbundesamt-GmbH, jährlicher Klimaschutzbericht					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	51,83 Mio. Tonnen CO2-Äquivalente	50,4 Mio. Tonnen CO2-Äquivalente	49,9 Mio. Tonnen CO2-Äquivalente	51,55 Mio. Tonnen CO2-Äquivalente	51,0 Mio. Tonnen CO2-Äquivalente	47,9 Mio. Tonnen CO2-Äquivalente
	Im Zielzeitraum 2013-2020 ist ein linearer Zielpfad einzuhalten, welcher EU-rechtlich vorgegeben ist.					

Kennzahl 43.2.2	Anzahl umgesetzter betrieblicher Klimaschutzmaßnahmen und privater sanierter Gebäude durch Förderprogramme (Umweltförderung im Inland)					
Berechnungs-methode	Umweltförderung im Inland-Projektzahlen (kumuliert); Betriebe enthalten: Betriebliche Energieeffizienzprojekte, Umstellungen auf erneuerbare Energien von Betrieben (inkl. Biomasse Nahwärme), Betriebe in der Sanierungsoffensive und teilnehmende Betriebe an Beratungsprogrammen					
Datenquelle	Kommunalkredit Public Consulting					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	2.399 Betriebe, 0 Wohnbauten	7.073 Betriebe, 15.811 Wohnbauten	11.290 Betriebe, 28.213 Wohnbauten	16.169 Betriebe, 51.637 Wohnbauten	21.169 Betriebe, 67.637 Wohnbauten	30.369 Betriebe, 99.637 Wohnbauten

Kennzahl 43.2.3	Anzahl der Kraftfahrzeuge mit alternativen Antrieben					
Berechnungs-methode	Kfz-Statistik-Erhebungen der Statistik Austria; Definition alternative Antriebe: nicht konventionelle mit fossilem Diesel und Benzin betriebene Kraftfahrzeuge					
Datenquelle	Kfz-Statistik, Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfügbar	14.000	19.239	18.000	22.000	25.000

Wirkungsziel 3:
Erhaltung und Verbesserung der Umweltqualität und der biologischen Vielfalt, der Lebensqualität für Frauen und Männer sowie Schutz vor ionisierender Strahlung

Warum dieses Wirkungsziel?
Die Reduktion des Eintrags von Schadstoffen, Chemikalien und Lärm in die Umwelt, die Verbesserung des Strahlenschutzes, die Schonung von Ressourcen und die Erhaltung der Natur und der biologischen Vielfalt erhöhen die Lebensqualität der Menschen und sichern auch künftigen Generationen die Lebensgrundlagen und Entfaltungsmöglichkeiten.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Weiterentwicklung und Umsetzung des Maßnahmenpakets Luftreinhaltung insbesondere durch Umsetzung des Immissionsschutzgesetzes-Luft (IG-L) und seiner Verordnungen, insbesondere des § 19 IG-L;
- Umsetzung der Wachstum-im-Wandel-Initiative (inklusive Gender-Aspekt), insbesondere werden als Ergebnis der Wachstum-im-Wandel-Konferenz im Oktober 2012 Maßnahmen zur Lebensqualität konkretisiert;
- Umsetzung und Weiterentwicklung des Maßnahmenpakets Naturschutz / biologische Vielfalt insbesondere der Nationalpark- und Biodiversitätsstrategie;

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 43.3.1	Anteil der Messstellen mit Grenzwertüberschreitungen bei Feinstaub					
Berechnungs-methode	Prozentsatz der Messstellen, an denen der PM 10-Grenzwert (Feinstaub) für den Tagesmittelwert gemäß Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L) überschritten wird (die Auswertung erfolgt anhand des ab 2010 geltenden Grenzwerts; es werden nur IG-L-Messstellen mit mindestens 90 % Datenverfügbarkeit herangezogen)					
Datenquelle	Immissionsdatenverbund der Bundesländer und der Umweltbundesamt-GmbH					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	52 %	57 %	16 %	≤ 20 %	≤ 20 %	≤ 20 %

	Starker Einfluss von Witterung (im Winter) und Ferntransport auf die Variabilität von Jahr zu Jahr.

Kennzahl 43.3.2	Biodiversität					
Berechnungs-methode	GIS-basiert; unter dem Begriff Biodiversität versteht man die Vielfalt der Arten, zwischen den Arten (genetisch) und der Lebensräume (BGBl. 213/1995)					
Datenquelle	Umweltbundesamt-GmbH					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2017
	27 %	27 %	27 %	~30 % geschützte Flächen; verbesserter Schutz auf bestehenden Flächen	~30 % geschützte Flächen; verbesserter Schutz auf bestehenden Flächen	~33 % geschützte Flächen; verbesserter Schutz auf bestehenden Flächen
	Die Vergrößerung der Flächen basiert vor allem aufgrund zu erwartender Nachnominierungen von Natura 2000-Flächen seitens der Länder, die Verbesserung des Schutzes auf die geplante Umsetzung von Managementverordnungen und Ausbau der Schutzgebietsbetreuung für N2000-Gebiete. Bei einigen Nationalparks sind geringfügige Gebietsabrundungen in Aussicht genommen.					

Kennzahl 43.3.3	Abhängigkeit der Lebensqualität von Frauen und Männern vom Zustand der natürlichen Umwelt					
Berechnungs-methode	Befragung im Rahmen des Mikrozensus; Bewertung der Umweltqualität als einer von neun Einflussfaktoren auf die Lebensqualität von Frauen und Männern					
Datenquelle	Statistik Austria, Mikrozensus Umweltbedingungen und Umweltverhalten im Auftrag des BMLFUW					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfügbar	Frauen 62 % Männer 59 %	nicht verfügbar	Frauen 65 % Männer 65 %	Frauen 65 % Männer 65 %	Frauen 65 % Männer 65 %
	Der Mikrozensus „Umweltbedingungen und Umweltverhalten“ wird von der Statistik Österreich nur alle 4 Jahre durchgeführt. Die nächste Befragung findet 2015 statt, die Auswertung der Daten 2016. Somit werden erst im Jahr 2016 wieder aktuelle Daten zur Abhängigkeit der Lebensqualität von Frauen und Männern vom Zustand der natürlichen Umwelt vorliegen.					

Kennzahl 43.3.4	Anzahl der Organisationen, die Umweltmanagementsysteme eingerichtet haben					
Berechnungs-methode	Gesamtzahl der Organisationen, die zum Stichtag 31.12. des jeweiligen Jahres in einem gemäß Umweltmanagementgesetz (UMG) eingerichteten Register eingetragen sind					
Datenquelle	Umweltbundesamt-GmbH					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2024
	nicht verfügbar	249 Organisationen	254 Organisationen	280 Organisationen	280 Organisationen	300 Organisationen

Wirkungsziel 4:
Nachhaltige Nutzung von Ressourcen und Sekundärrohstoffen, Entkoppelung des Anteils an zu beseitigenden Abfällen vom Wirtschaftswachstum

Warum dieses Wirkungsziel?
Ein effizienter und nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen, die bestmögliche Erfassung und Gestaltung von Stoff- und Ressourcenströmen sowie die weitgehende Kreislaufführung von (Sekundär-)Rohstoffen entlasten die Umwelt durch geringere Materialumsätze und damit geringere Mengen an Abfällen sowie geringere Emissionen an Schadstoffen und klimarelevanten Gasen und führen zudem zu positiven volkswirtschaftlichen Aspekten wie einer Verbesserung der Handelsbilanz und der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze (green jobs – Arbeitsplätze im Sektor Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz).

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Forcierung der Abfallvermeidung (Umsetzung des Abfallvermeidungsprogramms im Bundes-Abfallwirtschaftsplan 2011, http://www.bundesabfallwirtschaftsplan.at/);
- Implementierung und Umsetzung des Ressourceneffizienz-Aktionsplans durch Schaffung von Anreizen für die verbesserte Ressourceneffizienz auf betrieblicher Ebene, systematische Erfassung und Bilanzierung des österreichischen Verbrauchs natürlicher Ressourcen sowie Forcierung der Bewusstseinsbildung für Ressourceneffizienz;
- Neugestaltung und Vollziehung der rechtlichen Rahmenbedingungen zum „In-Verkehr-Setzen“ gefährlicher chemischer Produkte, insbesondere „Abgabe in Selbstbedienung“, „Vorläuferstoffe von Explosivstoffen“ und „Biozidprodukte“;

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 43.4.1	Ressourcenproduktivität					
Berechnungs-methode	Verhältnis BIP / DMC (DMC = Domestic Material Consumption = Inlandsmaterialverbrauch = Inlandsentnahme zuzüglich Importe abzüglich Exporte)					
Datenquelle	Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	1.500 Euro pro Tonne	1.400 Euro pro Tonne	1.458 Euro pro Tonne (vorläufige Schätzung)	1.630 Euro pro Tonne	1.584 Euro pro Tonne	2.027 Euro pro Tonne
	Zu den Angaben der Zielzuständen 2013-2020: Der Ressourceneffizienz Aktionsplan definiert ein langfristiges Ziel, um das österreichische Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Die Erhöhung der Ressourceneffizienz soll in Österreich um mindestens 50% bis zum Jahr 2020 im Vergleich zum Jahr 2008 angestrebt werden. 2008 betrug die Ressourceneffizienz 1.353 Euro pro Tonne.					

Kennzahl 43.4.2	Produktmonitoring Anzahl der Proben, die im Hinblick auf den Gehalt bedenklicher Chemikalien in Produkten überprüft wurden					
Berechnungs-methode	Gesamtzahl der Proben, die unter Koordinierung des BMLFUW durch die Vollzugsorgane gezogen wurden und die den Gehalt an bedenklichen, regulierten Chemikalien in Produkten zum Gegenstand haben					
Datenquelle	Umweltbundesamt-GmbH, Chemikalieninspektorate der Länder					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	286 Proben	346 Proben	697 Proben	800 Proben	1.000 Proben	1.500 Proben

Kennzahl 43.4.3	Mengen von auf Deponien beseitigten Abfällen (ohne Bodenaushub)					
Berechnungs-methode	Summe der Massen aller abgelagerten Abfälle (ohne Bodenaushub)					
Datenquelle	Plausibilisierte Daten auf Grundlage der Abfallbilanzen gemäß § 21 Abfallwirtschaftsgesetz 2002 und dem Elektronischen Datenmanagement EDM					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	3,5 Mio. Tonnen	2,2 Mio. Tonnen	2,1 Mio. Tonnen	3,3 Mio. Tonnen	3,0 Mio. Tonnen	3,0 Mio. Tonnen
	Hinsichtlich der mittel- bis langfristigen Kennzahlenentwicklung ist eine Stabilisierung im Bereich von 3 Mio. Tonnen intendiert, welche aus dem bereits sehr niedrigen, überdies konjunkturellen Schwankungen (z.B. im Baubereich) unterliegenden Wert und aus Schwankungsbreiten im Zusammenhang mit dem Datenerfassungssystem (Abfallbilanzen und EDM) resultiert.					

Kennzahl 43.4.4	Recyclingquoten von Siedlungsabfällen					
Berechnungs-methode	Summe der verwerteten Massen von Altstoffen (Altpapier, -pappe, -karton, Altglas, Altmetalle-Verpackungen, Altmetalle-Schrott, Altkunststoffe, Altholz-Verpackungen und sperriges Altholz, Alttextilien, biogene Abfälle, Elektro- und Elektronik-Altgeräte) dividiert durch die Summe der Masse der getrennt erfassten Altstoffe					
Datenquelle	Plausibilisierte Daten auf Grundlage der Abfallbilanzen gemäß § 21 Abfallwirtschaftsgesetz 2002 und dem Elektronischen Datenmanagement EDM					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2020
	83,5 %	84 %	85 %	88,5 %	85,6 %	87 %

Kennzahl 43.4.5	Anzahl sanierter Altlasten
Berechnungs-methode	Gesamtzahl der als saniert / gesichert in der Altlastenatlasverordnung ausgewiesenen Altlasten
Datenquelle	BMLFUW

Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2024
	108	116	126	131	144	200

Wirkungsziel 5:
Sicherung der Versorgung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser und der umweltgerechten Entsorgung der Abwässer
Warum dieses Wirkungsziel?
Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung der Bevölkerung in Österreich zu sozial verträglichen Gebühren wurden mit großem finanziellen Aufwand von Seiten der öffentlichen Hand aufgebaut, sie bilden eine wichtige Grundlage für die Lebensqualität und den Wohlstand in allen Regionen Österreichs. Die weitere Infrastrukturerrichtung im ländlichen Raum sowie die Erhaltung der geschaffenen Infrastruktur ist die Voraussetzung dafür, den hohen Versorgungs-/Entsorgungsstandard in diesem Bereich der Daseinsvorsorge weiterhin beizubehalten und so die wertvollen Wasserressourcen durch schonenden Umgang auch für zukünftige Generationen als Lebensgrundlage zu erhalten.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Neuausrichtung der Förderung Siedlungswasserwirtschaft, um Investitionen für Neuerrichtung und Werterhaltung der Wasserinfrastruktur weiterhin zu sichern und eine für die Bevölkerung zumutbare Gebührengestaltung zu ermöglichen;

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 43.5.1	An die öffentliche Wasserversorgung angeschlossene EinwohnerInnen					
Berechnungs-methode	Summe der angeschlossenen EinwohnerInnen (Basisjahr 2006)					
Datenquelle	Investitionskostenerhebung 2007, Umweltförderungsgesetz Förderungsdatenbank / BMLFUW; Kommunalkredit Public Consulting					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	7,36 Mio. Personen	7,39 Mio. Personen	7,44 Mio. Personen	7,40 Mio. Personen	7,46 Mio. Personen	7,48 Mio. Personen

Kennzahl 43.5.2	An die öffentliche Abwasserentsorgung angeschlossene EinwohnerInnen					
Berechnungs-methode	Summe der angeschlossenen EinwohnerInnen (Basisjahr 2006)					
Datenquelle	Investitionskostenerhebung 2007, Umweltförderungsgesetz Förderungsdatenbank / BMLFUW; Kommunalkredit Public Consulting					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	7,44 Mio. Personen	7,52 Mio. Personen	7,55 Mio. Personen	7,54 Mio. Personen	7,58 Mio. Personen	7,60 Mio. Personen

Kennzahl 43.5.3	Abwasserreinigungsleistung Stickstoffentfernung					
Berechnungs-methode	Jahressumme der in den kommunalen Kläranlagen entfernten Stickstofffrachten					
Datenquelle	BMLFUW EMREG-OW (Emissionsregister Oberflächengewässer)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	37,579 Tausend Tonnen pro Jahr	37,579 Tausend Tonnen pro Jahr	nicht verfügbar	37,600 Tausend Tonnen pro Jahr	37,600 Tausend Tonnen pro Jahr	37,600 Tausend Tonnen pro Jahr

Kennzahl 43.5.4	Abwasserreinigungsleistung Phosphorentfernung					
Berechnungs-methode	Jahressumme der in den kommunalen Kläranlagen entfernten Phosphorfrachten					
Datenquelle	BMLFUW EMREG-OW (Emissionsregister Oberflächengewässer)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016

	6,756 Tausend Tonnen pro Jahr	6,756 Tausend Tonnen pro Jahr	nicht verfügbar	6,800 Tausend Tonnen pro Jahr	6,800 Tausend Tonnen pro Jahr	6,800 Tausend Tonnen pro Jahr

Kennzahl 43.5.5	Erhobene Leitungslängen Wasserleitung und Kanal inklusive Leitungszustand für die Sanierungsplanung					
Berechnungsmethode	Summe der Leitungslängen für digitale Leitungskataster Abwasser und Wasser seit 2006					
Datenquelle	Umweltförderungsgesetz Förderungsdatenbank / BMLFUW; Kommunalkredit Public Consulting					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	39 Tausend Kilometer	50 Tausend Kilometer	54 Tausend Kilometer	55 Tausend Kilometer	60 Tausend Kilometer	64 Tausend Kilometer

Untergliederung 43 Umwelt

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	469,062	499,396	
Finanzerträge	0,002	0,002	
Erträge	**469,064**	**499,398**	
Transferaufwand	547,916	588,714	
Betrieblicher Sachaufwand	91,027	71,357	
Aufwendungen	**638,943**	**660,071**	
Nettoergebnis	**-169,879**	**-160,673**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	469,064	499,398	355,639
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**469,064**	**499,398**	**355,639**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	90,797	69,457	158,556
Auszahlungen aus Transfers	547,916	588,714	568,341
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,306	0,080	0,204
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**639,019**	**658,251**	**727,100**
Nettogeldfluss	**-169,955**	**-158,853**	**-371,462**

Untergliederung 43 Umwelt
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 43 Umwelt**	GB 43.01 Allg. U-Politik	GB 43.02 Abfall-,SWW u.Chemie
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	469,062	213,367	255,695
Finanzerträge	0,002		0,002
Erträge	**469,064**	**213,367**	**255,697**
Transferaufwand	547,916	190,104	357,812
Betrieblicher Sachaufwand	91,027	55,257	35,770
Aufwendungen	**638,943**	**245,361**	**393,582**
Nettoergebnis	**-169,879**	**-31,994**	**-137,885**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 43 Umwelt**	GB 43.01 Allg. U-Politik	GB 43.02 Abfall-,SWW u.Chemie
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	469,064	213,367	255,697
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**469,064**	**213,367**	**255,697**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	90,797	55,027	35,770
Auszahlungen aus Transfers	547,916	190,104	357,812
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,306	0,306	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**639,019**	**245,437**	**393,582**
Nettogeldfluss	**-169,955**	**-32,070**	**-137,885**

Globalbudget 43.01 Allgemeine Umweltschutzpolitik

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	213,367	143,117	
Erträge	**213,367**	**143,117**	
Transferaufwand	190,104	223,389	
Betrieblicher Sachaufwand	55,257	33,207	
Aufwendungen	**245,361**	**256,596**	
Nettoergebnis	**-31,994**	**-113,479**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	213,367	143,117	19,850
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**213,367**	**143,117**	**19,850**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	55,027	31,307	134,425
Auszahlungen aus Transfers	190,104	223,389	211,436
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,306	0,080	0,204
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**245,437**	**254,776**	**346,065**
Nettogeldfluss	**-32,070**	**-111,659**	**-326,215**

Globalbudget 43.01 Allgemeine Umweltschutzpolitik

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
1	Umsetzung des Masterplans green jobs / Umwelttechnologie durch Förderungsprogramme, die Entwicklung neuer grüner Berufsbilder und Setzung von Standards und Evaluierung und Weiterentwicklung des nationalen Aktionsplans für nachhaltige öffentliche Beschaffung	Umsatz österreichischer Umwelt- und Energietechnologieunternehmen: Zielzustand 2014: € 7,6 Mrd. Euro	Umsatz österreichischer Umwelt- und Energietechnologieunternehmen 2011: € 6,8 Mrd. Euro
		Anzahl der Umweltbeschäftigten: Zielzustand 2014: 176.000 Vollzeitäquivalente	Anzahl der Umweltbeschäftigten 2011: 172.000 Vollzeitäquivalente
		Anteil der Vergabeverfahren öffentlicher Auftraggeber, in denen Umweltaspekte berücksichtigt wurden: Zielzustand 2014: 67 %	Anteil der Vergabeverfahren öffentlicher Auftraggeber, in denen Umweltaspekte berücksichtigt wurden 2011: 63 %
2	Umsetzung des Maßnahmenprogramms 2013/2014 nach Klimaschutzgesetz und der Energiestrategie durch Instrumente des Ressorts, insbesondere mittels legistischer Maßnahmen, Förderungen, Impulsprogrammen und Anreizsystemen wie UFI, KLIEN, klima:aktiv und klima:aktiv:mobil-Förderprogramm	Reduktion der Treibhausgase gemäß Treibhausgas-Emissionsinventur für den Nicht-Emissionshandelsbereich: Zielzustand 2014: 51,0 Mio. Tonnen CO_2-Äquivalente	Istzustand 2012: 49,9 Mio. Tonnen CO_2-Äquivalente
		Teilnahme an klima:aktiv-Programmen: Zielzustand 2014: 21.000	Istzustand 2012: 18.800
		Anzahl der Kraftfahrzeuge mit alternativen Antrieben: Zielzustand 2014: 22.000	Istzustand 2013: 21.000
		Zielzustand 2014: 1.150 zertifizierte SpritspartrainerInnen, AbsolventInnen des Lehrgangs „Jugend-Mobil-Coaches“, etc.	Istzustand 2013: 1.100 zertifizierte SpritspartrainerInnen, AbsolventInnen des Lehrgangs „Jugend-Mobil-Coaches“, etc.
3	Weiterentwicklung und Umsetzung des Maßnahmenpakets Luftreinhaltung insbesondere durch Umsetzung des Immissionsschutzgesetzes-Luft (IG-L) und seiner Verordnungen – insbesondere des § 19 IG-L	Anteil der Messstellen mit Grenzwertüberschreitungen bei Feinstaub: Zielzustand 2014: an ≤ 20 % der Messstellen	Istzustand 2011: an 57 % der Messstellen
3	Umsetzung der Wachstum-im-Wandel-Initiative (inklusive Gender-Aspekt), insbesondere werden als Ergebnis der Wachstum-im-Wandel-Konferenz im Oktober 2012 Maßnahmen zur Lebensqualität konkretisiert	Studie zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation von Frauen trotz geringem Wirtschaftswachstum im Rahmen der Initiative Wachstum-im-Wandel liegt bis Ende 2014 vor.	Die EK kritisiert den großen gender-pay-gap in Österreich
3	Umsetzung und Weiterentwicklung des Maßnahmenpakets Naturschutz / biologische Vielfalt insbesondere der Nationalpark- und Biodiversitätsstrategie	Nationale Biodiversitäts-Strategie 2020+ bis 01.10.2014 beschlossen und bei COP 12 präsentiert; Nationale Biodiversitäts-Kommission bis 01.06.2014 eingerichtet; Rahmenbedingungen für Vollzug der EU Verordnung zu gebietsfremden invasiven Arten bis 31.12.2014 geprüft;	Erster Entwurf der Nationalen Biodiversitäts-Strategie 2020+ liegt seit 1.3.2014 vor; COP 12 der CBD findet vom 6.-17.10.2014 in Südkorea statt; Vorschlag für EU Verordnung zu gebietsfremden invasiven Arten tritt voraussichtlich am 1.1.2015 in Kraft;

		Biodiversitäts-Ziele 2020+ wurden bis 31.12.2014 von allen betroffenen Akteuren beschlossen;	Erster Entwurf der neuen Nationalen Biodiversitäts-Strategie 2020+ liegt seit 01.03.2014 vor;
		Kampagne vielfaltleben: Bis 31.12.2014 sind 20 weitere Gemeinden im vielfaltleben-Gemeindenetzwerk (insgesamt ca. 160 Gemeinden); Gemeinde-Wettbewerb wurde bis 31.12.2014 durchgeführt;	Projekte der Biodiversitäts-Kampagne „vielfaltleben“ wurden 2013 gemeinsam mit Partnern gestartet (Schutzprojekte, Gemeindenetzwerk, Woche der Artenvielfalt, etc.);
		Schaffung von gemeinsamen Standards in den Nationalparks bis 31.12.2014; Vorliegen der Ergebnisse des Projektes „Evaluierung aller Nationalparks“ sowie Evaluierung des Projektes “Öffentlichkeitsarbeit“ bis 31.12.2014;	Nationalparks Austria-Projekte Start 2013: „Leitlinien, Grundsätze, Zusammenarbeit“, „Evaluierung des Nationalparkmanagements“; „Öffentlichkeitsarbeit“ wurde 2013 fortgeführt;
		Nationalparks Austria: Vorliegen eines Konzeptes für die Weiterführung des Projektes „Öffentlichkeitsarbeit“ bis 01.08.2014; Beginn der Umsetzung der Finanzierungsstrategie bis 01.03.2014;	Projekt „Öffentlichkeitsarbeit“ wurde 2013 fortgeführt; Vorliegen der „Finanzierungsstrategie für Nationalparks“ per 01.10.2013

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

- **Maßnahme „Umsetzung des Masterplans green jobs / Umwelttechnologie durch Förderungsprogramme, die Entwicklung neuer grüner Berufsbilder und Setzung von Standards und Umsetzung des nationalen Aktionsplans für nachhaltige öffentliche Beschaffung durch Kriterien für nachhaltige öffentliche Beschaffung sowie Monitoring**“: Soziale Kriterien für die öffentliche Beschaffung wurden erarbeitet und befinden sich derzeit in der politischen Abstimmung. Die Maßnahme wurde inhaltlich an die Schwerpunkte 2014 angepasst und lautet „Umsetzung des Masterplans green jobs / Umwelttechnologie durch Förderungsprogramme, die Entwicklung neuer grüner Berufsbilder und Setzung von Standards und Evaluierung und Weiterentwicklung des nationalen Aktionsplans für nachhaltige öffentliche Beschaffung“.
- **Maßnahme „Umsetzung der Klimastrategie und Energiestrategie und des Klimaschutzgesetzes durch Instrumente des Ressorts mittels legistischer Maßnahmen sowie mittels Förderungen, Impulsprogrammen, Anreizsystemen und Maßnahmen zur Bildung und Ausbildung im Umweltbereich und zur Sensibilisierung des Umweltbewusstseins“:** Die Maßnahme wurde sprachlich angepasst und entspricht inhaltlich der Maßnahme des Vorjahres.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Optimierung des teilkonzentrierten Verfahrens z.B. in den Bereichen Anzahl der Anbringen, Projektänderungen, höhere Kosten, Einwendungen und Auflagen (Bund 2012/12, SE 24)
ad 1	Der Grund dafür, dass nicht auch für Bundesstraßen und Eisenbahn-Hochleistungsstrecken ein vollständig konzentriertes UVP- und Genehmigungsverfahren durchgeführt werden kann, liegt an der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung. Mit der UVP-G-Novelle 2012 ist jedoch bereits ein großer Schritt zur Verbesserung der vom RH kritisierten Situation in Richtung Vollkonzentration gelungen. Es gibt nur mehr zwei Genehmigungsverfahren (bei BMVIT und Landesregierung).

2	Umgehende Einleitung mengenmäßig wirksamer Emissionsminderungen im Inland (Bund 2008/11, SE 3)
ad 2	Ergänzend zu den letzten Stellungnahmen des BMLFUW (Bericht Bund 2011/4) wird auf das zwischenzeitlich in Kraft getretene Klimaschutzgesetz (KSG) verwiesen. Anhang 2 des KSG enthält nunmehr sektorale Reduktionsziele für die Jahre 2013 bis 2020. Zudem haben sich Bund und Länder auf ein erstes Maßnahmenprogramm für die Jahre 2013 und 2014 geeinigt. Andere wirkungsvolle Maßnahmen (z.B. Art. 15a BV-G Vereinbarung Gebäude, Bundesförderung thermische Sanierung) bleiben weiter aufrecht.

3	Überprüfung und Neuausrichtung des Anwendungsbereichs der Umweltförderung im Ausland (Bund 2011/4, SE 2)
ad 3	Die Umweltförderung im Ausland wurde in der UFG Novelle 2013 aus dem Gesetz gestrichen, nachdem bereits 2 Jahre davor die Umweltförderungskommission die Einstellung empfohlen hatte. Die Empfehlung des RH ist daher bereits umgesetzt.

4	Vorrangige Entwicklung neuer Förderungsprogramme zur Verringerung der Treibhausgasemissionen (Bund 2011/4, SE 3)
ad 4	Zielgruppenorientierte Entwicklung neuer Förderprogramme erfolgt laufend und nach Maßgabe der energie- und klimapolitischen Herausforderungen sowie der vorhandenen budgetären Mittel. Bei neuen Förderungsprogrammen steht jeweils die Förderungseffizienz (€ pro reduzierter t CO2) im Vordergrund. Dabei wird auf den tatsächlichen Förderbedarf sowie eine enge Abstimmung mit Aktivitäten anderer Förderinstrumente abgestellt. Die Empfehlung des RH ist umgesetzt.

5	Fortführung und Intensivierung der begonnenen Programme und Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen (Bund 2011/4, SE 1)
ad 5	Siehe Empfehlung 2 – Maßnahmen unter dem Klimaschutzgesetz: Programme wie klima:aktiv, das Förderungsprogramm klima:aktiv mobil oder die Bundesförderung thermische Sanierung werden fortgeführt. Im heurigen Jahr wurden auch im Rahmen des Klima- und Energiefonds wieder zahlreiche Förderungsaktionen im Bereich erneuerbarer Energieträger gestartet oder fortgeführt (z.B. Pelletskessel, thermische Solarnlagen).

Globalbudget 43.01 Allgemeine Umweltschutzpolitik
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 43.01 Allg. U-Politik**	DB 43.01.01 JI/CDM	DB 43.01.02 UFI	DB 43.01.03 KLIEN	DB 43.01.04 Emissions-handel
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	213,367				210,750
Erträge	**213,367**				**210,750**
Transferaufwand	190,104		93,814	50,000	
Betrieblicher Sachaufwand	55,257	5,002	13,500		0,001
Aufwendungen	**245,361**	**5,002**	**107,314**	**50,000**	**0,001**
Nettoergebnis	**-31,994**	**-5,002**	**-107,314**	**-50,000**	**210,749**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 43.01 Allg. U-Politik**	DB 43.01.01 JI/CDM	DB 43.01.02 UFI	DB 43.01.03 KLIEN	DB 43.01.04 Emissions-handel
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	213,367				210,750
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**213,367**				**210,750**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	55,027	5,002	13,500		0,001
Auszahlungen aus Transfers	190,104		93,814	50,000	
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,306				
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**245,437**	**5,002**	**107,314**	**50,000**	**0,001**
Nettogeldfluss	**-32,070**	**-5,002**	**-107,314**	**-50,000**	**210,749**

DB 43.01.05 Nh. Umweltschutz	DB 43.01.06 Strahlenschutz
0,215	2,402
0,215	**2,402**
36,490	9,800
28,574	8,180
65,064	**17,980**
-64,849	**-15,578**

DB 43.01.05 Nh. Umweltschutz	DB 43.01.06 Strahlenschutz
0,215	2,402
0,215	**2,402**
28,574	7,950
36,490	9,800
	0,306
65,064	**18,056**
-64,849	**-15,654**

Globalbudget 43.02 Abfall- und Siedlungswasserwirtschaft und Chemie

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	255,695	356,279	
Finanzerträge	0,002	0,002	
Erträge	**255,697**	**356,281**	
Transferaufwand	357,812	365,325	
Betrieblicher Sachaufwand	35,770	38,150	
Aufwendungen	**393,582**	**403,475**	
Nettoergebnis	**-137,885**	**-47,194**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	255,697	356,281	335,789
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**255,697**	**356,281**	**335,789**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	35,770	38,150	24,131
Auszahlungen aus Transfers	357,812	365,325	356,905
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**393,582**	**403,475**	**381,036**
Nettogeldfluss	**-137,885**	**-47,194**	**-45,247**

Globalbudget 43.02 Abfall- und Siedlungswasserwirtschaft und Chemie

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
4	Forcierung der Abfallvermeidung (Umsetzung des Abfallvermeidungsprogramms im Bundes-Abfallwirtschaftsplan 2011, http://www.bundesabfallwirtschaftsplan.at/)	Bis 31.12.2014 Forcierung von Re-Use durch halbjährige Re-Use-Plattform, Förderung in der Novelle der Elektroaltgeräteverordnung, bundesweite Öffentlichkeitsarbeit	Machbarkeitsstudien der Bundesländer liegen Ende 2013 vor
		Vermeidung von Lebensmittelabfällen durch Vergabe des „Viktualia Awards 2014“ bis 31.5.2014; Dialog Stakeholder und Kooperationspartner bis 30.6.2014; Daten betreffend die Weitergabe von Lebensmitteln an soziale Einrichtungen bis 31.12.2014;	Aktionsprogramm „Lebensmittel sind kostbar“ liegt seit April 2013 vor
		2014 Fortführung von Öffentlichkeitsarbeitsmaßnahmen im Bereich Mehrweggetränkeverpackungen, Text-Contest bis 30.6.2014, Foto-Contest bis 31.8.2014	Empfehlungen der Sozialpartner zu Mehrweggetränkeverpackungen entsprechend dem Entschließungsantrag XXVI. GP Nr. 1369/A(E) liegen seit 1.12.2010 vor
4	Implementierung und Umsetzung des Ressourceneffizienz-Aktionsplans durch Schaffung von Anreizen für die verbesserte Ressourceneffizienz auf betrieblicher Ebene, systematische Erfassung und Bilanzierung des österreichischen Verbrauchs natürlicher Ressourcen sowie Forcierung der Bewusstseinsbildung für Ressourceneffizienz	Der Ressourceneffizienz-Aktionsplan wird 2014 umgesetzt und die Initiative „Ressourceneffizienz und Umwelttechnik“ RESET 2020 wird per Grundsatzdokument bis Ende 2014 festgelegt.	Maßnahmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz werden 2014 ergriffen.
		Der zweite Bericht des Verbrauchs natürlicher Ressourcen in Österreich wird 2014/2015 veröffentlicht.	Arbeiten an einem umfassenden Zahlenbericht zur Situation der natürlichen Ressourcen und deren Nutzung in Österreich werden 2014 aufgenommen.
		Ausbau des Moduls zur Ressourceneffizienz im Rahmen der Regionalprogramme der Länder bis Ende des Jahres 2014	Zur Unterstützung des Förderungsschwerpunktes in der „Umweltförderung im Inland“ wird im Rahmen der Regionalprogramme der Länder ein Modul zur Ressourceneffizienz 2014 eingerichtet.
		Vorlage des Evaluierungsberichts des Aktionsplans zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung an den Ministerrat bis 30.4.2014 und Überarbeitung und Erweiterung des Kriterienkatalogs des Aktionsplans zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung bis 31.12.2014	Arbeiten am Evaluierungsbericht und an der Überarbeitung des Kriterienkatalogs haben 2013 begonnen.
		Mindestens 2 Veranstaltungen wurden rund um das Thema Ressourceneffizienz 2014 gesetzt.	Der Ressourceneffizienz-Aktionsplan und RESET 2020 geben Impulse für relevante Ressourceneffizienzakteure.

4	Neugestaltung und Vollziehung der rechtlichen Rahmenbedingungen zum „In-Verkehr-Setzen“ gefährlicher chemischer Produkte, insbesondere „Abgabe in Selbstbedienung“, „Vorläuferstoffe von Explosivstoffen“ und „Biozidprodukte“	Die Abgabe von Produkten in Selbstbedienung soll bis 31.12.2014 direkt an die chemikalienrechtliche Einstufung gekoppelt werden. Besonders gefährliche Produkte (etwa stark ätzende) sollen generell nicht in Selbstbedienung abgegeben werden.	Die bestehende Rechtslage ist unbefriedigend: Eine generelle Abgabebeschränkung ist von Ausnahmen durchsetzt.
		Die Abgabe von 15 Chemikalien, die als Vorläufersubstanzen von Explosivstoffen in Frage kommen, soll beschränkt werden.	Dieser Bereich ist noch ungeregelt.
		Ein Schwerpunktprogramm des Vollzuges soll sich auf gefährliche Substanzen in Artikeln konzentrieren. Das Programm soll auf ca. 100 Produkte abzielen.	2013 wurden ca. 40 Kontrollen zu Chemikalien in Artikeln durchgeführt.
		Sämtliche beantragte Zulassungsvorgänge zu Bioziden (Wirkstoffe und Produkte) werden fristgerecht behandelt.	Der Antragsstand beträgt per 31.12.2013 15 Wirkstoffe und 50 Produkte.
5	Neuausrichtung der Förderung Siedlungswasserwirtschaft, um Investitionen für Neuerrichtung und Werterhaltung der Wasserinfrastruktur weiterhin zu sichern und eine für die Bevölkerung zumutbare Gebührengestaltung zu ermöglichen	Akkordierung der Förderungsrichtlinien mit den Einvernehmensressorts Finanz und Wirtschaft bis 31.12.2014	Stand 31.12.2013: Wasserwirtschaftlich akkordierte Positionspapiere (Förderungsrichtlinien, Handlungsbedarf 2014ff) auf Basis des Regierungsprogramms und fachlicher Grundlagen liegen vor
		UFG-Novelle mit Zusagerahmen für 2015 und 2016 ist bis 31.12.2014 in Kraft getreten	Stand 31.12.2013: Wasserwirtschaftlich akkordierte Positionspapiere (Förderungsrichtlinien, Handlungsbedarf 2014ff) auf Basis des Regierungsprogramms und fachlicher Grundlagen liegen vor

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

- **Maßnahme „Nominierung von Stoffen in REACH (Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien) sowie Umsetzung einschlägiger Geschäftsmodelle (ChL – Chemikalienleasing)“:** Die Maßnahme wurde durch Nominierung von Stoffen im REACH-System sowie die Initiierung und Förderung des Chemikalienleasings als Geschäftsmodell im Bereich der gewerblichen Verwendung von Chemikalien planmäßig umgesetzt. Diese Maßnahme wird durch die Maßnahme „Neugestaltung und Vollziehung der rechtlichen Rahmenbedingungen zum In-Verkehr-Setzen gefährlicher chemischer Produkte, insbesondere „Abgabe in Selbstbedienung“, „Vorläuferstoffe von Explosivstoffen“ und „Biozidprodukte“ abgelöst.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Bundesweit einheitliche Regelungen für das Überwachungsregime (Umfang und Qualität der vorgeschriebenen Wartungsarbeiten) für Kanalanlagen sowie Festlegung einheitlicher Intervalle hinsichtlich der Berichtslegung (Bund 2013/8, SE 2)
ad 1	Siehe Stellungnahme des BMLFUW im RH-Bericht Bund 2013/8 TZ 4.3 Absatz 4

2	Schaffung einer rechtlichen Grundlage im Wasserrechtsgesetz zur verpflichtenden Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Kanalanlagen (Bund 2013/8, SE 1)
ad 2	Siehe Stellungnahme des BMLFUW im RH-Bericht Bund 2013/8 TZ 4.3 Absatz 4

3	Berücksichtigung der Inhalte der EU–Richtlinie zur Bewertung des chemischen Zustands eines Grundwasserkörpers in

	der Qualitätszielverordnung Chemie Grundwasser (Bund 2013/10, SE 32)
ad 3	Siehe Stellungnahme des BMLFUW im RH-Bericht Bund 2013/10 TZ 16.3 Absatz 2 und 3

4	Anstreben einer verbindlichen Regelung zur Heranführung der mechanisch–biologischen Abfallbehandlungsanlagen an den Stand der Technik der Emissionsbegrenzung (Bund 2007/6, SE 9)
ad 4	Der Stand der Technik wird nunmehr EU-weit durch BVT-Schlussfolgerungen (beste verfügbare Techniken) basierend auf der Industrieemissionsrichtlinie 2010/75/EU festgelegt, wobei an der Erarbeitung dieser europaweit verbindlichen Vorgaben auch österreichische Experten mitwirken. Da in den nächsten Jahren mit einem Dokument für MBA (mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen) zu rechnen ist, wird ein entsprechender Verordnungsentwurf des BMLFUW derzeit nicht weiter verfolgt.

Globalbudget 43.02 Abfall- und Siedlungswasserwirtschaft und Chemie
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 43.02 Abfall- ,SWW u.Chemie**	DB 43.02.01 Abfallw. u. Chemie	DB 43.02.02 Altlastensa-nierung	DB 43.02.03 SWW
Erträge aus der operativen Verwaltungstätig-keit und Transfers	255,695	0,265	0,002	255,428
Finanzerträge	0,002		0,001	0,001
Erträge	**255,697**	**0,265**	**0,003**	**255,429**
Transferaufwand	357,812	0,284	10,490	347,038
Betrieblicher Sachaufwand	35,770	10,162	24,067	1,541
Aufwendungen	**393,582**	**10,446**	**34,557**	**348,579**
Nettoergebnis	**-137,885**	**-10,181**	**-34,554**	**-93,150**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 43.02 Abfall- ,SWW u.Chemie**	DB 43.02.01 Abfallw. u. Chemie	DB 43.02.02 Altlastensa-nierung	DB 43.02.03 SWW
Einzahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit und Transfers	255,697	0,265	0,003	255,429
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**255,697**	**0,265**	**0,003**	**255,429**
Auszahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit	35,770	10,162	24,067	1,541
Auszahlungen aus Transfers	357,812	0,284	10,490	347,038
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**393,582**	**10,446**	**34,557**	**348,579**
Nettogeldfluss	**-137,885**	**-10,181**	**-34,554**	**-93,150**

Untergliederung 44 Finanzausgleich

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

Das Bundesministerium für Finanzen strebt die Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und nachhaltig geordnete öffentliche Haushalte an und erfüllt den Auftrag der Bundesverfassung (Art. 13 B-VG) zur diesbezüglichen Koordination der Haushaltsführung von Bund, Ländern und Gemeinden. Die Regelung des Finanzausgleichs über Kostentragung, Besteuerungsrechte, Abgabenanteile und Transfers berücksichtigt in einer Gesamtschau die Verteilung der Aufgaben auf Bund, Länder und Gemeinden.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**635,829**	**530,877**	**508,937**
Auszahlungen fix	218,084	218,084	48,813	47,996
Auszahlungen variabel	795,919	795,919	755,184	660,681
Summe Auszahlungen	**1.014,003**	**1.014,003**	**803,997**	**708,677**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-378,174**	**-273,120**	**-199,740**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	635,829	530,877	
Aufwendungen	1.014,003	803,997	
Nettoergebnis	**-378,174**	**-273,120**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:

Nachhaltig geordnete öffentliche Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden zur Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Warum dieses Wirkungsziel?

Nachhaltig geordnete Haushalte sind Voraussetzung für eine Budgetpolitik, die mittel- bis langfristig ohne erhebliche Gegensteuerungsmaßnahmen aufrecht erhaltbar ist, die dauerhafte Erfüllung der staatlichen Aufgaben aller Gebietskörperschaften sichert und die europarechtlichen Verpflichtungen Österreichs verwirklicht.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Koordinierung der Haushaltspolitik mit Ländern und Gemeinden mit den Instrumenten des österreichischen Stabilitätspakts, insbesondere im österreichischen Koordinationskomitee im Sinne der Art. 14 bis 17 des österreichischen Stabilitätspakts – ÖStP 2012 (Haushaltskoordinierung, Mittelfristige Ausrichtung der Haushaltsführung, Österreichisches Stabilitätsprogramm und Informationssystem).
- Anpassung des Österreichischen Stabilitätspakts 2012 mit Wirksamkeit ab 2014 an den Konsolidierungspfad laut Koalitionsabkommen.
- Vollzug der im Finanzausgleich vorgesehenen Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse nach den Vorgaben des Finanzausgleichsgesetzes 2008 (FAG 2008) bzw. weiterer relevanter Rechtsvorschriften.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 44.1.1	Gesamtstaatliches Maastricht-Defizit					
Berechnungs-methode	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG)					
Datenquelle	Statistik Austria, Notifikation September 2015					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015

	-4,51% des BIP, davon Bund -3,48% des BIP, Länder inkl. Wien -1,14% des BIP, Gemeinden -0,08% des BIP und SV +0,19% des BIP.	-2,46% des BIP, davon Bund -2,39% des BIP, Länder inkl. Wien -0,41% des BIP, Gemeinden +0,14% des BIP und SV +0,20% des BIP.	-2,55% des BIP, davon Bund -2,61% des BIP, Länder inkl. Wien -0,19% des BIP, Gemeinden +0,08% des BIP und SV +0,17% des BIP.	-2,3% des BIP, davon Bund -2,0% des BIP, Länder inkl. Wien -0,4% des BIP, Gemeinden 0,0% des BIP und SV +0,1% des BIP.	Entsprechend den Vorgaben des ÖStP.	Entsprechend den Vorgaben des ÖStP.

Wirkungsziel 2:
Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots in den Ländern.
Warum dieses Wirkungsziel?
Mit der 15a Vereinbarung verpflichten sich Länder, zusätzliche Kinderbetreuungsplätze insbesondere im Hinblick auf die Barcelona Ziele der Europäischen Union zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen. Die fristgerechte und vollumfängliche Auszahlung der Beträge des Bundes für die Länder und Gemeinden zur teilweisen Abdeckung dieses Mehraufwandes ist für die Umsetzung dieser Vereinbarung von hoher Bedeutung.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für die Gewährung von weiteren Bundesmitteln in den Jahren 2014 bis 2017. Vollzug der vorgesehenen Zweckzuschüsse nach den Vorgaben der bestehenden §15a Vereinbarung sowie der im Jahr 2014 neu geschaffenen Rechtsgrundlagen. Im Regierungsprogramm werden in den Jahren 2014 bis 2017 zusätzliche Bundesmittel iHv. 350 Mio. € für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung vorgesehen.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 44.2.1	Kinderbetreuungsquoten für Kinder bis zum Schuleintritt steigen					
Berechnungsmethode	Anteil der 0-3-jährigen bzw. 3-6-jährigen Kinder in Kinderbetreuungsangeboten im Vergleich zur gleichaltrigen Wohnbevölkerung;					
Datenquelle	Kindertagesheimstatistik der Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	0-3J: 19%; 3-6J: 93,4%	0-3J: 22,9%; 3-6J: 92,8%	0-3J: 22,9%; 3-6J: 92,3%	0-3J: 25%; 3-6J: 96%	Entsprechend der vom BMF abzuschließenden Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG.	Entsprechend der vom BMF abzuschließenden Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG.

Wirkungsziel 3:
Sicherstellung einer möglichst getreuen, vollständigen und einheitlichen Darstellung der finanziellen Lage (Liquiditäts-, Ressourcen- und Vermögenssicht) aller Gebietskörperschaften nach dem Vorbild der Bundes-Haushaltsrechtsreform.
Warum dieses Wirkungsziel?
Im Hinblick auf die Ziele eines gesamtstaatlichen Gleichgewichts und nachhaltig geordneter Haushalte sind diese zu koordinieren. Als wesentliche Steuerungsgrundlage ist dafür die Vergleichbarkeit der Gebarung bzw. der tatsächlichen finanziellen Lage erforderlich.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Gemäß § 16 Abs. 1 Finanz-Verfassungsgesetz betreffend Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse wird der Bundesminister für Finanzen im Einvernehmen mit dem Rechnungshof die obigen Grundsätze in einer neuen Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV) umsetzen, wobei Länder und Gemeinden in deren Erstellung intensiv eingebunden werden. Sonstige Vorschriften für die Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Gebietskörperschaften werden bundesweit einheitlich durch eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG geregelt.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 44.3.1	9 Länder haben Vereinbarung gem. Art. 15 a B-VG unterzeichnet, 1 VRV ist erlassen.

Berechnungs-methode	-					
Datenquelle	BGBl.					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Form und Gliederung der Haushalte der Länder und Gemeinden basierten auf der kameralistisch orientierten VRV.	Form und Gliederung der Haushalte der Länder und Gemeinden basierten auf der kameralistisch orientierten VRV.	Form und Gliederung der Haushalte der Länder und Gemeinden basierten auf der kameralistisch orientierten VRV.	Wesentliche Fortschritte bei Erarbeitung neuer Haushaltsvorschriften nach dem Vorbild der Bundes-Haushaltsrechtsreform.	Die neuen Haushaltsvorschriften nach Vorbild der Bundes-Haushaltsrechtsreform liegen vor.	Vorbereitungen von Ländern und Gemeinden zur Umstellung auf das neue Haushaltsrecht nach Vorbild der Bundes-Haushaltsrechtsreform werden unterstützt.

Wirkungsziel 4:
Effizienteres Förderwesen im Bundesstaat
Warum dieses Wirkungsziel?
Das Förderwesen der Gebietskörperschaften ist derzeit unzureichend abgestimmt. Dadurch kommt es zu Doppel- und Mehrgleisigkeiten, die einem effizienten monetären Mitteleinsatz widersprechen.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Bis 31.3.2014 hat das BMF den Gebietskörperschaften einen Vorschlag für eine strukturelle Förderreform (inkl. Art. 15a B-VG Vereinbarung und Vorschlag zur Anwendung der Inhalte der Verordnung des BMF hinsichtlich Mindeststandards (ARR 2014 gem. § 30 Abs. 5 BHG 2013) vorgelegt, mit dem Ziel, das Förderwesen der Gebietskörperschaften aufeinander abzustimmen. Mit den FA-Partnern werden sodann Maßnahmen und Ertrag definiert sowie Doppel- und Mehrgleisigkeiten beseitigt.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 44.4.1	Verringerung der Ermessensausgaben die nicht gesetzlich determiniert sind um 5 % auf Basis der BMF-Vorschläge					
Berechnungs-methode	Gebarungsstatistik, über Rechnungsabschlüsse 2011 sowie 2014-2018.					
Datenquelle	Sondererhebung STATÖ					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	Das Förderwesen der Gebietskörperschaften ist unzureichend abgestimmt.	Das Förderwesen der Gebietskörperschaften ist unzureichend abgestimmt.	Das Förderwesen der Gebietskörperschaften ist unzureichend abgestimmt.	Das Förderwesen der Gebietskörperschaften war 2013 kein Ziel.	Maßnahmen und Ertrag sind mit den FA-Partnern definiert. Einsparungen bei den Ermessensausgaben setzen ein.	Die Ermessensausgaben werden gesenkt, sodass 2014-2018 5% bei allen GKs eingespart werden.

Untergliederung 44 Finanzausgleich

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	635,826	530,873	
Finanzerträge	0,003	0,004	
Erträge	**635,829**	**530,877**	
Transferaufwand	1.014,003	803,995	
Betrieblicher Sachaufwand		0,002	
Aufwendungen	**1.014,003**	**803,997**	
hievon variabel	*795,919*	*755,184*	
Nettoergebnis	**-378,174**	**-273,120**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	635,829	530,877	508,937
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**635,829**	**530,877**	**508,937**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit		0,002	0,000
Auszahlungen aus Transfers	1.014,003	803,995	708,677
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.014,003**	**803,997**	**708,677**
hievon variabel	*795,919*	*755,184*	*660,681*
Nettogeldfluss	**-378,174**	**-273,120**	**-199,740**

Untergliederung 44 Finanzausgleich
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 44 Finanzausgleich**	GB 44.01 Transfers	GB 44.02 Katastrophenfonds
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	635,826	150,871	484,955
Finanzerträge	0,003	0,002	0,001
Erträge	**635,829**	**150,873**	**484,956**
Transferaufwand	1.014,003	529,047	484,956
Aufwendungen	**1.014,003**	**529,047**	**484,956**
hievon variabel	*795,919*	*385,963*	*409,956*
Nettoergebnis	**-378,174**	**-378,174**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 44 Finanzausgleich**	GB 44.01 Transfers	GB 44.02 Katastrophenfonds
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	635,829	150,873	484,956
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**635,829**	**150,873**	**484,956**
Auszahlungen aus Transfers	1.014,003	529,047	484,956
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.014,003**	**529,047**	**484,956**
hievon variabel	*795,919*	*385,963*	*409,956*
Nettogeldfluss	**-378,174**	**-378,174**	

Globalbudget 44.01 Transfers an Länder und Gemeinden

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	150,871	146,446	
Finanzerträge	0,002	0,002	
Erträge	**150,873**	**146,448**	
Transferaufwand	529,047	419,568	
Aufwendungen	**529,047**	**419,568**	
hievon variabel	*385,963*	*370,755*	
Nettoergebnis	**-378,174**	**-273,120**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	150,873	146,448	179,731
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**150,873**	**146,448**	**179,731**
Auszahlungen aus Transfers	529,047	419,568	387,873
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**529,047**	**419,568**	**387,873**
hievon variabel	*385,963*	*370,755*	*339,877*
Nettogeldfluss	**-378,174**	**-273,120**	**-208,141**

Globalbudget 44.01 Transfers an Länder und Gemeinden

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungsziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	Koordination der Haushaltsführung mit Ländern und Gemeinden gemäß ÖStP 2012 im Österreichischen Koordinationskomitee und Anpassung des ÖstP 2012 an Budgetpfad nach Koalitionsübereinkommen.	Die Aufgaben des österreichischen Koordinationskomitees gemäß Art. 14 Abs. 2 ÖStP 2012 im Jahr 2014 sind erfüllt. Zumindest zwei Tagungen des österreichischen Koordinationskomitees, davon zumindest eine auf politischer Ebene, wurden abgehalten. Der ÖStP 2012 ist an den Budgetpfad angepasst.	Die Aufgaben des österreichischen Koordinationskomitees gemäß Art. 14 Abs. 2 ÖStP 2012 im Jahr 2013 sind erfüllt. Zwei Tagungen des österreichischen Koordinationskomitees, davon eine auf politischer Ebene, wurden abgehalten. Der ÖStP 2012 ist nicht an den Budgetpfad angepasst.
WZ 1	Die Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse werden auf Basis der bestehenden Rechtslage und der zu erwartenden Wirtschafts- und Abgaben- bzw. Kostenentwicklung anhand mittelfristiger Prognoserechnungen ermittelt. Stärkung der Finanzkraft der Länder bzw. Gemeinden und Mitfinanzierung subnationaler Aufgabenerfüllung wie im Finanzausgleich vereinbart.	-) Die mittelfristigen Werte für Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse aus der Prognoserechnung entsprechen den bekannten Voraussagen für die Wirtschafts- und Abgaben- bzw. Kostenentwicklung. -) Die Finanzausgleichspartner wurden im Jahr 2014 über die mittelfristige Prognose bis spätestens 10. Juni korrekt und zeitgerecht informiert. Informationen an Länder und Gemeinden über die Höhe der prognostizierten aufkommensabhängigen länderweisen Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse werden spätestens vierzehn Tage nach Vorliegen neuer Abgabenprognosen an Länder und Gemeindebünde übermittelt. Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse sind nach den relevanten Rechtsvorschriften (insb. gemäß §§ 20 bis 23 FAG 2008 sowie gemäß dem Katastrophenfondsgesetz) vollzogen, Genehmigung des Rechnungsabschlusses durch Nationalrat liegt vor.	-) Die mittelfristigen Werte für Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse aus der Prognoserechnung entsprachen den bekannten Voraussagen für die Wirtschafts- und Abgaben- bzw. Kostenentwicklung. -) Die Finanzausgleichspartner wurden im Jahr 2013 über die mittelfristige Prognose bis spätestens 10. Juni korrekt und zeitgerecht informiert. Informationen an Länder und Gemeinden über die Höhe der prognostizierten aufkommensabhängigen länderweisen Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse wurden spätestens vierzehn Tage nach Vorliegen neuer Abgabenprognosen an Länder und Gemeindebünde übermittelt. Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse wurden 2013 nach den relevanten Rechtsvorschriften (insb. gemäß §§ 20 bis 23 FAG 2008 sowie gemäß dem Katastrophenfondsgesetz) vollzogen, Genehmigung des Rechnungsabschlusses durch Nationalrat bevorstehend.
WZ 2	Sicherstellung, dass die Länder über die gem. Art. 15a B-VG-Vereinbarung vorgesehenen Mittel verfügen, um die Maßnahmen umsetzen zu können.	Auszahlungen sind termingerecht erfolgt.	Auszahlungen sind termingerecht erfolgt.

WZ 3	Eine neue VRV und ein Entwurf einer 15a-Vereinbarung zur Reform des subnationalen Haushaltsrechts werden erarbeitet, mit Ländern und Gemeinden abgestimmt und erlassen bzw. beschlossen.	Verordnung und der Vereinbarung gem. Art. 15 a B-VG sind - erarbeitet, - Ländern und Gemeinden intensiv eingebunden - erlassen bzw. beschlossen.	Bei Erarbeitung neuer Haushaltsvorschriften für Länder und Gemeinden nach dem Vorbild der Bundes-Haushaltsrechtsreform wurden wesentliche Fortschritte gemacht.
WZ 4	Verbesserte Abstimmung des Förderwesens der Gebietskörperschaften.	Das Förderwesen der Gebietskörperschaften ist ausreichend aufeinander abgestimmt. Kennzahl: 2014 werden 5% der Ermessensausgaben auf Basis der Rechnungsabschlüsse 2011 eingespart.	Das Förderwesen der Gebietskörperschaften ist derzeit unzureichend abgestimmt.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

- Reform des Finanzausgleichs: Das Regierungsprogramm sieht die Verlängerung des geltenden Finanzausgleichs bis Ende 2016 vor, um den nötigen zeitlichen Rahmen für eine Reform zu schaffen. Die Vorbereitung einer Reform des Finanzausgleichs wird daher als Maßnahme im Jahr 2015 vorgesehen werden.

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Aufnahme einer realistischen Prognose des mittelfristigen Haushaltsziels und einer klaren Definition der jeweiligen Maßnahmen zur Zielerreichung in die Stabilitätsprogramme (Bund 2011/5, SE 2)
ad 1	Wird im Stabilitätsprogramm umgesetzt.

2	Ersatz des im Stabilitätspakt vereinbarten Sanktionsmechanismus durch eine wirksame Regelung (Bund 2011/5, SE 4)
ad 2	Wurde im ÖStP 2012 umgesetzt.

3	Erreichung der langfristigen Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte auch bei steigenden altersbezogenen Ausgaben (Bund 2011/5, SE 12)
ad 3	Wird mit Zielsetzungen des ÖStP 2012 angestrebt.

4	Überprüfung der Mitfinanzierung einer neuerlichen Erweiterung des U–Bahn–Netzes; Sicherstellung der Berücksichtigung von öffentlichem Interesse (Bund 2010/6, SE 43)
ad 4	Eine Mitfinanzierung einer neuerlichen Erweiterung des U-Bahn-Netzes ist dzt. nicht vorgesehen und wird bei diesbezüglichen Anträgen unter Berücksichtigung von öffentlichen Interessen überprüft.

5	Nachgängig sachliche und rechnerische Kontrolle (vergleichbar der Nachweisführung und Kontrolle von Förderungsmitteln) bei der Geldmittelverwendung für die Infrastruktur (Bund 2012/1, SE 3)
ad 5	Bezüglich der sachlich und rechnerischen Kontrolle der Geldmittelverwendung für die Infrastruktur wird auf das sachlich zuständige BMVIT verwiesen. Darüber hinaus wird diese Thematik bereits im Lenkungsgremium bestehend aus Vertretern des BMVIT, des BMF, des Landes Wien und der Wiener Linien behandelt.

Globalbudget 44.01 Transfers an Länder und Gemeinden
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 44.01 Transfers**	DB 44.01.01 Finanz kraftst.(var)	DB 44.01.02 Nahverkehr (var)	DB 44.01.03 Kranken anstal.(var)	DB 44.01.04 Transfers nicht var.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	150,871			150,869	0,002
Finanzerträge	0,002				0,002
Erträge	**150,873**			**150,869**	**0,004**
Transferaufwand	529,047	128,630	81,464	150,869	143,084
Aufwendungen	**529,047**	**128,630**	**81,464**	**150,869**	**143,084**
hievon variabel	*385,963*	*128,630*	*81,464*	*150,869*	
Nettoergebnis	**-378,174**	**-128,630**	**-81,464**		**-143,080**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 44.01 Transfers**	DB 44.01.01 Finanz kraftst.(var)	DB 44.01.02 Nahverkehr (var)	DB 44.01.03 Kranken anstal.(var)	DB 44.01.04 Transfers nicht var.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	150,873			150,869	0,004
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**150,873**			**150,869**	**0,004**
Auszahlungen aus Transfers	529,047	128,630	81,464	150,869	143,084
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**529,047**	**128,630**	**81,464**	**150,869**	**143,084**
hievon variabel	*385,963*	*128,630*	*81,464*	*150,869*	
Nettogeldfluss	**-378,174**	**-128,630**	**-81,464**		**-143,080**

DB 44.01.05 Bedarfszuw. Län(var)
25,000
25,000
25,000
-25,000

DB 44.01.05 Bedarfszuw. Län(var)
25,000
25,000
25,000
-25,000

Globalbudget 44.02 Katastrophenfonds

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	484,955	384,427	
Finanzerträge	0,001	0,002	
Erträge	**484,956**	**384,429**	
Transferaufwand	484,956	384,427	
Betrieblicher Sachaufwand		0,002	
Aufwendungen	**484,956**	**384,429**	
hievon variabel	*409,956*	*384,429*	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	484,956	384,429	329,205
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**484,956**	**384,429**	**329,205**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit		0,002	0,000
Auszahlungen aus Transfers	484,956	384,427	320,804
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**484,956**	**384,429**	**320,804**
hievon variabel	*409,956*	*384,429*	*320,804*
Nettogeldfluss			**8,401**

Globalbudget 44.02 Katastrophenfonds

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	Durch den Katastrophenfonds werden Hilfe an Geschädigte von Naturkatastrophen sichergestellt und werden Vorbeugungsmaß-nahmen gegen Naturkatastrophen finanziert.	Der Katastrophenfonds hat im Jahr 2014 nach Maßgabe der rechtlichen Voraussetzungen (Katastrophenfonds-Gesetz 1996) - bis zu 60% der Landeshilfe bei privaten Personen und Unternehmen, - bis zu 50% des Schadens bei Gebietskörperschaften zur Wiederherstellung der Infrastruktur und - Vorbeugungsmaßnahmen gegen Naturkatastrophen bis zum Ausmaß der budgetierten Mittel finanziert.	Der Katastrophenfonds hat im Jahr 2013 nach Maßgabe der rechtlichen Voraussetzungen (Katastrophenfonds-Gesetz 1996) - bis zu 60% der Landeshilfe bei privaten Personen und Unternehmen, - bis zu 50% des Schadens bei Gebietskörperschaften zur Wiederherstellung der Infrastruktur und - Vorbeugungsmaßnahmen gegen Naturkatastrophen bis zum Ausmaß der budgetierten Mittel finanziert.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Definition förderbarer Maßnahmen und Kosten in einer einheitlichen – für den gesamten Bundesbereich geltenden – Form (Bund 2008/8, SE 11)
ad 1	Die Anregung des Rechnungshofes wird bei den laufenden Arbeiten zur Neugestaltung der Richtlinien des Katastrophenfonds zugrundegelegt.

2	Verhandlungen mit den Ländern über den Kofinanzierungsanteil des Bundes an den Beihilfen für private Geschädigte, um österreichweit gleich hohe Beihilfeleistungen des Bundes für alle privat Geschädigten zu erreichen (Bund 2008/8, SE 10, Bund 2011/3, SE 8)
ad 2	Die Anregung des Rechnungshofes wurde mit den Ländern diskutiert und entschieden, die föderalistische Gestaltung des Katastrophenfonds beizubehalten.

Globalbudget 44.02 Katastrophenfonds
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 44.02 Katastro-phenfonds**	DB 44.02.01 KatFonds (var)	DB 44.02.02 KatFonds (fix)
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	484,955	409,955	75,000
Finanzerträge	0,001	0,001	
Erträge	**484,956**	**409,956**	**75,000**
Transferaufwand	484,956	409,956	75,000
Aufwendungen	**484,956**	**409,956**	**75,000**
hievon variabel	*409,956*	*409,956*	
Nettoergebnis			

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 44.02 Katastro-phenfonds**	DB 44.02.01 KatFonds (var)	DB 44.02.02 KatFonds (fix)
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	484,956	409,956	75,000
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**484,956**	**409,956**	**75,000**
Auszahlungen aus Transfers	484,956	409,956	75,000
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**484,956**	**409,956**	**75,000**
hievon variabel	*409,956*	*409,956*	
Nettogeldfluss			

Untergliederung 45 Bundesvermögen

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Das BMF ist ein zuverlässiger Partner bei der Umsetzung seiner Verpflichtungen in der EU und auf internationaler Ebene, und es trägt im Rahmen seiner Instrumente aktiv zur Standort- und Beschäftigungssicherung bei. Das BMF greift außenwirtschaftliche Interessen und Potentiale konsequent auf und stellt eine optimale Abstimmung zwischen den Instrumenten der Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit sicher.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**1.214,534**	**1.359,594**	**1.060,094**
Auszahlungen fix	1.065,106	1.094,896	1.360,438	666,018
Auszahlungen variabel	445,376	445,376	900,003	890,688
Summe Auszahlungen	**1.510,482**	**1.540,272**	**2.260,441**	**1.556,706**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-325,738**	**-900,847**	**-496,612**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	973,096	1.021,873	
Aufwendungen	629,140	659,573	
Nettoergebnis	**343,956**	**362,300**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Sicherung der Stabilität der Euro-Zone.
Warum dieses Wirkungsziel?
Die Stabilität der Euro-Zone ist eine wesentliche Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und für Beschäftigung sowie für eine starke Rolle Europas im internationalen Finanz- und Währungssystem. Gerade für kleinere Staaten wie Österreich, die eine überdurchschnittlich hohe außenwirtschaftliche Verflechtung aufweisen, sind stabile Währungsbeziehungen von besonderem Wert.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Beteiligung am Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der zur Verfügung steht, wenn die Stabilität der Euro-Zone insgesamt gefährdet ist
- Sicherstellung einer konsequenten Anwendung sowohl des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes als auch der (neu geschaffenen) makroökonomischen Überwachung, um die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme des ESM möglichst gering zu halten
- Verknüpfung jedweder Inanspruchnahme des ESM mit einem ambitionierten wirtschaftlichen und budgetären Anpassungsprogramm im Empfängerstaat, durch das die Rückkehr zur Schuldennachhaltigkeit sichergestellt wird

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 45.1.1	Zusätzliche Kapitalabrufe					
Berechnungs-methode	Abfrage Budgetstandsbericht					
Datenquelle	BMF/Haushaltsverrechnungssystem des Bundes					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfüg-bar	€ 0,00	€ 0,00	€ 0,00	€ 0,00	€ 0,00

Wirkungsziel 2:
Verringerung des unternehmerischen Risikos bei Exportgeschäften und bei Investitionen.
Warum dieses Wirkungsziel?
Der österreichische Exportsektor trägt wesentlich zur Wohlstands- und Einkommenssicherung bei; durch die Exporthaftungen und die Exportfinanzierung wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und gemeinsam mit den Aktivitäten der Austria Wirtschaftsservice ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Absicherung des österreichischen Wirtschafts- und Beschäftigungsstandortes geleistet.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Einräumung von Haftungen der Republik Österreich für Exportgeschäfte, Projektfinanzierungen und Investitionen im In- und Ausland
- Finanzierungen für vorgenannte Maßnahmen im Wege der Instrumente des Ausfuhrförderungsgesetzes und des Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetzes sowie des Garantiegesetzes und des Bundesgesetzes über die besondere Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU Förderungsgesetz)

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 45.2.1	Haftungsübernahmen für Exporte in Schwellenstaaten (Schwarzmeerregion inkl. Zentralasien, Afrika und Lateinamerika)					
Berechnungs-methode	Soll-Ist-Vergleich					
Datenquelle	Geschäftsbericht der Oesterreichischen Kontrollbank (OeKB), Exportservice-Jahresbericht					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfüg-bar	€ 340,0 Mio	€ 770,0 Mio	IST-Zustand 2013: € 680,0 Mio	€ 770,0 Mio	€ 800,0 Mio

Wirkungsziel 3:

Anhebung des Frauenanteils in Aufsichtsräten von Unternehmen, die dem Beteiligungsmanagement des BMF unterliegen und an denen der Bund mit zumindest 50% beteiligt ist. (Gleichstellungsziel)

Warum dieses Wirkungsziel?

Aus dem Bericht des Rechnungshofes über die durchschnittlichen Einkommen und zusätzlichen Leistungen für Pensionen der öffentlichen Wirtschaft des Bundes 2007 und 2008 geht deutlich hervor, dass Frauen in den Aufsichtsräten eklatant unterrepräsentiert sind, wobei ihr Anteil zuletzt bei 16,1% gelegen ist. Dieser Wert hat sich 2012 auf 23,2% gesteigert (Bericht des Rechnungshofes über die durchschnittlichen Einkommen und zusätzlichen Leistungen für Pensionen der öffentlichen Wirtschaft des Bundes 2011 und 2012).

Mit Beschluss des Ministerrates vom 14. März 2011 hat sich die Bundesregierung daher verpflichtet, in den Unternehmungen, an denen der Bund mit 50 % und mehr beteiligt ist, einen Frauenanteil an der Bundesquote im jeweiligen Aufsichtsgremium von 25 % bis 31.12.2013 zu erreichen. Bis spätestens 31.12.2018 ist ein Anteil von 35 % zu erreichen.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Monitoring der aktuellen Aufsichtsgremien und deren Funktionsperioden sowie Berücksichtigung des Wirkungsziels bei der Nominierung von BMF-Vertreter/innen in diesen Gremien

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 45.3.1	Frauenanteil von Bundesvertreterinnen in den Aufsichtsgremien von Unternehmen, die dem Beteiligungsmanagement des BMF unterliegen und an denen der Bund mit zumindest 50 % beteiligt ist					
Berechnungs-methode	Anzahl der Bundesvertreterinnen in den Aufsichtsgremien (Abfrage)					
Datenquelle	BMF/Beteiligungsdatenbank					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2018
	nicht verfüg-bar	16%	20%	25%	25%	35%

Wirkungsziel 4:

Erhaltung und graduelle weitere Verbesserung der hohen Qualität der Leistungen und der Effizienz der Internationalen Finanzinstiutionen (IFIs) und der Qualität der ODA (Official Development Assistance bzw. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit) – Leistung des BMF in rankings.

Warum dieses Wirkungsziel?

Internationale Finanzinstitutionen verfügen über ein großes Potential zur Förderung globaler Wachstumsprozesse, Reduktion globaler Ungleichgewichte sowie zur Bekämpfung von Krisen, dessen Nutzung von der Effizienz dieser Institutionen und der Qualität ihrer Operationen abhängt. Daher fokussiert das BMF in seiner Politik gegenüber den IFIs auf deren Effizienz und Qualität, dargestellt und gemessen in ihrer Position im internationalen Ranking.

Auch die Qualität des Beitrags des BMF zur österreichischen ODA-Leistung kommt sowohl den österreichischen Interessen, als auch den Interessen der kooperierenden Ländern und Institutionen zu Gute.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Österreich nutzt seine durch Kapitalbeteiligungen und Beiträge geschaffenen Positionen zu Interventionen in den IFIs für Einflussnahmen auf ihre Strategien und Investitionen und fördert damit die Erhaltung oder Verbesserung der Qualität und der Effizienz der IFIs
- Die Qualität der IFIs und ihr internationales Ranking bestimmen die Effektivität der ODA des BMF entscheidend mit
- Teilnahme an internationalen Entschuldungen (Pariser Club)

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 45.4.1	Beibehaltung oder Vergrößerung des Vorsprungs der Effektivität und Leistung der IFIs vor dem Durchschnitt der bilateralen und multilateralen Agenturen, gemessen durch objektive und wissenschaftliche rankings, wie durch das Global Centre for Development (GCD) und andere anerkannte wissenschaftliche Institutionen					
Berechnungsmethode	Soll-Ist-Vergleich Die numerischen Werte für die 4 aggregierten Indikatoren wurden addiert; 0 Punkte = Durchschnitt aller Geber, positive Werte = über dem Durchschnitt, negative Werte = unter dem Durchschnitt. Diese numerischen Werte bilden die relative Performance eines ODA-Gebers gegenüber der durchschnittlichen Performance aller beurteilten ODA-Geber ab. Die Qualität der ODA-Leistung wird durch aggregierte Indikatoren entlang von vier Dimensionen der ODA Qualität beurteilt: Maximizing Efficiency, Fostering Institutions, Reducing Burden, Transparency and Learning.					
Datenquelle	QUODA-Tool des CGD für 2013 (Erhebungsbasis 2011)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfügbar	nicht verfügbar	nicht verfügbar	Direkter Vergleich der IFIs mit anderen Gebern: 1. IDA (+2,94 Punkte) 2. AfDF (+2,23) 3. AsDF (+1,7) 4. UK (+ 1,27) EU-Institutionen inkl. EEF (+0,95) [USA (-1,86) ÖST. (-1,41)]	Spitzenpositionen der IFIs werden gehalten. Die erreichte Punkteanzahl erhöht sich im Durchschnitt um 2%, d.h.: 1. IDA (+3,0) 2. AfDF (+2,27) 3. AsDF (+1,73)	Spitzenpositionen der IFIs werden gehalten. Die erreichte Punkteanzahl erhöht sich im Durchschnitt um weitere 2%, d.h.: 1. IDA (+3,12) 2. AfDF (+2,36) 3. AsDF (+1,8)
	IDA-International Development Association, AfDf-African Development Fund, AsDF-Asian Development Fund, EEF-Europäischer Entwicklungsfonds					

Kennzahl 45.4.2	Beibehaltung des Vorsprungs der Qualität der ODA-Leistung des BMF im Vergleich zu anderen österreichischen Institutionen					
Berechnungsmethode	Soll-Ist-Vergleich Die numerischen Werte für die 4 aggregierten Indikatoren wurden addiert; 0 Punkte = Durchschnitt aller Geber, positive Werte = über dem Durchschnitt, negative Werte = unter dem Durchschnitt. Diese numerischen Werte bilden die relative Performance eines ODA-Gebers gegenüber der durchschnittlichen Performance aller beurteilten ODA-Geber ab. Die Qualität der ODA-Leistung wird durch aggregierte Indikatoren entlang von vier Dimensionen der ODA Qualität beurteilt: Maximizing Efficiency, Fostering Institutions, Reducing Burden, Transparency and Learning.					
Datenquelle	QUODA-Tool des CGD für 2013 (Erhebungsbasis 2011)					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016

	nicht verfügbar	nicht verfügbar	nicht verfügbar	Österreichische ODA: BMF (+1,47) ADA (+0,38) Diverse (-1,16) BMLVS (-2,9)	Spitzenposition des BMF wird gehalten. Die erreichte Punkteanzahl erhöht sich im Durchschnitt um 2%, d.h.: BMF (+1,5)	Spitzenposition des BMF wird gehalten. Die erreichte Punkteanzahl erhöht sich im Durchschnitt um weitere 2%, d.h.: BMF (+1,56)
	ADA-Austrian Development Agency					

Untergliederung 45 Bundesvermögen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	411,231	410,587	
Finanzerträge	561,865	611,286	
Erträge	**973,096**	**1.021,873**	
Transferaufwand	519,827	603,343	
Betrieblicher Sachaufwand	109,313	56,230	
Aufwendungen	**629,140**	**659,573**	
hievon variabel	*0,002*	*0,001*	
Nettoergebnis	**343,956**	**362,300**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	890,693	1.065,513	1.004,508
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	44,601	23,197	95,013
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	279,240	270,884	-39,427
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.214,534**	**1.359,594**	**1.060,094**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	65,311	56,228	46,114
Auszahlungen aus Transfers	505,347	569,467	415,858
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	467,736	1.140,870	938,157
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	501,878	493,876	156,576
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.540,272**	**2.260,441**	**1.556,706**
hievon variabel	*445,376*	*900,003*	*890,688*
Nettogeldfluss	**-325,738**	**-900,847**	**-496,612**

Untergliederung 45 Bundesvermögen
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 45 Bundes-vermögen**	GB 45.01 Haftungen des Bundes	GB 45.02 Bundes-verm.verwalt.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	411,231	387,234	23,997
Finanzerträge	561,865	33,600	528,265
Erträge	**973,096**	**420,834**	**552,262**
Transferaufwand	519,827	104,395	415,432
Betrieblicher Sachaufwand	109,313	71,904	37,409
Aufwendungen	**629,140**	**176,299**	**452,841**
hievon variabel	*0,002*	*0,002*	
Nettoergebnis	**343,956**	**244,535**	**99,421**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 45 Bundes-vermögen**	GB 45.01 Haftungen des Bundes	GB 45.02 Bundes-verm.verwalt.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	890,693	338,133	552,560
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	44,601		44,601
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	279,240	275,008	4,232
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.214,534**	**613,141**	**601,393**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	65,311	27,902	37,409
Auszahlungen aus Transfers	505,347	104,394	400,953
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	467,736		467,736
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	501,878	501,506	0,372
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.540,272**	**633,802**	**906,470**
hievon variabel	*445,376*	*0,006*	*445,370*
Nettogeldfluss	**-325,738**	**-20,661**	**-305,077**

Globalbudget 45.01 Haftungen des Bundes

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	387,234	390,875	
Finanzerträge	33,600	33,600	
Erträge	**420,834**	**424,475**	
Transferaufwand	104,395	150,855	
Betrieblicher Sachaufwand	71,904	27,903	
Aufwendungen	**176,299**	**178,758**	
hievon variabel	*0,002*	*0,001*	
Nettoergebnis	**244,535**	**245,717**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	338,133	468,115	501,849
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	275,008	267,006	-43,121
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**613,141**	**735,121**	**458,729**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	27,902	27,902	20,112
Auszahlungen aus Transfers	104,394	139,355	88,103
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	501,506	493,504	154,352
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**633,802**	**660,761**	**262,567**
hievon variabel	*0,006*	*0,003*	
Nettogeldfluss	**-20,661**	**74,360**	**196,162**

Globalbudget 45.01 Haftungen des Bundes

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 2	Unterstützung der regionalen Diversifizierung durch gezielten und abgestimmten Einsatz des Außenwirtschaftsförderungs-instrumentariums (Exportfinan-zierung, Internationale Finanzin-stitutionen (IFI) -Kooperation, Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)	Ziel für 2014: Haftungsneuüber-nahmen (ohne Beteiligungen) für Exporte in die Schwellenstaaten (Schwarzmeerregion, inkl. Zent-ralasien, Afrika und Lateinameri-ka) sollen trotz schwieriger Rah-menbedingungen ("arab. Frühling") auf dem Ni-veau von 2012 (rd. 770 Mio. Euro) gehalten werden	Die Haftungsneuübernahmen für Exporte in Schwellenstaaten be-trugen 2012 rd. 770 Mio. Euro. (2011: rd. EUR 340 Mio. Euro)
WZ 2	Gewährung von Haftungen der Republik Österreich für Projektfi-nanzierungen und Investitionen im In- und Ausland	Aufrechterhaltung der effizienten Gestionierung der Haftungen unter Berücksichtigung der Inte-ressen des Bundes, Einhaltung der Haftungsobergrenze gem. § 1 Abs. 1 Bundeshaftungsobergren-zengesetz (BHOG)	Weitest möglicher Ausgleich der übernommenen Risiken durch ein adäquates Haftungsentgelt sowie durch ein zeitgerechtes, effektives und effizientes Auflagencontroll-ling; Der Haftungsstand betrug Ende 2012 rd. 119 Mrd. €

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Übernahme der Garantie bei Projekten ab einer gewissen Größenordnung und bei erkennbaren wesentlichen Projekt-schwächen erst nach deren Klärung und Behebung (Bund 2013/1, SE 17)
ad 1	Die OeKB teilte mit, dass sie sich einem externen Termindruck bei der Entscheidungsfindung verweigere. Die rund ein Jahr nach der Erteilung der Promesse erfolgte Ausstellung der endgültigen Bundeshaftung sei dringlich gewesen, weil die Schihalle zu Beginn der nachfolgenden Saison benutzbar sein sollte. Die projektrelevanten Stärken und Risi-kofaktoren hätten sich seit Erteilung der Promesse nicht verändert (Bund 2013/1, S. 199-200).

2	Umfassendere Prüfung der tatsächlichen Wertschöpfung in regelmäßigen Abständen, um einen möglichen Missbrauch des Systems der Exportförderung zu verhindern (Bund 2013/1, SE 20)
ad 2	Die OeKB teilte in ihrer Stellungnahme mit, dass die in Österreich angewendeten Wertschöpfungslimits im internatio-nalen Vergleich als konservativ anzusehen seien. Insbesondere Länder wie Dänemark und Italien hätten bei ihrer Be-urteilung vom Begriff der Wertschöpfung auf den Begriff des nationalen Interesses umgestellt (Bund 2013/1, S. 224).

3	Reduzierung des Fremdwährungsanteils unter Beachtung des Marktumfelds (insbesondere der Wechselkursentwick-lungen) und unter Berücksichtigung der betriebswirtschaftlichen Erfordernisse des Exportfinanzierungsverfahrens (Bund 2013/1, SE 29)
ad 3	Das BMF habe in den letzten zweieinhalb Jahren Rahmenbedingungen für die Erreichung eines Zielwertes von zu-nächst maximal 35 % Fremdwährung im AFFG–Portfolio festgelegt. Jedenfalls müsse die OeKB aktuell von jeder nominellen Ausweitung des tatsächlichen Fremdwährungsanteils Abstand nehmen (Bund 2013/1, S. 215).

4	Bessere Abbildung des wirtschaftlichen Risikos beim Value at Risk–Modell (Bund 2013/1, SE 11)
ad 4	Laut Stellungnahme der OeKB sei das Modell aufgrund der vormals vorherrschenden Risikosituation auf das politi-sche Risiko fokussiert gewesen. Mit den Vorarbeiten für die Implementierung eines neuen Modells sei bereits begon-nen worden. Sowohl die inzwischen gewonnenen Erkenntnisse als auch die geänderten internationalen Bestimmungen würden darin berücksichtigt (Bund 2013/1, S. 179).

5	Schriftliche Festlegung und laufende Überwachung – in Abstimmung und unter Berücksichtigung bankenspezifischer Anforderungen der OeKB – des vom Bund maximal zu tragenden Risikos für gemäß AFFG übernommene Haftungen; Festlegung verbindlicher Instrumentarien zur Risikominimierung bei Limiterreichung oder –überschreitung (Bund

	2013/1, SE 31)
ad 5	Laut Stellungnahme des BMF werde es für die künftige operative Ausgestaltung des Exportfinanzierungsverfahrens in Abstimmung mit der OeKB Mechanismen entwickeln, die bei Annäherung an gewisse Grenzwerte unter Berücksichtigung marktmäßiger, betriebswirtschaftlicher und bankspezifischer Bedingungen eine Reduktion des Bundesrisikos ermöglichen (Bund 2013/1, S. 218-219).

Globalbudget 45.01 Haftungen des Bundes
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 45.01 Haftungen des Bundes**	DB 45.01.01 AusfFG	DB 45.01.02 AFFG	DB 45.01.03 So.Finanz haft.(fix)	DB 45.01.04 So.Finanz haft.(var)
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	387,234	261,001	110,000	16,231	0,002
Finanzerträge	33,600	33,600			
Erträge	**420,834**	**294,601**	**110,000**	**16,231**	**0,002**
Transferaufwand	104,395	20,502	44,991	38,900	0,002
Betrieblicher Sachaufwand	71,904	71,904			
Aufwendungen	**176,299**	**92,406**	**44,991**	**38,900**	**0,002**
hievon variabel	*0,002*				*0,002*
Nettoergebnis	**244,535**	**202,195**	**65,009**	**-22,669**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 45.01 Haftungen des Bundes**	DB 45.01.01 AusfFG	DB 45.01.02 AFFG	DB 45.01.03 So.Finanz haft.(fix)	DB 45.01.04 So.Finanz haft.(var)
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	338,133	277,600	55,000	5,531	0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	275,008	275,002		0,002	0,004
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**613,141**	**552,602**	**55,000**	**5,533**	**0,006**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	27,902	27,902			
Auszahlungen aus Transfers	104,394	20,501	44,991	38,900	0,002
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	501,506	500,502		1,000	0,004
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**633,802**	**548,905**	**44,991**	**39,900**	**0,006**
hievon variabel	*0,006*				*0,006*
Nettogeldfluss	**-20,661**	**3,697**	**10,009**	**-34,367**	

Globalbudget 45.02 Bundesvermögensverwaltung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	23,997	19,712	
Finanzerträge	528,265	577,686	
Erträge	**552,262**	**597,398**	
Transferaufwand	415,432	452,488	
Betrieblicher Sachaufwand	37,409	28,327	
Aufwendungen	**452,841**	**480,815**	
Nettoergebnis	**99,421**	**116,583**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	552,560	597,398	502,658
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	44,601	23,197	95,013
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	4,232	3,878	3,694
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**601,393**	**624,473**	**601,365**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	37,409	28,326	26,001
Auszahlungen aus Transfers	400,953	430,112	327,756
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	467,736	1.140,870	938,157
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,372	0,372	2,225
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**906,470**	**1.599,680**	**1.294,139**
hievon variabel	*445,370*	*900,000*	*890,688*
Nettogeldfluss	**-305,077**	**-975,207**	**-692,774**

Globalbudget 45.02 Bundesvermögensverwaltung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	Das BMF setzt sich in den zuständigen Gremien für eine strikte Einhaltung der Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits und/oder makroökonomischen Ungleichgewichts ein	Durchschnittliches Budgetdefizit in der Euro-Zone: 2,7% des Bruttoinlandsprodukts (BIP)	Durchschnittliches Budgetdefizit in der Euro-Zone (2012): 3,5% des BIP
		Durchschnittliche Verschuldung in der Euro-Zone: 95,2% des BIP und keine Inanspruchnahme des ESM	Durchschnittliche Verschuldung in der Euro-Zone (Ende 2012): 91,1% des BIP (Quelle: Europäische Kommission-Winterprognose)
WZ 3	Nominierung von Bundesvertreterinnen in die genannten Gremien	Erhöhung des Anteils an Bundesvertreterinnen in den Aufsichtsgremien der genannten Unternehmen auf 25% (2014)	Der Anteil der Bundesvertreterinnen in den Aufsichtsgremien der genannten Unternehmen beträgt 20% per 31. 12. 2012
WZ 4	Einflussnahme auf die Strategien und Investitionen der IFIs durch Beiträge, Programme und Interventionen, und damit Erhaltung oder Beibehaltung des Vorsprungs der Qualität und Effizienz der IFIs sowie der ODA-Leistung des BMF	Spitzenpositionen der IFIs werden gehalten Die erreichte Punkteanzahl erhöht sich im Durchschnitt um 2%, d.h.: 1. IDA (+3,0) 2. AfDF (+2,27) 3. AsDF (+1,73)	Direkter Vergleich der IFIs mit anderen Gebern 2013: 1. IDA (+2,94 Punkte) 2. AfDF (+2,23) 3. AsDF (+1,7) 4. UK (+ 1,27) EU-Institutionen inkl. EEF (+0,95) [USA (-1,86) ÖST. (-1,41)]
		Spitzenposition des BMF wird gehalten Die erreichte Punkteanzahl erhöht sich im Durchschnitt um 2%, d.h.: BMF (+1,5)	Qualität der österreichischen ODA 2013: BMF (+1,47) ADA (+0,38) Diverse (-1,16) BMLVS (-2,9)

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Evaluierung der Möglichkeiten zur Vermeidung einer dauerhaften Bindung finanzieller Mittel in der Münze Österreich Aktiengesellschaft (Bund 2013/10, SE 52)
ad 1	Alle vier (GB 45.02) Empfehlungen betreffen die Münze Österreich AG (100%ige Tochter der OeNB). Entsprechend der Empfehlung werde eine gemeinsame Arbeitsgruppe zwischen Münze und OeNB unter Federführung der OeNB eingerichtet, die evaluieren soll, ob und inwieweit Möglichkeiten bestehen, die unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit der Münze geeignet wären, finanzielle Mittel nicht dauerhaft in der Münze zu binden (Bund 2013/10, S. 81-82).

2	Setzen von Maßnahmen zur Verbesserung der Deckungsbeiträge und gegebenenfalls auch Hinterfragen der Fortführung einiger strategischer Geschäftsfelder (Bund 2013/10, SE 21)
ad 2	Laut Stellungnahme der Münze sei, ergänzend zu einer Vielzahl an Detailmaßnahmen, ein umfassendes „Lean Production"–Projekt zur Effizienz– und Effektivitätssteigerung in der Produktion mit dem Ziel, den Fertigungskostenindex zu senken, gestartet worden. Eine umfassende Optimierung des Vertriebs– und Versandprozesses sei geplant. Beides solle zur Erhöhung der Deckungsbeiträge führen (Bund 2013/10, S. 70).

3	Ergreifen von Maßnahmen zur ausreichenden Senkung der Kosten und Steigerung der Effizienz bei den Gold– und Silberanlagenprodukten auf Basis einer betriebswirtschaftlichen Analyse (Bund 2013/10, SE 24)
ad 3	Laut Mitteilung der Münze sei, ergänzend zu einer Vielzahl an Detailmaßnahmen, ein umfassendes „Lean Produc-

	tion“– Projekt zur Effizienz– und Effektivitätssteigerung in der Produktion mit dem Ziel, den Fertigungskostenindex zu senken, gestartet worden (Bund 2013/10, S. 78).

4	Überarbeitung und Präzisierung der Beteiligungsstrategie, insbesonders Ausweisen von quantitativ messbaren Zielen und zeitlichen Vorgaben (Bund 2013/10, SE 29)
ad 4	Laut Stellungnahme der Münze werde die Beteiligungsstrategie überarbeitet und entsprechend adaptiert werden. Hinkünftig werde die Beteiligungsstrategie laufend evaluiert und bei Bedarf an geänderte Rahmenbedingungen angepasst werden (Bund 2013/10, S. 91).

Globalbudget 45.02 Bundesvermögensverwaltung
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 45.02 Bundes-verm.verwalt.**	DB 45.02.01 Kapitalbe-teiligungen	DB 45.02.02 Bundesdar-lehen	DB 45.02.03 Unbew. Bundesver-mög.	DB 45.02.04 Bes.Zahlung sverpfl.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	23,997	8,503		13,613	1,881
Finanzerträge	528,265	517,650	9,415		1,200
Erträge	**552,262**	**526,153**	**9,415**	**13,613**	**3,081**
Transferaufwand	415,432				415,432
Betrieblicher Sachaufwand	37,409	18,304		16,404	2,701
Aufwendungen	**452,841**	**18,304**		**16,404**	**418,133**
Nettoergebnis	**99,421**	**507,849**	**9,415**	**-2,791**	**-415,052**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 45.02 Bundes-verm.verwalt.**	DB 45.02.01 Kapitalbe-teiligungen	DB 45.02.02 Bundesdar-lehen	DB 45.02.03 Unbew. Bundesver-mög.	DB 45.02.04 Bes.Zahlung sverpfl.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	552,560	526,153	9,415	13,613	3,379
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	44,601	0,008		44,593	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	4,232		4,232		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**601,393**	**526,161**	**13,647**	**58,206**	**3,379**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	37,409	18,304		16,404	2,701
Auszahlungen aus Transfers	400,953				400,953
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	467,736	22,366			
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,372		0,372		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**906,470**	**40,670**	**0,372**	**16,404**	**403,654**
hievon variabel	*445,370*				
Nettogeldfluss	**-305,077**	**485,491**	**13,275**	**41,802**	**-400,275**

DB 45.02.05 ESM (variabel)
445,370
445,370 *445,370*
-445,370

Untergliederung 46 Finanzmarktstabilität

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Wir sichern die Stabilität des österreichischen Finanzsektors, der ohne staatliche Unterstützung gestärkt am Markt agiert und im internationalen Wettbewerb gut positioniert ist.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**2.431,126**	**1.246,907**	**512,533**
Auszahlungen fix	1.631,588	1.631,588	1.088,640	1.753,716
Auszahlungen variabel	200,002	200,002	1.340,610	133,693
Summe Auszahlungen	**1.831,590**	**1.831,590**	**2.429,250**	**1.887,410**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**599,536**	**-1.182,343**	**-1.374,877**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	320,823	361,803	
Aufwendungen	1.631,358	1.095,939	
Nettoergebnis	**-1.310,535**	**-734,136**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Stabilisierung der Banken und allgemein des Finanzsektors nach erfolgtem Ausstieg aus den öffentlichen Unterstützungsmaßnahmen.

Warum dieses Wirkungsziel?
Die Krise hat ein unterstützendes Eingreifen des Staates erfordert, ohne das die Stabilität des österreichischen Finanzsektors nicht gegeben wäre. Es ist aber nicht die Aufgabe des Staates über einen längeren Zeitraum in den Markt einzugreifen. Es ist daher erforderlich, dass Banken, die Partizipationskapital (PS-Kapital/Part.Kap.) gezeichnet haben, das erforderliche Eigenkapital wieder am Markt aufnehmen bzw. über Unternehmenserfolge erwirtschaften.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Vertragliche Ausgestaltung, die vorzeitigen Ausstieg aus der staatlichen Unterstützung attraktiv macht (Anstieg der Dividenden, Auflagen)
- Nichtanrechnung des staatlichen Partizipationskapitals als bankaufsichtliches Eigenkapital ab dem 1. Jänner 2018
- Erarbeitung von Strategien für Umstrukturierungen entlang den beihilferechtlichen Vorgaben

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 46.1.1	Ausständiges Partizipationskapital					
Berechnungs-methode	Abfrage Budgetstandsbericht					
Datenquelle	BMF/Haushaltsverrechnungssystem des Bundes					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2016
	nicht verfügbar	Part.Kap. 4,800 Mrd. € 100%	Part.Kap. 4,100 Mrd. € 85%	IST-Zustand 2013: Part.Kap. 3,475 Mrd. € 72%	Part.Kap. 1,375 Mrd. € 29%	Part.Kap. 1,375 Mrd. € 29%
	Erläuterungen (optional): In der Berechnung wurde das nominell vom Bund gezeichnete Partizipationskapital unter Berücksichtigung der Kapitalherabsetzungen bei der Österreichischen Volksbanken AG (ÖVAG) und der Hypo-Alpe-Adria Bank International AG (HBInt) von insg. 1,325 Mrd. € angesetzt. Der Kennzahlenlogik des BFG 2013 folgend wurde das Jahr 2011 als Ausgangswert mit 100% eingestellt.					

Untergliederung 46 Finanzmarktstabilität

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	77,303	72,801	
Finanzerträge	243,520	289,002	
Erträge	**320,823**	**361,803**	
Transferaufwand	1.630,801	1.084,333	
Betrieblicher Sachaufwand	0,557	1,605	
Finanzaufwand		10,001	
Aufwendungen	**1.631,358**	**1.095,939**	
hievon variabel	*0,001*	*4,002*	
Nettoergebnis	**-1.310,535**	**-734,136**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	331,123	372,903	512,533
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	2.100,001	874,002	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,002	0,002	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.431,126**	**1.246,907**	**512,533**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,785	11,806	2,388
Auszahlungen aus Transfers	1.630,801	1.080,833	612,328
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002	1.139,000
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	200,002	1.336,609	133,693
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.831,590**	**2.429,250**	**1.887,410**
hievon variabel	*200,002*	*1.340,610*	*133,693*
Nettogeldfluss	**599,536**	**-1.182,343**	**-1.374,877**

Untergliederung 46 Finanzmarktstabilität
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 46 Finanz-marktstabi-lit.**	GB 46.01 Finanz-marktstabi-lit.
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	77,303	77,303
Finanzerträge	243,520	243,520
Erträge	**320,823**	**320,823**
Transferaufwand	1.630,801	1.630,801
Betrieblicher Sachaufwand	0,557	0,557
Aufwendungen	**1.631,358**	**1.631,358**
hievon variabel	*0,001*	*0,001*
Nettoergebnis	**-1.310,535**	**-1.310,535**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 46 Finanz-marktstabi-lit.**	GB 46.01 Finanz-marktstabi-lit.
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	331,123	331,123
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	2.100,001	2.100,001
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,002	0,002
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.431,126**	**2.431,126**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,785	0,785
Auszahlungen aus Transfers	1.630,801	1.630,801
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	200,002	200,002
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.831,590**	**1.831,590**
hievon variabel	*200,002*	*200,002*
Nettogeldfluss	**599,536**	**599,536**

Globalbudget 46.01 Finanzmarktstabilität

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	77,303	72,801	
Finanzerträge	243,520	289,002	
Erträge	**320,823**	**361,803**	
Transferaufwand	1.630,801	1.084,333	
Betrieblicher Sachaufwand	0,557	1,605	
Finanzaufwand		10,001	
Aufwendungen	**1.631,358**	**1.095,939**	
hievon variabel	*0,001*	*4,002*	
Nettoergebnis	**-1.310,535**	**-734,136**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	331,123	372,903	512,533
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	2.100,001	874,002	
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,002	0,002	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.431,126**	**1.246,907**	**512,533**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,785	11,806	2,388
Auszahlungen aus Transfers	1.630,801	1.080,833	612,328
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002	1.139,000
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	200,002	1.336,609	133,693
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.831,590**	**2.429,250**	**1.887,410**
hievon variabel	*200,002*	*1.340,610*	*133,693*
Nettogeldfluss	**599,536**	**-1.182,343**	**-1.374,877**

Globalbudget 46.01 Finanzmarktstabilität

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	Die Partizipationskapital-Verträge sehen eine nach fünf Jahren Lauf-zeit steigende Dividende vor, ferner endet die Anrechenbarkeit als Eigenkapital per 31.12.2017. Die Banken werden laufend im Rahmen des Monitorings auf diese Umstände hingewiesen	Ausgehend vom nominellen Wert 2011 (100%) beträgt das ausstän-dige Partizipationskapital 29% (2014)	Wert 2013: 72% (€ 3,475 Mrd.)
WZ 1	Erarbeitung einer Strategie für den Verkauf von Tochterbanken der HBInt gemäß dem mit der Europäischen Kommission fest-gelegten Umstrukturierungsplan	Weiteres Partizipationskapital wird nicht mehr gezeichnet	Das South-East Europe (SEE) - Netzwerk der HBInt ist zeitnah zu veräußern

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Direkte Partizipation des Bundes an allfälliger Erholung der von ihm unterstützten Kreditinstitute (Bund 2012/9, SE 12)
ad 1	Laut Stellungnahme des BMF müssten zukünftige Eigenmittelzufuhren auf Basis von § 2 Abs. 1 Z 3 FinStaG vor dem Hintergrund der ab 2013 neuen Eigenmittelvorschriften nach Basel III vor allem in Form von Aktienkapital durchge-führt werden. Dadurch besteht für den Bund in Hinkunft die Chance, bei Re–Privatisierung seines Anteils nach erfolgreicher Restrukturierung des Kreditinstituts an einer Steigerung des Unternehmenswertes teilzuhaben, was je-doch auch stark von der Marktlage abhängig sein werde (Bund 2012/9, S. 97).

2	Ausübung der Prüfungs– und Einsichtsrechte zur effizienten Überwachung der Auflagen (Bund 2012/9, SE 15)
ad 2	Die FIMBAG erweiterte die Auflagenkontrolle um Analysen der Abweichungen zwischen Plan– und Istwerten sowie Vor–Ort–Prüfungshandlungen (unter Heranziehung autorisierter externer Prüfungs–und Begutachtungskapazität) bei Problemstellungen, die nicht durch andere zuverlässige und qualitätsgesicherte Daten– und Informationsquellen ge-klärt werden können (Bund 2013/13, S. 192-193).

Globalbudget 46.01 Finanzmarktstabilität
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 46.01 Finanz-marktstabi-lit.**	DB 46.01.01 Partizip-Kapitalbet	DB 46.01.02 Haftungen (fix)	DB 46.01.03 Haftungen (variabel)
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	77,303	0,001	77,300	0,002
Finanzerträge	243,520	243,520		
Erträge	**320,823**	**243,521**	**77,300**	**0,002**
Transferaufwand	1.630,801	1.630,801		
Betrieblicher Sachaufwand	0,557	0,004	0,552	0,001
Aufwendungen	**1.631,358**	**1.630,805**	**0,552**	**0,001**
hievon variabel	*0,001*			*0,001*
Nettoergebnis	**-1.310,535**	**-1.387,284**	**76,748**	**0,001**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 46.01 Finanz-marktstabi-lit.**	DB 46.01.01 Partizip-Kapitalbet	DB 46.01.02 Haftungen (fix)	DB 46.01.03 Haftungen (variabel)
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	331,123	243,521	87,600	0,002
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	2.100,001	2.100,001		
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,002	0,001		0,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.431,126**	**2.343,523**	**87,600**	**0,003**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,785	0,004	0,780	0,001
Auszahlungen aus Transfers	1.630,801	1.630,801		
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,002	0,002		
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	200,002	0,001		200,001
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.831,590**	**1.630,808**	**0,780**	**200,002**
hievon variabel	*200,002*			*200,002*
Nettogeldfluss	**599,536**	**712,715**	**86,820**	**-199,999**

Untergliederung 51 Kassenverwaltung

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:
Die Kernaufgabe dieser Untergliederung ist die Kassenverwaltung des Bundes, insbesondere Veranlagungen des Bundes sowie das Management der Rückflüsse aus der Europäischen Union.

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen		**1.451,860**	**1.828,279**	**3.415,224**
Auszahlungen fix	1,000	1,000	337,471	336,916
Summe Auszahlungen	**1,000**	**1,000**	**337,471**	**336,916**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**1.450,860**	**1.490,808**	**3.078,308**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge	1.451,860	1.828,273	
Aufwendungen	1,000	312,365	
Nettoergebnis	**1.450,860**	**1.515,908**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Sicherstellung der jederzeitigen Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen des Bundes.
Warum dieses Wirkungsziel?
Der Bund muss bei Bedarf über die Kassenmittel verfügen können. Weiters dient eine ausreichende Liquidität zur Vorsorge für ungünstige Marktsituationen am Geld- und Kapitalmarkt.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Durch eine detailierte Liquiditätsplanung, welche in Zusammenarbeit vom Schuldenmanagement, das gemäß Bundesfinanzierungsgesetz an die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur übertragen wurde, und den jeweiligen zuständigen Abteilungen im Bundesministerium für Finanzen erstellt und laufend aktualisiert wird.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 51.1.1	Es steht für fällige Verpflichtungen jederzeit Liquidität bereit.					
Berechnungs-methode	Die Anzahl der nicht durchgeführten Zahlungen aufgrund mangelnder Liquidität = 0.					
Datenquelle	Rechnungshof/Bundesrechnungsabschluss					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Die Anzahl der nicht durchgeführten Zahlungen aufgrund mangelnder Liquidität = 0.	Die Anzahl der nicht durchgeführten Zahlungen aufgrund mangelnder Liquidität = 0.	Die Anzahl der nicht durchgeführten Zahlungen aufgrund mangelnder Liquidität = 0.	Die Anzahl der nicht durchgeführten Zahlungen aufgrund mangelnder Liquidität = 0.	Die Anzahl der nicht durchgeführten Zahlungen aufgrund mangelnder Liquidität = 0.	Die Anzahl der nicht durchgeführten Zahlungen aufgrund mangelnder Liquidität = 0.

Kennzahl 51.1.2	Kein negativer Kontostand am Hauptkonto des Bundes.					
Berechnungs-methode	Kontostand Hauptkonto > 0					
Datenquelle	Rechnungshof/Bundesrechnungsabschluss					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Kontostand Hauptkonto > 0	Kontostand Hauptkonto > 0	Kontostand Hauptkonto > 0	Kontostand Hauptkonto > 0	Kontostand Hauptkonto > 0	Kontostand Hauptkonto > 0

Wirkungsziel 2:
Aufrechterhaltung der sehr hohen Kreditqualität der Kassenveranlagungen des Bundes.
Warum dieses Wirkungsziel?
Zur Minimierung des Kreditrisikos des Bundes ist eine risikoaverse Grundausrichtung des Liquiditätsmanagement des Bundes beizubehalten.
Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?
- Bei der Auswahl der Vertragspartner werden Reputationsrisiken berücksichtigt. Kontrahiert wird mit Geschäftspartnern hoher Bonität.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 51.2.1	Vollständige Kapitalrückflüsse					
Berechnungs-methode	Anteil des vollständig zurückerstatteten Kapitals inklusive Zinsen aus Veranlagungen					
Datenquelle	Rechnungshof/Bundesrechnungsabschluss					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Kapitalrück-flüsse 100 %	Kapitalrück-flüsse 100 %	Kapitalrück-flüsse 100 %	Kapitalrück-flüsse 100 %	Kapitalrück-flüsse 100 %	Kapitalrück-flüsse 100 %

Untergliederung 51 Kassenverwaltung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.446,110	1.821,773	
Finanzerträge	5,750	6,500	
Erträge	**1.451,860**	**1.828,273**	
Transferaufwand		309,364	
Betrieblicher Sachaufwand		0,001	
Finanzaufwand	1,000	3,000	
Aufwendungen	**1,000**	**312,365**	
Nettoergebnis	**1.450,860**	**1.515,908**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.451,860	1.828,279	3.415,224
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.451,860**	**1.828,279**	**3.415,224**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1,000	28,107	39,903
Auszahlungen aus Transfers		309,364	297,013
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1,000**	**337,471**	**336,916**
Nettogeldfluss	**1.450,860**	**1.490,808**	**3.078,308**

Untergliederung 51 Kassenverwaltung
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 51 Kassen-verwaltung**	GB 51.01 Kassenver-waltung
Erträge aus der operativen Verwaltungstätig-keit und Transfers	1.446,110	1.446,110
Finanzerträge	5,750	5,750
Erträge	**1.451,860**	**1.451,860**
Finanzaufwand	1,000	1,000
Aufwendungen	**1,000**	**1,000**
Nettoergebnis	**1.450,860**	**1.450,860**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 51 Kassen-verwaltung**	GB 51.01 Kassenver-waltung
Einzahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit und Transfers	1.451,860	1.451,860
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.451,860**	**1.451,860**
Auszahlungen aus der operativen Verwal-tungstätigkeit	1,000	1,000
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1,000**	**1,000**
Nettogeldfluss	**1.450,860**	**1.450,860**

Globalbudget 51.01 Kassenverwaltung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.446,110	1.821,773	
Finanzerträge	5,750	6,500	
Erträge	**1.451,860**	**1.828,273**	
Transferaufwand		309,364	
Betrieblicher Sachaufwand		0,001	
Finanzaufwand	1,000	3,000	
Aufwendungen	**1,000**	**312,365**	
Nettoergebnis	**1.450,860**	**1.515,908**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.451,860	1.828,279	3.415,224
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.451,860**	**1.828,279**	**3.415,224**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1,000	28,107	39,903
Auszahlungen aus Transfers		309,364	297,013
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1,000**	**337,471**	**336,916**
Nettogeldfluss	**1.450,860**	**1.490,808**	**3.078,308**

Globalbudget 51.01 Kassenverwaltung

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1	Durchführung einer vorausschau-enden, laufend aktualisierten Liquiditätsplanung.	Kontostand am Hauptkonto des Bundes an jedem Tag des Jahres > 0. Bereitstellungsgebühr für Kredit-linien bei Banken an jedem Tag des Jahres = 0.	Istzustand 2013: Kontostand am Hauptkonto des Bundes an jedem Tag des Jahres war: > 0. Bereitstellungsgebühr für Kredit-linien bei Banken an jedem Tag des Jahres: = 0.
WZ 2	Anwendung strikter Bonitäts- und Governancekriterien bei der Auswahl von VertragspartnerIn-nen für kreditrisikobehaftete Transaktionen sowie laufendes Monitoring.	Kapitalrückflüsse inklusive Zin-sen zu 100 %.	Istzustand 2013: Kapitalrückflüsse inklusive Zin-sen zu 100 %.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Durchführung eigener, vorwiegend qualitativ angelegter Krisentests im Sinne eines umfassenden Risikomanagements; Vermeidung von Veranlagungen in intransparente Finanzprodukte (Bund 2009/8, SE 17)
ad 1	Die Empfehlungen des Rechnungshofes (Bund 2009/8) wurden bereits umgesetzt. Siehe dazu Nachfrageverfahren Bund 2010/14 (Seite 179).

2	Aus Renditegesichtspunkten neben Taggeldern auch Einsatz längerfristiger risikoarmer Anlageformen (Bund 2009/8, SE 20)
ad 2	Empfehlung des Rechnungshofes, welche im Nachfrageverfahren Bund 2010/14 noch mit „Umsetzung zugesagt“ eingestuft wurde. Es wird auf die Bundesfinanzierungsgesetznovelle verwiesen. Es wurden Limite für kurzlaufende Transaktionen in den Richtlinien festgelegt, bei denen je nach Ratingkategorie und Größenklasse Laufzeiten bis zu zwölf Monaten möglich seien. Die Novelle ist mit 1.1.2010 in Kraft getreten und somit wurde auch diese Empfehlung umgesetzt.

Globalbudget 51.01 Kassenverwaltung
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 51.01 Kassen-verwaltung**	DB 51.01.01 Geldver-kehr-Bund	DB 51.01.04 Transfer von der EU
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.446,110		1.446,110
Finanzerträge	5,750	5,750	
Erträge	**1.451,860**	**5,750**	**1.446,110**
Finanzaufwand	1,000	1,000	
Aufwendungen	**1,000**	**1,000**	
Nettoergebnis	**1.450,860**	**4,750**	**1.446,110**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**GB 51.01 Kassen-verwaltung**	DB 51.01.01 Geldver-kehr-Bund	DB 51.01.04 Transfer von der EU
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	1.451,860	5,750	1.446,110
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1.451,860**	**5,750**	**1.446,110**
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1,000	1,000	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1,000**	**1,000**	
Nettogeldfluss	**1.450,860**	**4,750**	**1.446,110**

Untergliederung 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge

(Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

- Die Kernaufgaben dieser Untergliederung sind die Aufnahme und die Verwaltung der Finanzierungen des Bundes inkl. der Durchführung von Währungstauschverträgen und Portfoliorestrukturierungsmaßnahmen.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Auszahlungen fix	6.903,514	6.903,514	6.508,013	6.615,636
Summe Auszahlungen	**6.903,514**	**6.903,514**	**6.508,013**	**6.615,636**
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		**-6.903,514**	**-6.508,013**	**-6.615,636**

Finanzierungsvoranschlag- Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	97.557,863	95.730,519	50.956,138
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	93.988,557	89.403,074	44.006,831
Nettofinanzierung	**3.569,306**	**6.327,445**	**6.949,308**

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Aufwendungen	7.168,195	7.321,212	
Nettoergebnis	**-7.168,195**	**-7.321,212**	

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:
Bereitstellung der erforderlichen Finanzierungsmittel bei einer risikoaversen Grundausrichtung zu möglichst geringen mittel- bis langfristigen Finanzierungskosten.

Warum dieses Wirkungsziel?
Durch die Umsetzung des Wirkungsziels erhöht sich die Planbarkeit der Zinsauszahlungen, ohne die Optimierung der Finanzierungskosten zu vernachlässigen; dies ist ein wirksamer Beitrag zur restriktiven Gestaltung der Auszahlungen des Bundes und zur Finanzmarktstabilität.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Finanzierungsquellen werden hinreichend stark diversifiziert, d.h. eine gewisse Streuung nach Fälligkeiten, Finanzierungsinstrumenten, Regionen- und Investorentypen;
- Es wird durch intensiven Investorenkontakt der Vorteil und das Standing der „Republik Österreich“ am Markt im Vergleich zu anderen Emittenten herausgearbeitet;
- Vorrangige Aufnahme langfristiger fixverzinster Verbindlichkeiten;

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 58.1.1	Die Renditen der Republik Österreich für langfristige (ca. 10-jährige) staatliche Schuldverschreibungen liegen bezogen auf die Anzahl der Länder des Euroraums im niedrigsten Drittel.					
Berechnungs-methode	Ranking					
Datenquelle	Statistik Austria					
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	im niedrigsten Drittel	im niedrigsten Drittel	im niedrigsten Drittel	im niedrigsten Drittel	im niedrigsten Drittel	im niedrigsten Drittel

Wirkungsziel 2:
Langfristige Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität des Bundes

Warum dieses Wirkungsziel?
Der Bund muss jederzeit seine Zahlungsverpflichtungen erfüllen können. Da dies aufgrund der Primäreinzahlungen und -auszahlungen (ohne Finanzierungen) nicht sichergestellt ist, werden sowohl kurzfristige als auch langfristige Finanzierungen

abgeschlossen. Die Belastung des Bundes durch Bereitstellungsgebühren aus dem Titel Kreditlinien von Banken soll vermieden werden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Finanzierungsquellen werden hinreichend stark diversifiziert, d.h. eine ausreichende Streuung nach Fälligkeiten, Finanzierungsinstrumenten, Regionen- und Investorentypen wird vorgenommen.
- Herausarbeitung des Vorteils und des Standing der „Republik Österreich“ am Markt im Vergleich zu anderen Emittenten durch intensive Investorenkontakte.

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 58.2.1	Keine Bereitstellungsgebühr für Kreditlinien bei Banken					
Berechnungs-methode						
Datenquelle						
Entwicklung	Istzustand 2010	Istzustand 2011	Istzustand 2012	Zielzustand 2013	Zielzustand 2014	Zielzustand 2015
	Bereitstel-lungsgebühr = 0	Bereitstel-lungsgebühr = 0	Bereitstel-lungsgebühr = 0	Bereitstel-lungsgebühr = 0	Bereitstel-lungsgebühr = 0	Bereitstel-lungsgebühr =0

Untergliederung 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Finanzaufwand	7.168,195	7.321,212	
Aufwendungen	**7.168,195**	**7.321,212**	
Nettoergebnis	**-7.168,195**	**-7.321,212**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	6.903,514	6.508,013	6.615,636
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.903,514**	**6.508,013**	**6.615,636**
Nettogeldfluss	**-6.903,514**	**-6.508,013**	**-6.615,636**

Finanzierungsvoranschlag- Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	42.242,471	38.722,261	27.979,107
Einzahlungen aus der Aufnahme von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten	40.000,000	40.000,000	11.565,846
Einzahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen	15.315,385	17.008,249	11.411,185
Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	0,007	0,009	
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**97.557,863**	**95.730,519**	**50.956,138**
Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	39.040,513	32.796,431	20.921,544
Auszahlungen aus der Tilgung von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangener Geldverbindlichkeiten	40.000,000	40.000,000	11.609,886
Auszahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen	14.948,036	16.606,634	11.475,400
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,008	0,009	
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**93.988,557**	**89.403,074**	**44.006,831**
Bundesfinanzierung	**3.569,306**	**6.327,445**	**6.949,308**

Untergliederung 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge
Aufteilung auf Globalbudgets (GB)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**UG 58 Finanzierungen WTV**	GB 58.01 Finanzierungen WTV
Finanzaufwand	7.168,195	7.168,195
Aufwendungen	**7.168,195**	**7.168,195**
Nettoergebnis	**-7.168,195**	**-7.168,195**

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	**UG 58 Finanzierungen WTV**	GB 58.01 Finanzierungen WTV
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	6.903,514	6.903,514
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.903,514**	**6.903,514**
Nettogeldfluss	**-6.903,514**	**-6.903,514**

Finanzierungsvoranschlag-Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	**UG 58 Finanzierungen WTV**	GB 58.01 Finanzierungen WTV
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	42.242,471	42.242,471
Einzahlungen aus der Aufnahme von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten	40.000,000	40.000,000
Einzahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen	15.315,385	15.315,385
Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	0,007	0,007
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**97.557,863**	**97.557,863**
Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	39.040,513	39.040,513
Auszahlungen aus der Tilgung von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangener Geldverbindlichkeiten	40.000,000	40.000,000
Auszahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen	14.948,036	14.948,036
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,008	0,008
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**93.988,557**	**93.988,557**
Bundesfinanzierung	**3.569,306**	**3.569,306**

Globalbudget 58.01 Finanzierungen und Währungstauschverträge

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Finanzaufwand	7.168,195	7.321,212	
Aufwendungen	**7.168,195**	**7.321,212**	
Nettoergebnis	**-7.168,195**	**-7.321,212**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	6.903,514	6.508,013	6.615,636
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.903,514**	**6.508,013**	**6.615,636**
Nettogeldfluss	**-6.903,514**	**-6.508,013**	**-6.615,636**

Finanzierungsvoranschlag- Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	42.242,471	38.722,261	27.979,107
Einzahlungen aus der Aufnahme von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten	40.000,000	40.000,000	11.565,846
Einzahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen	15.315,385	17.008,249	11.411,185
Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	0,007	0,009	
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**97.557,863**	**95.730,519**	**50.956,138**
Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	39.040,513	32.796,431	20.921,544
Auszahlungen aus der Tilgung von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangener Geldverbindlichkeiten	40.000,000	40.000,000	11.609,886
Auszahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen	14.948,036	16.606,634	11.475,400
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,008	0,009	
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**93.988,557**	**89.403,074**	**44.006,831**
Bundesfinanzierung	**3.569,306**	**6.327,445**	**6.949,308**

Globalbudget 58.01 Finanzierungen und Währungstauschverträge

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Wirkungs-ziel/en	Wie werden die Wirkungsziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilen-steine/Kennzahlen für 2014	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2014)
WZ 1, WZ 2	Mittels eines relativ ausgewogenen Tilgungsprofils werden Risiken durch zeitliche Spitzen beim Finanzierungsbedarf (zeitliches Klumpenrisiko) vermieden und ein bestimmter Zinsfixierungszeitraum angestrebt.	Die angestrebte Zinsfixierungszeitraum-Bandbreite für das Jahr 2014 von 7,0 bis 8,5 Jahren wird eingehalten.	Der Zinsfixierungszeitraum lag Ende 2013 bei 8,13 Jahren.
WZ 1, WZ 2	Das Refinanzierungsvolumen wird auf einem niedrigen Niveau im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gehalten, indem das Tilgungsprofil relativ ausgewogen gestaltet wird.	Das angestrebte Refinanzierungsvolumen innerhalb eines zukünftigen Kalenderjahres ab 2015 bezogen auf das prognostizierte und extrapolierte Bruttoinlandsprodukt beträgt nicht mehr als 10%.	Das Refinanzierungsvolumen innerhalb eines zukünftigen Kalenderjahres ab 2014 bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt beträgt maximal 7,67 %.
WZ 1, WZ 2	Aufrechterhaltung einer liquiden Referenzkurve (Benchmarkkurve) von Bundesanleihen, um der Preisorientierungsfunktion für die Festlegung verschiedener Finanzierungssätze in Österreich gerecht zu werden, indem die Anleihen mit den entsprechenden Laufzeiten aufgestockt werden bzw. Syndikate mit entsprechenden Laufzeiten begeben werden.	Es sollte zumindest für 7 verschiedene Fristigkeiten zwischen 2 und 30 Jahren die entsprechende Rendite für die jeweilige Fälligkeit vorhanden sein. Die zugrundeliegenden Anleihen werden auf gängigen Handelssystemen und geregelten Märkten gehandelt.	Per Ende 2013 sind für 13 verschiedene Fristigkeiten zwischen 2 und 30 Jahren entsprechende Renditen vorhanden.

Kommentar zu Maßnahmen aus dem vorangegangenen Bundesvoranschlag, die im gegenständlichen Bundesvoranschlag nicht mehr unter den fünf wichtigsten Maßnahmen angeführt sind

Empfehlungen des Rechnungshofs und Stellungnahmen des haushaltsleitenden Organs

1	Überprüfung des Vorliegens von nachträglich zu ändernden Kreditoperationen und der Verwendung der Darlehensmittel bei Länderfinanzierungen (Bund 2013/9, SE 92)
ad 1	Eine inhaltliche Prüfung ist nur möglich, wenn Kenntnis über das gesamte Portfolio sowie über die Strategie des jeweiligen Bundeslandes besteht. Das ist derzeit nicht der Fall. Der Entwurf zur „Anti-Spekulationsgesetzgebung“ sieht vor, dass ein Koordinationskomittee über die Gesamtpositionen und -strategien Kenntnis erhält. Eine Umsetzung der RH-Empfehlung würde es notwendig machen zu definieren, wie ein Informationsfluss vom Koordinationskomittee an OeBFA erfolgen kann, damit eine Prüfung eines Einzelgeschäftes im Kontext des Gesamten möglich gemacht würde.

2	Laufende Beobachtung der Entwicklung auf dem Kapitalmarkt und Anpassung der Zusammensetzung des Finanzierungsportfolios an das Marktumfeld (Bund 2009/8, SE 18)
ad 2	Die Empfehlungen des Rechnungshofes (Bund 2009/8) wurden bereits umgesetzt. Siehe dazu Nachfrageverfahren Bund 2010/14 (Seite 179).

3	Laufende Aktualisierung des Limitwesens des Schuldenmanagements (Bund 2009/8, SE 22)
ad 3	Die Empfehlungen des Rechnungshofes (Bund 2009/8) wurden bereits umgesetzt. Siehe dazu Nachfrageverfahren Bund 2010/14 (Seite 179).

Globalbudget 58.01 Finanzierungen und Währungstauschverträge
Aufteilung auf Detailbudgets

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	**GB 58.01 Finanzierungen WTV**	DB 58.01.01 Finanz., WTV, Wertp.	DB 58.01.02 Kurzfr. Verpfl.
Finanzaufwand	7.168,195	7.159,027	9,168
Aufwendungen	**7.168,195**	**7.159,027**	**9,168**
Nettoergebnis	**-7.168,195**	**-7.159,027**	**-9,168**

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	**GB 58.01 Finanzierungen WTV**	DB 58.01.01 Finanz., WTV, Wertp.	DB 58.01.02 Kurzfr. Verpfl.
Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	6.903,514	6.894,346	9,168
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6.903,514**	**6.894,346**	**9,168**
Nettogeldfluss	**-6.903,514**	**-6.894,346**	**-9,168**

Finanzierungsvoranschlag- Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	**GB 58.01 Finanzierungen WTV**	DB 58.01.01 Finanz., WTV, Wertp.	DB 58.01.02 Kurzfr. Verpfl.
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	42.242,471	42.242,471	
Einzahlungen aus der Aufnahme von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten	40.000,000		40.000,000
Einzahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen	15.315,385	5.315,380	10.000,005
Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	0,007	0,007	
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**97.557,863**	**47.557,858**	**50.000,005**
Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	39.040,513	39.040,513	
Auszahlungen aus der Tilgung von vorübergehend zur Kassenstärkung eingegangener Geldverbindlichkeiten	40.000,000		40.000,000
Auszahlungen infolge eines Kapitaltausches bei Währungstauschverträgen	14.948,036	4.948,031	10.000,005
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,008	0,008	
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**93.988,557**	**43.988,552**	**50.000,005**
Bundesfinanzierung	**3.569,306**	**3.569,306**	

Zusammenfassung des Ergebnisvoranschlages nach Rubriken und Untergliederungen

(Beträge in Millionen Euro)

UG	Bezeichnung	Nettoerg. 2014	Erträge 2014	Aufw. 2014	Aufw. 2013	Aufw. 2012
	Recht und Sicherheit					
01	Präsidentschaftskanzlei	-7,759	0,043	7,802	7,886	
02	Bundesgesetzgebung	-161,005	2,517	163,522	136,628	
03	Verfassungsgerichtshof	-14,061	0,399	14,460	12,780	
04	Verwaltungsgerichtshof	-18,727	0,084	18,811	17,686	
05	Volksanwaltschaft	-9,855	0,184	10,039	10,115	
06	Rechnungshof	-31,448	0,238	31,686	30,902	
10	Bundeskanzleramt	-395,870	3,896	399,766	327,343	
	hievon variabel	*-82,900*		*82,900*	*88,500*	
11	Inneres	-2.433,821	143,594	2.577,415	2.518,401	
12	Äußeres	-409,459	16,403	425,862	407,315	
13	Justiz	-335,539	1.036,733	1.372,272	1.424,719	
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	-2.132,500	53,481	2.185,981	2.058,098	
15	Finanzverwaltung	-991,979	152,550	1.144,529	1.197,220	
16	Öffentliche Abgaben	46.831,794	47.881,794	1.050,000		
	Rubrik 0,1...	**39.889,771**	**49.291,916**	**9.402,145**	**8.149,093**	
	Arbeit, Soziales, Gesundheit u. Familie					
20	Arbeit	-1.001,730	6.037,444	7.039,174	6.490,095	
	hievon variabel	*-5.184,502*		*5.184,502*	*4.966,809*	
21	Soziales und Konsumentenschutz	-2.681,584	242,509	2.924,093	2.903,663	
22	Pensionsversicherung	-10.157,100	36,900	10.194,000	9.966,200	
	hievon variabel	*-10.194,000*		*10.194,000*	*9.966,200*	
23	Pensionen - Beamtinnen und Beamte	-6.681,410	2.282,556	8.963,966	8.673,556	
24	Gesundheit	-905,077	48,702	953,779	925,549	
	hievon variabel	*-629,669*		*629,669*	*607,000*	
25	Familien und Jugend	368,352	7.081,457	6.713,105	6.468,382	
	Rubrik 2...	**-21.058,549**	**15.729,568**	**36.788,117**	**35.427,445**	
	Bildung, Forschung, Kunst u. Kultur					
30	Bildung und Frauen	-8.030,639	147,117	8.177,756	8.493,911	
31	Wissenschaft und Forschung	-4.080,070	1,328	4.081,398	4.022,456	
32	Kunst und Kultur	-362,874	5,069	367,943		
33	Wirtschaft (Forschung)	-101,598	0,002	101,600	97,900	
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	-427,691	0,005	427,696	410,735	
	Rubrik 3...	**-13.002,872**	**153,521**	**13.156,393**	**13.025,002**	
	Wirtschaft, Infrastruktur u. Umwelt					
40	Wirtschaft	-135,894	265,152	401,046	457,713	
41	Verkehr, Innovation und Technologie	-4.607,860	382,263	4.990,123	4.066,096	
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	-2.009,113	231,720	2.240,833	2.099,370	
	hievon variabel	*-1.287,257*		*1.287,257*	*1.319,600*	
43	Umwelt	-169,879	469,064	638,943	660,071	
44	Finanzausgleich	-378,174	635,829	1.014,003	803,997	
	hievon variabel	*-795,919*		*795,919*	*755,184*	
45	Bundesvermögen	343,956	973,096	629,140	659,573	
	hievon variabel	*-0,002*		*0,002*	*0,001*	
46	Finanzmarktstabilität	-1.310,535	320,823	1.631,358	1.095,939	
	hievon variabel	*-0,001*		*0,001*	*4,002*	
	Rubrik 4...	**-8.267,499**	**3.277,947**	**11.545,446**	**9.842,759**	
	Kassa und Zinsen					
51	Kassenverwaltung	1.450,860	1.451,860	1,000	312,365	
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	-7.168,195		7.168,195	7.321,212	
	Rubrik 5...	**-5.717,335**	**1.451,860**	**7.169,195**	**7.633,577**	
	Summe Ergebnisvoranschlag...	**-8.156,484**	**69.904,812**	**78.061,296**	**74.077,876**	
	hievon variabel...	***-18.174,250***		***18.174,250***	***17.707,296***	

Zusammenfassung des Finanzierungsvoranschlages nach Rubriken und Untergliederungen

(Beträge in Millionen Euro)

UG	Bezeichnung	Nettofinbed. 2014	Einz. 2014	Ausz. 2014	Ausz. 2013	Ausz. 2012
	Allgemeine Gebarung					
	Recht und Sicherheit					
01	Präsidentschaftskanzlei	-7,575	0,025	7,600	7,834	7,842
02	Bundesgesetzgebung	-160,694	2,301	162,995	136,329	163,382
03	Verfassungsgerichtshof	-13,735	0,396	14,131	12,805	12,626
04	Verwaltungsgerichtshof	-18,671	0,094	18,765	18,146	16,812
05	Volksanwaltschaft	-9,899	0,147	10,046	10,209	7,735
06	Rechnungshof	-31,111	0,086	31,197	30,622	30,337
10	Bundeskanzleramt	-391,984	4,062	396,046	335,823	277,421
	hievon variabel	*-82,900*		*82,900*	*88,500*	*46,856*
11	Inneres	-2.407,703	121,881	2.529,584	2.505,026	2.404,132
12	Äußeres	-413,015	5,762	418,777	402,645	398,330
13	Justiz	-318,519	980,000	1.298,519	1.289,152	1.272,765
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	-2.106,989	50,038	2.157,027	2.149,352	2.205,319
15	Finanzverwaltung	-948,910	152,174	1.101,084	1.193,784	1.143,238
16	Öffentliche Abgaben	47.881,794	47.881,794			
	Rubrik 0,1...	**41.052,989**	**49.198,760**	**8.145,771**	**8.091,727**	**7.939,939**
	Arbeit, Soziales, Gesundheit u. Familie					
20	Arbeit	-993,669	6.034,590	7.028,259	6.405,793	6.110,449
	hievon variabel	*-5.176,751*		*5.176,751*	*4.964,089*	*4.442,165*
21	Soziales und Konsumentenschutz	-2.681,953	241,369	2.923,322	2.900,775	2.986,926
22	Pensionsversicherung	-10.157,100	36,900	10.194,000	9.966,200	9.795,310
	hievon variabel	*-10.194,000*		*10.194,000*	*9.966,200*	*9.795,310*
23	Pensionen - Beamtinnen und Beamte	-6.689,087	2.284,520	8.973,607	8.693,866	8.917,860
24	Gesundheit	-905,200	48,113	953,313	925,830	935,881
	hievon variabel	*-629,669*		*629,669*	*607,000*	*577,550*
25	Familien und Jugend	346,074	7.151,461	6.805,387	6.566,380	6.371,408
	Rubrik 2...	**-21.080,935**	**15.796,953**	**36.877,888**	**35.458,844**	**35.117,834**
	Bildung, Forschung, Kunst u. Kultur					
30	Bildung und Frauen	-7.996,092	82,611	8.078,703	8.502,864	8.343,842
31	Wissenschaft und Forschung	-4.077,576	0,545	4.078,121	4.022,015	3.777,581
32	Kunst und Kultur	-363,416	5,170	368,586		
33	Wirtschaft (Forschung)	-101,598	0,002	101,600	97,900	109,962
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	-422,192	2,008	424,200	406,100	339,590
	Rubrik 3...	**-12.960,874**	**90,336**	**13.051,210**	**13.028,879**	**12.570,975**
	Wirtschaft, Infrastruktur u. Umwelt					
40	Wirtschaft	-67,301	293,426	360,727	421,370	460,003
41	Verkehr, Innovation und Technologie	-2.791,729	382,096	3.173,825	2.914,065	2.814,470
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	-1.994,471	231,801	2.226,272	2.093,498	2.093,497
	hievon variabel	*-1.287,257*		*1.287,257*	*1.319,600*	*1.255,271*
43	Umwelt	-169,955	469,064	639,019	658,251	727,100
44	Finanzausgleich	-378,174	635,829	1.014,003	803,997	708,677
	hievon variabel	*-795,919*		*795,919*	*755,184*	*660,681*
45	Bundesvermögen	-325,738	1.214,534	1.540,272	2.260,441	1.556,706
	hievon variabel	*-445,376*		*445,376*	*900,003*	*890,688*
46	Finanzmarktstabilität	599,536	2.431,126	1.831,590	2.429,250	1.887,410
	hievon variabel	*-200,002*		*200,002*	*1.340,610*	*133,693*
	Rubrik 4...	**-5.127,832**	**5.657,876**	**10.785,708**	**11.580,872**	**10.247,862**
	Kassa und Zinsen					
51	Kassenverwaltung	1.450,860	1.451,860	1,000	337,471	336,916
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	-6.903,514		6.903,514	6.508,013	6.615,636
	Rubrik 5...	**-5.452,654**	**1.451,860**	**6.904,514**	**6.845,484**	**6.952,553**
	Summe Allgemeine Gebarung...	**-3.569,306**	**72.195,785**	**75.765,091**	**75.005,806**	**72.829,163**
	hievon variabel...	***-18.811,874***		***18.811,874***	***19.941,186***	***17.802,214***

UG	Bezeichnung	Nettofinbed. 2014	Einz. 2014	Ausz. 2014	Ausz. 2013	Ausz. 2012
	Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit					
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	3.569,306	97.557,863	93.988,557	89.403,074	44.006,831
	Summe Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit...	**3.569,306**	**97.557,863**	**93.988,557**	**89.403,074**	**44.006,831**
	Summe Finanzierungsvoranschlag...		**169.753,648**	**169.753,648**	**164.408,880**	**116.835,993**

I.a Aufgliederung des Ergebnisvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen

(Beträge in Millionen Euro)

UG	Bezeichnung	Aufwendungen			
		Personal-aufwand	Transfer-aufwand	Betriebl. Sachaufw.	Finanz-aufwand
	Recht und Sicherheit				
01	Präsidentschaftskanzlei	5,310	0,001	2,491	
02	Bundesgesetzgebung	32,212	47,142	84,165	0,003
03	Verfassungsgerichtshof	6,661	2,011	5,788	
04	Verwaltungsgerichtshof	16,781	0,004	2,026	
05	Volksanwaltschaft	5,759	0,894	3,386	
06	Rechnungshof	26,680	0,245	4,761	
10	Bundeskanzleramt	77,549	263,585	58,632	
	hievon variabel		*82,900*		
11	Inneres	1.923,690	155,115	498,610	
12	Äußeres	125,810	189,351	110,701	
13	Justiz	720,910	64,001	587,361	
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	1.150,155	140,915	894,911	
15	Finanzverwaltung	699,669	122,603	322,256	0,001
16	Öffentliche Abgaben			1.050,000	
	Rubrik 0,1...	**4.791,186**	**985,867**	**3.625,088**	**0,004**
	Arbeit, Soziales, Gesundheit u. Familie				
20	Arbeit	84,552	6.566,560	388,062	
	hievon variabel		*5.167,017*	*17,485*	
21	Soziales und Konsumentenschutz	77,482	2.797,198	48,629	0,784
22	Pensionsversicherung		10.194,000		
	hievon variabel		*10.194,000*		
23	Pensionen - Beamtinnen und Beamte		8.963,099	0,867	
24	Gesundheit	26,446	880,619	46,713	0,001
	hievon variabel		*629,669*		
25	Familien und Jugend	7,437	6.093,896	611,772	
	Rubrik 2...	**195,917**	**35.495,372**	**1.096,043**	**0,785**
	Bildung, Forschung, Kunst u. Kultur				
30	Bildung und Frauen	3.189,787	3.940,530	1.047,430	0,009
31	Wissenschaft und Forschung	52,541	3.947,102	81,755	
32	Kunst und Kultur	14,896	327,181	25,866	
33	Wirtschaft (Forschung)		99,808	1,792	
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)		416,867	10,829	
	Rubrik 3...	**3.257,224**	**8.731,488**	**1.167,672**	**0,009**
	Wirtschaft, Infrastruktur u. Umwelt				
40	Wirtschaft	136,743	120,203	144,098	0,002
41	Verkehr, Innovation und Technologie	65,853	4.131,804	792,465	0,001
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	166,449	1.916,056	157,885	0,443
	hievon variabel		*1.287,256*	*0,001*	
43	Umwelt		547,916	91,027	
44	Finanzausgleich		1.014,003		
	hievon variabel		*795,919*		
45	Bundesvermögen		519,827	109,313	
	hievon variabel		*0,002*		
46	Finanzmarktstabilität		1.630,801	0,557	
	hievon variabel			*0,001*	
	Rubrik 4...	**369,045**	**9.880,610**	**1.295,345**	**0,446**
	Kassa und Zinsen				
51	Kassenverwaltung				1,000
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge				7.168,195
	Rubrik 5...				**7.169,195**
	Summe Ergebnishaushalt...	**8.613,372**	**55.093,337**	**7.184,148**	**7.170,439**
	hievon variabel...		***18.156,763***	***17,487***	
	davon				
	Aktivitätsaufwand	*8.613,372*			
	Pensionsaufwand		***4.383,357***		

Erträge	
operative Vwt	Finanz-erträge
0,043	
2,497	0,020
0,399	
0,084	
0,184	
0,238	
3,892	0,004
143,594	
16,243	0,160
1.036,731	0,002
53,481	
151,912	0,638
47.881,794	
49.291,092	**0,824**
6.037,443	0,001
242,492	0,017
36,900	
2.282,556	
48,701	0,001
7.081,453	0,004
15.729,545	**0,023**
147,116	0,001
1,326	0,002
5,069	
0,001	0,001
0,003	0,002
153,515	**0,006**
200,103	65,049
237,226	145,037
208,057	23,663
469,062	0,002
635,826	0,003
411,231	561,865
77,303	243,520
2.238,808	**1.039,139**
1.446,110	5,750
1.446,110	**5,750**
68.859,070	**1.045,742**

I.b Aufgliederung des Finanzierungsvoranschlages nach nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen, Allgemeine Gebarung

(Beträge in Millionen Euro)

UG	Bezeichnung	Auszahlungen aus			
		operative Vwt	Transfer	Investitions-tätigkeit	Darlehen/ Vorschüsse
	Recht und Sicherheit				
01	Präsidentschaftskanzlei	7,554	0,001	0,031	0,014
02	Bundesgesetzgebung	113,513	47,242	2,150	0,090
03	Verfassungsgerichtshof	12,044	2,011	0,056	0,020
04	Verwaltungsgerichtshof	18,634	0,004	0,105	0,022
05	Volksanwaltschaft	9,053	0,894	0,073	0,026
06	Rechnungshof	30,715	0,245	0,192	0,045
10	Bundeskanzleramt	131,170	263,585	1,122	0,169
	hievon variabel		*82,900*		
11	Inneres	2.387,415	125,115	15,677	1,377
12	Äußeres	221,623	189,351	7,706	0,097
13	Justiz	1.217,366	64,001	17,147	0,005
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	1.742,889	140,909	269,728	3,501
15	Finanzverwaltung	975,622	122,403	1,640	1,419
16	Öffentliche Abgaben				
	Rubrik 0,1...	**6.867,598**	**955,761**	**315,627**	**6,785**
	Arbeit, Soziales, Gesundheit u. Familie				
20	Arbeit	461,395	6.566,561	0,173	0,130
	hievon variabel	*9,733*	*5.167,018*		
21	Soziales und Konsumentenschutz	121,789	2.797,647	0,653	3,233
22	Pensionsversicherung		10.194,000		
	hievon variabel		*10.194,000*		
23	Pensionen - Beamtinnen und Beamte	0,464	8.973,103		0,040
24	Gesundheit	72,302	880,618	0,315	0,078
	hievon variabel		*629,669*		
25	Familien und Jugend	592,908	6.080,895	0,332	131,252
	Rubrik 2...	**1.248,858**	**35.492,824**	**1,473**	**134,733**
	Bildung, Forschung, Kunst u. Kultur				
30	Bildung und Frauen	4.099,442	3.940,525	36,489	2,247
31	Wissenschaft und Forschung	127,687	3.947,102	2,937	0,395
32	Kunst und Kultur	40,499	327,189	0,868	0,030
33	Wirtschaft (Forschung)	1,792	99,808		
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	10,829	413,367	0,004	
	Rubrik 3...	**4.280,249**	**8.727,991**	**40,298**	**2,672**
	Wirtschaft, Infrastruktur u. Umwelt				
40	Wirtschaft	215,649	120,202	24,373	0,503
41	Verkehr, Innovation und Technologie	815,047	2.354,847	3,629	0,302
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	302,207	1.916,056	7,804	0,205
	hievon variabel	*0,001*	*1.287,256*		
43	Umwelt	90,797	547,916	0,306	
44	Finanzausgleich		1.014,003		
	hievon variabel		*795,919*		
45	Bundesvermögen	65,311	505,347	467,736	501,878
	hievon variabel		*0,002*	*445,370*	*0,004*
46	Finanzmarktstabilität	0,785	1.630,801	0,002	200,002
	hievon variabel	*0,001*			*200,001*
	Rubrik 4...	**1.489,796**	**8.089,172**	**503,850**	**702,890**
	Kassa und Zinsen				
51	Kassenverwaltung	1,000			
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	6.903,514			
	Rubrik 5...	**6.904,514**			
	Summe Allgemeine Gebarung...	**20.791,015**	**53.265,748**	**861,248**	**847,080**
	hievon variabel...	***9,735***	***18.156,764***	***445,370***	***200,005***

Einzahlungen aus		
operative Vwt u. Trans	Investitions-tätigkeit	Darlehen/ Vorschüsse
0,017	0,003	0,005
2,224	0,007	0,070
0,372	0,004	0,020
0,079	0,001	0,014
0,126	0,002	0,019
0,051	0,003	0,032
3,896	0,003	0,163
119,973	0,472	1,436
5,576	0,101	0,085
979,576	0,140	0,284
46,508	0,022	3,508
150,983	0,026	1,165
47.881,794		
49.191,175	**0,784**	**6,801**
6.034,458	0,001	0,131
241,210	0,016	0,143
36,900		
2.284,487		0,033
48,033	0,005	0,075
7.081,457	0,001	70,003
15.726,545	**0,023**	**70,385**
80,479	0,051	2,081
0,257	0,010	0,278
5,165	0,005	
0,002		
0,005	0,002	2,001
85,908	**0,068**	**4,360**
292,508	0,033	0,885
381,745	0,023	0,328
231,598	0,075	0,128
469,064		
635,829		
890,693	44,601	279,240
331,123	2.100,001	0,002
3.232,560	**2.144,733**	**280,583**
1.451,860		
1.451,860		
69.688,048	**2.145,608**	**362,129**

I.c Aufgliederung des Finanzierungsvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen, Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit

(Beträge in Millionen Euro)

UG	Bezeichnung	Auszahlungen aus			
		Tilgung von Finanzschulden	Tilg. v. zur Kassenstärk. eing. Geldverb.	Kapitalaustausch bei WTV	Erwerb v. Finanzanlagen
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	39.040,513	40.000,000	14.948,036	0,008
	Summe Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit...	**39.040,513**	**40.000,000**	**14.948,036**	**0,008**

Einzahlungen aus			
Aufnahme von Finanz-schulden	Aufn. v. zur Kassenstärk. eing. Geld-verb.	Kapitalaus-tausch bei WTV	Abgang v. Finanzanla-gen
42.242,471	40.000,000	15.315,385	0,007
42.242,471	**40.000,000**	**15.315,385**	**0,007**

I.d Summarische Aufgliederung des Ergebnisvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen und Aufgabenbereichen

(Beträge in Millionen Euro)

Mittelverwendungs- & Mittelaufbringungsgruppen	Aufgabenbereiche				
	Summe	**09**	**11**	**16**	**17**
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	68.859,070	14.427,853		53.075,036	
Finanzerträge	1.045,742	0,023		183,297	5,750
Erträge	**69.904,812**	**14.427,876**		**53.258,333**	**5,750**
Personalaufwand	8.613,372	177,993		1.169,766	
Transferaufwand	55.093,337	32.210,204		1.164,266	
Betrieblicher Sachaufwand	7.184,148	1.104,197		1.968,438	
Finanzaufwand	7.170,439	0,784		0,006	7.169,195
Aufwendungen	**78.061,296**	**33.493,178**		**4.302,476**	**7.169,195**
Nettoergebnis	**-8.156,484**	**-19.065,302**		**48.955,857**	**-7.163,445**

Aufgabenbereiche							
21	**25**	**31**	**33**	**34**	**36**	**42**	**45**
	52,623	107,701	956,065	80,114	10,517	195,537	595,475
				0,002		23,653	145,036
	52,623	**107,701**	**956,065**	**80,116**	**10,517**	**219,190**	**740,511**
0,246	1.118,846	1.776,566	511,293	220,947	56,865	113,060	1,945
	7,989	11,981	21,948	5,041		1.876,192	7.361,834
	877,544	207,440	288,134	207,721	167,601	107,915	740,884
						0,001	0,001
0,246	**2.004,379**	**1.995,987**	**821,375**	**433,709**	**224,466**	**2.097,168**	**8.104,664**
-0,246	**-1.951,756**	**-1.888,286**	**134,690**	**-353,593**	**-213,949**	**-1.877,978**	**-7.364,153**

I.d Summarische Aufgliederung des Ergebnisvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen und Aufgabenbereichen

(Beträge in Millionen Euro)

Mittelverwendungs- & Mittelaufbringungsgruppen					
	47	**49**	**56**	**61**	**76**
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers		471,292	469,065		-1.764,475
Finanzerträge		678,515	0,002	9,418	0,001
Erträge		**1.149,807**	**469,067**	**9,418**	**-1.764,474**
Personalaufwand		70,444	0,060		56,053
Transferaufwand		1.936,570	547,916	3,116	955,970
Betrieblicher Sachaufwand	0,015	61,792	92,320		65,950
Finanzaufwand					0,001
Aufwendungen	**0,015**	**2.068,806**	**640,296**	**3,116**	**1.077,974**
Nettoergebnis	**-0,015**	**-918,999**	**-171,229**	**6,302**	**-2.842,448**

82	**84**	**86**	**91**	**92**	**94**	**96**	**98**
18,798		0,176		93,333	4,538		64,891
					0,002		0,041
18,798		**0,176**		**93,333**	**4,540**		**64,932**
17,967		2,677		2.906,415	130,922	0,009	260,845
424,809	57,110	129,500	3.566,421	231,910	3.528,021		153,384
99,618		5,636	11,586	830,946	108,792		189,039
0,001				0,006			0,444
542,395	**57,110**	**137,813**	**3.578,007**	**3.969,277**	**3.767,735**	**0,009**	**603,712**
-523,597	**-57,110**	**-137,637**	**-3.578,007**	**-3.875,944**	**-3.763,195**	**-0,009**	**-538,780**

I.d Summarische Aufgliederung des Ergebnisvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen und Aufgabenbereichen

(Beträge in Millionen Euro)

Mittelverwendungs- & Mittelaufbringungsgruppen	
	99
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	0,531
Finanzerträge	0,002
Erträge	**0,533**
Personalaufwand	20,453
Transferaufwand	899,155
Betrieblicher Sachaufwand	48,580
Finanzaufwand	
Aufwendungen	**968,188**
Nettoergebnis	**-967,655**

I.e Summarische Aufgliederung des Finanzierungsvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen und Aufgabenbereichen

(Beträge in Millionen Euro)

Mittelverwendungs- & Mittelaufbringungsgruppen	Aufgabenbereiche				
Allgemeine Gebarung	**Summe**	**09**	**11**	**16**	**17**
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	69.688,048	14.424,209		53.244,627	5,750
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	2.145,608	0,031		33,842	
Einz.a.d.Rückz. v.Darlehen sowie gew.Vorschüssen	362,129	70,184		2,135	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**72.195,785**	**14.494,424**		**53.280,604**	**5,750**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	20.791,015	1.203,236	0,030	1.982,581	6.904,514
Auszahlungen aus Transfers	53.265,748	32.185,693		1.149,686	
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	861,248	0,719		48,591	
Ausz.aus der Gew.von Darl.sowie gewähr.Vorschüssen	847,080	134,518		2,461	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**75.765,091**	**33.524,166**	**0,030**	**3.183,319**	**6.904,514**
Nettogeldfluss	**-3.569,306**	**-19.029,742**	**-0,030**	**50.097,285**	**-6.898,764**

Mittelverwendungs- & Mittelaufbringungsgruppen	Aufgabenbereiche				
Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	**Summe**	**09**	**11**	**16**	**17**
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	42.242,471				42.242,471
Einz.Aufn.vorübergeh. z.Kassenst.eingeg.Geldverb.	40.000,000				40.000,000
Einz. infolge eines Kapitaltausches bei WTV	15.315,385				15.315,385
Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	0,007				0,007
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**97.557,863**				**97.557,863**
Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	39.040,513				39.040,513
Ausz.Tilg.vorübergeh. z.Kassenst.eingega.Geldverb.	40.000,000				40.000,000
Ausz. infolge eines Kapitaltausches bei WTV	14.948,036				14.948,036
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,008				0,008
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**93.988,557**				**93.988,557**
Bundesfinanzierung	**3.569,306**				**3.569,306**

Aufgabenbereiche							
21	**25**	**31**	**33**	**34**	**36**	**42**	**45**
	45,806	91,081	923,734	55,504	10,512	219,158	740,466
	11,002	0,397	0,017	0,127	0,004	0,023	0,008
	2,900	0,618	0,048			0,096	0,271
	59,708	**92,096**	**923,799**	**55,631**	**10,516**	**219,277**	**740,745**
0,529	1.695,000	1.957,904	748,891	388,990	221,406	210,016	720,751
	7,983	11,981	21,948	5,041		1.876,192	5.576,848
	269,108	6,118	5,372	11,807	0,324	1,447	0,312
	2,900	0,478	0,052		0,035	0,201	0,100
0,529	**1.974,991**	**1.976,481**	**776,263**	**405,838**	**221,765**	**2.087,856**	**6.298,011**
-0,529	**-1.915,283**	**-1.884,385**	**147,536**	**-350,207**	**-211,249**	**-1.868,579**	**-5.557,266**

Aufgabenbereiche							
21	**25**	**31**	**33**	**34**	**36**	**42**	**45**

I.e Summarische Aufgliederung des Finanzierungsvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen und Aufgabenbereichen

(Beträge in Millionen Euro)

Mittelverwendungs- & Mittelaufbringungsgruppen Allgemeine Gebarung	47	49	56	61	76
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers		1.101,226	469,067	9,418	-1.766,852
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit		2.100,009		0,002	0,003
Einz.a.d.Rückz. v.Darlehen sowie gew.Vorschüssen		275,014		6,700	0,030
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)		**3.476,249**	**469,067**	**16,120**	**-1.766,819**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,015	119,958	92,150		118,836
Auszahlungen aus Transfers		1.936,562	547,916	3,116	955,969
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit		446,252	1,153		0,475
Ausz.aus der Gew.von Darl.sowie gewähr.Vorschüssen		701,518		2,613	0,039
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,015**	**3.204,290**	**641,219**	**5,729**	**1.075,319**
Nettogeldfluss	**-0,015**	**271,959**	**-172,152**	**10,391**	**-2.842,138**

Mittelverwendungs- & Mittelaufbringungsgruppen Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	47	49	56	61	76
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden					
Einz.Aufn.vorübergeh. z.Kassenst.eingeg.Geldverb.					
Einz. infolge eines Kapitaltausches bei WTV					
Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzanlagen					
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit					
Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden					
Ausz.Tilg.vorübergeh. z.Kassenst.eingega.Geldverb.					
Ausz. infolge eines Kapitaltausches bei WTV					
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen					
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit					
Bundesfinanzierung					

82	**84**	**86**	**91**	**92**	**94**	**96**	**98**
18,750		0,095		34,056	0,692		60,596
0,011		0,006		0,022	0,008		0,088
0,001		0,008			0,001		2,122
18,762		**0,109**		**34,078**	**0,701**		**62,806**
62,747		8,139	11,586	3.610,151	231,498	0,098	437,647
424,817	57,110	129,500	3.566,421	231,910	3.528,021		153,379
23,349		0,075		32,319	1,205		10,122
0,029		0,001					2,135
510,942	**57,110**	**137,715**	**3.578,007**	**3.874,380**	**3.760,724**	**0,098**	**603,283**
-492,180	**-57,110**	**-137,606**	**-3.578,007**	**-3.840,302**	**-3.760,023**	**-0,098**	**-540,477**

82	**84**	**86**	**91**	**92**	**94**	**96**	**98**

I.e Summarische Aufgliederung des Finanzierungsvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen und Aufgabenbereichen

(Beträge in Millionen Euro)

Mittelverwendungs- & Mittelaufbringungsgruppen	
Allgemeine Gebarung	**99**
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	0,153
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,008
Einz.a.d.Rückz. v.Darlehen sowie gew.Vorschüssen	2,001
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,162**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	64,342
Auszahlungen aus Transfers	895,655
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	2,500
Ausz.aus der Gew.von Darl.sowie gewähr.Vorschüssen	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**962,497**
Nettogeldfluss	**-960,335**

Mittelverwendungs- & Mittelaufbringungsgruppen	
Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	**99**
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	
Einz.Aufn.vorübergeh. z.Kassenst.eingeg.Geldverb.	
Einz. infolge eines Kapitaltausches bei WTV	
Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	
Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	
Ausz.Tilg.vorübergeh. z.Kassenst.eingega.Geldverb.	
Ausz. infolge eines Kapitaltausches bei WTV	
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	
Bundesfinanzierung	

Detailbudget 10.01.94 Personal, das für Dritte leistet

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	6,799	7,386	
Erträge	**6,799**	**7,386**	
Personalaufwand	6,769	7,359	
Betrieblicher Sachaufwand	0,031	0,029	
Aufwendungen	**6,800**	**7,388**	
Nettoergebnis	**-0,001**	**-0,002**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	6,799	7,386	7,205
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**6,799**	**7,386**	**7,205**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	6,800	7,388	7,205
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**6,800**	**7,388**	**7,205**
Nettogeldfluss	**-0,001**	**-0,002**	

Detailbudget 13.03.92 Bewährungshilfe Personal

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Personalaufwand	3,509	4,455	
Aufwendungen	**3,509**	**4,455**	
Nettoergebnis	**-3,509**	**-4,455**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	3,580	4,455	3,664
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,580**	**4,455**	**3,664**
Nettogeldfluss	**-3,580**	**-4,455**	**-3,664**

Detailbudget 14.03.95 Personal, das für Dritte leistet

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	0,366	0,846	
Erträge	**0,366**	**0,846**	
Personalaufwand	0,367	0,835	
Betrieblicher Sachaufwand		0,012	
Aufwendungen	**0,367**	**0,847**	
Nettoergebnis	**-0,001**	**-0,001**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	0,366	0,846	0,423
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,366**	**0,846**	**0,423**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,367	0,847	0,423
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,367**	**0,847**	**0,423**
Nettogeldfluss	**-0,001**	**-0,001**	

Detailbudget 15.01.91 Österreichisches Postsparkassenamt

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	22,522	24,015	
Erträge	**22,522**	**24,015**	
Personalaufwand	21,911	23,343	
Betrieblicher Sachaufwand	0,611	0,672	
Aufwendungen	**22,522**	**24,015**	
Nettoergebnis			

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	22,588	24,600	26,029
Einz.a.d.Rückz. v.Darlehen sowie gew.Vorschüssen	0,020		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**22,608**	**24,600**	**26,029**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	22,588	24,600	26,029
Ausz.aus der Gew.von Darl.sowie gewähr.Vorschüssen	0,020		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**22,608**	**24,600**	**26,029**
Nettogeldfluss			

Detailbudget 15.01.92 Amt der Münze Österreich AG

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	0,529	0,513	
Erträge	**0,529**	**0,513**	
Personalaufwand	0,528	0,512	
Betrieblicher Sachaufwand	0,001	0,001	
Aufwendungen	**0,529**	**0,513**	
Nettoergebnis			

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	0,528	0,514	0,531
Einz.a.d.Rückz. v.Darlehen sowie gew.Vorschüssen	0,003		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,531**	**0,514**	**0,531**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,529	0,514	0,531
Ausz.aus der Gew.von Darl.sowie gewähr.Vorschüssen	0,002		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,531**	**0,514**	**0,531**
Nettogeldfluss			

Detailbudget 15.01.93 Ämter gem. Poststrukturgesetz

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	817,530	785,716	
Erträge	**817,530**	**785,716**	
Personalaufwand	811,859	789,450	
Betrieblicher Sachaufwand	6,171	8,266	
Aufwendungen	**818,030**	**797,716**	
Nettoergebnis	**-0,500**	**-12,000**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	818,430	800,257	857,033
Einz.a.d.Rückz. v.Darlehen sowie gew.Vorschüssen	0,502		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**818,932**	**800,257**	**857,033**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	818,930	812,257	857,033
Ausz.aus der Gew.von Darl.sowie gewähr.Vorschüssen	0,502		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**819,432**	**812,257**	**857,033**
Nettogeldfluss	**-0,500**	**-12,000**	

Detailbudget 15.01.94 Amt der Bundesbeschaffung Gesellschaft

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	0,115	0,232	
Erträge	**0,115**	**0,232**	
Personalaufwand	0,114	0,231	
Betrieblicher Sachaufwand	0,001	0,001	
Aufwendungen	**0,115**	**0,232**	
Nettoergebnis			

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	0,115	0,232	0,221
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,115**	**0,232**	**0,221**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,115	0,232	0,221
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,115**	**0,232**	**0,221**
Nettogeldfluss			

Detailbudget 15.01.95 Amt der Finanzmarktaufsicht

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	2,409	2,655	
Erträge	**2,409**	**2,655**	
Personalaufwand	2,348	2,609	
Betrieblicher Sachaufwand	0,061	0,046	
Aufwendungen	**2,409**	**2,655**	
Nettoergebnis			

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	2,409	2,675	2,560
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,409**	**2,675**	**2,560**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2,409	2,675	2,560
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,409**	**2,675**	**2,560**
Nettogeldfluss			

Detailbudget 15.01.96 Amt der Buchhaltungsagentur

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	15,629	15,891	
Erträge	**15,629**	**15,891**	
Personalaufwand	15,318	15,579	
Betrieblicher Sachaufwand	0,311	0,312	
Aufwendungen	**15,629**	**15,891**	
Nettoergebnis			

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	15,675	16,151	17,317
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**15,675**	**16,151**	**17,317**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	15,675	16,151	17,317
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**15,675**	**16,151**	**17,317**
Nettogeldfluss			

Detailbudget 15.01.97 Amt für Bundespensionen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	2,538	2,480	
Erträge	**2,538**	**2,480**	
Personalaufwand	2,536	2,478	
Betrieblicher Sachaufwand	0,002	0,002	
Aufwendungen	**2,538**	**2,480**	
Nettoergebnis			

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	2,546	2,533	2,666
Einz.a.d.Rückz. v.Darlehen sowie gew.Vorschüssen	0,026		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,572**	**2,533**	**2,666**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2,546	2,533	2,666
Ausz.aus der Gew.von Darl.sowie gewähr.Vorschüssen	0,026		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,572**	**2,533**	**2,666**
Nettogeldfluss			

Detailbudget 20.01.91 Arbeitsmarktadministration Personalamt IEF

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	3,341	3,160	
Erträge	**3,341**	**3,160**	
Personalaufwand	3,289	3,143	
Betrieblicher Sachaufwand	0,019	0,017	
Aufwendungen	**3,308**	**3,160**	
Nettoergebnis	**0,033**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	3,341	3,160	3,416
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,341**	**3,160**	**3,416**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	3,341	3,160	3,416
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,341**	**3,160**	**3,416**
Nettogeldfluss			

Detailbudget 24.01.91 Zentralstelle (Beamte/AGES)

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	12,571	15,044	
Erträge	**12,571**	**15,044**	
Personalaufwand	12,496	14,957	
Betrieblicher Sachaufwand	0,075	0,087	
Aufwendungen	**12,571**	**15,044**	
Nettoergebnis			

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	12,571	15,044	13,053
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**12,571**	**15,044**	**13,053**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	12,593	15,079	14,054
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**12,593**	**15,079**	**14,054**
Nettogeldfluss	**-0,022**	**-0,035**	**-1,001**

Detailbudget 30.01.94 Bundesinsititut für Bildungsforschung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	0,246	0,326	
Erträge	**0,246**	**0,326**	
Personalaufwand	0,300	0,480	
Aufwendungen	**0,300**	**0,480**	
Nettoergebnis	**-0,054**	**-0,154**	

Finanzierungsvoranschlag-Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	0,246	0,326	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,246**	**0,326**	
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,300	0,480	0,364
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,300**	**0,480**	**0,364**
Nettogeldfluss	**-0,054**	**-0,154**	**-0,364**

Detailbudget 30.04.91 Personal, das für Museen leistet

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	1,471	8,869	
Erträge	**1,471**	**8,869**	
Personalaufwand	1,589	9,568	
Betrieblicher Sachaufwand	0,055	0,301	
Aufwendungen	**1,644**	**9,869**	
Nettoergebnis	**-0,173**	**-1,000**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	1,471	8,869	8,778
Einz.a.d.Rückz. v.Darlehen sowie gew.Vorschüssen	0,001	0,001	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**1,472**	**8,870**	**8,778**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	1,644	9,869	9,371
Ausz.aus der Gew.von Darl.sowie gewähr.Vorschüssen	0,001	0,005	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**1,645**	**9,874**	**9,371**
Nettogeldfluss	**-0,173**	**-1,004**	**-0,594**

Detailbudget 30.04.92 Personal, das für Theater leistet

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	0,548	3,353	
Erträge	**0,548**	**3,353**	
Personalaufwand	0,603	3,675	
Transferaufwand	0,001	0,001	
Betrieblicher Sachaufwand	0,031	0,131	
Aufwendungen	**0,635**	**3,807**	
Nettoergebnis	**-0,087**	**-0,454**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	0,548	3,353	3,687
Einz.a.d.Rückz. v.Darlehen sowie gew.Vorschüssen		0,020	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,548**	**3,373**	**3,687**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,634	3,806	3,687
Auszahlungen aus Transfers	0,001	0,001	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,635**	**3,807**	**3,687**
Nettogeldfluss	**-0,087**	**-0,434**	

Detailbudget 31.01.91 Österreichischer Bibliothekenverbund und Service Ges.m.b.H.

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	0,300	0,390	
Erträge	**0,300**	**0,390**	
Personalaufwand	0,288	0,365	
Betrieblicher Sachaufwand	0,012	0,025	
Aufwendungen	**0,300**	**0,390**	
Nettoergebnis			

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	0,300	0,390	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,300**	**0,390**	
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	0,300	0,390	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**0,300**	**0,390**	
Nettogeldfluss			

Detailbudget 31.02.91 Ämter der Universitäten

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	550,000	605,600	
Erträge	**550,000**	**605,600**	
Personalaufwand	541,874	591,870	
Transferaufwand	0,010	0,001	
Betrieblicher Sachaufwand	8,116	13,729	
Aufwendungen	**550,000**	**605,600**	
Nettoergebnis			

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	550,000	605,600	541,696
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**550,000**	**605,600**	**541,696**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	549,990	605,599	541,692
Auszahlungen aus Transfers	0,010	0,001	0,004
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**550,000**	**605,600**	**541,696**
Nettogeldfluss			

Detailbudget 32.03.91 Personalamt Museen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	7,086		
Erträge	**7,086**		
Personalaufwand	7,627		
Betrieblicher Sachaufwand	0,290		
Aufwendungen	**7,917**		
Nettoergebnis	**-0,831**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	7,087		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**7,087**		
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	7,913		
Ausz.aus der Gew.von Darl.sowie gewähr.Vorschüssen	0,005		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**7,918**		
Nettogeldfluss	**-0,831**		

Detailbudget 32.03.92 Personalamt Theater

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	2,793		
Erträge	**2,793**		
Personalaufwand	3,008		
Transferaufwand	0,001		
Betrieblicher Sachaufwand	0,131		
Aufwendungen	**3,140**		
Nettoergebnis	**-0,347**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	2,789		
Einz.a.d.Rückz. v.Darlehen sowie gew.Vorschüssen	0,020		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,809**		
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	3,155		
Auszahlungen aus Transfers	0,001		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**3,156**		
Nettogeldfluss	**-0,347**		

Detailbudget 40.01.91 Personal, das für Dritte leistet

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	13,182	15,172	
Erträge	**13,182**	**15,172**	
Personalaufwand	13,032	15,231	
Transferaufwand	0,002		
Betrieblicher Sachaufwand	0,148	0,111	
Aufwendungen	**13,182**	**15,342**	
Nettoergebnis		**-0,170**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	13,182	15,172	13,988
Einz.a.d.Rückz. v.Darlehen sowie gew.Vorschüssen	0,017	0,017	
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**13,199**	**15,189**	**13,988**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	13,180	15,172	13,988
Auszahlungen aus Transfers	0,002		
Ausz.aus der Gew.von Darl.sowie gewähr.Vorschüssen	0,017	0,017	
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**13,199**	**15,189**	**13,988**
Nettogeldfluss			

Detailbudget 41.01.91 Personal, das für Dritte leistet

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	5,849	6,070	
Erträge	**5,849**	**6,070**	
Personalaufwand	6,123	6,332	
Betrieblicher Sachaufwand	0,362	0,373	
Aufwendungen	**6,485**	**6,705**	
Nettoergebnis	**-0,636**	**-0,635**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	5,849	6,070	5,322
Einz.a.d.Rückz. v.Darlehen sowie gew.Vorschüssen	0,030		
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**5,879**	**6,070**	**5,322**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	5,849	6,070	5,322
Ausz.aus der Gew.von Darl.sowie gewähr.Vorschüssen	0,030		
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**5,879**	**6,070**	**5,322**
Nettogeldfluss			

Detailbudget 42.01.91 Personal, das für Dritte leistet

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	22,858	22,626	
Erträge	**22,858**	**22,626**	
Personalaufwand	22,469	22,233	
Betrieblicher Sachaufwand	0,394	0,393	
Aufwendungen	**22,863**	**22,626**	
Nettoergebnis	**-0,005**		

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	22,858	22,626	22,224
Einz.a.d.Rückz. v.Darlehen sowie gew.Vorschüssen	0,022	0,009	0,017
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**22,880**	**22,635**	**22,241**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	22,863	22,626	23,780
Ausz.aus der Gew.von Darl.sowie gewähr.Vorschüssen	0,017	0,009	0,014
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**22,880**	**22,635**	**23,793**
Nettogeldfluss			**-1,552**

Detailbudget 58.01.91 Finanzierungen, Währungstauschverträge, Wertpapiergebarung

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Finanzerträge	2.316,080	2.434,587	
Erträge	**2.316,080**	**2.434,587**	
Finanzaufwand	9.475,107	9.741,963	
Aufwendungen	**9.475,107**	**9.741,963**	
Nettoergebnis	**-7.159,027**	**-7.307,376**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	2.443,064	3.196,061	3.394,497
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2.443,064**	**3.196,061**	**3.394,497**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	9.337,410	9.690,238	10.009,929
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**9.337,410**	**9.690,238**	**10.009,929**
Nettogeldfluss	**-6.894,346**	**-6.494,177**	**-6.615,432**

Finanzierungsvoranschlag- Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	42.242,471	38.722,261	27.979,107
Einz. infolge eines Kapitaltausches bei WTV	5.315,380	7.008,244	6.060,447
Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	0,007	0,009	
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**47.557,858**	**45.730,514**	**34.039,554**
Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	39.040,513	32.796,431	20.921,544
Ausz. infolge eines Kapitaltausches bei WTV	4.948,031	6.606,629	6.168,702
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,008	0,009	
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**43.988,552**	**39.403,069**	**27.090,246**
Bundesfinanzierung	**3.569,306**	**6.327,445**	**6.949,308**

Detailbudget 58.01.92 Kurzfristige Verpflichtungen

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Finanzerträge	2,509	0,010	
Erträge	**2,509**	**0,010**	
Finanzaufwand	11,677	13,846	
Aufwendungen	**11,677**	**13,846**	
Nettoergebnis	**-9,168**	**-13,836**	

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	2,509	0,010	3,630
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	**2,509**	**0,010**	**3,630**
Ausz. aus der operativen Verwaltungstätigkeit	11,677	13,846	3,834
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	**11,677**	**13,846**	**3,834**
Nettogeldfluss	**-9,168**	**-13,836**	**-0,204**

Finanzierungsvoranschlag- Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit	BVA 2014	BVA 2013	Erfolg 2012
Einz.Aufn.vorübergeh. z.Kassenst.eingeg.Geldverb.	40.000,000	40.000,000	11.565,846
Einz. infolge eines Kapitaltausches bei WTV	10.000,005	10.000,005	5.350,738
Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**50.000,005**	**50.000,005**	**16.916,585**
Ausz.Tilg.vorübergeh. z.Kassenst.eingega.Geldverb.	40.000,000	40.000,000	11.609,886
Ausz. infolge eines Kapitaltausches bei WTV	10.000,005	10.000,005	5.306,698
Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	**50.000,005**	**50.000,005**	**16.916,585**

Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 2014

I. Allgemeines

Die Erstellung des Entwurfes des BFG obliegt dem Bundesminister für Finanzen (BMF) nach Art. 51 B-VG in Verbindung mit § 42 BHG 2013 und § 2 sowie Teil 2, Abschnitt F, Z 2, der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes 1986, BGBl. Nr. 76.

Der Nationalrat bewilligt das Bundesfinanzgesetz samt Anlagen. Bei Genehmigung des Bundesfinanzgesetzes steht dem Bundesrat gemäß Artikel 42 Abs. 5 des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG) keine Mitwirkung zu.

Das Bundesfinanzgesetz 2014 (BFG/14) wird auf Grundlage der mit BGBl. I Nr. 1/2008 erlassenen Novelle zu den Haushaltsartikeln des B-VG, insbesondere des Artikel 51 Abs. 1 und 9 sowie des Bundeshaushaltsgesetzes 2013 (BHG 2013), BGBl. I Nr. 139/2009, in der Fassung seiner Novellen BGBl. I Nr. 67/2010, Nr. 149/2011, 150/2011, 35/2012 sowie 62/2012, erstellt.
Die mit 1. Jänner 2013 in Geltung tretenden (verfassungs)gesetzlichen Grundlagen sehen u.a. vor, dass das Bundesfinanzgesetz innerhalb der Grenzen des Bundesfinanzrahmengesetzes (BFRG) zu beschließen ist.
Der Bundesvoranschlag umfasst gemäß §§ 19 ff BHG 2013 den Ergebnisvoranschlag und den Finanzierungsvoranschlag. Der Ergebnisvoranschlag enthält die periodengerecht abgegrenzten Werteinsätze bzw. Wertzuwächse; der Finanzierungsvoranschlag enthält die im Finanzjahr 2014 anfallenden Aus- und Einzahlungen.
Die Gliederung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2014 entspricht den einfachgesetzlichen Vorgaben des BHG 2013. In diesem Sinne werden gemäß §§ 24 und 25 BHG 2013 die Ein- und Auszahlungen auf Ebene des Gesamthaushaltes, der Rubriken, der Untergliederungen, der Globalbudgets und der Detailbudgets erster Ebene veranschlagt; zusätzlich dazu sind die jeweiligen Erträge und Aufwendungen des Ergebnishaushaltes gemäß § 20 BHG 2013 auf Ebene der Globalbudgets und der Detailbudgets erster Ebene veranschlagt. Nicht dargestellt sind die Detailbudgets zweiter Ebene; für sie gilt § 43 Abs. 4 BHG 2013. Alle veranschlagten Beträge sind in Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen gegliedert.
§ 27 Abs. 1 BHG 2013 normiert den Grundsatz, dass die im Bundesvoranschlag festgelegten Auszahlungsobergrenzen beim Budgetvollzug weder auf Ebene des Gesamthaushaltes noch auf Ebene der Rubriken, Untergliederungen und Globalbudgets überschritten werden dürfen; für die Aufwendungsobergrenzen des Ergebnishaushaltes ist diese gesetzliche Bindungswirkung auf Ebene der jeweiligen Globalbudgets festgelegt.
Allerdings sieht Artikel 51c Abs. 1 und 2 B-VG vor, dass dieser Grundsatz unter bestimmten Bedingungen auf Grund bundesfinanzgesetzlicher Ermächtigung durchbrochen werden darf (vgl. die nachfolgenden Erläuterungen zu Artikel IV bis VII).

Darüber hinaus enthält der Entwurf des BFG 2014 entsprechend dem in Art. 51 Abs. 8 B-VG verankerten Grundsatz der Wirkungsorientierung im Bundesvoranschlagsentwurf auch Angaben zur Wirkungsorientierung. Diese geben über Wirkungsziele und Maßnahmen zu deren Umsetzung Auskunft (vgl. § 23 Abs. 1 Z 2 lit. c und Abs. 2 sowie §§ 41 und 68 BHG 2013, weiters die Angaben zur Wirkungsorientierung-VO, BGBl. II Nr. 244/2011 und die Wirkungscontrollingverordnung, BGBl. II Nr. 245/2011).

Zu Artikel I

Der Art. I spricht die Bewilligung des Bundesvoranschlages durch den Nationalrat gemäß Art. 42 Abs. 5 B-VG aus und gibt die Schlusssummen der Einzahlungen und Auszahlungen nach den Gliederungsvorschriften des BHG 2013 wieder; der Saldo aus Auszahlungen und Einzahlungen ergibt den Nettofinanzierungsbedarf der allgemeinen Gebarung, der durch den Nettofinanzierungsüberschuss im Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit ausgeglichen wird.
Art. I beschränkt sich auf die Darstellung des Finanzierungshaushaltes, da der nur für den Finanzierungshaushalt relevante Nettofinanzierungsbedarf (§ 21 Abs. 2 BHG 2013) Anknüpfungspunkt für die Ermächtigungen zur Vornahme von Kreditoperationen gemäß Art. II bildet.

Zu Artikel II

Im Art. II sind die Vorschriften für die Bedeckung des Nettofinanzierungsbedarfes enthalten. Die in diesem Zusammenhang abzuschließenden Kreditoperationen werden gemäß § 79 Abs. 2 BHG 2013 sowie auf Grund der aktuellen Marktgegebenheiten mit jeweils 5 Milliarden Euro pro Einzelfall limitiert.

Der Nettofinanzierungsbedarf ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Auszahlungen und Einzahlungen der allgemeinen Gebarung, wie sie in der Anlage I zum Bundesfinanzgesetz (Bundesvoranschlag) vom Nationalrat genehmigt worden sind. Gleichzeitig räumt der Bundesfinanzgesetzgeber dem Bundesminister für Finanzen das Recht ein, durch Ausübung der im Bundesfinanzgesetz enthaltenen Ermächtigungen zur Durchführung von Kreditoperationen sowie Überschreitungen der veranschlagten Mittelverwendungen diesen Nettofinanzierungsbedarf zu verändern. So kann sich die Höhe des Nettofinanzierungsbedarfes insbesondere dann verändern, wenn die tatsächlichen Einzahlungen gegenüber den veranschlagten zurückbleiben

bzw. Mehreinzahlungen oder Einsparungen anfallen, die nicht zur Bedeckung von Überschreitungen herangezogen werden. Die Ermächtigung des Artikel II berechtigt zur Schuldaufnahme auch für einen geänderten Nettofinanzierungsbedarf. Sie darf jedoch nur bis zum voraussehbaren tatsächlichen Nettofinanzierungsbedarf, höchstens jedoch bis zu jener Betragshöhe ausgenützt werden, die sich jeweils aus den Ermächtigungen der Artikel I bis III und aus Artikel VI ergibt. Diese Betragshöhen sind im Übrigen auch der Berechnung gemäß Artikel 51a Abs. 4 B-VG zu Grunde zu legen, wonach im Zeitraum eines allfälligen Budgetprovisoriums Finanzschulden nur bis zur Hälfte der im zuletzt beschlossenen Bundesfinanzgesetz vorgesehenen Höchstbeträge eingegangen werden dürfen (Berechnung des Finanzierungslimits).

In Art. II Abs. 3 wird die Höhe für Kreditoperationen im Zusammenhang mit § 2 Abs. 1 Z 10 und Abs. 4 des Bundesfinanzierungsgesetzes festgelegt. Die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur führt im Namen und auf Rechnung des Bundes Kreditoperationen für Länder und für sonstige Rechtsträger des Bundes durch und gewährt sodann aus diesen Mitteln Darlehen. Dasselbe gilt für Währungstauschverträge. Diese Finanzierungsermächtigung ermöglicht grundsätzlich ein gesamtstaatliches Clearing nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). Die Inanspruchnahme derartiger Darlehen oder Währungstauschverträge erfolgt von Seiten der Länder und sonstiger Rechtsträger des Bundes auf freiwilliger Basis.

Zu Artikel III

Gemäß Abs. 1 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, zusätzliche Kreditoperationen in bestimmter Höhe zu tätigen. Derartige Kreditoperationen dürfen bis zur Höhe des Differenzbetrags zwischen tatsächlichen und gemäß Artikel I veranschlagten Einzahlungen des allgemeinen Haushalts, höchstens jedoch bis zu 10 vH der veranschlagten Einzahlungen der allgemeinen Gebarung, aufgenommen werden.

Weiters können höhere Erfordernisse des EU-Haushaltes höhere Eigenmittelgutschriften Österreichs notwendig machen; hiefür wird in Abs. 2 vorgesorgt.

Zu Artikel IV bis VIII

Artikel 51c Abs. 1 und 2 B-VG idF BGBl. I Nr. 1/2008 sieht u.a. vor, dass der Nationalrat den Bundesminister für Finanzen ermächtigen kann, der Überschreitung der im Bundesfinanzgesetz vorgesehenen und gesetzlich festgelegten Mittelverwendungen, die die vom Nationalrat genehmigten Mittelverwendungen überschreiten, zuzustimmen. Diese Ermächtigung darf nur erteilt werden, sofern die Überschreitung sachlich an Bedingungen geknüpft, ziffernmäßig bestimmt oder errechenbar ist, ein unvorhergesehenes Erfordernis vorliegt, die Bedeckung sichergestellt ist und die jeweils verbindlich geltenden Obergrenzen des Bundesfinanzrahmengesetzes auf Ebene der Rubriken - außer bei Gefahr im Verzug und im Verteidigungsfall - nicht überschritten werden.
Das BHG 2013 regelt in seinen §§ 53, 54 und 56 Abs. 2 grundsätzlich, in welchen Fällen derartige Überschreitungsermächtigungen für den Budgetvollzug eines Finanzjahres vorgesehen werden können. Diese grundsätzlichen Festlegungen werden im vorliegenden Gesetzentwurf durch die Ermächtigungen zur Umschichtung (Artikel IV) bzw. zu Überschreitungen (Artikel V bis VII) samt den allgemeinen Bestimmungen dazu (Artikel VIII) für das Finanzjahr 2014 umgesetzt. Die Ermächtigungen sollen sicherstellen, dass der Budgetvollzug während des Finanzjahres entsprechend den Haushaltsgrundsätzen gemäß § 2 BHG 2013 den tatsächlichen Erfordernissen angepasst werden kann.
Dabei wird den im Artikel 51c Abs. 2 B-VG geforderten 'sachlichen' Bedingungen dadurch Rechnung getragen, dass bei den einzelnen Bestimmungen jeweils angeführt wird, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit der Bundesminister für Finanzen von der ihm erteilten Ermächtigung Gebrauch machen darf.
'Ziffernmäßig bestimmt oder errechenbar' im Sinne der obgenannten Verfassungsbestimmung ist eine Überschreitungsermächtigung dadurch, dass die zulässige Höhe der Überschreitung entweder in einem absoluten Betrag oder in Relation zu einer bestimmten Bezugsgröße ausgedrückt wird.
Höhere Mittelaufbringungen sind solche, die die jeweils veranschlagten Mittelaufbringungen übersteigen. Mittelverwendungsüberschreitungen, die durch solche höhere Mittelaufbringungen bedeckt werden sollen, darf bereits dann zugestimmt werden, wenn deren voraussichtlicher Anfall hinreichend belegt ist.
In allen Fällen von Überschreitungen finanzierungswirksamer, fixer, variabler und zweckgebundener Budgetmittel dürfen zur Bedeckung sowie zum Ausgleich nur Budgetmittel der jeweils selben Gebarung herangezogen werden: finanzierungswirksame, fixe, variable und zweckgebundene Budgetmittel dürfen somit nur durch Budgetmittel derselben Gebarung im Finanzierungshaushalt bedeckt bzw. im Ergebnishaushalt ausgeglichen werden, soferne das BFG/14 keine Ausnahme hievon vorsieht (vgl. hiezu § 36 Abs. 5 letzter Satz iVm § 53 Abs. 3 BHG 2013); dies ist beispielsweise in Artikel VIII Abs. 4 und 5 der Fall.
Werden Mittelverwendungen nur eines Haushaltes umgeschichtet oder überschritten (also entweder nur höhere Auszahlungen im Finanzierungshaushalt oder höhere Aufwendungen im Ergebnishaushalt jeweils gegenüber den veranschlagten Budgetmitteln), weil die Auszahlung bzw. der dementsprechende Aufwand in verschiedenen Finanzjahren anfallen (zB in Fällen eines Ratenkaufes oder von Auszahlungen der Jännerbezüge für Beamte), so ist die Bedeckung bzw. der Ausgleich nur in jenem Haushalt sicherzustellen, dessen Obergrenzen im Finanzjahr 2014 überschritten werden.

Zu den einzelnen Bestimmungen:

Artikel IV Abs. 1 ermächtigt den Bundesminister für Finanzen, dem haushaltsleitenden Organ die Zustimmung zu Umschichtungen finanzierungswirksamer Mittelverwendungen zwischen Globalbudgets derselben Untergliederung (Z 1) sowie zwischen Globalbudgets von Untergliederungen derselben Rubrik (Z 2) zu erteilen, soferne in den folgenden Artikeln (insbesondere in Artikel IX) nichts anderes bestimmt wird; Artikel IX sieht Umschichtungs-, Bedeckungs- und Ausgleichsverbote, Ausnahmen von den generellen Regeln des BHG 2013 im Zusammenhang mit der Bildung von Rücklagen sowie eine Ausnahme vom Ausgleichsgebot im finanzierungswirksamen Ergebnishaushalt vor.

Im ersten Fall (Z 1) dürfen die Obergrenzen der Untergliederung, der das jeweils überschrittene Globalbudget zuzuordnen ist, nicht überschritten werden; der Überschreitungsantrag ist von dem für die Untergliederung zuständigen haushaltsleitenden Organ an den Bundesminister für Finanzen zu stellen.
Eine Umschichtung zwischen Detailbudgets unterschiedlicher Globalbudgets ist aber nur insoweit zulässig, als der Jahresverfügungsrest des Globalbudgets gemäß § 64 Abs. 2 BHV 2013 entweder zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht ausreicht oder voraussichtlich bis zum Ende des Finanzjahres nicht ausreichen wird, um die vom Überschreitungsantrag betroffene Auszahlung zu leisten; der Jahresverfügungsrest gibt an, wie viel Budget noch unter Berücksichtigung von Obligos, Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Zahlungen und allfälligen Budgetkorrekturen gemäß § 38 Abs. 5 BHV 2013 bis zum Erreichen der Auszahlungsobergrenze (gänzlicher Verbrauch des Jahresfinanzierungsvoranschlagsbetrages) zur Verfügung steht.
Der Umstand, dass der Jahresverfügungsrest bis zum Ende des Finanzjahres voraussichtlich nicht ausreichen wird, ist im Überschreitungsantrag zu behaupten und in geeigneter Weise schlüssig und nachvollziehbar (zB durch Bekanntgabe jener geplanten Vorhaben, durch die der Jahresverfügungsrest bis zum Ende des laufenden Finanzjahres zur Gänze ausgenützt wird) darzulegen.

Die Erläuterungen im Zusammenhang mit dem Jahresverfügungsrest gelten auch im Fall des Artikel IV Abs. 1 Z 2 (Umschichtungen zwischen Globalbudgets von Untergliederungen derselben Rubrik).

In beiden Fällen (Artikel IV Abs. 1 Z 1 und 2) bleibt der Nettofinanzierungsbedarf der allgemeinen Gebarung unverändert und erfolgt die Bedeckung jeweils durch gleichhohe Einsparungen im Finanzierungshaushalt bzw. der Ausgleich durch gleichhohe Minderaufwendungen im Ergebnishaushalt. Weiters sind in beiden Fällen die Überschreitungen der Obergrenzen der Globalbudgets in dem von der Überschreitung betroffenen Haushalt zu bedecken (durch Mitteleinsparungen im Finanzierungshaushalt) bzw. auszugleichen (durch Mitteleinsparungen bei den finanzierungswirksamen Aufwendungen im Ergebnishaushalt); betrifft die Mittelverwendungsüberschreitung hingegen nur einen Haushalt (vgl. die obigen Erläuterungen zu Artikel IV bis VIII), hat die Bedeckung bzw. der Ausgleich nur in jenem Haushalt zu erfolgen, in dem die Obergrenze des Globalbudgets überschritten wird.

Artikel IV Abs. 2 setzt die Bestimmung des § 53 Abs. 2 BHG 2013 um und regelt eine Ausnahme von Artikel IV Abs. 1, wenn Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit oder aus der Gewährung von Darlehen und rückzahlbaren Vorschüssen umgeschichtet werden sollen. Derartige Auszahlungen dürfen nur zur Bedeckung von Mittelverwendungsüberschreitungen aus der Investitionstätigkeit oder aus der Gewährung von Darlehen und rückzahlbaren Vorschüssen oder des finanzierungswirksamen Aufwandes herangezogen werden; ein Ausgleich durch Einsparung von finanzierungswirksamen Aufwendungen im Ergebnishaushalt ist in diesen Fällen nicht notwendig, weil dieser in den Fällen des Artikel IV Abs. 2 Z 1 und 2 nicht überschritten wird (Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und aus der Gewährung von Darlehen und rückzahlbaren Vorschüssen werden nur im Finanzierungshaushalt veranschlagt). Der Ausgleich im Ergebnishaushalt entfällt auch bei Überschreitungen finanzierungswirksamer Aufwendungen, deren korrespondierende Auszahlungen im Finanzierungshaushalt durch Verringerung der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit oder aus der Gewährung von Darlehen und rückzahlbaren Vorschüssen bedeckt werden (Artikel IV Abs. 2 Z 3); dies führt somit zu einer Verschlechterung des Saldos des Ergebnishaushaltes.
Ungeachtet der in Artikel IV Abs. 2 normierten Ausnahmen darf die Mittelverwendungsüberschreitung nur genehmigt werden, wenn alle übrigen Voraussetzungen des Abs. 1 (Antrag des haushaltsleitenden Organes bzw. der haushaltsleitenden Organe, kein ausreichender Jahresverfügungsrest, Überschreitung der Obergrenzen des Globalbudgets bzw. der Untergliederung) erfüllt sind.

Während Artikel IV lediglich Umschichtungen von Mittelverwendungen vorsieht, ermächtigt Artikel V dazu, Überschreitungen von Mittelverwendungen durch Mehreinzahlungen im Finanzierungshaushalt zu bedecken bzw. durch Mehrerträge im Ergebnishaushalt auszugleichen:

Artikel V Abs. 1 Z 1 ermächtigt den Bundesminister für Finanzen dazu, Mittelverwendungsüberschreitungen über Antrag des jeweils zuständigen haushaltsleitenden Organes in jener Höhe zuzustimmen, in der sich die Mittelaufbringungen (Einzahlungen und Erträge) gegenüber den in der Untergliederung veranschlagten Beträgen erhöht haben. Höhere Mittelaufbringungen zur Bedeckung höherer Mittelverwendungen in dem selben Finanzjahr liegen dann vor, wenn sie

3. zumindest belegbar sind (vgl. hiezu die erläuternden generellen Vorbemerkungen zu Artikel IV bis VIII),
4. während des laufenden Finanzjahres 2014 gemäß § 55 Abs. 3 BHG 2013 einer Rücklage zugeführt werden und
5. überdies nicht für "spezielle" Bedeckungen und/oder Ausgleiche "reserviert" (Artikel V Abs. 1 Z 3) oder
6. gemäß Artikel IX Abs. 2 von der Rücklagenzuführung überhaupt ausgeschlossen sind.

Unter Mehreinzahlungen und Mehrerträgen innerhalb einer Untergliederung ist jeweils der zum Ende des Finanzjahres 2014 erwartete und schlüssig nachvollziehbare Saldo aller Mehr- und Mindereinzahlungen sowie der Saldo aller Mehr- und Mindererträge in jener Untergliederung zu verstehen, in der die Mittelverwendungen überschritten werden sollen.
Der Bundesminister für Finanzen darf der Überschreitung nur zustimmen, wenn die Obergrenzen der jeweiligen Globalbudgets, denen die höheren Mittelverwendungen (Auszahlungen und Erträge) jeweils zugehören, überschritten würden; dies bedeutet, dass im Überschreitungsantrag des jeweiligen haushaltsleitenden Organes in geeigneter Weise darzulegen sein wird, warum die Mittelverwendungsüberschreitung ungeachtet der Ausschöpfung aller Umschichtungsmöglichkeiten gemäß § 53 Abs. 1 Z 1 bis 4 BHG 2013 sowie Artikel IV Abs. 1 bis zum Ablauf des Finanzjahres 2014 unvermeidbar ist. Betrifft die Mittelverwendungsüberschreitung nur einen Haushalt (vgl. die obigen Erläuterungen zu Artikel IV bis VIII), hat die Bedeckung bzw. der Ausgleich nur in jenem Haushalt zu erfolgen, in dem die Obergrenze des Globalbudgets überschritten wird.
Werden die Mehreinzahlungen eines Finanzjahres während des laufenden Finanzjahres nicht zur Bedeckung von Mittelverwendungsüberschreitungen herangezogen, führen sie zur Verminderung des Nettofinanzierungsbedarfes des betreffenden Detailbudgets und sind bei der Rücklagenbildung gemäß § 55 Abs. 1 und 2 BHG 2013 entsprechend zu berücksichtigen.

Die Überschreitungsermächtigung des Artikel V Abs. 1 Z 2 unterscheidet sich von jener der Z 1 dadurch, dass Mittelverwendungsüberschreitungen und deren Bedeckung und/oder Ausgleich jeweils innerhalb einer zweckgebundenen Gebarung gemäß § 36 BHG 2013 erfolgen sollen. Ein Antrag auf Mittelverwendungsüberschreitung ist dann erforderlich, wenn die veranschlagten zweckgebundenen Mittelverwendungen überschritten werden sollen; die Mittelverwendungsüberschreitung kann bis zum Betrag der über die veranschlagten zweckgebundenen Mittelbaufbringungen hinausgehenden Mittelaufbringungen beantragt werden. Der Bundesminister für Finanzen darf der Überschreitung auch dann zustimmen, wenn dadurch keine Obergrenze eines Globalbudgets, sondern lediglich darunter liegende Budgetebenen (Detailbudgets, Voranschlagsstellen, Budgetpositionen) überschritten werden. Betrifft die Mittelverwendungsüberschreitung nur einen Haushalt (vgl. die obigen Erläuterungen zu Artikel IV bis VIII), hat die Bedeckung bzw. der Ausgleich nur in jenem Haushalt zu erfolgen, in dem die Obergrenze des Globalbudgets überschritten wird.
Zur Frage, wann Mehreinzahlungen bzw. Mehrerträge vorliegen, wird auf die Erläuterungen zu Z 1 verwiesen.

Bei der Überschreitungsermächtigung des Artikel V Abs. 1 Z 3 handelt es sich um einen Ausnahmefall gemäß § 55 Abs. 1 5. Satz BHG 2013. Sie unterscheidet sich von jener des Artikel V Abs. 1 Z 1 grundsätzlich dadurch, dass die höheren, speziell angeführten Mittelaufbringungen bei der jeweils angeführten Budgetposition anfallen und dass außerdem diese Mittelmehraufbringungen, soweit es sich um Mehreinzahlungen handelt, ähnlich den in § 55 Abs. 4 angeführten Gebarungen – unabhängig vom Ergebnis der Ermittlung der Rücklage auf Ebene der Detailbudgets - jedenfalls einer Rücklage zuzuführen sind und dort verbleiben. Dies gilt unabhängig davon, ob insgesamt tatsächliche Mehreinzahlungen in der jeweiligen Untergliederung vorliegen und die sonstigen Bedingungen des § 55 Abs. 1 und 2 BHG 2013 erfüllt sind; d.h. diese speziellen Mittelmehraufbringungen nehmen am „allgemeinen“ Rücklagenermittlungsverfahren gemäß § 55 Abs. 1 und 2 BHG 2013 ebenso wenig teil wie die in § 55 Abs. 4 BHG 2013 aufgezählten speziellen Gebarungen (vgl. dazu auch die Ausnahmebestimmung des Artikel IX Abs. 1)
In diesem Sinne werden in den lit. der Z 3 die von Z 1 abweichenden Fälle aufgezählt und im Einzelnen angeführt, bei welchen Budgetpositionen die Mittelverwendungsüberschreitungen einerseits und die Bedeckung (im Finanzierungshaushalt) und/oder der Ausgleich (im Ergebnishaushalt) durch höhere Mittelaufbringungen andererseits zu erfolgen haben.
Dabei handelt es sich um folgende Fälle:

Lit. a: Auf Grund des § 22b des Gehaltgesetzes 1956 idF BGBl. I Nr. 111/2010 hat die zuständige Dienstbehörde ab dem Jahr 2013 Pensionsbeiträge (Dienstgeberbeiträge) für jeden Beamten und jede Beamtin in Höhe von 12,55 % der Bemessungsgrundlage an den Bundesminister für Finanzen zu entrichten; für Landeslehrpersonen gilt diese Verpflichtung nur insoweit, als der Bund die Aktivitätsbezüge zur Gänze ersetzt. Die diesbezüglichen Mittelverwendungen sind gemäß § 32 Abs. 4 Z 2 BHG 2013 in den jeweils sachlich in Betracht kommenden Untergliederungen, die Mittelaufbringungen in der Untergliederung 23 veranschlagt. Die vorliegende Überschreitungsermächtigung ist für den Fall vorgesehen, dass die veranschlagten Mittel nicht ausreichen und im Budgetvollzug zusätzliche Budgetmittel saldo- und maastrichtneutral verrechnet werden müssen; die Bedeckung erfolgt dabei durch die aus der Überschreitung resultierende, höhere Mittelaufbringung in der Untergliederung 23.

Lit. b, f, h, i und l sollen die erforderlichen zusätzlichen Budgetmittel für jene Beamte von Post und Telekom bereitstellen, die auf freiwilliger Basis in das Bundesministerium für Inneres, Bundesministerium für Justiz, Bundesministerium für Finanzen und in das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Konsumentenschutz und Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie versetzt werden. Diese Mehrauszahlungen werden in gleicher Höhe durch Post und Telekom refundiert; die sich dabei ergebenden Mehreinzahlungen und -erträge werden zur Bedeckung dieser Mittelverwendungsüberschreitungen herangezogen.

Lit. c, e und g stellen jeweils sicher, dass Mehreinzahlungen aus der Veräußerung unbeweglichen Bundesvermögens im Ressortbereich des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres, des Bundesministeriums für Justiz bzw. des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport unter bestimmten Bedingungen zur Bedeckung höherer Mittelverwendungen in den entsprechenden Untergliederungen herangezogen werden dürfen.

Lit. d: ermöglicht die Durchführung von kulturellen Veranstaltungen im In- und Ausland, deren Finanzierung durch Sponsorgelder von in- und ausländischen Firmen, Banken, Organisationen, Vereinen und Institutionen aufgebracht wird.

Lit. j ermöglicht, dass höhere Transferzahlungen an den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger durch jene Mehreinzahlungen bzw. Mehrerträge bedeckt bzw. ausgeglichen werden können, die aus der zuvor erfolgten Dotierung des Krankenkassen-Strukturfonds resultieren; dabei handelt es sich lediglich um eine Budgetverlängerung (gleichhohe Mehrauszahlungen und Mehreinzahlungen).

Lit. k ermöglicht, dass Mehreinzahlungen aus dem Europäischen Sozialfonds im Ressortbereich des Bundesministeriums für Bildung und Frauen zur Bedeckung höherer Mittelverwendungen bereits im laufenden Finanzjahr herangezogen werden dürfen.

Lit. m: Für besondere Sofortmaßnahmen und unmittelbar erforderliche Folgemaßnahmen nach den Hochwässern und Muren im Sommer 2012 werden im Jahr 2014 zusätzliche Bundesmittel aus dem Katastrophenfonds bereitgestellt. Besondere Sofortmaßnahmen sind solche Sofortmaßnahmen, bei denen der Schaden je Ereignis und Gemeinde ein Gesamterfordernis von 250.000 Euro übersteigt und es sich um ein außerordentliches Ereignis handelt. Abweichend vom Grundsatz der Drittelfinanzierung stellt der Bund bei diesen besonderen Sofortmaßnahmen die Hälfte der erforderlichen Mittel zur Verfügung; die andere Hälfte wird zu mindestens 40 % vom Land und zu höchstens 10 % von den Interessenten getragen. Der Höchstbetrag der Bundesbeteiligung von 19 Millionen Euro ergibt sich aus dem Erlass des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Lit. n: Diese Bestimmung stellt sicher, dass Mehreinzahlungen aus Unternehmensbeteiligungen für die Erhaltung und Verbesserung der Schutzwirkung der Maßnahmen gegen Wildbäche (Hochwasser, Muren), Lawinen, Steinschlag und Rutschungen sowie der Wälder in Einzugsgebieten und zur Errichtung sowie Erhaltung von Hochwasserschutzmaßnahmen (Bundesflüsse und Interessentengewässer) herangezogen werden dürfen.

Lit. o: Im Zusammenhang mit der Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte und unbeweglichen Bundesvermögens fallen zusätzliche Verwertungsspesen an, wenn zusätzliche Veräußerungserlöse erzielt werden; die zusätzlichen Auszahlungen sollen aus den Mehreinzahlungen bedeckt werden.

Abs. 2 entspricht sinngemäß der Ausnahmebestimmung des Artikel IV Abs. 2 mit der Maßgabe, dass die Mittelüberschreitungen im Finanzierungshaushalt bzw. im Falle der Z 3 im Ergebnishaushalt nicht durch Einsparungen, sondern durch Mehreinzahlungen aus der Investitionstätigkeit sowie aus der Gewährung von Darlehen und rückzahlbaren Vorschüssen bedeckt werden. In allen Überschreitungsfällen des Abs. 2 ist – wie bereits in den Erläuterungen zu Artikel IV Abs. 2 ausgeführt - ein Ausgleich im Ergebnishaushalt nicht erforderlich.

In Artikel VI werden die Voraussetzungen geregelt, unter denen Mittelverwendungsüberschreitungen durch Bedeckung aus Kreditoperationen - bei gleichzeitiger Erhöhung des Nettofinanzierungsbedarfes der allgemeinen Gebarung - erfolgen dürfen, wobei:

Z 1 ermächtigt zu Überschreitungen von Mittelverwendungen variabler Bereiche gegen Bedeckung durch Mehreinzahlungen aus Kreditoperationen unter Anwendung der einzelnen, verordneten Parameter. Die Bedeckung im Finanzierungshaushalt erfolgt durch Mehreinzahlungen aus Kreditoperationen; für die korrespondierenden Mittelverwendungsüberschreitungen im Ergebnishaushalt ist kein Ausgleich erforderlich.
Die variablen Bereiche gemäß § 12 Abs. 5 BHG 2013, in denen Auszahlungen von konjunkturellen Schwankungen oder von der Entwicklung des Abgabenaufkommens abhängig sind oder es sich um Auszahlungen handelt, die von der EU refundiert werden oder die auf Grund vom Bundesminister für Finanzen übernommenen Haftungen oder auf Grund von § 93a Abs. 3 des Bankwesengesetzes notwendig werden, wobei jeweils eine betraglich fixe Vorausplanung nicht möglich ist – Bereiche also, deren Auszahlungen anhand geeigneter Parameter zwar planbar sind, deren tatsächlicher Mittelbedarf jedoch von der tatsächlichen Entwicklung abhängt und dementsprechend erst während des Vollzugs betragsmäßig errechenbar ist – wurden durch Verordnung (BGBl. II Nr. 325/2012) festgelegt, nämlich:

7. gesetzliche Pensionsversicherung;
8. gesetzliche Arbeitslosenversicherung;

9. Auszahlungen, die auf Grund finanzausgleichsrechtlicher Vorschriften von der Entwicklung des Abgabenaufkommens abhängig sind;
10. Zweckzuschuss des Bundes an die Länder zum Zwecke der Krankenanstaltenfinanzierung gemäß § 23 Abs. 2 FAG 2008;
11. Auszahlungen, die von der EU im Rahmen der geteilten Haushaltsverwaltung (Art. 53b der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften, ABl. Nr. L 248 vom 16.09.2002, S.1) refundiert werden (EU-Gebarung);
12. Auszahlungen, die auf Grund vom Bundesminister für Finanzen übernommenen Haftungen – mit Ausnahme jener aus Ausfallsbürgschaften (§ 1356 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches) – sowie auf Grund § 93a Abs. 3 des Bankwesengesetzes notwendig sind;
13. Auszahlungen auf Grund des Vertrages zur Einrichtung des europäischen Stabilitätsmechanismus.

Die Parameter zu diesen variablen Bereichen wurden mit den Verordnungen BGBl. II Nr. 326 - 332/2012 festgelegt.

Artikel VI Z 2 ist die Grundlage für Mittelverwendungsüberschreitungen bis zur Höhe jener Rücklagen, die bis zum Ende des Finanzjahres 2013 bestanden bzw. gebildet wurden, wobei im Zuge der Kompetenzänderungen gemäß Bundesministeriengesetz-Novelle 2014 (BGBl. I Nr. 11/2014) transferierte Rücklagen entsprechend hinzu- oder wegzurechnen sind. Die Rücklagen können grundsätzlich ohne Beschränkung auf einen bestimmten Verwendungszweck – diesbezüglich ausgenommen sind die variable Auszahlungen-Rücklage, die EU-Rücklage sowie die zweckgebundene Rücklage (§ 55 Abs. 5 bis 7 BHG 2013) – im Überschreitungsweg im Rahmen der jeweils zugeordneten Detailbudgets in Anspruch genommen werden.
Dieser Grundsatz ist allerdings bis auf Weiteres insofern eingeschränkt, als die europarechtlichen Defizitvorgaben gemäß Art. 121, 126 und 136 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) im Gefolge der jüngsten Schuldenkrise in den Jahren 2011 und 2013 über das „Six-Pack“ respektive „Two-Pack“ signifikant verschärft wurden („Six-Pack“: Verordnung (EU) Nr. 1173/2011 über die haushaltspolitische Überwachung im Euro-Währungsgebiet, Verordnung (EU) Nr. 1174/2011 zur Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte, Verordnung (EU) Nr. 1175/2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung, Verordnung (EU) Nr. 1176/2011 zur Vermeidung makroökonomischer Ungleichgewichte, Verordnung (EU) Nr. 1177/2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 über das Verfahren bei übermäßigem Defizit und Richtlinie 2011/85/EU zum haushaltpolitischen Rahmen; „Two-Pack“: Verordnung (EU) Nr. 472/2013 und 473/2013 zur Überwachung der Haushaltsplanung). Darüber hinaus gibt es mit dem Fiskalpakt zwischenstaatliche Verpflichtungen („Fiskalpakt“ BGBl. III Nr. 17/2013) sowie auch gegenüber den Gebietskörperschaften Verpflichtungen nach dem österreichischen Stabilitätspakt 2012, BGBl. I Nr. 30/2013, sodass das Bundesfinanzgesetz äußerst restriktiv vollzogen werden muss.

Ungeachtet des Grundsatzes, dass fällige Verpflichtungen zu erfüllen sind (Art. 51b Abs. 1 B-VG iVm § 50 Abs. 2 BHG 2013), dürfen ein Überschreitungsantrag und die Entnahme der Rücklage erst dann genehmigt werden, wenn sämtliche gesetzlich vorgesehenen Umschichtungsmöglichkeiten innerhalb der Untergliederung gemäß BHG 2013 und Artikel IV sowie Überschreitungen gegen Bedeckung von Mehreinzahlungen und -erträgen ausgeschöpft worden sind. Die Erfüllung dieser Voraussetzung ist im Überschreitungsantrag ebenso schlüssig und nachvollziehbar darzulegen wie der Umstand, dass die Mittel trotz Ausschöpfung aller Umschichtungsmöglichkeiten innerhalb der Untergliederung entweder zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht ausreichen oder voraussichtlich bis zum Ende des laufenden Finanzjahres nicht ausreichen werden, um die erforderliche Mittelverwendung durchzuführen.
Der Bundesminister für Finanzen darf die Überschreitung darüber hinaus auch nur dann genehmigen, wenn sie unbedingt erforderlich ist, um fällige Verpflichtungen zu erfüllen. Dabei handelt es sich insbesondere um solche, von denen aufgrund gesetzlicher Vorgaben im weiteren Sinn (öffentlichrechtliche oder zivilrechtliche Ansprüche gegenüber dem Bund) nicht abgesehen werden kann oder deren gänzlicher oder teilweiser Aufschub nicht im Ermessen des jeweiligen haushaltsleitenden Organes liegt. Dies gilt sinngemäß auch für Überschreitungsanträge, die in Hinblick auf bereits in Vorbereitung oder in Durchführung befindliche Vorhaben gestellt werden; auch diese sind dahingehend zu überprüfen, ob von ihnen ganz oder teilweise abgesehen oder ob ihre Durchführung bis auf Weiteres aufgeschoben werden kann.
Die Bedeckung im Finanzierungshaushalt erfolgt durch Mehreinzahlungen aus Kreditoperationen; im Ergebnishaushalt ist kein Ausgleich erforderlich.
Mit der jeweiligen Mittelverwendungsüberschreitung ist die Reduktion der Rücklagen bzw. die Änderung des Rücklagenstandes in dem betreffenden Detailbudget verbunden.

Die Ermächtigung des Artikel VI Z 3 erlaubt Mittelverwendungsüberschreitungen einer Untergliederung jeweils bis zur Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen den Auszahlungsobergrenzen einer Rubrik und der ihr zugehörigen Untergliederung ("Marge"); dies unter der Voraussetzung, dass alle in § 53 BHG 2013 vorgesehenen Umschichtungsmöglichkeiten zwischen Mittelverwendungen innerhalb derselben Rubrik ausgeschöpft wurden und die Obergrenze der betroffenen Rubrik nicht überschritten wird. Weiters muss der Stand an Rücklagen im höchstmöglichen Ausmaß reduziert worden sein; unter "im höchstmöglichen Ausmaß" ist zu verstehen, dass - mit Ausnahme der Rücklagen mit bestimmtem Verwendungszweck gemäß § 55 Abs. 5 bis 7 BHG 2013 - alle Rücklagen jenes Detailbudgets, das zur Überschreitung führen würde sowie aller Detailbudgets,

welche die Leiterin oder der Leiter einer haushaltsführenden Stelle bewirtschaftet, entnommen sein müssen (vgl. RV 480 BlgNR XXIV. GP).

Artikel VII:

Artikel VII regelt die in § 54 Abs. 9 BHG 2013 vorgesehene Ermächtigung des Bundesministers für Finanzen, der Überschreitung von nicht finanzierungswirksamen Aufwendungen gemäß § 32 Abs. 7 und 8 (das sind Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte, Aufwendungen aus der Wertberichtigung und dem Abgang von Forderungen, Aufwendungen aus der Dotierung und Auflösung von Rückstellungen sowie sonstige nicht finanzierungswirksame Aufwendungen, die sich aus Veränderungen und Bewertungen des Vermögens sowie der Fremdmittel ergeben) ohne Ausgleich im Ergebnishaushalt zuzustimmen. Die Frist, bis zu der Überschreitungen genehmigt werden können, wird bis 15. Jänner des nachfolgenden Finanzjahres erstreckt (zur Vermeidung von Wiederholungen wird auf die Erläuterungen zu Artikel IX Abs. 6 verwiesen).

Artikel VIII:

Abs. 1 bis 6 fasst jene Voraussetzungen zusammen, die für mehrere bzw. alle Überschreitungen gleichermaßen gelten:

In Abs. 1 wird zusammenfassend dargelegt, unter welchen Voraussetzungen Umschichtungen und Mittelverwendungsüberschreitungen gemäß Artikel IV bis VI vom Bundesminister für Finanzen genehmigt werden dürfen und wie diese zu bedecken bzw. auszugleichen sind (nämlich innerhalb der allgemeinen Gebarung bzw. des Geldflusses aus der Finanzierungstätigkeit).

Abs. 2 stellt klar, dass bestimmte erhöhte Mittelverwendungen (Mehrauszahlungen und finanzierungswirksame Aufwendungen) gemäß Artikel IV bzw. V nur gegen Bedeckung durch Einsparungen von Mittelverwendungen bzw. durch Mehreinzahlungen und Mehrerträge mit demselben Verwendungszweck (fixe Gebarung; variable Gebarung; zweckgebundene Gebarung; Gebarung auf Grund spezieller Rechtsvorschriften) erfolgen dürfen.
Bei finanzierungswirksamen Aufwendungen ist die Antragstellung auf Überschreitung der Aufwandsobergrenze des Globalbudgets im Ergebnishaushalt schon dann zulässig, wenn die veranschlagten finanzierungswirksamen Aufwendungen nicht ausreichen (werden) und dieser Umstand im Überschreitungsantrag schlüssig dargelegt wird; es kann und muss nicht die Ausschöpfung der Aufwandsobergrenze des Globalbudgets abgewartet werden.

Abs. 3 stellt klar, dass Budgetumschichtungen innerhalb desselben Detailbudgets keiner Zustimmung des Bundesministers für Finanzen bedürfen (vgl. § 53 Abs. 4 BHG 2013); bei Umschichtungen innerhalb eines Detailbudgets von veranschlagten Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit sowie von veranschlagten Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen und rückzahlbaren Vorschüssen gelten Artikel IV Abs. 2 sowie Artikel V Abs. 2 sinngemäß (vgl. hiezu die entsprechenden Erläuternden Bemerkungen zu diesem Artikel). Insbesondere ist bei Umschichtungen und Überschreitungen des finanzierungswirksamen Aufwandes, die im Finanzierungshaushalt durch Einsparungen oder Mehreinzahlungen aus der Investitionstätigkeit oder aus der Gewährung von Darlehen und rückzahlbaren Vorschüssen bedeckt werden, innerhalb eines Detailbudgets kein Ausgleich im Ergebnishaushalt erforderlich.

Abs. 4 stellt klar, dass die Anträge auf Mittelverwendungsüberschreitungen und ihre Genehmigung gemäß Artikel VI Z 1 und 2 auch vor dem Hintergrund der europarechtlich gebotenen Defizitziele (Maastrichtdefizit, strukturelles Defizit; siehe dazu die Erläuterungen zu Art. VI Z 2) zu prüfen sind und dabei anzustreben ist, dass der Nettofinanzierungsbedarf auf Ebene der Untergliederung unverändert bleibt.

Abs. 5: Im jährlich mit einer jeweils sechsjährigen Laufzeit abzuschließenden Zuschussvertrag gemäß § 42 Abs. 2 Bundesbahngesetz sagt der Bund der ÖBB-Infrastruktur AG einen Zuschuss iHv 75 % der im Rahmenplan vereinbarten Schienenbauinvestitionen zu. Dieser Zuschuss erfolgt in Form von 30- bzw. 50-jährigen Annuitäten.
Gemäß einer mit dem Rechnungshof abgestimmten Verrechnungslogik sind die aus den bereits erfolgten ÖBB-Schienenbauinvestitionen resultierenden zukünftigen Zahlungsverpflichtungen des Bundes gegenüber der ÖBB-Infrastruktur AG in der Eröffnungsbilanz sowie in den jeweiligen Bundesrechnungsabschlüssen als Schulden auszuweisen.
Die jährliche Veränderung der daraus resultierenden Schuldenstände zwischen 31.12. des Vorjahres und 31.12. des jeweils laufenden Jahres ist zusätzlich zu den im Zuschussvertrag vereinbarten Zuschüssen, die keine Annuitäten sind, im Ergebnishaushalt als finanzierungswirksamer Aufwand darzustellen.
Zum Zeitpunkt der Veranschlagung liegen jedoch nur Planwerte aus dem Zuschussvertrag 2013-2018 vor. Der für den Zeitraum 2014-2019 abzuschließende Zuschussvertrag gemäß § 42 Abs. 2 Bundesbahngesetz – und somit aktuelle Planwerte - liegen noch nicht vor, ferner erscheint eine Vorsorge für allfällige Katastrophenschäden (z.B. Hochwasser) zweckmäßig. Somit ist eine entsprechende Überschreitungsermächtigung erforderlich.

Bei Abs. 6 handelt es sich um einen Anwendungsfall des § 36 Abs. 5, 2. Satz BHG 2013, wonach im Bundesfinanzgesetz Ausnahmen von dem Grundsatz festgelegt werden können, dass Mittelumschichtungen zwischen zweckgebundener Gebarung und

nicht zweckgebundener Gebarung nicht zulässig sind. Dieser Grundsatz soll für die Gebarung Arbeitsmarktpolitik nicht gelten, sodass eine Umschichtung innerhalb der Gebarung Arbeitsmarktpolitik zwischen zweckgebundenen Mittelverwendungen und nicht zweckgebundenen Mittelverwendungen (das ist die Abdeckung des Abganges innerhalb der Gebarung Arbeitsmarktpolitik) bis 15. Jänner 2015 zulässig sein soll. Weiters soll dieser Grundsatz auch innerhalb der für die U-Bahn vorgesehenen Gebarung durchbrochen werden.

Zu Artikel IX:

In Artikel IX handelt es sich um Anwendungsfälle des § 55 Abs. 1 BHG 2013 (Artikel IX Abs. 1 bis 3 und Abs. 6) sowie des § 46 Abs. 4 (Artikel IX Abs. 4); Abs. 5 enthält ein Umschichtungsverbot, Abs. 6 setzt die Sanktionswirkungen aufgrund im Finanzjahr 2013 nicht genehmigter Überschreitungen aus:

Abs. 1 stellt klar, dass spezielle, höhere Mehreinzahlungen gemäß Artikel V Abs. 1 Z 3, soweit sie nicht zur Bedeckung herangezogen wurden, jedenfalls einer Rücklage zuzuführen sind; ergänzend dazu wird auf die Erläuterungen zu Artikel V Abs. 1 Z 3 verwiesen.

Abs. 2 normiert, dass bestimmte Einsparungen von Mittelverwendungen sowie Mehreinzahlungen nicht der Rücklage zugeführt werden dürfen bzw. bei der Ermittlung der Rücklagen außer Betracht bleiben müssen:

Dies soll für Einsparungen bei den Dienstgeberbeiträgen (lit. a und b) gelten. Entfallen soll auch eine Rücklagenzuführung hinsichtlich der nicht zweckgebundenen Mehreinzahlungen in der Untergliederung 16 (Öffentliche Abgaben), weil dort keine Mittelverwendungen vorgesehen sind, für die die Rücklage verwendet werden könnte (lit. c).

Lit. d und e: Einzahlungen in der Untergliederung 22 resultieren aus Abrechnungsresten der gesetzlichen Pensionsversicherung inkl. Ausgleichzulagen sowie Beiträgen gemäß Nachtschwerarbeitsgesetz; diese sind im Verwaltungswege nicht beeinflussbar. Auszahlungseinsparungen und Mehreinzahlungen werden daher generell von der Rücklagenbildung ausgenommen. Die in lit e genannten Budgetpositionen sind variabel und sollen bei der Rücklagenermittlung außer Betracht bleiben, weil sich der tatsächliche, exakte Mittelbedarf ohnedies auf Grund der Anwendung der jeweiligen Parameterverordnung ergibt und sich somit eine Entnahme aus der Rücklage erübrigt.

Lit. f: Die Rückzahlungen des Reservefonds erfolgen zur Tilgung seiner Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund. Der Bund musste in den vergangenen Jahren im Rahmen seiner Vorlagepflicht die Abgänge der negativen Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen aus Mitteln des allgemeinen Haushaltes ausgleichen.

Lit. g: Die Versteigerungen der Zertifikate in der 3. Emissionsperiode erfolgen über eine europäische Plattform. Aufgrund der Volatilität der Menge und der Preise der Zertifikate sind diese Erlöse aus dem Rücklagenermittlungsverfahren auszunehmen.

Abs. 3: Auszahlungen von Dienstgeberbeiträgen gemäß Abs. 2 lit. b führen zu gleichhohen Einzahlungen in der Untergliederung 23, ohne dass dabei der Untergliederung 23 eine Steuerungsmöglichkeit zukommt; für den Fall geringerer Auszahlungen als budgetiert, sollen die damit korrespondierenden, geringeren Einzahlungen in der Untergliederung 23 bei der Rücklagenermittlung im betreffenden Detailbudget der Untergliederung 23 außer Betracht bleiben und damit nicht zu dessen Lasten gehen.

Abs. 4: In der Untergliederung 30 wurde in Bezug auf die Allgemeinbildende Höhere Schule (AHS) aus Transparenzgründen eine getrennte Darstellung der Unter- und Oberstufe auf Detailbudgetebene festgelegt. In den Langformen (das sind AHS mit Unterstufe und Oberstufe) führt jedoch insbesondere der verschränkte LehrerInnenpersonaleinsatz (LehrerInnen unterrichten sowohl in der Unter- als auch in der Oberstufe) dazu, dass die entsprechenden Geschäftsfälle in der Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögensrechnung nicht eindeutig einem Detailbudget zuordenbar sind und eine getrennte Vollziehung der betroffenen Detailbudgets daher nicht erfolgen kann. Die Vollziehung wird daher gemäß § 46 Abs. 4 BHG 2013 in einem Vollzugs-Detailbudget (30.02.02) vorgenommen.

Abs. 5: Diese Bestimmung stellt klar, dass die in Abs. 2 angeführten Budgetmittel weder für Budgetumschichtungen noch für Budgetüberschreitungen herangezogen werden dürfen bzw. zur Verfügung stehen; da sie auch nicht der Rücklage zugeführt werden dürfen (vgl. Abs. 2), sind sie vom jeweils zuständigen haushaltsleitenden Organ zu binden, sodass sie am Ende des Finanzjahres gemäß dem Gesamtbedeckungsgrundsatz (§ 48 BHG 2013) inkameriert werden können.

Abs. 6: Das BHG 2013 sieht bestimmte Konsequenzen vor, wenn Mittelverwendungen ohne vorherige Genehmigung des Bundesministers für Finanzen überschritten worden sind. In derartigen Fällen ist zum einen der Bundesminister für Finanzen verpflichtet, eine Bindung gemäß 55 Abs. 3 BHG 2013 in der Höhe des nicht genehmigten Überschreitungsbetrages zu verfügen; zum anderen sind die am Ende des Finanzjahres 2013 gemäß § 55 BHG 2013 gebildeten Rücklagen entsprechend dem 2. Satz dieser Bestimmung um den nicht genehmigten Überschreitungsbetrag zu kürzen.

Seit dem Finanzjahr 2013 sind erstmals die Verrechnungsvorschriften der 2. Etappe der Haushaltsrechtsreform, somit das BHG 2013, anzuwenden. Mit dieser erstmaligen Anwendung neuer Haushaltsvorschriften waren bei nahezu allen haushaltsleitenden Organen naturgemäß gewisse „Anlaufschwierigkeiten“ verbunden; diese betrafen in keinem Falle den Finanzierungshaushalt (Auszahlungen), jedoch in vielen Fällen nicht finanzierungswirksame und in einigen wenigen Fällen finanzierungswirksame Mittelverwendungen des Ergebnishaushaltes.
Die Probleme traten insbesondere an den Schnittstellen zu den Sonderapplikationen (Bundesbesoldung und Abschreibungen von Investitionen) auf, sodass Buchungen im Auslaufzeitraum des Ergebnishaushaltes notwendig waren, die zu dessen Überschreitungen führten und nicht mehr genehmigt werden konnten (Gesamtvolumen rund 160 Millionen Euro). Diese Buchungen waren – nicht zuletzt auch aufgrund des neuen und ungewohnten Ergebnishaushaltes – für die jeweiligen haushaltsführenden Stellen nicht absehbar, sodass die daraus resultierenden, im BHG 2013 vorgesehenen, haushaltsrechtlichen Konsequenzen für die Finanzjahre 2013 und 2014 ausnahmsweise nicht angewendet werden sollen. Dies gilt aber nur für jene Fälle, in denen die Überschreitungen nicht vorhersehbar waren, etwa weil die entsprechenden Buchungen zu spät vorgenommen wurden, sodass die haushaltsführenden Stellen auf die daraus resultierenden Überschreitungen nicht mehr rechtzeitig in Form eines Überschreitungsantrages reagieren konnten; bei Beurteilung dieser Sachverhalte wird jeweils kein strenger Maßstab anzulegen sein.
Für die Zukunft (das ist vorerst zumindest für das Finanzjahr 2014) wird der Zeitraum, in dem die Anträge auf Überschreitungen des nicht finanzierungswirksamen Ergebnishaushaltes genehmigt werden dürfen, entsprechend verlängert (vgl. die gegenüber dem Finanzjahr 2013 insoweit adaptierte Fassung des Artikel VII); dadurch sollte gewährleistet sein, dass Überschreitungen des nicht finanzierungswirksamen Haushaltes auch noch nachträglich (d.h. nach dem Ende des Finanzjahres 2014) bis 31. Jänner 2015 genehmigt werden dürfen, sodass die Konsequenzen des § 52 Abs. 3 sowie § 55 Abs. 1, zweiter Satz, BHG 2013 erst gar nicht ausgelöst werden.

Zu Artikel X:

Artikel X beinhaltet grundsätzlich dieselben Ermächtigungen zur Übernahme von Haftungen durch den Bundesminister für Finanzen wie sie auch im Bundesfinanzgesetz für das Finanzjahr 2013 vorgesehen waren.

Gegenüber dem Finanzjahr 2013 werden die Haftungsbeträge wie folgt geändert (Beträge jeweils in Millionen Euro):

Z 3 (ASFINAG): Die Haftungsübernahme in Höhe von 2,3 Milliarden Euro setzt sich zusammen aus Refinanzierungserfordernissen in Höhe von 1,8 Milliarden Euro und einer geplanten Neuverschuldung in Höhe von 0,5 Milliarden Euro. Das gegenüber dem Vorjahr unveränderte Haftungsvolumen der ASFINAG ergibt sich aus dem unveränderten Refinanzierungs- und Tilgungsprofil der Verbindlichkeiten.

Z 4 (ÖBB-Infrastruktur AG): Beibehaltung der Beträge 2 800 – 2 800 – 2 000 (Finanzjahr 2013: 2 800 – 2 800 – 2 000); für das Finanzjahr 2014 besteht ein Finanzierungsbedarf mit Bundeshaftung in Höhe von lediglich 2,3 Milliarden Euro. Dieser setzt sich zusammen aus Refinanzierungserfordernissen in Höhe von 0,9 Milliarden Euro und einer geplanten Neuverschuldung in Höhe von 1,4 Milliarden Euro. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ergibt sich durch das geringere Refinanzierungserfordernis für auslaufende Anleihen sowie die geringere Neuverschuldung. Der gemäß Budgetprovisorium derzeit bestehende einmalig ausnützbare Haftungsrahmen gemäß BFG 2013 soll im Frühjahr durch eine Garantie des Bundes teilweise ausgeschöpft werden, wobei jedoch nicht feststeht, ob tatsächlich zu diesem Zeitpunkt bereits eine Anleihebegebung durch die ÖBB-Infrastruktur AG vorgenommen werden muss. Bei Nichtausnützung dieser Garantie ist ein ausreichend hoher verbleibender Haftungsrahmen für die zweite Hälfte des Jahres erforderlich. Daher ist aus rein technisch-juristischen Gründen im Zusammenhang mit dem Budgetprovisorium die Beibehaltung des Haftungsrahmens des Vorjahres erforderlich.

Z 5 (Schieneninfrastruktur –Dienstleistungsgesellschaft): Verminderung der Beträge auf 5 – 5 (Finanzjahr 2013: 22 – 22); die Haftungsübernahme ist für eine Refinanzierung von bereits getätigten Investitionen für den Klima-Wind-Kanal erforderlich.

Z 7 (Österreichischen Hotel- und Tourismusbank Gesellschaft m.b.H.): Mit dieser neuen Bestimmung werden in Ergänzung zu § 7a KMU-Förderungsgesetz die näheren Bedingungen für Haftungsübernahmen zugunsten der ÖHT festgelegt.

Zu Artikel XI und XII:

Diese Artikel wurden gegenüber jenen des Bundesfinanzgesetzes 2013 unverändert belassen.

Zu Artikel XIII:

Der angeführte Artikel verweist auf die Rechtsgrundlagen für die Personalbewirtschaftung des Bundes.

Zu Artikel XV:

Dieser Artikel betrifft den Wirksamkeitsbeginn und die Vollziehung des BFG. Mit der Anordnung, dass die in der Zeit vom 1. Jänner 2014 bis 31. Mai 2014 auf Grund des Gesetzlichen Budgetprovisoriums 2014 vollzogenen Gebarungen zu Gunsten und zu Lasten der sachlich in Betracht kommenden Mittelaufbringungen und Mittelverwendungen zu verrechnen sind, soll die Erstellung eines einheitlichen Bundesrechnungsabschlusses für das Finanzjahr 2014 sichergestellt werden.